



C/2024/1038

9.2.2024

**Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen — Ausbau der nachhaltigen und effizienten grenzübergreifenden Zusammenarbeit mit Nachbarländern**

(C/2024/1038)

**Berichterstatlerin:** Marie-Antoinette MAUPERTUIS (FR/EA), Präsidentin des korsischen Regionalparlaments

**I. ALLGEMEINE BEMERKUNGEN**

DER EUROPÄISCHE AUSSCHUSS DER REGIONEN (AdR),

1. sieht in der grenzübergreifenden Zusammenarbeit mit Nachbarländern ein zentrales Element der Politik der Europäischen Union, unabhängig davon, ob es sich um Land- oder Seegrenzen handelt; diese Zusammenarbeit trägt bereichsübergreifend zu den Kohäsions-, Nachbarschafts- und Erweiterungszielen bei;
2. weist darauf hin, dass die Programme der EU für die Zusammenarbeit mit benachbarten Regionen, die aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit — Europa in der Welt (NDICI/Europa in der Welt) und dem Instrument für Heranführungshilfe (IPA) finanziert werden, 184 Regionen, 33 Länder und 260 Mio. Einwohner abdecken<sup>(1)</sup>;
3. stellt jedoch fest, dass sich die Kooperationsprogramme aufgrund der aufeinanderfolgenden Krisen wie COVID-19 und des Krieges in der Ukraine verzögert haben, worauf auch im Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofs<sup>(2)</sup> hingewiesen wird; die EU-Grenzregionen einerseits und die an die Ukraine, an Russland und an Belarus angrenzenden Gebiete andererseits sind von diesen Krisen verstärkt betroffen;
4. stellt außerdem fest, dass es nach wie vor keine Zusammenarbeit zwischen den Nachbarländern ohne Beteiligung der Europäischen Union gibt;
5. weist darauf hin, dass die Notlage, von der die Regionen an der Atlantikroute und im Mittelmeerraum stark betroffen sind, weitgehend auf die Instabilität, die Zunahme bewaffneter Konflikte, die politischen Spannungen und die schwerwiegende humanitäre Krise zurückzuführen ist, unter der die Länder im Mittelmeerraum leiden;

**Grenzübergreifende Zusammenarbeit im Mittelpunkt der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen der Union**

6. weist angesichts dieser Feststellungen darauf hin, dass die grenzübergreifende Zusammenarbeit mit den Nachbarländern zu einer nachhaltigen Entwicklung beiträgt, indem sie den Lebensstandard verbessert und das Wohlstandsgefälle auf beiden Seiten der Grenze verringert. Gleichzeitig lassen sich so gemeinsame Herausforderungen vereint angehen und werden in Konfliktsituationen gegenseitiges Verständnis, Aussöhnung und Wiederaufbau gefördert;
7. betont, dass durch 35 Jahre Interreg-Programme und zahlreiche Kooperationsprogramme, die an den EU-Grenzen durchgeführt wurden<sup>(3)</sup>, die Zusammenarbeit zwischen grenzübergreifenden Gemeinschaften erheblich ausgebaut wurde und vor allem gegenseitiges Vertrauen gewachsen ist. Dies stellt eine wesentliche Voraussetzung für das Zusammenleben und die Festigung von Demokratie und Frieden dar;
8. ist davon überzeugt, dass die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften aufgrund ihrer Kenntnis der geografischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten, Chancen, Zwänge und gemeinsamen Herausforderungen bei der grenzübergreifenden Zusammenarbeit mit Nachbarländern eine entscheidende Rolle spielen; fordert die Staaten auf, ihnen die Instrumente und Mittel zur Verfügung zu stellen, die für eine ambitionierte grenzübergreifende Zusammenarbeit erforderlich sind;

<sup>(1)</sup> Inforegio — Interreg NEXT programmes ([https://ec.europa.eu/regional\\_policy/policy/cooperation/european-territorial/next\\_en](https://ec.europa.eu/regional_policy/policy/cooperation/european-territorial/next_en)).

<sup>(2)</sup> Sonderbericht: Grenzübergreifende Zusammenarbeit mit Nachbarländern (<https://op.europa.eu/webpub/eca/special-reports/cross-border-27-2022/de/index.html>).

<sup>(3)</sup> Phare CBC & Credo, Tacis CBC, CARDS, MEDA, LACE, ENPI CBC, ENI CBC, IPA CBC und Interreg Next.

9. betont, dass diese Zusammenarbeit ein wichtiger Schritt in den Heranführungsprozessen der Europäischen Union ist, da sie den Bewerberländern und insbesondere ihren lokalen und regionalen Gebietskörperschaften ermöglicht, sich mit der institutionellen Funktionsweise der EU vertraut zu machen, Erfahrungen auszutauschen, durch Bürgerprojekte gegenseitiges Verständnis und Vertrauen aufzubauen und die wirtschaftliche Konvergenz einzuleiten; betont ferner die Rolle, die die Regionen der EU bei der Unterstützung der benachbarten lokalen und regionalen Gebietskörperschaften beim Aufbau von Kapazitäten, beim Austausch bewährter Verfahren, beim Ausbau der Infrastruktur und bei der Förderung wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen während des Heranführungsprozesses spielen können;

### **Erneutes Interesse bei der Konferenz zur Zukunft Europas und ein umfangreiches Programmangebot**

10. verweist auf seine Entschließung von 2021<sup>(4)</sup>, laut der die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und dauerhafte grenzübergreifende Strukturen bei der Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung innerhalb der EU und über die Außengrenzen hinaus eine zentrale Rolle spielen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wieder in den Mittelpunkt der politischen Agenda der EU gerückt werden muss;

11. unterstützt die im Bericht über das endgültige Ergebnis der Konferenz zur Zukunft Europas<sup>(5)</sup> enthaltene Forderung nach einer Stärkung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit, um den Zusammenhalt und die Widerstandsfähigkeit in den Grenzregionen zu verbessern;

12. betont, dass gemäß Artikel 174 AEUV auch den Grenzregionen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte; die grenzübergreifende Zusammenarbeit mit den Nachbarländern ist von entscheidender Bedeutung, um die in diesen Gebieten lebenden Bürgerinnen und Bürger wirksam zu unterstützen;

13. begrüßt die Aufnahme der Programme der territorialen Zusammenarbeit an den EU-Außengrenzen in die Interreg-Verordnung für den Programmplanungszeitraum 2021-2027 (frühere Programme für grenzübergreifende Zusammenarbeit über das Europäische Nachbarschaftsinstrument (ENI-CBC), derzeitige Interreg-VI-NEXT-Programme), was auch zur Vereinfachung der Programmdurchführung und -verwaltung beitragen dürfte;

14. begrüßt den Beschluss der Kommission, die Zusammenarbeit mit Russland und Belarus im Rahmen der ENI-CBC-Programme nach der militärischen Aggression Russlands gegen die Ukraine auszusetzen und die Mittel zugunsten der Ukraine und Moldaus umzuschichten; weist zugleich auf die negativen Auswirkungen auf die Regionen der EU hin, die von diesen Programmen profitiert haben, und fordert einen Mechanismus zum Ausgleich der geringeren Verfügbarkeit von Mitteln in diesen Grenzregionen;

15. ist der festen Überzeugung, dass die Interreg-Programme IPA CBC und NEXT (NDICI) auch von entscheidender Bedeutung für den Aufbau von Fachwissen der Beamten der benachbarten lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sind, während sich ihre Länder auf den Beitritt zur Europäischen Union vorbereiten;

16. stellt allerdings fest, dass die bestehenden Kooperationsmöglichkeiten den lokalen und regionalen Akteuren nicht ausreichend bekannt sind, da die Komplexität der verschiedenen EU-Instrumente diese häufig überfordert;

17. begrüßt, dass URBACT und Interreg Europe der Ukraine und Moldau als Mitgliedern offenstehen und ESPON vor Kurzem auch den Bewerberländern, einschließlich dieser beiden Länder, zugänglich gemacht wurde;

18. begrüßt die Einrichtung gemeinsamer grenzübergreifender Räte lokaler Gebietskörperschaften, wie desjenigen, der zwischen Rumänien und Moldau oder zwischen der Schweiz, Baden-Württemberg und dem Elsass eingerichtet wurde. Solche Räte sollen zur Entwicklung gemeinsamer Projekte im beiderseitigen Interesse beitragen und könnten andere Regionen inspirieren;

19. betont, dass der Europäische Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) ein stabiles Instrument zur Intensivierung der grenzübergreifenden, transnationalen und interregionalen Zusammenarbeit sowie ein geeigneter Rechtsträger für die Umsetzung von EU-finanzierten Projekten ist. Zudem trägt er zu einer stärkeren und strukturierteren Integration der Grenzregionen bei. Auch andere Strukturen der territorialen Zusammenarbeit sollten nicht vergessen werden, wie die Arbeitsgemeinschaften, die sich als Erfolgsrezept zur Weiterentwicklung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit erwiesen haben;

---

(4) RESOL-VII/014: Entschließung des Europäischen Ausschusses der Regionen — Eine Vision für Europa: Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, verabschiedet auf der 145. Plenartagung des AdR am 1. Juli 2021 (ABl. C 440 vom 29.10.2021, S. 6).

(5) [https://conference-delegation.europarl.europa.eu/cmsdata/267099/Report\\_DE.pdf](https://conference-delegation.europarl.europa.eu/cmsdata/267099/Report_DE.pdf), 12. Vorschlag.

20. erkennt jedoch an, dass andere Formen der Multi-Level-Governance und der grenzübergreifenden Governance (wie Euroregionen, Makroregionen, bilaterale Abkommen wie der Vertrag von Aachen über die deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration oder der Quirinal-Vertrag zwischen Frankreich und Italien, Vereinbarungen auf der Grundlage des Madrider Rahmenabkommens des Europarates und andere) unabdingbar sind, um die Lebensqualität der in grenzübergreifenden Gebieten lebenden Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Außerdem könnten sie sich als vorläufige Lösungen im Vorfeld der Gründung von EVTZ eignen;

## II. HINDERNISSE FÜR DIE GRENZÜBERGREIFENDE ZUSAMMENARBEIT MIT NACHBARLÄNDERN

21. weist erneut darauf hin, wie wichtig es ist, grenzübergreifende Hindernisse zu beseitigen, wie bereits in seinen Stellungnahmen „Bürger- und Kleinprojekte in Programmen der grenzübergreifenden Zusammenarbeit“<sup>(6)</sup> und „Grenzüberschreitende öffentliche Dienstleistungen in Europa“<sup>(7)</sup> sowie in seiner EntschlieÙung „Eine Vision für Europa: Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit“<sup>(8)</sup> dargelegt;

22. hebt mangelndes Vertrauen als wesentliches Hindernis für die grenzübergreifende Zusammenarbeit hervor, weshalb Programme der europäischen territorialen Zusammenarbeit wichtig sind, um das Wissen übereinander zu mehren, die zwischenstaatlichen Beziehungen zu verbessern und widerstandsfähigere, stabilere und stärker integrierte Gesellschaften zu fördern;

23. erkennt das Gefälle, die Asymmetrien und die Ungleichgewichte zwischen den Nachbarländern, insbesondere in Grenzregionen, an, die die Zusammenarbeit aufgrund geografischer, wirtschaftlicher, administrativer und steuerlicher Unterschiede behindern;

24. stellt insbesondere fest, dass die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften in den Nachbarländern häufig durch nationale Bestimmungen daran gehindert werden, EVTZ beizutreten; fordert die Nachbarländer der EU auf, Rechtsvorschriften zu erlassen, die den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften und öffentlichen Einrichtungen den Beitritt ermöglichen;

25. begrüÙt die Bemühungen, solche Hindernisse für die Zusammenarbeit zu ermitteln, zu erfassen, zu analysieren und zu beseitigen, insbesondere wenn sie rechtlicher, sprachlicher und administrativer Natur sind;

26. weist darauf hin, dass viele dieser Hindernisse an den EU-Binnengrenzen durch die Entwicklung des Binnenmarkts, die Schengen-Bestimmungen usw. beseitigt wurden, andere jedoch nach wie vor bestehen und sogar zunehmen, insbesondere an den Außengrenzen;

27. verweist auf die positiven Ergebnisse der laufenden Initiative *b-solutions*<sup>(9)</sup>, die von der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Europäischen Kommission gefördert und seit 2018 von der Arbeitsgemeinschaft europäischer Grenzregionen (AGEG) umgesetzt wird;

28. betont, wie wichtig die Vernetzung und der Vergleich bei der grenzübergreifenden Zusammenarbeit für die Beseitigung entsprechender Hindernisse sind; dabei gilt es, dafür zu sorgen, dass bestehende (und künftige) Instrumente wie EVTZ, das Instrument für integrierte territoriale Investitionen (ITI), von der örtlichen Bevölkerung betriebene Strategien für lokale Entwicklung (CLLD) sowie andere Mechanismen zur Erleichterung der Zusammenarbeit besser genutzt werden können; unterstützt den Vorschlag, Mittel für die Entwicklung dieses territorialen Ansatzes in ländlichen Gebieten durch CLLD für die Entwicklung des ländlichen Raums über die Landwirtschaft hinaus vorzusehen, um die im Rahmen des LEADER Ansatzes geförderten Maßnahmen zu ergänzen. Dies ist auch ein geeigneter Weg für den Umgang mit der „Geografie der Unzufriedenheit“;

29. weist darauf hin, dass der Mangel an angemessenen Verkehrsinfrastrukturen und -netzen, insbesondere im Rahmen der grenzübergreifenden Zusammenarbeit an den Seegrenzen und zwischen Inselgebieten, Handel und Mobilität behindert und die Zusammenarbeit erschwert;

30. unterstreicht die Mängel bei der Koordinierung aufgrund institutioneller Unterschiede zwischen Nachbarländern; betont, dass sich häufig besondere Probleme für die Zusammenarbeit stellen können, wenn die Zuständigkeiten beiderseits der Grenzen auf verschiedenen Regierungsebenen angesiedelt sind, wie zum Beispiel im Gesundheitswesen und beim Katastrophenschutz;

<sup>(6)</sup> COTER-VI/023, Berichterstatter: Pavel Branda (CZ/EKR), verabschiedet auf der 124. Plenartagung des AdR am 12. Juli 2017 (ABl. C 342 vom 12.10.2017, S. 38).

<sup>(7)</sup> COTER-VI/005, Berichterstatter: Pavel Branda (CZ/EKR), verabschiedet auf der 124. Plenartagung des AdR am 4. Februar 2021 (ABl. C 106 vom 26.3.2021, S. 12).

<sup>(8)</sup> RESOL-VII/014.

<sup>(9)</sup> <https://www.b-solutionsproject.com>.

31. bedauert, dass komplexe Verwaltungsverfahren und rechtliche Hindernisse, die durch Sprachbarrieren und Bürokratie verstärkt werden, die Umsetzung von Projekten der grenzübergreifenden Zusammenarbeit verlangsamen oder sogar beeinträchtigen;

32. hält die grenzübergreifende Zusammenarbeit auf allen gesellschaftlichen Ebenen für notwendiger denn je, um den Zusammenhalt zwischen den Menschen zu stärken, Lösungen für die erforderliche Klimawende zu finden, negativem Wettbewerb entgegenzuwirken und insbesondere Konflikte zu verhindern;

### III. POLITISCHE EMPFEHLUNGEN

#### **Lokale und regionale Gebietskörperschaften als Schlüsselakteure für die grenzübergreifende Zusammenarbeit mit Nachbarländern**

33. bekräftigt, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften aufgrund der derzeitigen geopolitischen Lage als Schlüsselakteure der europäischen grenzübergreifenden Zusammenarbeit (ETZ) mit Nachbar- und/oder Bewerberländern betrachtet und administrativ sowie finanziell verstärkt unterstützt werden müssen;

34. verpflichtet sich, die Zusammenarbeit mit den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften der Nachbarländer im Rahmen der Konferenz der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften der Länder der Europäischen Union und der Östlichen Partnerschaft (CORLEAP), der Versammlung der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften Europa-Mittelmeer (ARLEM), der Allianz für den Wiederaufbau der Ukraine sowie der Arbeitsgruppen und gemischten beratenden Ausschüsse mit Bewerberländern und angehenden Bewerberländern zu intensivieren; fordert die EU auf, auch den westafrikanischen Ländern besondere Aufmerksamkeit zu widmen;

35. weist erneut darauf hin, dass die Lage an den Außengrenzen Finnlands und Polens weiterhin aufmerksam verfolgt und auch nach dem Brexit eine enge Zusammenarbeit zwischen Irland, Frankreich, Belgien, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich aufrechterhalten werden muss;

36. begrüßt die Aufstockung des Gesamthaushalts für IPA III und fordert, für die grenzübergreifende territoriale Zusammenarbeit insgesamt mehr Mittel bereitzustellen;

37. fordert eine weitere Vereinfachung der Interreg-Projekte und betont, dass die entsprechende Finanzierung flexibel genug sein muss, um dem tatsächlichen Bedarf von Grenzregionen im Einklang mit einem Bottom-up-Ansatz gerecht zu werden;

38. fordert die EU auf, verstärkt klare Indikatoren zur Messung der Auswirkungen der EU-Politik auf ihre Beziehungen zu Nachbarländern zu verwenden;

39. hebt hervor, dass Synergien und Komplementaritäten zwischen Maßnahmen der grenzübergreifenden Zusammenarbeit und europäischen Finanzierungsprogrammen im Rahmen der direkten, indirekten und insbesondere geteilten Mittelverwaltung gefördert werden müssen;

40. unterstreicht, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften beim Wiederaufbau der Ukraine unbedingt unterstützt werden müssen. Gleichzeitig gilt es, die Unterstützung für die angrenzenden Regionen aufrechtzuerhalten und die Zusammenarbeit zu verstärken;

41. ist der Ansicht, dass der Dezentralisierungsprozess in der Ukraine eine Priorität bleiben muss, da er neue Möglichkeiten für den EU-Beitritt eröffnen wird; hebt in diesem Zusammenhang die Rolle des EVTZ Tisza hervor, dem zum ersten Mal ein Drittland angehört;

42. fordert die Europäische Union auf, geeignete Maßnahmen zur Umsetzung des REPowerEU-Plans zu ergreifen und die grenzübergreifende Zusammenarbeit aktiv zu fördern, um gemeinsame Herausforderungen in den Bereichen saubere Energie, Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Klimawandel, Verringerung der Umweltverschmutzung und Schutz der Ökosysteme anzugehen;

43. schlägt vor, dass die an die Russische Föderation und Belarus angrenzenden EU-Regionen als Sonderfälle eingestuft werden, die verstärkter Aufmerksamkeit sowie einer genaueren politischen Analyse und weitreichenderer politischer Maßnahmen bedürfen. Aufgrund der außergewöhnlichen Umstände und der durch die geschlossenen Grenzen gegebenen Beschränkungen in diesen Grenzregionen sollten spezifische und angepasste Instrumente für ihre Entwicklung konzipiert werden;

44. verweist auf die angespannte geopolitische Lage im Schwarzen Meer aufgrund des Krieges in der Ukraine, der Beziehungen zur Türkei und der schwierigen Lage an der östlichen Mittelmeerküste und fordert auch künftig eine verstärkte Zusammenarbeit in diesem Gebiet im Mittelmeerraum;

45. weist darauf hin, dass sich im Westbalkan ein gewisses Misstrauen gegenüber der EU in Bezug auf den Beitritt verbreitet; unterstreicht, dass diesem Trend unbedingt entgegengewirkt werden muss, um den Frieden zu sichern und dem europäischen Projekt in diesem Gebiet, insbesondere durch groß angelegte Kooperationsprojekte, eine Chance zu geben;
46. weist darauf hin, dass der Mittelmeerraum seit 2015 mit einer schweren Migrationskrise konfrontiert ist, und fordert die betroffenen Regionen auf beiden Seiten des Mittelmeers auf, ihre Zusammenarbeit auszubauen, um zu versuchen, die Migration in den Griff zu bekommen und die Entwicklung der betroffenen Gebiete zu fördern;
47. hebt hervor, dass die grenzübergreifende Zusammenarbeit und das grenzüberschreitende Leben auf der Insel Irland Realität sind und alle entsprechenden Hindernisse beseitigt werden sollten; betont die entscheidende Rolle des Programms PEACE Plus bei der Aufrechterhaltung gutnachbarlicher Beziehungen und der sozioökonomischen Entwicklung der Region sowie bei der Konsolidierung der langfristigen Zusammenarbeit zwischen Irland und dem Vereinigten Königreich nach dem Auslaufen der früheren Programme;
48. weist erneut darauf hin, dass eine besser strukturierte grenzübergreifende Zusammenarbeit an den Seegrenzen erforderlich ist, da sich viele Nachbarländer der EU im Mittelmeerraum und im Atlantikraum befinden und Grenzen mit der EU teilen. Bei den Gebieten in äußerster Randlage der EU, die in ihrem jeweiligen geografischen Umfeld zusammenarbeiten, sollte der Schwerpunkt auf die Zusammenarbeit zwischen Staatsbediensteten, politischen Entscheidungsträgern, Unternehmen und Bürgern gelegt werden;
49. ist davon überzeugt, dass dauerhafte grenzübergreifende Strukturen zu einer effizienteren und nachhaltigeren grenzübergreifenden Zusammenarbeit beitragen können, und fordert die Kommission auf, eine Vereinfachung der bestehenden Regelungen zu prüfen;
50. erinnert daran, dass seit dem Scheitern des Rahmenabkommens mit der Schweiz die bilateralen Beziehungen zwischen Schweiz und EU ungeklärt sind, was zu Behinderungen der grenzübergreifenden Zusammenarbeit führt; ruft die Kommission in dem Zusammenhang dazu auf, die Bemühungen zum Abschluss eines neuen Abkommens aufrechtzuerhalten, damit es möglichst schnell zu einer Klärung der Beziehungen kommt;
51. ist der Auffassung, dass die Union ihre Bemühungen um eine wirksamere Zusammenarbeit zwischen den Behörden der Grenzregionen verstärken muss, um die verbleibenden grenzübergreifenden rechtlichen und administrativen Hindernisse zu beseitigen und so die verschiedenen sozialen, demografischen, wirtschaftlichen, ökologischen und klimatischen Herausforderungen bewältigen zu können;
52. unterstreicht die Bedeutung des Konzepts der grenzübergreifenden funktionalen Gebiete und schlägt vor, gemeinsam mit den betreffenden Mitgliedstaaten und lokalen und regionalen Gebietskörperschaften als Sondierungsmaßnahme die Einrichtung solcher Gebiete für Regionen in Betracht zu ziehen und zu unterstützen, die bereits nachweislich Erfahrung mit grenzübergreifender Zusammenarbeit mit ihrer Nachbarschaft haben;
53. hebt hervor, wie wichtig es ist, den Interessenträgern einen einfachen Zugang zu Informationen und Kompetenzen in Projektentwicklung zu gewähren, um die Beteiligung an der grenzübergreifenden Zusammenarbeit zu fördern;
54. betont, dass die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften sinnvoll und inklusiv in die Konzipierung und Umsetzung von Maßnahmen zur Beseitigung grenzübergreifender Hindernisse einbezogen und Unternehmensgruppen, lokale Akteure der Zivilgesellschaft sowie Gemeinschaftsgruppen konsultiert und angemessen auf dem Laufenden gehalten werden sollten;
55. betont ferner die Rolle von Klein- und Bürgerprojekten beim Aufbau von Kontakten über nationale Grenzen hinweg;
56. schlägt vor, die Initiative *b-solutions* an den EU-Außengrenzen auf Nachbarländer und möglicherweise neue Bewerberländer auszuweiten, auch außerhalb des Instruments für Heranführungshilfe (IPA);
57. weist darauf hin, dass Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen oder autonome Regionen über besondere Befugnisse und Zuständigkeiten verfügen und deshalb im Rahmen ihrer Selbstverwaltungskompetenz unter Achtung der Vorrechte der Mitgliedstaaten in diesem Bereich eigene ETZ-Projekte konzipieren können. Die geteilte Mittelverwaltung eignet sich dabei nach wie vor am besten für die Umsetzung;
58. betont, dass für Regionen mit strukturellen und dauerhaften Nachteilen wie die Gebiete in äußerster Randlage, viele Berg- und Inselgebiete und die Gebiete an den EU-Außengrenzen die territoriale Zusammenarbeit im Allgemeinen — und insbesondere die grenzübergreifende Zusammenarbeit — eine wichtige Option für die Aufrechterhaltung der Verbindungen zu den kontinentalen Gebieten der EU und ihrer Nachbarschaft ist.

Brüssel, den 29. November 2023

Der Präsident  
des Europäischen Ausschusses der Regionen  
Vasco ALVES CORDEIRO



C/2024/1039

9.2.2024

**Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen — Bericht über die Wettbewerbspolitik  
2022**

(C/2024/1039)

<b>Berichterstatter:</b>	Antonio MAZZEO (IT/SPE), Präsident und Mitglied des Regionalrats der Toskana
<b>Referenzdokumente:</b>	Bericht über die Wettbewerbspolitik 2022 und Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen

**POLITISCHE EMPFEHLUNGEN**

DER EUROPÄISCHE AUSSCHUSS DER REGIONEN (AdR),

**Einführung**

1. erkennt an, dass die europäische Wettbewerbspolitik für einen gut funktionierenden Binnenmarkt und den Schutz der Verbraucherrechte sowie für die Umsetzung der in Artikel 3 EUV verankerten Ziele der Europäischen Union und der Ziele des Grünen Deals und des digitalen Kompasses von zentraler Bedeutung ist. Gleichzeitig stellt der AdR fest, dass die Europäische Kommission angesichts der fortschreitenden Erweiterung des Binnenmarkts, der Krisen in den Bereichen Wirtschaft, Finanzen, Politik und öffentliche Gesundheit sowie der Entwicklung innovativer Technologien und Industrieprozesse die Wettbewerbsregeln kontinuierlich an die neuen Bedürfnisse der Union anpassen muss, ohne dabei deren Integrität zu gefährden;
2. stellt fest, dass die Kommission die Wettbewerbsregeln, insbesondere die Regelung über staatliche Beihilfen, nutzen möchte, um zunächst die durch die COVID-19-Pandemie ausgelöste Krise und dann die Krise aufgrund des Krieges in der Ukraine und den Energieschock zu bewältigen: So hat sie zwei befristete Rahmen für staatliche Beihilfen<sup>(1)</sup> angenommen, die es den Mitgliedstaaten einschließlich der Behörden auf lokaler und regionaler Ebene ermöglicht haben, nationale Unternehmen in einer unvorhergesehenen Notfallsituation zu unterstützen;
3. begrüßt das Programm „NextGenerationEU“ (NGEU)<sup>(2)</sup> und insbesondere die Aufbau- und Resilienzfazilität<sup>(3)</sup>, sowohl wegen ihres Finanzierungsmechanismus, mit dem die Eigenmittel der Union festgelegt werden, als auch weil darin die wirtschafts- und industriepolitischen Prioritäten für jeden Staat im Lichte der gemeinsamen europäischen Ziele, nämlich des grünen und des digitalen Wandels, festgelegt werden;
4. begrüßt, dass die Kommission angesichts des voranschreitenden Klimawandels und entsprechender Gesetzgebung ihre Leitlinien<sup>(4)</sup> für staatliche Beihilfen überarbeitet und anpasst, damit der europäische Grüne Deal mit möglichst geringen Wettbewerbsverzerrungen umgesetzt werden kann;
5. verweist auf die Stellungnahmen des AdR zur Aufbau- und Resilienzfazilität und insbesondere auf jene zum Überprüfungsbericht über die Durchführung dieses Instruments<sup>(5)</sup> und bedauert erneut die weitestgehend unterbliebene Beteiligung der kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften. Die auf diese Weise erfolgte Zentralisierung führt dazu, dass die bürgernächsten Verwaltungsebenen bei der Programmierung der Fonds ausgeschlossen werden;

<sup>(1)</sup> Mitteilung der Kommission „Befristeter Rahmen für staatliche Beihilfen zur Stützung der Wirtschaft angesichts des derzeitigen Ausbruchs von COVID-19“ (ABl. C 91 I vom 20.3.2020, S. 1); Mitteilung der Kommission „Befristeter Krisenrahmen für staatliche Beihilfen zur Stützung der Wirtschaft infolge der Aggression Russlands gegen die Ukraine“ (ABl. C 131 I vom 24.3.2022, S. 1).

<sup>(2)</sup> Mitteilung der Kommission „Die Stunde Europas — Schäden beheben und Perspektiven für die nächste Generation eröffnen“, Brüssel, 27.5.2020 (COM(2020) 456 final).

<sup>(3)</sup> Verordnung (EU) 2021/241 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Februar 2021 zur Einrichtung der Aufbau- und Resilienzfazilität (ABl. L 57 vom 18.2.2021, S. 17).

<sup>(4)</sup> Leitlinien für staatliche Klima-, Umweltschutz- und Energiebeihilfen (CEEAG — 2022/C 80/01).

<sup>(5)</sup> ECON-VII/026: Stellungnahme des Ausschusses der Regionen zum Überprüfungsbericht über die Durchführung der Aufbau- und Resilienzfazilität (ABl. C 157 vom 3.5.2023, S. 12).

6. hebt hervor, dass die Kommission im Oktober 2022 den Befristeten Krisenrahmen für staatliche Beihilfen geändert hat, um die Folgen des andauernden Krieges in der Ukraine abzufedern. Dabei hat sie Grundsätze für die Rekapitalisierung von Unternehmen, insbesondere im Energiesektor, festgelegt und die zulässige Höhe der Beihilfe sowie die Flexibilität der Bürgschaften für diese Energieunternehmen erhöht;
7. fügt hinzu, dass die Kommission im Einklang mit der REPowerEU-Initiative <sup>(6)</sup> einen neuen Befristeten Rahmen <sup>(7)</sup> mit Schwerpunkt auf dem Energiemarkt geschaffen hat. Dadurch hat sie die Vorschriften für den Ausgleich von Energiekosten vereinfacht, Maßnahmen zur Förderung der Senkung der Energienachfrage eingeführt und allgemeine Grundsätze für die Rekapitalisierung, insbesondere von Energieunternehmen, festgelegt;
8. verweist auf Artikel 174 AEUV, in dem es heißt: „Die Union setzt sich [...] zum Ziel, die Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen und den Rückstand der am stärksten benachteiligten Gebiete zu verringern“. Er betont, dass die Kohäsionspolitik ein grundlegendes Instrument für die europäische Integration, für Investitionen und die territoriale Förderung durch die Struktur- und Investitionsfonds darstellt;
9. fordert daher, dass der Grundsatz „Dem Zusammenhalt nicht schaden“ in alle Politikbereiche und Initiativen der Union einfließt, auch in die Umsetzung der Binnenmarktpolitik, insbesondere in Bezug auf die Vorschriften über staatliche Beihilfen;
10. steht der Kommission vor diesem Hintergrund als interinstitutioneller Ansprechpartner zum Thema Kohäsion zur Verfügung und fordert sie gleichzeitig auf, die Politik des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts zu verbessern. Die beiden Politikbereiche Wettbewerb und Kohäsion dürfen nicht im Widerspruch zueinanderstehen, sondern sollten einander ergänzen, denn beide sind für die europäische Integration und damit für das nachhaltige Wachstum der Regionen, Provinzen und Städte Europas in Einklang mit den Zielen des europäischen Grünen Deals unerlässlich;
11. erkennt zwar an, dass die Wettbewerbspolitik der EU als ausschließliche Zuständigkeit der Europäischen Union rechtlich nicht in den Anwendungsbereich des Subsidiaritätsprinzips fällt, fordert die Kommission jedoch auf, die Grundsätze der besseren Rechtsetzung im Bereich der Wettbewerbspolitik anzuwenden und den AdR in einer frühen Phase der Überprüfung der Wettbewerbsvorschriften einzubeziehen, um deren territoriale Auswirkungen besser bewerten zu können. Darüber hinaus unterstützt der AdR die Forderung nach einer interinstitutionellen Vereinbarung über die Wettbewerbspolitik;

### **Fortschritte in der europäischen Wettbewerbspolitik**

12. begrüßt, dass die Kommission sich den aktuellen und wandelnden Herausforderungen stellt und dafür wichtige Instrumente für das Funktionieren des Binnenmarkts angenommen hat, wie das Gesetz über digitale Märkte <sup>(8)</sup>, mit dem ein faires und bestreitbares digitales Umfeld für zentrale Plattformdienste geschaffen werden soll, und zwar sowohl für Endnutzer als auch für gewerbliche Nutzer. Bei letzteren handelt es sich häufig um kleine und mittlere Unternehmen (KMU) aus den verschiedenen Regionen Europas;
13. betont, dass das Gesetz über digitale Märkte digitale Gatekeeper vorsieht, die die Verbindung zwischen Erzeugern und Endverbrauchern herstellen und daher oft unverzichtbar sind und über eine enorme Marktmacht verfügen. Mit diesem Gesetz soll unlauteres und wettbewerbswidriges Verhalten ihrerseits verhindert werden. Dies würde den Wettbewerb behindern und hätte negative wirtschaftliche und soziale Auswirkungen nicht nur auf nationaler Ebene, sondern unweigerlich auch für das lokale und regionale Produktionsgefüge;
14. fügt hinzu, dass mit der Verordnung über drittstaatliche Subventionen <sup>(9)</sup> eine Regelungslücke bei der Überprüfung von Subventionen geschlossen wird, die von Drittländern Unternehmen gewährt werden, die auf europäischen Märkten tätig sind. Diese Unternehmen stehen in direktem Wettbewerb mit europäischen Unternehmen, die im Gegensatz zu ihren ausländischen Konkurrenten den europäischen Beihilfevorschriften und anderen Bestimmungen wie Sozial- und Umweltvorschriften unterliegen;

---

<sup>(6)</sup> Mitteilung der Kommission „REPowerEU: gemeinsames europäisches Vorgehen für erschwinglichere, sichere und nachhaltige Energie“, Straßburg, 8.3.2022 (COM(2022) 108 final).

<sup>(7)</sup> Mitteilung der Kommission „Befristeter Rahmen zur Krisenbewältigung und zur Gestaltung des Wandels für staatliche Beihilfen“ (ABl. C 101 vom 17.3.2023, S. 3).

<sup>(8)</sup> Verordnung (EU) 2022/1925 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2022 über bestreitbare und faire Märkte im digitalen Sektor und zur Änderung der Richtlinien (EU) 2019/1937 und (EU) 2020/1828 (Gesetz über digitale Märkte) (ABl. L 265 vom 12.10.2022, S. 1).

<sup>(9)</sup> Verordnung (EU) 2022/2560 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 über den Binnenmarkt verzerrende drittstaatliche Subventionen (ABl. L 330 vom 23.12.2022, S. 1).

15. begrüßt in diesem Zusammenhang die Umsetzung der Verordnung, die den Schutz europäischer Unternehmen im Binnenmarkt fördert; legt die Kommission gleichzeitig nahe, europäische Unternehmen, die im Wettbewerb mit Unternehmen aus Drittländern stehen, durch die Anwendung der EU-Wettbewerbsvorschriften besser zu schützen;

16. weist darauf hin, dass die Kommission mit dieser Verordnung beauftragt wird, öffentliche Ausschreibungen, auch Ausschreibungen lokaler und regionaler Gebietskörperschaften, auszusetzen, wenn es aufgrund der Teilnahme von Unternehmen, die aus dem Ausland finanziert werden, zu Marktverzerrungen kommt. Er fordert die Kommission daher auf, mit den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zusammenzuarbeiten, um die Vorschriften umzusetzen und die Koordinierung zwischen den zuständigen Behörden zu verbessern;

17. erkennt an, dass die Kommission klarere Regeln<sup>(10)</sup> eingeführt hat, um zu bestimmen, wann die Wettbewerbsregeln im Falle von Selbständigen, die sich zu Tarifverhandlungen zusammenschließen, nicht anwendbar sind. Sie unterstreicht dadurch, dass der Wettbewerb kein Hindernis für die Verbesserung der Bedingungen für europäische Arbeitnehmer sein darf;

18. fordert die Kommission auf, weiterhin die Durchsetzung des Kartellrechts zu fördern, um den Wettbewerb auf den Märkten zu stärken, damit er nicht nur den Herstellern, sondern letztlich auch den Verbrauchern zugutekommt, die mit steigenden Preisen und schwierigen internationalen Ereignissen konfrontiert waren, die zu erheblichen Störungen in der Wertschöpfungskette geführt haben;

#### **Besondere Bemerkungen zu staatlichen Beihilfen aus lokaler und regionaler Sicht**

19. weist erneut darauf hin, dass das europäische Beihilferecht entscheidend zur Bewältigung der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialkrisen der letzten Jahre beigetragen hat. Dadurch konnten die Mitgliedstaaten Unternehmen in Schwierigkeiten durch einmalige Beihilfen oder auch mit Hilfe von Rekapitalisierungsplänen unterstützen; weist darauf hin, dass alle Regierungs- und Verwaltungsebenen sich um Zusammenarbeit bemühen, um die sich abzeichnenden Krisen in den Griff zu bekommen, und dass die Kommission auch weiterhin rasch und im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip handeln sollte, um die Auswirkungen dieser Krisen durch Flexibilisierungsmaßnahmen abzuschwächen;

20. unterstreicht, dass die befristeten Rahmen nicht nur das Produktionsgefüge Europas gestützt haben, sondern von den Mitgliedstaaten auch genutzt wurden, um die internen Ungleichheiten zwischen den Regionen zu bewältigen. Zwar sind, wie zahlreiche Studien<sup>(11)</sup> belegen, die regionalen Unterschiede in Europa insgesamt zurückgegangen, doch haben sie in einigen Staaten sogar zugenommen. Das betrifft insbesondere Mitgliedstaaten mit geringem Wachstum, z. B. in der Mittelmeerregion, und solche mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen, wie z. B. in den osteuropäischen Regionen;

21. betont gleichwohl, dass die Umsetzung der beiden befristeten Rahmen zu einer allgemeinen Lockerung der Regelung für staatliche Beihilfen, zu Wettbewerbsverzerrungen im Binnenmarkt und zu negativen Auswirkungen auf den Handel zwischen den Mitgliedstaaten geführt hat, was auf eine unausgewogene geografische Verteilung der staatlichen Beihilfen in der Union zurückzuführen ist. Das geht aus dem in dieser Stellungnahme untersuchten Wettbewerbsbericht<sup>(12)</sup> hervor, demzufolge im Jahr 2022 53 % der genehmigten staatlichen Beihilfen von Deutschland, 24 % von Frankreich und 23 % von den übrigen 25 Mitgliedstaaten angemeldet wurden; unterstreicht, dass diese unausgewogene Fähigkeit zur Gewährung staatlicher Beihilfen zu ungleichen Wettbewerbsbedingungen führt;

22. macht deutlich, dass die in dem vorgenannten Bericht enthaltenen Zahlen die den einzelnen Mitgliedstaaten bewilligten Mittel für staatliche Beihilfen und nicht die letztlich von den zuständigen nationalen Stellen gezahlten Beträge wiedergeben; gibt zu bedenken, dass die Regierungen der finanziell leistungsfähigeren Staaten die im eigenen Hoheitsgebiet ansässigen Unternehmen stärker unterstützen können als Mitgliedstaaten mit geringerer Finanzkraft, was zu ungleichen Wettbewerbsbedingungen und damit zweifellos zu einer Benachteiligung der Unternehmen dieser Staaten im Binnenmarkt führt;

<sup>(10)</sup> Mitteilung der Kommission — Leitlinien zur Anwendung des Wettbewerbsrechts der Union auf Tarifverträge über die Arbeitsbedingungen von Solo-Selbstständigen (Abl. C 374 vom 30.9.2022, S. 2).

<sup>(11)</sup> Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments, „Regional inequalities in the EU“, Briefing, Mai 2019; ESPON, „Inner peripheries in Europe — Possible development strategies to overcome their marginalising effects“, Kurzbericht, Oktober 2018.

<sup>(12)</sup> Bericht der Kommission — Bericht über die Wettbewerbspolitik 2022 (COM(2023) 184 final, Brüssel, 4.4.2023, S. 4).

23. weist die Kommission darauf hin, dass eine anhaltende Lockerung der Wettbewerbsregeln die Ungleichheit zwischen den Regionen Europas deshalb weiter vergrößern könnte. Dabei würden diejenigen Gebiete zurückbleiben, die aufgrund natürlicher oder demografischer Gegebenheiten, oder weil es sich um ländliche oder vom industriellen Wandel betroffene Gebiete handelt, Gefahr laufen, nicht in dem Maße wie die anderen Gebiete öffentliche Unterstützung zu erhalten, vor allem in Krisenzeiten. Gleichzeitig weist der AdR darauf hin, dass die finanzielle Leistungsfähigkeit der subnationalen Gebietskörperschaften keinesfalls überall mit jener der nationalen Ebene korrespondiert und dass eine Erhöhung der öffentlichen Ausgaben nötig sein könnte. Er fordert die Kommission auf, Maßnahmen zu ergreifen, um Marktverzerrungen sowohl kurz- als auch mittel- bis langfristig abzumildern mit dem Ziel, die normalen Wettbewerbsregeln schrittweise wieder einzuführen;

24. begrüßt die Veröffentlichung einiger nicht zwingender rechtlicher Instrumente, insbesondere die Überarbeitung der Leitlinien für Regionalbeihilfen<sup>(13)</sup>. Diese ermöglichen es den Regierungen, die am stärksten benachteiligten Regionen zu unterstützen, da sie unmittelbar zur Koordinierung mit der Kohäsionspolitik beitragen und der Umfang der Unterstützung für die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften durch sie erhöht wird, insbesondere dann, wenn die Unterstützung mit den Zielen des europäischen Grünen Deals und der digitalen Strategie der EU verknüpft ist. Auf diese Weise soll das Kohäsionsziel mit einer Erhöhung des Investitionsniveaus, insbesondere im Zusammenhang mit dem grünen Wandel, in Einklang gebracht werden;

25. fordert die Kommission auf, horizontale Bestimmungen für Inselgebiete, einschließlich der Archipele, Randgebiete und Gebiete in äußerster Randlage in den Rechtsvorschriften über staatliche Beihilfen zu verstärken. Diese Gebiete erfordern einen spezifischen und umfassenderen rechtlichen Ansatz, insbesondere für die Regionen, die nicht mit dem europäischen Kontinent verbunden sind;

26. betont, dass die neuen Vorschriften zu wichtigen Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse<sup>(14)</sup> (IPCEI) den Mitgliedstaaten Orientierungshilfe beim Ausbau solcher strategischer grenzüberschreitender Projekte bieten sollen, wie sie bereits in den Bereichen Mikroelektronik, Batterien und Wasserstoff durchgeführt werden. Damit sollen die europäischen Unternehmen stärker auf die industriellen Ziele Europas im Hinblick auf den grünen und den ökologischen Wandel ausgerichtet werden;

27. schlägt der Kommission jedoch vor, sowohl die Initiative als auch die Koordinierung dieser Projekte — von der Konzeption bis zur Umsetzung — zu verstärken und die lokalen und regionalen Akteure mit einzubeziehen. Denn diese länderübergreifenden Industrieprojekte erfordern auch eine territoriale Verankerung, um effizienter und verwaltungstechnisch flexibler zu sein;

28. begrüßt die neuen Vorschriften für staatliche Beihilfen zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation<sup>(15)</sup>, mit denen die Beihilfeintensität und die Art und Weise ihrer Gewährung erhöht werden. Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten erleichtern die Markteinführung neuer Produkte und Dienstleistungen. Dies gilt auch für fortschrittlichere Produktionsprozesse, die die technologische und industrielle Entwicklung verbessern und das allgemeine Wirtschaftsniveau Europas erhöhen;

29. begrüßt die neuen Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Förderung von Breitbandnetzen<sup>(16)</sup>. Diese erleichtern die Durchführung von Projekten zur Schaffung und zum Ausbau von Infrastrukturen, die wie z. B. der Ausbau der Glasfasertechnik in Regionen, die einen solchen Anschluss benötigen, für das Wirtschaftswachstum von großer Bedeutung sind. In den Leitlinien werden auch die Bedingungen für öffentlich-private Partnerschaften festgelegt, über die solche Infrastrukturprojekte häufig verwirklicht werden;

30. legt der Kommission schließlich eine strukturelle Reform der Vorschriften über staatliche Beihilfen nahe, die auf einen vereinfachten Rechtsrahmen auf dem Grundsatz der Rechtssicherheit abzielt und eine schnellere und verwaltungstechnisch flexiblere Umsetzung der Beihilfevorschriften ermöglicht. Dies hilft sowohl den Unternehmen, die auf den Märkten investieren und konkurrieren, insbesondere KMU, aber auch den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, die prüfen müssen, ob die Auszahlung der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel mit den EU-Vorschriften vereinbar ist. Denn häufig werden bestimmte Beihilferegulungen zentral verwaltet, ohne dass die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften, die jedoch die endgültige Auszahlung vornehmen müssen, einbezogen werden;

<sup>(13)</sup> Mitteilung der Kommission — Leitlinien für Regionalbeihilfen (ABl. C 153 vom 29.4.2021 S. 1).

<sup>(14)</sup> Mitteilung der Kommission — Kriterien für die Würdigung der Vereinbarkeit von staatlichen Beihilfen zur Förderung wichtiger Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse mit dem Binnenmarkt (ABl. C 528 vom 30.12.2021, S. 10).

<sup>(15)</sup> Mitteilung der Kommission — Unionsrahmen für staatliche Beihilfen zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation (ABl. C 414 vom 28.10.2022, S. 1).

<sup>(16)</sup> Mitteilung der Kommission — Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Förderung von Breitbandnetzen (ABl. C 36 vom 31.1.2023, S. 1).

31. stellt klar, dass bei einer Reform der Regelung für staatliche Beihilfen das vorrangige Ziel der Aufrechterhaltung eines gewissen Maßes an Wettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten und der Wahrung gleicher Wettbewerbsbedingungen für die am Binnenmarkt beteiligten Akteure berücksichtigt werden muss. Gleichzeitig ist es aber auch wichtig, das Investitionsniveau in Europa anzuheben, um die Ziele des grünen und des digitalen Wandels zu erreichen, und die Zusammenarbeit zwischen allen Regierungs- und Verwaltungsebenen sowie ein hohes Maß an wirtschaftlichem, sozialem und territorialem Zusammenhalt aufrechtzuerhalten, um Wirtschaftswachstum und Sozialstandards zu harmonisieren;

32. schlägt vor, den De-minimis-Schwellenwert sowohl in der allgemeinen De-Minimis-Verordnung<sup>(17)</sup> als auch in der De-Minimis-Verordnung für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse<sup>(18)</sup>, die Ende 2023 ausläuft, anzuheben. Dabei sollen die Inflationsraten der letzten zehn Jahre in Europa, aber vor allem auch die veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen berücksichtigt werden, die sich aus der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, den Nachwirkungen der COVID-19-Pandemie und den infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine gestiegenen Bau- und Energiekosten ergeben. Es muss also über eine lediglich inflationsbedingte Anpassung hinausgegangen werden;

33. fordert die Kommission auf, die Schlüsselrolle hervorzuheben, die die im Allgemeinen von den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften erbrachten Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse während der COVID-19-Pandemie gespielt haben und weiterhin spielen, um die Grundbedürfnisse der Bürger zu befriedigen. Ziel sollte es sein, diese grundlegenden Dienstleistungen in allen Regionen Europas nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern vielmehr auszubauen; erinnert in diesem Zusammenhang an den im EU-Jahresbarometer zur Lage der Gemeinden und Regionen festgestellten Schereneffekt durch sinkende Einnahmen und steigende Ausgaben, unter dem viele Kommunen nach wie vor leiden<sup>(19)</sup>;

### **Neue Entwicklungen in den Bereichen Wettbewerb und Industriepolitik**

34. verweist auf die vorgeschlagene Plattform für strategische Technologien für Europa<sup>(20)</sup> (STEP), die indes im Hinblick auf die Verwirklichung der Ziele der europäischen Industrie weniger ehrgeizig zu sein scheint als der zuvor angekündigte Souveränitätsfonds;

35. weist darauf hin, dass die STEP trotz des Ziels, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen auf den internationalen Märkten zu steigern, Gefahr läuft, die zahlreichen lokalen und regionalen Auswirkungen des grünen und des digitalen Wandels nicht ausreichend zu unterstützen und sich weitgehend auf die Umschichtung bereits zugewiesener Mittel oder auf die Haushalte der einzelnen Mitgliedstaaten zu stützen;

36. empfiehlt der Kommission zum einen, angesichts der Bedeutung des wirtschaftlichen, territorialen und sozialen Zusammenhalts alternative Finanzierungsmechanismen zur Umschichtung bereits für den Zusammenhalt zugewiesener Mittel zu nutzen, um das Gleichgewicht des Binnenmarkts aufrechtzuerhalten und ein homogenes Wirtschafts- und Wohlstandsniveau in allen Regionen Europas zu schaffen. Zum anderen muss in der Praxis überprüft werden, dass es nicht zu einer Konzentration von Mitteln kommt, was die Verwirklichung der Kohäsionsziele gefährden könnte.

37. fordert abschließend, dass die Wettbewerbspolitik instrumentenübergreifend die Bewältigung des grünen und des digitalen Wandels in der Europäischen Union unterstützt.

Brüssel, den 29. November 2023

*Der Präsident  
des Europäischen Ausschusses der Regionen*

Vasco ALVES CORDEIRO

<sup>(17)</sup> Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen (ABl. L 352 vom 24.12.2013, S. 1).

<sup>(18)</sup> Verordnung (EU) Nr. 360/2012 der Kommission vom 25. April 2012 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbringen (ABl. L 114 vom 26.4.2012, S. 8).

<sup>(19)</sup> Ausschuss der Regionen, EU-Jahresbarometer zur Lage der Gemeinden und Regionen, 2021.

<sup>(20)</sup> Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung der Plattform „Strategische Technologien für Europa“ (STEP) (COM(2023) 335 final).



C/2024/1040

9.2.2024

**Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen — Kulturförderung im ländlichen Raum  
im Rahmen der Strategien für Entwicklung und territorialen Zusammenhalt und der Agenda 2030**

(C/2024/1040)

**Berichterstatter:** Csaba Borboly (RO/EVP), Vorsitzender des Kreisrates Harghita, Rumänien

**POLITISCHE EMPFEHLUNGEN**

DER EUROPÄISCHE AUSSCHUSS DER REGIONEN (AdR)

1. schlägt vor, ein Europäisches Jahr des ländlichen Europas auszurufen, um den kulturellen und kreativen Wert ländlicher Gebiete in den Blickpunkt zu rücken;
2. meint, dass die besonderen Traditionen der ländlichen Gebiete auch und gerade in den abgelegenen ländlichen oder gebirgigen Gegenden eine enge Verbindung zwischen Land, Landschaft, Wirtschaft und Umwelt bewahren. Die ethnische Vielfalt dieser Gebiete sollte daher anerkannt und unterstützt werden, wie im Fall indigener und anderer sprachlicher oder nationaler Minderheiten;
3. betont, dass Minderheiten und verschiedene ethnische Gruppen in den ländlichen Gebieten entscheidend zu deren Nachhaltigkeit beitragen. Ihre Kultur, ihre Traditionen, ihr Erbe und ihr Lebensstil haben nicht nur die Vielfalt Europas, sondern auch die Landschaften, die biologische Vielfalt, die Wirtschaft, die Kultur und den sozialen Zusammenhalt Europas mitgeprägt;
4. ist davon überzeugt, dass kulturelle Aktivitäten und das kulturelle Erbe den sozialen Zusammenhalt und die Lebensqualität in den ländlichen Gebieten fördern und Möglichkeiten für eine nachhaltige Entwicklung, die Schaffung von Arbeitsplätzen und Synergien mit anderen Aktivitäten bieten, insbesondere in Gebieten mit besonderen Herausforderungen, wie den Gebieten in äußerster Randlage und anderen abgelegenen Gebieten, Berggebieten oder von Entvölkerung bedrohten Gebieten;
5. ist der Auffassung, dass zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit des ländlichen Raums und generell seiner Entwicklung der Schwerpunkt mit Blick auf die künftige Planung und Unterstützung auf die Kultur- und Kreativwirtschaft gelegt werden sollte, da sie einen Sammlungspunkt für lokale ländliche Kultur und Kreativität bildet;
6. bedauert, dass sich die Europäische Kommission trotz des Erfolgs der Europäischen Bürgerinitiative „Minority Safepack“ geweigert hat, das Thema der indigenen nationalen Minderheiten auf die Tagesordnung zu setzen und die Erarbeitung von Rechtsvorschriften einzuleiten;
7. betont, dass das Niveau und der Umfang kultureller Aktivitäten in hohem Maße mit dem Verständnis und der Akzeptanz der staatsbürgerlichen Werte und der Herausbildung einer europäischen Identität in allen Regionen korrelieren und diese unbestreitbar stark beeinflussen. Deshalb erweist sich eine bewusstere Unterstützung der Kultur- und Kreativwirtschaft in den ländlichen Gebieten als notwendig;
8. sieht die Notwendigkeit, in Europa kulturspezifische Daten auf NUTS-3-Ebene zu erheben, um die lokale Entscheidungsfindung und Planung zu unterstützen und die multidimensionale Wirkung kulturpolitischer Maßnahmen zur Förderung ländlicher Gebiete zu messen. Ohne diese spezifischen Daten könnte die neue europäische Kulturpolitik für den ländlichen Raum in Frage gestellt werden;
9. bekräftigt, dass sämtliche auf den ländlichen Raum bezogenen Maßnahmen auf allen Verwaltungsebenen evidenzbasiert sein sollten. Dabei sollten angesichts der bereichsspezifischen Besonderheiten nicht nur quantitative, sondern auch qualitative Daten erhoben und analysiert werden;

10. bekräftigt, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften (LRG) eine entscheidende Rolle bei der Organisation, Finanzierung und Unterstützung der Kultur in den ländlichen Gebieten spielen. Mancherorts sind sie vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen Niedergangs und der Krise in den ländlichen Gebieten der letzte Rettungsanker für diese Aktivitäten, vor allem in lokalen Gemeinwesen, die nicht gut aufgestellt sind. Daher sollten die LRG in ihren Bemühungen mit ausreichenden Mitteln aus EU-Fonds und nationalen Haushalten unterstützt werden. Kürzungen dieser Mittel müssen vermieden werden;
11. betont, dass die Kultur des ländlichen Raums eine wichtige Rolle bei der Erhaltung und Bewirtschaftung der Kulturlandschaften, der biologischen Vielfalt und der traditionellen Werte spielt. Einige ländliche Gebiete sind von hohem natürlichem Wert, denn sie bilden spezifische biokulturelle Räume, in denen die Umwelt und die lokale Wirtschaft eingebettet in die Kultur und die Tradition der dortigen Gemeinwesen nachhaltig koexistieren;
12. betont, dass die verstärkte Zusammenarbeit zwischen ländlichen Gebieten auch jenseits von Themen wie Landwirtschaft, Wirtschaft und Verwaltung des ländlichen Raums stattfinden sollte, um das Potenzial einer kulturgesteuerten ländlichen Entwicklung auszuschöpfen, sodass sich die LRG im ländlichen Raum und andere Akteure bewährte europäischen Verfahren zunutze machen und ihre Chancen optimal nutzen können;
13. hofft, dass die neue europäische Kulturpolitik im ländlichen Raum durch eine Entwicklung der ländlichen Gebiete auf der Basis kultureller Werte, der Stärkung der lokalen Wirtschaft und der Kultur- und Kreativwirtschaft sowie durch Identitätsbildung und Stolz dazu beitragen kann, den dortigen Bevölkerungsrückgang zu bremsen, damit der ländliche Raum für die Land- und die Stadtjugend gleichermaßen ein interessanter Lebens- und Arbeitsort ist;
14. fordert einen Rahmen zur Unterstützung und Förderung des ländlichen Kulturraums in Europa, wozu die Erfahrungen mit der Initiative „Kulturhauptstadt Europas“ herangezogen werden könnten;
15. fordert die Mitgliedstaaten unter gebührender Berücksichtigung der Komplementarität, der Subsidiarität und der Ortsbezogenheit auf, ihre diesbezüglichen Maßnahmen zu verstärken. Diese sollten durchgeführt, unterstützt und koordiniert werden, um einen strategischen europäischen Ansatz für die Kulturpolitik in den ländlichen Gebieten zu schaffen;
16. bekräftigt seine Unterstützung für die „Langfristige Vision für die ländlichen Gebiete der EU 2040“. Sie soll den territorialen Zusammenhalt unterstützen und neue Möglichkeiten erschließen, um die innovative Kultur- und Kreativwirtschaft anzuziehen, den Zugang zu künstlerischen und kulturellen Aktivitäten sicherzustellen, die Wiederherstellung von Kulturlandschaften zu fördern, für eine bessere kulturelle Infrastruktur und Dienstleistungen zu sorgen und die kulturellen und wirtschaftlichen Stärken ländlicher Gebiete optimal zu nutzen;
17. fordert die Kommission auf, im Benehmen mit den Mitgliedstaaten und den LRG sicherzustellen, dass es im Rahmen der langfristigen Vision für ländliche Gebiete praktikable Lösungen und unterstützende Mittel zur Bewältigung der Probleme der Kultur- und Kreativwirtschaft in ländlichen Gebieten geben wird;
18. ist der Ansicht, dass soziale und kulturelle Vitalität sowie Innovation im Bereich der sozialen und kulturellen Dienstleistungen von allgemeinem Interesse angesichts ihres Potenzials zur Eindämmung des Bevölkerungsrückgangs und zur Schaffung sozialer und wirtschaftlicher Chancen im Zusammenhang mit dem Grünen Deal zu den strategisch wichtigsten Bereichen gehören, in denen die lokale und regionale Zusammenarbeit im Rahmen des Pakts für den ländlichen Raum ausgebaut werden sollte;
19. betont, dass nationale, regionale, ländliche und lokale Entwicklungsstrategien, die Kultur, Kreativität und Kunst einbeziehen, durch Stärkung des Gemeinschafts- und Zugehörigkeitsgefühls, der kulturellen Vielfalt, der Demokratie, der Teilhabe und des interkulturellen Dialogs in hohem Maße zur Verbesserung der Lebensqualität in den Regionen und Städten beitragen;
20. weist auf die europäischen Kulturwege hin, die sowohl innerhalb der Landesgrenzen als auch grenzüberschreitend verlaufen und unter Beteiligung der Öffentlichkeit und aller einschlägigen Interessenträger einen wesentlichen Beitrag zur Verbreitung lokaler und regionaler kultureller Ausdrucksformen leisten. Außerdem tragen sie zur Werbung für weniger bekannte Regionen und zur Förderung der Beschäftigung, der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Wirtschaft in den ländlichen Gebieten bei;
21. bekräftigt die strategische Rolle, die der AdR in Bezug auf den Vorschlag und die Ausarbeitung von Maßnahmen spielen kann, mit denen die Unterstützung der Kulturpolitik in ländlichen Gebieten zunehmend gestärkt wird; fordert seine Vertreter auf, sinnvolle Anstrengungen zu unternehmen, um einen Standpunkt des AdR festzulegen, bei dem die zentrale Bedeutung dieser Maßnahmen für die sozioökonomische Entwicklung der EU bekräftigt wird;

22. weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es für die Zukunft der ländlichen Gebiete entscheidend ist, junge Menschen dort zu halten bzw. andere dorthin anzuziehen. Bei der Suche nach Lösungen für die Probleme der ländlichen Gebiete ist es von grundlegender Bedeutung, junge Menschen aktiv zu beteiligen, Foren und Jugendräte, in denen sie ihre Ideen vorbringen können, zu entwickeln bzw. zu fördern sowie Jugendinitiativen im ländlichen Raum zu unterstützen;

23. betont die grundlegende Rolle der Familien auf dem Lande bei der Erhaltung von Traditionen, der Vermittlung von Werten und der Gewährleistung einer dauerhaften Vitalität ländlicher Gebiete; erkennt an, dass die Stabilität und das Wachstum dieser Gebiete ganz erheblich vom Wohlergehen und der Nachhaltigkeit des Familienverbands abhängen; betont daher, dass es dringend notwendig ist, die Stärkung der Familien auf dem Lande durch einen inklusiven Dialog, die Unterstützung einschlägiger Verbände und eine gezielte Politik, einschließlich familienfreundlicher Maßnahmen zur Förderung einer stabilen und nachhaltigen ländlichen Bevölkerung zu unterstützen;

24. weist darauf hin, dass der Generationswechsel in der Landwirtschaft ein dringendes Problem ist und bleibt. Deshalb muss die Mitarbeit junger Menschen und gerade auch der Frauen aus den ländlichen Gebieten in der Landwirtschaft und in den Agrarbetrieben gefördert werden; teilt deshalb die Ansicht der Kommission, dass insbesondere den Bedürfnissen junger Menschen und Frauen Rechnung getragen werden muss, um sie von der Landflucht abzuhalten;

25. weist darauf hin, dass die Wälder und die europäische Forstwirtschaft eine Schlüsselrolle bei der Gestaltung und Pflege von Landschaften spielen und einen entscheidenden Beitrag zur Erhaltung der biologischen Vielfalt und anderer Ökosystemleistungen leisten, und macht darauf aufmerksam, dass die zentrale Rolle von Wäldern, Forstwirten und der gesamten forstbasierten Wertschöpfungskette bei der Verwirklichung der Ziele des europäischen Grünen Deals und der Kulturpolitik im Einklang mit der Waldstrategie für 2030 anerkannt ist. Waldbrände und sonstige Störungen wie Stürme und Schädlinge stellen eine ernsthafte Bedrohung für ländliche Gebiete dar, die durch die Förderung resilienter Landschaften und forstwirtschaftlicher Tätigkeiten entschlossen bekämpft werden muss;

### **Governance**

26. betont den Wert und die Bedeutung der Multi-Level-Governance, die u. a. die Verbreitung vorbildlicher Verfahren für die Kulturpolitik im ländlichen Raum, die Stärkung der partizipativen Demokratie, das gegenseitige Lernen, das Entstehen neuer Partnerschafts- und Dialogformen sowie die Effizienz und Kohärenz branchenspezifischer politischer Maßnahmen für das kulturelle Erbe erleichtert;

27. stellt erneut fest, dass die Einbeziehung der lokalen und regionalen Akteure in diese Governance-Struktur entscheidend sein wird, um die Maßnahmen an die Anforderungen und Bedürfnisse der ländlichen Gebiete, insbesondere der dünn besiedelten oder der mit demografischen oder ökologischen Risiken konfrontierten Gebiete, anzupassen;

28. begrüßt die verstärkte Unterstützung von Bottom-up-Initiativen wie der von der örtlichen Bevölkerung betriebenen lokalen Entwicklung, bei der die Rolle lokaler Aktionsgruppen (LAG) definiert wird, und der Strategie für intelligente Dörfer; regt an, die aus diesen Programmen und Ansätzen gewonnenen Erkenntnisse weiter zu nutzen;

29. schlägt eine europäische Strategie nach dem Vorbild der Strategie für intelligente Dörfer vor, die eine gezielte Unterstützung der ländlichen Kultur- und Kreativwirtschaft und ein Aufleben des kulturellen Erbes gewährleistet. Zugleich ist die Unterstützung aus EU-Mitteln im Rahmen der von der örtlichen Bevölkerung betriebenen lokalen Entwicklung sicherzustellen, damit keiner ländlichen Region die Mittel zur Unterstützung privater und gemeinschaftlicher Initiativen in diesem Bereich fehlen;

30. weist darauf hin, dass Denkmäler und das architektonische Erbe im Allgemeinen nicht immer geschützt sind. Ihre Erhaltung und Restaurierung könnte sowohl den ländlichen Gemeinschaften als auch der lokalen Wirtschaft zugutekommen und gleichzeitig den CO<sub>2</sub>-Fußabdruck verringern, weshalb die ländliche Entwicklung und die strategische Planung so gestaltet werden müssen, dass sie auch das Kulturerbe berücksichtigen;

31. betont, dass die Kulturpolitik in ländlichen Gebieten zu einem integralen Bestandteil der Kohäsionspolitik werden und Synergien mit bestehenden Instrumenten wie der von der örtlichen Bevölkerung betriebenen lokalen Entwicklung generieren sollten; die Regierungen und Institutionen aller Ebenen sollten die LAG sinnvoll in ihre Programmplanung einbeziehen;

32. betont, dass ein partizipativer Ansatz in den Gemeinwesen vor Ort der beste Weg ist, um sicherzustellen, dass die laufenden Entwicklungsbemühungen und Kulturinvestitionen lokalen Bedürfnissen und Prioritäten umfassend Rechnung tragen;

33. ist daher überzeugt, dass die Fähigkeit zu handeln und der Wille, etwas zu erreichen, davon abhängen, ob ein gutes Verständnis der Probleme der ländlichen Gebiete sowie ein Bewusstsein für die gemeinsame Verantwortung und eine Atmosphäre des Vertrauens bei der Lösung dieser Probleme vorhanden sind;

34. spricht sich nachdrücklich dafür aus, den LRG, die als Institutionen den Bürgern und den Gebieten vor Ort am nächsten sind, bei der Umsetzung der Kulturpolitik einen besonderen Stellenwert einzuräumen; befürwortet den Aufbau integrierter Managementsysteme auf der Grundlage territorialer Netze und Systeme;

#### **Kultur- und Kreativwirtschaft in ländlichen Gebieten**

35. betont, dass Kulturgüter und -dienstleistungen ein Allgemeingut sein müssen. Die Chancenungleichheit zwischen Stadt und Land, Reich und Arm, Jung und Alt sowie in Bezug auf Minderheiten und marginalisierte Gruppen, Menschen mit Behinderungen sowie Zuwanderer und Flüchtlinge muss verringert werden;

36. wünscht kulturelle Dienstleistungen, die dezentralisiert, vernetzt und organisiert sind, damit die Menschen in der Nähe ihres Wohnorts von ihnen profitieren können;

37. fordert ein Kulturangebot für alle Altersgruppen, das vor Ort oder online genutzt werden kann, beispielsweise durch den Aufbau von Orts- oder Stadtteilzentren mit einem zugänglichen und inklusiven Dienstleistungsangebot von Bibliotheken bis hin zur Sozialarbeit und Freiwilligenarbeit;

38. ist der Ansicht, dass kulturelle Aktivitäten die Lebensbedingungen marginalisierter Bevölkerungsgruppen in ländlichen Gebieten sowie die Lebensperspektiven für die betroffenen Kinder und Jugendlichen verbessern können;

39. meint, dass der Grundsatz, wonach niemand zurückgelassen werden darf, spezifische Instrumente erfordert, um kulturelle Innovationsökosysteme in ländlichen Gebieten zu entwickeln, die Chancen für Unternehmer, Kleinunternehmen und KMU im ländlichen Raum bieten, sodass diese kleinen ländlichen Unternehmen in der Kultur- und Kreativwirtschaft gefördert werden;

40. betont, dass die digitale Infrastruktur ausgebaut werden sollte, damit Künstler und andere Kulturschaffende in ländlichen Gebieten leben und arbeiten können;

#### **Chancen und Herausforderungen für die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften**

41. regt an, stärker auf die große Bedeutung der LRG bei der Förderung und Entfaltung des künstlerischen und kulturellen Lebens ländlicher Gemeinwesen hinzuweisen, und fordert eine umfassendere Beteiligung der LRG an den einschlägigen Programmen;

42. fordert die LRG auf, die kulturelle Infrastruktur in den ländlichen Gebieten als wichtigen Faktor für den sozialen Zusammenhalt und die nachhaltige Entwicklung anzuerkennen und Formen der nachhaltigen Mobilität anzubieten, die den Besuchern einen Zugang zu Kultur auf dem Land mit möglichst geringen Umweltauswirkungen ermöglichen, wie z. B. öffentliche Verkehrsmittel, Rad- und Wanderwege sowie Binnenwasserstraßen;

43. empfiehlt, die LRG bei der Konzeption, der Umsetzung und der Steuerung von Maßnahmen zur Finanzierung der Kultur- und Kreativwirtschaft in ganz Europa systematisch zu konsultieren. Dabei sollte den ländlichen Gebieten besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden;

44. fordert die Kommission nachdrücklich auf, die LRG finanziell und technisch zu unterstützen, um das Bewusstsein für die potenziellen Vorteile zu schärfen, die die Kultur- und Kreativwirtschaft auch im Zusammenhang mit der Sozialwirtschaft für die regionale und lokale Entwicklung erbringen kann;

45. fordert, die LRG und die Kulturakteure in den Infrastruktur- und Raumplanungsprozess einzubeziehen, um sicherzustellen, dass im Rahmen des Dialogs über Infrastruktur und territoriale Organisation auch über Kunst und Kultur gesprochen wird;

46. fordert ausreichende technische Unterstützung, um die Kapazitäten der ländlichen Gebietskörperschaften auszubauen, denn diese verfügen insbesondere in Bezug auf langfristige Strategien sowie den Zugang zu EU-Mitteln und ihre Ausschöpfung über geringere Planungskompetenzen;

47. betont, dass die LRG stärker sensibilisiert und in die Lage versetzt werden müssen, ihre Umwelt und Landschaften, ihre materiellen und immateriellen Kulturgüter und andere einzigartige Kultur- und Kunstressourcen zu schützen, zu renovieren, zu nutzen und neu zu beleben;

48. schlägt daher vor, Interessenträger zu unterstützen, die Kunst und Kultur in leer stehenden Gebäuden kreativ fördern. Diese können so belebt werden, dass sie zu Orten für öffentliche Begegnungen und zu Infrastrukturen werden, die die Qualität des täglichen Lebens verbessern;

49. schlägt vor, die Erschließung neuer kultureller Potenziale in den ländlichen Gebieten auch durch die Förderung von Kulturveranstaltungen sowie den Schutz historischer und religiöser Stätten (Kirchen, Burgen usw.) umfassend zu fördern;

50. weist erneut darauf hin, dass die Kultur — und Kreativwirtschaft meist durch Kleinstunternehmen, KMU und Selbstständige vorangetrieben wird, was Initiative und Organisation auf lokaler Ebene erfordert. Diese lokale Ausrichtung ist positiv für die ländlichen Gebiete, da nicht nur Impulse für die lokale Wirtschaft und das soziale Gefüge gesetzt werden, sondern auch dazu beigetragen wird, Talente und die entsprechenden Arbeitsplätze auf lokaler Ebene zu halten;

### **Prüfung der Auswirkungen auf den ländlichen Raum**

51. begrüßt das Bestreben der Kommission, die Perspektive des ländlichen Raums durchgängig zu berücksichtigen und dem Grundsatz, dem Zusammenhalt nicht zu schaden, in allen Politikbereichen der EU zu stärker Rechnung zu tragen, indem das Instrumentarium der territorialen Folgenabschätzung und die Prüfung der Auswirkungen auf den ländlichen Raum genutzt werden;

52. fordert die Mitgliedstaaten und die LRG auf, eine solche Prüfung der Auswirkungen auf die ländlichen Gebiete (*rural proofing*) für ihre Strategien und Investitionen im laufenden Programmplanungszeitraum 2021–2027, die nationalen Strategiepläne sowie bei der Regionalentwicklung und den lokalen Strategien im Rahmen der von der örtlichen Bevölkerung betriebenen lokalen Entwicklung vorzunehmen;

53. schlägt vor, Investitionen sowie öffentliche Unterstützung und Finanzierung auf ihre Auswirkungen auf den ländlichen Raum zu prüfen. Auf diese Weise könnte bei der Konzipierung neuer substanzieller Finanzierungsmöglichkeiten untersucht werden, ob sie auch Unterstützung für landwirtschaftliche Familienbetriebe, Beschäftigte in der Landwirtschaft und der ländlichen Kultur- und Kreativwirtschaft, NGO, die einzelne Kulturschaffende vertreten, sowie Folkloregruppen, LAG und Bauernverbände umfassen sollten;

### **Finanzierung und Unterstützung**

54. weist darauf hin, dass es angesichts des Ausmaßes der Herausforderungen notwendig ist, die Finanzmittel und alle Aktivitäten in den ländlichen Gebieten stark zu bündeln. Dazu gehört auch die Mobilisierung lokaler Ressourcen und die finanzielle Unterstützung durch lokale Investitionen, Kofinanzierung und Schirmherrschaften in Kultur und Kunst;

55. schlägt vor, die Kultur in allen EU-Fonds zunehmend als bereichsübergreifenden Wert anzuerkennen und Mittel daraus für Kulturprojekte bereitzustellen, einschließlich solcher, die die Biodiversität, Kulturlandschaften und biokulturellen Gebiete schützen, fördern und verbessern;

56. fordert eine ausdrückliche Priorisierung von Maßnahmen zur Nutzung des Potenzials der Kultur in den ländlichen Gebieten;

57. ist der Ansicht, dass Ausschreibungen der EU auch dazu genutzt werden sollten, Projekte stärker zu unterstützen, die die gesellschaftliche Rolle von Kultur, Experimenten und Innovationen im Bereich der zeitgenössischen bildenden Kunst fördern und die auf die Wiederbelebung von ländlichen Gebieten abzielen;

58. meint, dass Tage der offenen Tür und Schulbesuche in landwirtschaftlichen Betrieben, Veranstaltungen, Kunsthandwerks- und andere Messen sowie Kulturfestivals Stadtbewohnerinnen und -bewohnern mehr Verständnis und Wertschätzung für ländliche Gebiete vermitteln können. Genau wie Maßnahmen, mit denen über kulturelle Projekte eine Verbundenheit zwischen Menschen aus ländlichen und städtischen Gegenden geschaffen werden kann, verdienen sie es, mit öffentlichen Geldern gefördert zu werden;

59. betont, dass spezifische und maßgeschneiderte Studien zur ländlichen Kultur- und Kreativwirtschaft und zur kulturbasierten ländlichen Entwicklung durchgeführt werden sollten — und zwar auch im Rahmen von Horizont Europa und ESPON (siehe bspw. das Netzwerk lokaler Kultur- und Naturerbezentren RURITAGE);

### Kulturelle Synergien

60. hält es für äußerst wichtig, nun für Synergien zwischen nachhaltigen Tourismusstrategien und der lokalen und regionalen Kultur- und Kreativwirtschaft zu sorgen, um das Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern und das Kulturangebot zu verbessern und dabei auch die nachhaltige Entwicklung zu fördern;
61. ist überzeugt, dass das kulturelle Erbe eine wichtige Grundlage für die inklusive lokale und regionale Entwicklung der gesamten Landbevölkerung ist, und dass dieses signifikante und konkrete Werte schafft, indem es einen nachhaltigen und verantwortungsvollen, qualitätsorientierten Kulturtourismus auf der Basis des materiellen und immateriellen Erbes ländlicher Gemeinwesen ermöglicht;
62. unterstreicht, dass der Wert des Kulturerbes ein Wirtschaftsfaktor in den ländlichen Gebieten ist, was vorrangig dem Tourismus zu verdanken ist, geben doch 26 % aller EU-Reisenden an, dass Kultur ein wesentliches Kriterium bei der Auswahl ihres Reiseziels ist. Das Kulturerbe ist überdies auch ein „weicher“ Standortfaktor für die Attraktivität von Arbeitsplätzen;
63. weist darauf hin, dass die große geografische Streuung des Kulturerbes die Chance bietet, mithilfe vielfältiger touristischer Attraktionen die positive Wirkung des Kulturtourismus zu lenken und besser zu verteilen und so zur nachhaltigen Entwicklung von Gebieten in Randlage oder entlegenen Gebieten beizutragen;
64. vertritt in Bezug auf die Chancen die Ansicht, dass unzureichend und nur beiläufig auf Phänomene wie kulturelle Aktivitäten, nachhaltigen Tourismus auf dem Land oder Freizeitaktivitäten eingegangen wird. Dabei sind diese für den Aufbau diversifizierter, starker und nachhaltiger Wirtschaftssysteme auf dem Land ganz wesentlich;
65. weist auf die Vielzahl potenzieller ergänzender Aktivitäten in den ländlichen Gebieten hin, die nicht landwirtschaftlicher Art sind, darunter Forst- und Viehwirtschaft, Fahrradtourismus, Jagd, Wandern, Welnesstourismus, religiöser und spiritueller Tourismus, Gastronomie, Kunst, Künstlerwerkstätten und Ausstellungszentren in den Gemeinden vor Ort usw., und hebt die Rolle der Agroforstsysteme bei der Gestaltung der künftigen Landschaft Europas hervor;
66. plädiert mit Nachdruck dafür, dass die Vermarktung ländlicher Kulturprodukte einschließlich des gastronomischen Erbes gefördert und ihr Status unter Angabe der geografischen Herkunft geschützt werden, um den Bürgerinnen und Bürgern gesicherte Qualität und Rückverfolgbarkeit zu bieten;
67. unterstützt den Einsatz von Verfahren für den Landschaftsschutz und die Landschaftspflege, durch die kreislaforientierte territoriale Ökosysteme in historischen Landschaften gefördert werden, wie z. B. die traditionelle Land- und Bodenbewirtschaftung und traditionelle Bewässerungsmethoden, sowie die Nutzung von Synergien zwischen territorialen Akteuren im Hinblick auf den effizienten Einsatz von Wasser, Energie, Abfall und Materialien, etwa durch die Förderung der energetischen Verwertung von Abfällen, organischer Düngemittel und der Rückgewinnung von Wärme aus Produktionsprozessen. Traditionelles Wissen gehört zum immateriellen Kulturerbe und trägt zur Erhaltung der biologischen Vielfalt im Einklang mit dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die biologische Vielfalt bei.

Brüssel, den 29. November 2023

*Der Präsident*  
*des Europäischen Ausschusses der Regionen*  
Vasco ALVES CORDEIRO



C/2024/1041

9.2.2024

**Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen — Die Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2027**

(C/2024/1041)

**Ko-Berichterstatter:** Vasco ALVES CORDEIRO (PT/SPE), Mitglied des Parlaments der Autonomen Region Azoren  
Emil BOC (RO/EVP), Bürgermeister von Cluj-Napoca

**POLITISCHE EMPFEHLUNGEN**

DER EUROPÄISCHE AUSSCHUSS DER REGIONEN (AdR),

1. stellt fest, dass das territoriale Gefälle in seiner jeweiligen Ausprägung in der gesamten EU fortbesteht und die wirtschaftlichen und sozialen Aussichten schwächt, wenn keine angemessenen Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Dies gilt umso mehr, als sich in jüngster Zeit das Tempo der regionalen Konvergenz verlangsamt hat und neue Ursachen für Ungleichheiten aufgetreten sind;
2. betont, dass durch die COVID-19-Pandemie, den Klimawandel und den Krieg in der Ukraine neue Ungleichheiten entstanden sind und bestehende strukturelle Schwachstellen und Unterschiede sich weiter verschärft haben;
3. weist darauf hin, dass die europäischen Gesellschaften sich im Zuge des grünen und des digitalen Wandels inmitten eines strukturellen Wandels mit tiefgreifenden demografischen Veränderungen befinden, der erhebliche Auswirkungen auf die Gebiete und das Leben der Menschen in Europa hat und ohne eine adäquate Steuerung neue gravierende Ungleichheiten verursachen wird;
4. verweist auf die erheblichen Auswirkungen des Klimawandels auf alle europäischen Regionen, mit Folgen für die Lebensbedingungen, insbesondere in den benachteiligten Regionen, die sehr asymmetrisch ausfallen können; weist darauf hin, dass der Klimawandel eine der größten Gefahren für den künftigen Zusammenhalt Europas ist; betont deshalb, dass klimabezogene Ausgaben auch künftig im Rahmen der Kohäsionspolitik gefördert werden müssen;
5. unterstreicht, dass die Menschen und Orte diesen strukturellen Schwachstellen und Herausforderungen nicht in gleicher Weise ausgesetzt sind. Der wirtschaftliche, soziale und territoriale Zusammenhalt, einschließlich der Förderung der Ziele für nachhaltige Entwicklung, bleibt daher ein grundlegendes Ziel und Prinzip der EU und muss entsprechend der neuen politischen Agenda der EU praxisnäher umgesetzt werden;
6. unterstreicht, dass die Mitgliedstaaten und die EU-Institutionen in ihren Beschlüssen über die Kohäsionspolitik nach 2027 die Kosten und Risiken fehlender Kohäsion angemessen berücksichtigen sollten. Die Kosten eines fehlenden Zusammenhalts würden der Idee eines stärkeren und geeinteren Europas enormen Schaden zufügen und die Gefahr einer noch ausgeprägteren „Geografie der Unzufriedenheit“ und Bürgerferne der Europäischen Union weiter verschärfen;
7. bekräftigt, dass die Zielsetzung von Artikel 174 AEUV, der die Grundlage der europäischen Kohäsionspolitik bildet, inklusive der darin genannten speziellen Gebietstypen in der nächsten Förderperiode stärker berücksichtigt werden sollte;
8. weist darauf hin, dass gemäß Artikel 3 EUV die Kohäsionspolitik und der Binnenmarkt miteinander einhergehen als zwei wesentliche Ziele, Maßnahmen und Instrumente der EU, um auf sämtlichen Ebenen Fortschritt und Entwicklung zugunsten der Unionsbürgerinnen und -bürger zu gewährleisten;

9. unterstreicht daher, dass der Grundsatz „dem Zusammenhalt nicht schaden“ in allen Politikbereichen der EU für die Ziele des sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalts gemäß Artikel 3 EUV und Artikel 174 AEUV Anwendung finden sollte; verweist in diesem Zusammenhang auf die Stellungnahme des AdR „Dem Zusammenhalt nicht schaden“<sup>(1)</sup> und betont, dass die Förderung der Kohäsion auch als Möglichkeit zur Stärkung der Solidarität und der gegenseitigen Unterstützung zwischen den Mitgliedstaaten gelten sollte, was für die Stärkung der Resilienz der Städte, Gemeinden und Regionen sowie für die Wahrung von Frieden, Stabilität und Sicherheit in Europa von entscheidender Bedeutung ist;

10. ist der Ansicht, dass die Prioritäten und entsprechenden Mittel der Kohäsionspolitik für die Zeit nach 2027 ausgebaut werden sollten, damit diese Politik auch künftig unstrittig einen festen Eckpfeiler des europäischen Projekts bildet und das wichtigste Investitionsinstrument der EU zur langfristigen Verwirklichung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts bleibt; erachtet es als äußerst wichtig, die ursprünglichen Ziele der Kohäsionspolitik mit der immer größeren Bandbreite an relevanten Prioritäten in Einklang zu bringen;

11. weist erneut auf die Wichtigkeit der stärkeren durchgängigen Geschlechtergleichstellung und Berücksichtigung der Jugend in der Kohäsionspolitik hin und hebt die besondere Bedeutung beider Gruppen hervor, da sie wesentlich zur Gesellschaft und zur nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung beitragen; zugleich sind sie mit Schwierigkeiten beim Zugang zum Arbeitsmarkt und gleicher Entlohnung sowie zu öffentlichen Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung und Kinderbetreuung konfrontiert;

12. hält eine umfassende Reform für erforderlich, um die Verwässerung der Funktion und Identität der Kohäsionspolitik zu verhindern und das Problem der als langsam wahrgenommenen Umsetzung anzugehen;

13. fordert die Europäische Kommission, den Rat und das Europäische Parlament auf, die Funktion und den Auftrag der Kohäsionspolitik nach 2027 gegenüber anderen Investitionsmaßnahmen der EU zu stärken und darin potenzielle Komplementaritäten von vornherein zu integrieren, um etwaige Überschneidungsprobleme vor Ort zu vermeiden; hierdurch würde wiederum die Abstimmung zwischen den verschiedenen kohäsionspolitischen Akteuren sowie zwischen den einzelnen Politikbereichen verbessert;

14. weist darauf hin, dass der Anwendungsbereich und die Ziele der künftigen Kohäsionspolitik die sich wandelnden Ungleichheiten und künftigen Schwachstellen entsprechend den Ergebnissen des achten und des bevorstehenden neunten Kohäsionsberichts umfassend widerspiegeln sollten;

15. fordert die Verwendung neuer Indikatoren für die Bestimmung der Förderfähigkeit durch die Kohäsionspolitik, die die derzeitigen Kriterien auf der Grundlage des BIP ergänzen. Dies sollte über einen Zeitraum von zehn Jahren erfolgen, damit die Zielpfade der Regionen, auch auf intraregionaler Ebene, in den Mittelpunkt gerückt werden können und der Begriff „regionale Unterschiede“ neu definiert werden kann, wobei insbesondere Regionen, die sich in Entwicklungsfalle befinden, für den nächsten Programmplanungszeitraum zu berücksichtigen sind; ist der Ansicht, dass die Entwicklung eines Anzeigers für territoriale Vulnerabilität unerlässlich ist, um eine politische Debatte über angemessene Antworten im Rahmen der künftigen Kohäsionspolitik anzustoßen. Etwaige zusätzliche Indikatoren müssen die politischen Ziele der EU unterstützen und auf regionaler Ebene objektiv und vergleichbar sein;

16. betont als wesentliches Merkmal der Kohäsionspolitik, dass sie in erster Linie auf subnationaler Ebene geplant und umgesetzt wird, auf die regionale und lokale Ebene ausgerichtet ist und die Städte und Regionen ihre Hauptbegünstigten sind; fordert, dass die regionalen Gebietskörperschaften unabhängig von ihrer Größe über mehr Mittel verfügen und diese selbst programmieren, und betont, dass eine Schwächung der subnationalen Gebietskörperschaften, die eine größere Bürgernähe aufweisen, den Geist der EU und damit das europäische Projekt untergraben könnte;

17. unterstreicht, dass die Bedeutung der Kohäsionspolitik weit über die Bereitstellung finanzieller Unterstützung hinausreicht: Sie hat unter anderem die wichtige Aufgabe, zentrale EU-Strategien wie den europäischen Grünen Deal umzusetzen, zusätzliche Kenntnisse und Kapazitäten in den lokalen, regionalen und nationalen Verwaltungen aufzubauen und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die EU zu stärken;

18. betont den Beitrag der Kohäsionspolitik zur Integration, zur wirtschaftlichen Entwicklung und zum Aufbau von Kapazitäten in neuen Mitgliedstaaten sowie in (potenziellen) Kandidatenländern der Europäischen Union (u. a. durch Programme der Europäischen territorialen Zusammenarbeit (ETZ)); es gilt, diese Aufgabe in der künftigen Kohäsionspolitik beizubehalten und die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften entschlossen darin einzubeziehen;

19. weist darauf hin, dass es im Falle einer EU Erweiterung zu einer Absenkung des Pro-Kopf-BIP kommen kann; fordert die Europäische Kommission deshalb auf, vor der Vorlage neuer Rechtsvorschriften für die Kohäsionspolitik nach 2027 eine eingehende Bewertung vorzunehmen, damit alle Regionen auch weiterhin unterstützt werden können und negativen Auswirkungen durch den statistischen Effekt in Bezug auf die Einstufung der Förderfähigkeit durch die Kohäsionspolitik angemessen entgegengetreten werden kann;

---

(1) AdR-Stellungnahme „Dem Zusammenhalt nicht schaden“ (Berichterstatter: Michiel Rijsberman, NL/Renew Europe) (ABl. C 257 vom 21.7.2023, S. 1).

20. unterstreicht, dass die künftige Kohäsionspolitik einen aufgabenorientierten Ansatz umfassen sollte, um sie durch konkrete, zeitlich befristete Ziele expliziter auf die Bewältigung großer gesellschaftlicher Herausforderungen (z. B. die Demografie, den Klimawandel) auszurichten und so zur Vereinfachung der Investitionsprioritäten, stärkeren Einbeziehung der Gemeinden und zur Förderung der ergebnisorientierten Dimension beizutragen;

21. betont, dass sich die Kohäsionspolitik nach 2027 auf die Europäische Säule sozialer Rechte, insbesondere Kapitel I Artikel 3 und Kapitel III Artikel 20 <sup>(2)</sup>, beziehen muss; unterstreicht, dass in ihrem Rahmen auch ein Beitrag zu den Zielen von Artikel 34 Absatz 3 (Sozial- und Wohnungsbauhilfe), Artikel 35 (Gesundheitsversorgung) und Artikel 36 (Zugang zu Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse) der Charta der Grundrechte der Europäischen Union zu leisten ist, die durch die Bereitstellung grundlegender öffentlicher Dienstleistungen den Zugang zu grundlegenden Sozialleistungen und zu Wohlstand, insbesondere in den in Artikel 174 AEUV genannten Gebieten, gewährleisten;

### Allgemeine Grundsätze

22. betont, dass auch in Zukunft sämtliche Regionen der EU förderfähig bleiben sollten;

23. spricht sich nachdrücklich dafür aus, das Modell der geteilten Mittelverwaltung, die Multi-Level-Governance und das Partnerschaftsprinzip als Leitsätze der Kohäsionspolitik nach 2027 beizubehalten, wie in der AdR-Stellungnahme „Wirksame Einbeziehung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in die Ausarbeitung der Partnerschaftsvereinbarungen und operationellen Programme für den Zeitraum 2021-2027“ <sup>(3)</sup> ausgeführt wird. Die erfolgreiche Umsetzung der Kohäsionspolitik hängt nämlich entscheidend von den Kenntnissen und der Einbeziehung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften ab;

24. betont ferner, dass jedes künftige Investitionsinstrument, auch ein mögliches Folgeinstrument zur Aufbau- und Resilienzfazilität, auf diesen Grundsätzen beruhen und im Rahmen der geteilten Mittelverwaltung unter Wahrung der Grundsätze der Subsidiarität und der Multi-Level-Governance umgesetzt werden sollte;

25. ist davon überzeugt, dass die Kommission entsprechend dem Grundsatz „Dem Zusammenhalt nicht schaden“ die Steuerung künftiger zentral verwalteter Programme neu bewerten sollte, um eine den Bedürfnissen der Gebietskörperschaften und ihrer Vielfalt besser entsprechende Wirkung und einen besseren Zugang der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zu diesen Programmen zu gewährleisten;

26. weist darauf hin, dass das Subsidiaritätsprinzip ein Hauptelement des europäischen Projekts bildet und beim Einsatz von Geldmitteln gebührend berücksichtigt werden sollte, insbesondere was die Zuständigkeiten der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften gemäß Artikel 5 EUV angeht;

27. betont, dass die komplexe Terminologie der Kohäsionspolitik vereinfacht und angeglichen werden muss, denn nur so kann sie nach 2027 sichtbar werden, mehr Eigenverantwortung gewährleisten und für die Begünstigten, die Verwaltungs- und Prüfbehörden sowie für die EU-Bürgerinnen und Bürger insgesamt benutzerfreundlicher werden;

28. hebt die Bedeutung und den potenziellen Nutzen eines umfassenderen Ansatzes für die Messung des Mehrwerts der Kohäsionspolitik mit qualitativen und quantitativen Indikatoren hervor, die über das BIP hinausgehen und sowohl bei der Konzipierung als auch bei der Umsetzung kohäsionspolitischer Fonds über das BIP Anwendung finden (z. B. EU-Index des sozialen Fortschritts, Climate Change Vulnerability Index sowie verfügbares Haushaltseinkommen); betont, dass die Kohäsionspolitik nicht nur quantitativ, etwa über die Ausschöpfungsquote der Mittel, dargestellt werden darf;

29. weist darauf hin, dass die Ergebnisse der Kohäsionspolitik auf lokaler, regionaler, nationaler und EU-Ebene den Bürgerinnen und Bürgern besser vermittelt werden müssen, da dies vielfältige Vorteile mit sich bringt und u. a. mehr Vertrauen in die EU-Institutionen schafft;

### Europäische wirtschaftspolitische Steuerung und Reformen

30. erkennt die Bemühungen an, die Kohäsionspolitik mit dem Europäischen Semester zu verknüpfen, verweist aber zugleich auf die fortbestehenden praktischen Probleme wie eine mangelnde Eigenverantwortung auf regionaler und lokaler Ebene und eine unzureichende demokratische und partizipative Dimension; weist zudem darauf hin, dass eine feste Verknüpfung beider Prozesse nur möglich ist, wenn die mittelfristigen Pläne zur Haushaltsanpassung, die in dem Vorschlag zur Reform der wirtschaftspolitischen Steuerung in Europa vorgesehen sind, auf der Einbeziehung der Regionen und Städte beruhen und dem Grundsatz „Dem Zusammenhalt nicht schaden“ gerecht werden;

<sup>(2)</sup> Interinstitutionelle Proklamation zur europäischen Säule sozialer Rechte (ABl. C 428 vom 13.12.2017, S. 10).

<sup>(3)</sup> ABl. C 61 vom 4.2.2022, S. 15.

31. fordert die Abschaffung der makroökonomischen Konditionalität nach 2027: Die Verknüpfung des EU-Rahmens zur wirtschaftspolitischen Steuerung mit der Kohäsionspolitik darf nicht auf einem sanktionsorientierten Ansatz beruhen, bei dem die europäischen Struktur- und Investitionsfonds (und andere EU-Finanzierungsprogramme) durch nationale Entscheidungen „in Geiselhaft“ genommen würden;

32. erkennt an, dass im Rahmen des Europäischen Semesters empfohlene entwicklungsfördernde Reformen erheblich zur Verbesserung der Investitionsbedingungen beitragen können; dies sollte in der Kohäsionspolitik nach 2027 nicht außer Acht gelassen werden;

33. erinnert daran, dass die Pandemie, der Klimanotstand und die derzeitigen geopolitischen Rahmenbedingungen einen erneuerten Rahmen für die wirtschaftspolitische Steuerung, einschließlich des Stabilitäts- und Wachstumspakts, und die Einführung einer goldenen Regel für die Kohäsionspolitik erfordern, einschließlich der Kofinanzierung der Struktur- und Investitionsfonds;

34. unterstreicht, dass der Haushaltsrahmen für die Zeit nach 2027 stärkere rechtliche Garantien enthalten muss, damit die Anwendung der Rechtsstaatlichkeit-Konditionalität keine Auswirkungen auf die lokalen und regionalen Begünstigten hat; abzulehnen ist jegliche Aussetzung der Finanzierung mit Folgen für die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, die nicht für Verstöße ihrer nationalen Regierung gegen die Rechtsstaatlichkeit verantwortlich sind;

### **Rechtliche Struktur und Haushaltsaspekte**

35. betont, dass der Gesamthaushalt der Kohäsionspolitik in der Zeit nach 2027 real mindestens dem Haushalt 2021-2027 (einschließlich der Aufstockung für REACT-EU (recovery assistance for cohesion and the territories of Europe)) entsprechen sollte und dass die Komponente „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ im Vergleich zum laufenden Programmplanungszeitraum aufgestockt werden und mindestens 8 % des Gesamtbetrags ausmachen sollte; dabei ist insbesondere die Komponente grenzübergreifende Zusammenarbeit zu stärken, da diese Zusammenarbeit infolge der COVID-19-Beschränkungen und der Aggression Russlands gegen die Ukraine zurückgegangen ist und nun wieder gefördert werden muss. Angesichts der Besonderheit der Programme der Europäischen territorialen Zusammenarbeit könnte die Kommission prüfen, ob flexiblere Bestimmungen zur erfolgreichen Projektumsetzung in den Gebieten beitragen können;

36. lehnt alle Bestrebungen strikt ab, die derzeit im Rahmen der geteilten Mittelverwaltung umgesetzten EU-Maßnahmen zu zentralisieren;

37. spricht sich für einen einheitlichen strategischen Rahmen der Kohäsionspolitik aus, in dem der wichtigste Anwendungsbereich und die wesentlichen Ziele für die Zeit nach 2027 festgelegt werden; dieser „Europäische Partnerschaftspakt“ sollte auf früheren Initiativen wie dem Gemeinsamen Strategischen Rahmen aufbauen und durch konkrete Ziele eine kohärente und zielgerichtete Umsetzung dieser Politik gewährleisten sowie Garantien für die Beteiligung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften an diesem Pakt enthalten;

38. fordert, dass dieser „Europäische Partnerschaftspakt“ alle Fonds mit geteilter Mittelverwaltung sowie neue Instrumente mit hybriden Verwaltungsformen wie den Klima-Sozialfonds umfasst; erwartet zudem eine weitere Harmonisierung der fondsspezifischen Vorschriften;

39. spricht sich für eine Vereinfachung der gesamten Finanzierungsstruktur aus: Mehrere direkt oder indirekt auf die Kohäsion ausgerichtete Fonds, darunter auch direkt von der Europäischen Kommission umgesetzte Initiativen, mit sich teilweise überschneidenden Prioritäten und mit unterschiedlichen Durchführungsinstrumenten könnten die Umsetzung der Kohäsionspolitik beeinträchtigen; weist darauf hin, dass diese Fragmentierung der Fonds und Verfahren sowohl kurz- als auch langfristig negative Auswirkungen hat. Kurzfristig führt sie zu mehr Bürokratie und einem höheren Verwaltungsaufwand für die bereits überlasteten Verwaltungs- und Prüfbehörden und Begünstigten sowie zu Überschneidungen und Dopplungen zwischen den Fonds;

40. betont, dass diese Fragmentierung und Redundanz mittelfristig den Grundprinzipien der Kohäsionspolitik wie der Multi-Level-Governance und dem ortsbezogenen Ansatz schaden kann. Infolge der daraus resultierenden Komplexität und Hindernisse könnte Druck entstehen, die Verwaltung der Fonds zu zentralisieren und ihren territorialen Schwerpunkt aus Effizienzgründen aufzuweichen. Langfristig könnte dies auch die Identität, die Grundwerte und den Auftrag der Kohäsionspolitik beeinträchtigen; Langfristig könnte dies auch die Identität, die Grundwerte und den Auftrag der Kohäsionspolitik beeinträchtigen;

41. fordert, dass im Rahmen der Dachverordnung<sup>(\*)</sup> der künftige Fonds der Gemeinsamen Agrarpolitik zur Unterstützung der landwirtschaftlichen Entwicklung des ländlichen Raums (derzeit ELER) wieder eingesetzt wird; dieser Fonds sollte regional bzw. mit maßgeblicher regionaler Beteiligung verwaltet werden und stärker als bisher auf strukturpolitische Maßnahmen in dünn besiedelten Gebieten ausgerichtet sein;

42. ist angesichts der strukturellen Herausforderungen im Zusammenhang mit dem ökologischen und dem digitalen Wandel sowie ihrer unterschiedlichen Auswirkungen auf die EU-Regionen überzeugt, dass der nächste Programmplanungszeitraum der kohäsionspolitischen Fonds von den Grundsätzen eines gerechten Übergangs geprägt sein sollte; weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Fonds für einen gerechten Übergang als zusätzliche Mittelzuweisung in den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) oder den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) unter Wahrung seiner Besonderheiten und Merkmale eingebettet werden könnte, da sich die Prioritäten weitgehend mit den beiden Fonds überschneiden;

43. betont, dass viele andere Industriezweige Transformationspfade verwirklichen müssen, um die Rechtsvorschriften des Grünen Deals einzuhalten; die Kommission sollte den Umfang der Mittelausstattung des Fonds für einen gerechten Übergang überprüfen, um auch andere Tätigkeiten im Wandel, etwa im Zusammenhang mit der Transformation der strategisch wichtigsten, energie- und treibhausgasintensivsten sowie arbeitsintensivsten Industriezweige (auch im Zusammenhang mit der Transformation der Automobilindustrie) einzubeziehen; weist darauf hin, dass zusätzliche vorrangige Bereiche mit zusätzlichen Finanzmitteln einhergehen sollten;

44. hält es angesichts der Tatsache, dass sich Klimawandel und Digitalisierung nicht überall in gleicher Weise auswirken und dass die am stärksten benachteiligten Gebiete und sozial schwächsten Gruppen die stärkere Nachteile erleiden werden, für dringend erforderlich, die Investitionen in die Anpassung an den Klimawandel, die biologische Vielfalt, die Resilienz und die Digitalisierung im Rahmen der künftigen Kohäsionspolitik zu erhöhen und zu beschleunigen;

45. fordert Flexibilität in den Programmen hinsichtlich der Kofinanzierungssätze im Falle einer unerwarteten Krise; Haushaltszwänge können nämlich, wie die jüngsten Krisen gezeigt haben, die Kapazität nationaler bzw. subnationaler Behörden zur Kofinanzierung von Programmen unabhängig von ihrem Entwicklungsstand beeinträchtigen; betont jedoch die Bedeutung der Kofinanzierung, um eine größere Wirkung, Zusätzlichkeit und Eigenverantwortung vor Ort sowie Synergien und Spillover-Effekte zwischen der Kohäsionspolitik und der lokalen und regionalen Politik zu gewährleisten;

46. fordert einen umfassenden Mechanismus für den Mitteleinsatz im Falle außergewöhnlicher oder unvorhergesehener Umstände mit zielgerichteten Bestimmungen über Anwendungsbereich, Verfügbarkeit, Verwaltung und Umsetzung; mit diesem auf Artikel 20 der geltenden Verordnung basierenden Mechanismus wären sukzessive, punktuelle Überarbeitungen der Rechtsvorschriften unnötig, wenn — wie mehrfach zwischen 2014 und 2020 — negative Schocks auftreten;

47. fordert deutlich höhere Vorfinanzierungssätze von mindestens 13 % im ersten Durchführungsjahr, um einen rascheren Programmstart mit einer teilweisen Vorauszahlung an die Begünstigten zu ermöglichen, sodass die Mittel für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und andere Begünstigte mit begrenzter Liquidität leichter zugänglich sind; weist darauf hin, dass Vorfinanzierungen eine wichtige Rolle im Hinblick auf die Beseitigung finanzieller Hindernisse für die Durchführung von Projekten durch die Begünstigten spielen;

#### **Governance, Umsetzung und territoriale Aspekte**

48. lehnt den besorgniserregenden Trend zur Renationalisierung der Kohäsionspolitik ab und fordert Maßnahmen für mehr rechtliche Garantien im Finanzrahmen nach 2027, um eine stärkere Dezentralisierung und umfassende Einbeziehung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in die Beschlussfassung zu gewährleisten;

49. stellt fest, dass sich die geteilte Mittelverwaltung als effektiv erwiesen hat und eindeutige Belege dafür fehlen, dass die Governance auf nationaler Ebene wirksamer ist als eine dezentrale oder Multi-Level-Governance; vertritt die Ansicht, dass die Kohäsionspolitik nach 2027 regulatorische Anreize für regionale Programme und lokale Strategien umfassen sollte;

50. fordert die Einführung einer spezifischen grundlegenden Voraussetzung zum Partnerschaftsprinzip, die vorsieht, dass nationale Pläne mit klaren Verpflichtungen zur Einbeziehung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in die Gestaltung und Umsetzung der Kohäsionspolitik verabschiedet werden; fordert die Europäische Kommission auf, dem AdR jährlich über die Erfüllung dieser Voraussetzung Bericht zu erstatten;

---

<sup>(\*)</sup> Verordnung (EU) 2021/1060 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2021 mit gemeinsamen Bestimmungen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds Plus, den Kohäsionsfonds, den Fonds für einen gerechten Übergang und den Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds sowie mit Haushaltsvorschriften für diese Fonds und für den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds, den Fonds für die innere Sicherheit und das Instrument für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und Visumpolitik (Abl. L 231 vom 30.6.2021, S. 159).

51. betont, dass die Grundsätze der Partnerschaft und der Multi-Level-Governance für die Kohäsionspolitik von zentraler Bedeutung sind: Sie gewährleisten, dass alle einschlägigen Interessenträger, u. a. die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, zivilgesellschaftlichen Organisationen und privatwirtschaftlichen Akteure, in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden; stellt fest, dass sich diese gemeinsamen Bemühungen an spezifischen Grundsätzen einer verantwortungsbewussten Staatsführung wie Rechenschaftspflicht, Transparenz und Beteiligung der Interessenträger orientieren sollten;

52. betont, dass der Europäische Verhaltenskodex für Partnerschaften <sup>(5)</sup> aktualisiert und in die Dachverordnung für die Zeit nach 2027 aufgenommen werden sollte, um der uneinheitlichen und häufig unbefriedigenden Anwendung des Partnerschaftsprinzips entgegenzuwirken;

53. weist darauf hin, dass die Kohäsionspolitik als erster Investitionsbereich des Haushalts Elemente der ergebnisorientierten Haushaltsplanung umfasste; betont, dass in der künftigen Kohäsionspolitik die Einführung vereinfachter Kostenoptionen und nicht an Kosten geknüpfter Finanzierungen durch eine Mischung aus regulatorischen Anforderungen und Anreizen für eine größere Vereinfachung gefördert werden sollten;

54. unterstreicht die Bedeutung territorialer, ortsbezogener Ansätze der Kohäsionspolitik, damit sie in den relevanten funktionalen Gebieten angewandt und insbesondere die Zusammenarbeit zwischen ländlichen und städtischen Gebieten ausgebaut werden kann;

55. weist darauf hin, dass die Entwicklung in den in Artikel 174 und Artikel 349 AEUV genannten Regionen schwieriger ist; fordert die Europäische Kommission nachdrücklich auf, statistische Daten zu erheben und in ihre künftigen Berichte über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt einen eigenen Abschnitt betreffend die in Artikel 174 und Artikel 349 AEUV genannten Regionen aufzunehmen;

56. erachtet die Bewältigung der Kluft zwischen Stadt und Land, die in einigen EU-Mitgliedstaaten besonders groß ist, wo die ländlichen Gebiete nur schleppend von der wirtschaftlichen Entwicklung der Regionen profitieren, als äußerst wichtig für den Zusammenhalt auf EU-Ebene; fordert mehr Mitgestaltung für die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sowie andere Interessenträger zur Überwindung dieser Kluft;

57. betont, wie wichtig es ist, die Identität und Spezifität der ländlichen Gemeinwesen in Europa zu wahren und zu gewährleisten, dass dabei ländliche Gemeinden in demselben Maße wie die Städte von der Kohäsionspolitik profitieren;

58. unterstreicht, dass die Stadtentwicklung auf der Ebene städtischer funktionaler Gebiete realisiert werden muss, wobei größere räumliche Einheiten als die Städte selbst zu berücksichtigen sind, da diese Gebiete sehr häufig auf integrierte Weise funktionieren und vor ähnlichen Herausforderungen stehen;

59. hält eine starke Dimension der Stadt- und Metropolregionen im Rahmen der Kohäsionspolitik nach 2027 für erforderlich, wie auch in der AdR-Stellungnahme zu den Metropolregionen <sup>(6)</sup> ausgeführt wird. Die Stadt- und Metropolregionen sind wesentliche Triebkräfte für Wachstum und einen gerechten Übergang, stehen jedoch auch vor besonderen Herausforderungen, die im Rahmen der Kohäsionspolitik bewältigt werden müssen, etwa soziale Ungleichheiten in der Bevölkerung, Mangel an erschwinglichem Wohnraum, zugängliche Gesundheitsversorgung, nachhaltige städtische Mobilität, Luftverschmutzung, Auswirkungen des Klimawandels oder Integration von Migranten;

60. fordert, nach Möglichkeit territoriale Instrumente wie eine von der örtlichen Bevölkerung betriebene lokale Entwicklung (CLLD) und integrierte territoriale Investitionen (ITI) bei den europäischen Struktur- und Investitionsfonds zu entwickeln und verstärkt einzusetzen, denn sie haben sich bei der Anpassung der Interventionen an die besonderen lokalen und regionalen Gegebenheiten als äußerst wirksam erwiesen. Ein Teil der Mittel sollte für die Entwicklung dieses territorialen Ansatzes in ländlichen Gebieten durch CLLD für die nichtlandwirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Raums vorgesehen werden, um die im Rahmen des LEADER-Ansatzes geförderten Maßnahmen zu ergänzen. Dies ist auch ein geeigneter Weg für den Umgang mit der „Geografie der Unzufriedenheit“. Entscheidungen über die Umsetzung territorialer Instrumente sollten von den regionalen Behörden getroffen werden;

<sup>(5)</sup> <https://op.europa.eu/de/publication-detail/-/publication/93c4192d-aa07-43f6-b78e-f1d236b54cb8>.

<sup>(6)</sup> Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen — Die Herausforderungen für die Metropolregionen und ihre Position in der künftigen Kohäsionspolitik nach 2020 (ABl. C 79 vom 10.3.2020, S. 8).

61. verweist auf den zentralen Beitrag der Kohäsionspolitik zur Förderung von Gebieten mit schweren und dauerhaften natürlichen oder demografischen Nachteilen, wie die nördlichsten Regionen mit sehr geringer Bevölkerungsdichte sowie die Inseln, Grenz- und Bergregionen — entsprechend den AdR-Stellungnahmen „Mehr Unterstützung für Gebiete mit natürlichen und demografischen Nachteilen im Rahmen der Kohäsionspolitik (Artikel 174 AEUV)“<sup>(7)</sup>, „Die Antwort der EU auf die demografische Herausforderung“<sup>(8)</sup> und „Die Menschen in den Mittelpunkt stellen — nachhaltiges und inklusives Wachstum sichern — das Potenzial der Gebiete in äußerster Randlage der EU erschließen“<sup>(9)</sup>;

62. betont, dass das Ziel des territorialen Zusammenhalts für Regionen mit strukturellen Nachteilen gemäß Artikel 174 AEUV für alle anderen europäischen Politikbereiche und insbesondere für den europäischen Grünen Deal und die Digitalstrategie verbindlich ist;

63. unterstreicht, dass auch den spezifischen Problemen der Gebiete in äußerster Randlage gemäß Artikel 349 AEUV besondere Aufmerksamkeit gebührt und für diese Regionen die Fragen der territorialen Zugänglichkeit, des Verkehrs und der Konnektivität eng miteinander verknüpft sind und zusammen mit den kohäsionspolitischen Zielen behandelt werden sollten;

### **Programmplanung, Flexibilität und Vereinfachung**

64. betont, dass ein stabiler Rechtsrahmen und Vorhersehbarkeit für eine rasche und wirksame Umsetzung entscheidend sind, und fordert die Kommission auf, den Rahmen für die Zeit nach 2027 flexibler zu gestalten, um sicherzustellen, dass die Umsetzung wirklich am 1. Januar 2028 beginnen kann, und so mehrfache legislative Überarbeitungen während des Programmplanungszeitraums zu vermeiden, und betont, dass Flexibilität und Vereinfachung auch in diesem Zusammenhang von zentraler Bedeutung sind;

65. fordert die Kommission auf, die rechtlichen und operativen Vorteile einer separaten, mehrere Zeiträume lang gültigen Verordnung über Verwaltung und Kontrolle zu prüfen, um die Verwirrung beim Rechtsrahmen und Verzögerungen bei der Programmplanung wie zu Beginn des derzeitigen und des vergangenen Zyklus zu verringern und zugleich die EU-Struktur- und Investitionsfonds rascher umzusetzen;

66. weist darauf hin, dass die Vorschriften für eine Neuausrichtung der Fonds flexibler gestaltet werden sollten, indem beispielsweise eine eigene Achse erwogen wird, anhand derer die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften auf neue Prioritäten reagieren können; dies wird die mehrjährige Ausrichtung der Politik nicht beeinträchtigen, sondern dazu beitragen, sich bestmöglich an den raschen Wandel unserer Zeit anzupassen;

67. betont, dass Anforderungen der thematischen Konzentration und durchgängigen Berücksichtigung äußerst wichtig sind, damit die Politik in den Bereichen mit dem dringendsten Bedarf größtmögliche Wirkung erzielen kann, sie jedoch unverhältnismäßige Verpflichtungen und Verwaltungslasten für die Programme verursachen können; unterstreicht zudem, dass die Umsetzung vor Ort auf die Bedürfnisse, Möglichkeiten und Entwicklungsprobleme jeder Region zugeschnitten sein sollte;

68. fordert die Kommission auf, eine umfassende Konsultation und Bewertung der seit den 1990er-Jahren ergriffenen Vereinfachungsmaßnahmen einzuleiten, auch im Vergleich zu alternativen Umsetzungsmodellen (z. B. Aufbau- und Resilienzfähigkeit), und bis Ende 2024 über tragfähige Optionen für die Zeit nach 2027 zu berichten; diese Bewertung sollte vielfältige Dimensionen der Politik umfassen: von Vorschriften für die Aufhebung der Mittelbindungen bis hin zur Rechnungsprüfung;

69. hält eine weitere Vereinfachung der Vorschriften und Verfahren für entscheidend, um mehr potenziell Begünstigte anzuziehen und so wiederum die Qualität und geografische Verteilung der Vorhaben zu verbessern. Studien zufolge bewerben sich Akteure ohne Erfahrung mit der Verwaltung von EU-Mitteln in weitaus geringerem Maße um Fördergelder<sup>(10)</sup>; fordert die Kommission auf, weiter zu untersuchen, wo die Haupthindernisse für den Zugang zu Finanzmitteln liegen;

70. stellt fest, dass die Zahl der Prüfungen verringert wurde, der Inhalt der Prüfungen jedoch komplexer geworden ist, wobei neue Elemente wie grundlegende Voraussetzungen hinzugefügt wurden;

<sup>(7)</sup> COTER-VII-022, Berichterstatterin: Marie-Antoinette Maupertuis (Abl. C 79 vom 2.3.2023, S. 36).

<sup>(8)</sup> SEDEC-VI-008, Berichterstatter: Juan Vicente Herrera Campo, (Abl. C 17 vom 18.1.2017, S. 40).

<sup>(9)</sup> COTER-VII-023, Berichterstatter: Pedro de Faria e Castro (Abl. C 157 vom 3.5.2023, S. 18).

<sup>(10)</sup> Marques Santos, A. und Conte, A., *Regional participation to Research and Innovation programmes under Next Generation EU: The Portuguese case* — JRC Working Papers on Territorial Modelling and Analysis 07/2023, Europäische Kommission, 2023, JRC134274.

71. unterstreicht, dass die Anwendung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit nach 2027 auch auf den Umfang der Programme und Einzelmaßnahmen ausgeweitet werden sollte;

### **Territoriale Zusammenarbeit und innovationsorientierter Wandel auf Gebietsebene**

72. erkennt an, wie wichtig es ist, einen innovationsorientierten Wandel auf Gebietsebene als grundlegendes Element der künftigen Kohäsionspolitik zu unterstützen, auch im Hinblick auf die Förderung von Innovationen bei geografischen Angaben in Industrie, Handwerk und Landwirtschaft, um ihr Überleben als Teil der europäischen Identität zu unterstützen;

73. betont, dass die Finanzierungsprogramme auf die spezifischen Bedürfnisse und Prioritäten der einzelnen Regionen zugeschnitten sein sollten. Hierzu können auch maßgeschneiderte Unterstützungs- und Schulungsmaßnahmen für die Regionen gehören, damit sie sich das erforderliche Fachwissen für die Umsetzung innovationsorientierter Strategien aneignen können. Darüber hinaus ist es wichtig, die Verwaltungsverfahren zu vereinfachen und zu gewährleisten, dass die Finanzmittel und Ressourcen transparent und verantwortungsvoll im Einklang mit den Grundsätzen der verantwortungsvollen Staatsführung und der Subsidiarität bereitgestellt werden. Schließlich ist es von entscheidender Bedeutung, die Interessenträger einzubeziehen und die potenziellen Vorteile eines innovationsorientierten Wandels auf Gebietsebene zu vermitteln und so günstige Rahmenbedingungen für den Wandel zu schaffen;

74. betont, dass Strategien für intelligente Spezialisierung erheblich zur Förderung regionaler Innovation und Wettbewerbsfähigkeit beigetragen haben; die Kommission sollte prüfen, wie der Anwendungsbereich und die operativen Aspekte dieser Rahmen nach 2027 unter Nutzung der Erfahrungen der Partnerschaften für regionale Innovation überarbeitet werden können, um die Orientierung, Koordinierung, Zusammenarbeit und lokalen Kapazitäten zu verbessern;

75. fordert auch den Ausbau der transnationalen und interregionalen Zusammenarbeit, um den Austausch von bewährten Praktiken und die EU-weite Zusammenarbeit von lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zu unterstützen, und begrüßt in diesem Zusammenhang, dass Interreg EUROPE wie auch URBACT auch für die Beitrittsländer geöffnet wurden;

76. spricht sich dafür aus, das ESPON-Programm fortzuführen und zu verstärken, um lokalen und regionalen Gebietskörperschaften auch in Zukunft dabei zu helfen, neue Herausforderungen und Potenziale zu ermitteln und erfolgreiche Entwicklungsstrategien für die Zukunft zu gestalten;

77. weist darauf hin, dass 30 % der Unionsbürgerinnen und -bürger in Grenzregionen leben und die Europäische territoriale Zusammenarbeit den Kern des europäischen Mehrwerts bildet;

78. betont, dass der Rahmen für die Kohäsionspolitik nach 2027 weitere Anreize für die durchgängige Berücksichtigung von Investitionsprogrammen für Vorhaben der territorialen Zusammenarbeit umfassen sollte — unter anderem durch die Ermöglichung einer Mindestzweckbindung und die Schaffung einer speziellen Achse; schlägt in diesem Zusammenhang vor, dass ein bestimmter Mittelanteil der wichtigsten regionalen EFRE-Programme für die Umsetzung von Strategien für intelligente Spezialisierung im Rahmen interregionaler Vorhaben eingesetzt wird, um industrielle Wertschöpfungsketten zu stärken und das Problem derjenigen Regionen anzugehen, die in der „Falle des mittleren Einkommens“ festsitzen oder unter Entwicklungsblockaden leiden;

79. stellt fest, dass die Programme der Europäischen territorialen Zusammenarbeit eng mit den Zielen der Kohäsionspolitik verknüpft sind und einen einzigartigen Rahmen für die interregionale, grenzüberschreitende und transnationale Zusammenarbeit bieten; dieser kann dazu beitragen, gemeinsame Herausforderungen zu bewältigen sowie Partnerschaften, die wirtschaftliche Entwicklung, den sozialen Zusammenhalt und die ökologische Nachhaltigkeit zu fördern; spricht sich dafür aus, neue makroregionale Strategien, insbesondere Bottom-up-Initiativen, zu entwickeln, da sie für eine stärkere Komplementarität zwischen den verschiedenen Politikfeldern und Programmen sowie für eine Koordinierung der Maßnahmen zur Umsetzung der auf den verschiedenen Regierungsebenen festgelegten und umgesetzten Ziele sorgen;

80. stellt fest, dass Grenzregionen, einschließlich Regionen an den EU-Außengrenzen, häufig mit spezifischen Problemen in Form administrativer und rechtlicher Hindernisse konfrontiert sind und die Programme der Europäischen territorialen Zusammenarbeit durch Finanzmittel und Unterstützung für gemeinsame Vorhaben und Initiativen zur Bewältigung dieser Probleme beitragen; bekräftigt in diesem Zusammenhang seine Unterstützung für einen potenziellen europäischen grenzübergreifenden Mechanismus; betont, dass die Mittel für Programme der europäischen territorialen Zusammenarbeit auch für andere Länder, die eine Aufnahme in die EU anstreben, aufgestockt werden müssen.

Brüssel, den 29. November 2023

*Der Präsident  
des Europäischen Ausschusses der Regionen*  
Vasco ALVES CORDEIRO



C/2024/1042

9.2.2024

**Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen — Schluss mit geschlechtsspezifischer Gewalt — Städte und Regionen als Vorreiter**

(C/2024/1042)

**Berichterstatlerin:** Donatella PORZI (IT/Renew Europe), Mitglied des Regionalrates von Umbrien

**POLITISCHE EMPFEHLUNGEN**

DER EUROPÄISCHE AUSSCHUSS DER REGIONEN (AdR)

**Allgemeiner Hintergrund und wichtigste Herausforderungen**

1. betont, dass geschlechtsspezifische Gewalt eine brutale Menschenrechtsverletzung ist, die ein gesamteuropäisches Problem darstellt;
2. weist darauf hin, dass es sich bei geschlechtsspezifischer Gewalt um körperliche und nicht körperliche Gewalt handelt, die sich gegen eine Person aufgrund ihres Geschlechts oder ihres Ausdrucks der Geschlechtlichkeit richtet, oder um Gewalt, die Personen eines bestimmten Geschlechts unverhältnismäßig stark betrifft. Jede Person kann aufgrund ihres biologischen oder sozialen Geschlechts Opfer von Gewalt werden, Frauen und Mädchen sind jedoch besonders gefährdet; hebt hervor, dass die Definition geschlechtsspezifischer Gewalt, einschließlich der Gewalt gegen Frauen, auch eine Herausforderung ist, da sie stark von kulturellen, historischen, religiösen und institutionellen Faktoren abhängt. Gemäß dem Übereinkommen von Istanbul allerdings „bezeichnet der Begriff ‚geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen‘ Gewalt, die gegen eine Frau gerichtet ist, weil sie eine Frau ist, oder die Frauen unverhältnismäßig stark betrifft“<sup>(1)</sup>;
3. stellt fest, dass mit diesem Wortlaut die strukturelle Dimension der geschlechtsspezifischen Gewalt erfasst wird, die sich auf das private, berufliche und gesellschaftliche Leben auswirkt und somit ein vielschichtig konnotiertes Phänomen ist. Ein derart komplexes Phänomen kann nur bekämpft und angegangen werden kann, wenn die kulturellen Stereotypen erkannt werden, unter deren Mantel Gewalt gegen Einzelpersonen jedweden Geschlechts lauert und gedeiht. Daher müssen auf allen Ebenen Maßnahmen ergriffen werden, um Geschlechterstereotype zu hinterfragen und zu entlarven, damit in unserer Gesellschaft Nulltoleranz gegenüber geschlechtsspezifischer Gewalt herrscht;
4. hält es für wesentlich, von der selektiven Auffassung, geschlechtsspezifische Gewalt sei die Summe individueller krimineller und/oder pathologischer Verhaltensweisen, wegzukommen, und stattdessen zu erkennen, dass die Ursachen in einem tiefgreifenden Ungleichgewicht in den Beziehungen zwischen Männern und Frauen und in schädlichen kulturellen und sozialen Normen liegen, durch die Gewalt gegen Frauen geduldet oder verharmlost wird;
5. weist darauf hin, dass bestimmte Gruppen von Frauen — die als solche an sich schon unverhältnismäßig stark von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen sind — einem noch höheren Risiko ausgesetzt sind, z. B. rassifizierte Frauen, Frauen aus der Arbeiterklasse, LGBTQIA+, Frauen mit Behinderungen, Frauen in Pflegeeinrichtungen, Migrantinnen und Frauen ohne gültige Ausweispapiere, Sexarbeiterinnen sowie junge Frauen und Mädchen. Daher bedarf es eines intersektionalen Ansatzes zum Verständnis und zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt, und besonders gefährdete Gruppen bedürfen eines besonderen Schutzes;
6. ist entsetzt darüber, dass jede dritte Frau in Europa in ihrem Leben als Erwachsene bereits körperliche oder sexuelle Gewalt erfahren hat, 20 % aller jungen Frauen mit sexueller Belästigung im Internet konfrontiert waren, jede fünfte Frau Opfer von Stalking wurde, jede zwanzigste Frau vergewaltigt worden ist und über ein Zehntel aller Frauen mit fehlender Einwilligung oder unter Gewaltanwendung sexueller Gewalt ausgesetzt war<sup>(2)</sup>;
7. begrüßt, dass Präsidentin Ursula von der Leyen in ihrer Rede zur Lage der Europäischen Union ausdrücklich darauf hingewiesen hat, dass geschlechtsspezifische Gewalt dringend bekämpft werden muss, wobei sie den Nachdruck deutlich auf das Grundprinzip „Nein heißt Nein“ legte. Dieses felsenfeste Versprechen der Präsidentin, heikle Probleme wie Vergewaltigung und die Frage der Einvernehmlichkeit anzugehen, zeigt nicht nur, wie aktuell diese Stellungnahme ist, sondern unterstreicht auch die Notwendigkeit entschlossener Maßnahmen im Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt;

<sup>(1)</sup> Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (SEV Nr. 210), <https://rm.coe.int/168008482e>.

<sup>(2)</sup> <https://fra.europa.eu/de/publication/2014/violence-against-women-eu-wide-survey-main-results-report>.

8. gibt zu bedenken, dass alle Arten von Gewalt gegen Frauen und Mädchen während der COVID-19-Pandemie zugenommen haben <sup>(3)</sup>;
9. stellt fest, dass geschlechtsspezifische Gewalt nicht nur im privaten oder öffentlichen, sondern auch im digitalen Raum stattfindet, wo der Mangel an Regulierung und an einem systematischen Ansatz zu weit verbreiteter geschlechtsspezifischer Gewalt und zu Bedrohungen geführt hat;
10. fordert, dem Schutz von Migrantinnen und weiblichen Flüchtlingen und ihren Kindern (auch im Zusammenhang mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine) besondere Aufmerksamkeit zu widmen, da sie in erheblichem Maße Missbrauch, der Verletzung ihrer Rechte und vielfältigen Formen von Gewalt ausgesetzt sind; appelliert an die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, Frauen und Mädchen, die im Zuge einer Familienzusammenführung in die EU kommen, besonders im Blick zu behalten und zu betreuen. Diese Frauen sind besonders anfällig für häusliche Gewalt, da ihr Status eng mit ihrem Verbleib im selben Haushalt mit potenziellen Tätern verbunden ist;
11. betont jedoch, dass nur etwa ein Drittel der Frauen, die körperlich oder sexuell missbraucht werden, mit den Behörden in Kontakt treten <sup>(4)</sup> — größtenteils aufgrund ausbleibender Strafen und der mit dieser Problematik verbundenen Tabuisierung, Stigmatisierung, Angst und Scham;
12. gibt sämtlichen Entscheidungsträgern zu bedenken, dass geschlechtsspezifische Gewalt nicht nur verheerende Folgen für die Überlebenden von Gewalt und ihre Familien hat, sondern auch erhebliche soziale und wirtschaftliche Kosten für unsere Gesellschaft mit sich bringt, und dass sich hohe künftige Kosten ergeben werden, wenn diese Form von Gewalt nicht beseitigt wird, da Gewalt sich verselbständigen kann;
13. erkennt die Bedeutung der Strategie der Europäischen Kommission „Eine Union der Gleichheit: Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020-2025“ als Schritt zur Befreiung der europäischen Gesellschaft von geschlechtsspezifischer Gewalt an;
14. nimmt erfreut zur Kenntnis, dass der Rat den Beitritt der EU zum Übereinkommen von Istanbul endlich gebilligt hat. Dadurch wird die EU verpflichtet, effektiv Maßnahmen zur Verhütung geschlechtsspezifischer Gewalt, zum Schutz der Opfer und zur Verfolgung der Täter zu entwickeln, und die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften erhalten die Möglichkeit, vor Ort konkrete Maßnahmen zur Verhütung geschlechtsspezifischer Gewalt zu ergreifen;
15. ruft die verbleibenden EU-Mitgliedstaaten dazu auf, das Übereinkommen von Istanbul so bald wie möglich zu ratifizieren;
16. begrüßt den Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt auf EU-Ebene <sup>(5)</sup> und unterstützt den ehrgeizigen Standpunkt <sup>(6)</sup> des Europäischen Parlaments zu diesem Vorschlag, einschließlich des Vorschlags für einen neuen Artikel 5 a);
17. bekräftigt jedoch, dass geschlechtsspezifische Gewalt auch Menschen betrifft, die sich nicht als Frauen identifizieren, und betont, dass die Richtlinie, auch wenn sie den Titel „Gewalt gegen Frauen“ trägt, auch in Bezug auf andere Geschlechter aussagekräftig sein sollte;
18. begrüßt, dass die Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften vom Europäischen Parlament und vom Rat anerkannt wurde, fordert jedoch, über eine reine Koordinierungsfunktion hinauszugehen, da die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften über zahlreiche Hebel verfügen, um geschlechtsspezifische Gewalt zu verhindern, die Opfer zu betreuen sowie Sensibilisierungs- und Aufklärungsmaßnahmen bezüglich der negativen Auswirkungen geschlechtsspezifischer Gewalt durchzuführen, und letztendlich als Akteure zu einer besseren Gleichstellung der Geschlechter beitragen können;
19. fordert, dass auf allen Regierungs- und Verwaltungsebenen effizientere Maßnahmen und Rahmenbedingungen geschaffen werden, um die strafrechtliche Verfolgung der Täter sicherzustellen, und den Schwerpunkt auf die Verhütung von Gewalt und die Unterstützung der Opfer zu legen. Diese Rahmenbedingungen sollten vielschichtige Ansätze umfassen und eine Vielzahl von Interessenträgern einbeziehen;
20. weist darauf hin, dass es laut einer internen Umfrage des AdR zu geschlechtsspezifischer Gewalt in den EU-Gebieten, die an die Mitglieder der Fachkommission für Sozialpolitik, Bildung, Beschäftigung, Forschung und Kultur (SEDEC) verteilt wurde, drei unterschiedliche Ansätze der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften gibt, woraus sich geografische Unterschiede innerhalb der EU ergeben:

<sup>(3)</sup> WHO warns of surge of domestic violence in Europe (<https://unric.org/en/who-warns-of-surge-of-domestic-violence-as-covid-19-cases-decrease-in-europe/>).

<sup>(4)</sup> Ending gender-based violence ([https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/policies/justice-and-fundamental-rights/gender-equality/gender-based-violence/ending-gender-based-violence\\_en](https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/policies/justice-and-fundamental-rights/gender-equality/gender-based-violence/ending-gender-based-violence_en)).

<sup>(5)</sup> Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (COM(2022) 105 final).

<sup>(6)</sup> Bericht über den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, Europäisches Parlament, A9-0234/2023 ([https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-9-2023-0234\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-9-2023-0234_DE.html)).

- i) lokale und regionale Gebietskörperschaften, in denen die Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt ganz oben auf der politischen Agenda steht, weil es starke nationale Rechtsvorschriften gibt (während gleichzeitig internationale Verpflichtungen umgesetzt werden); dieses Engagement wird sogar auf regionaler und lokaler Ebene durch Kampagnen und gezielte originelle Initiativen weitergeführt;
- ii) lokale und regionale Gebietskörperschaften, die bereits ergriffene rechtliche und praktische Maßnahmen vorweisen können und der Ansicht sind, das Problem geschlechtsspezifischer Gewalt unter Kontrolle zu haben, was dazu führt, dass geschlechtsspezifische Gewalt auf der politischen Agenda nicht ganz oben steht;
- iii) lokale und regionale Gebietskörperschaften, in denen die Beendigung geschlechtsspezifischer Gewalt nicht als Notwendigkeit und vorrangiges Anliegen anerkannt wird;

### **Mangel an Daten: Was wir nicht kennen, können wir nicht messen und bekämpfen**

21. sieht der für 2024 erwarteten Veröffentlichung der anstehenden Aktualisierung nationaler Daten über geschlechtsspezifische Gewalt und andere Formen der zwischenmenschlichen Gewalt erwartungsvoll entgegen<sup>(7)</sup>;
22. stellt fest, dass einige Mitgliedstaaten wie Italien regelmäßig nationale Daten über geschlechtsspezifische Gewalt erheben, die Datenerhebung jedoch nicht in allen Ländern und oft sogar nicht einmal innerhalb desselben Gebiets einheitlich erfolgt, was einen Überblick über die Lage vor Ort erschwert;
23. fordert daher alle Mitgliedstaaten auf, vergleichbare, zuverlässige, hochwertige und aufgeschlüsselte Daten über geschlechtsspezifische Gewalt (einschl. Informationen über häusliche Gewalt gegen Männer und Kinder) zu erheben, und schlägt vor, die Indikatoren des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen (EIGE)<sup>(8)</sup> zu Gewalt in der Partnerschaft, Vergewaltigung und Femizid als Orientierungshilfe für die Vergleichbarkeit heranzuziehen;
24. ist sich der Schwierigkeiten bei der Datenerhebung auf subnationaler Ebene bewusst; ist indes der festen Überzeugung, dass es wichtig ist, dass die lokalen und regionalen Behörden einen Beitrag zum nationalen Überblick leisten, da es nicht nur zwischen den Mitgliedstaaten, sondern auch auf nationaler und regionaler Ebene Unterschiede in Bezug auf die Häufigkeit, die Formen und Ursachen geschlechtsspezifischer Gewalt gibt;
25. fordert daher die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sowie die Akteure der Zivilgesellschaft vor Ort auf, besser zusammenzuarbeiten und sich abzustimmen, um vergleichende administrative und umfragebasierte Daten zu sammeln, und fordert die nationalen Akteure auf, einschlägige Daten unter Wahrung der Privatsphäre zur Verfügung zu stellen;
26. zeigt sich besorgt darüber, dass Vorfälle geschlechtsspezifischer Gewalt häufig als private Angelegenheit betrachtet und daher toleriert und nicht den Behörden gemeldet werden; ist ferner der Ansicht, dass es wichtig ist, auf leicht verfügbare Methoden zurückzugreifen, wie bspw. regelmäßig durchgeführte Bevölkerungsbefragungen zur Einschätzung der Lage vor Ort;
27. hält die Bekämpfung der Ursachen geschlechtsspezifischer Gewalt für äußerst wichtig, um Gewalttaten zu verhüten. Die Verwirklichung einer Europäischen Union, die frei von jeglicher Form geschlechtsspezifischer Gewalt ist, erfordert einen institutionellen und strukturellen Wandel;

### **Prävention: Maßnahmen für unmittelbare Veränderungen**

28. bekräftigt, dass Städte und Regionen umfassende Rahmen, Strategien und geschlechtersensible Maßnahmen zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt konzipieren und umsetzen können, teilweise in Zusammenarbeit mit Dritten wie Organisationen der Zivilgesellschaft und insbesondere Frauenorganisationen;
29. appelliert an die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, zu erkennen, wie wichtig Stadtgestaltung und Verkehrsplanung als Mittel zur Schaffung sicherer Räume sind, die dazu beitragen können, die Häufigkeit geschlechtsspezifischer Vorfälle überall im öffentlichen Raum (öffentliche Verkehrsmittel, Schulen, Arbeitsplatz, öffentliche Toiletten, Wasser- und Lebensmittelverteilungsstätten, Parks u. a. sowie die jeweilige Umgebung) zu reduzieren;
30. begrüßt in diesem Zusammenhang die von UN Women ins Leben gerufene weltweite Initiative „Sichere Städte und sichere öffentliche Räume für Frauen und Mädchen“ und fordert, dass dieser Rahmen von mehr Städten in der EU genutzt und eingehalten wird;

<sup>(7)</sup> *Gender-based violence: capturing accurate data* — Products Eurostat News — Eurostat (<https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/-/wdn-20211004-1>).

<sup>(8)</sup> [https://eige.europa.eu/sites/default/files/documents/mh0221655ena\\_002.pdf](https://eige.europa.eu/sites/default/files/documents/mh0221655ena_002.pdf).

31. appelliert an alle AdR-Mitglieder, ihnen bekannte bewährte Verfahren — wie z. B. Gewährleistung der Sicherheit bei Festlichkeiten in Städten, korrekte Beleuchtung im öffentlichen Raum, Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln in der Nacht (auch außerhalb ausgewiesener Haltestellen), angemessene Kennzeichnung von Ausgängen aus geschlossenen Räumen im Verkehrsnetz u. v. m. — über das EU-Netz zur Verhütung geschlechtsspezifischer Gewalt weiterzugeben und plädiert für die Einrichtung einer Online-Plattform auf dem AdR-Internetportal zur Erfassung und Erläuterung einschlägiger Verfahren; fordert die Mitgliedstaaten und die Entscheidungsträger der EU auf, sich mit bewährten Verfahren vor Ort vertraut zu machen und diese bei der Festlegung ehrgeiziger Rechtsvorschriften zu berücksichtigen;

#### **Aufklärung: Maßnahmen für einen langfristigen gesellschaftlichen Wandel**

32. macht darauf aufmerksam, dass ein dauerhafter gesellschaftlicher Wandel und die Gleichstellung der Geschlechter durch Sensibilisierungs- und Aufklärungskampagnen gefördert werden können, mit denen die Ursachen geschlechtsspezifischer Gewalt bekämpft werden. Daher sollte das vorrangige Ziel darin bestehen, geschlechtsspezifische Ungleichheiten, Rollen und Machtgefüge anzugehen und Aufklärung über die Frage der Einvernehmlichkeit zu betreiben. Hier spielen die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften und andere territoriale Akteure (wie Verbände, Einrichtungen der allgemeinen und beruflichen Bildung) eine grundlegende Rolle, da Kultur und Bildung in ihren Zuständigkeitsbereich fallen;

33. weist darauf hin, dass die Lücken beim Schutz vor sexueller Belästigung nach Ansicht der meisten Teilnehmer (66 %) der öffentlichen Konsultation der Kommission (2021) <sup>(9)</sup> darauf zurückzuführen sind, dass diese Form von Belästigung von der breiten Öffentlichkeit nicht als echtes Problem angesehen wird;

34. begrüßt, dass die Europäische Kommission am 8. März 2023 eine Kampagne zur Bekämpfung von Geschlechterstereotypen gestartet hat; fragt sich jedoch mit Besorgnis, inwieweit die europäischen Bürgerinnen und Bürger in ihren Dörfern, Städten und Regionen mit dieser Kampagne erreicht wurden; fordert die Kommission diesbezüglich auf, den AdR in künftige ähnliche Initiativen einzubeziehen und eine gezielte Kampagne zur Beendigung geschlechtsspezifischer Gewalt einzuleiten;

35. ist sich dessen bewusst, dass die Zielgruppen trotz relativ zahlreicher Sensibilisierungskampagnen oft nicht wirksam erreicht werden, da das Recht auf Schutz vor Gewalt nicht genug hervorgehoben wird <sup>(10)</sup>, und fordert daher zielgruppenorientierte Kampagnen, mit denen nicht nur informiert, sondern auch dazu beigetragen werden soll, Einstellungen zu ändern, die geschlechtsspezifische Gewalt sowohl in der Online- als auch in der Offline-Welt normalisieren und tolerieren, um zur Überwindung der digitalen Kluft und zur Schließung von Lücken bei den digitalen Kompetenzen beizutragen;

36. ist der Ansicht, dass solche Kampagnen nicht nur darauf abzielen sollten, das Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit zu schärfen, sondern auch den politischen Willen zum Handeln schaffen und Ressourcen für die Verhütung und Beseitigung aller Formen geschlechtsspezifischer Gewalt mobilisieren sollten. Einige Formen geschlechtsspezifischer Gewalt sind in kulturellen und religiösen Praktiken wie Genitalverstümmelung bei Frauen und Verbrechen im Namen der „Ehre“ verwurzelt. Patriarchale Einstellungen, Geschlechterungleichheit und männliche Dominanz können als Bestandteil dieser Praktiken angesehen werden, und um Veränderungen zu bewirken, muss bei den einschlägigen kulturellen und/oder religiösen Überzeugungen und Praktiken angesetzt werden;

37. betont, dass es bei der Gewaltprävention nicht nur darum geht, bei Gewaltanwendung einzuschreiten, sondern darum, sicherzustellen, dass Gewalt gar nicht erst entsteht. Aufklärung über Geschlechterstereotype, hegemoniale Männlichkeit, die Perspektiven und Erfahrungen von Frauen, Kontrolle durch Zwang und geschlechtsbezogene Gewalt ist eine wichtige Grundlage für eine wirksame Gewaltprävention. Es muss deutlicher herausgestellt werden, dass Gewaltprävention sich an Männer richten und sie einbeziehen, die Gleichstellung der Geschlechter fördern und destruktive Männlichkeitsnormen sowie stereotype Darstellungen von Geschlecht und Sexualität bekämpfen muss. Eine umfassende Gewaltprävention ist für die Städte und Regionen von zentraler Bedeutung;

38. ist der Auffassung, dass eine ausgewogenere politische Vertretung von Männern und Frauen in all ihrer Vielfalt erheblich dazu beitragen würde, den politischen Willen zur wirksamen Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt zu entwickeln;

39. betont, dass der Ausmerzungen von Botschaften, Inhalten und Diskursen aus unserer Gesellschaft, die Geschlechterstereotypen fördern, geschlechtsspezifische Gewalt rechtfertigen oder Handlungen geschlechtsspezifischer Gewalt bzw. Verletzung rationalisieren, entschuldigen oder unterstützen, besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte;

40. ist der festen Überzeugung, dass es wichtig ist, mit Kindern und Jugendlichen zusammenzuarbeiten, um durch Bildung Einstellungen zu ändern und Geschlechterstereotypen in Frage zu stellen; appelliert in diesem Zusammenhang an die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften mit entsprechenden Zuständigkeiten, dem Vorbild der Region Brüssel zu folgen und zu erwägen, in den Schulen entsprechende Kampagnen einzuleiten und relevante Themen zu behandeln;

<sup>(9)</sup> Siehe die offene öffentliche Konsultation der Europäischen Kommission (2021) zu der oben genannten Vorlage (COM(2022) 105 final).

<sup>(10)</sup> Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (COM(2022) 105 final — 2022/0066(COD)).

41. fordert die an Bildungs- bzw. Sensibilisierungsmaßnahmen zu geschlechtsspezifischer Gewalt beteiligten Akteure auf, alle verfügbaren Kanäle, einschließlich der sozialen Medien, zu nutzen, um junge Menschen zu erreichen und eventuell auch bei jungen Menschen beliebte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zu finden, die sich als Vorreiter für dieses Anliegen einsetzen;

42. rät dazu, den Schwerpunkt solcher Kampagnen darauf zu legen, den Tätern häuslicher Gewalt Einhalt zu gebieten, um Gewalt zu verhindern. Die Kampagnen müssen darauf abzielen, destruktive Männlichkeitsnormen, die zu Gewalt und Missbrauch führen, zu ändern. Sie müssen außerdem die Menschen ermutigen, das Schweigen zu brechen, wenn sie Zeugen von Gewalt und Missbrauch werden. Es ist wichtig zu betonen, dass geschlechtsspezifische Gewalt keine private Angelegenheit ist, und dass sowohl für die Gewaltopfer als auch für potenzielle Täter Informationen über ihre Rechte und die ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen verbreitet werden müssen;

43. ist zutiefst besorgt darüber, was die Pornografieindustrie jungen Menschen in Bezug auf destruktive Männlichkeitsnormen, groben sexuellen Missbrauch und Erniedrigung von Frauen und Mädchen vermittelt, und auch über den leichten Zugang zu pornografischen Inhalten für Minderjährige. Die Gewährleistung pornografiefreier Umgebungen für Kinder und die Verhinderung der Verbreitung von Pornografie sind der Schlüssel zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt;

44. plädiert dafür, dass die Sensibilisierung für geschlechtsspezifische Gewalt als wirksames Instrument anerkannt wird, um eine unzureichende oder ausbleibende Meldung der Fälle zu verhindern, da jüngste Erkenntnisse<sup>(1)</sup> darauf hindeuten, dass Initiativen wie die #MeToo-Bewegung dazu beitragen, das Schweigen zu brechen;

45. begrüßt Sensibilisierungskampagnen wie die Initiative #SafePlace4Women<sup>(2)</sup>, mit der Städte und Regionen aufgefordert werden, sich zu sicheren Räumen für Frauen zu erklären, und fordert alle AdR-Mitglieder auf, sich für diese Kampagne zu engagieren und sich an dieser oder ähnlichen Initiativen zu beteiligen;

### **Sofortiger Opferschutz: wenn Prävention und Aufklärung fehlschlagen**

46. betont, dass ein opfer- und rechteorientierter Ansatz für Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt auf allen Regierungs- und Verwaltungsebenen verstärkt werden muss; macht deutlich, dass unbedingt umfassende Schulungsmaßnahmen für Fachkräfte vorgesehen werden müssen, die in der Regel den Erstkontakt mit Opfern geschlechtsspezifischer Gewalt haben, wie Polizeibedienstete, Ärzte oder Sozialarbeiter, um sicherzustellen, dass sich die Opfer sicher, respektiert und geschützt fühlen und um eine Retraumatisierung zu vermeiden; betont, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften häufig die erste Anlaufstelle sind, wo auf die Bedürfnisse der Opfer eingegangen und dafür gesorgt wird, dass sie von den lokalen Sozial-, Gesundheits- und psychologischen Diensten betreut und von den Strafverfolgungsbehörden geschützt werden;

47. fordert die Mitglieder des AdR und seines Europäischen Netzes der Regional- und Gemeinderäte sowie die Teilnehmerinnen und Teilnehmer seines Programms für junge Mandatsträger auf, einen Schritt weiter zu gehen und der „Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“<sup>(3)</sup> beizutreten, die mit über 2 000 Unterzeichnern bereits von einer Vielzahl unterschiedlicher lokaler und regionaler Gebietskörperschaften aus ganz Europa unterstützt wird;

48. weist darauf hin, dass 60 % der Befragten im Rahmen der öffentlichen Konsultation der Europäischen Kommission (2021) zu der Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt es für notwendig hielten, die Opfer besser über ihre Rechte zu informieren und die Dienste, an die sie sich wenden können, sowie die Folgemaßnahmen auf ihre Anzeige hin zu verbessern; ferner waren die Befragten der Ansicht, dass Informationen nicht schnell genug bereitgestellt würden (43 %), dass sie schwer zu finden seien (42 %) und dass sie uneinheitlich und über verschiedene Quellen verteilt seien (42 %); 41 % waren der Ansicht, dass Opfer nicht rechtzeitig und in einer für sie verständlichen Sprache Informationen über Unterstützungsdienste erhalten können;

49. macht deutlich, dass laut einer Studie des Europäischen Parlaments<sup>(4)</sup> Unterstützungsdienste für Opfer geschlechtsspezifischer bzw. häuslicher Gewalt in den einzelnen Mitgliedstaaten in unterschiedlichem Maße bekannt sind; osteuropäische Bürgerinnen und Bürger sind tendenziell am schlechtesten über entsprechende Dienste informiert;

50. fordert alle regionalen Behörden auf, zugängliche, auf Überlebende ausgerichtete Meldesysteme wie Notrufnummern und vertrauliche Berater einzurichten; zudem sollten mehrsprachige (digitale und physische) Informationsplattformen und -materialien bereitgestellt werden, damit potenzielle Opfer leicht und schnell auf Informationen über ihre Rechte sowie über verfügbare Schutz- und Unterstützungsdienste zugreifen können; außerdem gilt es, einen gleichberechtigten Zugang und einheitliche Maßnahmen im gesamten Gebiet zu gewährleisten. Hervorragende Beispiele für solche Plattformen gibt es zum Beispiel in Bayern und im Baskenland;

<sup>(1)</sup> *The Silenced Women: What works in encouraging women to report cases of gender-based violence?* (<https://blogs.worldbank.org/developmenttalk/silenced-women-what-works-encouraging-women-report-cases-gender-based-violence>).

<sup>(2)</sup> [https://pes.cor.europa.eu/sites/default/files/Resolution\\_Safe%20Place%20For%20Women%20EN.docx](https://pes.cor.europa.eu/sites/default/files/Resolution_Safe%20Place%20For%20Women%20EN.docx).

<sup>(3)</sup> Wortlaut der Charta — Beobachtungsstelle der Europäischen Charta (<https://charter-equality.eu/the-charter/observatoire-europeen-en.html>).

<sup>(4)</sup> *Implementation of the Daphne programme and other funds aimed at fighting violence against women and girls*, Europäisches Parlament (2019).

51. fordert die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften auf, zu erwägen, nach dem Vorbild der italienischen Region Toskana *Hilfspfade für die Opfer von Hasskriminalität* einzurichten, die sich an Frauen und Kinder richten. Das regionale Netz „Codice Rosa“ („Code rosa“) sieht geschlechtssensible Verfahren für die Aufnahme, die Betreuung und den Schutz von Opfern vor und ist ein Bindeglied zwischen sämtlichen toskanischen Gesundheitsdiensten und der Staatsanwaltschaft, den Strafverfolgungsbehörden und Verbänden. So werden die Opfer auf einen Pfad geleitet, über den sie medizinische Versorgung, Notunterkünfte sowie Beratung und Orientierungshilfen für einen tatsächlichen und praktikablen Ausstieg aus der Gewalt erhalten;

52. macht darauf aufmerksam, dass auch Interventionsprogramme für die Täter von Verbrechen und für diejenigen, die befürchten, zu Tätern zu werden, erforderlich sind, um das Risiko von Wiederholungsdelikten bei Gewaltverbrechen gegen Frauen zu minimieren; betont in diesem Zusammenhang auch die Bedeutung verfügbarer und zugänglicher psychologischer Betreuungsmöglichkeiten, damit die betroffenen Personen den zugrunde liegenden Problemen, durch die Gewalt entstehen kann, auf den Grund gehen und sie behandeln können;

53. fordert die Mitgliedstaaten und die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in diesem Zusammenhang auf, in systematische Frühinterventions-, Präventions- und geschlechtersensible Schulungsprogramme für Fachkräfte zu investieren, die mit Opfern in Kontakt kommen, insbesondere für Polizeibedienstete und medizinisches Personal, damit sie Gewalt aus einer geschlechtsspezifischen Perspektive verstehen und gemeldete Vorfälle nicht unterschätzen, sondern rasch und angemessen mit der Situation umgehen können;

54. ist der Ansicht, dass es eindeutig notwendig ist, unterschiedliche Schulungen für die an der Präventions-, der Betreuungs- und der Ausführungsphase beteiligten Akteure vorzusehen;

55. fordert die AdR-Mitglieder auf, mit gutem Beispiel voranzugehen und das Gleichstellungsbewusstsein und geschlechtersensible Kompetenzen der öffentlichen Verwaltungen in ihren Gebietskörperschaften zu verbessern;

56. gibt jedoch zu bedenken, dass bei der Teilnahme an diesen Schulungen auch für ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis gesorgt werden muss, da einige bestehende Initiativen zeigen, dass sie derzeit hauptsächlich von Frauen besucht werden;

57. fordert die Mitgliedstaaten und die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften auf, dem Beispiel bestimmter Regionen wie Katalonien zu folgen und spezifische Polizeieinheiten und Fachgerichte für geschlechtsspezifische Gewalt einzurichten;

#### **Finanzierung und Verbreitung von Projekten zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt**

58. begrüßt, dass mit der Daphne-Initiative im Rahmen des Programms „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ Mittel zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt und von Gewalt gegen Kinder bereitgestellt wurden; stellt allerdings fest, dass die Daphne-Mittel geografisch ungleichmäßig verteilt werden und dass insbesondere in Mittel- und Osteuropa keine Initiativen vorhanden sind, die es ermöglichen, solche EU-Mittel in Anspruch zu nehmen<sup>(15)</sup>;

59. fordert die Europäische Kommission auf, die AdR-Mitglieder besser über das Daphne-Programm zu informieren, um dafür zu sorgen, dass die Finanzmittel die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften erreichen, und diese als Verbreitungsplattform zu nutzen, um auch andere Akteure vor Ort zu informieren;

60. fordert die Kommission auf, das EU-Netz zur Verhütung von geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt rasch einzurichten; dabei sollten die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften eingebunden, ein Austausch bewährter Verfahren über Initiativen in den Bereichen Prävention, Aufklärung und Schulung ermöglicht und in Verbindung damit ein Leitfaden zu den auf diesem Gebiet verfügbaren EU-Finanzierungsinstrumenten bereitgestellt werden;

61. appelliert dringend an die Kommission und die Mitgliedstaaten, den Gleichstellungsaspekt bei der Haushaltsplanung im Rahmen des mehrjährigen Finanzrahmens und der nationalen Haushalte als Instrument zu berücksichtigen, um die Geschlechtergleichstellung durch Haushaltsmaßnahmen zu verbessern, die zur Beseitigung geschlechtsspezifischer Unterschiede beitragen können; ferner sollten ausreichende, langfristige und nachhaltige finanzielle und personelle Ressourcen bereitgestellt werden, um alle Formen geschlechtsspezifischer Gewalt angemessen zu verhindern und zu bekämpfen.

Brüssel, den 29. November 2023

Der Präsident  
des Europäischen Ausschusses der Regionen  
Vasco ALVES CORDEIRO

<sup>(15)</sup> *Implementation of the Daphne programme and other funds aimed at fighting violence against women and girls*, Europäisches Parlament (2019).



C/2024/1043

9.2.2024

**Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen — Die Gemeinsame Fischereipolitik in den Regionen: Für eine bessere Nachhaltigkeit und Widerstandsfähigkeit von Küstengebieten in der EU**

(C/2024/1043)

**Berichterstatter:** Jesús GAMALLO ALLER (ES/EVP), Generaldirektor für auswärtige Beziehungen und Beziehungen zur EU, Regierung der Autonomen Gemeinschaft Galicien

**POLITISCHE EMPFEHLUNGEN**

DER EUROPÄISCHE AUSSCHUSS DER REGIONEN

1. begrüßt — trotz der Verzögerung — die Veröffentlichung einer Bewertung der Umsetzung der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1380/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates <sup>(1)</sup>, sowie die Tatsache, dass dies im Rahmen eines Pakets zur „Verbesserung der Nachhaltigkeit und Widerstandsfähigkeit des Fischerei- und Aquakultursektors der EU“ erfolgt ist;
2. plädiert für die Wahrung eines Gleichgewichts zwischen den drei Säulen der Nachhaltigkeit der GFP (ökologisch, wirtschaftlich und sozial), um die langfristige Tragfähigkeit dieses Sektors sicherzustellen; betont, dass eine gesunde Meeresumwelt die Grundlage für vitale Fischbestände und einen rentablen Fischerei- und Aquakultursektor bildet; weist darauf hin, dass die Fischerei- und Umweltpolitik aufeinander abgestimmt werden müssen, die Umweltziele jedoch keinen Vorrang vor denen der Gemeinsamen Fischereipolitik haben dürfen;
3. hält es für wesentlich, dass diese Bewertung zu einer echten Reform der GFP führt, bei der ein ordentliches Gesetzgebungsverfahren angewandt wird, das für mehr Transparenz, eine echte Folgenabschätzung und eine angemessene Einbeziehung aller Interessenträger sorgt;
4. fordert die nächste Kommission im Sinne eines notwendigen Gleichgewichts zwischen den verschiedenen EU-Politikbereichen auf, maritime Angelegenheiten und Fischerei als eigenes Portfolio anzusehen, das nicht, wie derzeit der Fall, mit Umweltpolitik verknüpft ist. Nachhaltige Entwicklung ist eine bereichsübergreifende Politik und sollte daher nicht mit nur einem einzelnen Politikbereich organisch verknüpft werden;

**Fischerei und Aquakultur als Teil der Zukunft**

5. fordert eine uneingeschränkt umsetzbare, klarere und praktischere Definition der allgemeinen und spezifischen Ziele der GFP im Einklang mit den Eigenschaften der einzelnen Regionen der EU, und ist der Ansicht, dass ein „Fischerei- und Ozeanpakt“ sowie die Anerkennung von Fischern und Aquakulturbetreibern als Wächter oder Verwalter des Meeres hierzu beitragen können. Die strategische Rolle der Fischer und Aquakulturbetriebe in der Lebensmittelwertschöpfungskette und bei der Gewährleistung der Ernährungssicherheit durch die Bereitstellung hochwertiger gesunder Lebensmittel für die Verbraucher darf nicht außer Acht gelassen werden;
6. weist darauf hin, dass der sich verschlechternde Zustand der Meeresökosysteme die Fischerei und die für ihren Lebensunterhalt auf sie angewiesenen Gemeinschaften bedroht; erinnert daran, dass die unzureichende Überwachung und Kontrolle in den derzeitigen Meeresschutzgebieten der EU alarmierend ist und bereits 2020 im Bericht des Rechnungshofs kritisiert wurde; macht darauf aufmerksam, dass neben der Fischerei viele andere Tätigkeiten Auswirkungen auf diese Gebiete haben;
7. fordert die Kommission nachdrücklich auf, den ökosystembasierten Ansatz im Fischereimanagement stärker umzusetzen, auch durch die zunehmende Anwendung von Mehrartenansätzen, um die negativen Auswirkungen von Fischereitätigkeiten und anderen Faktoren wie dem Klimawandel auf Meeresökosysteme, Fischpopulationen und die Gesellschaft zu mindern und die Widerstandsfähigkeit der Meere gegenüber dem Klimawandel zu gewährleisten; bekräftigt, dass eine vollständig dokumentierte Fischerei und Qualitätsdaten der Schlüssel zu einem besseren Fischereimanagement sind;

<sup>(1)</sup> Verordnung (EU) Nr. 1380/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über die Gemeinsame Fischereipolitik und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1954/2003 und (EG) Nr. 1224/2009 des Rates sowie zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 2371/2002 und (EG) Nr. 639/2004 des Rates und des Beschlusses 2004/585/EG des Rates (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 22).

8. hält die technologische Erneuerung der Produktionsstrukturen, insbesondere der Fischereifahrzeuge, für unerlässlich. Hierfür sollte der in der EU vorhandene Spielraum bei den Fangkapazitäten genutzt werden; hält darüber hinaus die Überprüfung der Förderfähigkeit neuer klimafreundlicher Fischereifahrzeuge in der Küstenfischerei (< 24m, < 221 KW) für erforderlich, ohne Anreize für den Aufbau zusätzlicher Fangkapazitäten zu schaffen, sodass eine Förderung im Einklang mit den im Rahmen der GFP erlassenen Bestimmungen, dem WTO-Übereinkommen über Fischereisubventionen und den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung steht; fordert eine Neufestlegung der Fangkapazität, um die mit Sicherheit und Gesundheitsschutz an Bord verbundene Tonnage von der Berechnung auszunehmen;
9. hebt die Bedeutung der sozialen Dimension der GFP hervor und plädiert für die Sicherstellung eines Generationswechsels bei den Beschäftigten, indem die Arbeitsbedingungen, die berufliche Bildung, die berufliche und soziale Anerkennung insgesamt und insbesondere die Einbeziehung von Frauen verbessert werden;
10. spricht sich für die Harmonisierung der formalen Qualifikationen im Bereich Fischerei und Aquakultur aus, um die Mobilität der Fachkräfte in der EU zu erhöhen;
11. betont die Rolle der Fischereigemeinschaften, wenn es darum geht, die Bevölkerung in abgelegenen Gebieten zu halten und das materielle und immaterielle Kulturerbe der Fischerei zu bewahren. Die Wiederbelebung dieser Gemeinschaften muss gefördert werden, da sie das Rückgrat dieser Gebiete bilden;
12. bekräftigt sein Bekenntnis zur Erreichung des Ziels des höchstmöglichen Dauerertrags (MSY), ohne dabei die wirtschaftliche und soziale Nachhaltigkeit der Küstengebiete zu gefährden. Obwohl dieses Ziel seit 2020 verbindlich ist, wurden nur in einigen Meeresbecken wie dem Nordostatlantik Fortschritte bei seiner Verwirklichung erreicht;
13. spricht sich dafür aus, die Wirksamkeit des Bewirtschaftungssystems des marinen Ökosystems auf der Grundlage zulässiger Gesamtfangmengen zu verbessern; fordert die Kommission und den Rat auf, mehrjährige Obergrenzen einzuführen, die auf das strikt Notwendige beschränkt sind;
14. weist darauf hin, dass sich das Verhalten und die Verteilung vieler Arten infolge des Klimawandels ändern, weshalb die Quotenzuteilung an die Fangmöglichkeiten angepasst werden muss, und fordert die Kommission auf, das Konzept der relativen Stabilität eingehend zu bewerten;
15. betont, dass die Anlandeobligationspflicht geändert werden muss, wobei genauere Fangaufzeichnungen und eine Anpassung der Fangmöglichkeiten an die Eigenschaften der einzelnen Gebiete, die verwendeten Fanggeräte und die Abhängigkeit von der Fischerei zugrunde gelegt werden sollten;
16. plädiert dafür, dass die GFP auf einer verbesserten wissenschaftlichen Forschung mit einem umfassenden Datenerhebungssystem fußt, zu dem die Branche direkt und einfach beitragen kann. Die Sozialwissenschaften sollten als Teil der für die Entscheidungsfindung nützlichen Wissenschaften begriffen werden, damit solide und systematische Einsichten in wirtschaftliche und soziale Aspekte gewonnen werden;
17. fordert die Kommission auf, den Dialog zwischen Vertretern von Industrie, Beschäftigten, Freizeitfischerei und Umweltorganisationen zu stärken. Dieser Dialog sollte in strukturierter und ausgewogener Weise geführt werden und auf bestehenden Einrichtungen wie Beiräten mit einer ausgewogenen Zusammensetzung und angemessenen Vertretung aller relevanten Interessenträger aufbauen;
18. hebt die Rolle der kleinen Küstenfischerei als entscheidender Faktor für die Eindämmung der Abwanderung der Bevölkerung und die wirtschaftliche Dynamik der Küstengebiete, insbesondere in den Gebieten in äußerster Randlage, hervor; fordert daher eine angemessene Definition dieser Fischerei, wie sie von der Internationalen Kommission zur Erhaltung der Thunfischbestände im Atlantik (ICCAT) gehandhabt wird, in der auch die besonderen Merkmale des Strandfischens festgelegt werden;
19. fordert die politische und finanzielle Unterstützung der kleinen Küstenfischerei, indem beispielsweise die zulässige Gesamtfangmenge durch ein anderes, auf dem Fischereiaufwand beruhendes System ersetzt und die Flotte erneuert wird, was für die Verbesserung der Sicherheit und der Lebensbedingungen an Bord sowie für die Einbeziehung von Frauen in diese Tätigkeit unerlässlich ist;
20. unterstreicht die positive Zusammenarbeit bei der Bewirtschaftung der Meeres- und Fischereitätigkeiten zwischen regionalen Behörden und traditionsreichen Organisationen wie den Berufsvereinigungen der Fischer; spricht sich für ihre Anerkennung auf Augenhöhe mit den Erzeugerorganisationen aus;

21. unterstützt eine umfassende Meerespolitik und die angemessene Anerkennung der externen Dimension der GFP als Konzept für die Förderung nachhaltiger Ozeane und die Bekämpfung der illegalen, ungemeldeten und unregulierten Fischerei und spricht sich dafür aus, dass es kein Gebiet geben sollte, das nicht von einer regionalen Fischereiorganisation (RFO) abgedeckt wird;
22. betont die wichtige Rolle, die den partnerschaftlichen Abkommen über nachhaltige Fischerei zukommt, und fordert, dass diese Abkommen als Mittel zur Unterstützung der Partnerstaaten bei der Verbesserung einer nachhaltigen Fischereipolitik fortgeführt und die entsprechenden Maßnahmen auf alle Flotten angewandt werden, die sich in ihren Fanggründen aufhalten;
23. weist darauf hin, dass Wege für die Zusammenarbeit und Partnerschaft mit den Nachbarländern der EU sowohl im Atlantik als auch im Mittelmeer und im Schwarzen Meer geobnet werden müssen, um ein gemeinsames nachhaltiges und gerechtes Fischereimanagement unter Einsatz aller zur Verfügung stehenden regulatorischen Mittel, insbesondere in Bezug auf den Handel, zu erreichen;
24. betont, dass für gleiche Wettbewerbsbedingungen mit bestimmten ausländischen Flotten mit niedrigen Sozial- und Umweltstandards gesorgt werden muss, die in denselben Gebieten wie Wirtschaftsbeteiligte der EU Fischerei betreiben und ihre Erzeugnisse auf dem EU-Markt vermarkten. Dies ist für die Wettbewerbsfähigkeit der -Flotten und Aquakulturerzeuger der EU von grundlegender Bedeutung;
25. erkennt die wichtige Rolle an, die **gemischte Gesellschaften** europäischer Unternehmen auf internationaler Ebene für die Entwicklung der Länder, in denen sie ihren Sitz haben, insbesondere in Afrika, spielen;
26. hebt hervor, dass der Aquakultur eine Schlüsselrolle für die Ernährungssicherheit und die Beschäftigung zukommt. Bei jeder künftigen Reform der GFP sollten die nachhaltige Entwicklung der Aquakultur und technologische Innovationen, insbesondere die Fisch- und die Muschelzucht, gefördert werden, und zwar stets unter Rücksichtnahme auf die Vereinbarkeit mit den bestehenden Fischereitätigkeiten und dem Umweltrecht;
27. bekräftigt die Notwendigkeit einer zentralen Anlaufstelle für die Lizenzvergabe, die die Interaktion zwischen den Antragstellern und den verschiedenen Ebenen der öffentlichen Verwaltung erheblich verbessern würde, sowie einer Koordinierung der öffentlichen Maßnahmen, die sich auf die Aquakultur auswirken;

### **Verbesserung unserer Fischereimethoden, um sie nachhaltiger zu gestalten**

28. erkennt die Bedeutung gesunder Meeresökosysteme für den Wohlstand der Regionen der EU an und unterstützt die Einrichtung von Meeresschutzgebieten, die gemäß der Schutzziele geeignet, erforderlich, und verhältnismäßig sein sowie nach einschlägigen Rechtsgrundlagen und sozioökonomischer Folgenabschätzung erfolgen sollte; betont allerdings, dass eine Reduzierung der Fanggebiete bzw. -geräte inkohärent ist, wenn gleichzeitig die Ernährungssicherheit in Europa gewährleistet werden soll;
29. weist auf die sozioökonomischen Auswirkungen der von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen hin und fordert einen schrittweisen und nachhaltigen Übergang für alle Regionen der EU bei der Suche nach besseren Fangmethoden durch angemessene finanzielle Unterstützung im Einklang mit dem Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds (EMFAF) oder, wenn dies in diesem Rahmen nicht möglich ist, durch faire und angemessene Ausgleichsmechanismen. Ziel ist es, schonende Fanggeräte einzusetzen, angemessene Fangbeschränkungen einzuführen, um unerwünschte Beifänge empfindlicher Arten auf ein Mindestmaß zu beschränken, und bei entsprechender Aufforderung die endgültige Einstellung der Fangtätigkeit zu ermöglichen;
30. erkennt an, dass Grundfischerei Auswirkungen auf die Umwelt haben kann, weist jedoch darauf hin, dass ihre Umweltauswirkungen und die zu schützenden Güter differenzierter betrachtet werden müssen. Die Grundfischerei ist nämlich für viele Küstenregionen der EU von sozioökonomischer Bedeutung, und einige Arten können nur mit Schleppnetzen befischt werden. Ebenso wichtig ist es, Entscheidungen auf der Grundlage der verfügbaren Erkenntnisse und des Erfahrungsschatzes bezüglich der Meeresböden zu treffen, um breit angelegte Maßnahmen mit irreversiblen Auswirkungen auf die Branche zu vermeiden;
31. weist darauf hin, dass bei der Erstellung der nationalen Fahrpläne die Maßnahmen, die zur Einhaltung des Plans erforderlich sind, sorgfältig umrissen und auf regionaler Ebene gemeinsam mit der Kommission umgesetzt und überwacht werden müssen;

32. betont, dass die Kontrollsysteme zur Bekämpfung der illegalen Fischerei verbessert werden müssen. Durch die uneinheitliche Anwendung von Kontrollen und Sanktionen durch die Behörden wird deren Wirksamkeit beeinträchtigt; hofft, dass der in der neuen Fischereikontrollverordnung verwendete Ansatz Verbesserungen bringt;

33. teilt die Auffassung, dass die Kontrolle der gewerblichen und der Freizeitfischerei im Einklang mit den nachhaltigen Zielen der GFP und im Rahmen eines Lizenzsystems erfolgen sollte; hofft, dass die in Kürze in Kraft tretende neue Fischereikontrollverordnung hier für Fortschritte sorgt;

34. fordert die Einrichtung spezifischer Kontrollsysteme, um Fänge der Freizeitfischerei für den Eigenverbrauch zu unterscheiden und zu vermeiden, dass sie in die Vermarktungskanäle gelangen;

#### **Für eine emissionsneutrale und proaktive Fischerei angesichts des Klimawandels**

35. erinnert daran, dass in allen die Produktion und soziale Fragen betreffenden Politiken und Bereichen Verantwortung für die Verbesserung des Zustands der Meere übernommen werden muss, und plädiert für die Umsetzung von Maßnahmen zur Eindämmung der Umweltverschmutzung, die dem Ausmaß ihrer Auswirkungen entsprechen. Hierbei sollte vermieden werden, dass die Last dieser Maßnahmen in erster Linie die Meeres- und Fischereiaktivitäten betrifft;

36. fordert ein erneuertes interregionales Engagement für umweltfreundlichere Flotten, insbesondere durch die Förderung des Einsatzes alternativer Schiffsantriebssysteme;

37. erinnert daran, dass der Klimawandel die Lebensmittelerzeugungssysteme zusätzlich unter Druck setzt, und weist darauf hin, dass Fischerei und Aquakultur aufgrund ihres geringen CO<sub>2</sub>-Fußabdrucks eine äußerst effiziente Methode zur Erzeugung von tierischem Eiweiß darstellen;

38. begrüßt den Plan der Kommission, eine neue Multi-Stakeholder-Partnerschaft für die Energiewende ins Leben zu rufen, um die Kräfte für das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 zu bündeln;

39. fordert eine verstärkte Unterstützung durch die EU und die Mitgliedstaaten für die Erneuerung der Fischwirtschaft, ihre Dekarbonisierung und verbesserte Sicherheitsstandards durch mehr Finanzierungsmöglichkeiten und Sensibilisierungsmaßnahmen in diesem Sektor im Einklang mit den geltenden EMFAF-Vorschriften und den Vorschriften über staatliche Beihilfen;

40. begrüßt den Plan der Kommission, eine Studie über die für die Energiewende im Fischerei- und Aquakultursektor verfügbaren Technologien zu erstellen, und ihre Absicht, „Schiffe von morgen“ zu planen;

41. unterstützt die Entwicklung der Kompetenzen der Arbeitskräfte, um sie auf die Energiewende vorzubereiten;

42. ist sich der Notwendigkeit bewusst, die Subvention fossiler Brennstoffe schrittweise einzustellen und diese Mittel für die Dekarbonisierung der Flotten umzuwidmen, warnt jedoch vor den Schwierigkeiten bei der praktischen Umsetzung, wenn es an einer Harmonisierung zwischen den Mitgliedstaaten mangelt. Außerdem wäre es wünschenswert, dass sich die EU im Rahmen der WTO für eine harmonisierte Besteuerung in allen Fischereierzeugnisse produzierenden Ländern einsetzt, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, hier Vorreiter zu sein;

#### **Für einen fairen und gerechten Weltmarkt**

43. ist der Ansicht, dass stärker auf aquatische Proteine gesetzt werden sollte, da sie ein wesentliches Element für Ernährungssicherheit sind. Sie verfügen über einen außerordentlich hohen Nährwert und tragen als Bestandteil einer ausgewogenen Ernährung zur Gesundheit bei. Auch weisen sie einen geringen CO<sub>2</sub>- und Wasserfußabdruck auf;

44. empfiehlt die Förderung des lokalen Marktes und der kurzen Vertriebskanäle für Fischerei- und Aquakulturerzeugnisse, um die Auswirkungen von Schwankungen auf den Weltmärkten abzufedern;

45. fordert präzisere gemeinsame Vermarktungsnormen für in der EU verkaufte Fischereierzeugnisse, um für einen transparenten Binnenmarkt mit hochwertigen Erzeugnissen zu sorgen;

46. bekräftigt, dass zur Sicherstellung des fairen Wettbewerbs unbedingt verhindert werden muss, dass Meereserzeugnisse, die nicht den EU-Standards entsprechen, in den europäischen Binnenmarkt gelangen;

47. bemängelt die Unstimmigkeiten zwischen der GFP und der gemeinsamen Handelspolitik, insbesondere im Bereich der Zollpräferenzen und -kontingente, die zu schwerwiegenden Wettbewerbsverzerrungen auf dem Markt für Meereserzeugnisse führen;

48. erkennt die Rolle der Gemeinsamen Marktorganisation (GMO) für Erzeugnisse der Fischerei und der Aquakultur für die nachhaltige Bewirtschaftung der Meeresökosysteme, die Fischerei und die regionale Wirtschaft an;

49. fordert eine stärkere Sensibilisierung der Verbraucherinnen und Verbraucher durch die Schaffung eines europäischen Gütesiegels, mit dem durch die Einhaltung bestimmter Mindestkriterien die Nachhaltigkeit von Meereserzeugnissen entsprechend der CE-Kennzeichnung von Produkten wie Spielzeug garantiert wird. In jedem Fall sollten die derzeitigen Kennzeichnungen für Fischerei- und Aquakulturerzeugnisse unabhängig von ihrer Herkunft denselben Vorschriften entsprechen. Die Stärkung der Europäischen Marktbeobachtungsstelle für Fischerei und Aquakultur (EUMOFA) kann in dieser Hinsicht ein Schlüsselement sein;

50. unterstreicht, dass Innovationen bei der Verarbeitung und Vermarktung von Meereserzeugnissen unterstützt werden müssen, um eine effizientere Erzeugung mit einem geringeren CO<sub>2</sub>- und Wasserfußabdruck zu erreichen;

#### **Stärkung der lokalen und regionalen Beteiligung**

51. weist darauf hin, dass die Einbeziehung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften für die wirksame Umsetzung der GFP angesichts ihres Wissens über die örtlichen Meeresökosysteme von entscheidender Bedeutung ist, und hält den „Fischerei- und Ozeanpakt“ in dieser Hinsicht für ein gutes Instrument. Die Regionen spielen eine wesentliche Rolle bei der Verwaltung von Fischerei- und Aquakulturtätigkeiten, der Kontrolle und Überwachung von Fischereifahrzeugen, der Erforschung der Meeresumwelt und der Vergabe von Aquakulturlizenzen;

52. ist der Ansicht, dass die Koordinierung zwischen allen Verwaltungen unabdingbar für die Umsetzung der verschiedenen Maßnahmen ist, die sich auf Fischerei und Aquakultur auswirken, etwa Wassernutzung oder Raumplanung;

53. erkennt die Entwicklung und Umsetzung partizipativer lokaler Entwicklungsstrategien als ein gutes Beispiel für den Wert regionaler und lokaler Maßnahmen im Hinblick auf die soziale und wirtschaftliche Dynamik nichtstädtischer Küstengebiete an;

54. schlägt in diesem Zusammenhang eine Überarbeitung des Begriffs „stark von der Fischerei abhängiges Gebiets“ vor, indem der Schwerpunkt auf Schlüsselaspekte der heutigen Gesellschaft gelegt wird, wie die Erzeugung hochwertiger Lebensmittel, die die Nahrungsmittelsouveränität gewährleisten, oder die Erzielung eines hohen Mehrwerts bei Meereserzeugnissen. Aufgrund des bedeutenden sozialen und wirtschaftlichen Gewichts, das dieser Sektor nach wie vor in weiten Teilen der EU hat, sollten Maßnahmen ergriffen werden, mit denen der Sektor entsprechend dieser Kriterien bevorzugt gefördert wird.

Brüssel, den 29. November 2023

*Der Präsident*  
*des Europäischen Ausschusses der Regionen*  
Vasco ALVES CORDEIRO



C/2024/1044

9.2.2024

**Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen — Bottom-up-Ansatz zur Entwicklung eines europäischen wertebasierten Sportmodells: ein Mittel zur Förderung der Inklusion und des sozialen Wohlergehens junger Menschen in Europa**

(C/2024/1044)

<b>Berichterstatter:</b>	Roberto PELLA (IT/EVP), Bürgermeister von Valdengo, Provinz Biella (BI)
<b>Referenzdokumente:</b>	Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zu den Schlüsselmerkmalen des europäischen Sportmodells <sup>(1)</sup>  Arbeitsplan der Europäischen Union für den Sport <sup>(2)</sup>  Studie zum europäischen Sportmodell <sup>(3)</sup>  Europäisches Jahr der Kompetenzen <sup>(4)</sup>

**I. EINLEITENDE BEMERKUNGEN**

DER EUROPÄISCHE AUSSCHUSS DER REGIONEN

1. weist darauf hin, dass die EU erst seit relativ kurzer Zeit für den Sport zuständig ist, da ihr dieser Kompetenzbereich erst mit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon im Dezember 2009 übertragen wurde. So trägt die Union nach Artikel 165 AEUV „zur Förderung der europäischen Dimension des Sports bei und berücksichtigt dabei dessen besondere Merkmale, dessen auf freiwilligem Engagement basierende Strukturen sowie dessen soziale und pädagogische Funktion“. Diese Bestimmung macht konkret deutlich, dass die Sportbewegung im Rahmen der allgemeinen Rechtsordnung universelle Autonomie und einen besonderen Status in Bezug auf rechtliche, organisatorische und justizielle Aspekte genießt. Die EU ist deshalb für die Entwicklung öffentlicher Maßnahmen auf der Grundlage von Daten und bewährten Verfahren sowie für die Förderung, Zusammenarbeit und Verwaltung von Initiativen zur Unterstützung des Sports in ganz Europa zuständig; Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sind wiederum für die Förderung und Entwicklung sportlicher Aktivitäten in ihren Kommunen und Regionen von entscheidender Bedeutung. Die Finanzierungsmöglichkeiten der EU sollten auf die spezifischen Bedürfnisse und Prioritäten der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in weniger entwickelten Regionen und den Gebieten in äußerster Randlage zugeschnitten sein;

2. weist ferner darauf hin, dass die Annahme und Umsetzung eines europäischen Sportmodells eines der Hauptthemen des EU-Arbeitsplans für den Sport (2021-2024) ist und dieses Modell die Arbeit der verschiedenen nationalen Sportverbände (die im Falle Italiens Verbände der Sportdisziplinen und Einrichtungen zur Sportförderung umfassen) innerhalb der Sportstrukturen unter Berücksichtigung deren Autonomie und besonderen Status ermöglichen sowie deren Attraktivität erhöhen soll. In diesem Modell sollte auch das Engagement der Gemeinden und Regionen Berücksichtigung finden, die einen sehr großen Teil der selbstorganisierten sportlichen Aktivitäten ermöglichen, die ihrerseits einen erheblichen Anteil der sportlichen Aktivität der Bevölkerung ausmachen. Der Sport wurde somit als politisches Instrument anerkannt, dessen soziale Dimension sowie dessen wirtschaftliche und beschäftigungspolitische Bedeutung kennzeichnend für seine auf einer Reihe von Grundsätzen und grundlegenden Merkmalen basierende Definition sind:

— ein pyramidaler Aufbau von Sportstrukturen und -wettkämpfen, bei dem die Hauptrolle den nationalen Sportverbänden zukommt, die für die Organisation und Entwicklung der einzelnen Disziplinen im Profi-, Breiten- und Amateursport zuständig sind und ihre Arbeit mit den europäischen und internationalen Verbänden abstimmen;

<sup>(1)</sup> <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-14430-2021-INIT/de/pdf>.

<sup>(2)</sup> Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zum Arbeitsplan der Europäischen Union für den Sport (1. Januar 2021-30. Juni 2024) (ABl. C 419 vom 4.12.2020, S. 1).

<sup>(3)</sup> Europäische Kommission, Generaldirektion Bildung, Jugend, Sport und Kultur, Sennett, J., Le Gall, A., Kelly, G., et al., *Study on the European sport model — A report to the European Commission*, Amt für Veröffentlichungen, 2022, <https://data.europa.eu/doi/10.2766/28433>.

<sup>(4)</sup> [https://year-of-skills.europa.eu/index\\_en](https://year-of-skills.europa.eu/index_en).

- Förderung eines Mechanismus der finanziellen Solidarität zwischen den verschiedenen Akteuren des Sektors, um über Mittel für den Amateursport zu verfügen und für Chancengleichheit schon ab den niedrigeren Sportniveaus zu sorgen. Die Umverteilung der Einnahmen gilt als wesentlich für das finanzielle Überleben der einzelnen Disziplinen und ihre Entwicklung auf allen Niveaus;
- Schaffung einer weitgehend autonomen Sportbewegung zum Aufbau von Partnerschaften mit öffentlichen Stellen im Einklang mit der Autonomie und dem besonderen Status des Sports. Die nationalen Sportverbände sollten sich selbst regulieren können und ihre Arbeit auf die Wahrung der Grundsätze und Verfahren der Transparenz, der verantwortungsvollen Verwaltung, der Inklusion und Vielfalt sowie der Rechenschaftspflicht stützen;
- Strukturen, die auf der Förderung der Werte des Sports und der Anerkennung der Freiwilligentätigkeit beruhen, die eine entscheidende Rolle bei der Verwaltung der Sportgremien und Sportwettkämpfe spielen;
- Festlegung konkreter Bestimmungen und Maßnahmen zur Stärkung der Gleichstellung, der Inklusion, der Vielfalt und der Nichtdiskriminierung unter Wahrung der Menschenrechte und Förderung der europäischen Werte (wie Demokratie, Arbeitnehmerrechte, Geschlechtergleichstellung, Freizügigkeit, Angleichung der Prämienzahlungen für weibliche und männliche Sportler, Sicherheit im Sport). Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften werden von der EU als Vermittler und Förderer der Werte der sozialen Inklusion und des sozialen Zusammenhalts anerkannt, denn sie können die bewährten Verfahren und politischen Maßnahmen ermitteln, die am besten zur Stärkung des Konzepts des Sports als wesentlicher sozialer Infrastruktur beitragen;

3. weist darauf hin, dass der Sport aufgrund seiner Besonderheit nicht nur in Zusammenhang mit der Freizügigkeit und dem Wettbewerbsrecht, sondern auch einer Vielzahl anderer EU-Politikbereiche zu betrachten ist, wie Soziales, Gesundheit, Erziehung sowie allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Chancengleichheit und Barrierefreiheit, Beschäftigung, Umwelt, Medien und Kultur sowie Tourismus. Die EU verfügt jedoch noch immer nicht über die Kapazitäten, um Finanzmittel für den Sport bereitzustellen (ab dem Zeitraum 2014-2020 im Rahmen des Programms Erasmus+) und eine kohärente und umfassende Sportpolitik zu entwickeln. Dabei wird diese für die Gemeinwesen vor Ort, die Demokratie und den sozialen Zusammenhalt immer wichtiger und dringlicher; Es gilt, weniger entwickelte Regionen und die Gebiete in äußerster Randlage bei der Zuweisung von EU-Mitteln für Sportprogramme und -initiativen vorrangig zu berücksichtigen, um regionale Ungleichheiten anzugehen und den sozialen Zusammenhalt zu fördern;

4. verweist auf die Ziele des Europäischen Jahres der Kompetenzen, auf die vielfältige Bedeutung des Sports für die Entwicklung von Kompetenzen und die persönliche Entfaltung sowie auf seine weiterreichenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen; die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften können im Jahr 2023 Unterstützung bei der Umsetzung geeigneter beschäftigungs- und bildungspolitischer Maßnahmen erhalten; weiß um die zentrale Bedeutung des Sports, um begabte junge Menschen anzuwerben und zu binden; betont, wie wichtig Ausbildung und Kompetenzentwicklung für die Unionsbürgerinnen und -bürger sind und dass das Beratungsangebot, die Beschäftigungsfähigkeit, die Widerstandsfähigkeit, das physische und psychische Wohlbefinden und das soziale Engagement dringend gestärkt werden müssen, um die strategischen Ziele der EU zu erreichen;

5. weist auf die wirtschaftliche Bedeutung des Sports in der Europäischen Union hin, der etwa 1,76 % des BIP und 2,12 % der Beschäftigung ausmacht, Tendenz steigend, und auch im Hinblick auf den als Grundwert der EU anerkannten sozialen Zusammenhalt relevant ist. <sup>(5)</sup> Der Sport in der EU bildet nämlich sowohl auf Amateur- als auch auf Profi-Ebene die soziale und ethnische Vielfalt ab und hat somit eine wichtige soziale Dimension. Der Sport bietet vielen, vor allem auch jungen Menschen einen Arbeitsplatz und ist gekennzeichnet durch einen hohen Grad an Innovation, vor allem im digitalen Bereich. Zudem kann Sport erhebliche positive externe Effekte im Zusammenhang mit den Zielen der Kreislaufwirtschaft und des Übergangs zu einer grünen Wirtschaft in der EU generieren <sup>(6)</sup>; betont, wie wichtig insbesondere in weniger entwickelten Regionen die Einbeziehung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in nachhaltige Sportinitiativen ist, die zur Kreislaufwirtschaft und zum ökologischen Wandel beitragen;

6. betont, dass die EU im internationalen Vergleich ein attraktiver Ausrichter globaler Veranstaltungen und Wettbewerbe sowie für die Entwicklung innovativer Strategien für den Tourismus und die Mobilität im Sport von großem Interesse ist. Dies ist der langjährigen Erfahrung sowie der zunehmenden Beachtung der Nachnutzung und dem Nachhall solcher sportlichen Großereignisse zu verdanken, wobei insbesondere die Verbesserung der Lebensqualität in den Städten, die Förderung des Wirtschaftswachstums, die Verbesserung der Infrastruktur und die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts ins Blickfeld genommen werden;

<sup>(5)</sup> Allianz für Kohäsionspolitik (<https://cor.europa.eu/de/engage/Pages/cohesion-alliance.aspx>).

<sup>(6)</sup> Europäische Kommission, Generaldirektion Bildung, Jugend, Sport und Kultur, *Mapping of innovative practices in the EU to promote sport outside of traditional structures — Final report to the European Commission*, Amt für Veröffentlichungen, 2021, <https://data.europa.eu/doi/10.2766/063092>.

7. weist warnend darauf hin, dass es dringend erforderlich ist, durch Maßnahmen, die auf einer Messung der sozialen Auswirkungen des Sports beruhen, die territorialen Unterschiede, die Ungleichheiten im sozioökonomischen Bereich und in der Beschäftigung sowie die Qualifikationslücken in der EU anzugehen. Um die Errungenschaften der EU und der Mitgliedstaaten in Bezug auf Wirtschaftswachstum, sozialen Zusammenhalt und politische Stabilität nicht zu gefährden, muss der Schwerpunkt unbedingt auf junge Menschen in prekären Lebenslagen sowie auf Städte und Regionen gelegt werden, in denen hohe Arbeitslosigkeit herrscht und es an Gesundheits-, Sozial- und Bildungsinfrastruktur fehlt;

8. betont, wie wichtig das Territorialprinzip im Rahmen des europäischen Sportmodells ist, das zu einer noch stärkeren Förderung des Zusammenhalts, der Gerechtigkeit und der Inklusivität beitragen kann;

9. verweist auf den Wert des Sports für die Charakterbildung und die Stärkung der Kompetenzen junger Europäerinnen und Europäer, da sie so für die aktuellen Berufslandschaften vorbereitet sind. Durch den Sport können sie ihre Widerstandsfähigkeit stärken, da sie lernen, mit Widrigkeiten umzugehen, die Bedeutung von Zusammenarbeit und Teamarbeit begreifen, ein gesundes Verständnis des Wettbewerbsgedankens entwickeln und sich Führungsqualitäten erarbeiten, die für die vielfältigen Herausforderungen des modernen Arbeitslebens von wesentlicher Bedeutung sind;

### **Bottom-up-Ansatz zur Entwicklung eines europäischen wertebasierten Sportmodells**

10. weist darauf hin, dass der Sport endlich formell als zentrales politisches Instrument und treibende Kraft in der Gesellschaft anerkannt werden muss. Die gesundheitlichen und sozialen Vorteile, die er den Gebieten und ihrer Bevölkerung bringt, dürfen dabei nicht getrennt von seiner wirtschaftlichen Bedeutung betrachtet werden — vielmehr sollte eben diese Anerkennung charakteristisch und für die Ausgestaltung dieses Instruments prägend sein;

11. weist in diesem Zusammenhang auf die Definition von Sport als „sozialem Totalphänomen“<sup>(7)</sup> hin. Als solches gilt er nicht nur, weil er zahlreiche Aspekte umfasst, die den Gesundheitszustand der Gesellschaft widerspiegeln, in der er praktiziert wird, sondern auch deshalb, weil sich seine Existenz sowohl auf individueller als auch kollektiver Ebene auf jede Gesellschaft besonders stark auswirkt und einen besonderen Stellenwert einnimmt — über die Medien und Organisationen, sowie in Bezug auf die Förderung des Gemeinschaftssinns und die finanzielle und symbolische Ebene. Sport, nicht zu verwechseln mit bloßer körperlicher Betätigung oder Bewegung, bringt Menschen zusammen, spricht eine universelle Sprache und verkörpert und vermittelt Werte und Grundsätze, auf denen moderne Gesellschaften und Staaten beruhen, wie die Internalisierung von Regeln und das kollektive Erleben von Emotionen. Die EU stützt ihre Identität auf dieselben Werte und Grundsätze, die heute das europäische Sportmodell ausmachen und für seine besondere Identität stehen;

12. weist auf die Europäische Charta für Jugend und Demokratie<sup>(8)</sup> hin, in der der Wert der Kompetenzen und Fähigkeiten anerkannt wird, die durch Sport, Jugendarbeit, Freiwilligentätigkeit, nichtformale Bildung und informelles Lernen, insbesondere in Jugendorganisationen, erworben werden;

13. begrüßt, dass die EU die Rolle des Sports als Gesundheitsfaktor, der die Lebensqualität der einzelnen Bürgerinnen und Bürger wie auch jene der Gesamtgesellschaft überall in der EU verbessern kann und für alle zugänglich sein sollte, bereits anerkennt; begrüßt ferner, dass sich die EU verpflichtet hat, den Sport mit Blick auf die positiven Auswirkungen eines gesunden Lebensstils auf Geist und Körper sowie als Medium für Bildung und soziale Teilhabe insbesondere bei den jüngeren Generationen zu fördern; im internationalen Kontext ist der Sport ein wichtiger Faktor der nationalen Identität und gleichzeitig ein Instrument für Diplomatie, Dialog und Zusammenarbeit. Die universelle Sprache des Sports macht ihn zu einem wirksamen Instrument zur Entspannung der Beziehungen sowie bei Initiativen für die Entwicklungszusammenarbeit und zur Förderung des Friedens;

14. weist darauf hin, dass die Stärkung der Teilhabe sowie die Förderung des gerechten Zugangs zu Sport und gesundheitsfördernder körperlicher Betätigung für alle und unter allen Bedingungen im Einklang mit dem Vierten EU-Arbeitsplan für den Sport (2021-2024) zu den politischen Prioritäten der Kommission für 2023 zählen. Ziel ist es, eine aktive und umweltfreundliche Lebensweise, den sozialen Zusammenhalt und eine aktive Bürgerschaft ohne Hindernisse zu fördern. Diese Ziele stehen im Einklang mit mehreren jüngst verabschiedeten Entschlüssen des Europäischen Parlaments und den Empfehlungen der Konferenz zur Zukunft Europas. Besonderes Augenmerk wurde darin auf einen europäischen Ansatz für die psychische Gesundheit gelegt. Dieses wichtige Thema ist während und aufgrund der COVID-19-Pandemie noch stärker in den Fokus gerückt. Die vorgenannten europäischen Ziele sind auch Teil der Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2021-2030, die darauf abzielt, Menschen mit Behinderungen weiter zu stärken und ihre uneingeschränkte Teilhabe an der Gesellschaft sicherzustellen sowie ihre Inklusion und ihre uneingeschränkte Beteiligung an der Sportgemeinschaft und an sportlichen Aktivitäten zu fördern;

(7) M. Mauss, *Essai sur le don. Forme et raison de l'échange dans les sociétés archaïques* (auf Deutsch: „Die Gabe“).

(8) <https://cor.europa.eu/de/our-work/Pages/charter-youth-democracy.aspx>.

## II. POLITISCHE EMPFEHLUNGEN

### Allgemeine Bemerkungen

15. vertritt die Auffassung, dass die folgenden Werte die Definition des europäischen Sportmodells ergänzen:

- Chancengleichheit beim Zugang: Im Zusammenhang mit dem Sport, der naturgemäß Menschen zusammenbringt, dürfen die Analyse und Überwachung des Zugangs benachteiligter Gruppen zum Sport und soziale Ungleichheiten nicht außer Acht gelassen werden. Dabei gilt es, nicht nur geografischen oder wirtschaftlichen, sondern auch kulturellen, religiösen, physischen und psychischen Aspekten Rechnung zu tragen. Die europäische Kultur beruht auf Inklusivität und muss darauf abzielen, den Sport mit Blick auf seine Besonderheit und sein Potenzial für die Bürgerinnen und Bürger zu einem zentralen, für alle zugänglichen Instrument — einem „Bürgerrecht“ — zu machen;
- Beziehung zwischen Sport und Arbeit/Schule: Diese Beziehung sollte zur Verbesserung der Gesundheit, der zwischenmenschlichen Beziehungen und des psychischen Wohlbefindens genutzt werden. Dazu sollte im schulischen Kontext Sport umfassend berücksichtigt und betrieben werden, und in den Plänen zur Stärkung des Wohlergehens der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollten entsprechende Anreize geschaffen werden;
- Sportkultur: Die Kultur der körperlichen Betätigung und der Bildungs- und Informationsdimension des Sports sollte im Hinblick auf die Schaffung einer Sportkompetenz gestärkt werden, fördert diese bei jungen Menschen doch positive Werte und Grundsätze wie Inklusion, Anti-Diskriminierung oder Fairplay. Zudem müssen die für die Sporterziehung Verantwortlichen<sup>(9)</sup>, insbesondere in Schulen<sup>(10)</sup>, entsprechend geschult werden, wobei schon in der frühkindlichen Bildung und der Grundschule angesetzt werden muss. In zunehmend interkulturellen und vielfältigen Gesellschaften wie der in Europa ist Sport in einem formalen Lern- und Bildungsumfeld ein innovatives Instrument zur Bewältigung besonderer pädagogischer Bedürfnisse. In solchen Fällen verbessert der Sport neben den zwischenmenschlichen auch kognitive und sprachliche Fähigkeiten, wodurch die Integration der Schülerinnen und Schüler in der Schule erleichtert und zur Verwirklichung des Nachhaltigkeitsziels 4 (Sustainable Development Goal 4 — SDG 4) beigetragen wird. Die Förderung körperlicher Betätigung ist sowohl im Einzel- als auch im Teamsport als Instrument zur Verbesserung des Wohlbefindens der jüngeren Generation von heute und morgen eine zentrale Aufgabe für Europa und eine Chance, die Entstehung von Vorurteilen und sozialer Stigmatisierung zu verhindern;
- Zusammenhang zwischen Sport und Nachhaltigkeit, der mehrere Aspekte der Sportausübung betrifft, darunter die Anfahrt zu sportlichen Aktivitäten und die ökologischen Auswirkungen von Sportstätten (Freisetzung von Mikroplastik, Chemikalien und Energieverbrauch). Die Umweltkomponente der ESG-Kriterien (ökologische, soziale und Governance-Kriterien) sollte bei Investitionen als Risikofaktor anerkannt werden, um den Sport zu einem Hebel für nachhaltiges Wachstum in den Regionen im Einklang mit den europäischen und globalen Zielen für einen nachhaltigeren Planeten zu machen;
- Digitale Dimension: Es gilt, nicht nur die digitale Darstellung von Sport und körperlicher Aktivität und ihre krankhaften Folgen (digitale Abhängigkeit, Infodemie), sondern auch die schrittweise Überführung der Sportwelt, ihres Publikums und ihres Marktes (E-Sport, Videospiele usw.) in die digitale Dimension zu berücksichtigen. Bei der Planung der Zukunft der europäischen Dimension des Sports kommt es entscheidend darauf an, zu verstehen, wie die Dynamik des Internets funktioniert, und mit den Entwicklungen unter den jungen „Digital Natives“ Schritt zu halten; Darüber hinaus schaffen die im Bereich technologische Innovation tätigen Plattformen und Start-up-Unternehmen, die zunehmend an Bedeutung gewinnen, neue Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen, die diesbezüglich ausgegogen aufgeklärt werden müssen;
- Straffung der Regulierungsverfahren für das europäische Sportmodell: Kontrolle und Kohärenz sind zwar notwendig, lokale Sportgremien und -organisationen dürfen jedoch nicht durch ein Übermaß an Bürokratie belastet werden; sie müssen sich entwickeln und organisch entfalten können, um den spezifischen Bedürfnissen vor Ort gerecht zu werden;
- Bedeutung einer gesunden sportlichen Betätigung: im europäischen Sportmodell sollte ein Rahmen mit Mindestanforderungen an die Ausbildung von Fitness-, Sport- oder Freizeitpädagogen und Trainern festgelegt werden, die erfüllt sein müssen, bevor sie mit jungen Nutzern von Sportdienstleistungen arbeiten, um sicherzustellen, dass sportliche Betätigung der Gesundheit zugutekommt;

<sup>(9)</sup> Siehe z. B. das Projekt JESA — Diputacion de Barcelona: <https://www.diba.cat/es/web/pam-2020-2023/joventut-esportiva-societat-activa>.

<sup>(10)</sup> Siehe z. B. das EU-Projekt EduPact: <https://edupact.eu>.

**Relevanz für die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften**

16. fordert, im Rahmen einer Abstimmung sowie einer gemeinsamen Programmplanung und Mitgestaltung einen größeren Anteil an Mitteln für regionale Entwicklung, Strukturfonds und EU-Kohäsionspolitik für kleinere Maßnahmen und Sportstätten mit dem ausdrücklichen Ziel bereitzustellen, den Breitensport vor Ort zu fördern (basisorientierter Ansatz). Dabei sollte ein besonderer Schwerpunkt auf die Infrastruktur im Freien (Parks, Grünflächen, öffentliche Flächen) gelegt werden sollte, da sich viele Anlagen und Flächen, auf denen diese errichtet wurden, im Eigentum der Kommunen befinden. Ein starkes natürliches Bündnis zwischen den Sporttreibenden (im Leistungs- und im Freizeitsport) und den lokalen Entscheidungsträgern besteht hauptsächlich im Bereich des selbstorganisierten Sports: Wandern, Laufen und Radfahren sind die am einfachsten zu praktizierenden, die demokratischsten und auch von den Kosten her günstigsten Sportarten und können ein System zur Stärkung des Gemeinwohls und des Zusammenhalts vor Ort fördern; weist darauf hin, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften wichtige Akteure für die Förderung von Sport und Aktivitäten im Freien vor Ort in ihrer Region sind, und fordert eine stärkere Unterstützung und Finanzierung für Outdoor-Sportinfrastrukturprojekte, die von den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften entwickelt werden;

17. empfiehlt, die Vorteile des Sporttourismus über die europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) weiter zu stärken und unterstützend dazu gezielte Kommunikations- und Marketingkampagnen durchzuführen. Die organisierte Erbringung von Dienstleistungen und das Sportangebot bildet mit Unterstützung durch die Gemeinden und Regionen eine starke Ausgangsbasis für die Integration in die Gemeinschaft, fördert ein Zugehörigkeitsgefühl und gemeinsame Erfahrungen und trägt zur lokalen Wirtschaft bei, indem neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen, neuer Tourismus angezogen und die Infrastrukturentwicklung stimuliert werden;

18. spricht sich dafür aus, ein Verfahren zur Harmonisierung der Regeln und der Finanzierung von berufstätigen Leistungssportlern sowie von legal eingewanderten Leistungssportlern umzusetzen, um den Dialog zwischen den Interessenträgern, einschließlich der Medien, zu erleichtern <sup>(11)</sup>;

19. verweist auf die Rolle des Sports bei der Umsetzung innovativer Methoden zur Verhinderung von Desinformation, zur Förderung der partizipativen Demokratie und zur Stärkung der demokratischen Kultur in den europäischen Regionen und Städten durch politische Bildung, Beteiligung junger Menschen, ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern in Entscheidungsprozessen und Stimulierung der Debatte über europäische Themen bei Kommunal- und Regionalwahlen sowie zur Förderung von Initiativen zur Anwerbung und Bindung junger Sporttalente und zur Stärkung der aktiven Teilhabe und des bürgerschaftlichen Engagements junger Menschen;

20. fordert, die Ebene mit der größten Bürgernähe, also die lokalen Gebietskörperschaften, in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission in die Ermittlung bewährter Verfahren zur Definition des Sports als sozialer Infrastruktur sowie in die anschließenden Maßnahmen zur Verbreitung, Kommunikation und formalen Anerkennung einzubeziehen; fordert die Europäische Kommission auf, aktiv mit den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zur Entwicklung und Anerkennung des Sports als soziale Infrastruktur in ihren Regionen zusammenzuarbeiten;

**Relevanz für die Mitgliedstaaten**

21. fordert die EU-Mitgliedstaaten auf, nationale Programme aufzulegen, die auf Folgendes abzielen: Förderung des aktiven Alterns und des generationenübergreifenden Austauschs durch Sport, u. a. indem die Auswirkungen der Seniorenwirtschaft auf den Sport in ihrem Land beobachtet werden; Überwindung der durch den fehlenden bzw. ungleichen Zugang zum Sport verursachten Generationenungerechtigkeit sowie Verhinderung weiterer Faktoren für Vulnerabilität und Ungleichheit in den Gemeinden und Regionen, indem diese das Recht auf Sport in ihre eigenen Ziele integrieren;

22. fordert die EU-Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die Entwicklung der nationalen sportspezifischen Vorschriften weiter zu erfassen und zu analysieren, wie sich das europäische Sportmodell an die sich wandelnden Rahmenbedingungen im Sport angepasst hat, um die wirksame Anwendung der diesem Modell zugrunde liegenden Grundsätze zu bewerten und zu überwachen, wobei er die Bedeutung der Einbindung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in die Bewertung und Anwendung der Grundsätze des europäischen Sportmodells auf regionaler und lokaler Ebene unterstreicht, und um den nationalen Behörden und der Sportbewegung die Transparenz zu bieten, derer es bedarf, um die Entwicklung inklusiver öffentlicher Maßnahmen zur Stärkung und Verbesserung der Anwendung der festgelegten Grundsätze anzuregen und zu unterstützen;

<sup>(11)</sup> Siehe z. B. das EU-Projekt EdMedia: <https://www.eusa.eu/projects/edmedia>.

23. weist darauf hin, dass die Mitgliedstaaten die „Integritäts- und Transparenzregeln“ einhalten müssen. Integrität erfordert kollektive Anstrengungen zur Förderung und Ausbildung von Fachleuten, die die Werte des Sports achten und in der Lage sind, diesen Werten durch Maßnahmen und Initiativen zur Bekämpfung von Phänomenen wie Korruption, Gewalt, Doping oder Spielekauf konkrete Gestalt zu verleihen und so die Integrität des Sports zu wahren. Darüber hinaus muss eine transparente verantwortungsvolle Verwaltung in den Sportorganisationen gefördert werden, um die Rechte und die Sicherheit von Sportlern, Zuschauern und Arbeitnehmern in der Branche zu gewährleisten und Missbrauch in der Welt des Sports, insbesondere von vulnerablen Gruppen wie Frauen, LGBTIQ+-Personen, Menschen mit Behinderungen, Migranten und jungen Menschen, zu verhindern. Dies kann z. B. durch integrativere und repräsentativere Entscheidungsprozesse in den Führungsgremien des Sports sowie durch die Einrichtung von Kontaktstellen erreicht werden, bei denen Sportler, Eltern oder andere Interessenträger Fälle von Missbrauch anonym melden können. Dies ist notwendig, um die Autonomie der Sportverbände zu wahren und die Achtung der im europäischen Sportmodell verankerten europäischen Werte zu gewährleisten;

### **Relevanz für die Europäische Kommission**

24. fordert angesichts der aktuellen Debatte über den neuen Stabilitätspakt, die Möglichkeit zu prüfen, Investitionen in den Sport mit einer hohen Sozialrendite vorübergehend aus dem Pakt auszunehmen, damit die europäische Sportinfrastruktur gestärkt, in multifunktionaler Hinsicht modernisiert und effizienter gemacht werden kann<sup>(12)</sup>, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf die Verbesserung der Sportinfrastruktur auf lokaler und regionaler Ebene gelegt werden muss. Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften können wesentlich dazu beitragen, das Wohlbefinden ihrer Bevölkerung durch Sport zu verbessern;

25. fordert, in den Europäischen Sozialfonds Ziele zur Gewährleistung von mehr Barrierefreiheit, Inklusion, Solidarität und sozialem Zusammenhalt durch Sport aufzunehmen, mit besonderem Schwerpunkt auf der Gewährleistung günstigerer Bedingungen für die Gebiete in äußerster Randlage unter Berücksichtigung der Besonderheiten dieser Gebiete;

26. unterstützt den Vorschlag eines europäischen Forschungsprojekts, über das alle vorhandenen Sportstätten physisch und digital erfasst werden sollen, um den Zugang und die Nutzung für alle Bürgerinnen und Bürger (Stadtnutzer, Einpendler, Touristen) zu erleichtern und sicherzustellen, dass die Planung neuer oder erneuerter Sportstätten den Kriterien der angemessenen geografischen Verteilung, umweltbewusster Verfahren, der langfristigen Nachhaltigkeit der Investitionen und der vollen Effizienz des europäischen Sportökosystems entspricht;

27. empfiehlt eine Sensibilisierung für Programme zur Orientierung und zur Kompetenzentwicklung sowie für etwaige nationale (einschließlich generelle) Prioritäten in diesem Bereich für Personen unter 35 Jahren mithilfe von Sport, um das Phänomen der NEET (junge Menschen, die weder arbeiten noch eine Schule besuchen oder eine Ausbildung absolvieren) zu verhindern und zu bekämpfen und das Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zu verringern;

28. schlägt die Annahme eines europäischen Verfahrens zur Bewertung der Kapitalrendite im Einklang mit den Zielen der CO<sub>2</sub>-Neutralität und der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit gekoppelt mit einem entsprechenden Anreizsystem vor, insbesondere unter Berücksichtigung der Anwerbung und Bindung junger Sporttalente als eines der wichtigsten sozialen Ziele bei der Bewertung der Kapitalrendite, vor allem mit Blick auf die Entwicklung und das Engagement junger Menschen;

29. empfiehlt die Annahme von Umweltmindestkriterien und -standards für Mitgliedstaaten, Regionen und Städte, die sich um die Ausrichtung großer bzw. mittelgroßer Sportveranstaltungen in Europa bewerben, wobei der Schwerpunkt auf Initiativen zur Anwerbung und Bindung junger Sportlerinnen und Sportler, zur Förderung des Engagements junger Menschen und zur Stärkung des Zugehörigkeitsgefühls durch Sportveranstaltungen liegen soll;

30. unterstützt die Ausweitung des Europäischen Solidaritätskorps auf die Freiwilligentätigkeit im Sportbereich, um die Einsatzdauer zu verlängern oder die Möglichkeit zu schaffen, die gesammelten Erfahrungen vor Ort aufzufrischen bzw. weitere Erfahrungen zu sammeln;

31. begrüßt die Möglichkeit, Anreize oder Steuerbefreiungen für Unternehmen und Arbeitgeber einzuführen, die beschließen, ihre Betriebsstätten, Arbeitszeiten und Unternehmenspolitik so zu gestalten, dass die Beschäftigten Sport betreiben können; verweist auf die Bedeutung von Sportstätten und -programmen für die Anwerbung und Bindung junger Arbeitskräfte, um so zu ihrem Wohlbefinden beizutragen und eine gesunde Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben zu fördern;

---

<sup>(12)</sup> Siehe hierzu die von der UEFA und dem Istituto per il credito sportivo (ICS) durchgeführten Pilotprojekte.

32. fordert, den Dialog zu verstärken, indem ein ständiges EU-Forum und eine Sportbeobachtungsstelle eingerichtet werden, die folgende Ziele verfolgen: konkretere und wirkungsvollere Umsetzung der Ergebnisse der thematischen Diskussionen; Vorgabe von Leitlinien für politische Entscheidungen und Maßnahmen durch die jährliche Erstellung eines europaweiten Datensatzes auf der Grundlage gemeinsamer Formate und Rahmen; Gewährleistung der Vergleichbarkeit der EU-Daten sowie Einbeziehung aller Ebenen der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften und der Interessenträger;

33. hofft, dass bei der Diskussion über den neuen EU-Arbeitsplan für den Sport für den Zeitraum nach 2024 und das neue Programm Erasmus+ die in dieser Stellungnahme herausgestellten Merkmale und Werte des europäischen Sportmodells weitestgehend berücksichtigt werden und dass er weiterhin umfassend in die Debatte einbezogen wird; betont, dass eine kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Kommission, den Mitgliedstaaten und den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei der Gestaltung und Umsetzung der Sportpolitik vor Ort erforderlich ist.

Brüssel, den 30. November 2023

*Der Präsident*  
*des Europäischen Ausschusses der Regionen*  
Vasco ALVES CORDEIRO

---



C/2024/1045

9.2.2024

**Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen — Die Bedeutung der Städte für die Gesundheitsförderung**

(C/2024/1045)

**Berichterstatter:** Adam Banaszak (PL/EKR), Mitglied einer Versammlung der regionalen Ebene: Regionalparlament der Woiwodschaft Kujawsko-Pomorskie (Kujawien-Pommern)

**POLITISCHE EMPFEHLUNGEN**

DER EUROPÄISCHE AUSSCHUSS DER REGIONEN (AdR)

1. begrüßt die Absicht des Dreivorsitzes des EU-Rates (Spanien, Belgien und Ungarn), während der vor ihm liegenden 18 Monate vor allem die EU-Gesundheitsunion und die Widerstandsfähigkeit von für alle zugänglichen Gesundheitssystemen zu stärken, für künftige gesundheitliche Notlagen vorzusorgen sowie Gesundheitsgerechtigkeit und gesunde Lebensweisen zu fördern, auch wenn die Gesundheitspolitik weiterhin in erster Linie in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fällt;
2. ist bereit, den Rat bei diesen Bemühungen zu unterstützen, indem er lokale und regionale Strategien und Beispiele für politikübergreifende Methoden zur Gesundheitsförderung weitergibt; bekräftigt sein Engagement für den Aufbau resilienter Gemeinschaften als eine der mehrjährigen Prioritäten des AdR. Dies ist zugleich auch ein Beitrag zur Agenda 2030 und zur Verwirklichung der globalen Nachhaltigkeitsziele;
3. unterstützt den Ansatz „Gesundheit in allen Politikbereichen“, der erstmals 2006 unter finnischem Ratsvorsitz eingeführt wurde und bei dem gesundheitsbezogene Rechte und Pflichten im Mittelpunkt der Politikgestaltung stehen; ist der Ansicht, dass Gesundheit von sozialen, umweltbezogenen, wirtschaftlichen und kommerziellen Faktoren abhängig ist und daher in einem breiten Spektrum verwandter Politikbereiche und auf allen Regierungs- und Verwaltungsebenen berücksichtigt werden sollte. Gute Gesundheit in der Bevölkerung und Gesundheitsgerechtigkeit können dadurch erreicht werden, dass Gesundheitsbelange in allen Politikfeldern systematisch berücksichtigt werden;
4. fordert alle gewählten Vertreter auf, Gesundheitserwägungen in ihre politische Gestaltung einzubeziehen und der Gesundheitsförderung und einer gesunden Lebensweise Vorrang einzuräumen, wenn sie über Stadtplanung und bauliche Umwelt, Parks und Freizeiteinrichtungen, Mobilität und Verkehr, frühkindliche Betreuung und Bildung, Langzeitpflege und viele andere Bereiche entscheiden. Ein krankmachendes Lebensumfeld verursacht sowohl durch die Auswirkungen auf die Gesundheit und die Belastung durch Krankheiten und Leiden als auch durch den Ausfall von Arbeitskräften erhebliche gesellschaftliche Kosten. Umgekehrt kann ein gutes Lebensumfeld die Voraussetzungen für gute Gesundheit und Gesundheitsgerechtigkeit schaffen, bringt der Gesellschaft Vorteile und fördert soziale Werte. Eine gute Bevölkerungsgesundheit als Strategie kann bei der Bewältigung anderweitiger Herausforderungen wie bspw. bei der Finanzierung der Sozialsysteme, der Bereitstellung von Kompetenzen und der Bevölkerungsalterung helfen;
5. empfiehlt, das Neue Europäische Bauhaus (NEB) in seinen Dimensionen und Ansätzen bei der gesundheitsfördernden Stadtgestaltung mitzudenken, da das NEB ein grundlegendes Konzept ist, durch das im Kontext des Grünen Deals gesunde und regenerative Lebensräume geschaffen werden sollen;
6. fordert die Kommission auf, eine neue Ausgabe des veralteten Berichts von 2013 über soziale Determinanten und gesundheitliche Ungleichheit in der EU in Auftrag zu geben; in den letzten zehn Jahren haben wir eine schwere Gesundheitskrise in Verbindung mit einer Energie-, Wohnungs- und Nahrungsmittelkrise und einem weiterhin andauernden Krieg in der europäischen Nachbarschaft erlebt. All diese Faktoren erfordern eine neue Analyse des Gesundheitszustands der europäischen Bürgerinnen und Bürger;

7. fordert das Europäische Parlament auf, im Vorfeld der Europawahl 2024 mehr Maßnahmen zur Förderung der sozialen, körperlichen und geistigen Gesundheit der Menschen sowie von Prävention und Gerechtigkeit zu ergreifen und Gesundheit als eine der wichtigsten Prioritäten der nächsten Wahlperiode beizubehalten;
8. fordert die Mitgliedstaaten und die EU-Organe auf, Gesundheitsförderung und -schutz sowie Prävention in der Diskussion über die Halbzeitüberprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) und des Programms EU4Health Vorrang einzuräumen;
9. fordert mehr Unterstützung für den Übergang zu besserer Luftqualität, indem neue, gezieltere EU-Finanzierungsmöglichkeiten geschaffen und gleichzeitig der Zugang zu bestehenden Finanzierungsmöglichkeiten, insbesondere im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), des EU-Programms für Umwelt und Klimapolitik (LIFE) und des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), vereinfacht und verbessert wird.
10. begrüßt die Befassung durch den spanischen EU-Ratsvorsitz und teilt die Überzeugung des Vorsitzes, dass den regionalen und lokalen Gebietskörperschaften in der gesamten EU eine Schlüsselrolle bei der Minderung der gesundheitlichen Ungleichheit zwischen verschiedenen Gruppen von Männern und Frauen, bei der Förderung der Voraussetzungen für und der Chancen auf ein gesundes Leben, der Gesundheitsprävention und der Unterstützung einer gesunden Lebensweise sowie dem Schutz der Gesundheit der Menschen zukommt;
11. stellt fest, dass seit 2007 weltweit mehr Menschen in Städten leben als im ländlichen Raum; in der EU sind es 75 % der Bevölkerung, wobei besonders hohe Anteile in Spanien (83,3 %), den Niederlanden (86,5 %) und Malta (96,8 %) zu verzeichnen sind; merkt jedoch an, dass die funktionalen Gebiete von Städten in der Regel stadtnahe und landwirtschaftliche Gebiete umfassen;
12. fordert die Europäische Kommission und den Rat auf, die Nutzung sozialer Medien durch die Gesundheitssysteme der Mitgliedstaaten als Mittel zur Förderung der Gesundheit zu unterstützen. Dadurch sollen Falschmeldungen und Desinformation bekämpft, die Einbindung der Nutzer in die Gesundheitsversorgung sowie die Durchführung präventiver und anderer Gesundheitsprogramme gefördert werden;
13. verweist auf Studien, aus denen hervorgeht, dass etwa 75 % unserer Gesundheit von der Umwelt abhängen, in der wir leben. <sup>(1)</sup> Die bauliche Umwelt kann einen aktiven Lebensstil, die Abhängigkeit vom Auto, den sozialen Zusammenhalt usw. verstärken oder verringern, was Auswirkungen auf unsere Gesundheit hat. Öffentliche Räume, Gebäude, Stadtviertel und Städte selbst wirken sich auf die körperliche, geistige, soziale und umweltbedingte Gesundheit aus. Dies bedeutet, dass die kollektive Gesundheit in hohem Maße durch politische Maßnahmen außerhalb des Gesundheitswesens bestimmt wird. Gesundheit trägt außerdem zur Verwirklichung anderweitiger Ziele bei, wie etwa zu einem aktiveren Verkehr mit geteilten Geh- und Radwegen, wodurch sich die Luftqualität verbessern und der Verkehrslärm reduzieren lässt. Gesundheitsförderung nutzt Bürgern, Beschäftigten, Organisationen und der Gesellschaft gleichermaßen. Die Fähigkeit der Menschen, ihr Lebensumfeld zu beeinflussen, trägt zur Inklusivität und zum Zusammenhalt der Gesellschaft bei;
14. schließt sich der Definition der Weltgesundheitsorganisation (WHO) aus dem Jahr 1991 an, laut der das wesentlichste Kriterium für eine „gesunde Stadt“ nicht ein bestimmter Gesundheitszustand der städtischen Bevölkerung ist, sondern vielmehr das Bewusstsein und der erklärte Wille einer Stadt, diesen zu verbessern. Eine gesunde Stadt entwickle und verbessere kontinuierlich ihr physisches und soziales Umfeld und erweitere die Ressourcen der Gemeinschaft, die es den Menschen ermöglichen, sich in allen Lebenslagen gegenseitig zu unterstützen und ihr volles Potenzial zu entfalten;
15. weist darauf hin, dass der AdR und das Regionalbüro der WHO für Europa seit 2016 eine Vereinbarung geschlossen haben, in der sich beide Seiten verpflichten, soziale, wirtschaftliche und umweltbedingte Gesundheitsfaktoren anzugehen und Gesundheit und Wohlbefinden zu fördern;
16. begrüßt die bisherige Zusammenarbeit und erwartet, dass beide Organisationen, einschließlich der spezialisierten Netzwerke der WHO wie „Regionen für Gesundheit“ und „Gesunde Städte“, ihre politischen und fachlichen Kontakte und den Austausch von Fachwissen in Politik und Praxis weiter intensivieren;
17. weist auf die Vorgehensweise der WHO und ihrer Ministerkonferenzen in Gesundheits- und Umweltfragen hin, bei der alle vier Jahre der Handlungskurs vorgegeben wird; schließt sich der Budapester Erklärung an, die im Juli 2023 von den europäischen Ministern für Gesundheit und Umwelt bei der siebten Konferenz unterzeichnet wurde;

---

<sup>(1)</sup> <https://urbact.eu/articles/healthy-cities-embedding-health-urban-planning-policies>.

## Auswirkungen der städtischen Umwelt auf die Gesundheit

### Luft- und Wasserqualität

18. warnt, dass 97 % der städtischen Bevölkerung in Europa einer bedenklichen Luftverschmutzung ausgesetzt sind, und bedauert, dass die Luftverschmutzung jährlich 327 000 vorzeitige Todesfälle in Europa verursacht; begrüßt das Bestreben, die Luftqualität in der EU zu verbessern und dem Null-Schadstoff-Ziel für 2050 näherzukommen, wobei den Mitgliedstaaten Flexibilität bei der Umsetzung der Luftqualitätsrichtlinie eingeräumt wird;

19. hebt hervor, dass die Exposition gegenüber Luftverschmutzung zu einer Vielzahl von Erkrankungen führen kann, darunter Schlaganfälle, chronisch obstruktive Lungenerkrankungen, Luftröhren-, Bronchial- und Lungenkrebs, schweres Asthma und Infektionen der unteren Atemwege. Auch Zusammenhänge zwischen der Exposition gegenüber Luftverschmutzung und Typ-2-Diabetes, Adipositas, systemischen Entzündungen, Alzheimer und Demenz sind belegt;

20. wiederholt seine Forderung, die Verbesserung der Luftqualität zu unterstützen, indem neue, gezieltere EU-Finanzierungsmöglichkeiten geschaffen und gleichzeitig der Zugang zu bestehenden Finanzierungsmöglichkeiten, insbesondere im Rahmen des EFRE, LIFE und des ELER, vereinfacht und verbessert wird; fordert zudem technische Hilfe und mehrsprachige maßgeschneiderte Leitlinien zur Finanzierung, die sich speziell an die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften richten;

21. begrüßt die Neufassung der Trinkwasserrichtlinie und ihre Ziele, die menschliche Gesundheit durch aktualisierte Wasserqualitätsstandards weiter zu schützen, endokrine Disruptoren und Mikroplastik zu bekämpfen und noch sauberes Leitungswasser für alle zu garantieren; fordert die Mitgliedstaaten auf, Datensätze zur Wasserqualität zu erstellen und ihre Städte und Regionen bei der Verbesserung ihrer Verteilungssysteme zu unterstützen;

### Lärm- und Lichtverschmutzung

22. warnt, dass 20 % der EU-Bevölkerung in Gebieten leben, in denen die Lärmpegel gesundheitsschädlich sind;

23. weist darauf hin, dass die langfristige Exposition gegenüber Umgebungslärm Herz- und Stoffwechselraten stören, die kognitive Leistungsfähigkeit von Kindern verringern und Schlafprobleme verursachen kann. Schätzungen zufolge verursacht sie in der EU jährlich 12 000 vorzeitige Todesfälle und trägt zu 48 000 neuen Fällen ischämischer Herzerkrankungen bei; <sup>(2)</sup>

24. fordert, dass lokale und regionale Anstrengungen zur Verringerung der Lärmverschmutzung, insbesondere durch Straßen, unterstützt werden;

25. weist auf die Lichtverschmutzung sowie darauf hin, dass übermäßige künstliche Beleuchtung die Funktionen des menschlichen Körpers, einschließlich der Schlafqualität, beeinträchtigt; in dieser Hinsicht fällt die Bekämpfung der Lichtverschmutzung mit dem Ziel einer Verringerung des Energieverbrauchs zusammen;

## Klimawandel und Gesundheit

26. führt die Europäische Umweltagentur mit der Feststellung an, dass extreme Wetterereignisse wie Dürren, Überschwemmungen und Hitzewellen Auswirkungen auf die psychische Gesundheit des Einzelnen haben können, und ist besorgt darüber, dass psychische Traumata infolge klimabedingter Katastrophen körperliche Verletzungen um das Vierzigfache übersteigen können; fordert dringende Maßnahmen, um die Vorsorge und den Zugang zur psychischen Gesundheitsversorgung auf lokaler Ebene zu verbessern. Insgesamt verschärft der Klimawandel bestehende Gesundheitsprobleme, und die Risikogruppen in der Gesellschaft sind am stärksten betroffen;

27. nimmt die Einrichtung des Europäischen Klima- und Gesundheitsobservatoriums als gemeinsame Initiative der Europäischen Kommission, der Europäischen Umweltagentur und anderer Organisationen zur Kenntnis und erwartet, dass dort regionale Daten erfasst werden;

<sup>(2)</sup> <https://www.eea.europa.eu/themes/human/noise/noise-2>.

### Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention

28. bekräftigt Artikel 35 der Charta der Grundrechte der EU mit dem Wortlaut: „Jeder Mensch hat das Recht auf Zugang zur Gesundheitsvorsorge und auf ärztliche Versorgung nach Maßgabe der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten. Bei der Festlegung und Durchführung der Politik und Maßnahmen der Union in allen Bereichen wird ein hohes Gesundheitsschutzniveau sichergestellt“;

29. definiert Gesundheitsförderung als „den Prozess, der es den Menschen ermöglicht, ihre Gesundheit stärker zu kontrollieren und zu verbessern“, und weist darauf hin, dass in ganz Europa etwa 3 % der Ausgaben des Gesundheitssystems für die Förderung der Gesundheit und die Prävention von Krankheiten aufgewendet werden. Im Vergleich dazu werden etwa zwei Drittel für kurative und rehabilitative Versorgung ausgegeben, der Rest für medizinische Güter und Verwaltung;

30. verweist auf die jüngste Eurostat-Veröffentlichung zu Statistiken über Ausgaben für die Gesundheitsvorsorge, aus der hervorgeht, dass die Mitgliedstaaten im ersten Jahr der Pandemie im Durchschnitt rund 100 EUR pro Person für Prävention ausgegeben haben; fordert die Mitgliedstaaten auf, die Gesundheitsförderung und die Krankheitsprävention weiter zu stärken und die sozialen und wirtschaftlichen Vorteile der Ausgaben für die Gesundheitsvorsorge klar zu vermitteln;

31. weist darauf hin, dass die Gesundheitsförderung typischerweise politische und praktische Maßnahmen im Zusammenhang mit Tabak- und Alkoholkonsum, Ernährung und körperlicher Aktivität, gesundem Altern, emotionalem Wohlbefinden, Gewalt- und Verletzungsprävention, Kontrolle des Drogenmissbrauchs, Gesundheitsverhalten bezüglich sexuell übertragbarer Krankheiten und sexueller Gesundheit umfasst, aber nicht darauf beschränkt ist. Deshalb sollten die Bestrebungen ausgeweitet und die gesamte Bandbreite der Maßnahmen zur Gesundheitsförderung in den Blick genommen werden, wobei gesundheitliche und soziale Determinanten wie Bildung und Arbeit Ausgangspunkte sein sollten;

32. ermutigt die Städte und Gemeinden bzw. die für die örtlichen Sozial- und Gesundheitsdienste zuständigen regionalen Akteure, Strukturen zur Unterstützung der örtlichen Bevölkerung in Gesundheitsfragen wie Suchtprävention, Familienplanung und psychische Gesundheit sowie zur Unterstützung der Opfer von Gewalt einzurichten;

### Rolle der Behörden bei der Gesundheitsförderung

33. weist erneut darauf hin, dass die Verwaltung der Gesundheitssysteme in den meisten EU-Mitgliedstaaten dezentralisiert ist; auch wenn der Grad der Dezentralisierung unterschiedlich sein kann, spielen die Regionen und Städte in den meisten Ländern eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung, Erbringung oder Finanzierung von Gesundheitsdienstleistungen;

34. stimmt mit der OECD überein, dass Gesundheitsförderung und -vorsorge zu den Eckpfeilern eines wirksamen Gesundheitssystems gehören. Wirksame Strategien für Gesundheitsförderung und -vorsorge schränken das Auftreten neuer Krankheiten ein und verringern die Inzidenz bestehender übertragbarer und nicht übertragbarer Krankheiten. Kommunal- und Regionalstrategien zum Ausbau der Gesundheitsförderung und Vorsorgemaßnahmen bilden daher das Fundament der EU-Gesundheitsunion;

35. ist davon überzeugt, dass gewählte Bürgermeister und andere Kommunalpolitiker eine über ihre formellen Zuständigkeiten hinausgehende Soft Power besitzen, die sie nutzen können, um gesundheitsfördernde Maßnahmen voranzutreiben;

36. hält die Förderung grundlegender telemedizinischer Dienstleistungen für die Behandlung und Überwachung von Patienten im häuslichen Umfeld für vorrangig; mit der Telemedizin lassen sich durch eine effiziente Behandlung zuhause wirtschaftliche und soziale Einsparungen erzielen; <sup>(3)</sup>

37. führt wissenschaftliche Erkenntnisse dazu an, dass die städtische Umwelt Auswirkungen auf die Gesundheit hat, was sowohl zu „städtischen Gesundheitsvorteilen“ als auch zu „städtischen Gesundheitsnachteilen“ führt; diese Vor- und Nachteile sind ungleichmäßig auf sozioökonomische Gruppen und geografische Standorte verteilt; fordert, dass diese Phänomene stärker erforscht werden, um die lokalen politischen Lösungen gezielter auszurichten und so die Vorteile zu verstärken und die Nachteile abzumildern;

---

<sup>(3)</sup> Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen — Eine europäische Gesundheitsunion: Die Resilienz der EU stärken (ABl. C 300 vom 27.7.2021, S. 53).

38. unterstreicht, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zusammen mit anderen Akteuren am besten dazu in der Lage sind, sportliche Betätigung (sowohl in der Halle als auch im Freien), der eine entscheidende Rolle bei der Gesundheitsförderung und der Prävention von Krankheiten zukommt, zu fördern; ruft die Europäische Union dazu auf, diese Maßnahme politikbereichsübergreifend zu unterstützen;

### **Stadtplanung und Mobilität im Dienste der Gesundheit**

39. fordert Gemeinderäte auf, als Investition in die öffentliche Gesundheit Stadtgestaltungsstrategien zu fördern und zu erleichtern, die fußgänger- und fahrradfreundliche Stadt- und Ortsquartiere mit sicheren, attraktiven und zugänglichen öffentlichen Freiflächen ermöglichen, bei denen ein geringeres Risiko für nicht übertragbare Krankheiten besteht;

40. betont, dass ein einfacher Zugang zu eng getakteten und effizienten öffentlichen Verkehrsmitteln ein Schlüsselfaktor für ein gesundes und nachhaltiges Leben ist, und fordert Unterstützungsprogramme für kostenlose oder ermäßigte öffentliche Verkehrsmittel, die Autoverkehr, Lärmpegel und Umweltverschmutzung verringern könnten;

41. betont, wie wichtig die Förderung altersfreundlicher Städte ist, um eine auf aktives Altern ausgerichtete Umwelt und entsprechende Dienstleistungen zu schaffen und somit die Beziehung zwischen der Umwelt und den darin lebenden Menschen unabhängig von ihrem Alter zu verbessern;

42. fordert die Bürgermeister der EU auf, sich auf das Konzept der 15-Minuten-Stadt<sup>(4)</sup> zu beziehen, deren Hauptziel darin besteht, dass grundlegende Dienstleistungen und Einrichtungen (z. B. Schulen, Geschäfte, Sportanlagen usw.) innerhalb von 15 Minuten zu Fuß oder mit dem Fahrrad erreichbar sind; empfiehlt in dieser Hinsicht, von Vorreiterstädten zu lernen und den von Praktikern entwickelten Fahrplan für die Umsetzung anzuwenden;

### **Städtische Grünflächen und Gesundheit**

43. verweist auf den Bericht der WHO aus dem Jahr 2016, in dem die Vorteile städtischer Grünflächen wie Parks, Spielplätze und Grünanlagen in Wohngebieten bewertet und deren Bedeutung für die psychische und körperliche Gesundheit hervorgehoben werden. Solche Flächen verringern Morbidität und Mortalität von Stadtbewohnern, indem sie für seelische Entspannung und Stresslinderung sorgen, den sozialen Zusammenhalt unterstützen, körperliche Aktivität fördern und die Exposition gegenüber Luftschadstoffen, Lärm und übermäßiger Wärme mindern. Eine nachhaltige Stadtplanung muss einen guten Zugang zu Grünzonen unterstützen, die für alle nutzbar und zugänglich sind;

44. fordert daher die Zusammenarbeit zwischen städtischen und ländlichen Gebietskörperschaften, um für die gegenseitige Zugänglichkeit von Kultur- und Sporteinrichtungen und Grünflächen sowie eine stärkere Integration von Land- und Stadtbewohnern zu sorgen;

45. weist darauf hin, dass die Verbesserung des Zugangs zu Grünflächen in Städten Teil des UN-Nachhaltigkeitsziels 11.7 ist; hebt in diesem Zusammenhang den Bericht der WHO aus dem Jahr 2021<sup>(5)</sup> und die darin getroffene Feststellung hervor, dass sich die meisten Arten von Grünflächen sowohl kurz- als auch langfristig positiv auf die psychische Gesundheit auswirken;

### **Alkohol, Tabak und Drogen**

46. weist darauf hin, dass alkoholbedingte Schäden ein Problem der öffentlichen Gesundheit in der Europäischen Union sind, und sieht es als wichtig an, Sensibilisierungskampagnen über die Folgen des Fahrens unter Alkoholeinfluss zu fördern;

47. betont, dass Maßnahmen zur Regulierung des Alkoholkonsums weiterhin in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen; allerdings haben örtliche Behörden ebenfalls Möglichkeiten, den Zugang, insbesondere der jüngeren Generation, zu beschränken;

48. ruft die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften dazu auf, weitere spezifische Maßnahmen zur Förderung eines sicheren und verantwortungsvollen Alkoholkonsums durch Sensibilisierungskampagnen in Schulen in Erwägung zu ziehen;

<sup>(4)</sup> <https://www.eiturbanmobility.eu/%C2%B115-minute-city-human-centred-planning-in-action/>.

<sup>(5)</sup> <https://apps.who.int/iris/bitstream/handle/10665/342931/9789289055666-eng.pdf>.

49. unterstreicht die entscheidende Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei der Bekämpfung des Drogenhandels durch Maßnahmen zur Prävention, Schadensminderung und Behandlung; begrüßt die Mitteilung der Kommission über den EU-Fahrplan zur Bekämpfung des Drogenhandels und der organisierten Kriminalität <sup>(6)</sup> und insbesondere den Aktionsbereich 13: Verbesserung von öffentlicher Sicherheit und Gesundheit in von Drogenkonsum, Drogenhandel und Drogenkriminalität betroffenen Gebieten; bekundet sein Interesse an der Teilnahme an der für 2024 geplanten hochrangigen Konferenz, um nachahmenswerte Beispiele der lokalen und regionalen Ebene zu erörtern;

50. weist auf den ernüchternden Europäischen Drogenbericht 2023 <sup>(7)</sup> und seine Schlussfolgerungen hin, wonach illegale Drogen erhebliche Auswirkungen auf Gesundheit und Sicherheit in Europa haben; fordert eine Aufstockung der Mittel für lokale und regionale Programme zur Prävention und Schadensminderung des Drogenkonsums;

51. fordert eine aktive Rolle der lokalen Gebietskörperschaften bei der Sensibilisierung junger Menschen für die negativen gesundheitlichen Auswirkungen sowohl klassischer als auch neuartiger Tabakerzeugnisse sowie von Produkten, die Nikotin freisetzen können; weist auf das WHO-Rahmenübereinkommen zur Eindämmung des Tabakkonsums und die Tatsache hin, dass der Tabakkonsum ein wichtiger Risikofaktor für Herz-Kreislauf- und Atemwegserkrankungen, über 20 verschiedene Arten bzw. Unterarten von Krebs sowie viele andere beeinträchtigende Erkrankungen ist;

### **Adipositas**

52. hält es für besorgniserregend, dass mehr als die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung in der EU übergewichtig oder adipös ist (Body-Mass-Index (BMI) über 25); warnt, dass die entsprechenden Raten auch bei Kindern zunehmen; heute ist jeder dritte Mensch übergewichtig oder adipös; betont, dass übergewichtige oder adipöse Kinder sowohl im Jugend- als auch im Erwachsenenalter einem höheren Gesundheitsrisiko ausgesetzt sind; weist darauf hin, dass Adipositas bei Kindern häufig auch mit psychosozialen Problemen zusammenhängt;

53. fordert die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften auf, einen gesunden Start ins Leben zu unterstützen und ein gesünderes Umfeld und nahrhafte und nachhaltige Mahlzeiten zu fördern, insbesondere in Schulen und Vorschulen (z. B. Politik zur Beschränkung des Zugangs zu gesüßten Getränken, hochverarbeiteten Lebensmitteln, insbesondere Fast Food, sowie Förderung des Zugangs zu kostenlosem Trinkwasser und des Konsums lokaler Lebensmittel);

54. ersucht die Europäische Kommission, den Nachfolger des EU-Aktionsplans zu Adipositas im Kindesalter 2014–2020 auszuarbeiten und den Ausschuss der Regionen in die Ausarbeitung und Umsetzung einzubeziehen; fordert die Mitgliedstaaten auf, Maßnahmen zu ergreifen, um körperliche Betätigung und gesunde Ernährung bei Kindern und Jugendlichen zu fördern;

### **Impfung**

55. hebt hervor, dass sich Impfungen als eine der erfolgreichsten Gesundheitsmaßnahmen unserer Zeit erwiesen haben, da sie unzählige Menschenleben retten, die antimikrobielle Resistenz verlangsamen, vor Krankheiten und zusätzlichen Eingriffen schützen sowie die Gesundheitshaushalte unter Kontrolle halten;

56. weist darauf hin, dass Impfkalender zwar in der Regel auf nationaler Ebene aufgestellt werden, die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften jedoch durch ihre frühkindlichen Betreuungs- und Bildungsangebote, soziale Betreuungsdienste und spezifische Sensibilisierungskampagnen, die sich an ausgewählte Bevölkerungsgruppen richten, zur Akzeptanz von Impfungen beitragen können;

57. verweist auf das EU-Jahresbarometer zur Lage der Gemeinden und Regionen 2020 und die darin aufgeführten Beispiele, wie verschiedene Regionen und Städte sich für eine möglichst flächendeckende Impfung gegen COVID-19 eingesetzt haben; diese Fallstudien belegen, dass lokales Wissen und Engagement entscheidend zum Erfolg beitragen.

Brüssel, den 30. November 2023

*Der Präsident  
des Europäischen Ausschusses der Regionen*  
Vasco ALVES CORDEIRO

<sup>(6)</sup> Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat — EU-Fahrplan zur Bekämpfung des Drogenhandels und der organisierten Kriminalität (COM(2023) 641 final).

<sup>(7)</sup> [https://www.emcdda.europa.eu/index\\_en](https://www.emcdda.europa.eu/index_en).



C/2024/1046

9.2.2024

**Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen — Eine Multi-Level-Governance für den Grünen Deal: Überarbeitung der Verordnung über das Governance-System für die Energieunion und für den Klimaschutz**

(C/2024/1046)

**Berichterstatter:** Joško KLISOVIĆ (HR/SPE), Vorsitzender der Stadtversammlung von Zagreb

**POLITISCHE EMPFEHLUNGEN**

DER EUROPÄISCHE AUSSCHUSS DER REGIONEN (AdR)

**Zukunftssichere Gestaltung des europäischen Grünen Deals als politischer Rahmen**

1. unterstreicht, dass die ehrgeizigen Ziele des europäischen Grünen Deals im kommenden entscheidenden Jahrzehnt beispiellose Veränderungen in Rekordtempo erfordern und weitgehend auf lokaler und regionaler Ebene verwirklicht werden müssen. Dies bedeutet, dass der Schwerpunkt auf Instrumenten und Mechanismen für eine reibungslose Umsetzung liegen muss, die weniger entwickelten Regionen und Gebiete unterstützt werden müssen, damit die Unterschiede zwischen den Gebieten nicht weiter anwachsen, und auf einen europäischen Rahmen für nachhaltiges Wohlergehen hingearbeitet werden muss;
2. betont, dass der europäische Grüne Deal auf lokaler Ebene verankert sein muss, da er weitgehend auf lokaler und regionaler Ebene umgesetzt werden wird; ist der Auffassung, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften deshalb sehr frühzeitig einbezogen werden müssen, damit ihre Kenntnis der sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, unter denen die EU-Maßnahmen umgesetzt werden, bei der Politikgestaltung der EU berücksichtigt werden kann; verpflichtet sich, bei der Verankerung vor Ort eine aktive und führende Rolle zu übernehmen;
3. unterstreicht, dass der europäische Grüne Deal trotz der wiederholten Herausforderungen, die sich seit seiner Einführung im Jahr 2019 infolge zahlreicher Krisen stellten, entscheidend dazu beigetragen hat, dass die Regionen und Städte der EU diese Krisen besser bewältigen und ihnen standhalten konnten; zur weiteren Stärkung ihrer Resilienz bedarf es robuster und krisensicherer Mechanismen für die Umsetzung des europäischen Grünen Deals, die den Regionen und Gemeinden der EU eine langfristige Perspektive bieten;
4. fordert die Europäische Kommission deshalb auf, in der nächsten Mandatsperiode der EU-Organe den europäischen Grünen Deal weiter als Grundlage zu nutzen, um einen stabilen, über eine einzige Mandatsperiode hinausreichenden Rahmen sicherzustellen; dazu sollte sie eine Mitteilung über einen „Grünen Deal 2.0“ veröffentlichen und erwägen, gemäß der Halbzeitbewertungsklausel zum Umweltaktionsprogramm (UAP) für die Zeit bis 2030 einen Legislativvorschlag zur Hinzufügung eines Anhangs zum UAP vorzulegen. Dies wird die EU dabei unterstützen, bis 2050 die Ziele des grünen und des digitalen Wandels, einschließlich Klimaneutralität und nachhaltiger Wohlstand, durch Eindämmung des Klimawandels und Anpassung an seine Folgen zu verwirklichen, die Resilienz der Regionen und Städte der EU und die Kohärenz der nationalen und europäischen Maßnahmen mit den Klimazielen (Artikel 6 und 7 des EU-Klimagesetzes<sup>(1)</sup>) sicherzustellen und gleichzeitig andere, miteinander verknüpfte Umweltkrisen wie den Verlust an biologischer Vielfalt und die Umweltverschmutzung systematisch anzugehen;
5. fordert den Rat der Europäischen Union, das Europäische Parlament und die Europäische Kommission auf, sich weiter an einer eingehenden Überarbeitung und Änderung der Verordnung über das Governance-System für die Energieunion und für den Klimaschutz (Governance-Verordnung)<sup>(2)</sup> zu beteiligen und dabei auf Artikel 45 der Governance-Verordnung aufzubauen sowie das Europäische Klimagesetz besser umzusetzen. So kann ein stabiler und kohärenter Rechtsrahmen, der Spielraum für nationale, regionale und lokale Lösungen lässt, geschaffen werden, der für die Verwirklichung der genannten Ziele unabdinglich ist; betont, dass der AdR und die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften umfassend in diese Überprüfung einbezogen werden müssen;

<sup>(1)</sup> Verordnung (EU) 2021/1119 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Juni 2021 zur Schaffung des Rahmens für die Verwirklichung der Klimaneutralität und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 401/2009 und (EU) 2018/1999 („Europäisches Klimagesetz“) (ABl. L 243 vom 9.7.2021, S. 1).

<sup>(2)</sup> Verordnung (EU) 2018/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über das Governance-System für die Energieunion und für den Klimaschutz, zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 663/2009 und (EG) Nr. 715/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates, der Richtlinien 94/22/EG, 98/70/EG, 2009/31/EG, 2009/73/EG, 2010/31/EU, 2012/27/EU und 2013/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates, der Richtlinien 2009/119/EG und (EU) 2015/652 des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 525/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 328 vom 21.12.2018, S. 1).

6. ist der Ansicht, dass der europäische Grüne Deal zu einer Gesamtstrategie weiterentwickelt werden sollte, die stärker auf den Rahmen für die Ziele für nachhaltige Entwicklung abgestimmt ist und den wichtigsten Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung Rechnung trägt; hier sollten die positiven Nebeneffekte, die sich aus der Verwirklichung ökologischer und sozialer Ziele ergeben, genutzt werden; dabei sollte das Ziel der Klimaneutralität weiterhin als Richtschnur dienen. Diese Bemühungen stünden im Einklang mit den auf globaler Ebene, z. B. im Rahmen der Expertengruppe der Vereinten Nationen <sup>(3)</sup> geführten Diskussionen über Synergien zwischen Klimaschutz und Nachhaltigkeitszielen;
7. betont, wie wichtig Ausbildungs-, Umschulungs- und Weiterbildungsprogramme sind, um lokale Gemeinschaften auf den grünen Wandel vorzubereiten; ruft die Mitgliedstaaten dazu auf, in Bildungsinitiativen zu investieren, die das Umweltbewusstsein fördern und den Bürgerinnen und Bürgern Kompetenzen vermitteln, die für die neue grüne Wirtschaft relevant sind; fordert gezielte Unterstützung und Initiativen zum Kapazitätsaufbau für die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, damit sie aktiv an den Zielen des Grünen Deals mitwirken und dazu beitragen können;
8. fordert, bei der Überarbeitung des Rahmens für den europäischen Grünen Deal alle Aspekte im Zusammenhang mit schutzbedürftigen Gruppen zu behandeln, um sozialen und gebietsbezogenen Bedürfnissen besser gerecht zu werden; dies erfordert eine systematischere Abstimmung bei der Zuweisung von EU-Mitteln, beginnend mit dem mehrjährigen Finanzrahmen (MFR); begrüßt in diesem Sinne die Arbeit der Europäischen Kommission zum nachhaltigen und inklusiven Wohlergehen <sup>(4)</sup> als ersten wichtigen Schritt, bei der europäischen Governance nicht allein das BIP als Indikator zu verwenden;
9. fordert, die Gesundheits- und Gleichstellungspolitik im Rahmen des europäischen Grünen Deals in strukturierter Weise miteinander zu verbinden und dabei den Ansatz der EU für die durchgängige Berücksichtigung der Geschlechtergleichstellung und den Grundsatz „Eine Gesundheit“ <sup>(5)</sup> zu nutzen;
10. betont, dass alle einschlägigen Interessenträger in die Umsetzung der Prioritäten des Grünen Deals einbezogen werden müssen, und verweist auf die positiven Erfahrungen mit der gemeinsam von Kommission und AdR betriebenen Null-Schadstoff-Plattform der Interessenträger; verpflichtet sich, die Plattform weiterhin zu unterstützen, und schlägt vor, sie in den „Grünen Deal 2.0“ aufzunehmen, um ihre Arbeit langfristig fortzusetzen und so zur Verwirklichung des Null-Schadstoff-Ziels für eine schadstofffreie Umwelt des europäischen Grünen Deals beizutragen;
11. betont, dass es zur geeigneten Steuerung der Governance und Umsetzung des europäischen Grünen Deals ein umfassendes System zur Überwachung und vorausschauenden Analyse <sup>(6)</sup> geben muss; dabei ist den territorialen Besonderheiten unter besonderer Berücksichtigung der Empfindlichkeit der einzelnen Gebiete gegenüber natürlichen Faktoren wie seismischen und hydrogeologischen Risiken und Anfälligkeiten einiger Regionen, darunter entlegene und ländliche Gebiete, besondere Aufmerksamkeit zu widmen, um nachhaltiges und inklusives Wohlergehen für alle Europäer zu fördern. Die EU sollte aufbauend auf den bestehenden Indikatoren eine Reihe harmonisierter Indikatoren ausarbeiten <sup>(7)</sup>, die bei wichtigen Aspekten auf subnationaler Ebene ausreichende Detailgenauigkeit bieten, wie dies beispielsweise beim Null-Schadstoff-Scoreboard für Städte und Regionen <sup>(8)</sup> der Fall ist; begrüßt die neue Initiative der Europäischen Beobachtungsstelle für Klimaneutralität <sup>(9)</sup> als wichtigen Schritt in diese Richtung; die genannten Indikatoren können auch dazu herangezogen werden, die national festgelegten Beiträge im Rahmen des Übereinkommens von Paris kontinuierlich zu überwachen und zu aktualisieren;
12. stellt fest, dass die Botschafter des Klimapakts in den einzelnen Mitgliedstaaten eine zentrale Rolle dabei spielen, das Bewusstsein für den Klimawandel zu schärfen und auf lokaler Ebene nachhaltige Verfahren zu propagieren; fordert die Mitgliedstaaten auf, die Klimapaktbotschafterinitiativen auszuweiten und zu unterstützen, um das Engagement an der Basis und die Verbreitung von Wissen zu fördern, und diese Aktivitäten besser mit den anderen Initiativen im Rahmen des europäischen Grünen Deals wie z. B. dem Europäischen Bürgermeisterkonvent zu verknüpfen;
13. betont, dass ein zuverlässiger und kohärenter Satz offener Daten erforderlich ist, um die Auswirkungen der geplanten Maßnahmen zu prüfen, die aktuellen Rahmen zu bewerten, Infrastruktur zu planen, nationale, regionale und lokale Pläne zu bewerten und Prioritäten zu bestimmen; fordert dazu die Einrichtung einer Europäischen Energieagentur, die objektive Daten liefert und Überwachungs- und Wissensinfrastruktur für energiepolitische Entscheidungen bereitstellt;

<sup>(3)</sup> *Harnessing Climate and SDGs Synergies*, Hauptabteilung der Vereinten Nationen für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten (<https://sdgs.un.org/climate-sdgs-synergies>).

<sup>(4)</sup> Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat — Strategische Vorausschau 2023 (COM 2023) 376 final).

<sup>(5)</sup> [https://www.who.int/health-topics/one-health#tab=tab\\_1](https://www.who.int/health-topics/one-health#tab=tab_1).

<sup>(6)</sup> Stellungnahme des AdR — Ein sauberer Planet für alle — Europäische strategische, langfristige Vision für eine wohlhabende, moderne, wettbewerbsfähige und klimaneutrale Wirtschaft (ABl. C 404 vom 29.11.2019, S. 58) (ENVE-VI/037).

<sup>(7)</sup> Bericht *Measuring Progress towards Climate Neutrality*, Ecologic Institute (<https://www.ecologic.eu/18153>).

<sup>(8)</sup> [https://environment.ec.europa.eu/events/zero-pollution-urban-and-regional-scoreboard-workshop-2023-04-25\\_en](https://environment.ec.europa.eu/events/zero-pollution-urban-and-regional-scoreboard-workshop-2023-04-25_en).

<sup>(9)</sup> <https://climateobservatory.eu/>.

## Überarbeitung der Verordnung über das Governance-System für die Energieunion und für den Klimaschutz

14. ist der Ansicht, dass sich die Governance-Verordnung zu einem entscheidenden Instrument zur Umsetzung der Klima- und Energiepolitik entwickelt hat und bei der Umsetzung des europäischen Grünen Deals insgesamt zu einer der tragenden Säulen werden kann; fordert die Mitgliedstaaten in diesem Zusammenhang auf, bei ihren nationalen Strategien für nachhaltige Entwicklung für mehr Kohärenz und Komplementarität zu sorgen;

15. ist der Ansicht, dass die in der Governance-Verordnung vorgesehenen nationalen Langfrist-Strategien im Hinblick auf das Ziel nachhaltigen Wohlergehens verstärkt und auf mehr Aspekte des europäischen Grünen Deals, etwa gerechte Übergänge, ausgeweitet werden könnten; sie sollten ausgehend von der Arbeit, die im Rahmen der Initiative „Intelligent Cities Challenge“ der Europäischen Kommission zum Konzept der lokalen Grünen Deals<sup>(10)</sup> geleistet wurde, zu Langfrist-Strategien für den Grünen Deal werden; bei den nationalen Energie- und Klimaplänen und den nationalen Anpassungsstrategien bliebe hingegen der derzeitige Anwendungsbereich bestehen. Die nationalen Langfrist-Strategien für den Grünen Deal sollten ausreichend flexibel sein, damit die Mitgliedstaaten bestehende nationale Pläne nutzen können, die im Hinblick auf Umfang und Ziele vergleichbar sind;

16. begrüßt die Arbeit der OECD zum Thema *Policy Coherence for Sustainable Development*; fordert die Europäische Kommission auf, diesen Rahmen weiter umzusetzen, ihn bei der überarbeiteten Governance-Verordnung zu berücksichtigen und dabei auf den in Artikel 6 und 7 des Klimagesetzes vorgesehenen Bewertungen der Vereinbarkeit und den bewährten Verfahren einiger EU-Mitgliedstaaten aufzubauen<sup>(11)</sup>;

17. ist der Ansicht, dass die unzureichenden Dialoge und Konsultationen über klima- und energiepolitische Fragen auf mehreren Ebenen in einigen Mitgliedstaaten<sup>(12)</sup> die erfolgreiche Umsetzung der Governance-Verordnung ernsthaft gefährden<sup>(13)</sup>, die nur bei echter Beteiligung der Städte und Regionen gelingen kann<sup>(14)</sup>; fordert deshalb eine Verstärkung von Artikel 11 der Governance-Verordnung und schlägt vor, die Mitgliedstaaten in der überarbeiteten Fassung von Artikel 11 zu verpflichten, ausgehend von den eigenen administrativen Voraussetzungen einen ständigen Dialog über energie- und klimapolitische Fragen auf mehreren Ebenen einzurichten, bei dem die nationalen Energie- und Klimapläne erörtert werden und der bei Bedarf auf alle Aspekte des europäischen Grünen Deals ausgedehnt werden könnte. Bestehende nationale Strukturen mit ähnlichem Anwendungsbereich und Zweck könnten als gleichwertig betrachtet werden;

18. ist insbesondere der Ansicht, dass die Städte, vor allem die am dichtesten besiedelten Städte, am anfälligsten sind und am stärksten unter den negativen Auswirkungen des globalen Temperaturanstiegs leiden; stellt fest, dass die Struktur der Städte und Metropolen und die dortigen Lebensbedingungen auf nationaler Ebene bei Weitem nicht homogen sind; hält es daher für erforderlich, die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei der Planung von Interventionen und Maßnahmen im Rahmen der nationalen Energie- und Klimapläne regelmäßig zu konsultieren;

19. betont, dass zweckgebundene Finanzmittel und Ressourcen erforderlich sind, um die Umschulung und Weiterbildung der Arbeitskräfte in den vom grünen Wandel stark betroffenen Regionen zu unterstützen; fordert die Mitgliedstaaten auf, mit den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften und den Akteuren der Wirtschaft zusammenzuarbeiten, um Schulungszentren und -programme zu schaffen, mit denen die spezifischen Qualifikationslücken in diesen Regionen angegangen werden;

20. ist der Auffassung, dass ein fehlender oder unzureichender Dialog auf mehreren Ebenen, der letztlich die Glaubwürdigkeit des gesamten Plans in Frage stellen könnte, ein hinreichender Grund für Empfehlungen der Europäischen Kommission zu den nationalen Klima- und Energieplänen der Mitgliedstaaten sein sollte. Die entsprechenden Dienststellen der Europäischen Kommission sollten mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden, um die erforderlichen Kontrollen durchführen zu können, wie dies bereits bei ähnlichen, in den Umweltvorschriften vorgesehenen Konsultationspflichten der Fall ist;

<sup>(10)</sup> [www.intelligentcitieschallenge.eu/news/local-green-deals-blueprint-action](http://www.intelligentcitieschallenge.eu/news/local-green-deals-blueprint-action).

<sup>(11)</sup> <https://www.oecd.org/gov/pcsd/pcsd-country-profiles.htm>.

<sup>(12)</sup> Studie des AdR „Lokale und regionale Gebietskörperschaften im Governance-System für die Energieunion“, 2023.

<sup>(13)</sup> Siehe Faber, Ricarda, D. Kocher und M. Duwe (2023) *Progress on the implementation of national Multilevel Climate and Energy Dialogues: Assessing Member States' own reporting. A preliminary assessment of the implementation of Article 11 of the EU's Governance Regulation*. 4i-TRACTION Procedural Governance Series. Ecologic Institute, Berlin.

<sup>(14)</sup> <https://unhabitat.org/urban-climate-action-the-urban-content-of-the-ndcs-global-review-2022>.

21. schlägt vor, mit neuen ständigen Dialogen über energie- und klimapolitische Fragen auf mehreren Ebenen gemeinsame Planungsverfahren mit den subnationalen Gebietskörperschaften zu fördern, die für Klima-, Energie- und Umweltfragen direkt zuständig sind; die Dialoge könnten auf Ersuchen der nationalen Behörde oder einer Gruppe lokaler und regionaler Gebietskörperschaften in dem betreffenden Mitgliedstaat eingeleitet werden;

22. vertritt die Auffassung, dass mit Artikel 11 der Governance-Verordnung die Qualität der Dialoge auf mehreren Ebenen langfristig sichergestellt werden sollte, die im Vorfeld der Verhandlungen über die Klima- und Energiepolitik beginnen und während der Umsetzungsphase fortgesetzt werden, um den Austausch über Hindernisse und Hebel zu fördern. Die Europäische Kommission sollte den Mitgliedstaaten Leitlinien für die Einrichtung von ständigen Dialogen über energie- und klimapolitische Fragen auf mehreren Ebenen an die Hand geben, die sich an den bewährten, im Rahmen der „NEC-Plattform“ des LIFE-Programms <sup>(15)</sup> ermittelten Verfahren orientieren;

23. ist der Ansicht, dass die Bestimmungen der Governance-Verordnung über die Mitwirkung der Öffentlichkeit (Artikel 10) im Einklang mit dem Übereinkommen von Aarhus verstärkt und besser überwacht werden sollten, damit sich die Bürger vermehrt an der Gestaltung und Umsetzung der Klima-, Energie- und Umweltpolitik beteiligen, was für strukturelle Verhaltensänderungen äußerst wichtig ist;

24. betont, dass der europäische Grüne Deal einige neue Planungspflichten und -ziele für die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften vorsieht. In der überarbeiteten Governance-Verordnung sollten die Mitgliedstaaten deshalb verpflichtet werden, in die nationalen Energie- und Klimapläne ein neues Kapitel zu Unterstützung und Ressourcen, die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften für die Umsetzung bereitgestellt werden, aufzunehmen; dort sollten die Mitgliedstaaten darlegen, welche technische und finanzielle Unterstützung für die Umsetzung auf allen Governance-Ebenen geleistet wird, und insbesondere ein strukturelles und systemisches Konzept für die Finanzierung erläutern, mit dem die verschiedenen EU-Fonds, die den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zur Verfügung stehen, gebündelt werden und die nationale Programmierung von EU-Mitteln zur Unterstützung der Umsetzung durch die Gebietskörperschaften angepasst wird (z. B. RePowerEU, Klima-Sozialfonds, Aufbau- und Resilienzfazilität, Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) usw.). Dieses Kapitel sollte im Rahmen des ständigen Dialogs über energie- und klimapolitische Fragen auf mehreren Ebenen ausführlich erörtert werden;

25. ruft dazu auf, die auf mehreren Ebenen bestehenden Instrumente wie die Plattform für den Wissensaustausch (KEP 2.0) und die Initiativen im Rahmen des Projekts „Wissenschaft trifft Regionen“ sinnvoll zu nutzen, um den Austausch von bewährten Verfahren, Forschungsergebnissen und innovativen Lösungen in Verbindung mit dem grünen und digitalen Wandel zu erleichtern; fordert die Mitgliedstaaten, die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften und die Bildungseinrichtungen auf, sich gemäß des Vierfachhelix-Modells aktiv an diesen Initiativen zu beteiligen, um ihr Wissen auszubauen und das kollaborative Lernen zu fördern;

26. schlägt vor, mit der Governance-Verordnung die Einrichtung zentraler Anlaufstellen für den Grünen Deal auf subnationaler Ebene zu unterstützen, um die Umsetzung integrierter nachhaltiger Maßnahmen auf lokaler und regionaler Ebene mit einem bereichsübergreifenden Ansatz zu fördern, indem leicht zugängliche Informationen und Leitlinien zur Umsetzung des neuen nationalen Rechtsrahmens sowie zu technischer und finanzieller Unterstützung bereitgestellt werden. Die zentralen Anlaufstellen sollten auf den derzeitigen Erfahrungen lokaler Strukturen aufbauen, die Städten und Regionen bei der Umsetzung von Maßnahmen für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel helfen, und ihre Unterstützung auf andere Bereiche des europäischen Grünen Deals ausweiten;

27. betont, dass lokale und regionale Energie- und Klimaagenturen eine wichtige Rolle dabei spielen, lokale und regionale Verwaltungen bei der Umsetzung des europäischen Grünen Deals zu unterstützen, indem sie lokale Kapazitäten und Kompetenzen stärken und einen besseren Zugang zu Mitteln und deren Verteilung ermöglichen. Sie sollten durch spezielle EU-Mittel und -Finanzierungsinstrumente sowie durch Programme für technische Hilfe wie die European City Facility (EUCF), den Projektentwicklungsfonds, das Europäische Finanzierungsinstrument für nachhaltige Energieprojekte von Städten und Regionen (ELENA) sowie das ManagEnergy-Programm weiter unterstützt werden; weist darauf hin, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften durch die oben genannten EU-Programme und spezielle Finanzierungsmöglichkeiten der EU unterstützt werden sollten, um die auf lokaler und regionaler Ebene bestehenden Defizite bei Kompetenzen und Mitteln zu beheben;

---

<sup>(15)</sup> Mit diesem Projekt der EU sollen Dialoge auf mehreren Ebenen in sechs Mitgliedstaaten (Bulgarien, Kroatien, Italien, Frankreich, Portugal, Rumänien) durch die Einrichtung von Plattformen für den Dialog auf mehreren Ebenen gefördert werden (<https://energy-cities.eu/project/life-necplatform/>).

28. schlägt vor, in der Neufassung der Governance-Verordnung vorzusehen, dass die Mitgliedstaaten die Verpflichtungen, Daten und Maßnahmen in Bezug auf lokale und regionale Gebietskörperschaften, die in den Aktionsplänen für nachhaltige Energieversorgung und Klimaschutz (SECAP), die von den Unterzeichnern des Europäischen Bürgermeisterkonvents erstellt wurden, in den Klimaverträgen, die Städte im Rahmen der EU-Mission „Klimaneutrale und intelligente Städte“ ausgearbeitet haben, und in den lokalen Grünen Deals enthalten sind, aufnehmen und darüber berichten müssen, damit möglichst ehrgeizige Ziele gesetzt und die nationalen Energie- und Klimapläne an den lokalen Kontext angepasst werden können. Die Gemeinsame Forschungsstelle (GFS) könnte hier einen entscheidenden Beitrag leisten<sup>(16)</sup> und den Mitgliedstaaten zusammen mit den nationalen Koordinatoren des Bürgermeisterkonvents einschlägige Informationen für jedes Land in einem für die Aufnahme in die nationalen Energie- und Klimapläne geeigneten Format zur Verfügung stellen, damit vorhandene Daten genutzt werden können;

29. ist der Ansicht, dass die in der Governance-Verordnung verankerten nationalen Ziele mit den lokalen und regionalen Zielen verknüpft werden müssen, damit die Verpflichtungen der Mitgliedstaaten glaubwürdig sind; fordert die Europäische Kommission ferner auf, im Rahmen der Überarbeitung des national festgelegten Beitrags der EU eine förmliche Bestandsaufnahme der subnationalen Klimamaßnahmen vorzunehmen und darüber auf Ebene der Vereinten Nationen Bericht zu erstatten;

30. erkennt an, wie wichtig es ist, auf lokaler und regionaler Ebene eine Kultur der Innovation und des Unternehmertums zu fördern; spricht sich dafür aus, in weniger entwickelten Regionen zahlreiche regionale Innovationstaler zu schaffen sowie Innovations- und Gründerzentren einzurichten; diese ortsbezogenen Strukturen sollten in Synergie durch öffentlich-private Partnerschaften und aus verschiedenen Finanzierungsquellen der EU unterstützt werden, um grüne Innovationen, soziale Inklusion und Wirtschaftswachstum zu fördern;

### **Der europäische Grüne Deal als übergeordnete Strategie: Hin zu einem europäischen Rahmen für eine Ökonomie des Wohlergehens**

31. ist der Ansicht, dass die strukturelle Einbeziehung der Kriterien des Grünen Deals in die gesamte wirtschaftspolitische Steuerung und alle Finanzierungsinstrumente der EU wichtig für einen neuen europäischen Rahmen für nachhaltiges Wohlergehen ist, bei dem nicht allein das BIP als Indikator für das Wohlergehen unserer Gesellschaften dient;

32. ist der Auffassung, dass der europäische Grüne Deal nur dann erfolgreich umgesetzt werden kann, wenn er angemessen in die wirtschaftspolitische Steuerung der EU, angefangen mit dem MFR und dem Zyklus des Europäischen Semesters, eingebettet ist; empfiehlt deshalb, dass die Europäische Kommission gemäß Artikel 7 Absatz 2 des Europäischen Klimagesetzes ihre diesbezüglichen Bemühungen verstärkt; weist darauf hin, dass allen im 8. Umweltaktionsprogramm (8. UAP) dargelegten umweltpolitischen Prioritäten Rechnung getragen werden muss, damit die EU die Belastbarkeitsgrenzen der Erde nicht überschreitet;

33. unterstützt eine gründliche Reform der Funktionsweise des Europäischen Semesters, um es stärker an alle sektoralen Ziele des europäischen Grünen Deals und damit an Instrumente wie die nationalen Energie- und Klimapläne und das 8. UAP anzupassen; dabei sollten die einschlägigen Erfahrungen mit der Initiative „Ökologisierung des Europäischen Semesters“ genutzt und die Ziele für nachhaltige Entwicklung in die Analyse des Europäischen Semesters einbezogen werden;

34. hält es für erforderlich, die sozialen Auswirkungen der Maßnahmen für den grünen Wandel kontinuierlich zu überwachen und zu evaluieren; fordert, in den Überwachungsrahmen des Grünen Deals bewährte Überwachungsinstrumente wie den Index des sozialen Fortschritts aufzunehmen, um prüfen zu können, wie wirksam die Maßnahmen zur Förderung der sozialen Inklusion sind, und schlägt vor, die lokalen Strategien für den grünen Wandel erforderlichenfalls anzupassen;

35. spricht sich für eine weitere Berücksichtigung des Grundsatzes der Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen und der Konzepte des gerechten Übergangs sowie der sozialen Gerechtigkeit und der Umweltgerechtigkeit als Teil der Bewertungsindikatoren des Europäischen Semesters aus; dabei muss sichergestellt werden, dass die Methoden für die Umsetzung auf nationaler Ebene ausreichend kohärent sind und auf subnationaler Ebene angewandt werden können;

36. hebt hervor, dass der Europäische Rechnungshof in seinem Sonderbericht über die Klima- und Energieziele der EU<sup>(17)</sup> feststellt, dass die nationalen Energie- und Klimapläne keine ausreichend genauen Daten zum Investitionsbedarf und zu den Finanzierungsquellen enthalten, anhand derer beurteilt werden könnte, ob ausreichende Finanzmittel für die Verwirklichung der für 2030 gesetzten Ziele bereitgestellt werden; empfiehlt deshalb, die von den Mitgliedstaaten in ihren nationalen Energie- und Klimaplänen vorgenommenen Bewertungen des Investitionsbedarfs zu verbessern, indem eine gemeinsame Methode zur Harmonisierung der Bewertungen festgelegt wird; diese Bewertungen könnten besser mit dem Rahmen des Europäischen Semesters verknüpft und an die Maßnahmen und Ziele der nationalen Energie- und Klimapläne gemäß Artikel 3 der Governance-Verordnung sowie an die Langfrist-Strategien gemäß Artikel 15 der Governance-Verordnung angepasst werden;

<sup>(16)</sup> Stellungnahme des AdR — Förderung des Potenzials und der Synergien von Initiativen für die Regionen und Städte im Rahmen des europäischen Grünen Deals (ABl. C, C/2023/249, 26.10.2023, ELI: <http://data.europa.eu/eli/C/2023/249/oj>) (CDR 229/2023).

<sup>(17)</sup> Europäischer Rechnungshof, Sonderbericht Nr. 18/2023: „Klima- und Energieziele der EU — Ziele für 2020 erreicht, doch deutet nur wenig darauf hin, dass die Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele für 2030 ausreichen“ (<https://www.eca.europa.eu/de/publications/SR-2023-18>).

37. betrachtet die Kohäsionspolitik als grundlegendes Instrument für die nachhaltige Entwicklung der lokalen und regionalen Gemeinschaften; fordert die Europäische Kommission deshalb auf, die Einbeziehung des europäischen Grünen Deals in diesen Politikbereich voranzutreiben und die Umsetzung des Grundsatzes der Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen und der Konzepte des gerechten Übergangs sowie der sozialen Gerechtigkeit und der Umweltgerechtigkeit auch in diesem Zusammenhang zu verstärken;

### Die soziale Dimension des Grünen Deals

38. weist erneut darauf hin, dass die jüngsten Krisen die Gemeinschaften in der EU und den sozialen Zusammenhalt geschwächt und die am meisten gefährdeten Bevölkerungsgruppen schwer getroffen haben; deshalb muss der Rahmen für den europäischen Grünen Deal vermehrt auf die soziale Dimension ausgerichtet sein und das Potenzial sozialer Innovation als Katalysator für einen gerechten grünen Wandel genutzt werden;

39. begrüßt den Bericht der GFS zum Thema *Demography and climate change* <sup>(18)</sup> und schließt sich der dort vorgebrachten Forderung an, bei der Entwicklung regionaler Ansätze für den grünen Wandel regionale Unterschiede bei den demografischen Strukturen und die Wechselbeziehungen zwischen Bevölkerungsdynamik und Verstädterung zu berücksichtigen; angesichts dieses Aspekts wird ein ortsbezogener Ansatz bei der Umsetzung des europäischen Grünen Deals noch dringlicher;

40. betont, dass junge Menschen die empfänglichste Bevölkerungsgruppe und eine treibende Kraft sind, wenn es darum geht, ein verantwortungsvolles Verhalten im Hinblick auf einen nachhaltigen Übergang zu beeinflussen, zu fördern und einzufordern; fordert die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften auf, ihr Engagement für den Umweltschutz und die Bekämpfung des Klimawandels zu nutzen und sie besser in den Entscheidungsfindungsprozess einzubeziehen;

41. betont, dass durch die Förderung von Schulungen, Möglichkeiten des lebenslangen Lernens und gezielten bildungspolitischen Maßnahmen zugunsten einer „nachhaltigkeitsorientierten Kultur“ auf lokaler und regionaler Ebene sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor vermehrt Kompetenzen und Kapazitäten aufgebaut werden müssen. Dieser Aspekt sollte bei der Ausarbeitung der nationalen Energie- und Klimapläne auf der Grundlage der Empfehlung des Rates vom 16. Juni 2022 zur Sicherstellung eines gerechten Übergangs zur Klimaneutralität <sup>(19)</sup> und des Leitfadens der Kommission zu den nationalen Energie- und Klimaplänen <sup>(20)</sup> stärker berücksichtigt werden, wobei besonderes Augenmerk den Kompetenzen in lokalen und regionalen öffentlichen Verwaltungen gelten sollte; fordert die Mitgliedstaaten auf, mit Bildungseinrichtungen und den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zusammenzuarbeiten, um maßgeschneiderte Bildungsprogramme zu entwickeln, die den Schülerinnen und Schülern Umweltverantwortung und Klimabewusstsein vermitteln;

42. betont, wie wichtig es ist, für mehr Vielfalt und Inklusivität unter den im grünen Sektor tätigen Arbeitskräften zu sorgen; spricht sich für Initiativen aus, die sich an unterrepräsentierte Bevölkerungsgruppen wie Frauen, Minderheiten und Menschen mit Behinderungen richten, die es ihnen ermöglichen, an Schulungsprogrammen teilzunehmen und so ihre Beschäftigungschancen in der grünen Wirtschaft zu verbessern; ruft die Mitgliedstaaten und die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften auf, mit NRO und Partnern aus dem Privatsektor zusammenzuarbeiten, um allen den gleichen Zugang zum grünen Arbeitsmarkt zu bieten;

43. hebt hervor, dass es den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften an Kompetenzen, Kapazitäten und Finanzmitteln mangelt, was durch die zusätzliche Arbeitsbelastung infolge der Umsetzung der Aufbau- und Resilienzpläne noch verschärft wurde; ist deshalb der Ansicht, dass größere Anstrengungen unternommen werden sollten, u. a. in Form von Finanzierungen und/oder Direktzahlungen an die lokalen Gebietskörperschaften, um öffentliche Bedienstete mit Kompetenzen im Bereich Energiewende und Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen; empfiehlt, durch Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen sowie über einen Austausch Unterstützung beim Aufbau der Kompetenzen von Mitarbeitern der lokalen Verwaltung zu leisten. Initiativen wie das Netz der Botschafter für den Klimapakt können in diesem Sinne einen Beitrag leisten, indem sie ein dezentrales Netz leidenschaftlicher Klimaaktivisten fördern und somit sicherstellen, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften von einem verstärkten Engagement an der Basis, einer breiteren Sensibilisierung der Öffentlichkeit und einer verbesserten lokalen Umsetzung von Klimamaßnahmen profitieren können, wodurch die Wirkung ihrer Nachhaltigkeitsinitiativen effektiv verstärkt wird;

44. betont, wie wichtig Peer-to-Peer-Lernen und der Austausch bewährter Verfahren zur Beschleunigung des Übergangs sind, und fordert die Europäische Kommission und die zuständigen Exekutivagenturen auf, mit dem AdR zusammenzuarbeiten, um den Austausch von Informationen und Wissen aus EU-Projekten zu fördern und den Bürgerinnen und Bürgern die Vorteile des Übergangs auf konkrete Weise deutlich zu machen.

<sup>(18)</sup> <https://publications.jrc.ec.europa.eu/repository/handle/JRC133580>.

<sup>(19)</sup> ABl. C 243 vom 27.6.2022, S. 35.

<sup>(20)</sup> Bekanntmachung der Kommission über die Leitlinien für die Mitgliedstaaten zur Aktualisierung der nationalen Energie- und Klimapläne 2021-2030 (ABl. C 495 vom 29.12.2022, S. 24).

45. bekräftigt die wesentliche Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei der Umsetzung eines gerechten Übergangs durch Erbringung grundlegender Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse, Maßnahmen zu Bewältigung von Energie- und Mobilitätsarmut sowie sonstige gezielte Unterstützung zum Schutz benachteiligter Gruppen vor den negativen Folgen im Zusammenhang mit den Lebenshaltungskosten; bekräftigt deshalb seine Forderung an die EU-Mitgliedstaaten, die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften gemäß der Verordnung (EU) 2023/955 des Europäischen Parlaments und des Rates <sup>(21)</sup> über den Klima-Sozialfonds im Vorfeld in die Ausarbeitung der Klima-Sozialpläne einzubeziehen, diese Pläne mit ihren nationalen Energie- und Klimaplänen in Einklang zu bringen und dabei Maßnahmen zur Bekämpfung der Energie- und Mobilitätsarmut Vorrang einzuräumen;

Brüssel, den 30. November 2023

*Der Präsident  
des Europäischen Ausschusses der Regionen*

Vasco ALVES CORDEIRO

---

<sup>(21)</sup> Verordnung (EU) 2023/955 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. Mai 2023 zur Einrichtung eines Klima-Sozialfonds und zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/1060 (ABl. L 130 vom 16.5.2023, S. 1).



C/2024/1047

9.2.2024

## Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen — Die Europäische Wasserstoffbank

(C/2024/1047)

<b>Berichterstatlerin:</b>	Arianna CENSI (IT/SPE), Mitglied des Exekutivorgans der Stadt Mailand
<b>Referenzdokument:</b>	COM(2023) 156 final

### POLITISCHE EMPFEHLUNGEN

DER EUROPÄISCHE AUSSCHUSS DER REGIONEN (AdR),

#### Rechtsrahmen und Rahmenbedingungen

1. begrüßt die Mitteilung über die Europäische Wasserstoffbank; gibt allerdings zu bedenken, dass die Bezeichnung „Europäische Wasserstoffbank“ irreführend sein kann, da es sich nicht um eine Bank, sondern um eine Initiative handelt, mit der Tätigkeiten und Finanzmittel zur Förderung der EU-Produktion und des Imports von erneuerbarem Wasserstoff und von Vorhaben für erneuerbaren Wasserstoff koordiniert werden;
2. betont, dass die Schaffung einer Wirtschaft für erneuerbaren Wasserstoff ein wesentlicher Baustein für die Verwirklichung der Ziele des Grünen Deals und für die Erreichung der Klimaneutralität ist. Die Verwirklichung der ehrgeizigen REPowerEU-Ziele für die Erzeugung von erneuerbarem Wasserstoff in Synergie mit dem Industrieplan zum Grünen Deal muss den Ausbau der industriellen Kapazitäten in Europa und den Wettbewerbsvorteil sichern;
3. fordert die Europäische Kommission auf, die Notifizierung der IPCEI<sup>(1)</sup>-Wasserstoffprojekte deutlich zu beschleunigen. Die Akteure in den Wasserstofftälern der europäischen Regionen benötigen dringend Investitions- und Planungssicherheit. Gerade die ausstehende dritte Notifizierungswelle von Infrastrukturvorhaben drängt;
4. bedauert, dass in der Mitteilung nicht ausreichend auf die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften (LRG) eingegangen wird, und fordert die Europäische Kommission auf, die Rolle der LRG im Zusammenhang mit der künftigen Funktionsweise der Europäischen Wasserstoffbank zu überdenken, da die LRG wichtig für die Umsetzung von Projekten in allen Gebieten der EU sein werden, und zwar sowohl im Hinblick auf die Programmplanung und Planung im Energiebereich als auch im Zusammenhang mit dem Genehmigungsverfahren; fordert die Europäische Kommission auf, in dem von ihr angekündigten Fahrplan für Wasserstofftäler<sup>(2)</sup> auf diesen Aspekt einzugehen;
5. weist darauf hin, dass erneuerbarer Wasserstoff die einzige nachhaltige Form von Wasserstoff ist, die mit den Zielen des Grünen Deals vereinbar ist, und betont, dass das Instrument der Europäischen Wasserstoffbank zur Senkung der Kosten für die Erzeugung erneuerbaren Wasserstoffs dienen muss; stellt fest, dass andere CO<sub>2</sub>-arme Wasserstoffquellen kurzfristig eine Rolle dabei spielen könnten, einen möglichst reibungslosen und raschen Übergang zu erneuerbarem Wasserstoff sicherzustellen;
6. weist darauf hin, dass weniger als 4 % der gesamten Wasserstoffherzeugung in der EU auf Elektrolyseure entfallen, und stellt fest, dass die Produktionskapazitäten von Elektrolyseuren in der EU dringend ausgeweitet werden müssen. Gleichzeitig ist sich der AdR der Notwendigkeit bewusst, erneuerbaren Wasserstoff aus Drittländern einzuführen, um die REPowerEU-Ziele zu erreichen; betont, dass die Bemühungen dieser Drittländer zur Verwirklichung ihrer eigenen Energie- und Klimaziele nicht untergraben werden sollten; fordert die Europäische Kommission auf, ausschließlich Einfuhren aus EU-Nachbarländern in Betracht zu ziehen, die die Werte der EU teilen, Nachhaltigkeit anstreben und keine zusätzlichen Emissionen entlang der Lieferkette verursachen; weist darauf hin, dass das CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssystem für Wasserstoff gelten wird, und fordert die Kommission auf, ein solides Zertifizierungssystem für die Einfuhr von erneuerbarem Wasserstoff auf der Grundlage derselben Kriterien, die für die Erzeugung in der EU gelten, vorzulegen; mahnt zur Vorsicht angesichts der möglichen Gefahr, neue Abhängigkeiten zu schaffen;

<sup>(1)</sup> ABl. C 528 vom 30.12.2021, S. 10.

<sup>(2)</sup> REPowerEU — neue Energie dank Wasserstofftälern (Fahrplan), [https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13875-REPowerEU-neue-Energie-dank-Wasserstofftaelern-Fahrplan\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13875-REPowerEU-neue-Energie-dank-Wasserstofftaelern-Fahrplan_de).

7. begrüßt, dass die Europäische Wasserstoffbank auf dem bereits eingeführten Instrument „H2Global“ für Auktionen für Wasserstoffimporte aufbaut, und fordert hierbei, dass nationale, spezifische Importstützungen das Instrument der Wasserstoffimporte der Europäischen Wasserstoffbank ergänzen können; sieht bei den Wasserstoffimporten hohes Potenzial für die Entwicklung von Häfen und derzeitigen LNG-Terminals der Küstenregionen zu Energy Hubs der Zukunft;

8. unterstreicht, dass die Infrastruktur der EU für die Erzeugung, die Speicherung, den Transport, die Verteilung und den Verbrauch von Wasserstoff in der gesamten EU ausgebaut werden muss; betont zudem, dass für eine reibungslose Integration in die Energiesysteme eine integrierte Netzplanung für Strom, Wärme und Gas erforderlich ist; Auktionen im Rahmen der Europäischen Wasserstoffbank können für jeden Sektor organisiert werden<sup>(3)</sup>, um gleiche Wettbewerbsbedingungen für Wettbewerber mit vergleichbaren Kostenstrukturen und -anforderungen zu schaffen;

9. ist sich bewusst, welche Bedeutung die erste Aufforderung der Europäischen Wasserstoffbank für die weitere Förderung von erneuerbarem Wasserstoff im Hinblick auf die Dekarbonisierung industrieller Tätigkeiten, der Energieversorgung und des Schwerverkehrs in der EU hat. Nach der ersten Aufforderung sollten Auktionen organisiert werden, bei denen der Dekarbonisierung derjenigen Industriezweige (einschließlich der Energieerzeugungsindustrie) Vorrang eingeräumt wird, die das größte Potenzial für Emissionseinsparungen aufweisen und am meisten auf eine Deckung der Preisdifferenz angewiesen sind. Vorrang sollte außerdem Sektoren eingeräumt werden, in denen die Elektrifizierung technisch und wirtschaftlich nicht praktikabel ist. Anlagen von nationalem und regionalem strategischem Interesse sollten dabei besonders berücksichtigt werden;

10. fordert die beiden gesetzgebenden Organe auf, dafür zu sorgen, dass der Rechtsrahmen für erneuerbaren Wasserstoff so gestaltet wird, dass die aufstrebende Wirtschaft für erneuerbaren Wasserstoff mit einem angemessenen Schutz der Kunden und erheblichen Investitionen unterstützt wird. Das Legislativpaket „Fit für 55“ und andere wichtige Initiativen wie die Netto-Null-Industrie-Verordnung und das Gesetz zu kritischen Rohstoffen müssen möglichst rasch angenommen werden, damit Auktionen der Europäischen Wasserstoffbank unter Berücksichtigung der lokalen und regionalen Perspektive zeitnah durchgeführt werden können;

11. begrüßt den vorläufigen Haushalt für die erste Auktion der Europäischen Wasserstoffbank in Höhe von 800 Mio. EUR und fordert die Kommission auf, sich rasch an die Durchführung und Bewertung dieser Pilotauktion zu machen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten jedoch auch auf, dafür zu sorgen, dass die für künftige Auktionen der Europäischen Wasserstoffbank insgesamt verfügbaren Mittel z. B. durch zusätzliche Mittel aus dem Emissionshandelssystem (EHS) sowie EU- und nationale Mittel erweitert werden. Dabei könnte auch die jüngst eingerichtete Plattform für strategische Technologien für Europa (STEP) eine Rolle spielen;

12. verweist auf die Bedeutung geografischer Ausgewogenheit, um die Erzeugung und Nutzung von erneuerbarem Wasserstoff in der gesamten EU zu ermöglichen; fordert die Kommission auf, makroregionale Auktionen zu entwickeln und zu diesem Zweck Makroregionen festzulegen, die groß genug sind, um einen angemessenen Wettbewerb zu garantieren und gleichzeitig für geografische Ausgewogenheit zu sorgen; fordert die Kommission ferner auf, einen Verteilungsschlüssel vorzuschlagen, um die Finanzausstattung unter den einzelnen Regionen gerecht aufzuteilen und dadurch insbesondere einen Beitrag zur Transformation der europäischen Industrie im Hinblick auf die Stärkung der globalen Wettbewerbsfähigkeit und des Klimaschutzes zu ermöglichen. Bei dieser regionalen Differenzierung sollten die besonderen Herausforderungen berücksichtigt werden, mit denen Gebiete in äußerster Randlage, Inseln, Berg- und Randgebiete konfrontiert sind, sowie Städte und Regionen mit schwer elektrifizierbaren energieintensiven Industrietätigkeiten, die erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt und die menschliche Gesundheit haben;

13. erkennt die Bedeutung von Regionen an, die durch den Import und den Transport von Wasserstoff eine übergreifende Funktion für eine geografisch ausgewogene Verteilung von Wasserstoff in der EU übernehmen, und fordert die Kommission auf, einen Ausgleichsmechanismus für diese Regionen einzurichten, um die für sie aus dieser Durchleitungsfunktion resultierenden besonderen Härten zu kompensieren;

### **Regionen als Katalysatoren für die Europäische Wasserstoffbank**

14. betont in diesem Zusammenhang weiterhin, dass die Wasserstoffinfrastruktur sowohl auf nationaler Ebene als auch länderübergreifend und grenzüberschreitend ausgebaut werden muss, um Wasserstoff dort zu erzeugen, wo er in Industriezweigen innerhalb der EU vorrangig benötigt wird;

15. betont die immanente Schwäche der unzureichenden Ausfallsicherheit für das gewählte Auktionskonzept. Auktionen zwischen nur einem Lieferanten und Abnehmer erhöhen die Gefahr eines Ausfalls einer der beiden Teilnehmer während der bis zu 10-jährigen operativen Umsetzung mit ggf. fatalen wirtschaftlichen Konsequenzen für die Teilnehmer;

<sup>(3)</sup> Zum Beispiel eine Auktion für Stahl, eine für Ammoniak, eine für die Herstellung von E-Fuels, eine für Mobilität usw.

rät daher dringend zu prüfen, wie das Risiko des Ausfalls eines Auktionsteilnehmers während der operativen Umsetzung verringert werden kann. Hierbei sollten sowohl auf Hersteller- als auch Abnehmerseite effektive und marktübliche Methoden genutzt werden. Für Folgeauktionen ist wiederum zu prüfen, ob auch die Wahl alternativer Auktionsmechanismen (z. B. Doppelauctionen wie mit H2Global) derartige Risiken minimieren kann;

16. weist darauf hin, dass bis 2027 ein effektiver landes- oder gar europaweiter Transport von Wasserstoff per Pipeline nicht möglich sein wird. Daher ist bei den ersten Wasserstoffauktionen damit zu rechnen, dass regionale Aspekte verstärkt eine Rolle spielen werden; weist darauf hin, dass die Europäische Kommission dabei effektive Prüfmaßnahmen ergreifen sollte, um preisverzerrende Absprachen zwischen Verkäufer und Käufer zu unterbinden sowie um die eigentumsrechtliche Verflechtung zwischen Verkäufer und Käufer (z. B. Verkauf an das eigene Unternehmen, Tochterunternehmen oder andere Unternehmen einer eigenen Gruppe) auszuschließen;

17. ist der Ansicht, dass die LRG als Vermittler für die Entwicklung der Wasserstoffwirtschaft fungieren werden, da sie sich als geeignete Plattform für die Schaffung enger Verbindungen zwischen Wasserstoffherzeugern und -abnehmern anbieten. Damit die LRG dieser Vermittlerrolle voll und ganz nachkommen können, müssen Unterstützungsinstrumente geschaffen werden, die ihnen zusätzliche technische Hilfe und den Aufbau von Kapazitäten ermöglichen. Außerdem sollten rechtliche Hindernisse für LRG beseitigt werden, damit sie zur Erzeugung und zum Verkauf von Wasserstoff beitragen können; fordert die Europäische Kommission auf, in dem von ihr angekündigten Fahrplan für Wasserstofftöler<sup>(4)</sup> auf diesen Aspekt einzugehen;

18. fordert die Europäische Kommission auf, die LRG aktiv einzubeziehen, um Angebot und Nachfrage zu bündeln und genaue Daten darüber zu sammeln, wo die wichtigsten Produktions- und Nutzungsstätten von erneuerbarem Wasserstoff in der gesamten EU liegen werden. Hierbei sollte sie besonderes Augenmerk auf Gebiete richten, die mit strukturellen Hindernissen konfrontiert sind;

19. betont, dass energieintensive Industrietätigkeiten, der Schwerverkehr und städtische Gebiete dekarbonisiert werden müssen, wobei Emissionseinsparungen Vorrang eingeräumt und zugleich neue Beschäftigungsmöglichkeiten insbesondere in CO<sub>2</sub>-intensiven Regionen und in Städten geschaffen werden sollen. Aufforderungen der Europäischen Wasserstoffbank sollten die Bereitstellung von erneuerbarem Wasserstoff für die Dekarbonisierung der Städte und industrieller Verfahren, den Ersatz fossiler Brennstoffe für die Herstellung von Derivaten (z. B. Ammoniak) und die Direkteinspritzung von Wasserstoff für die Stahlerzeugung überall dort fördern, wo eine vollständige Elektrifizierung noch nicht möglich ist;

20. fordert die Europäische Kommission auf, künftige Auktionen für emissionsfreie Mobilität, insbesondere für Langstreckenmobilität wie Züge, Flugzeuge, Lastkraftwagen und Schiffe, zu fördern. Eine gute Versorgung mit erneuerbarem Wasserstoff wird — wie in der Verordnung über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe dargelegt — zum Aufbau von Wasserstofftankstellen in der gesamten EU beitragen;

21. betont, wie wichtig die Wasserstoffinfrastruktur ist, um die Effizienz der Aufforderungen der Europäischen Wasserstoffbank zu stärken sowie die Erzeugung und Nutzung von subventioniertem erneuerbarem Wasserstoff in der gesamten EU zu steigern. Wasserstoff-Pipelines haben sich als der billigere Träger für den Wasserstofftransport erwiesen; weist allerdings darauf hin, wie wichtig es ist, die lokale und regionale Erzeugung und Nutzung von erneuerbarem Wasserstoff möglichst umfassend zu fördern, auch im Geiste des Konzepts der Wasserstofftöler;

22. bekräftigt, dass die Wasserstoffherzeugung durch Elektrolyse zwar erhebliche Wassermengen (zwischen 18 und 24 kg pro kg Wasserstoff<sup>(5)</sup>) erfordert, aber im Vergleich zu anderen wasserintensiven Industrien dennoch ein nachhaltiger Ansatz der Wassernutzung sein kann; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten jedoch auf, der Ressourceneffizienz und der Wasserrahmenrichtlinie<sup>(6)</sup> besondere Aufmerksamkeit zu widmen, vor allem mit Blick auf Regionen, die von Dürre bedroht sind; die Vermeidung von Wassernutzungskonflikten sollte ein vorrangiges Ziel von Partnerschaften mit Drittländern, insbesondere in Trockengebieten, sein; spricht sich für eine weitere Erforschung von Technologien für Ressourceneffizienz und zur Wasserentsalzung sowie von Lösungen zur Vermeidung von Verschmutzung durch Salzwasser aus, die den Energieverbrauch und die Umweltauswirkungen minimieren;

### **Finanzierung des Übergangs zu erneuerbarem Wasserstoff — die Europäische Wasserstoffbank und Unterstützungsmaßnahmen**

23. fordert eine weitere Verbesserung des künftigen Haushalts, um Anreize für eine größere Marktverbreitung zu schaffen, die wirksame Beteiligung kleinerer Unternehmen und kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) zu ermöglichen und Industriesektoren, in denen die Kosten des Übergangs höher sein werden, besser zu unterstützen;

<sup>(4)</sup> REPowerEU — neue Energie dank Wasserstofftöler (Fahrplan), [https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13875-REPowerEU-neue-Energie-dank-Wasserstofftöler-Fahrplan\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13875-REPowerEU-neue-Energie-dank-Wasserstofftöler-Fahrplan_de).

<sup>(5)</sup> Quelle: Internationale Agentur für erneuerbare Energien.

<sup>(6)</sup> Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (Abl. L 327 vom 22.12.2000, S. 1).

24. fordert die Europäische Kommission auf, im Rahmen des Haushalts der Europäischen Wasserstoffbank mehr EHS-Mittel bereitzustellen. Der überarbeitete Innovationsfonds mit einer umfangreicheren Ausstattung und neuen Kategorien von zu unterstützenden Projekten würde längere Zeitfenster für Auktionen der Europäischen Wasserstoffbank und eine Erhöhung des Unterstützungsvolumens ermöglichen. In diesem Szenario könnten mehr Aufforderungen pro Jahr, Sektor oder Makroregion organisiert werden, die geeignet wären, einen gleichmäßig verteilten Markt für erneuerbaren Wasserstoff in Europa anzustoßen;

25. fordert die Europäische Kommission nachdrücklich auf, zu berücksichtigen, dass nicht nur mehr Ressourcen für die Aufforderungen der Europäischen Wasserstoffbank gebraucht werden, sondern auch für deren Umsetzung durch die LRG in Bezug auf technisches und/oder administratives Fachwissen. Zu diesem Zweck sollten Synergien mit bestehenden Instrumenten wie dem Instrument für technische Unterstützung und JASPERS (the joint assistance to support projects in European regions) ausgelotet werden. In jedem Fall sollten außerdem geeignete Fachschulungen im Rahmen von Kursen sichergestellt werden, die von den Mitgliedstaaten finanziert würden;

26. fordert die Kommission auf, zu überdenken, wie die Unterstützung durch die Europäische Wasserstoffbank mit Mitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, dem Fonds für einen gerechten Übergang und dem Programm „InvestEU“ der Europäischen Investitionsbank (EIB) zusammengelegt werden kann, auch um die Einführung von Wasserstoff in den Industriezweigen zu unterstützen, in denen eine Emissionsminderung schwierig ist. Diese Art der Unterstützung wird letztlich dem Aufbau von Produktionsanlagen und ihrer Infrastruktur zugutekommen und eine leichtere Mobilisierung öffentlicher und privater Ressourcen ermöglichen;

27. stellt fest, dass weniger entwickelte Regionen aufgrund ihrer besonderen Bedürfnisse und Kapazitäten möglicherweise zusätzliche Unterstützung für die Durchführung und Überwachung von Vorhaben für erneuerbaren Wasserstoff benötigen; fordert die Europäische Kommission auf, eng mit den Kommunal- und Regionalbehörden in diesen Regionen zusammenzuarbeiten, um maßgeschneiderte Lösungen zu entwickeln, die Verwaltungsverfahren zu optimieren und Unterstützung beim Umgang mit dem komplexen Regelwerk zu leisten;

28. betont, dass insbesondere die erste Pilotauktion auch darauf abzielen sollte, kleinere, im Aufbau befindliche Projekte anzuziehen; fordert die Kommission daher auf, den Verwaltungsaufwand zu verringern und einige Gestaltungselemente des Mechanismus — namentlich die Mindestanforderung für die installierte Elektrolysekapazität und die Beschränkung der Gebotsgröße — anzupassen, um kleinen und mittleren Unternehmen die Teilnahme zu erleichtern;

29. fordert die Kommission nachdrücklich auf, einen Indexierungsmechanismus für gewährte feste Prämien einzuführen, um die Erzeugung von erneuerbarem Wasserstoff vor unvorhergesehenen Inflationsschwankungen zu schützen;

30. stimmt mit der Europäischen Kommission darin überein, dass bei der finanziellen Unterstützung aus Auktionen — mit Ausnahmen, die in den Bedingungen der einzelnen Auktionen festgelegt sind — die Kumulierung der im Rahmen der Auktion gewährten Unterstützung mit staatlichen Beihilfen ausgeschlossen werden sollte; fordert die Europäische Kommission dennoch auf, die Ergebnisse der ersten Auktion im Hinblick auf eine Lockerung der Kumulierungsregeln für künftige Auktionen zu bewerten, solange dies nicht zu Wettbewerbsverzerrungen führt;

31. begrüßt den Vorschlag der Europäischen Kommission, das Konzept von „Auktionen als Dienstleistung“ einzuführen, da die Mitgliedstaaten auf diese Weise Verwaltungskosten sparen könnten; regt an, vor der Ausweitung dieses Konzepts auf andere Formen der Unterstützung eine Bewertung durchzuführen;

### **Schaffung von Arbeitsplätzen und bereichsübergreifende Maßnahmen**

32. weist darauf hin, dass die LRG die besten Möglichkeiten haben, um die Kompetenzentwicklung und die Umschulung der Arbeitskräfte vor allem in schwer zu dekarbonisierenden Gebieten zu fördern. Sowohl im technischen als auch im Verwaltungsbereich werden allein durch die Wasserstofferzeugung bis 2030 schätzungsweise 249 000 neue Arbeitsplätze geschaffen<sup>(7)</sup>, für die gesamte Wasserstoffwertschöpfungskette wird bis 2030 von 1 Mio. neuen Arbeitsplätzen ausgegangen<sup>(8)</sup>;

33. betont, dass die Auktionen der Europäischen Wasserstoffbank und ihr Erfolg davon abhängen werden, wie die Umsetzung der Programme im lokalen und regionalen Kontext gestaltet wird. Die Wasserstofftöler und die damit verbundene Infrastruktur werden eine wesentliche Rolle spielen, da sie alle Glieder der Wasserstoffwertschöpfungskette bündeln sowie Innovationen und die lokale Wirtschaft fördern; begrüßt die in der Netto-Null-Industrie-Verordnung<sup>(9)</sup> vorgeschlagene Einrichtung von Exzellenzzentren und europäischen Akademien, in denen auch das technische und administrative Fachpersonal entsprechend geschult werden soll;

<sup>(7)</sup> Schätzungen von Hydrogen Europe.

<sup>(8)</sup> <https://greenskillsforhydrogen.eu/wp-content/uploads/2023/04/Final-deliverable-T2.1.pdf>.

<sup>(9)</sup> Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens für Maßnahmen zur Stärkung des europäischen Ökosystems der Fertigung von Netto-Null-Technologieprodukten (Netto-Null-Industrie-Verordnung) (COM(2023) 161).

34. fordert die Mitgliedstaaten sowie die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften auf, ein umweltorientiertes öffentliches Beschaffungswesen zu nutzen, damit verstärkt Waren eingekauft werden, bei deren Herstellung erneuerbarer Wasserstoff verwendet wurde, sofern keine nachhaltigeren Möglichkeiten vorhanden sind. Hierdurch wird die Entwicklung europäischer Wertschöpfungsketten für die Herstellung von Geräten und Bauteilen für die Wasserstoffherzeugung und somit EU-weit eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung gefördert;

35. fordert die Europäische Kommission auf, die Rolle der LRG im Rahmen der Verwaltung der Wasserstoffbank insgesamt zu überdenken, da sie die wichtigsten Akteure sind, wenn es um Genehmigungen für den zusätzlichen Einsatz erneuerbarer Energien, die Zuweisung von Gebieten für entsprechende Vorhaben und die Festlegung und Anwendung von Umweltstandards geht; fordert auch die Schaffung eines förderlichen Regelungsrahmens für Energie, Industrie und Landschaftsschutz seitens der EU und der Mitgliedstaaten, der der lokalen und regionalen Ebene Handlungsspielraum lässt. In diesem Zusammenhang werden die LRG eine Schlüsselrolle spielen, wenn es um die Festlegung von Umweltschutzmaßnahmen in Bezug auf Produktionsanlagen und die damit verbundene Infrastruktur geht. Zu diesem Zweck könnten die Mitgliedstaaten den LRG möglicherweise auch mehr Entscheidungsautonomie gewähren, um die entsprechenden Prozesse zu beschleunigen;

36. unterstreicht, wie wichtig es ist, die Fragmentierung der Unternehmen und Initiativen der EU (z. B. Gemeinsames Unternehmen für sauberen Wasserstoff, Beobachtungsstelle für Brennstoffzellen und Wasserstoff, Europäische Allianz für sauberen Wasserstoff), die sich mit Wasserstoff befassen, zu begrenzen, ohne die öffentlichen Investitionen in Forschung, Entwicklung und Innovation zu kürzen;

37. begrüßt zwar die Bemühungen der Kommission, die Erzeugung von erneuerbarem Wasserstoff zu steigern, hält es aber für erforderlich, den Grundsatz der Kreislaufwirtschaft während des gesamten Produktionszyklus nicht aus den Augen zu verlieren, insbesondere in Gebieten, in denen die Möglichkeiten für die Nutzung bestimmter erneuerbarer Energiequellen durch die Morphologie eingeschränkt sind.

Brüssel, den 30. November 2023

*Der Präsident*  
*des Europäischen Ausschusses der Regionen*  
Vasco ALVES CORDEIRO



C/2024/1048

9.2.2024

**Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen — EU-Rahmen für die Korruptionsbekämpfung**

(C/2024/1048)

<b>Hauptberichterstatter:</b>	Jean-Luc VANRAES (BE/Renew Europe), Mitglied des Gemeinderates von Uccle/Ukkel
<b>Referenzdokumente:</b>	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Bekämpfung der Korruption, zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2003/568/JI des Rates und des Übereinkommens über die Bekämpfung der Bestechung, an der Beamte der Europäischen Gemeinschaften oder der Mitgliedstaaten der Europäischen Union beteiligt sind, sowie zur Änderung der Richtlinie (EU) 2017/1371 des Europäischen Parlaments und des Rates  COM(2023) 234 final  Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament, den Rat und den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss über die Bekämpfung von Korruption  JOIN(2023) 12 final

**I. EMPFEHLUNGEN FÜR ÄNDERUNGEN**

**COM(2023) 234 final**

**Änderung 1**

Erwägungsgrund 24

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung des AdR
Mitglieder des Parlaments und andere öffentliche Bedienstete können Befreiungen oder Rechtsschutz vor Ermittlungen oder Strafverfolgung genießen, was zur Stärkung ihrer Unabhängigkeit beiträgt, da sie vor unbegründeten Beschwerden, insbesondere in Bezug auf die in Ausübung ihres Amtes erfolgten Äußerungen oder Abstimmungen, geschützt werden. Diese Befreiungen können jedoch die wirksame Ermittlung und Verfolgung von Korruptionsdelikten behindern, unter anderem dadurch, dass sie die Aufdeckung und Ermittlung oder Verfolgung anderer Personen beeinträchtigen, die keine Befreiung genießen und möglicherweise an der Straftat beteiligt waren. Darüber hinaus untergräbt die Anwendung der Befreiungen ohne geeignete Verfahren zu ihrer Aufhebung in Fällen, in denen der Verdacht der Beteiligung an Straftaten besteht, die Glaubwürdigkeit öffentlicher Einrichtungen. Daher sollte zwischen den Befreiungen und Vorrechten vor Gericht, die öffentlichen Bediensteten für in Ausübung ihres Dienstes vorgenommene Handlungen gewährt werden, und der Möglichkeit, Korruptionsdelikte wirksam zu untersuchen, zu verfolgen und gerichtlich darüber zu entscheiden, ein angemessenes Gleichgewicht bestehen.	Mitglieder des Parlaments und andere öffentliche Bedienstete können Befreiungen oder Rechtsschutz vor Ermittlungen oder Strafverfolgung genießen, was zur Stärkung ihrer Unabhängigkeit beiträgt, da sie vor unbegründeten Beschwerden, insbesondere in Bezug auf die in Ausübung ihres Amtes erfolgten Äußerungen oder Abstimmungen, geschützt werden. Diese Befreiungen können jedoch die wirksame Ermittlung und Verfolgung von Korruptionsdelikten behindern, unter anderem dadurch, dass sie die Aufdeckung und Ermittlung oder Verfolgung anderer Personen beeinträchtigen, die keine Befreiung genießen und möglicherweise an der Straftat beteiligt waren. Darüber hinaus untergräbt die Anwendung der Befreiungen ohne geeignete Verfahren zu ihrer Aufhebung in Fällen, in denen der Verdacht der Beteiligung an Straftaten besteht, die Glaubwürdigkeit öffentlicher Einrichtungen. Daher sollte zwischen den Befreiungen und Vorrechten vor Gericht, die öffentlichen Bediensteten für in Ausübung ihres Dienstes vorgenommene Handlungen gewährt werden, und der Möglichkeit, Korruptionsdelikte wirksam zu untersuchen, zu verfolgen und gerichtlich darüber zu entscheiden, ein angemessenes Gleichgewicht bestehen, <b>wenn und solange dies mit dem Rechts- und Verfassungssystem des jeweiligen Mitgliedstaats im Einklang steht.</b>

**Begründung**

Solche Regelungen müssen immer im Einklang mit den politischen und verfassungsmäßigen Strukturen der Mitgliedstaaten stehen.

**Änderung 2**

Erwägungsgrund 33

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung des AdR
<p>Für eine wirksame Korruptionsbekämpfung ist ein effizienter Informationsaustausch zwischen den für die Verhütung, Aufdeckung, Ermittlung oder strafrechtliche Verfolgung von Korruptionsdelikten zuständigen Behörden von entscheidender Bedeutung. Die Mitgliedstaaten sollten sicherstellen, dass die Informationen im Einklang mit dem nationalen Recht und dem Unionsrecht wirksam und rechtzeitig ausgetauscht werden. Diese Richtlinie, mit der gemeinsame Definitionen von Korruptionsdelikten festgelegt werden sollen, sollte für den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen nationalen Behörden gemäß den Richtlinien (EU) XX/2023<sup>52</sup>, (EU) 2019/1153<sup>53</sup> und (EU) 2016/681<sup>54</sup> des Europäischen Parlaments und des Rates, den Verordnungen (EU) 2018/1240<sup>55</sup>, (EU) 2018/1862<sup>56</sup> und (EU) 603/2013<sup>57</sup> des Europäischen Parlaments und des Rates und dem Beschluss 2008/633/JI<sup>58</sup> des Rates als Referenz dienen.</p>	<p>Für eine wirksame Korruptionsbekämpfung ist ein effizienter Informationsaustausch zwischen den für die Verhütung, Aufdeckung, Ermittlung oder strafrechtliche Verfolgung von Korruptionsdelikten zuständigen Behörden von entscheidender Bedeutung. Die Mitgliedstaaten sollten sicherstellen, dass die Informationen im Einklang mit dem nationalen Recht und dem Unionsrecht wirksam und rechtzeitig <b>zwischen den zuständigen föderalen, staatlichen sowie regionalen und lokalen Behörden innerhalb eines Mitgliedstaats sowie zwischen diesen Behörden und den Behörden anderer Mitgliedstaaten</b> ausgetauscht werden. Diese Richtlinie, mit der gemeinsame Definitionen von Korruptionsdelikten festgelegt werden sollen, sollte für den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen nationalen Behörden gemäß den Richtlinien (EU) XX/2023<sup>52</sup>, (EU) 2019/1153<sup>53</sup> und (EU) 2016/681<sup>54</sup> des Europäischen Parlaments und des Rates, den Verordnungen (EU) 2018/1240<sup>55</sup>, (EU) 2018/1862<sup>56</sup> und (EU) 603/2013<sup>57</sup> des Europäischen Parlaments und des Rates und dem Beschluss 2008/633/JI<sup>58</sup> des Rates als Referenz dienen.</p>

**Begründung**

Ein integrierter Ansatz zur Korruptionsbekämpfung erfordert einen reibungslosen Informationsaustausch nicht nur zwischen den Mitgliedstaaten, sondern auch innerhalb der Staaten, wenn die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften über entsprechende Befugnisse verfügen, und zwischen den subnationalen Regierungen verschiedener Mitgliedstaaten, namentlich in Fällen grenzüberschreitender Korruption.

**Änderung 3**

Artikel 2

Begriffsbestimmungen

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung des AdR
<p>Für die Zwecke dieser Richtlinie bezeichnet der Ausdruck</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. „Korruptionsprävention“ die Aufdeckung und Beseitigung der Ursachen von und der Voraussetzungen für Korruption durch die Entwicklung und Umsetzung eines Systems geeigneter Maßnahmen sowie die Abschreckung vor korruptionsbezogenen Handlungen;</li> <li>2. „Vermögensgegenstand“ Gelder oder Vermögenswerte aller Art, ob körperlich oder nichtkörperlich, beweglich oder unbeweglich, materiell oder immateriell, und Rechtstitel oder Urkunden in jeder — einschließlich elektronischer oder digitaler — Form, die das Eigentum oder andere Rechte an solchen Vermögenswerten belegen;</li> </ol>	<p>Für die Zwecke dieser Richtlinie bezeichnet der Ausdruck</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. „Korruptionsprävention“ die Aufdeckung und Beseitigung der Ursachen von und der Voraussetzungen für Korruption durch die Entwicklung und Umsetzung eines Systems geeigneter Maßnahmen sowie die Abschreckung vor korruptionsbezogenen Handlungen;</li> <li>2. „Vermögensgegenstand“ Gelder oder Vermögenswerte aller Art, ob körperlich oder nichtkörperlich, beweglich oder unbeweglich, materiell oder immateriell, und Rechtstitel oder Urkunden in jeder — einschließlich elektronischer oder digitaler — Form, die das Eigentum oder andere Rechte an solchen Vermögenswerten belegen;</li> </ol>

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung des AdR
<p>3. „öffentlicher Bediensteter“</p> <p>a) einen Unionsbeamten oder einen nationalen Beamten eines Mitgliedstaats oder eines Drittstaats;</p> <p>b) eine andere Person, der in einem Mitgliedstaat oder einem Drittstaat öffentliche Aufgaben übertragen wurden und die diese Aufgaben wahrnimmt, <b>die mit hoheitlichen Befugnissen ausgestattet wurde oder die der Kontrolle oder Aufsicht öffentlicher Stellen unterliegt;</b></p> <p>4. „Unionsbeamter“ eine Person, die</p> <p>a) ein Mitglied eines Organs, einer Einrichtung oder einer sonstigen Stelle der Union oder ein den Unionsbeamten gleichgestellter Bediensteter dieser Einrichtungen ist;</p> <p>b) ein Beamter oder sonstiger Bediensteter, der von der Union durch Vertrag eingestellt wird, im Sinne des in der Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 259/68 des Rates festgelegten Statuts der Beamten und der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union (im Folgenden „Statut“) ist;</p> <p>c) der Union von einem Mitgliedstaat oder von einer öffentlichen oder privaten Einrichtung zur Verfügung gestellt wird und dort Aufgaben wahrnimmt, die den Aufgaben der Beamten oder sonstigen Bediensteten der Union entsprechen;</p> <p>5. „nationaler Beamter“ jede Person, die auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene ein Amt im Bereich der Exekutive, Verwaltung oder Justiz innehat, unabhängig davon, ob die Person ernannt oder gewählt wurde, ob es sich um ein dauerhaftes oder befristetes Beschäftigungsverhältnis handelt, ob es sich um eine vergütete oder nicht vergütete Tätigkeit handelt und unabhängig vom Dienstalter der betreffenden Person. Ferner gilt jede Person, die auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene ein Amt im Bereich der Gesetzgebung innehat, für die Zwecke dieser Richtlinie als nationaler Beamter.</p>	<p>3. „öffentlicher Bediensteter“</p> <p>a) einen Unionsbeamten oder einen nationalen Beamten eines Mitgliedstaats oder eines Drittstaats, <b>unabhängig davon, ob die Person ernannt oder gewählt wurde, ob es sich um eine dauerhafte oder befristete oder um eine vergütete oder nicht vergütete Tätigkeit handelt;</b></p> <p>c) <b>eine Person, die in staatseigenen Unternehmen, einer regionalen oder lokalen Gebietskörperschaft oder in Stiftungen zur Verwaltung von Vermögenswerten und in Privatunternehmen, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen, tätig ist;</b></p> <p>b) eine andere Person, der in einem Mitgliedstaat oder einem Drittstaat, <b>für eine internationale Organisation oder für ein internationales Gericht</b> öffentliche Aufgaben übertragen wurden und die diese Aufgaben wahrnimmt;</p> <p>d) <b>eine andere Person, der für eine internationale Organisation oder für ein internationales Gericht öffentliche Aufgaben übertragen wurden und die diese Aufgaben wahrnimmt.</b></p> <p>4. „Unionsbeamter“ eine Person, die</p> <p>a) ein Mitglied eines Organs, einer Einrichtung oder einer sonstigen Stelle der Union oder ein den Unionsbeamten gleichgestellter Bediensteter dieser Einrichtungen ist;</p> <p>b) ein Beamter oder sonstiger Bediensteter, der von der Union durch Vertrag eingestellt wird, im Sinne des in der Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 259/68 des Rates festgelegten Statuts der Beamten und der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union (im Folgenden „Statut“) ist;</p> <p>c) der Union von einem Mitgliedstaat oder von einer öffentlichen oder privaten Einrichtung zur Verfügung gestellt wird und dort Aufgaben wahrnimmt, die den Aufgaben der Beamten oder sonstigen Bediensteten der Union entsprechen;</p> <p>5. „nationaler Beamter“ jede Person, die auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene ein Amt im Bereich der Exekutive, Verwaltung oder Justiz innehat, unabhängig davon, ob die Person ernannt oder gewählt wurde, ob es sich um ein dauerhaftes oder befristetes Beschäftigungsverhältnis handelt, ob es sich um eine vergütete oder nicht vergütete Tätigkeit handelt und unabhängig vom Dienstalter der betreffenden Person. Ferner gilt jede Person, die auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene ein Amt im Bereich der Gesetzgebung innehat, für die Zwecke dieser Richtlinie als nationaler Beamter.</p>

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung des AdR
<p>6. „Pflichtverletzung“ zumindest jegliches treuwidrige Verhalten, das eine Verletzung einer gesetzlich vorgeschriebenen Pflicht bzw. einer beruflichen Vorschrift oder Weisung darstellt, die für den geschäftlichen Aufgabenbereich einer Person gilt, die für ein Unternehmen im privaten Sektor in leitender oder sonstiger Stellung tätig ist;</p> <p>7. „juristische Person“ jedes Rechtssubjekt, das nach dem jeweils geltenden nationalen Recht Rechtspersönlichkeit besitzt, mit Ausnahme von Staaten oder öffentlich-rechtlicher Körperschaften in der Ausübung ihrer Hoheitsrechte und von öffentlich-rechtlichen internationalen Organisationen;</p> <p>8. „hochrangige Beamte“ Staatsoberhäupter, Chefs von Zentral- und Regionalregierungen, Mitglieder von Zentral- und Regionalregierungen sowie andere politische Mandats-träger, die ein hochrangiges öffentliches Amt innehaben, wie stellvertretende Minister, Staatssekretäre, Leiter und Mitglieder des Kabinetts eines Ministers, hochrangige politische Amtsträger sowie Mitglieder von Parlamentskammern, Mitglieder der höchsten Gerichte wie Verfassungsgerichte und oberste Gerichtshöfe sowie Mitglieder der obersten Rechnungskontrollbehörden.</p>	<p>6. „Pflichtverletzung“ zumindest jegliches treuwidrige Verhalten, das eine Verletzung einer gesetzlich vorgeschriebenen Pflicht bzw. einer beruflichen Vorschrift oder Weisung darstellt, die für den geschäftlichen Aufgabenbereich einer Person gilt, die für ein Unternehmen im privaten Sektor in leitender oder sonstiger Stellung tätig ist;</p> <p>7. „juristische Person“ jedes Rechtssubjekt, das nach dem jeweils geltenden nationalen Recht Rechtspersönlichkeit besitzt, mit Ausnahme von Staaten oder öffentlich-rechtlicher Körperschaften in der Ausübung ihrer Hoheitsrechte und von öffentlich-rechtlichen internationalen Organisationen;</p> <p>8. „hochrangige Beamte“ Staatsoberhäupter, Chefs von Zentral- und Regionalregierungen, Mitglieder von Zentral- und Regionalregierungen sowie andere politische Mandats-träger, die ein hochrangiges öffentliches Amt innehaben, wie stellvertretende Minister, Staatssekretäre, Leiter und Mitglieder des Kabinetts eines Ministers, hochrangige politische Amtsträger sowie Mitglieder von Parlamentskammern, Mitglieder der höchsten Gerichte wie Verfassungsgerichte und oberste Gerichtshöfe sowie Mitglieder der obersten Rechnungskontrollbehörden.</p>

### Begründung

Durch die Änderung wird die Begriffsbestimmung mit Erwägungsgrund 9 des Vorschlags in Einklang gebracht.

### Änderung 4

Artikel 5

Ressourcen

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung des AdR
<p>Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die für die Aufdeckung, Ermittlung, Verfolgung und Ahndung der in dieser Richtlinie genannten Straftaten zuständigen nationalen Behörden dauerhaft über ausreichendes qualifiziertes Personal und die finanziellen, technischen und technologischen Ressourcen verfügen, die für die wirksame Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Zusammenhang mit der Durchführung dieser Richtlinie erforderlich sind.</p>	<p>Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die für die Aufdeckung, Ermittlung, Verfolgung und Ahndung der in dieser Richtlinie genannten Straftaten zuständigen nationalen, <b>regionalen und lokalen</b> Behörden dauerhaft über ausreichendes qualifiziertes Personal und die finanziellen, technischen und technologischen Ressourcen verfügen, die für die wirksame Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Zusammenhang mit der Durchführung dieser Richtlinie erforderlich sind.</p>

### Begründung

Die Änderung soll der Tatsache Rechnung tragen, dass in einigen Mitgliedstaaten die entsprechenden Befugnisse den subnationalen Regierungsebenen übertragen wurden.

**Änderung 5**

Artikel 7

Bestechung im öffentlichen Sektor

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung des AdR
<p>Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die folgenden Handlungen unter Strafe gestellt werden, <b>wenn sie vorsätzlich begangen wurden:</b></p> <p>a) Handlungen, bei denen jemand unmittelbar oder über einen Mittelsmann einem öffentlichen Bediensteten einen Vorteil jedweder Art für ihn selbst oder für einen Dritten <b>als Gegenleistung dafür</b> verspricht, anbietet oder gewährt, <b>dass der Bedienstete</b> eine Diensthandlung oder eine Handlung bei der Ausübung seines Dienstes <b>vornimmt</b> oder <b>unterlässt</b> (Bestechung);</p> <p>b) Handlungen, bei denen ein öffentlicher Bediensteter unmittelbar oder über einen Mittelsmann für sich selbst oder für einen Dritten einen Vorteil jedweder Art als Gegenleistung dafür fordert, annimmt oder sich versprechen lässt, dass er eine Diensthandlung oder eine Handlung bei der Ausübung seines Dienstes vornimmt oder unterlässt (Bestechlichkeit).</p>	<p>Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die folgenden Handlungen unter Strafe gestellt werden:</p> <p>a) Handlungen, bei denen jemand unmittelbar oder über einen Mittelsmann öffentlichen Bediensteten einen Vorteil jedweder Art für <b>sie</b> selbst oder für einen Dritten verspricht, anbietet oder gewährt, um <b>die</b> Bediensteten dazu zu veranlassen, eine Dienstpflicht oder jede Handlung in Ausübung <b>ihres</b> Amtes in einer Weise vorzunehmen oder zu unterlassen, die ihren dienstlichen Pflichten zuwiderläuft (Bestechung);</p> <p>b) Handlungen, bei denen <b>öffentliche Bedienstete</b> unmittelbar oder über einen Mittelsmann für sich selbst oder für einen Dritten einen Vorteil jedweder Art als Gegenleistung dafür <b>fordern, annehmen</b> oder sich versprechen <b>lassen</b>, dass er eine Diensthandlung oder eine Handlung bei der Ausübung seines Dienstes in einer Weise vornimmt oder unterlässt, die <b>ihren</b> dienstlichen Pflichten zuwiderläuft (Bestechlichkeit).</p>

**Begründung**

Diese Änderung soll die Begriffsbestimmung angesichts der verschiedenen sprachlichen Fassungen der einschlägigen Bestimmungen präzisieren: Artikel 3 des Übereinkommens aufgrund von Artikel K.3 Absatz 2 Buchstabe c des Vertrags über die Europäische Union über die Bekämpfung der Bestechung, an der Beamte der Europäischen Gemeinschaften oder der Mitgliedstaaten der Europäischen Union beteiligt sind, und Artikel 4 Absatz 2 Buchstaben a und b der Richtlinie (EU) 2017/1371 des Europäischen Parlaments und des Rates <sup>(1)</sup> über die strafrechtliche Bekämpfung von gegen die finanziellen Interessen der Union gerichtetem Betrug.

**Änderung 6**

Artikel 8

Bestechung im privaten Sektor

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung des AdR
<p>Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass folgende Handlungen unter Strafe gestellt werden, wenn sie vorsätzlich und im Rahmen von wirtschaftlichen, finanziellen, geschäftlichen oder gewerblichen Tätigkeiten begangen wurden:</p>	<p>Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass folgende Handlungen unter Strafe gestellt werden, wenn sie vorsätzlich und im Rahmen von wirtschaftlichen, finanziellen, geschäftlichen oder gewerblichen Tätigkeiten begangen wurden:</p>

<sup>(1)</sup> Richtlinie (EU) 2017/1371 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2017 über die strafrechtliche Bekämpfung von gegen die finanziellen Interessen der Union gerichtetem Betrug (ABl. L 198 vom 28.7.2017, S. 29).

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung des AdR
<p>a) Handlungen, bei denen jemand unmittelbar oder über einen Mittelsmann einer Person, die für ein Unternehmen im privaten Sektor in leitender oder sonstiger Stellung tätig ist, einen ungerechtfertigten Vorteil jedweder Art für diese Person selbst oder für einen Dritten <b>als Gegenleistung dafür</b> verspricht, anbietet oder gewährt, <b>dass</b> diese Person unter Verletzung ihrer Pflichten eine Handlung <b>vornimmt</b> oder <b>unterlässt</b> (Bestechung);</p> <p>b) Handlungen, bei denen jemand, der in einem Unternehmen im privaten Sektor in leitender oder sonstiger Stellung tätig ist, unmittelbar oder über einen Mittelsmann für sich selbst oder für einen Dritten einen ungerechtfertigten Vorteil jedweder Art als Gegenleistung dafür fordert, annimmt oder sich versprechen lässt, dass er <b>unter Verletzung seiner Pflichten</b> eine Handlung vornimmt oder unterlässt (Bestechlichkeit).</p>	<p>a) Handlungen, bei denen jemand unmittelbar oder über einen Mittelsmann einer Person, die für ein Unternehmen im privaten Sektor in leitender oder sonstiger Stellung tätig ist, einen ungerechtfertigten Vorteil jedweder Art für diese Person selbst oder für einen Dritten <b>in der Absicht</b> verspricht, anbietet oder gewährt, diese Person <b>dazu zu veranlassen</b>, unter Verletzung ihrer Pflichten eine Handlung <b>vorzunehmen</b> oder <b>zu unterlassen</b> (Bestechung);</p> <p>b) Handlungen, bei denen jemand, der in einem Unternehmen im privaten Sektor in leitender oder sonstiger Stellung tätig ist, unmittelbar oder über einen Mittelsmann für sich selbst oder für einen Dritten einen ungerechtfertigten Vorteil jedweder Art als Gegenleistung dafür fordert, annimmt oder sich versprechen lässt, dass er eine Handlung <b>in einer Weise</b> vornimmt oder unterlässt, <b>die seinen dienstlichen Pflichten zuwiderläuft</b> (Bestechlichkeit).</p>

### Begründung

Diese Änderung soll die Begriffsbestimmung angesichts der verschiedenen sprachlichen Fassungen der einschlägigen Bestimmung präzisieren: der Rahmenbeschluss 2003/568/JI des Rates<sup>(2)</sup> vom 22. Juli 2003 zur Bekämpfung der Bestechung im privaten Sektor.

### Änderung 7

Artikel 15a (neu)

Verbot von Begnadigungen und Amnestien

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung des AdR
	<b>Die Mitgliedstaaten treffen im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip die erforderlichen Maßnahmen, um Begnadigungen, Amnestien und Straferlässe für die in dieser Richtlinie genannten Straftaten eindeutig zu definieren, und legen die Verfahren und Umstände für die Anwendung dieser Gnadenakte fest.</b>

### Begründung

Gemäß dem Subsidiaritätsprinzip ist es Sache der Mitgliedstaaten, über die Anwendung solcher Maßnahmen zu entscheiden.

### Änderung 8

Artikel 19

Vorrechte oder Befreiung von der Ermittlung und strafrechtlichen Verfolgung von Korruptionsdelikten

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung des EWSA
<b>Die Mitgliedstaaten treffen</b> die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Vorrechte oder Befreiungen von der Ermittlung und Strafverfolgung, die nationalen Beamten für in dieser Richtlinie genannte Straftaten gewährt werden, durch ein objektives, unparteiisches, wirksames und transparentes Verfahren aufgehoben werden können, das im Voraus auf der Grundlage klarer Kriterien gesetzlich festgelegt und innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens abgeschlossen wird.	<b>Wenn dies mit ihrem Rechtssystem und ihren verfassungsmäßigen Grundsätzen vereinbar ist, treffen die Mitgliedstaaten</b> die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Vorrechte oder Befreiungen von der Ermittlung und Strafverfolgung, die nationalen Beamten für in dieser Richtlinie genannte Straftaten gewährt werden, durch ein objektives, unparteiisches, wirksames und transparentes Verfahren aufgehoben werden können, das im Voraus auf der Grundlage klarer Kriterien gesetzlich festgelegt und innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens abgeschlossen wird.

<sup>(2)</sup> ABl. L 192 vom 31.7.2003, S. 54.

## Begründung

Solche Maßnahmen müssen gemäß Artikel 4 Absatz 2 EUV immer im Einklang mit den politischen und verfassungsmäßigen Strukturen der Mitgliedstaaten stehen.

## II. POLITISCHE EMPFEHLUNGEN

DER EUROPÄISCHE AUSSCHUSS DER REGIONEN (AdR)

1. betont, dass die Korruptionsbekämpfung unerlässlich ist, um die Rechtsstaatlichkeit zu gewährleisten; weist nachdrücklich darauf hin, dass der jüngsten Eurobarometer-Spezial-Umfrage über Korruption<sup>(?)</sup> zufolge nahezu drei Viertel (74 %) der Europäerinnen und Europäer von Korruption in den nationalen öffentlichen Institutionen und 73 % der Befragten von Korruption in den lokalen oder regionalen öffentlichen Institutionen ihres Landes ausgehen;
2. fordert, diese Bedrohung auf allen Regierungs- und Verwaltungsebenen — auf lokaler, regionaler, nationaler und EU-Ebene — anzugehen, da die Bürgerinnen und Bürger ein hohes Maß an Integrität von den öffentlichen Bediensteten erwarten; weist eindringlich darauf hin, dass Korruptionsfälle auf EU-Ebene das Vertrauen der Öffentlichkeit in die EU-Institutionen ernsthaft untergraben;
3. betont, dass sich jeder Mitgliedstaat hierzu mit seinem Beitritt zur Europäischen Union verpflichtet hat. Gut funktionierende und stabile demokratische Institutionen, eine unabhängige Justiz, die Achtung der Menschenrechte und die Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität sind allesamt Voraussetzungen für die in den Kopenhagener Kriterien geforderte Rechtsstaatlichkeit (anhand dieser Kriterien werden alle Bewerberländer beurteilt);
4. bekräftigt, dass Korruption eine große Bedrohung für die lokale und regionale Regierungsführung und die Demokratie in Europa darstellt und dass die Korruptionsbekämpfung unverzichtbar ist, um die europäischen demokratischen Werte zu wahren sowie das wirksame Funktionieren und das Wachstum des europäischen Binnenmarkts zu schützen;
5. weist darauf hin, dass Menschen in Regionen mit mehr erlebter Korruption bei ansonsten identischen Bedingungen im Durchschnitt eine geringere Lebenszufriedenheit aufweisen; hebt die erheblichen Auswirkungen der Korruption auf weniger entwickelte Regionen hervor, wodurch dort der Fortschritt behindert und Ungleichheiten verschärft werden, und betont, dass gezielte Initiativen zur Korruptionsbekämpfung in diesen Regionen erforderlich sind, um die soziale und wirtschaftliche Entwicklung zu fördern;
6. begrüßt das allgemeine Ziel der von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Richtlinie zur Korruptionsbekämpfung, die einschlägigen Rechtsvorschriften in den Mitgliedstaaten zu harmonisieren. Der Vorschlag entspricht Artikel 83 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, in dem Korruption als europäischer Kriminalitätsbereich eingestuft wird, d. h. als besonders schwere Straftat mit grenzüberschreitender Dimension, sodass die EU unter bestimmten Umständen Mindestvorschriften in diesem Bereich erlassen kann. Die grenzüberschreitende Dimension der Korruption und die erheblichen Diskrepanzen im Anwendungsbereich des Strafrechts in den einzelnen Mitgliedstaaten erfordern eine stärkere EU-weite Koordinierung und Festlegung gemeinsamer Standards; erkennt zugleich an, dass die vollständige Umsetzung der Richtlinie in nationales Strafrecht schwierig und langwierig sein wird;
7. hält angesichts der Tatsache, dass Korruption die europäische Demokratie und die Integrität der Wahlen auf allen Regierungsebenen untergräbt, die in der Richtlinie vorgeschlagene zusätzliche Sanktion des Entzugs des passiven Wahlrechts auf der Grundlage einer gemeinsamen Definition von Korruption in der gesamten EU für begrüßenswert, zumal der nationale Gesetzgeber gemäß dem Vorschlag lediglich die Möglichkeit dieser in Artikel 15 Absatz 4 aufgeführten zusätzlichen oder alternativen Sanktionen und Maßnahmen vorsehen muss;
8. ist davon überzeugt, dass aufgrund der transnationalen Dimension der Korruption und ihrer zunehmenden Verbindung mit der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität und unter Berücksichtigung der bereits bestehenden EU-Rechtsvorschriften Maßnahmen auf EU-Ebene besser geeignet sind als Maßnahmen einzelner Mitgliedstaaten. Daher erscheint der Vorschlag mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar. Darüber hinaus steht er im Einklang mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, da er auf notwendige und verhältnismäßige Maßnahmen beschränkt ist, um Korruption wirksam zu verhindern und zu bekämpfen sowie internationale Verpflichtungen und Standards umzusetzen. Da der Vorschlag die Form einer Richtlinie hat, haben die Mitgliedstaaten außerdem ausreichenden Spielraum bei der Umsetzung;

---

<sup>(?)</sup> Citizens' attitudes towards corruption in the EU in 2023 — Juli 2023 — Eurobarometer-Umfrage (<https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/2658>).

9. betont, dass auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene bereits umfassende Instrumente zur Korruptionsbekämpfung existieren, deren Wirksamkeit jedoch noch immer durch Umsetzungs- und Durchsetzungslücken sowie Kooperationshemmnisse beeinträchtigt wird; in diesem Bereich sind größere Anstrengungen erforderlich;
10. unterstreicht, wie wichtig es ist, die Richtlinie über die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (CSRD) <sup>(4)</sup> rechtzeitig in die Rechtssysteme der Mitgliedstaaten umzusetzen, insbesondere im Hinblick auf die Pflicht von Unternehmen zur Offenlegung von Unternehmensführungsfaktoren wie Unternehmensethik und Unternehmenskultur, einschließlich ihrer Maßnahmen zur Bekämpfung von Korruption und Bestechung und zum Schutz von Hinweisgebern; erkennt die entscheidende Rolle von Bildungs-, Umschulungs- und Weiterbildungsprogrammen bei der Förderung ethischer Werte, der Integrität und des Bewusstseins für die Korruptionsbekämpfung bei den Bürgerinnen und Bürgern an und fordert verstärkte Investitionen in Bildungsinitiativen zur Förderung einer Kultur der Integrität und Rechenschaftspflicht;
11. unterstützt die Bemühungen vieler Regional- und Lokalverwaltungen zur Verbreitung bewährter Verfahren, insbesondere in den Bereichen Vergabe öffentlicher Aufträge, Transparenzstandards, Offenlegung von Vermögenswerten, Vermeidung und Ahndung von Interessenkonflikten sowie Kontrolle der öffentlichen Ausgaben; betont in diesem Zusammenhang, wie wichtig der Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten ist, um so die Transparenz und Rechenschaftspflicht zu verbessern;
12. verweist auf die enge Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Ausschuss der Regionen und dem Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates bei der Korruptionsbekämpfung, beispielsweise durch eine gemeinsame Konferenz über die Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei der Korruptionsprävention und der Förderung einer verantwortungsvollen Regierungsführung;
13. würdigt den vom Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates (KGRE) angenommenen Europäischen Verhaltenskodex für alle an der kommunalen und regionalen Governance beteiligten Personen als hervorragendes Beispiel dafür, dass die Korruptionsbekämpfung nunmehr eine langfristige Priorität der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften und ihrer Vereinigungen darstellt; verweist auf die Entschließung 433(2018) des KGRE <sup>(5)</sup>, in der die Gebietskörperschaften aufgefordert werden, diesen Kodex selbst anzunehmen bzw. vergleichbare Verhaltenskodizes zu erarbeiten und bekannt zu machen.
14. fordert, diesen Kodex durch einen gemeinsamen jährlichen Dialog und einen Follow-Up-Bericht von AdR und KGRE als wirksames Instrument zur Überwachung der Korruptionsbekämpfung bekannt zu machen und weiterzuverfolgen;
15. empfiehlt, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften ihre bestehenden Ethik- und Integritätsrahmen und die Nutzung einer ganzen Reihe von Aktivitäten und Instrumenten überprüfen, um potenziell korrupte Praktiken besser bekämpfen und hohe ethische Standards für die Bürgerinnen und Bürgern gewährleisten zu können;
16. ruft die Gemeinden und Regionen auf, sich an dem Kodex und den Leitlinien des KGRE zu orientieren und ihre Strategien und Verhaltenskodizes zur Korruptionsbekämpfung weiterzuentwickeln bzw. zu überarbeiten, unter anderem in den Bereichen Transparenz und offene Methoden der Regierungsführung, Vermeidung von Interessenkonflikten und Klientelismus durch Register über die finanziellen und nichtfinanziellen Interessen öffentlicher Bediensteter, wirksamer Schutz von Hinweisgebern zur Stärkung des Meldeverhaltens, Bekämpfung von Vettern-, Klüngel- oder Günstlingswirtschaft, Gewährleistung uneingeschränkter Transparenz bei der öffentlichen Auftragsvergabe und Verhinderung des Missbrauchs administrativer Ressourcen im Wahlkampf;
17. betont, dass im Erweiterungsprozess die Angleichung mit bereits bestehender EU-Gesetzgebung, die Achtung der Rechtsstaatlichkeit und Antikorruptionsreformen maßgeblich das Tempo für den EU-Beitritt von Kandidatenländern bestimmen. Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in den Kandidatenländern sollten ihren eigenen Strategien zur Korruptionsbekämpfung Vorrang einräumen und hohe Integritäts- und Transparenzstandards in den von ihnen verwalteten und beaufsichtigten öffentlichen Einrichtungen fördern;
18. unterstreicht, dass das Baugewerbe im Zusammenhang mit der Stadtentwicklung, die Abfallwirtschaft, die Hafengewirtschaft (einschließlich der Bedrohung durch Korruption im Zusammenhang mit Drogenhandel) und das öffentliche Beschaffungswesen zu den Wirtschaftszweigen gehören, die auf lokaler Ebene am anfälligsten für Korruption sind und ein besonderes Vorgehen mit gezielten Antikorruptionsstrategien erfordern; fordert die Einrichtung zugänglicher und benutzerfreundlicher Online-Portale in den Mitgliedstaaten, die umfassende Informationen über die Vergabe öffentlicher Aufträge, Mittel und Ausgaben auf lokaler und regionaler Ebene bereitstellen und so die Transparenz fördern und es den Bürgern ermöglichen, die Verwendung öffentlicher Mittel zu kontrollieren;

<sup>(4)</sup> Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (ABl. L 322 vom 16.12.2022, S. 15).

<sup>(5)</sup> <https://rm.coe.int/CoERMPublicCommonSearchServices/DisplayDCTMContent?documentId=09000016808fec35>.

19. würdigt die bisherigen Bemühungen der Gemeinden und Regionen in der gesamten Europäischen Union, Korruption zu verhindern und Vertrauen in Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu schaffen, etwa durch Einsetzung von Integritätsausschüssen, die Förderung bewährter Verfahren, Transparenz, Rechenschaftspflicht, Kontrolle von Investitions- und Beschaffungsmethoden, die Digitalisierung der Arbeitsabläufe, die Gewährleistung fairer Wettbewerbsbedingungen, die Durchsetzung lokaler Vorschriften und die Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen insgesamt;
20. begrüßt die zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich auch positiv auf die Rechenschaftspflicht öffentlicher Verwaltungen hinsichtlich der Transparenz öffentlicher Ausgaben ausgewirkt haben; spricht sich für eine aktive Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen an den Bemühungen zur Korruptionsbekämpfung und die Förderung der Zusammenarbeit zwischen lokalen Gebietskörperschaften, der Zivilgesellschaft und den Bürgern aus;
21. fordert eine angemessene Vergütung der Bürgermeister und Gemeinderäte, insbesondere kleiner Gemeinden, und die Anerkennung ihrer Aufgabe als Vollzeittätigkeit, um so gute Verwaltung und integre Regierungsführung von der Basis an zu stärken;
22. betont, dass Interessens- und Vermögenserklärungen vereinfacht und zentralisiert werden sollten, um den Verwaltungsaufwand für die dazu verpflichteten Personen und Einrichtungen zu verringern. Bei der Regelung des Zugangs zu diesen Erklärungen sollte sorgfältig zwischen dem Schutz der Privatsphäre und den Erwartungen der Öffentlichkeit hinsichtlich Transparenz abgewogen werden;
23. unterstreicht, dass eine regelmäßige Follow-up-Berichterstattung über die umgesetzten Verhaltenskodizes unerlässlich ist. Darüber hinaus bedarf es regelmäßiger Schulungen und sektorspezifischer Risikobewertungen für öffentliche Verwaltungen sowie Leitlinien für die Interaktion zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor auf lokaler und regionaler Ebene; empfiehlt den Mitgliedstaaten, standardisierte Berichterstattungsmechanismen einzurichten, um Transparenz in den verschiedenen Sektoren einheitlich anzuwenden. Transparenzberichte sollten öffentlich und leicht zugänglich sein, damit die Bürger die Behörden für ihre Tätigkeit zur Rechenschaft ziehen können;
24. fordert die Einführung wirksamer Präventivmaßnahmen, unter anderem durch begleitende Informations- und Forschungsprogramme, um die Öffentlichkeit entsprechend zu sensibilisieren;
25. würdigt die Rolle der Medien bei der Korruptionsbekämpfung unter Wahrung der Grundsätze eines verantwortungsvollen Journalismus und ethischen Verhaltens, insbesondere in Bezug auf das Grundrecht der Unschuldsvermutung; spricht sich für die Entwicklung und Umsetzung digitaler Lösungen wie Online-Plattformen für die Meldung von Korruptionsfällen aus, um anonyme Meldungen zu erleichtern und das Bewusstsein der Öffentlichkeit für korruptionsbezogene Probleme zu schärfen;
26. ist entschlossen, aktiv zur Einrichtung des interinstitutionellen Ethikgremiums und zur Erarbeitung von Transparenzregeln für die Organe und Einrichtungen der EU beizutragen; verpflichtet sich zur Unterstützung von Initiativen zur Verbesserung der Rechenschaftspflicht und des ethischen Verhaltens innerhalb der Organe und Einrichtungen der EU; spricht sich für die Schaffung eines umfassenden und einheitlichen Rahmens für die Berichterstattung über ethische Verstöße und deren Bekämpfung in sämtlichen EU-Institutionen aus, um in Integritätsfragen für Kohärenz und Fairness zu sorgen;
27. unterstützt den Vorschlag zur Überarbeitung seines Verhaltenskodex als Beispiel für institutionelle Integrität und Transparenz.
28. bekundet sein großes Interesse an der Beteiligung an den Arbeiten des EU-Netzes zur Korruptionsbekämpfung, das von der Europäischen Kommission eingerichtet wurde, denn er ist fest davon überzeugt, dass die lokale und regionale Perspektive für die wirksame Korruptionsbekämpfung von zentraler Bedeutung ist.

Brüssel, den 29. November 2023

*Der Präsident  
des Europäischen Ausschusses der Regionen*  
Vasco ALVES CORDEIRO



C/2024/1049

9.2.2024

**Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen — EU-Rechtsakt zur Cybersolidarität und zur digitalen Resilienz**

(C/2024/1049)

<b>Berichterstatter:</b>	Pebr GRANFALK (SE/EVP), Mitglied des Gemeinderates von Solna
<b>Referenzdokument:</b>	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Maßnahmen zur Stärkung der Solidarität und der Kapazitäten in der Union für die Erkennung, Vorsorge und Bewältigung von Cybersicherheitsbedrohungen und -vorfällen  COM(2023) 209 final

**I. EMPFEHLUNGEN FÜR ÄNDERUNGEN**

**COM(2023) 209**

**Änderung 1**

Erwägungsgrund 1

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung des AdR
Die Nutzung und Abhängigkeit von Informations- und Kommunikationstechnologien sind von grundlegender Bedeutung in allen Wirtschaftssektoren, da öffentliche Verwaltungen, Unternehmen und Bürger stärker als je zuvor branchen- und grenzübergreifend miteinander vernetzt und voneinander abhängig sind.	Die Nutzung und Abhängigkeit von Informations- und Kommunikationstechnologien sind von grundlegender Bedeutung in allen Wirtschaftssektoren, <b>haben aber auch Schwachstellen offenbart</b> , da öffentliche Verwaltungen, Unternehmen und Bürger stärker als je zuvor branchen- und grenzübergreifend miteinander vernetzt und voneinander abhängig sind.

**Begründung**

Erübrigt sich.

**Änderung 2**

Erwägungsgrund 3

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung des AdR
Es ist notwendig, die Wettbewerbsposition der Industrie- und Dienstleistungssektoren in der Union in der gesamten digitalisierten Wirtschaft zu stärken und ihren digitalen Wandel zu unterstützen, indem das Cybersicherheitsniveau im digitalen Binnenmarkt erhöht wird. Wie in drei verschiedenen Vorschlägen der Konferenz zur Zukunft Europas empfohlen, muss die Resilienz der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen und Einrichtungen, die kritische Infrastrukturen betreiben, gegenüber den zunehmenden Cybersicherheitsbedrohungen, die verheerende gesellschaftliche und wirtschaftliche Auswirkungen haben können, erhöht werden. [...]	Es ist notwendig, die Wettbewerbsposition der Industrie- und Dienstleistungssektoren in der Union in der gesamten digitalisierten Wirtschaft zu stärken und ihren digitalen Wandel zu unterstützen, indem das Cybersicherheitsniveau im digitalen Binnenmarkt erhöht wird. Wie in drei verschiedenen Vorschlägen der Konferenz zur Zukunft Europas empfohlen, muss die Resilienz der Bürgerinnen und Bürger, der Unternehmen, <b>der öffentlichen Verwaltung auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene sowie der</b> Einrichtungen, die kritische Infrastrukturen betreiben, gegenüber den zunehmenden Cybersicherheitsbedrohungen, die verheerende gesellschaftliche und wirtschaftliche Auswirkungen haben können, erhöht werden. [...]

**Begründung**

Die lokale und regionale Verwaltung erbringt sowohl bürgernahe als auch für die Gesellschaft kritische Dienstleistungen und ist eines der wesentlichsten Elemente eines dynamischen europäischen Marktes.

**Änderung 3**

Erwägungsgrund 29

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung des AdR
<p>Im Rahmen der Vorsorgemaßnahmen sollten koordinierte Tests und eine entsprechende Bewertung der Cybersicherheit von in hochkritischen Sektoren tätigen Einrichtungen gemäß der Richtlinie (EU) 2022/2555 unterstützt werden, um einen kohärenten Ansatz zu fördern und die Sicherheit in der gesamten Union und ihrem Binnenmarkt zu erhöhen. Dazu sollte die Kommission mit Unterstützung der ENISA und in Zusammenarbeit mit der durch die Richtlinie (EU) 2022/2555 eingesetzten NIS-Kooperationsgruppe regelmäßig einschlägige Sektoren oder Teilsektoren festlegen, die für eine finanzielle Unterstützung für koordinierte Tests auf Unionsebene in Betracht kommen sollen. Die Sektoren oder Teilsektoren sollten aus Anhang I der Richtlinie (EU) 2022/2555 („Sektoren der hohen Kritikalität“) ausgewählt werden. Die koordinierten Tests [...]</p>	<p>Im Rahmen der Vorsorgemaßnahmen sollten koordinierte Tests und eine entsprechende Bewertung der Cybersicherheit von in hochkritischen Sektoren tätigen Einrichtungen gemäß der Richtlinie (EU) 2022/2555 unterstützt werden, um einen kohärenten Ansatz zu fördern und die Sicherheit in der gesamten Union und ihrem Binnenmarkt zu erhöhen. Dazu sollte die Kommission mit Unterstützung der ENISA und in Zusammenarbeit mit der durch die Richtlinie (EU) 2022/2555 eingesetzten NIS-Kooperationsgruppe regelmäßig einschlägige Sektoren oder Teilsektoren festlegen, die für eine finanzielle Unterstützung für koordinierte Tests auf Unionsebene in Betracht kommen sollen. Die Sektoren oder Teilsektoren sollten <b>ebenso wie Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung auf regionaler und lokaler Ebene, unabhängig davon, ob sie nach nationalem Recht als hochkritisch gelten</b>, aus Anhang I der Richtlinie (EU) 2022/2555 („Sektoren der hohen Kritikalität“) ausgewählt werden. Die koordinierten Tests [...]</p>

**Begründung**

Da die Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, lokale und regionale Gebietskörperschaften bei der Umsetzung der NIS-2-Richtlinie<sup>(1)</sup> auszuschließen, sollte sichergestellt werden, dass diese stattdessen im Rechtsakt zur Cybersolidarität berücksichtigt werden.

**Änderung 4**

Erwägungsgrund 30

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung des AdR
<p>Darüber hinaus sollte der Cybernotfallmechanismus Unterstützung für andere Vorsorgemaßnahmen und die Abwehrbereitschaft in anderen Sektoren bieten, die nicht von den koordinierten Tests von in <b>hochkritischen</b> Sektoren tätigen Einrichtungen erfasst werden. Diese Maßnahmen könnten verschiedene Arten nationaler Vorsorgemaßnahmen umfassen.</p>	<p>Darüber hinaus sollte der Cybernotfallmechanismus Unterstützung für andere Vorsorgemaßnahmen und die Abwehrbereitschaft in anderen Sektoren bieten, die nicht von den koordinierten Tests von in <b>kritischen</b> Sektoren tätigen Einrichtungen erfasst werden. <b>Dasselbe sollte auch für die öffentliche Verwaltung gelten, unabhängig davon, ob sie nach nationalem Recht als kritisch gilt.</b> Diese Maßnahmen könnten verschiedene Arten nationaler Vorsorgemaßnahmen umfassen.</p>

<sup>(1)</sup> Richtlinie (EU) 2022/2555 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 über Maßnahmen für ein hohes gemeinsames Cybersicherheitsniveau in der Union, zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 und der Richtlinie (EU) 2018/1972 sowie zur Aufhebung der Richtlinie (EU) 2016/1148 (NIS-2-Richtlinie) (ABl. L 333 vom 27.12.2022, S. 80).

**Begründung**

Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sollten die Möglichkeit erhalten, die Unterstützung des Cybernotfallmechanismus in Anspruch zu nehmen.

**Änderung 5**

Erwägungsgrund 33

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung des AdR
<p>Es sollte schrittweise eine Cybersicherheitsreserve auf Unionsebene eingerichtet werden, die aus Diensten privater Anbieter verwalteter Sicherheitsdienste besteht, um die Reaktion und sofortige Wiederherstellung im Falle von schwerwiegenden Cybersicherheitsvorfällen und Cybersicherheitsvorfällen großen Ausmaßes zu unterstützen. Die EU-Cybersicherheitsreserve sollte die Verfügbarkeit und Einsatzbereitschaft der betroffenen Dienste gewährleisten. Die Dienste der EU-Cybersicherheitsreserve sollten dazu dienen, den nationalen Behörden bei der Unterstützung betroffener <b>in kritischen oder hochkritischen Sektoren tätiger</b> Einrichtungen ergänzend zu ihren eigenen Maßnahmen auf nationaler Ebene zu helfen. Wenn die Mitgliedstaaten Unterstützung aus der EU-Cybersicherheitsreserve beantragen, sollten sie angeben, welche Unterstützung die betroffene Einrichtung auf nationaler Ebene erhält, und dies sollte bei der Prüfung des Antrags des Mitgliedstaats berücksichtigt werden. Die Dienste der EU-Cybersicherheitsreserve können auch dazu dienen, die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union unter ähnlichen Bedingungen zu unterstützen.</p>	<p>Es sollte schrittweise eine Cybersicherheitsreserve auf Unionsebene eingerichtet werden, die aus Diensten privater Anbieter verwalteter Sicherheitsdienste besteht, um die Reaktion und sofortige Wiederherstellung im Falle von schwerwiegenden Cybersicherheitsvorfällen und Cybersicherheitsvorfällen großen Ausmaßes zu unterstützen. Die EU-Cybersicherheitsreserve sollte die Verfügbarkeit und Einsatzbereitschaft der betroffenen Dienste gewährleisten. Die Dienste der EU-Cybersicherheitsreserve sollten dazu dienen, den nationalen Behörden bei der Unterstützung betroffener Einrichtungen ergänzend zu ihren eigenen Maßnahmen auf nationaler Ebene zu helfen. Wenn die Mitgliedstaaten Unterstützung aus der EU-Cybersicherheitsreserve beantragen, sollten sie angeben, welche Unterstützung die betroffene Einrichtung auf nationaler Ebene erhält, und dies sollte bei der Prüfung des Antrags des Mitgliedstaats berücksichtigt werden. Die Dienste der EU-Cybersicherheitsreserve können auch dazu dienen, die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union unter ähnlichen Bedingungen zu unterstützen.</p>

**Begründung**

Nicht nur in kritischen oder hochkritischen Sektoren sollten betroffene Einrichtungen eine Unterstützung der EU-Cybersicherheitsreserve erhalten.

**Änderung 6**

Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe b

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung des AdR
<p>Stärkung der Abwehrbereitschaft der in kritischen und hochkritischen Sektoren tätigen Einrichtungen in der gesamten Union und Stärkung der Solidarität durch den Aufbau gemeinsamer Kapazitäten für die Reaktion auf schwerwiegende Cybersicherheitsvorfälle und Cybersicherheitsvorfälle großen Ausmaßes, indem u. a. die Unionsunterstützung für die Bewältigung von Cybersicherheitsvorfällen auch Drittländern, die mit dem Programm Digitales Europa (DEP) assoziiert sind, zur Verfügung gestellt wird;</p>	<p>Stärkung der Abwehrbereitschaft der in kritischen und hochkritischen Sektoren tätigen Einrichtungen <b>sowie der öffentlichen Verwaltung auf nationaler und subnationaler Ebene</b> in der gesamten Union und Stärkung der Solidarität durch den Aufbau gemeinsamer Kapazitäten für die Reaktion auf schwerwiegende Cybersicherheitsvorfälle und Cybersicherheitsvorfälle großen Ausmaßes, indem u. a. die Unionsunterstützung für die Bewältigung von Cybersicherheitsvorfällen auch Drittländern, die mit dem Programm Digitales Europa (DEP) assoziiert sind, zur Verfügung gestellt wird;</p>

**Begründung**

Behörden der subnationalen Ebene sollten ebenfalls in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fallen.

**Änderung 7**

Artikel 4 Absatz 1 Unterabsatz 2

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung des AdR
Es muss in der Lage sein, als Bezugspunkt und Zugangstor zu anderen öffentlichen und privaten Organisationen auf nationaler Ebene für die Sammlung und Auswertung von Informationen über Cybersicherheitsbedrohungen und -vorfälle zu fungieren und zu einem grenzübergreifenden SOC beizutragen. [...]	Es muss in der Lage sein, als Bezugspunkt und Zugangstor zu anderen öffentlichen und privaten Organisationen auf nationaler <b>und subnationaler</b> Ebene für die Sammlung und Auswertung von Informationen über Cybersicherheitsbedrohungen und -vorfälle zu fungieren und zu einem grenzübergreifenden SOC beizutragen. [...]

**Begründung**

Die nationalen Sicherheitseinsatzzentren (SOCs) sollten auch Informationen von Stellen der regionalen und lokalen Ebene sammeln und auswerten.

**Änderung 8**

Artikel 5 Absatz 2

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung des AdR
Im Anschluss an eine Aufforderung zur Interessenbekundung wählt das ECCC ein Aufnahmekonsortium zur Teilnahme an einer gemeinsamen Beschaffung von Instrumenten und Infrastrukturen mit dem ECCC aus. Das ECCC kann dem Aufnahmekonsortium eine Finanzhilfe zur Finanzierung des Betriebs der Instrumente und Infrastrukturen gewähren. Der Finanzbeitrag der Union deckt bis zu 75 % der Beschaffungskosten der Instrumente und Infrastrukturen und bis zu 50 % der Betriebskosten; die verbleibenden Kosten <b>trägt</b> das Aufnahmekonsortium. Bevor das Verfahren für die Beschaffung der Instrumente und Infrastrukturen eingeleitet wird, schließen das ECCC und das Aufnahmekonsortium eine Aufnahme- und Nutzungsvereinbarung, in der die Verwendung der Instrumente und Infrastrukturen geregelt wird.	Im Anschluss an eine Aufforderung zur Interessenbekundung wählt das ECCC ein Aufnahmekonsortium zur Teilnahme an einer gemeinsamen Beschaffung von Instrumenten und Infrastrukturen mit dem ECCC aus. Das ECCC kann dem Aufnahmekonsortium eine Finanzhilfe zur Finanzierung des Betriebs der Instrumente und Infrastrukturen gewähren. Der Finanzbeitrag der Union deckt bis zu 75 % der Beschaffungskosten der Instrumente und Infrastrukturen und bis zu 50 % der Betriebskosten; die verbleibenden Kosten <b>deckt</b> das Aufnahmekonsortium <b>aus anderen Mitteln als denen im Rahmen der Verordnung (EU) Nr. 1060/2021 (Dachverordnung)</b> . Bevor das Verfahren für die Beschaffung der Instrumente und Infrastrukturen eingeleitet wird, schließen das ECCC und das Aufnahmekonsortium eine Aufnahme- und Nutzungsvereinbarung, in der die Verwendung der Instrumente und Infrastrukturen geregelt wird.

**Begründung**

Maßnahmen im Rahmen des Rechtsakt zur Cybersolidarität sollten nicht aus kohäsionspolitischen Programmen finanziert werden.

**Änderung 9**

Artikel 9 Absatz 1

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung des AdR
Ein Cybernotfallmechanismus wird eingerichtet, um die Resilienz der Union gegenüber <b>großen</b> Cybersicherheitsbedrohungen zu verbessern, sie im Geiste der Solidarität auf die kurzfristigen Auswirkungen von schwerwiegenden Cybersicherheitsvorfällen und Cybersicherheitsvorfällen großen Ausmaßes vorzubereiten und diese Auswirkungen einzudämmen (im Folgenden der „Mechanismus“).	Ein Cybernotfallmechanismus wird eingerichtet, um die Resilienz der Union gegenüber Cybersicherheitsbedrohungen zu verbessern, sie im Geiste der Solidarität auf die kurzfristigen Auswirkungen von schwerwiegenden Cybersicherheitsvorfällen und Cybersicherheitsvorfällen großen Ausmaßes vorzubereiten und diese Auswirkungen einzudämmen (im Folgenden der „Mechanismus“).

**Begründung**

Der Cybernotfallmechanismus sollte der Vorbereitung auf kurzfristige Auswirkungen aller Arten von Cybersicherheitsvorfällen und ihrer Eindämmung dienen.

**Änderung 10**

Artikel 10 Absatz 2 (neu)

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung des AdR
	<b>2. Die Kommission verfasst jährlich einen Bericht, in dem die Funktionsweise des Mechanismus sowie der etwaige Bedarf von zusätzlichen Anforderungen an die Zusammenarbeit oder an Schulungen bewertet werden.</b>

**Begründung**

Die Kommission sollte regelmäßige Berichte vorlegen, da der Bereich der Cybersicherheit stets in Bewegung ist und Anforderungen zeitnah an die Realität angepasst werden müssen.

**Änderung 11**

Artikel 11 Absatz 1

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung des AdR
Zur Unterstützung der in Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe a genannten koordinierten Tests der Abwehrbereitschaft von Einrichtungen in der gesamten Union legt die Kommission nach Konsultation der NIS-Kooperationsgruppe und der ENISA die betroffenen Sektoren oder Teilsektoren aus den in Anhang I der Richtlinie (EU) 2022/2555 aufgeführten Sektoren bzw. Teilsektoren fest, aus denen Einrichtungen solchen koordinierten Tests der Abwehrbereitschaft unterzogen werden können, wobei bestehende und geplante koordinierte Risikobewertungen und Resilienztests auf Unionsebene zu berücksichtigen sind.	Zur Unterstützung der in Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe a genannten koordinierten Tests der Abwehrbereitschaft von Einrichtungen in der gesamten Union legt die Kommission nach Konsultation der NIS-Kooperationsgruppe und der ENISA die betroffenen Sektoren oder Teilsektoren aus den in Anhang I der Richtlinie (EU) 2022/2555 aufgeführten Sektoren bzw. Teilsektoren, <b>einschließlich der öffentlichen Verwaltungen auf lokaler Ebene</b> , fest, aus denen Einrichtungen solchen koordinierten Tests der Abwehrbereitschaft unterzogen werden können, wobei bestehende und geplante koordinierte Risikobewertungen und Resilienztests auf Unionsebene zu berücksichtigen sind.

**Begründung**

Lokale und regionale Behörden sollten die Möglichkeit erhalten, vom Cybernotfallmechanismus zu profitieren. Der Änderungsantrag setzt die Forderung des Berichterstatters in seinem Änderungsantrag 3 (zu Erwägungsgrund 30) in die Artikel um.

**Änderung 12**

Artikel 14 Absatz 2 Buchstabe b

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung des AdR
Art der betroffenen Einrichtung, wobei Sicherheitsvorfälle, die wesentliche Einrichtungen im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 der Richtlinie (EU) 2022/2555 betreffen, eine höhere Priorität haben.	Art der betroffenen Einrichtung, <b>einschließlich Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung auf regionaler und lokaler Ebene</b> , wobei Sicherheitsvorfälle, die wesentliche Einrichtungen im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 der Richtlinie (EU) 2022/2555 betreffen, eine höhere Priorität haben.

**Begründung**

Klarstellung des Anwendungsbereichs unter Einbeziehung subnationaler Einrichtungen.

**Änderung 13**

Artikel 18 Absatz 1

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung des AdR
Auf Ersuchen der Kommission, des EU-CyCLONe-Netzes oder des CSIRTs-Netzes nimmt die ENISA eine Überprüfung und Bewertung von Bedrohungen, Schwachstellen und Eindämmungsmaßnahmen im Zusammenhang mit einem bestimmten schwerwiegenden Cybersicherheitsvorfall oder Cybersicherheitsvorfall großen Ausmaßes vor. Nach Abschluss der Überprüfung und Bewertung eines Sicherheitsvorfalls legt die ENISA dem CSIRTs-Netz, dem EU-CyCLONe-Netz und der Kommission einen Bericht über die Überprüfung des Sicherheitsvorfalls vor, um sie — insbesondere auch im Hinblick auf die in den Artikeln 15 und 16 der Richtlinie (EU) 2022/2555 festgelegten Aufgaben — bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu unterstützen. Soweit dies zweckmäßig ist, gibt die Kommission den Bericht an den Hohen Vertreter weiter.	Auf Ersuchen der Kommission, des EU-CyCLONe-Netzes oder des CSIRTs-Netzes nimmt die ENISA eine Überprüfung und Bewertung von Bedrohungen, Schwachstellen und Eindämmungsmaßnahmen im Zusammenhang mit einem bestimmten schwerwiegenden Cybersicherheitsvorfall oder Cybersicherheitsvorfall großen Ausmaßes vor. Nach Abschluss der Überprüfung und Bewertung eines Sicherheitsvorfalls legt die ENISA dem CSIRTs-Netz, dem EU-CyCLONe-Netz und der Kommission einen Bericht über die Überprüfung des Sicherheitsvorfalls vor, um sie — insbesondere auch im Hinblick auf die in den Artikeln 15 und 16 der Richtlinie (EU) 2022/2555 festgelegten Aufgaben — bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu unterstützen. <b>Soweit möglich, übermittelt das CSIRTs-Netz den Bericht den Behörden auf subnationaler Ebene.</b> Soweit dies zweckmäßig ist, gibt die Kommission den Bericht an den Hohen Vertreter weiter.

**Begründung**

Klarstellung des Anwendungsbereichs unter Einbeziehung subnationaler Einrichtungen.

**II. POLITISCHE EMPFEHLUNGEN****STANDPUNKT DES EUROPÄISCHEN AUSSCHUSSES DER REGIONEN**

Der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) begrüßt den Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Verordnung zur Stärkung der europäischen Zusammenarbeit im Bereich der Cybersicherheit. Die EU-Mitgliedstaaten sind heute eng miteinander verbunden und digital vernetzt, was sich in den kommenden Jahren noch weiter verstärken wird. Der Ausschuss begrüßt daher die Initiative der Kommission, gemeinsam gegen die Cyberbedrohungen vorzugehen, die eine Folge der zunehmenden Digitalisierung sind. Im Vorschlag wird auf die steigende Zahl von Cybervorfällen — nicht zuletzt in den Bereichen, für die Städte und Regionen zuständig sind — hingewiesen. Es wird betont, dass es notwendig ist, für Sicherheitsvorfälle in kritischen Funktionsbereichen der Gesellschaft Vorsorge zu treffen, diese zu bewältigen und aus ihnen zu lernen. Nach Ansicht des AdR können die Vorschläge der Kommission zu einer höheren digitalen Resilienz in der Union beitragen.

1. Um das Ziel eines digital widerstandsfähigen Europa zu erreichen, müssen Politikerinnen und Politiker sowie Bürgerinnen und Bürger verstehen, dass die Kräfte im Bereich der Cybersicherheit gebündelt werden müssen. Der AdR fordert daher die Mitgliedstaaten, die Kommission und alle lokalen Gebietskörperschaften auf, gemeinsam für den Handlungsbedarf sowie für die Notwendigkeit zu sensibilisieren, die Investitionen in die digitale Resilienz, insbesondere auf lokaler und regionaler Ebene, zu erhöhen und die Entwicklung von Instrumenten zum Schutz vor Ransomware-Angriffen auf Finanzstrukturen in Erwägung zu ziehen. Dies erfordert angemessene finanzielle und technische Maßnahmen sowie Qualifizierungsmaßnahmen.

2. Der Ausschuss stellt fest, dass der Vorschlag in vielerlei Hinsicht auf die NIS-2-Richtlinie Bezug nimmt und sich auf diese stützt. Bei der nationalen Umsetzung der NIS-2-Richtlinie bestimmen die einzelnen Mitgliedstaaten, ob lokale Behörden in den Anwendungsbereich der NIS-2-Richtlinie fallen<sup>(?)</sup>. Da jeder Mitgliedstaat entscheiden kann, ob er Gemeinden bei der Umsetzung der NIS-2-Richtlinie als wesentliche oder wichtige Einrichtungen definiert, werden sich etwaige Unterschiede zwischen den Ländern darauf auswirken, welchen Ansatz die Länder beim Cybersolidaritätsgesetz in der derzeit vorgeschlagenen Form verfolgen. Damit lokale Behörden, die in einigen Mitgliedstaaten mit wesentlichen Diensten betraut sind, nicht vom Anwendungsbereich des Cybersolidaritätsgesetzes ausgeschlossen werden, sollte im Rechtstext klargestellt werden, dass diese Behörden unabhängig davon, ob sie unter die NIS-2-Richtlinie fallen oder nicht, als einbezogen gelten.

3. Angesichts der Tatsache, dass die Cybersicherheit ein Eckpfeiler der digitalen Interoperabilität ist, müssen die Bemühungen um die Verbesserung der Interoperabilität zwischen den Regionen unbedingt durch robuste Cybersicherheitsmaßnahmen unterstützt werden. Es gilt sicherzustellen, dass die Interoperabilität von Regionen in ganz Europa nicht durch Cyberbedrohungen behindert wird.

4. Städte und Regionen müssen von den einzurichtenden Strukturen konkrete Unterstützung erhalten und nicht lediglich verpflichtet werden, ihnen Meldung zu erstatten. Der Ausschuss fordert daher, klarer darzulegen, wie die Regionen unterstützt werden, insbesondere auch, um das Cybersicherheitsniveau in kleinen Gemeinden zu erhöhen.

### Standpunkte hinsichtlich der Aktionsbereiche des Vorschlags

#### Der europäische Cyberschutzschild

*Aufbau einer europaweiten Infrastruktur von Sicherheitseinsatzzentren, um gemeinsame Fähigkeiten zur Erkennung, Analyse und Verarbeitung von Daten über Cyberbedrohungen und -vorfälle aufzubauen und zu verbessern*

5. Um ein umfassendes Bild des derzeitigen Stands der Cybersicherheit in der EU zu erhalten, müssen Informationen, Risikoabschätzungen, Bedrohungen und Sicherheitsvorfälle auch von lokalen und nationalen Systemanbietern aggregiert werden. Nach Ansicht des AdR ist es problematisch, dass es keine klaren Anreize und Verfahren im Hinblick darauf gibt, wie Städte und Regionen aktiv zur Stärkung der digitalen Resilienz beitragen können. Die Einbeziehung der lokalen und regionalen Ebene ist äußerst wichtig, da gerade sie digitale Lösungen besitzt, die Angriffen ausgesetzt sind. Daher muss ein Umfeld geschaffen werden, in dem Städte und Regionen als Partner in die Bemühungen um eine Erhöhung der Cybersicherheit in der Union eingebunden werden können und sollten.

6. Der Ausschuss hat in Untersuchungen festgestellt, dass zwischen den Ländern große Unterschiede beim Reifegrad in puncto Schutz und getroffener Sicherheitsmaßnahmen bestehen. Selbst innerhalb von Ländern gibt es erhebliche Unterschiede, z. B. zwischen nationalen Behörden und kleineren lokalen Behörden, sowohl bei den Fähigkeiten als auch bei den Zielen im Bereich der Cybersicherheit. Nach Ansicht des Ausschusses sollte die Verordnung daher zur Verringerung dieser Unterschiede beitragen und sicherstellen, dass alle beteiligten Akteure über relativ gleichwertige Fähigkeiten und Zielsetzungen verfügen.

7. Der Ausschuss weist auf die Gefahr hin, dass sich die Aufgaben des neuen Netzes nationaler und grenzüberschreitender Sicherheitseinsatzzentren mit den Aufgaben des Netzes der Computer-Notfallteams (CSIRTs) überschneiden<sup>(?)</sup>. Werden neben den Computer-Notfallteams nationale Sicherheitszentren eingerichtet, muss klar festgelegt werden, wie die Zusammenarbeit funktioniert und welche Zuständigkeiten das nationale Sicherheitseinsatzzentrum und die CSIRTs im Falle eines Vorfalls haben.

<sup>(?)</sup> Artikel 2 Absatz 5 der NIS-2-Richtlinie. „Die Mitgliedstaaten können vorsehen, dass diese Richtlinie Anwendung findet auf:  
a) Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung auf lokaler Ebene“.

<sup>(?)</sup> Gemäß Artikel 11 Absatz 3 der NIS-2-Richtlinie haben CSIRTs folgende Aufgaben:

- a) Überwachung und Analyse von Cyberbedrohungen, Schwachstellen und Sicherheitsvorfällen auf nationaler Ebene und auf Anfrage Bereitstellung von Unterstützung für betreffende wesentliche und wichtige Einrichtungen hinsichtlich der Überwachung ihrer Netze und Informationssysteme in Echtzeit oder nahezu in Echtzeit;
- b) Ausgabe von Frühwarnungen und Alarmmeldungen sowie Bekanntmachung und Weitergabe von Informationen über Cyberbedrohungen, Schwachstellen und Sicherheitsvorfälle an die wesentlichen und wichtigen Einrichtungen sowie an die zuständigen Behörden und andere einschlägige Interessenträger, möglichst echtzeitnah;
- c) Reaktion auf Sicherheitsvorfälle und gegebenenfalls Unterstützung der betreffenden wesentlichen und wichtigen Einrichtungen;
- d) Erhebung und Analyse forensischer Daten sowie dynamische Analyse von Risiken und Sicherheitsvorfällen sowie Lagebeurteilung im Hinblick auf die Cybersicherheit;
- e) auf Ersuchen einer wesentlichen oder wichtigen Einrichtung eine proaktive Überprüfung der Netz- und Informationssysteme der betreffenden Einrichtung auf Schwachstellen mit potenziell signifikanten Auswirkungen (Schwachstellenscan);
- f) Beteiligung am CSIRTs-Netzwerk und — im Rahmen ihrer Kapazitäten und Kompetenzen — auf Gegenseitigkeit beruhende Unterstützung anderer Mitglieder des CSIRTs-Netzwerks auf deren Ersuchen;
- g) gegebenenfalls die Wahrnehmung der Aufgabe eines Koordinators für die Zwecke einer koordinierten Offenlegung von Schwachstellen nach Artikel 12 Absatz 1;
- h) Beitrag zum Einsatz sicherer Instrumente für den Informationsaustausch gemäß Artikel 10 Absatz 3.

8. Der Ausschuss begrüßt die spezifischen Ziele des Verordnungsentwurfs und die vorgeschlagenen Maßnahmen. Er bedauert gleichzeitig, dass lokale und regionale Gebietskörperschaften trotz zunehmender Cyber-Angriffe nicht ausreichend vom vorliegenden Vorschlag abgedeckt werden, und schlägt daher eine Reihe von Gesetzesänderungen vor, um diese Mängel zu beheben.

9. Derzeit fehlt es an Daten und klaren Messpunkten zu Vorfällen, Bedrohungen und Risiken für Gemeinden und Regionen. Im Rahmen des europäischen Cybersicherheitsschildes sollten Indikatoren ausgearbeitet werden, um festzustellen, wie Entwicklung und Reifegrad im Zusammenhang mit der Einführung der Verordnung zunehmen. Langfristig können die Indikatoren in eine datengestützte Risikokarte einfließen, aus der hervorgeht, wo der größte Handlungsbedarf besteht.

### **Cybernotfallmechanismus**

*Ziel ist die Stärkung der Abwehrbereitschaft, die Prüfung der Abwehrbereitschaft in als kritisch eingestuften Sektoren, die Stärkung der Fähigkeiten zur Wiederherstellung nach Vorfällen und die Einrichtung einer Cybersicherheitsreserve*

10. Cybersicherheitsvorfälle großen Ausmaßes können auf lokale Ereignisse zurückzuführen sein; im Vorschlag muss aufgezeigt werden, wie Sicherheitseinsatzzentren und die Cybersicherheitsreserve ernste lokale Störungen und nicht nur schwerwiegende und bereits eingetretene Sicherheitsvorfälle großen Ausmaßes erfassen können. Der Austausch von Informationen sollte nicht auf Vorfälle großen Ausmaßes begrenzt sein, sondern auch potenzielle Risiken umfassen.

11. Informationen im Zusammenhang mit Cybersicherheitsvorfällen sind oft hochsensibler Natur und können technische Details oder auch personenbezogene Daten enthalten, die bislang nicht ohne Verträge und Vereinbarungen zwischen den Parteien weitergegeben werden können. Derzeit bestehen Schwierigkeiten beim Austausch von Informationen auf nationaler Ebene. Die Frage des Austauschs über nationale Grenzen hinweg ist daher sehr komplex. Damit der Cybernotfallmechanismus funktionieren kann, muss die Kommission sicherstellen, dass alle Beteiligten — öffentliche und private Akteure im Rahmen der EU-Cybersicherheitsreserve — über die rechtlichen und technischen Voraussetzungen für den Austausch und den Empfang von Informationen verfügen. Nach Auffassung des Ausschusses geht es bei der Verbreitung von Informationen vor allem um die Behebung von Vorfällen, d. h., wie die angegriffenen Einrichtungen einen schweren Vorfall in der Praxis am besten bewältigen können.

12. Der AdR begrüßt, dass den Diensteanbietern des Privatsektors, die an der vorgeschlagenen Cybersicherheitsreserve beteiligt werden, hohe Anforderungen auferlegt werden. Die Ausgestaltung dieser Anforderungen darf jedoch nicht dazu führen, dass bestimmte Fähigkeiten oder Systemkenntnisse ausgeschlossen werden, weil nur einige wenige, sehr große Akteure die an die Sicherheitsdienstleister gestellten Anforderungen erfüllen können. Die EU muss bei ihren Tätigkeiten im Sicherheitsbereich ein breites Spektrum abdecken, um so widerstandsfähig wie möglich zu sein.

13. Der Vorschlag sieht vor, dass die Cybersicherheitsreserve aus Diensten vertrauenswürdiger Anbieter besteht. Diese werden gemäß dem Rechtsakt zur Cybersicherheit zertifiziert<sup>(4)</sup>. Die Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit (ENISA) ist dafür zuständig, dass Produkte und Dienste den festgelegten Cybersicherheitsanforderungen entsprechen. Der AdR betont, dass die ENISA rasch Zertifizierungssysteme entwickeln muss, damit sich die Anbieter mit Hilfe moderner Technologien zertifizieren können<sup>(5)</sup>.

14. Bei der Schaffung einer Cybersicherheitsreserve ist zudem darauf zu achten, dass der Wettbewerb nicht behindert wird oder Akteure, die nur in Teilen der Union tätig sind, ausgeschlossen werden. Für die Einrichtung der Cybersicherheitsreserve und die Zertifizierung muss es schnelle und klare Verfahren geben, um die kompetentesten und wichtigsten Akteure in diesem Zusammenhang zu ermitteln.

<sup>(4)</sup> Verordnung (EU) 2019/881 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 über die ENISA (Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit) und über die Zertifizierung der Cybersicherheit von Informations- und Kommunikationstechnik und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 526/2013 (Rechtsakt zur Cybersicherheit) (ABl. L 151 vom 7.6.2019, S. 15).

<sup>(5)</sup> Die ENISA entwickelt derzeit drei Zertifizierungsverfahren, die noch nicht abgeschlossen sind, sie gelten für IKT, 5G und Cloud-Dienste. <https://www.enisa.europa.eu/topics/standards/certification/eu-cybersecurity-certification-faq>

15. Nach Ansicht des AdR sollten nationale Anbieter von Technologien und Dienstleistungen für kritische Systeme ermittelt und in einer Datenbank erfasst werden. Diese Daten können im Zusammenhang mit Maßnahmen, die eine Mobilisierung lokaler Akteure erfordern, sehr wertvoll sein. Sie können auch im Rahmen der Arbeit der Cybersicherheitsakademie genutzt werden.

16. Bei einem Vorfall hängt die Wirkung der Gegenmaßnahmen davon ab, wie rasch reagiert wird. Die ausgetauschten komplexen Informationen über Sicherheitsvorfälle und Risiken müssen die richtigen Zielgruppen innerhalb kurzer Zeit erreichen. Dem Vorschlag zufolge sollen eine neue Organisation und Struktur für den Informationsaustausch geschaffen werden. Der AdR unterstreicht jedoch, dass bestehende Informationskanäle wie z. B. das CyCLONe<sup>(6)</sup> und das CSIRT bei der Einrichtung nationaler und grenzüberschreitender Sicherheitszentren genutzt und ausgebaut werden müssen.

### **Überprüfungsmechanismus für Cybersicherheitsvorfälle**

*Funktion zur Überprüfung von Cybersicherheitsvorfällen, insbesondere von Vorfällen, die erhebliche Auswirkungen hatten*

17. Der Bedarf an Kompetenzen im Bereich der Cybersicherheit und deren Finanzierung orientiert sich an der raschen Entwicklung der Digitalisierung. Der AdR begrüßt die Einrichtung einer Akademie für Cybersicherheitskompetenzen durch die Kommission und fordert eine klare Strategie zur Stärkung kleinerer und finanzschwacher Städte und Regionen unter dem Gesichtspunkt des Fachkräftemangels in der EU.

18. Der Ausschuss unterstreicht, dass für eine starke digitale Widerstandsfähigkeit die Zusammenarbeit verschiedener Akteure nötig ist, bei der öffentliche und private Einrichtungen mit Fachwissen, Erfahrung und Personal ihren Beitrag leisten. Er hebt die Rolle lokaler und regionaler Gebietskörperschaften beim Aufbau digitaler Resilienz hervor, da diese sich durch Sensibilisierungskampagnen sowie den Austausch von bewährten Verfahren und Fachwissen gegenseitig unterstützen können. Je mehr Unternehmen in ihre digitale Widerstandsfähigkeit investieren, desto teurer sind die Angriffe für ihre Gegner, was auch als Abschreckungsmaßnahme dienen könnte.

19. Derzeit kommen die europäischen Städte und Regionen für die Kosten der Aufrechterhaltung eines hohen Cybersicherheitsniveaus sowie für die Kosten auf, die durch Sicherheitsvorfälle entstehen. Der AdR sieht die Gefahr, dass die bereits knappen Ressourcen durch die Verordnung zusätzlich beansprucht werden. Die Verordnung darf daher nicht zu Belastungen führen, sondern muss vielmehr dazu beitragen, die Kapazitäten aller Einrichtungen durch konkrete Instrumente, Verfahren und Unterstützung zu stärken.

20. Der AdR fragt sich, warum Berichte über Überprüfungen nicht innerhalb des Netzes nationaler und grenzüberschreitender Sicherheitseinsatzzentren ausgetauscht werden können; der Vorschlag sieht vor, dass nur die nationalen Sicherheitseinsatzzentren Zugang zu den öffentlichen Informationen erhalten. Damit die Akteure ihre Cybersicherheit verbessern und weiterentwickeln können, ist es äußerst wichtig, Lehren aus Sicherheitsvorfällen zu ziehen. Die Informationen sollten in allen Einzelheiten sämtlichen Teilnehmern des Netzes zur Verfügung gestellt werden.

21. Im Vorschlag ist die Finanzierung zu allgemein dargestellt. Der AdR spricht sich dafür aus, genauer darzulegen, wie die Mittel verwendet werden sollen und welcher Anteil direkt für die Regionen und Gemeinden vorgesehen ist.

---

<sup>(6)</sup> NIS-2-Richtlinie, Artikel 16 Absätze 1 und 3.

Das Europäische Netzwerk der Verbindungsorganisationen für Cyberkrisen (EU-CyCLONe)

1. Zur Unterstützung des koordinierten Managements von Cybersicherheitsvorfällen großen Ausmaßes und Krisen auf operativer Ebene und zur Gewährleistung eines regelmäßigen Austauschs relevanter Informationen zwischen den Mitgliedstaaten und den Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union wird das Europäische Netzwerk der Verbindungsorganisationen für Cyberkrisen (European Cyber Crises Liaison Organisation Network, EU-CyCLONe) eingerichtet.

(3) Das EU-CyCLONe hat folgende Aufgaben:

- a) Verbesserung der Vorsorge im Hinblick auf das Management von Cybersicherheitsvorfällen großen Ausmaßes und Krisen;
- b) Entwicklung einer gemeinsamen Lagefassung für Cybersicherheitsvorfälle großen Ausmaßes und Krisen;
- c) Bewertung der Folgen und Auswirkungen relevanter Cybersicherheitsvorfälle großen Ausmaßes und Krisen und Vorschläge für mögliche Abhilfemaßnahmen;
- d) Koordinierung des Managements von Cybersicherheitsvorfällen großen Ausmaßes und Krisen sowie Unterstützung der Entscheidungsfindung auf politischer Ebene in Bezug auf solche Sicherheitsvorfälle und Krisen;
- e) auf Ersuchen eines betreffenden Mitgliedstaats die Erörterung nationaler Pläne für die Reaktion auf Cybersicherheitsvorfälle großen Ausmaßes und Krisen gemäß Artikel 9 Absatz 4.

22. Der Ausschuss hebt abschließend hervor, dass der Vorschlag den Grundsätzen der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit entspricht.

Brüssel, den 30. November 2023

*Der Präsident*  
*des Europäischen Ausschusses der Regionen*  
Vasco ALVES CORDEIRO

---



C/2024/1136

9.2.2024

**Euro-Wechselkurs <sup>(1)</sup>**

**8. Februar 2024**

(C/2024/1136)

**1 Euro =**

Währung		Kurs	Währung		Kurs
USD	US-Dollar	1,0758	CAD	Kanadischer Dollar	1,4505
JPY	Japanischer Yen	160,55	HKD	Hongkong-Dollar	8,4139
DKK	Dänische Krone	7,4562	NZD	Neuseeländischer Dollar	1,7668
GBP	Pfund Sterling	0,85378	SGD	Singapur-Dollar	1,4489
SEK	Schwedische Krone	11,2705	KRW	Südkoreanischer Won	1 433,01
CHF	Schweizer Franken	0,9409	ZAR	Südafrikanischer Rand	20,3930
ISK	Isländische Krone	149,50	CNY	Chinesischer Renminbi Yuan	7,7420
NOK	Norwegische Krone	11,4120	IDR	Indonesische Rupiah	16 843,42
BGN	Bulgarischer Lew	1,9558	MYR	Malaysischer Ringgit	5,1310
CZK	Tschechische Krone	24,954	PHP	Philippinischer Peso	60,148
HUF	Ungarischer Forint	387,03	RUB	Russischer Rubel	
PLN	Polnischer Zloty	4,3375	THB	Thailändischer Baht	38,621
RON	Rumänischer Leu	4,9771	BRL	Brasilianischer Real	5,3546
TRY	Türkische Lira	32,9243	MXN	Mexikanischer Peso	18,3777
AUD	Australischer Dollar	1,6569	INR	Indische Rupie	89,2765

<sup>(1)</sup> Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.

**AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 31. MAI 2023**

(C/2024/1295)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2023-2024

Sitzungen vom 31. Mai und 1. Juni 2023

BRÜSSEL

Inhalt	Seite
1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode . . . . .	3
2. Eröffnung der Sitzung . . . . .	3
3. Feierliche Sitzung – Ansprache der georgischen Präsidentin Salome Surabischwili . . . . .	3
4. Erklärungen der Präsidentin . . . . .	9
5. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung . . . . .	10
6. Zusammensetzung des Parlaments . . . . .	10
7. Prüfung der Mandate . . . . .	10
8. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen . . . . .	10
9. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 71 GO) . . . . .	11
10. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 79 GO) . . . . .	11
11. Arbeitsplan . . . . .	11
12. 10. Jahrestag des Einsturzes des Rana-Plaza-Gebäudes in Bangladesch (Erklärung der Präsidentin) . . . . .	16

Inhalt	Seite
13. Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit (Aussprache) . . . . .	20
14. Missachtung der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte in Ungarn und eingefrorene EU-Gelder (Aussprache) . . . . .	35
15. Bedrohung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Polen, insbesondere durch die Einsetzung einer Untersuchungskommission (Aussprache) . . . . .	50
16. Sozial- und Wirtschaftskosten des Klimawandels angesichts der Überschwemmungen in den Regionen Emilia-Romagna, Marken und Toskana und dringender Bedarf an Solidarität in der EU (Aussprache) . . . . .	59
17. Geografische Angaben für Wein, Spirituosen und landwirtschaftliche Erzeugnisse (Aussprache) . . . . .	66
18. Sexuelle Belästigung in der EU und Bewertung von MeToo (Aussprache) . . . . .	75
19. Stärkung des sozialen Dialogs (Aussprache) . . . . .	82
20. Ausführungen von einer Minute zu Fragen von politischer Bedeutung . . . . .	88
21. Tagesordnung der nächsten Sitzung . . . . .	93
22. Schluss der Sitzung . . . . .	93

## AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 31. MAI 2023

**PRESIDENZA: ROBERTA METSOLA**

*President*

### 1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

**President.** – I declare resumed the session of the European Parliament adjourned on Thursday 11 May 2023.

### 2. Eröffnung der Sitzung

*(The sitting opened at 15.03)*

### 3. Feierliche Sitzung – Ansprache der georgischen Präsidentin Salome Surabischwili

**President.** – Dear colleagues, we have with us today the President of Georgia, Salome Zourabichvili. President, dear Salome, welcome to the European Parliament.

Let me start, dear President, by thanking you for your personal commitment in supporting the European calling of Georgian society. We want the right conditions to exist to enable an EU future for Georgian citizens. I want to reiterate that we stand by your side, ready to support you in your journey to become an integral part of the European Union. We need to work more and closer together towards granting EU candidate status to Georgia, ensuring that the Georgian people do not miss a historic opportunity.

For this we need to see tangible movement on a number of milestones: in securing democracy, the rule of law, respect for human rights; in ensuring media freedom and protecting journalists; in safeguarding fundamental rights and personal dignity for detainees. And here let me reiterate that this house has repeatedly expressed its concern over the situation of Mikheil Saakashvili.

The European Union stands ready to assist Georgia on its European path, providing all the necessary assistance along this transformative journey. But it is for Georgia to walk that path and to choose its own future.

Madam President, I commend the strength with which you lead your country. We further count on you to help ease the political and societal polarisation in Georgia. Let us keep working together to safeguard the rights of our European peoples and the future of our societies.

**Salome Zourabichvili, President of Georgia.** – Madam President, dear Roberta, distinguished Members of the European Parliament, I would like to thank the Presidency and each and every political group for the opportunity given to me to address this assembly. Doing so at such an important juncture for the future of my country is both an honour and a great responsibility.

Madame la Présidente, cela fait treize ans qu'un président géorgien n'était venu à cette tribune et il est symbolique que je porte aujourd'hui la même aspiration, celle qu'au-delà des passions politiques et des divergences, tous les Géorgiens partagent: celle d'une Géorgie retrouvant sa famille européenne.

Il y a des moments dans l'histoire d'un pays où se cristallisent les choix, où se détermine l'avenir, où le passé trouve son aboutissement. Nous vivons un tel moment dans l'histoire de la Géorgie, quand ceux qui la gouvernent, son peuple et les 27 États que vous représentez, devront ensemble décider pour la Géorgie ce qu'elle sera demain.

Pour sa part, la nation géorgienne a déjà tranché et je viens devant vous porter ce message: notre choix européen est non seulement légitime, mais aussi sans alternative, car fondé sur nos valeurs, notre histoire, nos combats, notre détermination et notre vision pour l'avenir.

Madam President, I am addressing this distinguished assembly in the name of the Georgian people, representing the centuries-long will of a nation to rejoin its European family.

I am also here as the head of state of a country whose Constitution mandates every state institution to take all possible steps to further the objective of Euro-Atlantic integration.

I will do so relentlessly. I will do it, not only to implement the Constitution, but out of a moral conviction.

Born in France to émigré parents, who had to leave Georgia following the 1921 Russian invasion and occupation, I returned to serve my country and achieve the ideal of so many generations of Georgians: seeing a free Georgia in a free Europe – the only guarantee of independent Georgia and the only path to a better future for every citizen.

In my first official capacity as Foreign Minister, of Mr Saakashvili, I am proud to have negotiated both Georgia's entry into Europe's neighbourhood and Russia's withdrawal of its military bases. I remember seeing Russian ships depart from the port City of Batumi – but three years later Russian tanks rolled again in our territory.

As a Member of Parliament, I fought to pass a law allowing double citizenship for all. Those that are today nationals of a European country and Georgian citizens are a very first concrete link between Georgia and Europe.

As President, at this decisive time of our journey towards Europe, I want to see Georgia get past domestic and international challenges, and firmly embark on the path to full-fledged European integration. And for that, there is only one road: to secure Georgia be granted by year end the status of candidate to the European Union. And I am confident.

Madam President, Georgia shared its tragic history for 2.5 centuries through Tsarist imperialism and russification, Soviet totalitarianism and repressions, and again Russian aggressions and occupations with one country, Ukraine. I therefore cannot stand before you without first reiterating the complete, unequivocal and principled solidarity of the people of Georgia with the people of Ukraine.

We know too well that Ukraine is not only defending its territory, but is shedding blood for us all: for Europe, its security and freedom; for Georgia, its security and European future. I would like to reiterate my personal respect, admiration and support to President Zelenskyy and his people. I am convinced that in the near future both our countries will see their representatives sitting side by side in this very chamber.

Madam President, my plea for Georgia's European future starts with Georgia's European past, based on shared history, cultural roots and, most importantly, shared values.

Since Georgia began to exist, it has shared the three pillars considered to be at the foundation of Europe's civilisation: Greek and Roman heritage and Christianity. Antique Greco-Roman civilisation has left its influence and visible marks in our mythology, archaeology and culture. Christianity has, for its part, been central to our identity as a nation. As the first kingdom to be converted to Christianity in the 4th century AD, Georgia has been fighting for centuries to preserve its faith and identity, against numerous empires and invaders; all along, on the Eastern shores of the Black Sea, it has served as a small Christian outpost facing the empires of Asia.

This common heritage has influenced our core values. These are the same ones that gave birth to the European idea and inspired Europe's founding fathers. Maybe it is not a coincidence that the first federalist constitution of Europe was written by a Georgian, Professor Michel Muskhely from the University of Strasbourg.

Tolerance, protection of minorities and human rights have been ours for long. It is a miracle that Georgian tolerance has survived in the Caucasus – this 'mountain of languages', as the Arabs used to call it – and build a state where religions have found protection throughout the ages.

Tbilisi's architecture is a testimony to this history: mosques, synagogues, churches of various denominations, even Zoroastrian sites coexist side by side. This long-standing tradition of peaceful coexistence between religions and cultures is best symbolised by the more than 26 centuries of Georgians and Jews living together and side by side, free of any form of repression or discrimination.

Today, 20% of our population is of Armenian, Azeri descent, Kurdish or Yezidi heritage, maintaining the old tradition of hospitality that has reached well beyond our borders.

While political polarisation has affected the image of Georgian tolerance, recent events have underscored that it remains very much alive. Georgia has received and is hosting for a year and a half more than 80 000 Russians. Let's reflect for a moment what it means to welcome citizens from the country which is occupying 20% of your territory and wages the most brutal aggression against your friend, Ukraine. That this has happened without any serious incident speaks millions of Georgia's tolerance. We can and should be proud. But it should be accompanied by clear and strict state regulations, so that tolerance does not give way to frustrations and escalation.

Gender equality: this very modern notion stands at the core of the national epos by Shota Rustaveli in the 12th century already said, 'Lions cubs are equal, be they female or male'. This again appears in the role that women have played throughout our history: in the 4th Century AD, St Nino converting the Georgian state; Queen or, as she was called, King Tamar reigning over Georgia's golden Age; or in 1918, the First Democratic Republic of Georgia giving women both the right to vote and be elected.

The predictability of laws, the rule of law, which stands at the core of any liberal judicial system has been espoused for ages. King Vakhtang the VI finally gathered in one compendium the principles, obligations and laws guiding Georgian monarchy: from the old testament to Greek and Roman laws, traditional Georgian Justice, medieval Georgian laws, church laws and its own justice code.

Unity, which is the contrary of polarisation, our coat of arms carries the words 'force lies in unity'. Echoed by the Georgian poet Vaja Pshavela: 'it is when we fight each other that the enemy wins'. National unity has allowed the country to survive and is today challenged by the cancer of polarisation. Georgia is no exception in this regard, but polarisation in a small country is far more destructive. And more destabilising for a country confronted to occupation, outside threats and disruptive campaigns of propaganda, fake news and hate speech. Polarisation serves only the enemy and is something that we should comprehend better.

The list of Georgian core values, echoes in fact directly the 12 recommendations put forward to achieve candidate status. My point here is certainly not to say that historical records are sufficient to address current concerns, and there are many, but to underline that what the EU is asking is nothing but an integral part of our culture, our values, our heritage. Your recommendations are not some foreign ideas imposed to us, as was Soviet ideology. These are in essence Georgian. Therefore, what you are asking from us is that Georgia stays true to its identity. What you are 'recommending' is that Georgia eliminates the remnants of the totalitarian past and reunites with itself and its European roots.

Since its independence, Georgia has never wavered on its path to European integration. Georgia paid a heavy price to defend its freedom and its independent democratic and European future in 1921, 1989, 1992 and 2008. Without comparing to the incalculable plight that Ukraine is going through today, it should not be forgotten that Georgia has paid its own blood price resisting Soviet rule, defending its independence and its right to rejoin the democratic and free world.

Georgian governments since the independence have set forth pro-European platforms and all delivered constant progress on this path. President Gamsakhurdia put Georgia back on Europe's map of free nations. President Shevardnadze first initiated the idea of Euro-Atlantic integration. President Saakashvili made Georgia's integration with the EU and NATO the priority for his reform agenda. Under his leadership, Georgia joined the neighbourhood policy and the Eastern partnership. In 2012, the Georgian Dream government was elected on a pro-European agenda and reached milestones in this regard: the association, the free trade agreement and visa liberalisation were all signed at that time. The Constitution was amended in 2016 to include the objective of Euro-Atlantic integration, and that is something that none of us should forget.

Despite challenges and foreign aggressions, Georgia's population has not hesitated, wavered or faltered. It has stood its ground. The people have been the backbone of the pro-European course, supporting – even sometimes preceding or forcing – their governments when embracing the path towards European integration.

Opinion polls have shown constant support for European integration. And I think it is fair to say that there are many countries within Europe that would envy such levels of Euro enthusiasm.

Beyond electing pro-European governments, it is impossible to point to any party that has scored any decent result while not claiming to be fully supportive of European integration. That is a lesson for Georgian politics today: anti-European campaigns only lead to political marginalisation.

Despite Russian wars, occupation or active measures, Georgians never faltered. Fear has not altered the European course. For European integration is not a mere foreign policy orientation, but an existential one, a part of our DNA.

Georgians choose Europe with their feet: hundreds of thousands have emigrated to Europe; Georgia's youth has turned to learning English, German or French, to studying in Paris or Berlin. My country's youth's visceral pro-European stand is testimony to the strength of European soft power. In one generation, Russian for them has become definitely the anachronistic past and Europe without question the only future.

Most importantly, Georgians have been vigilant not to let any government deviate from this path. Every massive demonstration has been in support of freedom, democracy and the European path. Over the last few years, Georgians have taken to the streets to defend this ideal when it seemed to falter. In June 2019, after a member of the Russian Duma was allowed to sit in the Georgian Parliament, violating our law on occupation and raising questions as to the pro-European orientation of those who invited him. In February 2022, to demonstrate its massive solidarity with Ukraine and our common European aspiration. In June 2022, before the European Council was to decide on candidate status. In March 2023, when Georgians literally forced the Government to back down on the so called 'Russian law', viewed as a threat to the civil society, the non-governmental sector, and hence to our democratic and European path.

As the President of Georgia, on my side and within my constitutional powers, I have been taking all steps and initiatives to further this objective.

Through attempts to achieve depolarisation, by launching an initiative for national reconciliation together with the civil society. By supporting united political platforms. By bolstering women's roles as facilitators of renewed political dialogue. It is undoubtedly a difficult process, and I cannot be proud of any success yet, but one I will continue pushing through, moved by the conviction that we have no alternative but working all together.

Through brokering political agreements. And I am proud that alongside President Charles Michel what became the April 19 Agreement was signed in the presidential palace in presence of all political parties. But it is fair to say that if this agreement had been implemented Georgia would have already been given candidate status.

Through granting pardons – three times – to opposition figures in order to deconflict political tensions and allow agreements to emerge. These decisions have come at a high political cost in a polarised political atmosphere. But I stand by every one of these decisions as timely expressions of Voltaire's words:

*'Je ne suis pas d'accord avec ce que vous dites, mais je me battraï jusqu'à la mort pour que vous ayez le droit de le dire.'*

But in view of some interventions I have received, I want also to be clear that while representing a small country, I think that the discretionary power of the President in that matter should be equally respected for small or big countries. For pardoning is a right to be exerted by a President 'En son âme et conscience', free from any pressure, be it from outside or be it from within, and I want also to address some of the governmental circles that there is no need to try to threaten me because I will do what I will think necessary to do.

Also by using my constitutional veto against legislations contradictory with European principles. And I know that even if my vetoes have been and may be in the future be rejected by the current majority, they will be supported and strengthened by hundreds of thousands of Georgians, because they deal with the main principles to which we all adhere.

Through, finally, high-level diplomacy, I have, time and again, advocated for Georgia's European integration in almost all European capitals and as I'm doing today with you. I most vividly remember hosting the 2021 Petra Summit on the shores of the Black Sea with President Zelenskyy and President Sandu alongside President Michel, as a major step to accelerate our associated trio's path towards European integration. We have lost time since then, we, Georgia.

This is by no means the end of the road. Every decision will have a time and a place. I will leave no rock unturned when it comes to ensuring that Georgia stands where it belongs.

Georgia's European path is of course largely the result of European efforts and support. While Georgia has expressed its determination, it has been matched by what has been an extraordinary support by Europe over the years. And while we await a historic decision, I am also here to express the thanks of the Georgian people to Europe.

Because the European Union has helped to support increased prosperity. It is by far the largest international donor in Georgia; in all sectors of the Georgian economy, it is European aid and European markets that have provided Georgians with increased standards of living. In that sense, when I hear that we should thank Russia for now helping some development of our economy, I think it is not only immoral but also and simply flat wrong.

The European Union has been a provider of stability. One should never forget that when Russian tanks rolled into Georgia our partners prevented a tragic outcome from being even worse. In the name of France's Presidency of the EU, Nicolas Sarkozy's mediated – with US backing – an agreement that stopped Russians from going further into Georgian territory. Europe's reaction may have been insufficient by not imposing greater costs on Russia, and we realise that today, but without Europe, Tbilisi itself could have been occupied. Since 2008, the European Union monitoring mission has also been an invaluable presence on the occupation line, acting as a check on Russia's destabilising activities.

The European Union has provided us with constant high-level diplomatic backing, especially in times of crisis both foreign and domestic. Let me here pay tribute to our many Eastern European and Baltic friends for their constant and unwavering commitment. Let me underline that visits by European Union Council, Commission and Parliament High Representatives, parliamentary delegations, representatives of the Members States are for our people a demonstration of proximity and support that they need, and for the government a reminder to deliver timely on the requirements that will get us to the next historic step.

The European Union has helped us move up the ladder of ever-closer integration. One should never forget the journey that Georgia has travelled in the past 20 years. Moving from neighbourhood to association is something that most thought was impossible and with the last step of utmost importance, granting us the European perspective, the EU has once and for all settled the question of geography versus identity.

We might have to fully grasp its full significance, because the focus has been on what we did not get and was within our grasp. But we should understand that the European perspective closed an existential debate over geography, which for years has been the essential argument against our membership. The EU decision has closed this debate once and for all and sent to the Georgians two main messages: you are Europe and your path to Europe is in your hands.

Why should Georgia be granted candidate status?

My speech today was intended to be more than a plea for the status of candidate. It was meant to explain our European identity, recall the toll the Georgian people paid in the face of Russian aggression and the importance of what the European Union and Georgia's people and governments have delivered in the past two decades. To explain that we are asking for candidate status as a family member is asking for recognition, protection and support.

Candidate status would indeed mean recognition. Recognition of the relentless fight of the Georgian people for their European identity. While we are the first to understand our current shortcomings, and maybe the word is 'weak', we do not want those to overshadow our achievements, that for the past 30 years – that is one generation! – we have made extraordinary progress through substantial reforms.

We are not perfect – far from it! For the two last years, my unrelenting message to the government has been to listen to its people and stay true to its electoral commitments for more, not less Europe. Some of the 12 recommendations have been implemented; but here again, more should have been, more could, and should still be done. That will be our common task in the months to come to make sure we do not let go a second chance. One that the people of Georgia will not forgive.

Recognition should be given to the Georgian people's democratic credentials because a democracy rests first and foremost on its people, it rests on the strengths of the civil society. If there is anything that the last two years have shown, it is that Georgians will not give up: not give up on Ukraine and solidarity; not give up on Europe and their future; not giving up on their rights. That is why I am so forceful and optimistic. With this democratic force, it is only a matter of time before changes come for the better. And that is the message that the retreat of the Russian law taught everyone: do not dare to dent the democratic will of this country.

Candidate status would provide protection and security for Georgia. Protection from Russia. Russia which to this day continues to occupy and wage a hybrid war on the Georgian people. Russia which listens to each and every signal. That is why nobody can afford sending the wrong signal and leaving Georgia in a grey zone. The lessons from 2008, 2014, 2022 is that hesitation comes with a heavy price. As Russia is facing defeat in Ukraine, we cannot ill-afford to provide Russia with a temptation to look for weaker spots anywhere else.

Russia needs to understand that Georgia is Europe and that Europe is determined for Georgia to be Europe. What we have seen in the past months in Georgia is Russia is trying to score points, to subtly reestablish its influence while weakening that of Europe's. Renewed flights, lifting visas, unrestricted population inflows, increased trade and ambivalent statements – all designed to create domestic tension, confusion, escalation. This cannot be allowed to happen. Neither for Georgia, nor for Europe. As Europe helps Ukraine push back against brute force, its needs to help the Georgian people resist to this more subtle push. That is what candidate status stands for: a clear statement of determination not of confrontation.

Candidate status would cement Georgia's role as a pro-European force in the region. Europe understands the importance of this region for the new world emerging. It knows that Georgia is not only a democratic and European stronghold, but a central element of a secure Black Sea and a stable Caucasus region. It is a key to new connectivity projects over the Black Sea, and through the Caucasus, with the Caspian Sea and Central Asia.

Candidate status would safeguard democracy. The spirit of the European Council decision in 2022 was to create conditionalities in order to improve democracy in Georgia and correct its trajectory.

This commendable objective should not be weaponised by populist forces that try to create an anti-European trend. A narrative is being spread that Georgia has been denied candidacy because Europe does not share its traditional values, because it does not consider our tragic past, because it treats us differently from Ukraine or Moldova. We all know this is a flat lie. And the Georgian people have shown where they stand. But one should not ignore the capacity of darker forces, helped and fuelled from outside, to try to undermine this solidarity.

In fact, granting us candidate status would serve the democratic future and help lay the ground for all these recommendations to be fully and thoroughly implemented. Europe has stood by Georgia despite its democratic shortcomings in the past. It is because Europe remained committed to Georgia that Georgians were successful in getting their democracy back on track.

Keeping Georgia on its European path is vital for us, of course, but no less important for Europe. Promoting Georgia's European membership in the European Union is part of a greater strategic vision regarding a new European order that will emerge from what I am confident will be a Ukrainian victory.

What Ukraine has achieved in 2022, was what we failed to achieve in 1992 or 2008, and what Ukraine failed to achieve in 2014 or 2015. That is to open the eyes of the world to the true nature of Russia; that the myths about Russian humiliation or Russian insecurity are just that – myths to justify aggression and wars. The largest country in the world has still to understand and accept that it also has borders.

Now we need to fully apprehend that it is accommodation and not determination that feeds Russian aggression. Appeasement has never worked anywhere. It is not EU or NATO enlargement that ever threatened or incited Russia to attack; it is Russia's very own irresistible imperialist nature. And if anything, it is the 'stop and go's', the hesitations before decisions, that incite and dynamise Russia, trying through intimidation to affect the outcome. Signals of insufficient resolve – subdued reactions to 2008, 2014 or to little green men entering the Louhansk and Donestk regions – is what encourages Russia to do more. In reverse, former Soviet Republics and members of the Warsaw Pact are here to show that they enjoy peace and stability since they have become members of NATO and the European Union. And that is our future too.

That is why European candidate status is not only about essential democratic recommendations, but also about the future European security architecture. It is about long-term stability. I say this not as a bargaining plea that would be both immoral and wrong but as a lesson of history: leaving us behind would only encourage Russia to seek compensation for its own failure to win a war it started but cannot end.

In Ukraine, Russia has already been politically and militarily defeated in so many aspects: destroyed is the myth of military invincibility, lost the sense of strategic superiority, lost is the ability to divide Europeans and play on their divisions. Ukrainian resilience and strength, Swedish and Finnish historical choices, the European puissance that is finally emerging – all of that is the result of an immense miscalculation by the Russian leadership.

Today's world is divided between those who do not dare imagine that Russia is no longer invincible, and losing, and those that understand a new world is emerging. That is why only Ukraine can decide when to negotiate peace and together with Europe determine what peace – one that will have to oblige Russia to renounce occupying any foreign land.

That is why when I plea for the European future of Georgia, I plea also for people in the Abkhazia and Tskhinvali regions, because this future is for them too, the only one that will ensure their freedom, their protection and their identity. And I stand with those who demonstrated yesterday in Sokhumi, Abkhazia, under the banner 'Abkhazia is not for sale, we will not concede to the Russians!'.

#### 4. Erklärungen der Präsidentin

**Presidente.** – Cari colleghi, poche settimane fa, l'Europa è stata testimone di inondazioni che in Italia hanno messo in ginocchio l'Emilia-Romagna.

Almeno 15 persone hanno perso la vita e più di 30 000 sono state costrette a lasciare le loro case.

La stessa quantità di pioggia che di solito cade in sette mesi è caduta in due settimane, causando lo straripamento di ventitré fiumi in tutta la regione. Nella zona si sono verificate 400 frane e 43 Comuni sono stati inondati. Ci sono danni gravissimi alle abitazioni, all'agricoltura, all'industria e alle infrastrutture.

Ma il momento peggiore ha fatto emergere il meglio delle persone. Abbiamo visto i primi soccorritori rischiare tutto per qualcuno che non hanno mai conosciuto, vicini di casa aiutarsi tra loro.

L'Unione europea ha attivato il suo meccanismo di protezione civile. L'Italia chiederà l'attivazione del Fondo di solidarietà dell'Unione europea.

La nostra risposta continuerà e sarà sempre più forte. E alla popolazione dell'Emilia-Romagna voglio dire ancora una volta: siamo con voi, saremo con voi e vi aiuteremo a ricostruire. Perché voi siete l'Europa.

Cari colleghi, vi invito ad unirvi a me nell'osservare un minuto di silenzio per ricordare le vittime di questa tragedia.

*(Il Parlamento, in piedi, osserva un minuto di silenzio)*

Colleagues, I was asked by several Members to raise again the issue of the new so-called anti-homosexuality bill in Uganda. The bill includes the death penalty for 'aggravated homosexuality'. It criminalises sex education for the gay community and makes it illegal not to expose what it calls 'perpetrators of aggravated homosexuality' to the police.

This is deeply worrying and undermines the rights of people in Uganda. This Parliament has reaffirmed time and again that people should be allowed to live as they wish to live, be who they wish to be, and love as they wish to love.

I want to show my solidarity and that of this Parliament with people in Uganda and reiterate what we know to be true: that in the end, love wins.

## 5. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung

**President.** – The minutes and the texts adopted of the sitting of 11 May are available. Are there any comments?

I see that is not the case so the minutes are approved.

## 6. Zusammensetzung des Parlaments

**President.** – Following the resignation of Ismail Ertug, and on the proposal of the Committee on Legal Affairs, Parliament takes note of the vacancy of his seat from 3 July 2023, in accordance with the Rules of Procedure, and will inform the national authority concerned thereof.

## 7. Prüfung der Mandate

**President.** – On the proposal of the Committee on Legal Affairs, Parliament verifies the credentials of Mercedes Bresso, Francesca Peppucci and Maria Veronica Rossi with effect from 6 April 2023, and of Pirkko Ruohonen-Lerner with effect from 12 April 2023.

## 8. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen

**President.** – The EPP, S&D and The Left groups have notified me of decisions relating to changes to appointments within committees and delegations. These decisions will be set out in the minutes of today's sitting and take effect on the date of this announcement.

## 9. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 71 GO)

**President.** – The LIBE Committee has decided to enter into interinstitutional negotiations, pursuant to Rule 71(1) of the Rules of Procedure. The reports, which constitute the mandates for the negotiations, are available on the plenary webpage and their titles will be published in the minutes of the sitting.

Pursuant to Rule 71(2), Members or political groups reaching at least the medium threshold may request in writing by tomorrow, Thursday 1 June at midnight that the decisions be put to the vote. If no request for a vote in Parliament is made within the deadline, the committee may start the negotiations.

## 10. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 79 GO)

**President.** – I would like to inform you that, together with the President of the Council, I shall today sign four acts adopted under the ordinary legislative procedure in accordance with Rule 79. The titles of the acts will be published in the minutes of this sitting.

I would also like to inform the House that I have received a request for a point of order and I will give the floor to Susanna Ceccardi.

**Susanna Ceccardi (ID).** – Signora Presidente, voglio fare appello all'articolo 10 del nostro regolamento perché nella seduta del 23 maggio in commissione LIBE è successo un fatto increscioso.

Parlavamo dei fatti di Cutro, del naufragio di una barca di migranti e di 94 morti; durante questa seduta, e quindi un importante dibattito, mentre i parlamentari dei gruppi di centrodestra parlavano, la deputata tedesca Birgit Sippel ha mostrato il dito medio ai parlamentari di centrodestra, in grande disprezzo delle vittime e dell'argomento importante di cui stavamo parlando.

Per questo, Presidente, Le chiedo di prendere provvedimenti per ristabilire l'onorabilità delle sedute anche delle commissioni del Parlamento europeo e sanzionare la deputata socialista Sippel.

## 11. Arbeitsplan

**President.** – The next item is the order of business. The final draft agenda as adopted by the Conference of Presidents on 11 May pursuant to Rule 157 has been distributed. With the agreement of the political groups I wish to put to the House the following proposals for changes to the final draft agenda.

For Thursday, the report by Ms Cicurel on the requests for the waiver of the immunity of Maria Spyraiki and the report by Mr Halicki on the request for the waiver of the immunity of Alexis Georgoulis are added to the votes. If there are no objections, these changes are approved.

We now move to changes requested by political groups. For today, Wednesday, the Renew and ECR groups have requested that Council and Commission statements on 'Reconstruction and integration of Ukraine into the Euro-Atlantic community' be added in the afternoon. The debate is to be wound up with a resolution to be voted in June. The ECR Group has requested that the debate be added as a third point before the debate on 'Breaches of the rule of law and fundamental rights in Hungary and frozen EU funds'. As a consequence, the sitting would be extended to 23.00.

I give the floor first to Petras Auštrevičius to move the request on behalf of the Renew Group.

**Petras Auštrevičius, on behalf of the Renew Group.** – Madam President, dear colleagues, on behalf of the Renew Group I would like to have the following debate added to the agenda for today, with the session therefore being extended: 'Council and Commission statement on the reconstruction and integration of Ukraine into the Euro-Atlantic community', with a resolution to be adopted in the June plenary.

Dear colleagues, awaiting the Commission's assessment regarding Ukraine's progress implementing recommendations, also in July NATO will hold its summit in Vilnius. It is important to reiterate our unwavering and standing support for Ukraine for full Euro-Atlantic integration and therefore send a very clear signal to the brave people of Ukraine.

Colleagues, I do understand, because our session is overcrowded, that this might happen in June, but I wish to have full clarity and solidarity with this decision.

**President.** – So just to clarify, Mr Auštrevičius, your proposal is now to move it to June?

**Petras Auštrevičius, on behalf of the Renew Group.** – Madam President, my proposal is for this mini-session, but there might be a compromise for June.

**President.** – We have received an alternative proposal from the S&D Group. I give the floor to Mr Cimoszewicz to present the alternative title, for this session.

**Włodzimierz Cimoszewicz, on behalf of the S&D Group.** – Madam President, the Renew and ECR proposal speaks about two very important but separate issues: the reconstruction of Ukraine, which needs an urgent working-out of the programme, and the Euro-Atlantic integration of that country.

Although my political group believes that it would be beneficial to prepare this debate better, we can agree to add that point to our agenda as Commission and Council statements on the need for a fair, inclusive and sustainable reconstruction and recovery of Ukraine.

**Michael Gahler, on behalf of the PPE Group.** – Madam President, the EPP Group would like to support the suggestion from Renew and the ECR. However, as already slightly indicated by colleague Auštrevičius, we would prefer to have it in June — also with one argument, which is that it is a bit closer to the debate that will be held anyhow ahead of the summit in Vilnius in July. So we think it's better to have it then.

I was also informed that the Swedish Presidency will not be present at a later stage today, but will certainly be present in Strasbourg. So we would support the suggestion of the Renew Group to have it in June, and the title.

**President.** – OK, so back to Mr Auštrevičius' original point, would there be agreement that this be debated for the plenary in June, and it will go through the preparatory stages for that?

OK, we'll do that. So the sitting is not yet extended until 23.00. But it will happen!

The Greens and S&D groups have requested that a Commission statement on 'Social and economic costs of the climate crisis and the urgent need for European solidarity to support affected countries and regions, especially after the current floods in Emilia Romagna and Marche' be added as the fourth point in the afternoon. Therefore the sitting would be extended to 22.00. I give the floor to Terry Reintke to move the request.

**Terry Reintke, on behalf of the Verts/ALE Group.** – Madam President, colleagues, first things first. As you said, President, I think it is important that we make clear that this Parliament stands in full solidarity with all people who are affected by these horrible floods in different regions in Italy. We have again and again shown how important, especially in moments like this, European solidarity is.

We can see – and this is not an isolated event – that climate change is nothing happening in the distant future anymore; it is something that is happening now –with extreme weather events, with droughts, with floods, with forest fires. We in this Parliament should debate what needs to be done now, what the necessary steps are to show solidarity with people in Italy, but also what the long term implications are, so that we avoid situations like this from happening again.

So, colleagues, please support our request to debate this today in plenary.

**President.** – I have received an alternative proposal from the Renew and EPP groups, so I give the floor to Nicola Danti to present on behalf of both groups.

**Nicola Danti**, *a nome del gruppo Renew*. – Signora Presidente, intanto vorrei esprimere gratitudine per la solidarietà che Lei ha espresso nell'apertura della seduta alle popolazioni così colpite nelle regioni italiane di Emilia-Romagna, Marche e anche Toscana.

Noi avremmo una proposta alternativa a quella che hanno proposto il gruppo socialista e il gruppo dei Verdi, che ha il seguente titolo: «Dichiarazioni della Commissione sui costi economici e sociali del cambiamento climatico alla luce delle alluvioni in Italia e il bisogno urgente di solidarietà europea».

**Elisabetta Gualmini**, *a nome del gruppo S&D*. – Signora Presidente, intanto Le esprimo la mia gratitudine per le Sue parole. Come Lei ha detto, siamo di fronte a una terra ferita, quella dell'Emilia-Romagna, delle Marche e, in parte, della Toscana. Abbiamo visto un ciclone con la forza di un uragano, colline che si abbassano e fiumi che si alzano, un fiume di 50 centimetri è diventato alto 12 metri.

E di fronte a questa catastrofe naturale davvero io penso che sia importante avere il supporto e il sostegno di tutte le forze politiche, in modo che il Parlamento esprima non solo la solidarietà, ma anche la richiesta alla Commissione europea perché siano stanziati i fondi e gli aiuti necessari.

Propongo dunque un titolo di compromesso tra la proposta dei Verdi, che ringrazio, e di Renew; il titolo sarebbe «Commission statement on the social and economic costs of climate change in light of the floods in Emilia-Romagna, Marche and Toscana and the urgent need for European solidarity».

**President**. – I need to check whether the other groups agree with this alternative proposal. I see that the Green Group does, Renew does, the EPP does. OK, so I will put the compromise request to the vote.

*(Parliament agreed to the request)*

So we will have that proposal, and therefore the sitting will be extended to much later than originally foreseen.

The EPP, S&D, Renew and Greens groups have requested that Council and Commission statements on 'Threat to democracy and the rule of law in Poland, in particular through the creation of an investigative committee' be added as the fourth item this afternoon. As a consequence, the sitting would be extended again.

I give the floor to Jeroen Lenaers to move the request.

**Jeroen Lenaers**, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, on Monday the President of Poland signed a law creating a commission to investigate Russian interference in Polish politics. At least that's what he would like us to believe, but the real objective is clear for us all to see, and this is to intimidate political rivals and to interfere in the upcoming elections.

This is not a surprise. The ruling party in Poland has consistently undermined the rule of law and democracy in its efforts to cling on to power. It is always tilting the playing field in its own favour. But this is no longer about tilting the playing field. This is about removing the opposition from the playing field altogether.

These are classic autocratic tactics. If you are afraid of elections, if you're afraid of opposition, if you're afraid of checks and balances that define any normal democracy, this is what you do.

It's a disgrace for Poland. It's a disgrace for the EU, and this House must urgently address it here. This is why the EPP, S&D, Renew and Green Groups have requested adding the debate for which you read the title to the agenda today as a matter of urgency.

**Stéphane Séjourné**, *au nom du groupe Renew*. – Madame la Présidente, cette affaire est d'une extrême gravité, c'est pour cela que je me permets de reprendre la parole. Renew Europe proposera probablement une résolution pour le mois de juin pour qu'on puisse, y compris au Parlement européen, prendre une position concrète sur cette affaire.

Je voudrais à ce propos formuler une remarque, et peut être envoyer un message à nos collègues du PiS. D'abord la remarque: finalement je suis heureux que le PPE se rende compte de la véritable nature de leurs probables futurs collègues de coalition. Aujourd'hui le groupe ECR prétexte de travailler sur les ingérences étrangères pour construire l'incapacité des oppositions à se présenter contre eux, ce qui est extrêmement grave en démocratie. Et le Parlement européen doit en tout cas prendre toutes les mesures et s'exprimer systématiquement contre ces procédures.

Au-delà de ça, je pense que l'ensemble des groupes politiques sera d'accord pour cette résolution et peut être aussi pour l'adopter ici, dans cette plénière, pour qu'on puisse avoir en perspective le début des négociations.

**Ryszard Antoni Legutko**, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, let me begin by saying that investigation is a standard parliamentary practice – oh yes, it is – and the commission that has been set up meets all democratic standards. Whoever says otherwise lies; whoever says otherwise lies.

*(Interjections from the floor)*

Madam President, could you please discipline the colleagues?

The Soviet – sorry, the Russian interference...

*(Interjections from the floor)*

Russian interference has been with us for a long time. The top politicians from France, Germany, Finland, Austria have been on the payroll of Putin and his oligarchs, and...

**President**. – Dear colleagues, can you please let Mr Legutko speak.

**Ryszard Antoni Legutko**, *on behalf of the ECR Group*. – This is amazing! I mean, this is political hooliganism!

*(Mixed reactions)*

So Poland has also been a place that Russian infiltration was present. And just let me give you a few examples. There was an attempt to tie us to the Russian gas supply for several decades to come. We had the Polish ambassadors being coached by Russia's Foreign Minister, Mr Lavrov. I know some of your colleagues have been responsible for this. I know that you suspect that all the truth may come out, but please, for the sake of decency, reject this stupid and disgraceful proposal.

**President**. – I put the request to the vote by roll call.

*(Parliament agreed to the request)*

So now the sitting will be extended until 23.00.

Also today the ECR Group has requested that a Commission statement on 'Interference in the European political agenda by non-European organisations who are behind the activities of radical environmentalist movements, in light of recent inquires by the German authorities' be added as the last item in the afternoon.

I give the floor to Vincenzo Sofo to move the request on behalf of the ECR Group, and then to Michael Bloss to speak against.

**Vincenzo Sofo**, *a nome del gruppo ECR*. – Signora Presidente, a nome del gruppo ECR, chiedo dunque di inserire nella plenaria di oggi un dibattito senza risoluzione intitolato «Dichiarazione della Commissione sulle interferenze nell'agenda politica europea da parte di organizzazioni extra europee che si celano dietro l'attività dei movimenti ambientalisti radicali alla luce delle recenti indagini delle autorità tedesche».

Quest'Aula non può infatti ignorare quanto sta emergendo da inchieste giornalistiche che svelano come i movimenti tipo «Ultima Generazione», che negli ultimi mesi stanno intensificando le azioni contro le politiche energetiche e industriali dei nostri governi e della Commissione, siano sponsorizzati, finanziati e manovrati tutti da una stessa organizzazione, dietro alla quale si trovano politici, media e industriali della sinistra americana.

Parliamo nel solo 2022 di diversi milioni di dollari usati per provocare decine di migliaia di azioni, spesso illegali, e che appunto già sono oggetto di indagini giudiziarie in Germania.

È urgente, dunque, che anche quest'Aula indagli se dietro a questi movimenti ci sia un tentativo di ingerenza extra europea nelle nostre politiche nazionali e comunitarie e se in tale operazione siano coinvolti anche i partiti ambientalisti presenti in questo Parlamento.

**Michael Bloss, on behalf of the Verts/ALE Group.** – Madam President, dear colleagues, climate activists need to be protected and we need them now more than ever – these are not my words; these are the words of the UN Secretary-General, António Guterres, on the recent events in Germany. And you want to do the opposite – you want to criminalise them; you want to silence them and you want to silence the debate on the climate emergency.

But whether you approve or disapprove of their actions, they have fundamental rights. They have a right to a voice; they have a right to protest. And it's our duty as parliamentarians to uphold these rights. This is the essence of democracy. So, let us listen to the interference of the UN Secretary-General and protect their rights. Please, colleagues, vote against this request by the ECR Group.

**President.** – I put the request to the vote by roll call.

*(Parliament rejected the request)*

The Left Group has requested that Council and Commission statements on Israeli attacks in Gaza be added as the last item this afternoon.

I give the floor to Clare Daly to move the request on behalf of The Left Group.

**Clare Daly, on behalf of The Left Group.** – Madam President, over 5 days earlier this month, Israel attacked and bombed Gaza 323 times. Ten civilians were killed, 1 100 people displaced. More than 150 000 Palestinian civilians have been killed or injured in Gaza and the West Bank since 2008; 33 000 of those were children.

The EU stands by and watches this happen and calls Israel our friend. We construct houses and schools in the West Bank; the Israelis come and destroy them. We cannot consider ourselves a union of values and continue to call Israel our friend. We need to have this conversation, but in light of the time constraints that we are now already under and the positive remarks by some of the other groups that they will facilitate a full and necessary debate on this in June, I'll withdraw it on that basis.

**President.** – I have received an alternative proposal from the S&D Group. I give the floor to Evin Incir to move the request.

**Evin Incir, on behalf of the S&D Group.** – Madam President, we were actually asking for the floor in case the Left would put forward their proposal. But since they withdraw, we will also withdraw ours and then we will come back to it during the next session.

**President.** – We will deal with it in the preparation for the upcoming plenary part-session.

The Greens and The Left groups have requested that the vote on the report by Ms Kalniete on 'Foreign interference in all democratic processes in the European Union, including disinformation' be postponed to the June part-session.

I give the floor to Philippe Lamberts to move the request.

**Philippe Lamberts**, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, dear colleagues, I think it's a very good thing that this Parliament has tackled the issue of foreign interference and disinformation seriously. We already adopted one report on it, there is a second one coming, and as we could see a few minutes ago, these issues are sensitive issues, not easy ones to deal with because, of course, they put in tension different aspects of democracy in terms of freedom of speech, but also restrictions that can be applied to them. And so we cannot just go about voting on such an important text without giving the possibility of the real sovereign – that is the plenary of this assembly – to discuss potential amendments to make this text better.

So my plea to you is that, yes, we have the debate on the text today – well, in this session, I don't know if it's today or tomorrow – and we vote the report in the June session allowing for this assembly to table and discuss amendments to make it better.

**Sandra Kalniete**, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, I appreciate highly the atmosphere we had working on this ING2 Committee second report and the dialogue which we had among shadow rapporteurs and rapporteur. However, committee voted on this report with very convincing vote: 27 in favour, 1 against, 1 abstention. And I oppose postponement of the vote for the plenary session in June because there is no lack of clarity. There was a clear majority. And there was also a deadline for tabling amendments. To those political groups or individual Members who missed it, I say this is not a reason to proceed in this way.

**President**. – I put the request from the Greens and The Left groups to the vote.

*(Parliament rejected the request)*

With that the agenda is adopted and the order of business is this established.

## 12. 10. Jahrestag des Einsturzes des Rana-Plaza-Gebäudes in Bangladesch (Erklärung der Präsidentin)

**President**. – The next item is a statement on the 10-year anniversary of the Rana Plaza collapse in Bangladesh (2023/2708(RSP)).

Dear colleagues, you will recall that 10 years ago, in spring 2013, an eight-story commercial building called Rana Plaza in Bangladesh collapsed. Thousands of tons of metal and concrete came crashing down, killing 1 134 people. Hundreds of lives. Garment workers. Factory workers. Mostly women, who only hours earlier protested about the lack of safety of their working conditions before being told to get back to work.

The Rana Plaza collapse in Bangladesh was a wake-up call for the Western world. Ten years on, I would like to give the floor to a round of speakers to speak up about lessons learnt and about what the European Union has done to own up to the consequences of consumer preferences for abundance and affordability ahead of moderation and sustainability. Because we have a responsibility here.

**Seán Kelly**, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, Bangladesh is the second largest apparel exporter in the world. The sector accounts for about 82% of the country's total export revenue and most workers in the ready-made garment sector are young women, as you said, from rural backgrounds.

Ten years ago, the deadliest accident in the history of the modern garment industry – and one of the worst industrial accidents ever – took place in Rana Plaza in Bangladesh, leaving 1 100 people dead and at least 2 500 grievously injured. This was not the first tragedy of its kind and, sadly, not the last. Others have happened since. Rana Plaza and the other industrial accidents suffered by Bangladesh brought home the urgent need to establish a culture of workplace safety in the country's garment industry and beyond.

Much has improved in the last ten years, however more needs to be done to ensure that clear standards, guidelines and accident reporting protocols are understood and implemented at all levels. Compliance with core labour standards and national legislation must be improved, including coverage of compensation, contracts, gender inclusivity and working time. Better access to social protection for workers across Bangladesh in all economic sectors is crucial. Further strengthening of the capacity of the safety committees, labour inspectorate and trade unions will be integral to this. Labour rights must be respected in order to foster an environment where trade unions can operate freely and without harassment, where improved social dialogue between the government, employers and trade unions takes place. It is imperative that we build upon the lessons learned and progress made in the ready-made garment industry to enhance industrial safety in other priority sectors to avoid such a tragedy repeating itself in the future. Occupational safety and health must be a priority.

**Agnes Jongerius**, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, dear colleagues, since 24 April 2013, we have held a speech here every year to ask attention for the Rana Plaza disaster. Every year we commemorate this disaster and we remember the more than 1 100 deaths and the 2 000 people injured. And every year we say ‘no more yet’ and ‘this no more’.

The media are covering the topic. They are writing articles. They are showing that there has not been enough progress made, showing that the accord which has been put in place to protect the workers is under pressure. We always call upon the Bangladeshi Government to do better. We sometimes manage to strong-arm them by making it conditional that the accord must stay, in order to keep the Everything But Arms arrangements – and using the threat of withdrawing these trade preferences has helped, as the Bangladeshi Government did not want to lose access to our markets. Thereby, it's shown that laws, rules and conditions help.

Today I'm hopeful that not only can we grant the workers in Bangladesh help, but also help all the workers of the world. This year we can really do something besides calling for better and safer working conditions. Tomorrow, we can ensure that companies, employers are held accountable. We can do this by voting. Let us vote in favour of the Corporate Sustainability Due Diligence. Let's help all the workers of the world. I think that will be the best response to the Rana Plaza disaster.

**Barry Andrews**, *on behalf of the Renew Group*. – Madam President, dear colleagues, recently we marked the 10-year anniversary of the deadliest industrial accident in the modern era. These were 1 134 avoidable deaths, and the Rana Plaza factory in Bangladesh sparked an international outrage and a litany of promises by major brands to clean up their supply chains.

This tragedy should have been a wake-up call for citizens, governments and companies that business as usual was no longer sustainable. While there have been some improvements, it is fair to say that, overall, very little has changed. The immediate reaction of global firms was to pledge to clean up their act. And over 200 of them joined the Accord on Fire and Building Safety in Bangladesh, a legally binding pact obliging them to source from Bangladeshi factories that met basic safety criteria. Nevertheless, this still left many holes on labour rights and environmental protection.

Many companies still turn a blind eye or simply refuse when it comes to looking after their workers and the environment. Even in Ireland, many of the largest Irish companies score poorly when it comes to what is known as corporate due diligence and human rights policies. A 2021 report from Trinity College Dublin found that 34% of publicly listed companies scored zero against human rights due diligence indicators, while 72% fail to disclose whether they assess salient risks and impacts. The pressures of the garment industry, the lack of regulation and the decision or omission of many large companies to inquire into their supply chain directly has led to these type of accidents around the world.

Irish and European companies have enormous leverage over many of their suppliers and subcontractors. The connection of the Irish and EU economy to millions of workers around the world through global value chains comes with a responsibility. It was recently reported in the media that the EMEA headquarters of Shein would be located in Ireland. This is a company with zero transparency and a terrible environmental record, and it will be setting up in Dublin just 10 years after the Rana Plaza disaster. It is for this reason that I would very much encourage colleagues to support the Corporate Sustainability Due Diligence Directive that will be before the House tomorrow.

## PRESIDÊNCIA: PEDRO SILVA PEREIRA

*Vice-Presidente*

**Saskia Bricmont**, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, nous rendons hommage aujourd'hui aux 1 138 morts et aux milliers de victimes de l'effondrement du Rana Plaza il y a dix ans. «Plus jamais ça», avait alors scandé le monde. Un accord international sur la santé et la sécurité au travail avait alors été signé par 200 grandes marques, prêtes à assumer leurs responsabilités auprès des fournisseurs. Mais certaines, bien connues n'ont toujours pas signé l'accord.

Le Bangladesh lui, s'est engagé à réformer son code du travail, mais la situation des travailleurs du secteur textile reste très préoccupante. Et «plus jamais ça» reste malheureusement un slogan dont ils ne voient pas les effets.

L'accord du Bangladesh vient d'être étendu au Pakistan, mais qu'en est-il des conditions de travail en Turquie, au Maroc, en Égypte et au Viêt Nam, avec lequel nous avons un accord? Et en Chine, où le travail forcé reste très important dans la culture du coton? Et en Inde? Allons-nous enfin saisir l'opportunité des négociations commerciales en cours pour inclure des dispositions concrètes sur la transition du secteur du textile dans les pays d'où nous importons nos vêtements?

La responsabilité des grandes entreprises et des importateurs européens nous impose de voter la législation sur le devoir de vigilance, demain. Nous ne laisserons pas une partie des libéraux et les conservateurs s'asseoir sur le bon compromis trouvé. Nos vêtements ne sont pas propres. Ils portent la marque des violations des droits des travailleurs et travailleuses qui ont déjà trop attendu.

Et le travail doit se poursuivre car nos vêtements sont aussi toxiques. Oui, mille substances chimiques sont utilisées dans le processus de fabrication textile, parmi lesquelles des phtalates, des perturbateurs endocriniens, du permanganate de potassium, du cadmium et même des insecticides. Des substances qui sont manipulées par les travailleuses, par les femmes, par les enfants dépourvus d'équipements de protection. Des substances souvent interdites en Europe car cancérogènes, mais qui se trouvent en contact permanent avec notre peau.

Il est donc urgent d'actualiser la réglementation REACH sur les produits chimiques et d'adopter des clauses miroirs pour que, quand on protège la santé des consommateurs européens, on protège aussi la santé des travailleuses et des travailleurs à l'autre bout de la chaîne. Les droits des travailleurs, notre santé, l'environnement ne peuvent pas être mis en pause.

**Nicola Procaccini, a nome del gruppo ECR.** – Signor Presidente, la tragedia del Rana Plaza in Bangladesh ci costrinse ad aprire gli occhi su un aspetto inquietante della globalizzazione.

Mi riferisco alla logica secondo cui contano solo il profitto e il margine di guadagno e che per arrivare al prezzo più basso possibile sia necessario delocalizzare la produzione dove le regole e le tutele per i lavoratori sono minime o inesistenti. Una logica perversa, frutto di una cultura avida e internazionalista.

Non farò l'elenco dei grandi marchi di abbigliamento occidentale coinvolti in quella tragedia, divenuta simbolo dello sfruttamento più cinico, malgrado la tentazione sia obiettivamente forte. Oggi, a dieci anni di distanza, non posso negare alcuni progressi nelle condizioni di lavoro e di sicurezza delle nostre catene di approvvigionamento, ma c'è ancora moltissimo da fare.

L'Unione europea è il principale mercato integrato del mondo, acquista ed esporta tutto. Grazie alla forza della nostra economia abbiamo il diritto di chiedere reciprocità negli standard ambientali e sociali di produzione, con il duplice obiettivo di disincentivare la delocalizzazione delle imprese europee e di incentivare il miglioramento delle condizioni dei lavoratori quando queste scelgono comunque di produrre fuori dal nostro continente.

Come presidente della delegazione dell'Asia meridionale, di cui fa parte il Bangladesh, lasciatemi omaggiare la sua grande cultura, la sua grande spiritualità, citando il suo poeta più famoso, Tagore: «Il potere disse al mondo: "Tu sei mio", ed il mondo lo fece prigioniero sul suo trono. L'amore disse al mondo: "Io sono tuo", e il mondo gli si offrì come casa».

**Dominique Bilde, au nom du groupe ID.** – Monsieur le Président, chers collègues, dix ans après la tragédie du Rana Plaza qui vit périr en 2013 plus de 1 100 personnes, essentiellement du secteur de l'habillement, rien n'a changé au Bangladesh, ou trop peu. Certes, des améliorations ont substantiellement renforcé la sécurité au sein des entreprises, mais, à en croire l'Organisation internationale du travail, le salarié typique du secteur de la confection est une femme âgée de 23 ans, issue d'une zone rurale et qui vit avec sa famille dans un logement inadéquat. Pas de quoi pavoiser. Et c'est sans compter la persistance du travail des enfants.

Tout ceci est consternant. Mais que dire d'une Union européenne qui, d'un côté, fait grand cas de sa nouvelle stratégie en matière de textiles dits «durables» et de l'autre, a jusqu'à présent maintenu des facilités exorbitantes en faveur d'un tel bénéficiaire. Je vous épargne d'ailleurs le bilan du pays en matière de condition féminine ou de propagation de l'islam radical qui est à l'avenant. En France, les manifestations relatives à l'affaire Charlie Hebdo sont à cet égard de sinistre mémoire.

Le Bangladesh bénéficie toujours en effet du régime commercial le plus favorable, même si les États-Unis lui ont retiré leurs avantages équivalents, dont les textiles sont d'ailleurs exclus. La concurrence de pays à bas coûts pourrait également tuer dans l'œuf tout espoir de renaissance des industries nationales. Je parle en connaissance de cause puisque ma région, la Lorraine, en France fut historiquement le fer de lance du textile français. Quelques courageux entrepreneurs tentent d'ailleurs d'en reprendre le flambeau en bravant les affres de la crise énergétique et de l'inflation.

Bref, le cas du Bangladesh illustre le gouffre béant entre les discours et les actes. Osons espérer, sans se bercer d'illusions, que la nouvelle mouture des préférences commerciales permettra un tant soit peu de le résorber.

**Manon Aubry**, au nom du groupe *The Left*. – Monsieur le Président, 1 135. Ils étaient 1 135 femmes et hommes, certains presque des enfants, morts broyés sous les décombres de l'usine du Rana Plaza au Bangladesh. 1 135 corps au milieu des étiquettes de Carrefour, Auchan, Primark, H&M et Benetton. 1 135 travailleurs morts parce qu'on les a forcés à trimer alors que les murs de l'usine se fissaient. Morts parce qu'on les a forcés à tenir la cadence pour assurer les profits sans limite de nos marques de vêtements. 1 135 vies écrasées par l'avidité des multinationales qui exploitent les travailleurs et la nature dans le monde entier en toute impunité.

Ces 1 135 vies étaient aussi précieuses que la mienne et que la vôtre. Derrière chacune d'entre elles, il y avait des histoires, des rêves d'avenir, des rires et des larmes. Derrière chacune d'entre elles, il y a désormais une famille endeuillée qui demande justice. Pendant dix ans, l'Union européenne a ignoré cet appel. Comme si ces vies ne valaient rien, ou pas plus que quelques centimes de marge sur le prix d'un tee-shirt.

Pendant dix ans, nous avons laissé ces multinationales continuer à passer les vies des travailleurs, les droits de l'homme et l'environnement dans leur broyeuse à profits. Nous avons laissé Total exproprier plus de 100 000 personnes en Ouganda et en Tanzanie. Nous avons laissé Nike et Zara exploiter le travail forcé des Ouïgours en Chine. Nous avons laissé 6 500 ouvriers mourir sur les chantiers de la Coupe du monde au Qatar. En mémoire des 1 135 morts du Rana Plaza, la droite et l'extrême droite de cet hémicycle, viennent jurer, la main sur le cœur, que cela n'arrivera plus.

Mais, chers collègues, une telle promesse ne se paye pas de mots. Elle se vérifiera par les actes demain, lorsque nous voterons sur le devoir de vigilance des multinationales. Alors, trêve de paroles en l'air, car oui, chers collègues du PPE, comment osez-vous verser des larmes de crocodile aujourd'hui quand votre groupe est en train de saborder en coulisse le texte visant justement à punir les multinationales qui exploitent à mort les gens et la nature? Le choix est finalement simple pour Monsieur Weber, dont je regrette l'absence aujourd'hui, et son groupe de la droite: céder aux lobbies et protéger les exploités, ou défendre les droits de millions de travailleurs.

**Tiziana Beghin (NI)**. – Signor Presidente, con 1 134 vittime e oltre 2 500 feriti la tragedia del Rana Plaza, in Bangladesh, può essere considerata come l'incidente sul lavoro più grave della storia. Una tragedia solo apparentemente lontana, perché al Rana Plaza si fabbricavano gli abiti che si vendevano nei negozi di tutto il mondo, anche qui in Europa.

Abbiamo dunque anche noi delle responsabilità sulle condizioni di lavoro nei paesi del terzo mondo, e come Europa devo dire che abbiamo reagito. Dopo la tragedia c'è stato un maggiore coinvolgimento delle aziende nella responsabilità sociale, l'adozione di standard internazionali più elevati e un incremento delle pressioni sui governi per aumentare i diritti dei lavoratori.

È stato fatto tutto? Possiamo dire che tragedie come quella del Rana Plaza non si verificheranno mai più? No. La pandemia e l'avvento dell'*ultra-fast fashion* hanno alimentato altre forme di abusi: dagli algoritmi che decidono sulla vita dei lavoratori, alle paghe da fame.

Come Movimento 5 Stelle sosteniamo l'iniziativa dei cittadini europei, promossa tra gli altri dall'Organizzazione mondiale del commercio equo, da Abiti Puliti e da Fashion Revolution. «Good Clothes, Fair Pay», questo è il titolo della campagna che chiede all'Europa una legislazione per raggiungere salari dignitosi in tutto il settore dell'abbigliamento, del tessile e delle calzature.

Il prossimo 17 giugno come Movimento 5 Stelle saremo in piazza a Roma anche per loro. #BastaVitePrecarie non è solo un impegno che vogliamo prendere in Italia, ma un obiettivo da raggiungere in tutta Europa e in tutto il mondo.

Questo Parlamento sta lavorando, oltre che sulla responsabilità sociale d'impresa, sul regolamento per porre fine al lavoro forzato. Domani voteremo un provvedimento d'urgenza per acquistare più armi e munizioni. Secondo noi sono invece queste le urgenze su cui dovremmo lavorare.

Mai più Rana Plaza. Basta sfruttamento dei lavoratori. Basta vite precarie.

**President.** – That concludes the item.

### 13. Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit (Aussprache)

**President.** – The next item is the debate on the report by Lara Wolters, on behalf of the Committee on Legal Affairs, on the proposal for a directive of the European Parliament and of the Council on Corporate Sustainability Due Diligence and amending Directive (EU) 2019/1937 (COM(2022)0071 – C9-0050/2022 – 2022/0051(COD)) (A9-0184/2023).

**Lara Wolters, rapporteur.** – Mr President, we have just commemorated the horrors of Rana Plaza, the hundreds of victims, many of whom had not wanted to go into the building but were threatened and made to pay with their lives, in a disaster that tragically could have been avoided.

Rana Plaza is not the only disaster linked to corporate greed or the only disaster linked to companies misbehaving and turning a blind eye. Saeeda Khatoon died last December and in her lifetime never had justice for her son, who died in a burning clothing factory in Bangladesh. Fire escapes were blocked, the factory in question made jeans for a known German brand. Or Rosita, Tikwari, Veronica and Manimbu, who are still fighting for justice after their homes were destroyed by a palm oil company in West Papua, financed with European money. Injustice, impunity that makes your stomach turn!

These are examples that show the need for rules on responsible business, because we are talking about daily occurrences of injuries, pollution, corruption on the other side of the world, as well as in Europe. Tragically, nobody is ever to blame. Everybody points to someone else. Companies say it wasn't them, it was their supplier. They didn't know. Low prices are very welcome, responsibility is not.

But we're not talking about all companies. Let's be very clear about that. Many companies and sectors have taken action voluntarily, especially after Rana Plaza, and yet it hasn't been enough for true change. Action has been too patchy and there's often too little justice for victims. So for victims, the case for this law is very, very clear.

For businesses, this law is of vital importance also. Why? Because they need certainty about what to do, as well as the certainty that their competitors are doing the same.

As for consumers, they in themselves cannot change the world. Even if it were possible for people to check every company and every label, that won't make enough of a difference. That's why we're making a law on what responsible business means.

What we have before us is a political agreement that I am very proud of. It was painstakingly negotiated over three years, and it tries to take into account every difficulty that was raised by everyone who will be affected by this law – workers and companies alike.

It has always been my aim to negotiate a position with cross-party support in this House which is proportionate and workable for business and effective and accessible for victims. Why? Because this legislation is too important for us not to deliver.

This is about what kind of Europe you want to live in and what we as Europeans value. It's about what kind of trade we want in the future, how we see globalisation, and about defining our relationship with China. It is about serious action on sustainability and climate. If we don't take a firm stand in Europe, then who will? Our task in a united Parliament is to set global standards as we have done in the past.

'Een betere wereld begint bij jezelf.' Ik vond die reclames heel mooi als kind, maar ze hebben hun glans verloren. Het is namelijk niet waar. Jij en ik, wij kunnen de wereld niet in ons eentje veranderen. De sterkste schouders, die moeten de zwaarste lasten dragen.

En een betere wereld begint bij bedrijven. Dat is beter voor iedereen die in de winkel staat en zich afvraagt waar een trui gemaakt is, maar ook beter voor bedrijven zelf, want bedrijven die hun plicht naar mens en milieu serieus nemen, daar zijn er een boel van. Die bedrijven geven we met een antiwegkijkwet een steuntje in de rug.

Maar grote cowboybedrijven die regels aan hun laars lappen, die moeten we de pas afsnijden, zodat we niet meer hoeven te lezen over duizenden arbeiders die in Qatar stierven tijdens de bouw van voetbalstadions, Oeigoeren die in China onder dwang onze kleding maken, zodat het klaar is met voetbalvelden aan gekapt regenwoud in Zuid-Amerika, natuurgebieden waar oliemaatschappijen pijplijnen doorheen bouwen, uitgebuide gastarbeiders die tomaten plukken in Spanje.

Voor verantwoord ondernemen is Europese wetgeving nodig. En veel bedrijven vragen zelf om duidelijke regels die in heel Europa gelden. Op rechts is dat op dit moment aan dovemansoren gericht. Rechtse partijen in dit Parlement schermen met spookverhalen over het vestigingsklimaat en over regeldruk voor bedrijven. Klagende multinationals wordt de hand boven het hoofd gehouden.

Het is klaar – wat mij betreft – met politieke spelletjes. Laten wij morgen verantwoordelijkheid nemen als Europa, als Europees Parlement, en laten we morgen een serieuze stap zetten richting een duurzamere en eerlijke wereld.

**Raphaël Glucksmann**, *rapporteur pour avis de la commission des affaires étrangères*. – Monsieur le Président, chers collègues, c'est dans la boîte de ce test de grossesse que fut retrouvée cette lettre: l'appel à l'aide d'un prisonnier chinois forcé de fabriquer des produits qui sont ensuite vendus dans une pharmacie à Paris. Voilà où mène la pyramide d'irresponsabilités qu'est la globalisation. Voilà où mène un monde sans règles dans lequel ceux qui ont le plus de pouvoir ont aussi le moins de responsabilités. Le monde de Zara, de Shein ou de Nike.

Aujourd'hui, le moment est venu de tourner la page de l'impunité des plus puissants. Le moment est venu de rendre les multinationales comptables des destructions de l'environnement et des violations des droits de l'homme commises sur leurs chaînes de valeur. Le moment est venu de les empêcher de se cacher derrière leurs fournisseurs, leurs sous-traitants ou leurs filiales. Cette législation sur le devoir de vigilance est une révolution juridique d'ampleur. Tenter de l'affaiblir, ou la rejeter même, est contraire à nos principes, mais aussi à nos intérêts. Chacun d'entre nous, chers collègues, aura à répondre de son vote.

**Barry Andrews**, *rapporteur for the opinion of the Committee on International Trade*. – Mr President, dear colleagues, all companies carry out due diligence on their supply chains, but only insofar as it impacts the operations of their own company. What makes this proposal radical is that, for the first time, companies will be mandated to carry out due diligence on their supply chain as it affects the planet, as it affects human rights abuses.

This has been an extremely divisive text, but I want to set the record straight. Contrary to what you might hear in this Chamber today, SMEs are excluded from the proposal. Contrary to what you might hear today, this is not a regulatory burden. There are already supply-chain laws in EU Member States, so this is deregulatory in effect by creating a level playing field. It is also aligned with the Corporate Sustainability Reporting Directive, and therefore companies not only know what they have to report, but they also know what they have to do. So this provides businesses with the opportunity to take advantage of the European Green Deal. It also gives citizens, for the first time, a very clear choice: it takes human rights and environmental degradation out of our shopping baskets.

**René Repasi**, *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Wirtschaft und Währung*. – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Geld bewegt die Welt – eine Welt, in der Unternehmen kaum beeindruckt sind von unterbesetzten staatlichen Aufsichtsbehörden und von Haftungsansprüchen, deren Voraussetzung von Klägerinnen und Klägern nur schwierig bewiesen werden können. Nein, in dieser Welt haben sie nur Angst, dass ihnen der Geldhahn zuge dreht wird, wenn sie sich nicht um die Menschenrechte und um die Umwelt in ihren Wertschöpfungsketten kümmern.

Diesen Zahn haben die Regierungen im Rat gezogen, indem sie die Finanzen aus dem Lieferkettengesetz herausnehmen wollen. Diesen Zahn will die rechte Seite des Hauses ziehen, die heute noch nicht einmal dabei ist. Sie ist den Sirengesängen der Finanzlobby erlegen.

Wer dicke Gewinne gemacht hat in Europa, wer diese einstreicht, hat die verdammte Pflicht, diese Profite zum Schutz der Menschenrechte und der Umwelt einzusetzen. Insoweit kann ich an die nicht anwesende rechte Seite nur appellieren: Kommen Sie rüber auf die gute Seite der Macht. Es ist noch nicht zu spät.

**Samira Rafaela**, *Rap avis EMPL.* – Voorzitter, ik hoop dat het Europees Parlement morgen zijn verantwoordelijkheid neemt. Het is jammer om te zien dat de afgelopen dagen een aantal collega's, met name hier rechts, bezig zijn geweest om coalities te bouwen om bijvoorbeeld amendementen te maken die geheel tegen de essentie van deze nieuwe en belangrijke wetgeving ingaan.

Ik dank de rapporteur. Heel goed werk. Het is geen geheim dat de Commissie sociale zaken en werkgelegenheid nóg verder wilde gaan. En als het aan mij zou liggen, dan zou ieder bedrijf zijn verantwoordelijkheid moeten nemen op het gebied van mensenrechten en klimaat, ongeacht hoe groot het bedrijf is. Dit is een goede deal. Het maakt namelijk helemaal niet uit hoe groot of klein de administratieve druk is. Mensenrechten mogen hier niet aan onderdoen.

Maar dit is geen tijd om dogmatisch te zijn. We moeten nu doorpakken en bedrijven eindelijk de manieren geven om internationaal verantwoord te ondernemen conform de OESO-richtlijnen. We gaan nu ook doorpakken. Hierna gaan we door met het weren van producten die gemaakt zijn uit dwangarbeid. Die moeten van onze markt weggehouden worden. De economie wordt gemaakt en gedragen door mensen, dus daar doen we het ook in eerste instantie voor: voor mensen.

**Tiemo Wölken**, *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit.* – Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kommissar, schön, dass Sie da sind; liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit welchem Recht konsumieren wir in der Europäischen Union Produkte, die in Teilen der Welt hergestellt worden sind, wo dadurch Menschenrechte verletzt werden, die Umwelt zerstört wird oder tatsächlich Menschen ausgebeutet werden? Welches Recht haben wir dazu?

Wir haben dazu kein Recht, und deswegen braucht es ein klares, ein starkes Lieferkettengesetz, das sicherstellt, dass Menschenrechte nicht nur in der Europäischen Union gelten und an den Außengrenzen aufhören, sondern dass sie weltweit gelten.

Mit diesem europäischen Lieferkettengesetz, über das wir morgen abstimmen, haben wir die Chance, dafür zu sorgen, dass wir nicht mit zweierlei Maß messen, sondern dass wir dafür sorgen, dass Menschenrechte und Umweltschutz überall auf der Welt gleichermaßen gelten. Das ist unsere Pflicht. Und ich hoffe sehr, dass die EVP morgen diesem Gesetz zustimmen wird und sich nicht verabschiedet aus einem Kompromiss, der dafür sorgt, dass Menschenrechte und Umweltstandards weltweit eingehalten werden.

Dieser Kompromiss ist ein guter: Er sorgt für einen fairen Ausgleich für die Unternehmen, für die Beschäftigten, für die Umwelt und für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Und deswegen müssen wir morgen dieses klare Signal hier gemeinsam setzen.

**Didier Reynders**, *membre de la Commission.* – Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, je suis particulièrement heureux d'avoir aujourd'hui ce débat avec vous au sujet du projet de rapport de votre Parlement sur le devoir de vigilance des entreprises en matière de durabilité.

La Commission se félicite du travail de la commission JURI, ainsi que de l'intérêt du Parlement européen pour la proposition législative présentée par la Commission en février 2022, qui constitue une priorité politique commune. Je souhaite en particulier remercier la rapporteure, M<sup>me</sup> Lara Wolters, ainsi que les rapporteurs fictifs dans ce dossier. Nous avons eu l'occasion d'échanger à de nombreuses reprises tout au long du processus, dans une atmosphère particulièrement constructive.

Nous partageons l'ambition d'une action législative horizontale au niveau européen, afin de mettre en œuvre, concrètement, les engagements de l'Union en faveur d'une transition vers une économie plus juste et plus durable dans le domaine du droit des sociétés.

You will vote tomorrow on a proposal that represents a unique opportunity for the Union. This legislation can have an important impact on the way companies operate globally. It can lead to the development of new, more sustainable business models by large companies operating in the European Union market. Many stakeholders are asking for this: consumers, investors, employees and the wider public, as well as many companies themselves. Indeed, this is an initiative where we want companies to be on board. We are ready to continue to work together with them to make due diligence a reality on the ground.

In order to achieve our goals, we proposed harmonised and mandatory rules on corporate due diligence and directors' duties. Existing international recommendations and voluntary schemes have played an important role so far, but they have not been sufficient to lead to the necessary changes and to ensure a level playing field throughout the whole economy. With this proposal, we can indeed offer legal certainty and a level playing field for companies across the European Union, support for SMEs, better access to finance and guidance to facilitate the transition.

This proposal aims to support companies in running their business in a way that effectively addresses possible negative impacts on human rights and the environment throughout their value chains. A review of more than 2 000 studies shows that integrating human rights and environmental protection into business operations leads to competitive advantages in all sectors of the economy and to more innovation.

So, our main objective is to ensure that long-term perspectives and sustainability factors are better integrated in corporate strategies and decision making. Therefore, in our view, a clarification of the directors' duty of care is also useful. The duty of care of directors is already present in all the legal systems of all Member States. The Commission's proposal does not set a new duty of care, but only clarifies duties already present in national law to make sure that directors are empowered to act also with regard to the long term.

It is important to make sure that sustainability considerations are taken into account in the major decisions of large companies. The proposal does not change the existing enforcement regime in this regard. Only shareholders would be able to hold directors to account.

As regards climate change, in our proposal, we provided for a special regime that would require large companies to adopt a climate transition plan to ensure that their business model and strategy are compatible with the objective to limit global warming to 1.5 degrees in line with the Paris Agreement. The Commission changed to be covered by the whole due diligence regime. And of course the Commission did not propose, sorry, to change to be covered by the whole due diligence regime. So there are two systems, one with the due diligence process for harm to the environment and violation of human rights and a transition plan for climate.

Ladies and gentlemen, the Commission proposed that the new rules apply only to large companies which have the capacity to implement the measures needed and notably to scrutinise their value chains. SMEs don't fall under the scope of the proposed directive and would therefore be excluded from the administrative and civil-liability regimes contemplated in terms of enforcement. To limit the impact of this proposal on SMEs across value chains, the Commission also proposed to provide them with technical and financial support, notably, SMEs should benefit from specific guidance and tools.

In a nutshell, our approach when designing the proposal has therefore been guided by the need to ensure proportionality, being mindful of impacts on competitiveness, while at the same time ensuring that we trigger a solid change on more sustainable value chains.

I would like to conclude by praising again your work and commitment on this file. With this report, we are making further progress in this important field. It is a good indicator that we should be able to reach a final agreement soon. I am now looking forward to the upcoming trilogues. I thank you, of course, for your attention and if it's possible to go further tomorrow we will start very fast the trilogue. But before that I will now listen with interest to your interventions.

**Ilan De Basso**, *föredragande av yttrande från utskottet för utveckling*. – Herr talman! Vi ska rösta om en banbrytande lagstiftning som sätter press på företagen att ta hänsyn till mänskliga rättigheter och miljön. På 2000-talet borde det här inte vara så speciellt banbrytande, men det är det.

Företag som bedriver verksamhet i utvecklingsländer måste respektera mänskliga rättigheter, miljö och rättsstatsprincipen, inte minst för att vi ska kunna nå målen i FN:s Agenda 2030. Det är inte storleken på företagen utan storleken på den skada som företagen orsakar som är det väsentliga. Därför måste fler företag omfattas av lagstiftningen.

Fackföreningarnas inflytande är oerhört centralt för att förstärka denna lagstiftning. Vi behöver effektiva och proportionerliga sanktioner mot de företag som bryter mot mänskliga rättigheter och skadar miljön.

Nu är det viktigt att vi rör detta i hamn för att skapa en framtid som skyddar människor och miljön, och där de som missköter sig hålls ansvariga för sina gärningar.

**Deirdre Clune**, *rapporteur for the opinion of the Committee on the Internal Market and Consumer Protection*. – Mr President, we need to support and enable businesses to act more sustainably and responsibly in their global and their EU activities. This proposal is a step towards doing that while also bringing legal certainty and a level playing field when compared to the existing situation, where there's a varying degree of approaches taken across the Member States.

Products and services that are a result of human rights and environmental violations should not be allowed on the European market. The EU is capable of setting high standards and having a strong influence on global supply chains, and we can use this influence to address human rights violations and breaches of social and environmental standards.

I was concerned that the proposed directive took a minimum harmonisation approach because it leaves room for Member States to impose diverging obligations from those in this directive that may actually undermine legal certainty and that creation of that level playing field. So the improved text, with a dedicated article to fully harmonise the provision of this directive during its transposition, and thereafter there will be a revision of six years to assess whether it should be turned into a regulation, is an improvement and it will lead to an increase of harmonisation and cross-border cooperation.

**Axel Voss**, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Sehr verehrter Herr Präsident, sehr verehrter Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen – insbesondere aus der Arbeitsgruppe des JURI-Ausschusses! Ich danke recht herzlich für die sehr vertrauensvolle und respektvolle Zusammenarbeit. Auch wenn wir immer inhaltlich extrem auseinanderlagen, so haben wir es am Ende doch geschafft, hier zumindest Kompromisse zu erreichen.

Es ist ein sehr politisches Thema – auch innerhalb der EVP –, und deshalb ist es auch nicht einfach für uns. Wir sind hier auch an einen Punkt gelangt, wo wir sagen müssen: Wir müssen den bürokratischen Aufwand gerade für die Unternehmen stoppen, und insbesondere natürlich auch für die kleinen und mittelständischen Unternehmen. Und wir müssen dabei auch die Realitäten beachten, in denen wir uns im Moment bewegen – ob das jetzt COVID ist, ob das der russische Angriffskrieg ist oder ob das die Expansion von China ist. Deshalb ist es ein schwieriges Umfeld, und deshalb würde ich auch sagen, dass ich eigentlich ursprünglich von der Kommission einen noch besseren Vorschlag erwartet hatte, in dem das mehr ausbalanciert ist.

Worauf wir besonders viel Wert legen, ist im Grunde eine Vollharmonisierung. Die Unternehmen brauchen einen Binnenmarkt, in dem sie auch arbeiten können, und nicht, dass wir das eigentlich den Mitgliedstaaten überlassen. Da hätte ich mir mehr Mut gewünscht, mehr forscheres Vorgehen – obwohl natürlich die rechtliche Situation schwierig ist, aber ich glaube, das wäre schon adäquat gewesen.

Die Brancheninitiativen, die wir jetzt vereinbart haben, sind etwas, wo ich Hoffnung schöpfe, dass wir zumindest hier etwas mehr Harmonisierung reinbekommen. Für uns ist auch der risikobasierte Ansatz besonders wichtig, mit dem wir uns konzentriert auf die Stellen oder die Lieferketten orientieren, an denen auch wirklich Risiken bestehen, und wir nicht einfach so etwas ins Blaue hinein machen.

Was für uns natürlich immer wieder extrem wichtig ist, ist, den bürokratischen Aufwand hier so gering wie möglich zu halten. Ich glaube nach wie vor, wenn wir die Unternehmen noch mehr umarmen würden und sie fragen und ihnen sagen würden: „Macht doch dieses!“ – und sie fühlen sich den Zielen verpflichtet, dann würden wir bessere Ergebnisse erreichen, als wenn wir sie jetzt einfach nur so verpflichten werden.

Aber ich denke, die Kompromisse sind da. Wir haben eine gute Grundlage, mit der wir arbeiten können. Nicht alles, was dort drinsteckt, gefällt mir oder uns. Aber ich hoffe, dass wir auch noch die eine oder andere Verbesserung im Trilog hinbekommen werden – auch im Sinne der Unternehmen und auch im Sinne von weniger Bürokratie.

**Evelyn Regner**, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kommissar und sehr geehrte Abgeordnete, die mit so viel Herzblut an diesem wichtigen, ganz wichtigen Dossier gearbeitet haben.

Unser EU-Lieferkettengesetz ist eine einmalige Chance. Es ist die Chance, dass wir den Unternehmen klare Regeln geben, was wir von ihnen erwarten, und zwar in einem Rahmen, der für sie machbar ist. Es ist die Chance, dass wir den Konsumentinnen und Konsumenten die Verantwortung abnehmen, wenn sie im Supermarkt oder im Geschäft stehen und nicht wissen, welches Produkt sie reinen Gewissens kaufen können. Es ist die einmalige Chance, dafür zu sorgen, dass jedes Produkt auf unserem EU-Binnenmarkt im Einklang mit Menschen- und Umweltrechten hergestellt wird.

Beim Lieferkettengesetz geht es um Transparenz, es geht um Inklusion der Gewerkschaften und der NGOs, es geht um Achtung der Menschen- und Sozialrechte, es geht um den Schutz der Umwelt. Und wir können es uns nicht leisten, das alles, diese einmalige Chance, zu verpassen.

**Adrián Vázquez Lázara**, *en nombre del Grupo Renew*. – Señor presidente, señor comisario, señorías, hace poco más de un mes se cumplía una década del trágico colapso de la fábrica textil de Rana Plaza: un accidente y una negligencia que se cobraron la vida de 1 134 personas y dejaron más de 2 500 heridos. Hoy sabemos que eso se podía evitar y se debió haber evitado. Esos trabajadores jamás debieron ser obligados a volver a su trabajo después de haberse detectado grietas estructurales en el edificio que se acabó derrumbando. Una tragedia que hace más importante, si cabe, que impulsemos leyes que eleven nuestros estándares, otorguen derechos a nuestros ciudadanos y también protejan nuestro planeta.

Mañana votaremos la Directiva sobre diligencia debida de las empresas en materia de sostenibilidad, una norma que tiene por objetivo que el desarrollo económico y el progreso social sean más compatibles con la protección de los derechos de las personas y del medio ambiente. Es un texto equilibrado que ha llevado horas y horas de negociación. Es equilibrado porque pone en la balanza la libertad y la competitividad económica junto con la responsabilidad y la protección. Porque la libertad sin responsabilidad es injusta y la responsabilidad sin libertad es insostenible.

Por eso yo pido a todos los diputados, a todos los grupos políticos, que apoyen esta Directiva, que va a ser un hito en esta legislatura y también en el futuro de nuestro continente.

Salgamos con una propuesta firme para que no se pueda decir que esta Cámara no ha hecho todo lo posible por ello.

**Heidi Hautala**, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Dear President, Commissioner, colleagues, since the adoption of the UN Guiding Principles on Business and Human Rights over ten years ago, many businesses have worked hard to ensure that their activities are not linked to human rights violations or environmental destruction. European consumers and investors expect nothing less. Nevertheless, too many companies still act as free riders and gain unfair competitive advantage from irresponsible business activity.

The agreement that has now been reached in the Legal Affairs Committee offers to level the playing field. It is a balanced compromise, well aligned with widely-accepted international standards. A key feature is access to justice. Without access to justice, the directive would end up as a paper tiger. Victims of human rights abuses linked to corporate activities must have the right to seek justice and to hold companies accountable for dodging their obligations.

Now, the world is keenly watching what we decide here tomorrow. Yet another 'Brussels moment' could be at hand. As one of the world's largest markets, the EU can be a force for good in clearly defining the responsibilities of companies to respect human rights and protect the environment.

It should be noted that many developing countries producing goods destined for the EU market will need support in adapting to this legislation. Luckily, the EU has several avenues available, ranging from development cooperation to partnerships and integrating responsible business conduct into different instruments and dialogues.

This legislation is not about soothing the conscience of European consumers. It is about promoting the core values of our union and responding effectively to global environmental and human rights challenges. We must now seize this opportunity to leverage the power of business to strengthen respect for human rights and to fight environmental destruction throughout the world.

**Jorge Buxadé Villalba**, *en nombre del Grupo ECR*. – Señor presidente, señor comisario, señor ponente, hemos llegado al abismo del sentido común con este proyecto de diligencia debida en las empresas. Las violaciones de derechos humanos se persiguen con policía, jueces, cárcel o dejando de financiar a sátrapas extranjeros, pero no imponiendo más cargas, obligaciones, gastos e ideología a las empresas. La única consecuencia es que las empresas y trabajadores europeos van a ser más pobres y menos competitivos; y donde hoy hay empresas europeas, mañana habrá empresas chinas o americanas.

Si les decimos a nuestras empresas que no pueden subcontratar en terceros países donde no hay cuotas de género, pero sí firmamos acuerdos con teocracias islamistas o financiamos los planes de regadío de terceros países que no se comportan como buenos aliados, ¿por qué exigen a las empresas lo que no se exigen a ustedes mismos?

Quieren convertir a las empresas en agentes activos de la Agenda 2030, el evangelio de las élites. Llevan demasiado tiempo jugando con la vida y el dinero de los que están ahí fuera —las empresas tienen que crear empleo, riqueza y crecimiento—. Pero esto se acaba: el 23 de julio, España, con Vox, seguirá el camino de Italia, Suecia, Finlandia, Polonia y Hungría. Una nueva Europa de naciones y de libertades va a resurgir.

**Gilles Lebreton**, *au nom du groupe ID*. – Monsieur le Président, chers collègues, l'idée d'obliger les entreprises à veiller à ce que leurs partenaires respectent l'environnement et les droits de l'homme tout au long de leur chaîne d'approvisionnement est séduisante. Elle correspond à l'objectif ambitieux de procéder à une sorte de moralisation du capitalisme. Mais elle implique aussi de faire supporter aux entreprises de nouvelles et lourdes contraintes administratives. Il convient donc de n'avancer dans cette voie qu'avec prudence, après s'être assuré qu'on ne va pas déstabiliser des secteurs entiers de l'économie européenne.

Certaines garanties ont certes été obtenues, par exemple l'exonération des PME, qui ne seront soumises à l'obligation de vigilance que sur la base du volontariat, ou encore l'application du système aux grandes entreprises non européennes commerçant en Europe.

Mais des incertitudes demeurent, concernant notamment l'étendue des obligations écologiques à mettre en œuvre ou portant sur le caractère démesuré de la chaîne d'approvisionnement à prendre en compte, laquelle ne se limite, hélas pas, aux relations commerciales directes des entreprises. Ces incertitudes ne permettent pas aux entreprises de bénéficier d'un niveau de sécurité juridique acceptable. C'est pourquoi je ne soutiens pas ce texte.

**Manon Aubry**, *au nom du groupe The Left*. – Monsieur le président, chers collègues, c'est avec beaucoup d'émotion que je vous parle aujourd'hui d'une immense victoire contre l'impunité des multinationales. Une victoire pour les droits de l'homme et l'environnement, auquel les très grandes entreprises ne pourront plus porter atteinte sans en être tenues responsables devant des tribunaux. Une victoire pour les 100 000 paysans expropriés par Total en Ouganda, les familles des 6 500 ouvriers morts sur les chantiers de la Coupe du monde au Qatar, ou encore les milliers de Ouïghours exploités de force par les grandes marques de vêtements comme Shein ou Zara. Une victoire pour toutes ces victimes, qui pourront enfin accéder à la justice sans que les multinationales ne se cachent derrière leurs sous-traitants ou leurs filiales.

Une victoire, il faut le dire, chers collègues, arrachée aux lobbies, prêts à tous les mensonges pour protéger leurs profits délinquants sur l'autel des droits de l'homme et de l'environnement. Le résultat de quatre ans de combats acharnés ici à Bruxelles, où nous avons bataillé tous azimuts pour que ces crimes ne restent plus jamais impunis. Alors aujourd'hui, pour une fois, ici au Parlement européen, on a fait la démonstration que le pouvoir des gens pouvait l'emporter sur celui de l'argent.

**Ivan Štefanec (PPE).** – Vážení pán predsedajúci, zodpovedné podnikanie je dôležité nielen pre tvorbu nových pracovných miest, ale svojím príkladom aj pre rozvoj celej spoločnosti. Mnohé spoločnosti sa princípmi zodpovedného podnikania začali riadiť na základe vlastného rozhodnutia. Som presvedčený, že zodpovedné podnikanie sa nedosahuje administratívou a ani preň nepotrebujeme dodatočné výkazy, správy či nariadenia. Dodržiavanie ľudských práv nemôžeme vynucovať prostredníctvom navýšenia byrokracie, ktorá je už teraz obrovskou záťažou najmä pre malé a stredné podniky. Legislatíva by mala jasne definovať, ktoré oblasti sú skutočne rizikové. Spoločnosti nemôžu byť finančne zodpovedné za škody, na ktoré nemajú dopad, či nahrádzať úlohu štátu. Hlavným základom pre úspech musia byť jasne definované úlohy, zodpovednosť a rozsah tejto legislatívy. Bez takýchto úprav sa stane len ťažko vykonateľným nástrojom a prekážkou zodpovedného podnikania a nie jeho podporou.

(Rečník súhlasí so zodpovedaním otázky položenej zdvihnutím „modrej karty“)

**Manon Aubry (The Left), question «carton bleu».** – Monsieur Štefanec, je vous ai écouté attentivement, et vous dites que les entreprises ne peuvent pas avoir une responsabilité tout le long de leur chaîne d'approvisionnement. Mais j'ai une question assez simple: êtes-vous d'accord que les entreprises connaissent leur chaîne d'approvisionnement, et quand il s'agit de faire remonter les bénéfices, elles n'ont aucun souci à trouver l'usine où la main-d'œuvre est la moins chère. Alors pourquoi peuvent-elles faire remonter les profits, mais jamais la responsabilité quand il s'agit de violations des droits de l'homme? Et donc, en conséquence, pourquoi allez-vous vous opposer à ce texte?

**Ivan Štefanec (PPE), odpoveď na otázku položenú zdvihnutím modrej karty.** – Budem hlasovať proti tomuto textu, pretože ide nad rámec návrhu, ktorý bol pôvodne zámerom Európskej Komisie. A keď sa pýtate, či majú firmy vedomosti o svojich dodávateľoch, samozrejme, že majú. Ale nie všetky firmy v takejto forme môžu dodržiavať to, čo je navrhované. Táto smernica nie je vykonateľná. Stretol som sa s mnohými investormi, ktorí investujú v Európskej únii a hovoria, že nemôžu kontrolovať všetkých, ktorí dodržiať či nedodržiať takéto predpisy pri čo najmenších súčiastkach. Táto smernica je jednoducho nevykonateľná, vytvára dodatočnú administratívu, dodatočnú záťaž a som presvedčený, že, na základe svojej osobnej skúsenosti, zodpovedné podnikanie je ctou a že firmy, ktoré máme v Európskej únii, drvivá väčšina sa chváli zodpovedným podnikaním, že je to ich privilegium. Ale zodpovedné podnikanie nemôžeme vynucovať administratívou. Zodpovedné podnikanie je niečo, čo je prirodzené a takýmto nariadením zhoršujeme pozíciu podnikania a zhoršujeme pozíciu najmä malých podnikateľov, ktorí tvoria najviac pracovných miest.

**Marek Belka (S&D).** – Panie Przewodniczący! Gdy 10 lat temu zawałał się budynek szwalni Rana Plaza, ogromny ciężar spadł również na nasze europejskie serca i umysły. Oddając się czarowi zakupów z promocji albo wybierając w ubraniach z metką „Made in Bangladesh”, zupełnie zapomnieliśmy, że za naszą niską ceną na półce mogą stać ludzkie tragedie, niewolnicza praca dzieci czy zdewastowane środowisko naturalne.

W idealnym świecie moglibyśmy oczekiwać, że klienci będą świadomi pochodzenia i prawdziwych kosztów kupowanych produktów. Niestety, gdy część korporacji, także polskich, poprawia warunki pracy i produkcji swoich wyrobów, inne godzą się na niewolniczą pracę Ujgurów czy dewastowanie środowiska naturalnego.

Właśnie dlatego należy poprzeć wprowadzenie dyrektywy w sprawie *due diligence* i sprawozdanie Lary Wolters, wprowadzające obowiązkowy mechanizm należytej staranności dla firm w dziedzinie praw pracowniczych, praw człowieka i ochrony środowiska. Pamięć o ofiarach Rana Plaza obliguje nas do tego działania. Namawiam wszystkie Koleżanki i wszystkich Kolegów z Polski, aby poparli kompromisowy projekt wypracowany w komisji JURI bez poprawek.

**Katalin Cseh (Renew).** – Mr President, dear colleagues, our smartphones, the devices we carry in our pockets, often contain minerals that finance bloody civil wars. Some 20% of global wool production originates from Xinjiang Province, where evidence clearly shows that Uyghur forced labour fuels the industry. Soybeans used in industrial cattle farming are directly linked to the destruction of the Amazon.

You know, over the last couple of months I've heard so many colleagues, so many lawmakers – and I have to say, sorry, but particularly from the right – dismissing these concerns saying that, yes, it happens in distant places, this is not really our business. Well I'm sorry to say, but this is literally our business at its core!

The Corporate Sustainability Due Diligence Directive focuses on the footprint our European companies leave on human rights and the environment wherever they may operate in the world. We want our companies to be the agents of positive change. Should they cause harm, it is also our responsibility to hold them accountable here in the European courts.

So the European Parliament has made crucial improvements to the Commission's proposal and it is very important to stick to them. The time for progress is now!

**Marie Toussaint (Verts/ALE).** – Monsieur le Président, chers collègues, la situation est simple: si les entreprises ne respectent pas l'accord de Paris, alors nous ne pourrons pas limiter le réchauffement climatique à 1,5 °C. Et soyons clairs, soyons honnêtes, aucune des entreprises pétro-gazières européennes, ni Repsol, ni ENI, ni bien évidemment Total, ne se situe aujourd'hui sur la trajectoire de l'accord de Paris.

Les choses sont simples: si les entreprises continuent d'épandre du plastique ou des polluants éternels tout au long de leurs chaînes de valeur, alors nous ne pourrons protéger ni l'Arctique, ni l'Himalaya, ni les forêts du monde de ces pollutions qui rendent notre planète toxique. En somme, si nous ne sommes pas en mesure de réencastrier l'économie dans le cadre des limites planétaires, alors nous continuerons à rendre notre planète invivable.

C'est là tout l'enjeu du texte sur le devoir de vigilance que nous étudions et que nous devons impérativement adopter demain. Parce que les entreprises sont tenues de respecter les lois, les droits et les principes qui s'imposent à tous, et qu'elles doivent assumer leurs responsabilités sociales et environnementales.

Parce que les vies des ouvrières, brisées tant par le travail forcé que par les produits toxiques qui s'infiltrent dans leur corps, hors de nos frontières, ont tout autant de valeur que les vies que nous avons à préserver sur le territoire européen.

Parce que quand Hilda, Vanessa ou Patience nous demandent de protéger leurs parcs naturels et leurs terres des forages du projet EACOP de Total en Ouganda et que la jeunesse du monde clame son droit à un avenir, nous, dans l'Union européenne, nous nous devons d'agir.

**Alexandr Vondra (ECR).** – Pane předsedající, já jsem ještě ze staré tradiční kapitalistické školy. Myslím si, že úkolem byznysu je generovat zisk a ne do posledního puntíku prokazovat, jak jej kdo dosáhl, nebo projevovat loajalitu zdejší vrchnosti a její dominantní ideologii.

Hodně se tu mluví o Číně, ale k úspěšné konkurenceschopnosti s Čínou se určitě neproregulujeme. Koncept *due diligence* tak, jak jej pojímá tato zpráva, je podle mého soudu za hranou a nepřímou, o to však intenzivněji, zasáhne především malé a střední podniky, firmy, které tady vždycky všichni unisono a často pokrytecky vyzývají jako páteř evropské ekonomiky.

Pojďme se teď dohodnout, že to s nimi skutečně myslíme vážně, a odmítněme tuto hloupou a nebezpečnou zprávu.

**Antonius Manders (PPE).** – Voorzitter, commissaris, collega's, het CDA steunt enorm de voorstellen, de uitgangspunten, van maatschappelijk verantwoord ondernemen, want dat hoort bij onze normen en waarden. Er zit – en dat heb ik al verschillende collega's horen noemen, die het hebben gehad over een *level playing field* dat we moeten creëren in Europa – maar één weeffout in dit voorstel. Het is namelijk een richtlijn. En een richtlijn, die wordt omgezet in elk land. En dan krijgen we 27 verschillende systemen, en dat is geen *level playing field*.

Ik roep dus ook iedereen op om morgen amendement 423 te steunen, dat pleit voor een maximale harmonisatie, zodat de uitgangspunten waar wij volledig achter staan voor alle Europese bedrijven gaan werken. Dus ik roep de commissaris op om dat te steunen. Ik roep Lara op om dat te steunen in de dialoog en ik hoop ook dat iedereen daar morgen positief over gaat stemmen.

*Last but not least* wil ik graag vragen aan de commissaris – en ook aan Lara om te bevestigen – dat heel kleine ondernemers, zoals bijvoorbeeld de slager om de hoek, de bakker et cetera, maar ook de lokale voetbalvereniging en de lokale muziekvereniging, nooit ofte nimmer in de keten zullen vallen dat zij moeten rapporteren onder de voorwaarden van deze wetgeving. En dan zeg ik maar "better safe than sorry".

**Patrizia Toia (S&D).** – Signor Presidente, arriviamo a questa approvazione dopo mesi intensi e difficilissimi di negoziato. Voglio ringraziare la collega Lara Wolters per il lavoro che ha fatto, veramente profondo e attento.

Dopo campagne di sensibilizzazione a favore di una responsabilità delle imprese in tema ambientale e in tema di diritti umani – dobbiamo tutti ricordare la tragedia del Rana Plaza, se non siamo ipocriti, per le lacrime che allora abbiamo versato – il testo di compromesso adottato in commissione JURI è quello che si allinea in modo molto coerente con i principi e le raccomandazioni internazionali dell'ONU e dell'OCSE proprio in materia di condotta responsabile e vuole coinvolgere in ogni fase gli *stakeholder*.

Io sono della commissione industria, quindi posso ascoltare, e ho ascoltato, le perplessità che sorgono da una parte del mondo imprenditoriale, ma ricordo qui che con questo testo noi abbiamo previsto una maggiore assistenza alle PMI, attraverso ad esempio la regolamentazione dei processi di approvvigionamento o l'esenzione delle PMI dai costi legati alle attività di audit, o ancora la protezione da disposizioni contrattuali, che possono scaricare su di loro le responsabilità che magari invece sono in capo a grandi aziende. Insomma, sono certa che ho fatto il mio dovere e che ho dato, assieme alla collega e alla commissione JURI, le risposte più giuste alle esigenze più fondate.

Allora penso che l'industria europea può e deve essere pronta a questo cambiamento, che non solo è doveroso, ma può portare, come molte aziende hanno intuito, a nuove possibilità di business e di sviluppo.

**María Soraya Rodríguez Ramos (Renew).** – Señor presidente, la votación de esta Directiva sobre diligencia debida de las empresas en materia de sostenibilidad es un momento sin precedentes, porque establece obligaciones vinculantes y tiene un ámbito de aplicación que no tiene parangón en el ámbito global.

Yo, hoy, quiero pedir a todos los diputados que apoyen esta Directiva y que voten en contra de las enmiendas. Que la apoyen, porque es un paso adelante hacia la honestidad y la coherencia de los valores que decimos representar, para que, efectivamente, estos valores se respeten. Es un paso muy importante para las víctimas de catástrofes como las de Bangladés o Brumadinho, y para sus familias. Familias que buscan verdad y justicia, a las que esta Directiva garantiza el acceso y, también, el derecho de no repetición.

Que voten a favor, porque lo quieren la mayoría de los ciudadanos europeos —más del 76 %—. Que voten a favor, porque la mayoría de las empresas europeas lo quieren, porque la mayoría de las empresas europeas actúan con diligencia debida y tenemos que garantizar que las que no lo hacen lo hagan. Por lo que somos, por la defensa de los derechos humanos y del medio ambiente.

**Sara Matthieu (Verts/ALE).** – Voorzitter, commissaris, de sweatshops draaien nog steeds op volle toeren. De slachtoffers daarvan zijn de onzichtbare handen die onze goedkope kleding maken. Het gaat over miljoenen werknemers in de “fast fashion”—industrie, vooral vrouwen, die vandaag in zeer onveilige werkomstandigheden werken en aan een hongerloos. Een sterkere zorgplichtwet moet daar echt een vuist tegen maken. Het is tijd voor een radicale verandering.

De cowboys, die moeten eruit. Deze wet zal ervoor zorgen dat de hele keten onder de loep komt te liggen. Gedaan dus met verwijzen naar onderaannemers, waardoor misbruik blijft bestaan. Maar collega's, daar heb je recht op als consument: dat wat in de rekken hangt, op een verantwoorde manier is gemaakt. En ook voor de producenten die het wél goed doen, is dit heel belangrijk. Zij zijn vragende partij voor deze wet, want zo creëren we echt een eerlijk speelveld, een gelijk speelveld zonder concurrentie op de kap van de arbeiders.

**Ibán García Del Blanco (S&D).** – Señor presidente, señorías, léanse la Directiva. Las pequeñas y medianas empresas están expresamente excluidas de su funcionamiento. Luego, quienes tengan esa preocupación, que se la quiten; pueden tocar y pueden votar esta norma con toda tranquilidad. Las empresas de más de 250 empleados son las que están contempladas en ella, no las menores.

Pero yo les quería hablar fundamentalmente de una persona a la que he conocido esta misma mañana: se llama Segundo, es un descendiente afro-ecuatoriano que lleva trabajando en el sector de la vacada en una empresa multinacional desde los 9 años, que después de 49 años sigue viviendo hacinado, con montones de personas, sin agua corriente, sin seguro sanitario, sin derecho a la jubilación. ¿De verdad, señorías, estamos dispuestos a seguir avalando este tipo de prácticas por parte de nuestras empresas? También el trabajo infantil: ¿de verdad no somos mejores los europeos y las europeas que todo eso? Porque yo sí me considero mejor que todo eso y creo que la mayoría, la abrumadora mayoría de los ciudadanos y ciudadanas europeas son mejores que todo eso.

Así que hay momentos, señorías, queridos compañeros y compañeras, hay momentos en los que hay que escuchar a la conciencia. Así que mañana, de verdad, por favor, esta vez escuchen a su conciencia antes de votar.

*Catch-the-eye procedure*

**Henna Virkkunen (PPE).** – Arvoisa puhemies, on aivan selvää, että yritystoiminnan on oltava vastuullista ja jokainen yritys voi vastata oman toimintansa vastuullisuudesta.

Yritysvastuudirektiivissä on hyvät tavoitteet, mutta yritysten velvollisuudet menevät todella pitkälle, kun tämän lainsäädännön seurauksena yritysten täytyy arvioida omaa toimintaansa ja koko arvoketjun toimintaa tavarantoimittajien, kuljetusten, jakelun ja myynnin osalta. Yritysten täytyy selvittää ihmisoikeus- ja ympäristövaikutukset, ja se on erittäin iso tehtävä.

Täällä puhuttiin kansainvälisistä jäteistä. Tosiasiassa lainsäädännön rajana on nyt 250 työntekijän yritykset ja sitä suuremmat yritykset, mutta joka tapauksessa velvoitteet tulevat ulottumaan myös pienempiin yrityksiin, koska näiden yritysten arvoketjussa on erittäin paljon pieniä yrityksiä tavarantoimittajina, kuljetuksissa, jakelussa ja myynnissä ja kaikkien toimintaa täytyy tämän seurauksena selvittää.

Näin ollen tästä tulee kyllä merkittävästi hallinnollista taakkaa ja isot velvoitteet, joita on syytä jatkokäsittelyssä edelleen keventää. Samoin on arvioitava paremmin myös direktiivin vaikutuksia finanssialaan. Sitä ei ole tässä vielä nyt otettu huomioon. Jatkokäsittelyssä se on myös yksi tärkeä arvioitava asia. Samoin kuin se, että tämä menee myös erittäin pitkälle yritysten hallintoon ja päätöksentekoon, mistä sääntelyntarkastelulautakunta on jo todennut, että tämä ei ole hyvän sääntelyn ja paremman sääntelyn periaatteiden mukaista.

**Maria Arena (S&D).** – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, alors jusqu'aujourd'hui, on sait que le monde de l'entreprise s'est opposé à toute loi imposant le devoir de vigilance. Aujourd'hui, c'est un grand pas qui sera fait si nous votons effectivement cette loi, parce que de quoi parle-t-on? On parle de TotalEnergies avec le projet EACOP qui est un projet climaticide. On parle de TÜV SÜD qui n'a pas correctement garanti les barrages au Brésil. On parle de Nike qui fait de l'argent sur le travail forcé. On parle de Syngenta qui exporte des produits chimiques hautement toxiques au Pérou. On parle de Seat qui est créateur de déforestation en Asie du Sud-est.

Et donc, chers collègues, les démarches volontaires ne marchent pas et elles conduisent à ce que nous vivons aujourd'hui, c'est-à-dire des catastrophes environnementales et des catastrophes humaines. Alors cette loi, elle doit nous permettre de prévenir, de minimiser, mais aussi de réparer grâce à l'accès à la justice, c'est-à-dire créer un cercle vertueux par rapport à nos entreprises. Alors nous devons faire en sorte que nos entreprises soient des acteurs de changement positif et non plus des complices de toutes ces violations en matière de droits de l'homme et environnementales.

**Malte Gallée (Verts/ALE).** – Herr Präsident, lieber Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wahnsinnig oft höre ich immer wieder auf den Straßen, auf den Plätzen: Ja, was haben wir denn damit zu tun, wenn in Bangladesch ein Haus zusammenfällt? Oder: Was haben wir denn damit zu tun, wenn in Brasilien ein Damm bricht? Oder: Was haben wir denn damit zu tun, wenn in Uganda Menschen einfach enteignet werden? Da sollen sich die Länder doch selber drum kümmern.

Und genau diesen Menschen müssen wir sagen: Wir leben nun einmal mittlerweile in einer globalisierten Welt. Wir tragen Verantwortung dafür, was unsere Unternehmen weltweit so anstellen. Und das ist halt nicht immer die Sahnehaube.

Wir haben jetzt die riesengroße Chance, dafür zu sorgen, dass die Regeln, die wir für unsere Unternehmen in Europa auferlegen – mit Blick auf Menschenrechte –, dass die eben nicht nur hier bei uns gelten, sondern natürlich auch im Ausland. Das stärkt die europäischen Unternehmen, darüber müssen wir uns im Klaren sein, das verhindert Ausbeutung. Und deswegen bitte ich Sie alle, diesem Vorschlag zuzustimmen.

**VORSITZ: OTHMAR KARAS***Vizepräsident*

**Özlem Demirel (The Left).** – Herr Präsident! 2012 starben 259 Menschen in einer pakistanischen Textilfabrik. Sie starben bei einem Brand. Sie produzierten für den deutschen Textildiscounter KiK. Die Angehörigen, die später KiK verklagt haben, wurden bei ihrer Anklage abgewiesen. Der Fall sei verjährt, hieß es. Welch ein Hohn, oder? Und KiK ist nicht das einzige Beispiel.

Im globalen Süden, in Lateinamerika, in Afrika, in Asien beuten multinationale Konzerne, westliche Konzerne – auch europäische Unternehmen – Menschen und Natur brutal aus. Sie höhlen die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus, missachten Arbeitnehmerschutz-Richtlinien – und sie können das ohne mit der Wimper zu zucken, weil sie eben keine Sorgfaltspflicht haben.

Und da muss doch was gemacht werden, Herr Voss! Sie stellen sich hier hin und sagen: Dann setzen wir auf Freiwilligkeit. Dann umarmen wir mal die Unternehmen, denn die wollen das doch auch. Nein, Herr Voss, es ist nicht an der Zeit, die Unternehmen zu umarmen, sondern die Arbeiterinnen mal zu umarmen, die Gewerkschaften mal zu umarmen, die Umweltverbände mal zu umarmen, die seit Jahren genau auf diese Verletzungen, auf die Missachtung von Menschenrechten, Arbeitnehmerrechten hinweisen!

Und deshalb ist diese Richtlinie keine Revolution, sie ist das Minimalste, was man tun muss. Und im Übrigen sind es die Arbeiter, die dann tatsächlich auch den Wohlstand schaffen und nicht nur die Unternehmen. Herr Voss, ich bitte Sie, ich bitte die konservativen Kollegen: Stimmen Sie dieser Richtlinie zu, seien Sie nicht gewerkschaftsfeindlich!

**Enikő Győri (NI).** – Elnök Úr! Ez a javaslat egy újabb tördőfés Európa versenyképességének. Gúzsba köti a vállalatokat, miközben teljhatalmat ad az NGO-knak, hogy sakkban tartsák az általuk kipécézett céget. Olyan dolgokért kell felelősséget viselniük, melyekre nincs ráhatásuk. A vállalatok mostantól egymás csendőrei lesznek ahelyett, hogy érték- és munkahelyteremtésre koncentrálnának. Kérdezem a Bizottságot: hogy lesz így meg a beharangozott 25 százalékos jelentéstételi kötelezettségcsökkentés? Mi lett a „One in, one out” kezdeményezéssel? Hol a híres kkv-szűrő, miszerint a Bizottság nem áll elő olyan javaslattal, amely rossz a kkv-knak?

Csak az elmúlt öt évben majd 150, cégeket érintő jogszabály látott napvilágot. A háború és a szankciók következtében elszabadult infláció, az energiaárak különösen a kkv-kat hozzák nehéz helyzetbe. Legkevésbé adminisztratív és pénzügyi terhek növelésére van most szükség. Higgyük el, hogy a vállalatok fenyegetés nélkül is képesek tisztességesen eljárni. A baloldal mindig is üzletellenes volt, de kérem a Néppártot és a liberálisokat, ébredjenek végre fel, és ne szavazzák meg ezt a szörnyszülöttet!

**Mónica Silvana González (S&D).** – Señor presidente, somos el mayor agente de desarrollo del mundo. Por ello, tenemos una responsabilidad añadida. Esta Directiva, la Directiva sobre diligencia debida de las empresas en materia de sostenibilidad, en línea con la política comercial de la Unión, viene precisamente en apoyo de nuestro objetivo: evitar la corrupción en las cadenas de valor globales y las relaciones de negocios. Sin embargo, también es importante que se incluya a las pymes, que esta nueva norma se aplique a todo tipo de empresas, ya sean públicas o privadas, y que cuente con un sistema de responsabilidad que incluya responsabilidad administrativa, civil y penal.

Ahora debemos seguir luchando en los diálogos tripartitos para lograr una aplicación correcta, también en lo que respecta a los acuerdos que se están negociando, como el Acuerdo con Mercosur.

La aprobación de esta Directiva nos mantendrá a la vanguardia del respeto de los derechos humanos y de la sostenibilidad en todo el mundo. Por favor, no apoyéis las enmiendas; mantengamos el texto original, con el que estamos de acuerdo todas las comisiones.

**Κώστας Παπαδάκης (NI).** – Κύριε Πρόεδρε, η οδηγία αποτελεί μνημείο ασυλίας για τα μονοπώλια. Η Ευρωπαϊκή Ένωση ξεπλύνει τους μεγάλους επιχειρηματικούς ομίλους και τους απαλλάσσει, ακόμα και από οποιαδήποτε τυπική επίπτωση ή κύρωση, για το γεγονός ότι, κυνηγώντας τη μέγιστη δυνατή κερδοφορία, προωθούν την εργασιακή γαλέρα ενάντια στους εργαζόμενους, τα εργοδοτικά εγκλήματα, την καταλήστευση των πελατών τους και τη λεηλασία του περιβάλλοντος.

Το καπιταλιστικό κράτος, και με τη βούλα της οδηγίας, εκχωρεί κάθε υποχρέωση ελέγχου των ομίλων στους ίδιους, κατά το «Γιάννης κερνάει και Γιάννης πίνει». Είναι αυτοί που αυτοαξιολογούνται, αυτοελέγχονται και παίρνουν διαπιστευτήρια δέουσας προσπάθειας, ως και βεβαιώσεις περί τήρησης ανθρωπίνων δικαιωμάτων, προς αυτοδιαφήμιση έναντι των ανταγωνιστών τους. Στην ίδια οδηγία προβλέπεται ότι οι διευθυντές των εταιρειών είναι υπεύθυνοι να ελέγξουν την ίδια τους την εταιρεία.

Μιλάμε για προκλητικό εμπαιγμό του λαού. Στην Ελλάδα οι εργαζόμενοι, ο λαός, μπορούν να δώσουν απάντηση στην Ευρωπαϊκή Ένωση, το κεφάλαιο και τα κόμματά τους, θέτοντας ως κριτήριο το δίλημμα «ή τα κέρδη τους ή οι ζωές μας», με ένα πολύ πιο ισχυρό Κομμουνιστικό Κόμμα.

**Maria-Manuel Leitão-Marques (S&D).** – Senhor Presidente, quando era pequena, na aldeia dos meus avós, havia um rio escuro e poluído em cuja água não nos deixavam sequer tocar. Uma empresa de celulose tinha matado o rio, acabando com a vida no seu leito e nas suas margens. Tudo lhe era desculpado, em nome dos empregos que criava na região.

Hoje tal não seria possível, e sabemos que muitas empresas participam ativamente na criação de sociedades sustentáveis e que nós, cidadãos, valorizamos a sua responsabilidade empresarial. Esta diretiva serve para que sejam mais, sejam mais a prevenir em vez de remediar, de modo a não verem um dia destes a sua reputação destruída por terem sido descobertas práticas intoleráveis, aqui perto, ou num qualquer mundo distante que até julgavam bem escondido.

*(Ende der spontanen Wortmeldungen)*

**Didier Reynders, membre de la Commission.** – Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, permettez-moi de vous remercier pour vos contributions au cours de ce débat. L'Union européenne s'est, comme vous le savez, dotée d'un agenda ambitieux en matière de durabilité.

Avec cette initiative, que j'ai annoncée sept ans après la tragédie du Rana Plaza, nous avons la possibilité de mettre en œuvre concrètement nos engagements sociaux, environnementaux et en matière de droits de l'homme grâce à la gouvernance des entreprises.

La Commission a suivi une approche à la fois ambitieuse et proportionnée dans sa proposition de directive, dont les petites et moyennes entreprises sont exclues.

Je suis heureux d'avoir pu bénéficier d'un large soutien de votre Parlement dans cet effort qui permettra d'éviter une fragmentation à travers de multiples législations nationales dans l'Union européenne et de développer une économie plus juste et plus durable.

Je serais très heureux d'entamer les trilogues avant l'été si cela est possible. Ce dossier constitue, comme vous le savez, une des grandes priorités politiques de mon mandat et vous pouvez compter sur mon engagement personnel en vue de son adoption.

**Lara Wolters, rapporteur.** – Mr President, I should like to thank colleagues for this debate. Thank you to all those who participated. It's great to see the support expressed by so many colleagues here today. I hope that this backing will transform into a substantial majority tomorrow.

At the same time, let me address some of the criticism expressed here today. I hear that due diligence will affect Europe's competitiveness, but the very core of this law is a level playing field between EU and non EU companies. I have heard also that this would be a disproportionate burden for companies, but that overlooks the reality of what we're proposing here. We don't ask companies to go and fight every problem on this planet. We allow them to prioritise actions that are relevant to them and to the risks that they face. We're aware of the importance of industry collaboration in different sectors, and we're preventing heavy contractual obligations for SMEs.

Meneer Manders, die kan ik ook geruststellen. Zolang de lokale harmonie, de lokale voetbalclub of de carnavalsvereniging niet geregistreerd staan als bedrijf, geen 250 medewerkers hebben en 40 miljoen omzet, zullen zij niet onder deze wet vallen.

Let me also be clear about the world in 2023: not only are companies able to rise to the challenge of due diligence in the future, they are already doing it: Aldi, Ikea, Unilever, ASOS, Mars, Ericsson – those are just some of the companies calling for human rights and environmental standards that give more clarity on what we mean by responsible business. They are joined by prominent trade associations in the financial, pharmaceutical and technology sectors, to name a few.

Those who are now seeking to frustrate this law are siding with a minority of political and commercial interests, and they are electioneering. To my colleagues who need to vote tomorrow I want to say, if you're on the side of millions of citizens who want to see change, as well as the businesses and civil society that are pleading for that, if you're on the side of responsibility and a Europe fit to lead on the big questions of our time, then show that tomorrow: reject the amendments, back this compromise and let us go to trilogues.

And last but definitely not least, I want to very warmly thank the Commissioner for his leadership in this, all of my colleagues who have worked so constructively with me on this and who have been so involved, and my own team, Matthew Hogarth and Hélène Beaghe, whose very last working day in the European Parliament is tomorrow, and without whose help this would not have been possible. So thank you so much to you all.

**Der Präsident.** – Die Aussprache ist damit geschlossen.

Die Abstimmung findet am Donnerstag, 1. Juni 2023, statt.

*Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)*

**Andrus Ansip (Renew), kirjalikult.** – Euroopa tarbijad tahavad olla veendunud, et nendele pakutav oleks toodetud kõrgeid inimõiguste ja keskkonnastandardeid järgides. Ettevõtjad on huvitatud võrdsetest konkurentsitingimustest. Inimõiguste rikkumine ja keskkonda saastav tootmine pole vastuvõetav tarbijatele ega ausatele ettevõtjatele. Paraku annab näiteks lapstööjõu või orjatöö kasutamine ning keskkonnanahoiuks vajalike investeeringute tegemata jätmine konkurentsieelse kõrgeid standardeid järgivate ettevõtete ees. Äriühingu hoolsuskohustust käsitlev liidu õigusakt edendab inimõiguste austamist ja keskkonnakaitset, loob liidus ettevõtjatele võrdsed võimalused ja hoiab ära killustatuse, mis tuleneb liikmesriikide omaette tegutsemisest. Hoolsuskohustust tuleks kasutada vahendina, millega teha kindlaks väärtusahela riskid ja suurendada vastupidavust ootamatutele muutustele. Paratamatult toob direktiivi rakendamine kaasa teatud halduskoormuse tõusu. Direktiivi edasisel menetlemisel tuleb jälgida, et see oleks proportsionaalne eesmärkidega.

**Marc Botenga (The Left), par écrit.** – Il faut que les multinationales européennes respectent la loi et les droits des travailleurs. L'effondrement de l'immeuble du Rana Plaza au Bangladesh, en 2013, a causé la mort de 1135 travailleuses et travailleurs. Deux mille personnes ont été blessées. Le bâtiment abritait des ateliers de confection pour les multinationales des vêtements. Malgré les fissures dans les murs, les patrons avaient poussé les travailleurs à venir travailler. Cette loi doit limiter l'impunité des multinationales. Le texte contient bien des points pour lesquels les syndicats et les ONG se sont mobilisés pendant des années afin d'en finir avec l'impunité totale des multinationales. Bravo à celles et ceux qui se sont mobilisés. Cette première victoire prouve la force de la mobilisation. Mais la partie n'est pas jouée. Le texte proposé contient trop de lacunes. Plein d'entreprises, dont le secteur financier, y échappent. L'accès des victimes à la justice restera très difficile. Sans obligation de mise en œuvre, la partie climatique du texte restera lettre morte. Qui plus est, ce texte risque même de ne jamais être appliqué. Les multinationales et les gouvernements veulent l'affaiblir encore. Il s'agira de ne rien lâcher dans le bras de fer qui s'annonce. Les travailleurs du monde méritent mieux.

**Milan Brglez (S&D), pisno.** – Predlog zakona o (družbeno in okoljsko) odgovornem poslovanju podjetij pomeni konkreten korak na poti k novemu družbenemu dogovoru, čigar sestavni del predstavlja (dejansko) uresničevanje zavez Unije o reševanju okoljske in podnebne krize, ki je utemeljeno na socialni dimenziji.

Okoljsko obremenjenost našega planeta, ki v poslovnih modelih predvsem nekaterih (velikih) multinacionalk sovpa z izkoriščanjem delovne sile ter kršenjem človekovih in delavskih pravic, je potrebno zamejiti in preprečiti. To lahko storimo le z novimi zavezujočimi pravili na ravni Unije, ki zagotavljajo, da se podjetja vedejo odgovorno pri njihovem poslovnem ravnanju, v celotni vrednostni verigi njihovega delovanja, od načrtovanja in proizvodnje do prodaje in distribucije, tako znotraj kot zunaj Evropske unije.

Kot največji skupni trg in v vlogi svetovnega akterja z normativno močjo ima Evropska unija dolžnost in priložnost postaviti zavezujoče okvire odgovornega poslovanja podjetij, katerih cilj je odprava anomalij v celotni oskrbovalni verigi, ki predstavljajo tveganje za okolje in podnebje ter grožnjo spoštovanju človekovih pravic. V posebno čast mi je, da je pobuda za oblikovanje te zakonodaje prišla pred tremi leti iz vrst Skupine naprednega zavezništva socialistov in demokratov (S&D). S tem smo enkrat več pokazali, da se kot evropska politična skupina znamo soočiti s sodobnimi zahtevnimi izzivi in tudi predlagati konkretne rešitve.

**András Gyürk (NI), írásban.** – A háború és a rosszul megalkotott szankciós politika miatt Európa versenyképessége történelmi mélypontra van. A nagyvállalatok leépítik európai tevékenységüket, az elszálló energiaköltségek, az infláció és a Bizottság következtelen gazdaságpolitikájának árát pedig így elsősorban a kv-k fizetik meg. Ez a javaslat pedig tovább növeli a pénzügyi és bürokratikus terheket. A Bizottság és a baloldal javaslata szerint a vállalkozásoknak a teljes értéklánc mentén nem csak a közvetlen beszállítóik, de áttételes partnereik tetteiért is jogi felelősséget kellene vállalniuk.

Elfogadhatatlan, hogy az érték- és munkahelyteremtés helyett, a cégeknek egymás csendőreivé kellene válniuk, és szűkös erőforrásaikat újabb- és újabb jelentéstételi kötelezettségek teljesítésére kell fordítaniuk. Ezzel a javaslattal a baloldal és a Bizottság a vállalkozások helyett újra az NGO-k oldalára állt, amik így lehetőséget kaphatnak arra, hogy sakkban tartsák az általuk kipécézett cégeket. Európa megint önmagát lőné lábba, ha ez a javaslat jogszabállyá válna, ugyanis az Unió kivüli cégeknek nem lesznek ilyen terhei, tehát az ő versenyképességük fog nőni a mieink rovására. Remélhetőleg az intézményközi tárgyalások során sikerül az európai vállalkozások érdekeit is figyelembe vevő kompromisszumot elérni.

**Eugen Jurzyca (ECR), písomne.** – Cieľom tejto smernice je eliminovať negatívne dopady činnosti veľkých firiem a ich dodávateľských reťazcov na ľudské práva a životné prostredie, a to aj v krajinách mimo EÚ. Regulované firmy budú musieť napríklad preukazovať, že všetci ich obchodní partneri a dodávatelia nevyužívajú detskú či nútenú prácu a nezhoršujú biodiverzitu. Ochranu ľudských práv a životného prostredia podporujem. Za problém však považujem to, že predkladatelia k tomuto návrhu nepredložili analýzu, ktorá by preukázala efektívnosť navrhovaného riešenia. Mám dlhoročné skúsenosti s tým, že populistickí politici často presúvajú regulácie z miest, kde sú viditeľné, na miesta, kde ich vidno nie je. Aby verejnosť nevnímala náklady takejto prenesenej regulácie. Tie však stále existujú, často ešte väčšie, a preto sú potrebné analýzy. Podľa môjho názoru je efektívnejšie, keď sa o verejné statky, ktorými sú aj ľudské práva a životné prostredie, stará prioritne štát, na to vlastne je. Nemá túto starostlivosť masívne prenášať na podniky. Z uvedených dôvodov budem hlasovať proti tomuto návrhu.

**Benoît Lutgen (PPE), par écrit.** – Madame, Monsieur, La directive sur la «due diligence» que nous votons aujourd'hui sera bénéfique à la planète, soutiendra nos valeurs et aidera nos entreprises. Elle sera bénéfique à la planète car le contrôle du respect des normes en matière d'environnement par les chaînes de valeurs des entreprises participera à la lutte contre le changement climatique et la préservation de la biodiversité. Elle soutiendra nos valeurs car le respect par ces chaînes des normes en matière de droits de l'homme permettra de faire passer des messages essentiels à nos partenaires commerciaux. Nous n'acceptons pas le travail des enfants ! Nous soutenons les droits syndicaux ! Nous refusons l'exploitation des personnes détenues par des régimes répressifs comme la Chine avec les Ouïghours. Enfin, l'adoption de normes nationales par trop divergentes, alourdissant les tâches des entreprises obligées de se conformer à des principes différents selon les Etats membres, aurait été une atteinte à un des fondements essentiels de notre Union: le Marché unique. C'est pourquoi je suis heureux qu'en plus des syndicats et ONGs, ce texte soit également soutenu par de nombreuses entreprises. Cela montre que la société européenne est unie dans la défense de ses principes et valeurs.

**Katarína Roth Neveďalová (S&D)**, písomne. – Správa o náležitej starostlivosti podnikov v oblasti udržateľnosti zdôrazňuje kľúčovú úlohu, ktorú udržateľnosť a zodpovedné obchodné praktiky zohrávajú pri formovaní prosperujúcej a inkluzívnej spoločnosti. Touto pripravovanou smernicou sa zavedú povinnosti pre spoločnosti z EÚ a spoločnosti mimo EÚ pôsobiace v rámci EÚ, pokiaľ ide o skutočné a potenciálne nepriaznivé vplyvy na ľudské práva a nepriaznivé vplyvy na životné prostredie v súvislosti s ich vlastnými operáciami a operáciami ich dcérskych spoločností a iných subjektov v ich hodnotovom reťazci. Považujem ju za dôležitú, lebo sa ňou presadzujú hodnoty EÚ v prostredí podnikov a má za cieľ napomáhať zabráneniu porušovania základných ľudských práv. Podniková udržateľnosť nie je len morálnou požiadavkou, ale aj strategickou výhodou, nakoľko spoločnosti, ktoré uprednostňujú udržateľnosť, s väčšou pravdepodobnosťou dosiahnu dlhodobjší úspech a odolnosť v aktuálne rýchlo sa meniacom svete. Zároveň je však dôležité, aby sa našla rovnováha a nebola vytváraná nadmerná administratívna či finančná záťaž pre európsky podnikateľský sektor.

**Waldemar Tomaszewski (ECR)**, raštu. – Ponia Pirmininke, Europos Sąjunga turėtų būti grindžiama pagarba žmogaus orumui, laisvei, demokratijai, lygybei, teisei valstybei ir pagarba žmogaus teisėms. Šie principai turi būti be išimties taikomi ir įmonių veiklai. Atsakingas verslo valdymas taip pat turi būti labai svarbus aspektas vykstant veiklą, turime užtikrinti padarų darbą ir darbuotojų teisių apsaugą. Tai pavyzdys, kaip Europos socialine rinkos ekonomika galima bus atnaujinti ekonomikos valdymo praktika, kad paskatintume įmones vykdyti savo išpareigojimus ir ginti žmogaus teises bei orumą. Todėl ši direktyva visų pirma turėtų padėti įgyvendinti Europos socialinių teisių ramstį, kuris remia teises, užtikrinančias sąžiningas darbo sąlygas. Tai taip pat padidins šio ramsčio matomumą, įmonių išpareigojimą šiam ramsčiui, kuris yra būtinas veiksmingam jo įgyvendinimui. Tai taip pat yra ES politikos ir strategijų dalis, susijusi su sąžiningo ir padorus darbo teikimo skatinimu. Atsižvelgdamos į visa tai, įmonės turi būti atsakingos už savo žmogaus teisių patikrinimą, nustatydamos, užkirsdamos ir sušvelnindamos neigiamą savo veiklos poveikį žmogaus teisėms, taip pat atsakydamos už tai, kaip jos reaguoja į šį poveikį. Pagal šias gaires įmonės turėtų vengti žmogaus teisių pažeidimų ir reaguoti į jų sukeltą neigiamą poveikį.

## 14. Missachtung der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte in Ungarn und eingefrorene EU-Gelder (Aussprache)

**Der Präsident.** – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärungen des Rates und der Kommission zur Missachtung der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte in Ungarn und eingefrorene EU-Gelder (2023/2691(RSP)).

**Peter Kullgren, rådets tjänstgörande ordförande.** – Herr talman! Ärade ledamöter, kommissionär Reynders, kommissionär Hahn. I dagens geopolitiska situation är det viktigare än någonsin att vi tillsammans försvarar våra grundläggande gemensamma europeiska värden.

Jag vill börja med att tacka Europaparlamentet för ert arbete med rättsstatens principer och att ni sätter dessa frågor högt upp på dagordningen. Europaparlamentet spelar och har spelat en viktig drivande roll i EU:s rättsstatsarbete, inte minst när det gäller framtagandet av en effektiv villkorlighetsförordning.

Respekten för rättsstatens principer är en nödvändig förutsättning för att unionen och dess inre marknad ska fungera väl och för att unionens medel ska betalas ut på ett rättssäkert sätt, med respekt för europeiska skattebetalare. Att upprätthålla rättsstatens principer är en fråga om trovärdighet för unionen. Det är därför som upprätthållandet av rättsstatens principer och grundläggande värden är prioriterade frågor för det svenska ordförandeskapet. Respekten för rättsstatens principer, demokrati och individuella fri- och rättigheter är grundläggande europeiska värden som vi måste försvara.

Vi har de nödvändiga verktygen och processerna för att säkerställa att våra grundläggande värden upprätthålls. Det är viktigt att vi använder dem i konstruktiv anda, i dialog med den berörda medlemsstaten. När det gäller förfarandet enligt artikel 7 om Ungern fortsätter vårt ordförandeskap arbetet inom rådet, samtidigt som vi upprätthåller en öppen och konstruktiv dialog med Ungern.

I går hölls en sjätte utfrågning av Ungern i rådet för allmänna frågor. Den berörde alla frågor som togs upp i Europaparlamentets motiverade förslag, så att rådet kunde få en uppdaterad överblick av situationen. Inför utfrågningen hade ordförandeskapet, genom min ministerkollega Jessika Roswall, ett informellt och bra utbyte med Europaparlamentets föredragande, Gwendoline Delbos-Corfield, och med skuggföredragandena. Mötet ägde rum den 11 maj. EU-minister Roswall beklagar att hon inte har möjlighet att vara här vid dagens debatt.

Som ni vet finns det också viktiga kopplingar mellan EU:s budget och rättsstatens principer, till skydd för unionens ekonomiska intressen. Jag vill påminna om att rådet antog genomförandebeslut om godkännande av Ungerns plan för återhämtning och resiliens den 15 december 2022. Planen omfattar 5,8 miljarder euro.

Rådets beslut innehåller tuffa milstolpar som Ungern måste uppfylla. Flera av dem gäller domstolarnas oberoende. Dessa så kallade supermilstolpar måste uppfyllas innan några utbetalningar kan göras. Det är upp till kommissionen att bedöma om Ungerns reformer uppfyller dessa milstolpar på ett tillfredsställande sätt. Ungern har ännu inte lämnat in någon begäran om utbetalning. Vi noterar också att Ungern nyligen vidtagit lagstiftningsåtgärder för att ta itu med några av de reformer som krävs.

Vidare antog rådet den 15 september 2022 inom ramen för villkorlighetsförordningen – och för allra första gången – ett genomförandebeslut om åtgärder för att skydda EU:s budget mot brott mot rättsstatens principer i Ungern. Det var ett historiskt beslut.

Rådet enades särskilt om två specifika åtgärder. För det första att hålla inne 55 procent av budgetåtagandena för tre program inom sammanhållningspolitiken. För det andra ett förbud att ingå rättsliga åtaganden med allmännyttiga stiftelser som upprättats på grundval av en ungersk lag från 2021, som främst påverkar ungerska universitet och deras tillgång till EU-finansiering. Dessa åtgärder är tillämpliga på Ungern tills Ungern genomfört nödvändiga reformer.

Det är vår uppfattning att de ungerska myndigheterna arbetar konstruktivt och nära kommissionen för att ta itu med situationen. Vi uppmanar Ungern att uppfylla de uppställda kraven.

I likhet med faciliteten för återhämtning och resiliens är det återigen upp till kommissionen att nu bedöma om eventuella korrigerande åtgärder som Ungern föreslår löser de rättsstatsproblem som identifierats i Ungern. Om och när ett förslag om att lyfta de villkorlighetsåtgärder som är tillämpliga på Ungern läggs fram av kommissionen är rådet redo att agera snabbt för att hantera frågan om ett eventuellt lyftande av åtgärderna.

Vi är beredda att som ordförande hantera alla frågor som kan uppstå under återstoden av vårt halvår som ordförande.

**Johannes Hahn**, *Member of the Commission*. – Mr President, Minister, honourable Members, thank you for inviting us today. Your commitment in a constructive dialogue matters and helps us enforce the Conditionality Regulation. This is of fundamental importance as the protection of the Union budget is in the direct interest of all Europeans.

The European Parliament is a valuable partner in the implementation of the Conditionality Regulation, and I am also grateful for your continuous cooperation in this matter. As you are aware, in December last year the Council adopted an implementing decision that suspended 55% of the funds for three operational programmes in cohesion policy. This corresponds to an amount of approximately EUR 6.3 billion in total for the period 2021—2127. The Council implementing decision also prohibited entering into any new legal commitments with public interest trusts or entities maintained by them under any Union programme, directly or indirectly managed by the Commission, notably due to unaddressed risks of conflict of interests for those who sit on the boards of such entities.

Since the Council decision of last December, the Commission has been in continuous contact with Hungary about the outstanding issues identified in the Council implementing decision. On almost all of the issues concerned, we have discussed very concrete ways in which Hungary could, in the Commission's view, resolve the issues at hand. On public interest trusts, the Commission services have already informed Hungary that in order to proceed with the agreements to be signed under the Erasmus+ call for 2023, the cut-off date is fast approaching. The awards should, in principle, be done by mid-July. Only on the 23 and 24 May did Hungary submitted informally revised proposals following comments the Commission sent to Hungary in March and April to address the issues for which the Council took measures, including on public interest trusts. We have been assessing these proposals and will provide feedback to Hungary as soon as possible.

Very soon, there will be no time to have the measures on public interest trusts lifted by the Council in time for the Erasmus+ funds for 2023. You are aware that the actual lifting is likely to take two months. It includes the COM analysis and the College decision, then the Council analysis and their decision. Hungary knows this as we have been making this point explicitly for months, including publicly. Nobody can say they were not aware. Hungary's Recovery and Resilience Plan contains 27 specific 'super' milestones. All of them need to be fulfilled before the Commission starts carrying out payments under the Recovery and Resilience Facility. These milestones incorporate all 17 remedial measures presented by Hungary in the context of the rule of law conditionality mechanism. This means that actual payments under Hungary's RRP are conditional on the successful resolution of the concerns raised under the Conditionality Regulation in line with the Council implementing decisions. RRP payments will take place only after the Commission's assessment that Hungary has successfully implemented fully and adequately all the remedial measures.

Finally, to unlock reimbursements for the funds covered by the Common Provisions regulations, notably cohesion funding management by Hungary, Hungary must fulfil the horizontal enabling conditions requiring effective mechanisms to ensure compliance with the Charter of Fundamental Rights of the EU in the implementation of the programmes. Also here, RRP payments are conditional on the fulfilment of so-called super milestones on judicial independence. My colleague Reynders will elaborate more on this.

**Didier Reynders**, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members, on 3 May, after intense discussions between Hungary and the Commission, the Hungarian Parliament passed an omnibus law. That law gives new powers to the National Judicial Council, reformed the functioning of the Supreme Court, limits the role of the Constitutional Court and removes the possibility for the Supreme Court to review preliminary references to the Court of Justice. These reforms seek to fulfil the four milestones relating to judicial independence of the Hungarian recovery and resilience plan and are an important step in the right direction.

This is, however, not the end of the process. It is for Hungary to still prepare the accompanying implementation steps foreseen in the plan. As with all Member States, the formal assessment by the Commission under the Recovery and Resilience Facility will only be made when Hungary will submit its first payment request regarding the milestones and targets of the first instalment, including all the super milestones as set out in the agreed plan.

As regards the horizontal enabling condition on the Charter of Fundamental Rights applicable to cohesion funds, it will be considered fulfilled – as regards the deficiencies in judicial independence – once Hungary has taken all the measures on the judiciary to which it has committed under its recovery and resilience plan and after the Commission has positively assessed their implementation.

Let me also note that despite a country-specific recommendation in the context of the 2020 European Semester, interference with business activities and the stability of the regulatory environment continues. On 24 May, the Commission proposed that the Council adopt a new country-specific recommendation for Hungary to avoid selective and arbitrary administrative interventions and the use of tailor-made legislation providing undue advantage or disadvantage to specific companies. We have also proposed the Council to recommend reducing the use of emergency measures to what is strictly necessary in line with the principles of the single market and of the rule of law. These issues were also raised yesterday in the General Affairs Council during the sixth hearing of Hungary under the Article 7 procedure initiated by the European Parliament.

The Commission's assessment of the rule-of-law situation in Hungary is clearly set out in our annual rule-of-law reports. This year's report will be adopted in July. You can be certain that the Commission remains fully committed to ensure the respect for the rule of law in Hungary as the unprecedented budgetary measures taken clearly show. We will continue our discussions with the Hungarian authorities to ensure that all the necessary reforms are implemented, to meet all the different criteria applicable under the different instruments at stake. Of course I will, with my colleague, listen very attentively to your remarks and we thank you for your attention.

**Petri Sarvamaa**, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, dear Commissioners, *kära svenska ordförandeskapet*, colleagues. It is important to note that the primary purpose of the conditionality regulation and this resolution is not to bully any Member State. The existing conditionality regulation serves actually as the best preventive measure in place.

Two weeks ago, the Budgetary Control Committee of this House conducted a fact-finding mission in Hungary. The message of this crucial mission was clear: EU funds must be distributed to Hungarian citizens and the economy in a fair and unbiased manner and in accordance with the protection of the Union budget. During this mission, our delegation uncovered various shortcomings, including issues with public procurement concerns regarding the effectiveness of the State Audit Office, discriminatory measures against certain businesses, etc. For example, sudden changes – as the Commissioner mentioned – to laws and to the budgetary process are clear evidence of still breaching the rule of law, especially when it comes to legal certainty in Hungary.

So, dear Members, in these unprecedented times, it is imperative that the Council is led by a country capable of strong collaboration among Member States in decision making, particularly on critical matters such as sanctions against Russia or support for Ukraine. We will therefore keep a close eye on how the rule of law situation on the ground in Hungary develops in the coming months and going into next year.

**Thijs Reuten**, *namens de S&D-Fractie*. – Voorzitter, commissaris, minister, collega's, vorige week bezocht ik het Hongaarse parlement in Boedapest. Prachtig gebouw. En toch was ik verdrietig. Het is een parlement in een autocratisch land waar oppositiepolitici niet eens hun werk kunnen doen, niet aan het woord komen in de door Orbán gecontroleerde media.

En de Hongaarse premier denkt dat hij de EU als pinautomaat kan gebruiken, terwijl hij ondertussen de Hongaren beknot en geld in eigen zak steekt. Met minimale inzet hoopt hij nu een maximale hoeveelheid Europees geld vrij te spelen. Maar zo werkt het niet. Pas ná echte blijvende hervorming kan er weer geld naar Boedapest. De ongegronde noodtoestand in Hongarije is genoeg bewijs dat dit absoluut nog niet het geval is.

En ook is helder dat een regering met een premier die flirt met Poetin en zomaar op het vliegtuig naar Moskou kan stappen, dikke vrienden is met Vučić en Dodik, volstrekt ongeschikt is om het EU-voorzitterschap te vervullen. Dat moeten we voorkomen.

In Boedapest sprak ik studenten, activisten, die voor hun rechten blijven strijden. Maar ze worden steeds moedelozer. In een Hongarije onder Orbán's volledige controle is de EU – zijn wij – hun laatste hoop. Daarom roep ik de Commissie en de Raad op: trap niet opnieuw in de val van Orbán, zet eindelijk echte stappen in de artikel 7-procedure, doe alles binnen je macht om Hongarije een democratische toekomst te bieden.

**Sophia in 't Veld**, *on behalf of the Renew Group*. – Mr President, colleagues, Commissioner, the reason for today's debate was concerning and irritating signals that the Commission, Commissioner Hahn, was close to a deal with the Orbán government. However, I think we should make it very clear that there is no deal, because there are no negotiations. There is an assessment of the compliance with the criteria, which incidentally concern the rule of law and not accountability. So let us stop spreading rumours and issuing signals that there is a deal forthcoming.

With regard to the presidency, the Member States themselves decide on the Council Presidency, obviously, but as usual they have not dared to take any steps because the European Council is the place where the rule of law goes to die.

But this House decides if and how to cooperate with the Council Presidency. I suggest that we strip the presidency to the bone. No glitter and glamour. We shall not provide Orbán with a podium for his propaganda. Instead, we should give a podium to those Hungarians who have been silenced by Orbán – NGOs, independent media and academics.

Colleagues, let us make it the EU Presidency of the Hungarian people and not the Presidency of Orbán!

**Gwendoline Delbos-Corfield**, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, the Hungarian Government has pushed through new legislation asking citizens to report activities that go against the Hungarian way of life – in other words, anything that does not conform with the official Hungarian Government's narrative on the rule of marriage, the traditional family or the illiberal democracy. The wording in this legislation was withdrawn this Friday after two months of pressure, coming notably from this Parliament.

But let us reflect on what was at stake. A society based on generalised surveillance, where you are encouraged to spy on your neighbours, your colleagues, your friends, and then to denounce them for their personal thoughts or their love life. A new step on the path towards authoritarianism. A society of constant fear, the end of freedom of expression, the end of privacy.

This is the world the Hungarian Government wants us all to live in – a parallel world inspired by Vladimir Putin, where minority rights are not protected, where rainbow families are unlawful, where the Russian war in Ukraine is not recognised, where European values and the definition of democracy, the rule of law and fundamental rights are denied, and where disinformation about what the European Union does is on billboards and in official speeches nearly every day.

Should we let the Hungarian Government set the agenda of the EU for six months when they themselves say they do not respect what we are and what we stand for? What the European Parliament is asking for is only to start the conversation about this crucial issue.

**Jadwiga Wiśniewska**, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Po raz kolejny dyskutujemy o Węgrzech i dlatego też po raz kolejny chciałabym zwrócić się do Komisji Europejskiej, żeby nie przekraczała uprawnień, do których została powołana. Jeśli chodzi zaś o samą rezolucję, to chciałabym zwrócić uwagę, że stanowisko EKR w tej kwestii jest jasne. Nie zgadzamy się na rozszerzanie kompetencji instytucji unijnych. Z tego względu złożyłam kilka poprawek.

W pierwszej wzywam do odrzucenia politycznie motywowanych ataków i szantażu finansowego i jednocześnie podkreślam konieczność przestrzegania kompetencji i równego traktowania wszystkich państw członkowskich. W drugiej przypominam o ograniczonych kompetencjach instytucji unijnych w zakresie ochrony wartości i podkreślam, że wypłata funduszy unijnych nie może być uzależniona od zmian w obszarach wyłącznych kompetencji państw członkowskich. W trzeciej z kolei wzywam Radę do zakończenia trwającej procedury z art. 7, ponieważ nie przynosi ona żadnych rezultatów.

Ponadto uważam, że dyskusja o odebraniu Węgrom prezydencji jest absolutnie niestosowna i nie na miejscu, i nie będzie dobrze służyła Unii Europejskiej.

**Jean-Paul Garraud**, *au nom du groupe ID*. – Monsieur le Président, face à la résistance de la Hongrie pour préserver sa souveraineté et face à toutes vos tentatives pour la contraindre de l'abandonner, cette résolution exige en fait que la Hongrie n'exerce pas la présidence du Conseil de l'Union européenne en juillet 2024, comme cela est pourtant prévu par les traités. C'est cela le véritable objectif de cette résolution. Nous étions habitués au chantage financier de Bruxelles vis-à-vis des États refusant ses politiques immigrationnistes, sociétales et va-t-en guerre, mais cette nouvelle initiative consiste littéralement à bafouer l'esprit des traités et à humilier la Hongrie et son peuple.

Je note au passage qu'en soutenant le dépôt de ce texte, les eurodéputés du parti français «Les Républicains» démontrent qu'ils sont tout, sauf des gaullistes. En fin de compte, l'Union européenne, qui s'autoproclame défenseur des traités, se prépare à ne pas les respecter quand l'orientation politique du pays en cause ne lui convient pas. Ce comportement de type totalitaire n'est plus supportable, et les Européens l'ont encore fait savoir dimanche dernier en Espagne. Bruxelles devrait faire son propre examen de conscience, nous allons l'y aider en 2024 avec les futures élections européennes.

**Malin Björk**, *för The Left-gruppen*. – Herr talman! Det har nu gått flera år sedan rådet startade artikel 7-förfarandet mot Ungern, och sedan dess har situationen för demokrati, rättsstat och mänskliga rättigheter förvärrats.

Ungern är inte längre en fullvärdig demokrati, och EU har därför strypt EU-pengar till landet. Det är välkommet. Men runt hörnet står nu ett ungerskt EU-ordförandeskap. Och alla vet att det är djupt olämpligt att Ungern och Orbáns regim får hålla i den där EU-ordförandeklubban. De hotar demokrati, de hotar rättsstat, de hotar mänskliga rättigheter, de hotar domstolarna, medierna. Dessutom är Orbán också Putins bästa vän i EU. Man kan till och med tala om en riktig "bromance".

Så rådet: Det räcker inte med de här talespunkterna ni håller er till. Ni måste agera. Vad kommer ni att göra för att förhindra att Orbán sitter där med ordförandeklubban när hösten 2024 kommer? Och vad kommer ni i kommissionen att göra för att stötta rådet i det beslutet?

**Márton Gyöngyösi (NI).** – Elnök Úr! Megértem az európai adófizetők felháborodását, amikor azt látják, hogy a Magyarországra küldött támogatásokat az Orbán rendszer szétlopja. Azt is megértem, hogy nem akarják Orbán oligarcháit pénzelni, de képviselőtársaim, ne tegyünk úgy, mintha ez a rendszer tegnap alakult volna ki. Magyarországon 13 éve ugyanaz folyik, és ezt éveken keresztül az EU finanszírozta. Most pedig, amikor elégük van Orbánból, azokat a magyar embereket büntetik meg, akiknek az országában EU-s pénzből épült ki egy antidemokratikus rezsim.

Orbán azt akarja elhitetni, hogy ő maga egyenlő Magyarországgal. Ha megvonják a pénzeket, megint neki hisznek. De el kell mondjam, hogy létezik egy normális Magyarország is. Önkormányzatok, civil szervezetek, dolgozó emberek képviselik. Juttassák el a nekik járó forrásokat közvetlenül, ne vonják be az Orbán kormányt, és ne adjanak neki támogatást. Támogassák a magyar embereket, mert a támogatás nekik jár!

**Isabel Wiseler-Lima (PPE).** – Monsieur le Président, en 2017, le Parlement européen déclenche la procédure de l'article 7 à l'encontre de la Hongrie. Depuis lors, l'état de droit en Hongrie n'a cessé de se détériorer. Le gouvernement de Viktor Orbán se permet aujourd'hui de légiférer par décrets et de passer des lois, de nuit, sans que le Parlement ait son mot à dire. Nous avons une conception différente de la démocratie. Nous présentons en plénière une résolution relevant pour la énième fois d'anciens, mais également de nouveaux, manquements du gouvernement hongrois à l'égard de l'état de droit et réaffirmons notre détermination à protéger le budget de l'Union.

De plus, nous attirons l'attention du Conseil sur le fait que la Hongrie doit reprendre la présidence de l'Union européenne à partir de juillet 2024. C'est le moment où un nouveau Parlement commencera ses travaux après les élections européennes. Ce sera également le semestre où une nouvelle Commission sera nommée. C'est donc un moment particulièrement important de la législature.

Aussi, les auteurs de cette résolution tiennent-ils à exprimer leur profonde inquiétude, car les déclarations que Viktor Orbán a pu faire sur l'Union européenne, mais aussi les visites officielles qu'il pourrait être amené à décider, ou les personnages qu'il pourrait décider de recevoir lors d'une présidence hongroise, pourraient poser de vrais problèmes de crédibilité pour l'Union européenne.

Nous respectons les traités. Il ne nous revient pas de dire au Conseil ce qu'il a à décider en la circonstance. Toutefois, il est de notre devoir de rendre le Conseil attentif à nos préoccupations plus que justifiées, et de lui demander d'agir. Et il y a urgence. L'article 7 donne une large marge de manœuvre au Conseil, encore faut-il qu'il agisse.

**Eider Gardiazabal Rubial (S&D).** – Señor presidente, señor comisario, señor ministro, el contexto económico y político en Hungría, desde luego, no es nada bueno y esto, en parte, es consecuencia directa de las acciones y omisiones del Gobierno de Orbán.

La Unión Europea tiene unas reglas y, sobre todo, más que eso, tiene unos principios y unos valores de los que nos sentimos muy orgullosos. Si estos se respetan, estamos en una situación ganadora: gana el país y gana la Unión Europea en su conjunto. Pero si no, quienes pierden sobre todo son los ciudadanos húngaros, porque viven en un país que no respeta los derechos fundamentales, la libertad de expresión, no respeta las minorías, la libertad de prensa o la independencia de la justicia; y también pierde el país en su conjunto porque no puede desplegar los fondos Next Generation EU como lo estamos haciendo el resto de los países de la Unión Europea. Y también pierde el Gobierno, porque no se le van a reembolsar los proyectos europeos ya realizados.

La situación en Hungría es así de cruda y así de triste. La solución es que el Gobierno de Orbán rectifique y ponga en marcha todas las medidas pactadas, porque aquí no vamos a dar ni un paso atrás en la defensa del Estado de Derecho.

**Moritz Körner (Renew).** – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Kommissare! Heute ist Viktor Orbáns Geburtstag, aber wir machen ihm kein Geldgeschenk. Denn die Kommissare haben gerade sehr deutlich gemacht: Die entsprechenden Meilensteine sind nicht erreicht, und deswegen kann auch noch kein Geld fließen. Aber wir haben in unserer Entschließung auch darauf hingewiesen – und ehrlich gesagt bin ich entsetzt, dass wir als Parlament darauf hinweisen müssen und nicht die Institution selber, der Rat –, dass ein Mitgliedstaat, gegen den ein Verfahren nach Artikel 7 läuft, gegen den ein Rechtsstaatsverfahren läuft, bei dem die Gelder zurückgehalten werden, dass dieses Land nicht fit ist, tatsächlich im nächsten Jahr die Ratspräsidentschaft zu übernehmen.

Das wäre tatsächlich, als würde man den Schulhofschläger zum Schuldirektor wählen. Das kann es doch nicht sein. Natürlich muss der Rat hier eine Lösung finden. Es kann zum Beispiel auch sein, dass man die Rechtsstaatsfragen aus der Ratspräsidentschaft herausnimmt. Das ist rechtlich möglich, das ist das Minimum, was man eigentlich erwarten kann. Denn wenn Viktor Orbán mit uns – ich will mit diesem Autokraten nicht über Grundrechte verhandeln –, wenn Viktor Orbán mit uns in Europa über Grundrechte verhandeln würde, dann würden wir wirklich den Bock zum Gärtner machen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Aber ich will hier auch ganz deutlich sagen, dass der Rat erkennen muss: Es geht darum, endlich zu sehen, dass wir es nicht mehr mit einem normalen Mitgliedstaat und einem demokratischen Staat zu tun haben. Wir als Parlament werden das auf jeden Fall nicht akzeptieren. Wir werden die entsprechenden Maßnahmen ergreifen, wenn der Rat entsprechend nicht bereit ist, das zu ändern. Wir werden dann tatsächlich nicht mit Viktor Orbán über Grundrechte verhandeln.

**Daniel Freund (Verts/ALE).** – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir waren vor anderthalb Wochen noch einmal mit einer Mission des Haushaltskontrollausschusses in Ungarn vor Ort. Wir haben uns vor Ort angesehen und mit vielen Menschen darüber gesprochen: Wie ist denn nun die Situation?

Seit neun Monaten gibt es ein großes Paket, 27 super Meilensteine, die zwischen der ungarischen Regierung und der Europäischen Kommission ausgemacht wurden. Und wie ist jetzt der Stand? Was hat sich bewegt? Und Sie, Herr Hahn, Sie waren ja bei uns im Ausschuss vorige Woche und haben gesagt, dass es seit Dezember keinen einzigen Fortschritt gegeben hat. Es hat keine Notifizierung der ungarischen Regierung gegeben, und damit ist in dieser ganzen Zeit nicht ein weiterer Meilenstein erfüllt worden. Und das ist auch das Bild, das wir vor Ort gesehen haben, dass es sich nicht in die richtige Richtung entwickelt, dass wir in einigen Bereichen sogar sehen, dass sich die Situation weiter verschlimmert.

Jetzt soll in dieser Situation Viktor Orbán am Tag nach der Europawahl die Ratspräsidentschaft übernehmen. Und da muss ich doch fragen: Wie soll denn das eigentlich funktionieren? Wie soll denn ein Land, das per Dekret regiert wird, wo man nicht die Zeit hat, auf das Parlament zuzugehen und im normalen demokratischen Prozess zu regieren, wie sollen die jetzt in so einer entscheidenden Phase noch die Ratspräsidentschaft zusätzlich machen? Das kann nicht sein, damit muss sich der Rat auseinandersetzen.

**Patryk Jaki (ECR).** – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu ! Otóż jestem przeciwny współpracy Węgier z Rosją. Jednak gdyby sądzić za to, to wielu z Was dostałoby najwyższe wyroki, z niemieckim i francuskim rządem na czele. Więc o co tak naprawdę chodzi? Mówicie, że Orbán przejmuje wpływy w mediach, na uniwersytetach, w kulturze, w wymiarze sprawiedliwości i to jest złe. A dlaczego? Bo przejmuje je od Was, od tego, co zostało po lewicowych rządach i jest powszechne w większości lewicowo-liberalnych państw w Europie. Więc zakazujecie mu praktyk, które sami do bólu stosujecie. Wszystko, co nie jest waszymi ideami, jest łamaniem praworządności. Inne poglądy są mową nienawiści. Obrona dzieci w szkołach przed praktykami, które tak doskonale zbadała i opisała w swojej książce ideowo przeciwieństwa wasza dziennikarka Abigail Shrier, jest sprzeczna z wartościami europejskimi. Czyli obrona dzieci jest sprzeczna z wartościami europejskimi.

I w końcu musimy sobie zadać pytanie. Co to jest w ogóle za demokracja, gdzie nie Orbánowi, ale Węgrom możecie narzucić wszystko wbrew ich woli. Bo bardzo dobrze wiecie, że większość społeczeństwa węgierskiego popiera politykę Orbána. To chcecie być komisarzami, którzy za Węgrów będą robić wszystko, co sobie wymyślicie? To nie jest demokracja, to jest dyktatura.

**Joachim Kuhs (ID).** – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seien wir doch mal ehrlich: Wenn in diesem Haus vom Rechtsstaatsprinzip gesprochen wird, dann denken doch die meisten von Ihnen automatisch an Ungarn und Polen – kommt ja heute auch noch dran – und wie wir sie noch effektiver sanktionieren können.

Dabei geht es doch, wenn es um das Rechtsstaatsprinzip geht, in erster Linie darum, dass wir es sind, die unsere Bürger zum Beispiel experimentellen Impfstoffen ausgesetzt haben, die Frau von der Leyen in dubiosen Geschäften besorgt haben soll. Wir sind es doch, die aufgrund des Green-Deal-Wahnsinns dafür sorgen, dass Energie und Lebensmittel unerschwinglich werden. Wir sind es doch, die unter dem Vorwand der Bekämpfung von Desinformation unsere Meinungs- und Pressefreiheit gefährden und mit der Gender-Agenda unsere traditionelle Lebensweise aufs Spiel setzen.

Der einzige Mann in der EU, der zu all dem Nein sagt und der versucht, das Wohl seines eigenen Volkes zu mehren und die wahren europäischen und christlichen Werte zu verteidigen, der wird von Ihnen angegriffen. Das ist einfach nur noch heuchlerisch.

**Balázs Hidvéghi (NI).** – Elnök Úr! Lássuk be, ez a ház mára néhány szélsőséges, kontrollt vesztett képviselő foglyává vált, akik éjt nappallá téve Magyarországot támadják. Az európaiság és jogállamiság úgynevezett bajnokai most éppen a tanácsi elnökséget akarják elvenni Magyarországtól. Mindezzel azonban pont maguk azok, akik durván megsértik az uniós jogot és a Szerződést. Ha van jogállamisági és egyébként korrupciós probléma, az itt van Brüsszelben és nem Budapesten.

Mindebben újra lelkesen részt vesznek a magyar baloldali EP képviselők. Szégyen, képviselőtársaim, hogy miközben otthon sorra elveszítik a választásokat, itt azért áskálódnak, hogy a magyar emberek ne jussanak hozzá a nekik jogosan járó forrásokhoz. Maguknak nem tetszik, hogy Magyarország a saját útján jár, és mer nemet mondani Brüsszelnek, ha egy javaslat helytelen vagy káros. Nem tetszik magunknak, hogy nemet mondunk a migrációra, hogy ragaszkodunk a saját kultúránkhoz, hogy védjük a gyerekeket és a hagyományos családmódot, és nem tetszik maguknak, hogy a békéről beszélünk. De értsék meg végre: a magyar egy szabad és független nemzet, amely maga dönt a saját útjáról. Az Európai Parlament pedig nem felettes szerve az országnak.

**Paulo Rangel (PPE).** – Mr President, Council, dear Commissioners, we know that being part of the European project means respect for our core set of values, democracy, the rule of law, fundamental rights. They are not negotiable, and all Member States have voluntarily committed themselves to these values when they joined the EU. So being part of the European Union is not a cherry-picking exercise.

I have to say that the behaviour of the Hungarian Government is not an option, is totally against our values, and we have to blame the Council because the Council has the tools to avoid what is taking place now. We activated Article 7. If they were under Article 7, we could avoid a lot of deterioration of the situation that we are now finding is worse and worse.

I really have to say, and have to ask Mr Orbán in Budapest, where is the fighter for freedom of the late 1980s? He fought for freedom against communism to bring Hungary to a kind of authoritarian and dictatorship regime? It is unthinkable that someone that in his youth was fighting for the rule of law and democracy is today the bad example in the European Union that we have really to condemn.

I urge the Commission not to give funds to Hungary!

**Lara Wolters (S&D).** – Voorzitter, het is en blijft een zorgenkindje en een hoofdpijndossier. Twee weken terug was ik met een onderzoekscommissie van het Europees Parlement in Hongarije en opnieuw werden daar onze zorgen over de democratie en systematische corruptie bevestigd. Journalisten, ngo's en de oppositie vertelden ons hoe ze willens en wetens worden tegengewerkt door Viktor Orbán's regering. Bedrijven worden onder druk gezet om zich te laten uitkopen en meneer Orbán deelt nog steeds lucratieve contracten uit aan zijn vriendjes. Daarnaast riep hij al meer dan een jaar geleden de noodtoestand uit, zodat hij met decreten kan regeren. Met recht dus, dat onder druk van het Europees Parlement de Europese geldkraan dichtgedraaid is.

En de Hongaarse regering beweert nu dat ze hervormingen tegen corruptie doorvoert. Niets wijst daar echt op. En ook als hervormingen wel ingevoerd worden, dan kan de Hongaarse regering nieuwe regels zo weer terugdraaien. De boodschap van het Parlement moge duidelijk zijn vandaag. Wij laten ons niet met een kluitje in het riet sturen. Europa onderhandelt niet met dictators. En aan de Raad en aan de Commissie: neem geen genoegen met loze beloftes of half werk, hou de hand op de knip totdat er echt vooruitgang is.

**Anna Júlia Donáth (Renew).** – Elnök Úr! A magyar kormány hosszú ideje nem hajlandó betartani az Európai Unió játékszabályait. Ezzel az egész magyar nemzetnek súlyos károkat okoznak, hiszen ennek következtében most már lassan egy éve nem érkeznek újabb uniós források Magyarországra. Bizonyára hallottak róla, hogy az elmúlt hónapokban sorozatosan történnek diák- és tanártüntetések Magyarországon, a kormány oktatásellenes politikájának következményeként. A magyar oktatás súlyos válságban van. Akkora a baj, hogy véleményem szerint ez már sérti a magyar diákoknak az Alapjogi Chartában meghatározott oktatáshoz való jogát is, és emellett a Bizottság sem mehet el.

Ezért fordulok most a Bizottsághoz, és kérem, hogy az EU-s pénzekért cserébe követelje meg a magyar kormánytól a pedagógusokat rabszolgasorba taszító státustörvény azonnali eltörlését, a pedagógusok 50 százalékos béremelését és a magyar oktatás átfogó reformjának megkezdését, a tanárok és a diákok érdemi bevonásával. Azt kérem az Európai Bizottságtól, hogy a meglévő jogállamisági feltételeken túl kösse a magyar oktatás reformjához az uniós pénzek kifizetését. Az EU-s pénzek nélkül nincs jövője a magyar gazdaságnak. A magyar oktatás válságának megoldása nélkül viszont nincs jövője Magyarországnak.

Ezért bízom benne, hogy ha már az oktatás és Magyarország jövője nem is érdekli a magyar kormányt, az EU-s pénzek hazahozatalának érdekében hajlandó lesz végre tenni az oktatási válság megállításának érdekében. Habár tegyük hozzá, hogy az EU-s források hazahozatalának egyedüli akadálya és okozója a magyar kormány saját maga.

**Gerolf Annemans (ID).** – Voorzitter, of een Europese samenwerking ooit in oorsprong bedoeld is geweest om ook een of ander maatschappijmodel aan de lidstaten op te leggen, daar hoeft zelfs geen discussie over te bestaan. Neen, dat was niet de bedoeling van de Europese samenwerking. De bedoeling was meer stabiliteit en welvaart te brengen, en dan nog heel terughoudend. Een eenheid in verscheidenheid moest het worden. Want in die Europese verscheidenheid zat juist de kracht van wat als geheel een superieure beschaving had opgeleverd, met een sociale en welvarende economie erbovenop.

Nu Hongarije willen uitsluiten van het beurtsysteem om de Raad te kunnen voorzitten, getuigt van een welhaast neo-communistische en centralistische arrogantie, ten aanzien van een land nog wel dat als eerste de stappen heeft gezet om zich te bevrijden van de Sovjet-Unie, waarin wij als West-Europeanen heel Oost-Europa uit lafheid hebben achtergelaten na de Wereldoorlog.

Afschuw heb ik voor dit voorstel.

**Miroslav Radačovský (NI).** – Vážený pán predsedajúci, neposlušný Orbán, neposlušné Maďarsko.

V roku 1960 v Kongu bol demokraticky zvolený prvý premiér Patrice Lumumba. Bol neposlušný. Chcel nadviazať vzťahy so Sovietskym zväzom. Za pomoci CIA, Francúzska a Belgicka bol zavraždený a rozpustený v kyseline sírovej. Bol dosadený diktátor Mobutu Sese Seko Kuku Ngbendu Wa Za Banga, a ten už bol poslušný a vládol v Kongu 30 rokov.

Dnes už máme iné metódy, ako prinútiť Maďarsko, aby bolo poslušné. Odobrať rotujúce predsedníctvo a zmraziť finančné prostriedky. Ale v princípe je to to isté. Rozpustiť pána Orbána a stranu Fidesz v kyseline sírovej a dosadiť tam svojho poslušného diktátora.

Prajem pánu Orbánovi z príležitosti jeho dnešných 60-tych narodenín veľa šťastia a zdravia.

**Monika Hohlmeier (PPE).** – Herr Präsident, meine Herren Kommissare, lieber Herr Minister, liebe Ratspräsidentschaft, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zu Anfang sagen: Jeder von uns wünscht sich, dass das Geld so rasch wie möglich den Ungarinnen und Ungarn zur Verfügung gestellt wird und ihnen hilft, sich wirtschaftlich aufzubauen und weiterzuentwickeln. Dazu muss es aber möglich sein, dass alle denselben Zugang dazu haben, dass alle Nichtregierungsorganisationen, alle Unternehmen, alle die Möglichkeit haben, tatsächlich auch von den Fonds profitieren zu können.

Und um hier eines klar zu sagen: Zur ungarischen Tradition gehört es nicht, dass das Geld größtenteils oder vielfach in kleptokratische Hände fällt. Zur ungarischen Tradition gehört es nicht, dass willkürliche Verordnungen über Nacht erstellt, dass Gerichtsurteile durch Verordnungen wieder aufgehoben, dass sektorenweise bestimmte Unternehmen mit Strafzöllen, mit diskriminatorischen Maßnahmen überzogen werden und dass diejenigen, die sich nicht nach dem Willen verhalten, bis hin zu Besuchen von Geheimpolizei alle möglichen diskriminierenden Maßnahmen über sich ergehen lassen müssen. Das alles gehört nicht zur ungarischen Tradition.

Und ich möchte sehr deutlich sagen, meine Herren Kommissare, dass es für mich wesentlich ist: Wenn Ungarn bereit ist, in Form einer Integritätsbehörde und dem nationalen Richterrat und ähnlichen anderen Maßnahmen das Justizwesen zu normalisieren und rechtsstaatlich zu gestalten, dann ist es aber notwendig, dass nicht per Ausnahmezustand dieselben Gesetze wieder aufgehoben werden können, die uns gegenüber vorher bestätigt worden sind, sobald das Geld angekommen ist.

**Csaba Molnár (S&D).** – Elnök Úr! Azt tudom, hogy Önök mit gondolnak arról a kormányról, amely az európai uniós támogatásokat a saját polgárai elől ellopja. De hadd mondjam el Önöknek, hogy mit élnek át a magyarok ez alatt a kormányzás alatt, hogy hova vezetett a demokrácia és a jogállam leépítése és a tömeges korrupció a hétköznapi életben is. Magyarország, az egykori sikerország, ma azt éli meg, hogy a fizetések az országban az európai uniós rangsorban az utolsó előtti helyre csúsztak vissza.

A magyarok ma azt élik meg, hogy miközben az Unióban az átlagos infláció 8 százalék volt, akkor nálunk 26 százalék. A magyarok azt élik meg, hogy az élelmiszerek áremelkedése az 50 százalékot is meghaladta. Hogy pár éve a magyar nyugdíjak még a bérek több mint kétharmadát érték, most pedig kevesebb mint a felét érik. Hogy nálunk halnak meg legtöbbször rákban, hogy nálunk jelentősen csökkent az iskolába járó gyerekeknek az aránya.

Az orbáni, diktatórikus hatalomgyakorlás az Európa-rekord orbáni inflációhoz vezetett. A jogállam leépítése a fizetések és a nyugdíjak értékvesztését is elhozta. A szabadság csorbítása az oktatás és az egészségügy leépülésével járt kéz a kézben. Szolgáljon ez mindenki tanulságára Európában, mert az önkényurak jól ismerik a sorrendet. Először elveszik az emberek szabadságát, és amikor az emberek már szabadságjogok híján nem tudják megvédeni magukat, akkor elveszik az emberek jólétét is. Ez történik ma az orbáni Magyarországon.

#### VORSITZ: RAINER WIELAND

*Vizepräsident*

**Ramona Strugariu (Renew).** – Mr President, ‘no teachers, no future’ said one of the banners from the widespread protests that took place in Hungary last fall, asking for a reform of the education system and respect for teachers’ social rights. The response of the government was to rush through a draft bill that suffocates academic freedom in the country and punishes teachers for their courage to speak up.

Nearly 5 000 teachers have warned that they will quit if the so-called ‘Status Law’ is passed – a move that would put the Hungarian education system at risk of collapse. The bill also reduces teachers’ right to protest and bans public criticism of the school system. At the beginning of the month, teachers and students protesting the draft law were teargassed in the heart of Europe.

Will we sit and watch, or are we going to finally act? Are we ready to prepare a glorious Presidency of the Council for Mr Orbán and his team? Mr Orbán, just to be clear, you are responsible for denying your own citizens the benefits of the EU: money, rights and freedoms.

Teachers, businesses, students, people who are losing their jobs right now – you answer to them why you want to isolate their country and humiliate them!

*(The President cut off the speaker)*

**Milan Uhrík (NI).** – Vážený pán predsedajúci, kolegovia, celá táto debata mi príde trošku bizarná. Na jednej strane chcete odobrať Maďarsku hlasovacie právomoci a eurofondy, lebo údajne nedodržiava nejaké európske hodnoty, a na druhej strane oficiálne zástupca Európskej komisie na Slovenskum, istý pán Šucha, nedávno vynadal a označil všetkých Slovákov, že sú geneticky menejcenní, lebo nechcú akceptovať rodové kvóty z Bruselu, a to nikomu nevedí. Ten človek tam naďalej sedí, akoby sa nič nedialo.

A ja sa pýtam, čo toto znamená ? O čom toto svedčí? To je teraz ako nejaký nový spôsob komunikácie Európskej únie s členskými štátmi a s občanmi? Každý, kto nebude súhlasiť s Bruselom, bude označený za geneticky menejcenného a budú mu odobraté hlasovacie práva a eurofondy, alebo možnosť nejakého predsedníctva?

Vy tu v Bruseli idete rozprávať niečo o právnom štáte a demokracii? Nikto v Európe, nikto v Európe nemá k totalite bližšie ako práve táto liberálna progresívna ľavicová tu v Bruseli. A pevne dúfam, že voliči to v nasledujúcich voľbách týmto ľuďom všetkým spočítajú.

**György Hölvényi (PPE).** – Elnök Úr! Egy egész ország és tízmillió uniós polgár ellehetetlenítése egyszerűen semmilyen módon nem lehet politikai cél. Ez az állásfoglalási indítvány, ha közvetetten is, erre tesz kísérletet. Radikális módon beleszól a magyar kormány és az Európai Bizottság közötti tárgyalási folyamatba, ezzel a konstruktív párbeszédet és az elért kompromisszumokat utasítja el. Az igazi gátlástalan politikai cinizmus, hogy az előrelépések ellenére mégis azt követelik, hogy Magyarország semmiképp, semmi körülmények között ne kapja meg az uniós forrásokat. Külön tragédia persze, hogy ebben a politikai mélyrepülésben magyar társakra találtak.

Sőt, azt is megkérdőjelezzik, hogy Magyarország képes-e ellátni a 2024-es elnökségi feladatokat, ezzel a Tanács intézményi rendszerét is támadják. Milyen szerencse, hogy a hatáskör hiánya miatt erről nem az Európai Parlament dönt. A tervezet mindenfajta bizalomépítés lehetőségét tovább nehezíti, szinte lehetetlenné teszi. Úgy tűnik, mindig vannak politikusok, akik Magyarországot használják fel politikai elismertségük növelésére, és itt mondhatjuk úgy, hogy valótlanságokat állítanak. Mekkora a józanság a Tisztelt Házban az egyre kirekesztőbb, a párbeszédet elutasító őrülettel szemben? Mert őrületről van szó. Igazából itt ma ez a kérdés. Erre kell megoldást találni, Hölgyeim és Uraim! Magyarország eddig is sok mindent kibírt, és ezt is ki fogja bírni!

**Valérie Hayer (Renew).** – Monsieur le Président, Monsieur le Ministre, Messieurs les Commissaires, chers collègues, depuis plusieurs années, Viktor Orbán détricote les institutions démocratiques de son pays. Il conspu, attaque, et bloque l'Union européenne. Il bloque la taxation des multinationales. Il bloque toute avancée en matière migratoire. Il prend l'Ukraine en otage. Il se montre complaisant à l'égard de Moscou. Il ne respecte plus le droit européen. Il en appelle même à démanteler le Parlement européen, la seule institution dont les représentants sont directement élus par le peuple.

Bref, Viktor Orbán ne montre aucun signe d'aptitude à présider le Conseil, à parler au nom des 27 États membres, alors que ce rôle requiert impartialité et volonté, mais aussi, bien sûr, le respect de nos valeurs. C'est pourquoi les États doivent se montrer responsables, intransigeants, et empêcher l'illibéralisme de s'étendre à l'ensemble de l'Union européenne.

**Jérôme Rivière (NI).** – Monsieur le Président, cette assemblée devrait retrouver ce que Pascal appelait «l'esprit de finesse». Il a ses principes, écrivait-il, dans l'usage commun et devant les yeux de tout le monde. Ces principes, on les voit à peine, on les sent plutôt qu'on ne les voit. On a des peines infinies à les faire sentir à ceux qui ne les sentent pas d'eux-mêmes. Clairement, ici, dans cette assemblée, cet esprit de finesse, vous ne le sentez pas.

Érigeant de façon arbitraire et arrogante de pseudo-valeurs communes en axiomes, vous tentez d'imposer un État souverain, dont le gouvernement et le président ont été démocratiquement élus, des réformes et des politiques dont le peuple hongrois ne veut pas. Ce faisant, vous donnez chaque jour plus d'arguments à ceux qu'insupporte le fonctionnement autocratique et brutal de cette Union européenne.

Cette mandature aura vu la sortie du Royaume-Uni. Ces débats incongrus préparent une sécession plus large encore pour résister à vos ingérences injustifiées. Comme l'a dit Judit Varga, la ministre hongroise de la Justice, cette discussion est insensée. Votre pression politique est illégitime et inconvenante. En bafouant les droits de la Hongrie, vous dévoilez le véritable visage de l'UE: celui d'une institution à la dérive, s'éloignant des principes démocratiques, méprisant les peuples, cherchant à imposer une idéologie à tout prix.

**Clara Ponsatí Obiols (NI).** – Mr President, it is certainly a problem that the EU Presidency is occupied by a government that is democratic only in name – a country that puts dissidents in jail, spies and represses political opponents, prosecutes its minorities and savagely violates immigrants' human rights. Such a country should never preside the Council.

Beyond Hungary, this applies to Spain. It would be a shame to have Pedro Sánchez presiding the Union starting in July. It is also true that the Council has long neglected its obligations to protect the rule of law in Hungary, and the situation is only getting worse. Thus, we wholeheartedly support this Parliament's call for action in the matter.

*Spontane Wortmeldungen*

**Juan Fernando López Aguilar (S&D).** – Señor presidente, Estado de Derecho en Polonia. Este Parlamento Europeo adoptó su primera Resolución nada menos que en 2016; en ella exigía la activación del procedimiento extraordinario de sanción contemplado en el artículo 7 del Tratado de la Unión Europea ante la constatación de un riesgo claro de violación grave de los valores comunes del Estado de Derecho, la democracia y los derechos fundamentales.

Desde entonces, he perdido la cuenta del número de resoluciones adoptadas por este Parlamento Europeo. Seis audiencias monográficas en el Consejo de Asuntos Generales. Veinticinco hitos clamorosamente incumplidos todavía por el Gobierno de Hungría.

Por tanto, solo caben tres caminos: en lo inmediato, mantener la presión, lo que significa mantener el bloqueo del acceso al Mecanismo de Recuperación y Resiliencia. En lo mediato, hay que estudiar la posibilidad de restringir la agenda de la Presidencia húngara para evitar que aborde asuntos de Estado de Derecho y que, en lugar de cumplir con su responsabilidad, intente disolverla. Pero, en el medio plazo, es responsabilidad de la Comisión difundir una idea de lo que está en juego. Lo que está en juego no es una relación intergubernamental ni interinstitucional entre el Parlamento y el Gobierno, sino la ciudadanía húngara, que debe asumir la responsabilidad de exigir de sus gobernantes el cumplimiento del Estado de Derecho.

**Ladislav Ilčić (ECR).** – Poštovani predsjedavajući, dio kolega želi očito spriječiti Mađarsku da, prema redu koji joj pripada, preuzme predsjedanje Europskom unijom u srpnju sljedeće godine, a istovremeno se zaklinju u temeljno načelo Europske unije *jedinstvo u različitosti*. To otvara ključno pitanje: koliko ste različitosti vi spremni tolerirati? Znači li ovaj vaš prijedlog da je Mađarska prešla granicu vaše tolerancije, da biste željeli prestati surađivati s Mađarskom ili ju možda čak izbaciti iz Europske unije? Možda onda i Poljsku i koga još?

Sjetite se utemeljitelja Europske zajednice. Oni su znali nadići puno veće razlike, nadići tada još vrlo svježe rane rata, Drugog svjetskog rata, ubijanja, otimanja teritorija, mnogih zločina. Sve su to nadišli da bi postigli suradnju i mir. A vi niste ni do koljena utemeljiteljima Europske unije koji su, usput da kažem, bili kršćani, praktični vjernici, vi ugrožavate Europsku uniju. Dakle, treba nadići ovu uskurdnost i težiti miru i suradnji.

**Beata Mazurek (ECR).** – Panie Przewodniczący! Może nam się nie podobać to, co robi Orbán, szczególnie dla Rosji albo z Rosją. Jednak z niepokojem obserwuję nawoływanie do odebrania Węgrom prezydencji w Radzie Unii.

Zapoznajte się z podstawowymi przepisami unijnymi, na podstawie których funkcjonujemy. Parlament Europejski nie ma w tym przedmiocie żadnych kompetencji. Ingerowanie grup politycznych w sprawę wykraczającą poza ich zakres, czyli zakres tych kompetencji, zagraża pewności prawa. Podstawą praworządności jest funkcjonowanie zgodne z procedurami. Komisja Europejska musi przestrzegać przepisów proceduralnych określonych w rozporządzeniu. Nie może ulegać presji politycznej pewnych środowisk, które starają się wpłynąć na instytucję, która z założenia powinna być niezależna. Przestrzegam przed tym bardzo niebezpiecznym precedensem.

Zgodnie z artykułem 8 rozporządzenia Unii Europejskiej, o którym tutaj mówimy – w sprawie ogólnej warunkowości służącej ochronie budżetu Unii – Komisja Europejska ma obowiązek jedynie informować Parlament Europejski o wszelkich proponowanych, przyjętych lub zniesionych środkach. Inne decyzje powodują tak naprawdę eurosceptycyzm wśród państw członkowskich.

*(Ende der spontanen Wortmeldungen)*

**Johannes Hahn, Member of the Commission.** – Mr President, dear Minister, honourable Members, the ball is in Hungary's court. Hungary must propose further effective remedial measures to solve the outstanding issues. The Commission is taking a constructive approach to make sure that the Union taxpayers' money is protected.

Concerning conditionality, the Commission will continue assessing the implementation of the remedial measures based on what Hungary reports to us and the requirements under the conditionality procedure. When Hungary submits a formal notification, the Commission will start its formal assessment. For the suspicion to be lifted, Hungary needs to implement fully and effectively all the 17 remedial measures agreed under the general conditionality mechanism as it had committed to during the procedure. As long as this is not the case, the budget protection measures adopted by the Council will remain in place.

So we should all want to work towards closing this case as soon as possible. This would mean successfully protecting the Union budget and in that respect I really welcome – and it was repeated today by the Chair of the CONT Committee, Monika Hohlmeier – that also Parliament is in favour to settle this case in a positive way but, of course, based on the conditions which are in place. It is not about saving money, but ensuring that the money is well spent under the guidance that European taxpayers' money is protected.

Therefore, no breaches of the principles of the rule of law should remain and affect the Union budget. The Commission is actively engaged to continue, therefore, working with Hungary constructively to address remaining concerns and protect our taxpayers' money. We want the solution, but again, it takes two to tango to arrive at this point. So thank you again for your continued collaboration.

We share also the interest that Erasmus+ and Horizon funding flows again for those universities that are linked to public interest trusts. But time for Hungary to find adequate solutions is shrinking, I have to repeat myself. We have already informed Hungary of the urgency to proceed accordingly. The Commission remains committed to finding viable solutions, solutions that would adequately and correctly address the issues identified in the Council implementing decision, solutions that bring an end to the breaches of the principles of the rule of law, and solutions that protect, of course, the Union budget. The Commission will also continue monitoring the situation in all Member States and would proceed with procedures where the conditions to apply the Conditionality Regulation are fulfilled.

I would like to close on a positive and forward-looking note. We are applying the Conditionality Regulation to fix problems and protect the budget, so we are keen to find solutions and to support reforms. We should all want to close this case as soon as possible because this means we protect the budget even better. Of course, we can only close it only once the problems identified have been addressed in substance. No breaches of the principles of the rule of law should affect the Union budget. This is the top priority. This is what counts.

**Peter Kullgren**, rådets tjänstgörande ordförande. – Herr talman! Ärade ledamöter, ärade kommissionärer! Tack så mycket för denna debatt och intressanta inlägg. Europaparlamentet spelar som sagt en viktig roll i EU:s rättsstatsarbete. Ordförandeskapet uppskattar ert arbete med att sätta frågor som respekt för rättsstatsprincipen och grundläggande värden högt på agendan.

Som jag nämnde tidigare är respekten för rättsstatsprincipen inte bara avgörande för att vår union ska fungera, den är också en väsentlig förutsättning för att genomföra EU:s budget och för att efterleva principen om sund ekonomisk förvaltning.

I det nuvarande geopolitiska läget är försvaret av våra gemensamma värden och rättsstatsprincipen samt en sund ekonomisk förvaltning av EU:s medel av största vikt. Ni är också flera som har pekat på möjligheten att anta rekommendationer inom ramen för artikel 7-förfarandet. Frågan har ännu inte diskuterats inom rådet, och det är därför för tidigt att uttala sig.

Det är dock viktigt att alltid se över hur de verktyg vi har kan användas så effektivt som möjligt för att bidra till en positiv förändring för rättsstatens principer och EU:s värden. Och vi utesluter ingenting. Det är viktigt att artikel 7 kvarstår på rådets dagordning, och gårdagens sjätte artikel 7-utfrågning om Ungern bevisar återigen att rådet noga övervakar utvecklingen. Vi överväger hela tiden hur rättsstatsverktygen kan användas mest effektivt och proportionerligt.

För att bredda diskussionen om hur vi kan förbättra den befintliga verktygslådan kommer det svenska ordförandeskapet att arrangera ett symposium om demokrati och rättsstatens principer i Stockholm om ungefär en månad. EU-minister Jessika Roswall har bjudit in en lång rad aktörer att delta, bland annat härifrån Europaparlamentet.

Slutligen: Ni är många som har lyft frågan om Ungerns ordförandeskap våren 2024, och jag noterar vad ni har sagt. Att vara ordförande i rådet innebär att företräda rådet, medlemsstaterna, i dess helhet. Ordförandeskapet ställer mycket höga krav på ansvarstagande, att vara en ärlig förhandlare och verka för unionens bästa. Det svenska ordförandeskapet förväntar sig att alla medlemsstater är beredda att axla det stora ansvaret.

**Der Präsident.** – Die Aussprache ist damit geschlossen.

Die Abstimmung findet am Donnerstag, 1. Juni 2023, statt.

*Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)*

**Kinga Gál (NI), írásban.** – Az Európai Parlament újabb Magyarország-ellenes vitája ugyanannak a politikai boszorkányüldözésnek a hatványra emelt formája, aminek 2013 óta vagyok szemtanúja. Hívták már Tavares, Sargentini, majd Delbos-Corfield-jelentésnek, azóta küzdök a hazánk ellen zajló zsaroláskísérletek ellen.

Ezeknek a kártyavárként épülő gyűlöletkampányoknak hol a migrációellenes álláspontunk, hol a gyermekvédelmi törvényünk, most épp a béke melletti kiállásunk, a háborúellenességünk a kiváltó oka. Ezúttal az uniós finanszírozás megvonásával zsarolnak, és el akarják venni hazánktól a 2024. második félévi uniós elnökséget. Ez példa nélküli és elfogadhatatlan, különös tekintettel arra, hogy az Európai Parlamentnek semmilyen szerepe nincs annak eldöntésében, hogy egy tagállami betöltheti-e az Unió tanácsának soros elnöki pozícióját.

A Magyarországot támadó igaztalan szöveg koncepciós vádirat, ami tartalmi szempontból a korábbiaknál is erőszakosabb és követelőzőbb. Felháborító, hogy az a magyar ellenzék, amely immár negyedjére szenvedett otthon megsemmisítő választási vereséget, nemzetközi kapcsolatrendszerét felhasználva mindent megtesz azért, hogy Magyarországot jogszerűtlen módon megfossza a jogosan járó uniós pénzügyi forrásoktól és immár a soros elnökség betöltésétől. Az Európai Parlament baloldali többsége ismét megbélyegez, és szítja a feszültséget, ideológiai megfontolásból próbálja megakadályozni a jogosan járó uniós források megérkezését és a magyar elnökséget. Ez tiszta politikai zsarolás, ami hosszú távon szétveri az Unió egészét és egységét. A Fidesz európai parlamenti képviselőjeként továbbra is küzdök minden Magyarországot, magyarokat érő támadással szemben.

**Enikő Győri (NI), írásban.** – A Parlament a mostani állásfoglalásával megzsarolja a Bizottságot és a többi uniós intézményt, hogy egyetlen fillért se folyósítsanak a Magyarországot megillető uniós forrásokból, sőt még a 2024-es uniós elnökségtől is meg akarnak fosztani minket. A képviselők jól tudják, erre semmi jogalapjuk nincs. Ez pusztán egy bosszú, mert Magyarország nemet mond a háborúra, a migrációra és a gender politikára. Az időzítés sem véletlen: Magyarország teljesítette a vállalásait az igazságügyi kérdésekben, a Parlament tehát gyorsan beavatkozik, hogy ne legyen megállapodás. Miközben a jogállamiságot kéri rajtunk számon, maguk sértenek jogot minden tettükkel. Mindig lesz újabb kérés, újabb elvárás. Napnál világosabb: amíg konzervatív kormánya van Magyarországnak, addig játsszák ezt a nemtelen játékot. Közben nemcsak a kormányt, hanem a magyar népet is sértegetik.

Mindazokat, akik komolyan veszik a munkájukat. A bírákat, akikről nem hiszik el, hogy függetlenül és pártatlanul ítélezhessenek, a számvevőkről, hogy felelősen felügyelik a közpénzek elköltését. A tanárokért emelnek szót, miközben a források visszatartásával az ő fizetésük felemelését lehetetlenítik el. 2011-ben is kigyót-békát kiabáltak ránk az elnökség kezdetén. De akkor még el tudták ismerni a végén, hogy jó munkát végeztünk. Ma már annyira félnek attól, hogy uniós szinten is nagyobb figyelmet kap a konzervatív alternatíva, hogy jogot tiporva vennék el az elnökséget.

**Livia Járóka (NI), írásban.** – Az Európai Parlament évek óta tudatos politikai támadást folytat Magyarország és így a kormány tevékenysége ellen, mindezzel nagymértékben nehezítve az Európai Bizottság és Magyarország Kormányának között kibontakozó nézeteltérések békés rendezésének lehetőségét, ezáltal ellehetetlenítve a magyarok számára az uniós forrásokhoz való hozzáférést. A mostani jelentés is beállva ebbe a sorba tudatosan ferdít, és támadja alaptalanul a magyar jogállamiság helyzetét. Egyértelműen politikai indíttatástól vezérelve az Európai Parlament számos esetben saját jogkörén is túlerjeszkedve vádaskodik, a határozat kifogásai így legtöbb esetben általános megfogalmazású kritikák, mellőzve bármilyen konkrétumot.

Az Európai Parlament feladata azonban nem a politikai boszorkányüldözés és az alaptalan politikai vádaskodás kellene, hogy legyen, hanem a tagállami hatásköröket tiszteletben tartó, azok munkáját társjogalkotói szerepkörében segítő magabiztos intézményként való működés. Ehelyett azonban egy politikai sértettségtől fűtött véd- és dacszövetségként működik minden olyan tagállammal szemben, amely hisz a nemzeti szuverenitás és a szubszidiaritás uniós értékeinek univerzalitásában. Sajnálattal konstatáltam, hogy Képviselőtársaim a tényektől elrugaszkodott, a valósággal egyértelműen szembemenő vádaskodásai támogatói fogadtatásban részesültek a Parlament többsége által.

A jelentésben megfogalmazott kritikákat kategorikusan visszautasítjuk, és felszólítjuk Képviselőtársainkat, hogy hagyjanak fel végre a magyarok politikai és ideológiai alapon zajló folyamatos támadásával. Tartsák tiszteletben a magyar emberek döntését és Magyarország tagállami szuverenitását és jogköreit egyaránt. A jelentést mindezek fényében nem tudom támogatni!

**Ivan Štefanec (PPE), písomne.** – Naša únia je založená na dodržiavaní pravidiel a je prirodzené, že v prípadoch ich porušovania je potrebné konať. V Maďarsku naďalej dochádza k zhoršovaniu situácie v oblasti právneho štátu a základných práv. Nevykonávanie odporúčaní OBSE týkajúcich sa konania volieb, kampane proti EÚ, zneužívanie stavu ohrozenia, či manipulácia s rozpočtovým procesom ďalej podkopávajú demokratické zásady. Som znepokojený aj správami o zastrahovacích a diskriminačných praktikách voči niektorým spoločnostiam, ktoré poskytujú nespravodlivú výhodu konkurentom. Takéto konanie je v rozpore s pravidlami EÚ v oblasti hospodárskej súťaže a verejného obstarávania a poškodzuje dôveru medzi EÚ a Maďarskom. Zmrazenie finančných prostriedkov EÚ pridelených Maďarsku je v tomto prípade potrebné.

**Edina Tóth (NI), írásban.** – Az Európai Parlament előtt szereplő állásfoglalással kapcsolatban megállapítható, hogy a jelentés egyértelműen politikai indítatású. Szégyenteljes, hogy az Európai Parlament azért kívánja megakadályozni, hogy a 2024 második félévében Magyarország töltsen be az uniós tanácsi elnökséget, mert az intézmény baloldali többségének nem tetszik Magyarország békepárti álláspontja. Az Európai Parlament nem tiszteli sem a demokráciát, sem a jogállamot, hiszen olyan kezdeményezéssel szeretne élni, ami egyértelműen szembe megy az európai uniós szerződésekkel.

Korábban a bevándorlást ellenző álláspontunk volt a probléma, aztán a családok védelme, majd pedig a magyar kormánynak, a magyar emberek által támogatott békepárti álláspontja nem tetszik az Európai Parlament baloldali többségének. Visszautasítjuk a hazug támadásokat, s szégyenletesnek tartjuk továbbá azt, hogy a magyar „dollárbaloldal” EP-képviselői aktív részesei ezeknek a támadásoknak. Ahogy szégyenletes az is, hogy a magyar baloldali EP-képviselők azon munkálkodnak, hogy a magyar emberek ne juthassanak hozzá az uniós forrásokhoz. Magyarország készen áll arra, hogy az uniós Tanács elnökségét ellássa. Kiállunk Magyarország önállósága, szabadsága mellett és a magyar emberek védelmében, mert nekünk mindig Magyarország az első!

**Tom Vandenkendelaere (PPE), schriftelijk.** – Hongarije en Polen zijn al lang een doorn in het oog van Europa. Er wordt onvoldoende vooruitgang geboekt om de rechtsstaat te respecteren. Hoewel Polen en Hongarije zogenaamd stappen vooruitzetten om aan de Europese eisen inzake de rechtsstaat te voldoen, zodat ze hun deel van het Europees budget kunnen claimen, blijft de situatie zorgwekkend.

De laatste Poolse ontwerpwet om Russische beïnvloeding tegen te gaan, viseert vooral de eliminatie van de oppositie. De manier waarop Europees geld in Hongarije systematisch misbruikt wordt bij de aanbesteding van openbare projecten, kwam recent weer aan het licht. En toch blijven de lidstaten treuzelen om het stemrecht van Polen en Hongarije in de Raad op te schorten. Voor het Europees Parlement staat de geloofwaardigheid van Europa op het spel met de aankomende EU-voorzitterschappen van Hongarije en Polen.

Eén zaak is duidelijk: zolang de Hongaarse en Poolse overheden niet de maatregelen uitvoeren die de Europese Commissie eist, blijven EU-fondsen bevroren tot nader orde. Daarom stemde ik voor deze resolutie, die alle misstappen op het vlak van de rechtsstaat in Hongarije en Polen in het licht van hun aankomend voorzitterschap opnieuw aan de kaak stelt.

**Henna Virkkunen (PPE), kirjallinen.** – On sietämätöntä, ettei Unkarin hallitus ole tukenut EU-maiden rintamaa Venäjän hyökkäyssodalta puolustautuvan Ukrainan tukemisessa. Päinvastoin Unkari on hankaloittanut Venäjän vastaisten pakotteiden asettamista ja näin vähentänyt toimien purevuutta. Lisäksi on äärimmäiseen valitettavaa, ettei Unkarin demokratiaa, perusoikeuksia ja oikeusvaltioperiaatetta rikkovaan toimintaan ole vieläkään saatu muutosta. Komissio on perustellusti vaatinut Unkarilta yhteensä 17 toimenpidettä jäädytettujen koheesiovarojen vapauttamiseksi ja sen lisäksi kymmenen muuta, erityisesti tuomioistuinlaitokseen liittyvää toimenpidettä elpymispakettivarojen saamiseksi. Yhteensä 22 miljardin edestä jäädytettyjä varoja ei pidä maksaa Unkarille niin kauan kuin komissio ei voi varmistaa varojen asianmukaista käyttöä maassa. On täysin perusteltua epäillä, miten näin räikeästi unionin perusarvoja polkeva maa voisi hoitaa vuoden 2024 jälkipuoliskolle sijoittuvan neuvoston puheenjohtajuusvuoronsa tehtävän unionin arvoja

kunnioittavalla tavalla. Unkarin vuoroa edeltävät puheenjohtajamaat ovat nyt paljon vartijoina etsimässä keinoja, joilla Unkarin puheenjohtajuuskausi voidaan siirtää tai hoitaa jollakin tavalla asianmukaisesti, mikäli Unkari ei saa toteutettua siltä vaadittuja oikeusvaltion tilaa parantavia toimenpiteitä.

## 15. Bedrohung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Polen, insbesondere durch die Einsetzung einer Untersuchungskommission (Aussprache)

**Der Präsident.** – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärungen des Rates und der Kommission zur Bedrohung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Polen, insbesondere durch die Einsetzung einer Untersuchungskommission (2023/2725(RSP)).

**Peter Kullgren, rådets tjänstgörande ordförande.** – Herr talman! Ärade ledamöter, kommissionärer! Låt mig återigen understryka att respekten för demokrati, för mänskliga rättigheter och rättsstatens principer är avgörande för unionen i sin helhet. Det är därför denna fråga är en av huvudprioriteringarna för det svenska ordförandeskapet.

EU:s institutioner och EU:s medlemsstater delar på det viktiga ansvaret att bevaka att EU:s värden upprätthålls. Dagens debatt handlar om en ny polsk lagstiftning som innebär att en kommitté upprättas för att granska ryskt inflytande. Rysslands anfallskrig i Ukraina har tydligt visat att vi i EU måste stå upp för demokratiska principer, som ett tydligt alternativ till auktoritära stater som bryter mot internationell rätt och mänskliga rättigheter. Det är därför naturligt att alla medlemsstater har goda skäl att se över ryskt inflytande. Men det måste så klart göras i enlighet med rättsstatliga principer.

Rådet har naturligtvis följt rapporteringen kring utvecklingen i Polen noga och är medvetna om att Polens president har skrivit under den aktuella lagen och skickat den till författningsdomstolen. Vid gårdagens möte i allmänna rådet hölls en utfrågning under artikel 7 då läget i Polen diskuterades, framför allt frågor som rör rättsväsendets oberoende.

Kommissionen nämnde den nya polska lagstiftningen i sin genomgång, men frågan diskuterades inte av rådet i substans eftersom den än så länge ligger utanför artikel 7-förfarandets omfattning. Det är kommissionens uppgift som fördragets väktare att på ett objektiva och sakligt sätt granska de åtgärder som vidtas i medlemsstaterna i förhållande till de åtaganden som alla länder i EU har enligt fördragen. Det är upp till kommissionen att bedöma om ytterligare steg behövs med anledning av den nya polska lagstiftningen.

Rådet och ordförandeskapet står självklart redo att fortsätta den viktiga dialogen om rättsstatens principer med Europaparlamentet.

**Didier Reynders, Member of the Commission.** – Mr President, honourable Members, thank you for this debate on the rule of law situation in Poland. Allow me to start with the new law on the State Commission for the examination of Russian interference in the internal security of Poland in the period 2007 till 2022. This is a development which the Commission is following with great concern.

On 26 May, this law was adopted by the Polish Parliament and has then been signed by the President of the Republic. After the publication, this law is now in force. This new law creates a special committee to investigate Russian interference on the internal security of Poland in the period 2007 till 2022. It raises serious concerns in terms of conformity with EU law. As we understand, it grants significant powers to an administrative body which could be used to bar individuals from public office and which hence could restrict their rights.

Yesterday, I informed the Ministers during the General Affairs Council about this new development on the margins of the informal hearing of Poland under the Article 7 procedure. As you will be aware, the Commission also issued a statement yesterday. We have also taken note of a press statement issued by the United States Department of State expressing concerns over the potential use of this new legislation to target members of the opposition.

Yesterday, I spoke to the Polish Minister of EU affairs, Szymon Szynkowski vel Sek, and today I sent a letter to the Minister requesting additional information on the new law. The Commission will carefully analyse this new law and any further developments in that regard. Based on its analysis, the Commission will not hesitate to take action as appropriate.

More broadly, when it comes to the rule of law situation in Poland, I had the occasion to update EU ministers yesterday in the General Council in the framework of the Article 7 hearing on Poland. Overall, despite a number of important positive changes, serious concerns remain. As regards compliance with rulings of the EU Court of Justice relating to the activities of the disciplinary Chamber of the Supreme Court concerning the Polish judges, you may be aware that the Vice-President of the Court of Justice lowered the daily penalty payment imposed on Poland from EUR 1 million to EUR 500 000 as from 21 April. This is given Poland's notable progress in complying with the interim measures Order of the Court of Justice of July 2021. However, until today, Poland has still not fully implemented the Order of the Court of Justice of July 2021. The Court of Justice is expected to deliver a final ruling in this case next Monday.

The notable progress noted by the Vice-President of the Court in his Order of April concerns in particular the law on the judiciary of 9 June 2022, which aimed at raising the standard of certain aspects of judicial protection. This new law introduced a number of important changes in the Polish legal system, but certain shortcomings still remained. In this context, the Polish Parliament adopted on the 13 January a new law with further amendments to strengthen certain aspects of judicial independence. In February, the President of the Republic referred this new law for review to the Polish Constitutional Tribunal, where it is still pending. The new law has therefore not yet entered into force.

The Commission will carry out a thorough assessment of the legislation in force only at the time of Poland's first payment request under the Recovery and Resilience Plan. It will be important that the final law, as adopted, raises the standards on judicial independence.

Let me now turn to the National Council for the Judiciary. The law on the National Council for the Judiciary is one of the central issues in the Commission's proposal under Article 7. The Rule of Law reports from 2020 to 2022 reiterate the Commission's serious concerns in relation to the independence of this Council, considering its role in the procedures of judicial appointment – concerns which have also been confirmed by the Court of Justice.

The Commission has noted with concern that although the Sejm appointed new judges members of the National Council for the Judiciary in May 2022, no steps were taken to address concerns in relation to its independence vis-à-vis the executive and the legislative branches. Furthermore, the National Council for the Judiciary has continued to adopt decisions and resolutions that cannot be reconciled with its duty to safeguard judicial independence.

The National Council for the Judiciary plays a key role in the appointment and promotion of judges in Poland. It is therefore crucial that the concerns expressed in the Commission's proposal, and further highlighted by the Court of Justice and the European Court of Human Rights, are remedied as a matter of urgency.

As regards the Supreme Court, there are serious doubts as to where a number of its judges, including its first president, comply with the requirements of independence stemming from Article 19 of the Treaty on European Union. Poland has still not taken any steps to implement the rulings of the European Court of Human Rights, which considered as inherently defective the process of judicial appointments to benches of the Chamber of Extraordinary Control and Public Affairs and of the Civil Chamber of the Supreme Court. Yet, these rulings of the European Court of Human Rights are final.

Finally, let me turn to the Constitutional tribunal, where serious concerns persist. In February, the Commission decided to refer Poland to the Court of Justice for violations of EU law by the Constitutional Tribunal and its true rulings issues in 2021, which challenged, among others, the primacy of EU law. So far, the Polish authorities have not taken action to address the concerns of the Commission, including those set out in the Article 7 proposal.

So you see that we have made the point in the General Council on all the issues that we have discussed since the beginning of the hearings of Poland in the Article 7 procedure, and we have explained the concern of the Commission about the creation of a State Committee that we have seen in the law published in the last days and in force since today in Poland. Thank you for your attention and, of course, I am looking forward for your interventions.

**Andrzej Halicki**, *w imieniu grupy PPE*. – Panie Przewodniczący! Jestem tutaj, żeby Was ostrzec, bo lex Tusk to nie jest kolejna ustawa, która łamie Konstytucję. To specjalne, nowe narzędzie, *modus operandi* takiej władzy autorytarnej, która wie, że traci społeczne zaufanie i poparcie, a chce utrzymać władzę na siłę. Tak było kiedyś, za czasów PRL-u, za czasów komuny. Tak jest teraz. Dokładnie tak jest teraz w Polsce.

Ta władza ma jeden scenariusz działania: oskarżyć innych o to, co sama robi, i jednocześnie wyeliminować opozycję z życia publicznego. Oskarżyć i wyeliminować, bo boi się przegranej. Ale polskie społeczeństwo jest doświadczone, bo wygraliśmy 4 czerwca. I pokaże teraz swoją siłę.

Oskarżenie o rosyjskie wpływy. Przecież wszyscy pamiętacie i wiecie doskonale, że Jarosław Kaczyński przyjmował gości tuż przed atakiem Rosji na Ukrainę. Tych sponsorowanych przez Kreml. Robił sobie z nimi zdjęcia. Mateusz Morawiecki: brudne interesy, Rosja, gaz rosyjski, paliwa, a nade wszystko uzależnienie od rosyjskiego węgla.

Nie zagłuszycie prawdy. Wiem, że niektórzy z Was się wstydzą i nie macie odwagi do tego się przyznać. Ale scenariusz działania nie powiedzie się, nie wyeliminujecie z polskiej przestrzeni życia tych, którzy mają rację i mówią prawdę. Nie zagłuszycie prawdy. Donald Tusk, Waldemar Pawlak czy Radosław Sikorski są wymienieni w tym dokumencie jako ci, którzy mają ulegać rosyjskim wpływom. Przecież oni właśnie mówili o uniezależnieniu się od rosyjskich wpływów. Oni to robili. Walczyli, chociażby fizycznie w Afganistanie.

Nie zagłuszycie dążenia polskiego narodu do wolności i 4 czerwca w Warszawie zobaczycie siłę polskiego społeczeństwa. Zobaczycie ją.

Bądźcie z nami. Wygramy jesienią, bo Polska będzie demokratyczna i będzie także europejska. Wszyscy, którzy walczą z Europą, będą bliżej Moskwy, są bliżej Moskwy. I to też jest oczywista prawda.

**Juan Fernando López Aguilar**, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente Wieland, Consejo, comisario Reynders, el presidente del Tribunal de Justicia de la Unión Europea, Koen Lenaerts, ha declarado que la Unión Europea está viendo amenazados sus cimientos, esto es, sus valores, lo que pone en riesgo su propia existencia.

La deriva de Polonia ha sido objeto de resoluciones en este Parlamento Europeo desde el año 2018. Y nos encontramos aquí ante una vuelta de tuerca inaceptable con una ley que pretende hostigar penalmente, a través de una comisión de investigación, a los adversarios de la actual mayoría de Gobierno y del partido de Gobierno. Sencillamente inaceptable.

Solo tengo que exponer tres consideraciones al respecto. En primer lugar, que el hecho de que el presidente Duda haya anunciado que va a remitir dicha ley al Tribunal Constitucional, lamentablemente, no es ninguna garantía, porque ese Tribunal Constitucional ha sido declarado no conforme con el Derecho europeo del Convenio Europeo de Derechos Humanos por el Tribunal Europeo de Derechos Humanos y no conforme con la Carta de Derechos Fundamentales de la Unión Europea, artículo 47, por el Tribunal de Justicia de la Unión Europea en 2021.

Además, en segundo lugar, ese Tribunal Constitucional se ha declarado en rebeldía frente al principio de primacía del Derecho europeo.

En tercer lugar, es una triste ironía que, con el pretexto de prevenir la influencia rusa, Polonia esté intentando poner en vigor —el Gobierno polaco esté intentando poner en vigor— nada menos que una ley putinesca, una ley que putiniza el procedimiento legislativo en Polonia.

Por tanto, comisario Reynders, tiene que emplearse a fondo para evitar que esa ley entre en vigor.

**Róża Thun und Hohenstein**, w imieniu grupy *Renew*. – Panie Przewodniczący! Ta komisja, o której Państwo słyszą, a która rości sobie uprawnienia takie, jakie mają normalnie służby specjalne, prokuratura oraz sąd, ta komisja, która jest ściśle polityczna, zamierza wykluczać osoby publiczne z możliwości uczestniczenia w życiu publicznym. To nie jest problem ani jednej partii, ani jednego człowieka, to jest wielki problem dla nas wszystkich. I w tej sytuacji oczy wszystkich, dla których są ważne uczciwe i wolne wybory, dla których ważna jest demokracja, dla których ważne jest członkostwo w Unii Europejskiej, są zwrócone na instytucje wspólne, na instytucje unijne, na nas, Koleżanki i Koledzy! Cieszę się, że tak szybko zareagowaliście, że mamy dzisiaj tę debatę. Oczy wszystkich nas zwrócone są na Komisję Europejską, na Pana, Panie komisarzu, i bardzo dziękuję za Pana obecność podczas tej debaty.

Zastanawiam się, czy rząd w Polsce i czy prezydent Polski chce nas narazić na kolejne przegrane procesy, na kolejne kosztowne kary? Bo przecież wiemy, że Komisja Europejska ma obowiązek reagować tam, gdzie łamane jest prawo, a tu mamy do czynienia z naruszeniem artykułu 2 Traktatu, o wolności, demokracji, o równości, o państwie prawnym, z naruszeniem artykułów 47 i 49 Karty praw podstawowych, i tak dalej. A równocześnie – i może to jest najważniejsze – mamy tu do czynienia ze złamaniem przynajmniej ośmiu artykułów polskiej konstytucji.

Podkreślam, to już nie jest sprawa ani jednej partii, ani jednego człowieka. To jest bardzo niebezpieczny temat, który dotyczy nas wszystkich. I rzeczywiście, jak mówił Andrzej Halicki, nam pozostaje tylko jeden instrument – protesty uliczne. Ja jestem przekonana, że 4 czerwca w Warszawie na ulicach zgromadzą się tłumy. Bardzo Wam dziękuję.

**Tineke Strik**, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, Council, Commissioner, the Polish ruling party is on a warpath against democracy to win the elections at all costs. The Law on the Commission on Russian influence exploits the Russian aggression with the sole purpose to remove opposition candidates from the election list and to silence critical voices. A committee of politically-appointed members that would simultaneously investigate, prosecute, judge and sentence people for vaguely-defined crimes is violating virtually every fundamental legal principle under EU law. So make no mistake, this law is not anti-Russia. It is anti-democracy.

So, Commissioner, it's good that you are extremely concerned, but I urge you to immediately take action – we don't have time to lose – and also take action against the other acts violating the rule of law. I would like to urge you also to consider expanding the scope of the Article 7 procedure.

Towards the Council: Presidencies must be credible defenders of EU values, which should not be negotiable. So please prepare for 2025.

**Beata Szydło**, w imieniu grupy *ECR*. – Panie Przewodniczący! Szanowny Panie Komisarzu! Słuchając moich przedmówców, którzy zostali wybrani jako polscy europosłowie, zaczynam się zastanawiać, czy nie powinni przeprosić Polaków, że tutaj w Parlamencie Europejskim nawołują do rebelii w Polsce i wprost mówią o wyprowadzaniu ludzi na ulice.

I zastanawiam się też, Panie Przewodniczący, czy to już będzie praktyką, że będzie zezwolenie na to, ażeby w Parlamencie Europejskim w czasie wystąpień prowadzić kampanię wyborczą. No bo jak można odebrać te wystąpienia? Rozhisteryzowana wypowiedź pana Halickiego. Może Pan powie, panie Halicki, o czym Tusk rozmawiał z Putinem na molo w Sopocie? Bardzo proszę.

Szanowni Państwo, ale przejdźmy do meritum. Nasuwają się w związku z tą debatą trzy pytania, trzy proste pytania. Pierwsze: czy wszyscy z Państwa, którzy zagłosowali o tym, ażeby ta debata dzisiaj się odbyła, znają polską Konstytucję? Czy znacie treść ustawy, o której debatujecie? I przede wszystkim dlaczego sprzeciwicie się powstaniu komisji, które funkcjonują już w innych państwach, która między innymi funkcjonuje tutaj, w tym Parlamencie? Jutro będziemy debatować nad sprawozdaniem tej komisji.

Dlaczego bronicie ruskich wpływów, a dlaczego nie bronicie interesów polskich obywateli, których jesteście reprezentantami? Wstyd Sikorski, że był kiedyś ministrem spraw zagranicznych. Wstyd, że na tej sali są byli polscy premierzy, którzy kiedyś reprezentowali również partię, która zaciągała w Moskwie pożyczki. Nie pamiętacie tego? Ale to nie o to chodzi, Szanowni Państwo. Ten Parlament ma stać na straży demokratycznych praw obywateli europejskich.

Konstytucja polska nie jest łamana, nie jest łamane polskie prawo. A, Panie Komisarzu, chcę Panu przypomnieć, że jeżeli chodzi o sprawy związane z wymiarem sprawiedliwości, to zgodnie z traktatami leżą one w gestii suwerennych państw. I dobrze, że ta komisja w Polsce powstała, bo jeżeli mówimy o tym, jak silne są ruskie wpływy, to ta debata pokazuje, że są bardzo silne.

**Clare Daly, on behalf of The Left Group.** – Mr President, tomorrow Parliament votes on the second Kalniete report on foreign interference – a sprawling paranoid McCarthyist tract stigmatising whole sections of society and opposition politics under the spectre of Russian interference, calling for a battery of repressive measures.

Now, here we are discussing the threat to democracy and the rule of law because the Polish Government goes off on a mad one against its political opponents under the guise of exactly the same thing. For four years now, any time any old rumour of foreign interference has wafted out of the paranoid imaginations of the security sector think-tanks that parade in here day after day, we roll out the red carpet. We encourage, fund and amplify conspiracy theories about Russian interference based on the flimsiest of evidence.

From day one, The Left warned that this is a bad road to go down. Learn from history. Counterintelligence paranoia erodes democratic values and the rule of law. For four years we've been ignored, we've been slandered. And now, four groups, the willing little helpers of the foreign interference crusade, are crying foul: 'it is being abused'; 'it's a threat to fundamental rights'; 'it's a threat to the rule of law'. Well remember where you heard it first? We don't like to say we told you so, but we did tell you so. Pot – kettle – black!

**Der Präsident.** – Vielen Dank, Frau Kollegin Daly.

*(unverständlicher Zwischenruf von Clare Daly)*

Frau Kollegin Daly, bitte.

**Clare Daly (The Left).** – Mr President, I am sorry, but the colleague here has just asked me how much money I receive from Putin, which I find highly unacceptable and outrageous, and I would like that remark withdrawn. It's implying bribery and corruption, which clearly I have never been party to. So could you please clarify your remark and withdraw it?

*(Interjection from Marek Belka)*

You asked me how much money I got from Putin. Zero! What do you think? It's an outrageous violation and undermining of a legitimate point. You're as proletarian as your reactionary friends you give out about. You're a disgrace. You're just as bad as them!

**President.** – Ms Daly, I want to make it clear that asking how much money you get is a clear insinuation that there is money which is paid. So colleague, I call you to order and I do not intend to have a discussion about it.

**László Trócsányi (NI).** – Elnök Úr! Az Európai Parlamentben Önök előszeretettel foglalkoznak Magyarországgal és Lengyelországgal. Néhány perccel ezelőtt Magyarország, most pedig Lengyelország. Egy olyan országot kritizálnak, ami évszázadokon keresztül példát mutatott Európának, hogy miként kell védelmeznie szabadságát, függetlenségét. Lengyelország szuverenitása szent és sérthetetlen, a lengyel kormány feladata annak védelmezése. Az Európai Parlament ezt a jogot nem vonhatja el a lengyel néptől és a lengyel kormánytól.

A mai napi lengyel vita arról győz meg bennünket, hogy Önök olyanok, mint a Bourbonok voltak: nem tanulnak a történelemből. Jobb lenne, ha egy erős és bátor, a hazáját szerető kormány meggyanúsítása helyett az Európai Parlament saját problémáival vagy a versenyképességgel foglalkozna. Lengyelország és Magyarország elkötelezett Európa egysége mellett, de olyan európai közösséget szeretnénk látni, amely megvéd, és nem olyat, amely zsandárként viselkedik a tagállamok irányában.

**Paulo Rangel (PPE).** – Mr President, Council, dear Commissioner, what we are seeing in Poland is the final orchestrated attack on democracy and the rule of law in the country. After this, there will be nothing except a judiciary controlled by the government, media controlled by the government and, finally, opposition silenced by the government.

Because what is happening is under the pretext of fighting a dangerous enemy abroad, the ruling majority wants to eliminate the democratic, legitimate and pro-European political opposition at home. First, they granted us that they were democratic. After, they started to confess that they were disciples of illiberal democracy, which is a contradiction in terms. But now, even free elections without the rule of law they want to eliminate. So first they promised they are democratic, then they confessed that they are illiberal democrats, and now we see that they are not even democrats.

This is not about Russia. This is not about Russia. So when we see a law like this, where we kill democracy, the rule of law, respect for human rights, respect for opposition, for free and fair elections, we can see who is under Russian influence. It is PiS, its leaders and its government that are imitating Putin and Russia! They are under Russian influence!

**Włodzimierz Cimoszewicz (S&D).** – Mr President, Senator McCarthy is dancing with joy in hell. After decades of oblivion, his spirit has reborn – this time in my country, in Poland. Witch hunting is back.

The ruling party decided to eliminate its competitors before this year's general election, by a special body which has been placed above the law, authorised to neglect the law and guaranteed impunity.

Using the pretext of eliminating Russian influence on public figures in Poland, leaders of the so-called Law and Justice Party, many of whom had very dubious relations with Russian intelligence in the past, are trying to secure staying in power by disgracing the opposition.

The bill adopted last Friday and immediately signed by the so-called Head of State, breaks several articles of our Constitution.

It neglects the most fundamental principles of law, like *lex retro non agit* or *nullum crimen, nulla poena sine lege*. The political body has been authorised to limit or suspend the political rights of individuals. There is no real possibility to appeal, and so on.

All democratic forces in Europe should react to that. After leaving the community of countries respecting the rule of law, Poland is one step away from becoming another anti-democratic autocracy.

**Moritz Körner (Renew).** – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe in den vergangenen Tagen *Die Moskau-Connection* gelesen, ein sehr lesenswertes Buch über den russischen Einfluss, insbesondere in Deutschland auf die SPD. Und wenn ich hier eben so die Putin-Versteherei der Kollegin Daly höre, da frage ich mich auch manchmal, welcher Einfluss denn da dahintersteht. Ja, das müssen wir aufklären, das müssen wir untersuchen, welchen russischen Einfluss es gab.

Aber diese Kommission in Polen, das ist kein Untersuchungsausschuss. Da geht es nicht um Aufklärung, da geht es um ein Scheingericht. Jahrelang wurde Oppositionschef Tusk von der PiS als Nazi dargestellt, jetzt soll er auf einmal russischer Kollaborateur gewesen sein. Also Sie müssen sich schon in Ihren Anwürfen mal entscheiden. Die Absurdität ist doch tatsächlich offensichtlich. Und es geht ja auch um andere Kandidaten.

Es muss klar sein: Jeder Versuch der polnischen Regierungsparteien, diese Kommission zu benutzen, um Kandidaten ohne rechtsstaatliche Verfahren von den Wahlen auszuschließen, wird die polnischen Wahlergebnisse in Zweifel ziehen. Und diese Gefahr für unsere europäische Demokratie, die können wir nicht zulassen.

**Sergey Lagodinsky (Verts/ALE).** – Mr President, colleagues, I would like to make sure that we are all on the same page regarding what the past one and a half years were all about. It was about defending Ukraine, but it was also about defending the aspirations of citizens, of Europeans, aspirations for freedom, pluralism and democracy.

Polish society has made an enormous contribution to this fight to our defending Ukraine and democracies. I thank all the Polish citizens and all the colleagues here from Poland, from all the parties with whom we have been tirelessly working on this. We have defended and we are defending Ukrainian freedom. Now it's time to defend democracy in Poland.

Yes, we owe it to all the Polish forces, to all the Polish citizens, because this year's election will be a landmark in our European history. That's why the Commission is urged to do everything possible to remain decisive on the line regarding rule of law abuses in Poland, to think about an urgent procedure right now against the commission. We should stop legalisation of electoral fraud, abusing the current security situation. Our continent deserves it. Poland deserves it.

**Dominik Tarczyński (ECR).** – Panie Przewodniczący! Jakież to symboliczne, że przedstawiciele polskiej opozycji skupieni są wokół niemieckiego przedstawiciela niemieckiej partii PPE, która wniosowała o tę debatę. Jakież to symboliczne. Nie macie prawa wymachiwać palcem przed polską twarzą. Nie macie prawa, dopóki nie rozliczycie się z afery korupcyjnej, z najazdu służb niemieckich, belgijskich. Rozliczcie się i nie pouczajcie nas o praworządności.

Jakież to symboliczne, że kiedy Polska wpadła w sowieckie łapy po ataku niemieckim, przyniosła pokój partii komunistycznej. Kiedy Niemcy opływali w luksusy, my walczyliśmy z komunistami, a ten, który przed chwilą występował, członek partii komunistycznej, znany z tego, że sprawował władzę przyniesioną przez komunistów, teraz atakuje demokratyczny rząd wybrany ośmiokrotnie. Jakież to symboliczne!

Nie macie prawa wymachiwać i pouczać nas o praworządności. Rozliczcie się z Qatargate, rozliczcie się z sędziów TSUE, którzy jechali na polowania z lobbystami. Wtedy będziecie mieli prawo mówić o praworządności. Jeżeli się nie rozliczycie, nie macie prawa Polski pouczać.

**Radosław Sikorski (PPE).** – Mr President, Commissioner, ladies and gentlemen, in objecting to this debate, the leader of the group of our ruling party, Professor Legutko, said that there is nothing to protest about, that this proposed committee is standard parliamentary practice. No, Mr Legutko, it is not a parliamentary committee! Don't you read your own laws? It's outside of parliament. It's actually run from the cabinet office in Warsaw and it can include people who are not members of parliament.

Mr Legutko said that the proposed committee meets all democratic standards. No, it doesn't! There are no rights for defendants. The definition of Russian influence has not been given. There is no effective appeal. The chairman is both prosecutor and judge. And yet the committee has the power of a court; it can bar people from holding government office for ten years.

Helpfully, Mr Legutko confirmed that it's going to be a witch hunt. He said that it's needed because he doesn't like some gas contracts, and he says that Polish ambassadors were coached by Minister Lavrov. Mr Chairman, it's true. Minister Lavrov visited Poland in 2009 and made a speech to Polish ambassadors, who grilled him on the situation in Georgia. That's a reason to suspect someone of treason? Have you gone completely bonkers?

Mr Chairman, if you don't find evidence against someone, you may not do what you're proposing to do, at least in Europe. A couple more sentences, please. On Sunday, the people of Poland will march against [...] slide towards democracy.

*(The President cut off the speaker)*

**Łukasz Kohut (S&D).** – Panie Przewodniczący! Zobaczcie, co zrobiliście z Polską. Wy PiS, wasz sojusznik Ziobro i wasz długopis Duda. To, co robicie, to jest czysta sowietyzacja. Zareagował już nawet Departament Stanu USA. Wasz obóz to neosowiecka banda, która marzy o wypisaniu Polski z Unii Europejskiej. O niczym innym nie marzy Putin, o rozpadzie naszej wspólnoty.

Co wolno władzy w Rosji? Wolno im wszystko. Putin inwigiluje, kiedy chce i kogo chce. Putin decyduje, kto startuje w wyborach, a kto nie. Te ruskie standardy wprowadza w Polsce PiS. Komisja weryfikacyjna jest tego najjaskrawszym przykładem. Partyjne gremium, które będzie zastraszało i odbierało prawa obywatelskie.

Jesteście w stanie poświęcić sojusze, byleby wygrać wybory, byleby dopaść Tuska, i to kosztem pieniędzy europejskich dla obywateli. Dzisiaj przekroczyliście wszelkie granice. Wykorzystaliście do swojej propagandy ofiary nazizmu, do walki ze swoimi obywatelami, którzy mają już was dość. I tym bardziej nie damy się zastraszyć.

W najbliższą niedzielę idziemy z tysiącami obywateli Polski na marsz w Warszawie i idziemy wspólnie jako cała demokratyczna opozycja, bo miejsce Polski jest w Unii Europejskiej, a wasze miejsce jest przed Trybunałem Stanu. Polska to nie PiS.

**Katarína Roth Neveďalová (S&D).** – Vážený pán predsedajúci, každá krajina – a samozrejme aj všetky v Európskej únii – má právo na suverenitu nad svojím vlastným územím a prijímať zákony, ktoré si myslí, že sú správne pre jej obyvateľov. A ja veľmi nerada komentujem o jednom z členských štátov Európskej únie, ale myslím si, že prijatie tohto zákona, o ktorom teraz diskutujeme, v Poľsku, je nie úplne správnym krokom smerom k demokracii. Vytvorenie špeciálnej komisie, ktorá môže zabrániť napríklad ľuďom, aby mohli kandidovať demokratických voľbách, je absolútne nesprávne. Ak napríklad sa na to pozrieme len z právneho hľadiska, nemôže jedna komisia rozhodovať tým, že napríklad robí výskúmanie, preskúmanie toho, či niekto je nejaký agent cudzej krajiny a zároveň vydať rozhodnutie. Na to treba, aby sa zameriavali špeciálne súdy, ktoré sú na to určené. Myslím si, že Poľsko by malo zvážiť toto rozhodnutie, pretože nie je to úplne pozitívne. Ale zároveň by som rada dodala, že keď hovoríme o odobratí predsedníckeho miesta Poľsku ako členského štátu Európskej únie, absolútne toto nepodporujem, pretože predsedníctvo je niečo, čo je symbolické, čo je dané veľmi dopredu a nemyslím si, že to je rozhodnutie správnym smerom.

#### Spontane Wortmeldungen

**Patryk Jaki (ECR).** – Panie Przewodniczący! Otóż wcale się nie dziwię, że chcecie zakazać działalności komisji do spraw badania rosyjskich wpływów w Polsce, bo bardzo dobrze wiecie, że tutaj taka komisja przydałaby się jeszcze bardziej. Po ataku na Ukrainę w 2014 roku i aneksji Krymu, kiedy *nota bene* Ursula von der Leyen była jeszcze ministrem obrony Niemiec, dalej robiliście biznesy z Rosją, sprzedawaliście Putinowi broń, budowaliście Nord Stream. Putin korumpował waszych polityków. Na liście płac Kremla są między innymi były kanclerz Niemiec, premierzy Francji, Austrii. Do tego 20 mln euro Rosja wpłaciła na fundację premier niemieckiej Meklemburgii, a teraz na jaw wychodzą kolejne miliardy, którymi Putin dotował wasze ulubione organizacje ekologiczne.

Wiecie, że wasze wsparcie dla Putina to największa afera w Europie. Dlatego tak próbujecie to ukryć i bronić Tuska, aby ludzie nie usłyszeli, dlaczego umarzał długi Gazpromowi, wysyłał członków polskiej komisji wyborczej na szkolenie w Moskwie, chciał im sprzedać kluczowe polskie spółki i robił odprawy dla polskich ambasadorów dla Ławrowa. Do tego rozdzielił wizyty do Smoleńska, a jak to się skończyło, wszyscy bardzo dobrze pamiętamy. Chcielibyście, aby nikt waszych ludzi nie rozliczył z rosyjskiego lizusostwa, a wszyscy zachorowali na zbiorową amnezję.

**Bogdan Rzońca (ECR).** – Panie Przewodniczący! Z całą powagą chciałem podejść do tej dyskusji i dlatego zacytuję apel, który wczoraj wydał Departament Stanu USA. A mianowicie apel o wyjaśnienie, czy te przepisy nie uniemożliwią wyborcom głosowania na wybranych przez nich kandydatów. To jest bardzo dobry apel, dlatego że to jest poważna instytucja. Mówimy o Departamencie Stanu USA. Jest też bardzo poważna odpowiedź Państwowej Komisji Wyborczej – organu, który w Polsce decyduje o tym, kto może startować w wyborach, kto nie może startować, kto ma prawa publiczne, kto nie ma praw publicznych. I Państwowa Komisja Wyborcza dzisiaj, 30 maja, wydała oświadczenie w pełnym składzie. Ono jest dostępne powszechnie. Otóż ogłosiła, że komisja weryfikacyjna nie może zabronić nikomu startu w wyborach do Sejmu i do Senatu.

Proszę Państwa, szanujmy to miejsce, Parlament Europejski. Nie kłammy. Nie mówmy nieprawdy, bo obniżamy rangę Parlamentu Europejskiego.

**Beata Mazurek (ECR).** – Panie Przewodniczący! Panie komisarzu! Ta ustawa to nie jest *lex Tusk*, to *lex anty Putin*. Powołanie komisji wpisuje się w działania, którymi chcemy oczyścić życie publiczne z wpływów rosyjskiej agenty. Spełnia wszystkie demokratyczne kryteria. Będzie działała na podstawie przepisów prawa, tak jak każdy organ administracji publicznej, niezależnie od upływu kadencji.

Przypomnę, o czym Pan może nie wie, Panie Komisarzu, że w październiku 2022 roku człowiek, którego Pan zna, Donald Tusk, mówił, żeby powstała komisja, która zbada wszelkie wpływy agenty rosyjskiej na bezpieczeństwo energetyczne w Polsce. Co się stało, że dziś on i jego środowisko zmieniło zdanie? Nie wiem, czy Pan o tym wie, czy Pan dał się świadomie czy nieświadomie wkręcić w tę dzisiejszą debatę? Ale ja zadaję pytanie, co się stało, że w ciągu kilku miesięcy Donald Tusk i jego środowisko zmieniło zdanie? Odwrócił się Pan, to znaczy, że nie miał Pan o tym bladego pojęcia.

Jeszcze jedno chcę Panu powiedzieć. Być może też Pan o tym nie wie, że sondaże dają zwycięstwo Prawu i Sprawiedliwości. Więc nie jest prawdą to, co mówił poseł Halicki tutaj, że my te wybory przegramy. Wygramy. Bez waszej pomocy, ale wygramy.

*(Ende der spontanen Wortmeldungen)*

**Didier Reynders**, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members, apart from certain positive developments on some aspects, the situation of the rule of law in Poland continues to raise serious concerns – it was repeated yesterday in the General Affairs Council in the discussions about the Article 7 procedure, as regards especially the creation of a new special committee, an administrative body, in fact. I want to thank you for the debate today.

We expressed our concerns yesterday in a clear statement and again in the General Affairs Council. I want just to quote the statement of yesterday: the Commission is very concerned about the reports on the new law establishing a special committee. They are concerned that this new law may be used to affect the possibility of persons to be elected to public office without a fair trial and court.

We have started a dialogue with the Polish authorities, including the President of the Senate. The Senate has adopted a resolution against the creation of this committee. Now the Commission is carefully and swiftly analysing the new law and will not hesitate to take action as appropriate. More broadly, compliance with the primacy of EU law and the rulings of the Court of Justice interpreting the treaties are cornerstones of commitment to the rule of law. As I have said in the past, the Commission will continue to engage in a dialogue with the Polish authorities in order to resolve the existing concerns. But, we are also ready to take decisive action when it's needed.

**Peter Kullgren**, *rådets tjänstgörande ordförande*. – Herr talman! Kommissionärer, ärade ledamöter. Jag ska bara ge några korta avslutningsord. Tack så mycket för den här debatten, för era kommentarer och synpunkter som vi tar med oss.

Som jag nämnde inledningsvis, och som vi hörde från kommissionären, förlitar vi oss på att kommissionen noga analyserar den nya polska lagstiftningen.

Mot bakgrund av de stora utmaningar unionen står inför vill jag åter betona vikten av att vi gemensamt ansvarar för att upprätthålla unionens gemensamma värden och kommissionens roll som fördragets väktare.

**Der Präsident**. – Die Aussprache ist damit geschlossen.

*Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)*

**Gunnar Beck (ID)**, *schriftlich*. – Wenn Sie der Meinung sind, dass ein Atomkrieg mit Russland keine gute Idee ist, werden Sie möglicherweise als russischer Agent gebrandmarkt und von öffentlichen Ämtern und dem Recht, in Polen zu kandidieren, ausgeschlossen. Wie unterscheidet sich das von der russischen Praxis, jeden Kriegsgegner als ausländischen Agenten zu brandmarken? Das ist nicht der Fall. Es ist gut, dass sich die Europäische Kommission mit diesem Problem befasst. Der Aufruhr in diesem Haus überrascht mich jedoch. Seit anderthalb Jahren verabschiedet dieses Parlament eine Entschließung nach der anderen und fordert immer mehr Sanktionen gegen Russland, russische Bürger und Maßnahmen gegen den russischen Einfluss in Europa. Da nun ein Mitgliedstaat solche Maßnahmen ergreift, herrscht Empörung. Liebe Mitglieder des Europäischen Parlaments, Sie müssen sich endlich zwischen Ihrem Hass auf die Polen oder Ihrem Hass auf die Russen entscheiden.

**Joachim Stanisław Brudziński (ECR)**, *na piśmie*. – Jakże często, wręcz na zawołanie przeprowadza się tu, w tej instytucji, w tym parlamencie debatę na temat fałszywie postawionych tez, stawia się kłamliwe zarzuty, stawia się pod pręgierzem działania polskiego rządu i parlamentu. Tylko dlatego, że ktoś poczuł się zagrożony, że boi się o swoje dawne czy obecne interesy i powiązania z Rosją, z reżimem Putina. Kilka dni temu prezydent Macron przyznał, że przez ostatnie lata „straciliśmy okazję do wysłuchania was”. Mówił o Polsce. A Polska wielokrotnie ostrzegała przed rosyjskimi wpływami, przed interesami, które uzależnią całą wspólnotę od niezwykle niebezpiecznego kraju, który od lat prowadzi wojnę zarówno ekonomiczną, jak i hybrydową. W 2014 roku Rosja napadła na Krym, jeszcze poprzebierana za zielone ludziki, ale w 2022 roku napadła na Ukrainę już w swych narodowych barwach na mundurach, i natychmiast wiele masek opadło. Rozwiązał się mit Rosji, która szanuje sąsiadów, demokrację, z którą można i należy robić interesy. Polska ostrzegała i alarmowała. Teraz przyszedł czas, by powiedzieć – sprawdzam. Zgodnie z prawem i procedurami. Ale jak widać, natychmiast podnosi się krzyk, bo śmiemy pytać o rosyjskie wpływy. Stąd takie przerażenie wśród tyłu osób. I tyle obaw – lecz nie o demokrację, a o własne ciemne interesy z Rosją.

## 16. Sozial- und Wirtschaftskosten des Klimawandels angesichts der Überschwemmungen in den Regionen Emilia-Romagna, Marken und Toskana und dringender Bedarf an Solidarität in der EU (Aussprache)

**Der Präsident.** – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Erklärung der Kommission zu den Sozial- und Wirtschaftskosten des Klimawandels angesichts der Überschwemmungen in den Regionen Emilia-Romagna, Marken und Toskana und dem dringenden Bedarf an Solidarität in der EU (2023/2724(RSP)).

**Janez Lenarčič**, *Member of the Commission.* – Mr President, honourable members, when disaster hit the region of Emilia-Romagna, in northern Italy, earlier this month, the country turned to Europe for help, and I am proud to tell you that the EU responded immediately after receiving the Italian requests for assistance. Less than 24 hours after Italy activated the EU Civil Protection Mechanism on 20 May, 9 Member States had offered their assistance, showing European solidarity at its best. The first emergency responders from Slovakia and Slovenia were on the ground in less than 48 hours. The French and Belgian teams joined soon after, working alongside national emergency responders, fighting the floods, river overflow and landslides that struck the region.

Four teams of nearly 130 specialised operators of heavy pumping equipment are based in the region. So far, they have evacuated enough water to submerge the Brussels Central Region by a metre over 12 times. All this is coordinated by the Emergency Response Coordination Centre and a dedicated DG ECHO liaison officer on the ground, and is aided by analysis and satellite maps from Copernicus.

It is no surprise that this response was fast and efficient: the Emergency Response Coordination Centre had been closely following the situation in Italy for some time as part of our preparedness work. Already on 2 May, Copernicus rapid mapping was activated upon request from the Italian National Civil Protection Department, so we were ready to help the minute we were asked.

Tragically, this disaster has already taken 14 lives and displaced more than 20 000 people. Communities were destroyed, businesses and farms have been gutted, infrastructure has been damaged, and the economic losses have been huge, impacting some of the crucial industrial and agricultural areas.

At this stage, Italy explained that they do not need further civil protection support, but it is important to understand that while the immediate emergency is over, Italy will most likely need longer-term support to recover from these unprecedented floods and to build resilience against potential future disasters. Europe is there to help. This is not simply rhetoric: we are ready with multiple funds to help support the reconstruction Italy needs. In 2012, sadly, the Emilia-Romagna region suffered devastating earthquakes. In response, the EU Solidarity Fund was activated to help the country. Today, the fund again stands ready to be activated, following an application by Italy and acting within its budgetary availabilities. The Commission stands ready to support the Italian authorities with the preparation of the application.

And we can mobilise the European Agricultural Crisis Reserve to support farmers who have lost crops and machinery. Emilia-Romagna has programmed the funds from the 2021-2027 European Regional Development Fund programme for tackling hydrogeological and flooding risks in the region, addressing the challenges it currently faces. The Commission is in contact with the region to check if further reprogramming is needed to tackle the emergency.

We are also there strengthening Italy's wider resilience to flooding. We will continue to support the implementation of Italy's recovery and resilience plans, investing EUR 6 billion to implement reforms and investments to reduce hydrogeological risks. This figure could rise to EUR 8.5 billion. Indeed, on 25 May, Italy requested the activation of the Copernicus mapping services for flood and landslide analysis, and this will help to build a stronger recovery.

In addition, the cohesion policy funds for 2021-2027 have earmarked EUR 1.3 billion to combat hydrogeological risks in Italy. So it is clear: Europe is standing by Italy, both with rapid response and in the long term supporting the country's recovery and resilience.

But we must also look at the bigger picture. This crisis is only one of the many growing instances of extreme weather events occurring with increased frequency and intensity around the world due to the climate crisis. Last year, Europe witnessed one of the worst wildfire seasons in recent history, hitting countries across the continent, including Italy. And two years ago, parts of Belgium and Germany were devastated by catastrophic flooding. Like the disaster we are discussing today, these emergencies are being exacerbated on all levels by the climate crisis. More and more often, they are overwhelming national capacities to respond.

We must therefore continue to strengthen the EU Civil Protection Mechanism in the face of this increasingly dangerous reality, building collective resilience and improving prevention, strengthening preparedness and growing our response capacity at national and European level. This is why last February, we established the five disaster resilience goals: to enable countries to anticipate and withstand future emergencies. We must mobilise everything we have and accelerate the green transition so as to achieve a safer, stronger Europe for our citizens.

President von der Leyen was at the disaster-struck region six days ago, meeting the Prime Minister, the regional authorities and also the EU civil protection teams and witnessing first-hand the devastation of the flooding. The President told Prime Minister Meloni and the people in Emilia-Romagna affected by this disaster, I quote, *'Tin bota, l'Europa è con voi.'* And I want to echo these words: Europe is with you. The Italian Government and the Italian people have our full support and we will do everything in our power to help you.

**Herbert Dorfmann**, a nome del gruppo PPE. – Signor Presidente, colleghe e colleghi, abbiamo assistito e purtroppo stiamo assistendo in Emilia-Romagna a una catastrofe che ha distrutto vite, famiglie, benessere, case e terreni agricoli e ha tolto la base di vita a migliaia di persone.

Voglio esprimere prima di tutto tutta la mia solidarietà alla popolazione colpita, e anche noi dovremmo fare qui, a Bruxelles, quello che possiamo fare per attivare tutti i sistemi di solidarietà europea.

Quando, e spero presto, le conseguenze più gravi di questo disastro saranno rimosse, la popolazione avrà però anche il diritto di conoscere le cause di quello che è successo, ed è troppo facile individuare, come spesso succede, come unico responsabile il cambiamento climatico, come tra l'altro suggerisce un po' anche il titolo di questo nostro dibattito di oggi.

Non c'è dubbio che il cambiamento climatico accentui gli estremi meteorologici; a una lunga siccità in tutta l'Italia settentrionale è seguita questa catastrofe, causata da precipitazioni abbondanti e torrenziali, ma è più che evidente che ancora una volta importantissime strutture di protezione civile o non c'erano o non hanno funzionato. Non hanno funzionato i bacini di espansione, non c'erano le opere di sistemazione idraulica, che avrebbero dovuto essere costruite tempo fa, la superficie sigillata è aumentata di anno in anno, tanti agricoltori in montagna e in collina hanno abbandonato le attività, accelerando il dissesto idrogeologico, creando erosione e frane.

Il cambiamento climatico è un dato di fatto; anche se noi raggiungiamo tutti gli obiettivi che ci siamo posti in quest'Aula, sarebbe assurdo pensare che nei prossimi decenni potremo risolvere i cambiamenti ormai causati. Nel migliore dei casi possiamo frenare i cambiamenti in atto.

Dobbiamo quindi anche prepararci a eventi come quello purtroppo successo in Emilia-Romagna. La protezione civile avrà un compito sempre più importante a livello europeo, nazionale e soprattutto anche a livello locale.

**Elisabetta Gualmini**, a nome del gruppo S&D. – Signor Presidente, l'Emilia-Romagna è stata, appunto, travolta da inondazioni che non hanno avuto precedenti. Un evento rarissimo, è stato detto più volte, una quantità di acqua in tre giorni pari a sei mesi, un ciclone con la forza di un uragano, fiumi che si sono alzati fino a 10/12 metri travolgendo strade, auto, case, purtroppo anche le persone. Quindici vittime, alle loro famiglie il mio abbraccio.

Il paesaggio ora nella mia Romagna è marrone, è un impasto di melma puzzolente, che fa confondere qualsiasi linea di separazione tra le case, che ha sommerso cantine, giardini, scalinate, camere, armadi e che ha costretto le persone a scappare. Abbiamo visto sommozzatori pescare le persone come fossero dei pesci un po' pesanti, abbiamo visto uomini, donne e bambini sui tetti, tirati su, risucchiati dalle corde degli elicotteri, e automobili e frigoriferi che tuttora nuotano per le strade.

Molti si sono dati da fare. Non è vero che in Emilia-Romagna le opere di messa in sicurezza non sono state fatte, né è vero che è una regione che ha cementificato troppo, anzi, abbiamo fatto la legge regionale sul consumo a saldo zero, grazie a tutte le istituzioni che si sono date da fare e grazie anche al Civil Protection Mechanism europeo.

Ma il racconto non basta, non basta neanche cantare «Romagna mia», e non dobbiamo nemmeno cedere agli insopportabili opposti estremismi, quindi o l'ambientalismo ottuso per cui non bisogna fare niente, nessuna piccola opera di contenimento, o il negazionismo, altrettanto assurdo, per cui i cambiamenti della natura sono una variabile indipendente dall'intervento dell'uomo: va trovata una sana via di mezzo.

Questo è fare politica, non è il male assoluto urbanizzare se fai scuole, case e asili nido, magari anche accoglienti. La transizione ecologica non può avvenire al costo di distruggere interi settori industriali. Per trovare questa via di mezzo abbiamo bisogno dell'Europa, di un fondo di solidarietà maledetto, diretto e subito per le persone che hanno perso tutto. Abbiamo bisogno di un'Europa semplice, non con una burocrazia ossessiva e pervasiva, e abbiamo bisogno di un'Europa che tratti le persone come cittadini e non come sudditi.

Per questo noi da qui lavoreremo e naturalmente «terremo botta».

### VORSITZ: NICOLA BEER

*Vizepräsidentin*

**Nicola Danti**, a nome del gruppo *Renew*. – Signora Presidente, signor Commissario, onorevoli colleghi, la furia delle acque, le frane, la distruzione dei campi, le fabbriche allagate: sono alcune delle immagini di una catastrofe senza eguali. E mentre si piangono i morti e si spala il fango dalle case, ammiriamo la determinazione dei sindaci, dei volontari, di cittadine e cittadini e Comuni che affrontano le difficoltà a testa alta e con coraggio.

Diciamo grazie all'Europa per la pronta risposta delle sue istituzioni, a partire dalla presenza della Presidente von der Leyen e la rapida attivazione del Fondo di solidarietà. Ma adesso a noi è dato un duplice compito: da una parte, continuare ad affrontare la sfida del cambiamento climatico, dall'altra, mettere in atto tutte le misure che servono a prevenire o almeno a limitare l'impatto di fenomeni meteorologici estremi.

Sapendo che alluvioni, incendi e tempeste sono ormai una costante all'interno del nostro continente, per questo servono piani di manutenzione e di gestione del territorio, investimenti per contrastare i rischi del dissesto idrogeologico e rafforzare la prevenzione e serve un più efficace sistema europeo di protezione civile, che consenta agli Stati membri di condividere gli strumenti necessari e interventi di soccorso e ripristino delle condizioni di vita.

Signora Presidente, voglio rendere omaggio, in conclusione, alle comunità colpite. Persone che sono state capaci di rendere la loro terra tra le più innovative d'Europa nei settori dell'agricoltura, dell'industria e del turismo e che oggi da noi non si aspettano un'elemosina, ma una mano tesa per rialzarsi con le proprie gambe.

**Rosa D'Amato**, a nome del gruppo *Verts/ALE*. – Signora Presidente, stiamo piangendo le vittime dell'alluvione che ha colpito il mio paese.

I negazionisti del cambiamento climatico hanno perso un'occasione non dico per tacere, ma almeno per imparare dal recente disastro. In quest'Aula ci sono colleghi scettici sulla connessione tra alluvioni e crisi climatica. In Italia un ministro non solo esprime dubbi, ma sostiene che già in passato il nostro paese è stato vittima di alluvioni.

Siamo ancora all'ABC della scienza, cari colleghi, ma quando capiranno questi soloni che il cambiamento climatico non vuol dire che dal nulla sul pianeta sono comparsi degli eventi estremi, significa semmai che questi eventi sono sempre più frequenti, e con conseguenze sempre più drammatiche.

In Italia a un periodo di siccità estrema e inusuale ha fatto seguito un periodo di precipitazioni, anche queste estreme e inusuali. Certo, a spiegare la tragedia c'è anche un territorio forse non preparato, vuoi per la cementificazione, vuoi per la carenza di prevenzione.

L'Italia richieda al più presto il Fondo europeo di solidarietà – nel 2020 ero relatrice per i Verdi europei – lo abbiamo modificato affinché la parola chiave fosse «prevenzione». I nostri territori alluvionati vanno ricostruiti, sì, ma resi resilienti alle catastrofi.

L'Emilia-Romagna sia modello nel contrasto al riscaldamento globale. Si lavori per una rete di transizione del settore industriale e agroalimentare, tra i più sviluppati in Europa sì, ma anche tra i più inquinanti.

Infine, denuncio l'irresponsabilità della destra tutta, che si è ritirata dai negoziati sulla legge per il ripristino della natura. Una legge fondamentale per rendere i territori strumento di prevenzione contro le catastrofi naturali. Per la destra c'è sempre una ragione per dire «no» alla transizione ecologica. Il problema è che poi c'è chi piange la morte dei propri cari e chi addirittura deve piangere la chiusura della propria azienda. Proprio questo a causa di questi «no».

**Sergio Berlato**, a nome del gruppo ECR. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, esprimo la mia gratitudine alla Presidente del Parlamento europeo per aver citato le conseguenze delle devastanti calamità naturali che hanno colpito nelle scorse settimane alcune regioni d'Italia e in particolar modo l'Emilia-Romagna.

Ho sentito affermare che le cause a cui sono imputabili le terribili devastazioni verificatesi in queste regioni sarebbero legate unicamente ai cambiamenti climatici, mentre in realtà da un sopralluogo che ho effettuato personalmente nei giorni scorsi in quelle aree devastate ho potuto constatare che le cause di quanto accaduto sono imputabili anche all'incuria e anche alla mancata manutenzione del territorio.

Da troppo tempo i fiumi e gli altri corsi d'acqua sono privi di manutenzione e il loro alveo non è stato pulito dai detriti e dalle piante che vi crescono, diminuendone drasticamente la portata. L'ideologia e l'integralismo animal-ambientalista hanno impedito che venisse pulito l'alveo dei corsi d'acqua, forse perché si era più preoccupati di salvare le vite di qualche nutria, di qualche istrice o di qualche salamandra, anziché preoccuparsi di garantire la sicurezza idrogeologica e l'incolumità delle persone.

Da troppo tempo si favorisce lo spopolamento delle aree montane e collinari da parte degli imprenditori agricoli, degli allevatori, dei pastori e di tutti coloro che con le loro attività hanno sempre garantito la manutenzione del territorio, obbligandoli ad andarsene a causa delle continue predazioni del loro bestiame da parte di grandi carnivori come lupi e orsi o a causa della distruzione delle loro colture agricole ad opera di altre specie di fauna selvatica, come ad esempio i cinghiali.

Ci auguriamo che le risorse che verranno stanziare a favore di queste regioni colpite da queste calamità possano essere utilizzate non solo per rincorrere le continue emergenze, ma soprattutto per investire in opere di prevenzione e interventi di manutenzione del territorio.

**Alessandra Basso**, a nome del gruppo ID. – Signora Presidente, ringrazio innanzitutto la Presidente Metsola per le sue parole e la sua vicinanza alle regioni colpite. Ho apprezzato anche che l'intervento sia stato fatto in lingua italiana. Grazie anche a tutti i colleghi per la solidarietà dimostrata.

L'Italia, purtroppo, per la sua conformazione è sicuramente un territorio a rischio idrogeologico, però quello che è successo non è un fatto nuovo. Sono anni che questi disastri accadono e spesso negli stessi punti.

Martedì 16 maggio ero a Bologna e ho visto con i miei occhi la potenza dell'acqua che allagava le strade, che entrava nelle case, ma non era solo acqua, erano fango, detriti, rami. Questo per dire che sì, va bene il cambiamento climatico, ma siamo sicuri che la causa sia questa o solo questa? Ad ogni evento estremo per pioggia si rompe un argine, e questa volta, purtroppo, più di uno, e non è un problema di cambiamento climatico. E non sono io a dirlo, ma esperti geologi. Non vorrei che si utilizzassero queste tragiche occasioni per imporre nuove eurofolle *green*.

Cosa serve allora? Non servono solo interventi strutturali, serve anche potenziare gli uffici preposti alla gestione dei fiumi e degli argini, serve manutenzione, ed è evidente che non è stato fatto quello che si doveva fare, si doveva fare perché non è stata la prima volta.

Ringrazio anche la Presidente von der Leyen e tutti gli esponenti del governo che si sono recati a fare visita per verificare la situazione. E la situazione è purtroppo tragica: case distrutte, ponti crollati, coltivazioni devastate e, purtroppo, morti. Per fortuna il governo e la macchina dell'emergenza sono intervenuti tempestivamente e attendiamo gli aiuti dell'Europa.

Da ultimo, il mio più grande ringraziamento va a tutti i comuni cittadini che hanno donato materiali e cibo e aiutato come potevano spalando fango. In queste occasioni si vede il grande cuore degli emiliano-romagnoli.

**Petros Kokkalis**, *on behalf of The Left Group*. – Madam President, dear colleagues, *cari amici*, as summer returns to the Northern Hemisphere we to start again to talk about extreme weather events, these extreme weather disasters, as we do every year – floods in Germany, floods in Italy, droughts in Spain, droughts in Italy, fires from Greece to Siberia to Canada and China. Today it is Emilia Romagna. Tomorrow it's going to be your community.

The World Meteorological Organisation tells us already that, due to El Nino, we are heading towards the fourth warmest years since the glaciers retreated and humans moved out of caves. We know that as we cross 1.5 degrees, weather events will be more and more extreme. Even as we intensify our efforts for mitigation, we must enhance adaptation and build social, economic and physical resilience. Neither our material or non-material infrastructure is built for this, including rescue and the European Solidarity Fund.

Dear Commissioner, it is time to design a European loss and damage facility. Like the global one, agreed in Cop25, it will require a radical restructuring of our fiscal rules. It is time we moved from a Stability Pact to a Resilience Pact. It is time we make sure people are safe in Europe. This is our job.

**Francesca Peppucci (PPE)**. – Signora Presidente, quello che è successo in questo mese di maggio in Emilia-Romagna, Marche e Toscana è una vera e propria tragedia.

I danni economici, appunto, sono drammatici, danni che riguardano l'allagamento di decine di migliaia di case, danni che vanno dai 7 ai 10 miliardi. E il danno sociale però non è quantificabile. Persone che hanno perso tutto, i sacrifici di una vita, e che hanno dovuto abbandonare tutto quello che avevano. Ma soprattutto morti. Quindici persone hanno perso la propria vita.

Il dibattito oggi si basa su cosa non ha funzionato e su cosa si sarebbe dovuto fare. Bene che la Commissione europea abbia attivato tutti gli strumenti necessari per fronteggiare questa situazione, ma cerchiamo di spostare l'attenzione su quello che da oggi dobbiamo iniziare a fare per evitare che certe disgrazie diventino la regola e l'eccezione siano i momenti di non emergenza. Lavoriamo affinché gli Stati membri, le regioni e i sindaci siano pronti a fronteggiare eventuali emergenze. E parlo da cittadina della regione Umbria, vicino alle regioni Emilia-Romagna, Marche e Toscana, la mia è una regione che conosce bene l'emergenza a causa non solo di alluvioni, ma anche di terremoti.

E allora lavoriamo per prevenirli, lavoriamo per essere pronti, perché non solo i cambiamenti climatici sono responsabili di questa situazione, sono urgenti investimenti e risorse idonee per permettere ai territori di fare investimenti di riassetto idrogeologico, investimenti in infrastrutture, in consolidamenti, studi adeguati del consumo del suolo, investimenti per la manutenzione degli argini. Sappiamo che la messa in sicurezza assoluta non è possibile, meglio parlare di mitigazione del rischio geologico.

E, concludo, dobbiamo fare di tutto per abbassare il livello di rischio, altrimenti ci troveremo domani a parlare nuovamente di quanto avremmo potuto fare e di quanto non abbiamo fatto.

**Brando Benifei (S&D)**. – Signora Presidente, molte persone hanno perso la vita, oltre 30 000 hanno dovuto lasciare le loro case, la pioggia che cade in sette mesi è caduta in un paio di settimane, causando lo straripamento di fiumi, centinaia di frane, l'inondazione di 43 comuni e, pensate, oltre 100 000 tonnellate di rifiuti da smaltire. Queste sono le drammatiche cifre delle alluvioni che hanno colpito l'Emilia-Romagna due settimane fa, ma senza dimenticare anche i gravissimi danni che hanno colpito le Marche e la Toscana.

Oggi in quest'Aula abbiamo osservato un minuto di silenzio. Voglio ringraziare la Presidente del Parlamento europeo per le sue commosse parole di vicinanza al popolo emiliano colpito da questa tragedia.

Come ha potuto constatare di persona la Presidente della Commissione europea, i costi sociali ed economici di questo disastro sono enormi. Serve dunque l'aiuto immediato e concreto dell'Europa. È stata importante l'attivazione del meccanismo di protezione civile dell'Unione, ma adesso occorre il fondo di emergenza per l'agricoltura, i fondi di coesione, soprattutto il Fondo di solidarietà. Per questa importantissima misura servono un po' di mesi, ma è fondamentale che venga attivata. Noi ci stiamo lavorando. Abbiamo chiesto da subito questo impegno perché si tratta di dare un sollievo immediato a chi ha perso tutto.

Come ha affermato il Presidente Mattarella, «tutta l'Italia vi è vicina, non sarete soli nella ricostruzione». Aggiungo io che tutta l'Europa è e deve essere vicina a queste persone. «Tin bota», come ha detto la Presidente, e mettiamocela tutta per dare il senso e il messaggio di un'Europa solidale.

**Sandro Gozi (Renew).** – Signora Presidente, nel 2021 Belgio e Germania, nel 2023 l'Italia. Stesse scene e stesso dolore. La lezione è chiara: davanti al cambiamento climatico siamo tutti uguali.

Sono stati per me giorni di grande preoccupazione e di grande orgoglio. Preoccupazione perché è stata duramente colpita la Romagna, e in particolare i luoghi in cui sono nato, Sogliano al Rubicone, e in cui sono cresciuto. Ci sono persone che ci hanno lasciato. Amici che hanno dovuto abbandonare le proprie case. Luoghi sfigurati dalla violenza delle alluvioni. Però anche orgoglio, perché tutta l'Europa ha visto la forza e il coraggio della gente di Romagna, che con i piedi ancora nel fango è già proiettata sulla ripartenza. Orgogliosi di come a Cesena è stata accolta la Presidente della Commissione Ursula von der Leyen, che ha portato la solidarietà concreta dell'Europa.

Alcuni in Italia hanno commentato: «Questa è l'Europa che vogliamo». Io la penso diversamente: questa è l'Europa che già c'è, delle soluzioni concrete, del sostegno ai cittadini che soffrono, l'Europa che è pronta. Noi siamo pronti ad attivare rapidamente i fondi di solidarietà che l'Italia chiederà. Dovremo anche attivare il fondo per l'agricoltura e l'Italia potrà usare i fondi di coesione e parte del piano di rilancio europeo per la ricostruzione e la prevenzione.

È stato ricordato, in Romagna si dice «tin bota», vuol dire «tieni duro», «sii coraggioso». Anche noi, come i romagnoli, cari colleghi, dovremo essere rapidi e coraggiosi e fare tutto il necessario per una ricostruzione più efficiente, sostenibile e resiliente.

**Niklas Nienass (Verts/ALE).** – Frau Präsidentin! Zunächst einmal möchte ich den Familien und den Angehörigen, die Menschen und Angehörige verloren haben, die ihre Lebensgrundlage verloren haben, mein herzliches Beileid aussprechen. Diese Katastrophe führt uns leider wieder einmal traurig vor Augen, dass wir mitten in der Klimakatastrophe sind. Und ich glaube, wir müssen daraus endlich lernen. Wir müssen daraus Schlüsse ziehen, die mehr als einfach nur ein Leugnen sind, dass die Klimakatastrophe ja nicht schuld wäre oder dass sie nicht existiere oder dergleichen. Was also können wir lernen?

Erstens an die Kommission: Kein Cent aus Europa darf in die Klimakatastrophe hineingesteckt werden – kein Cent mehr darf in mehr CO<sub>2</sub>-Ausstöße reingehen, in mehr Gefährdung der Umwelt.

Zweitens: Die Kommission muss eine Karte vorlegen, aus der ganz klar hervorgeht, welche Regionen besonders stark von Katastrophen gefährdet sind, damit wir dort anfangen können, wirklich etwas Resilientes aufzubauen und einen Umbau zu gestalten, damit die nächste Katastrophe nicht so schlimm wird und nicht so viele Menschenleben kostet.

Drittens: Wir müssen uns um den Umbau des Solidaritätsfonds kümmern. Der Solidaritätsfonds ist eine gute Idee, aber er funktioniert nicht in dem Maße, in dem wir ihn brauchen. Er ist zu klein, zu umständlich, zu bürokratisch und einfach nicht geeignet, den Bedrohungen der Zukunft, der Klimakrise entgegenzuwirken.

Leugnen, Herr Dorfmann, nützt hier gar nichts. Wir müssen uns der Herausforderung stellen, auch im Ansehen der Opfer dieser Katastrophen, um ihnen gerecht zu werden und weitere zu verhindern.

*(Der Redner ist damit einverstanden, auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ zu antworten.)*

**Bogdan Rzońca (ECR)**, *pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki*. – Mam takie pytanie, ponieważ zgadzam się z Panem, że ten fundusz solidarności jest po prostu za mały, a biurokracja działa zbyt wolno w sytuacjach katastrof. Unia Europejska traci wtedy dobrą opinię. Co w takich sytuacjach katastrofalnych, dramatycznych? Teraz mamy przegląd wieloletnich ram finansowych. Czy nie uważa Pan, że przy okazji dyskusji o tych różnych przesunięciach powinniśmy po prostu zwiększyć ten fundusz i uprościć procedurę w oczywistych sytuacjach sięgania po te pieniądze?

**Niklas Nienass (Verts/ALE)**, *blue-card answer*. – Well, I believe that the streamlining of the procedure would be helpful, but I don't think that a simple increase of the funds is enough, because honestly, we don't know when a catastrophe will come. We don't know if it is at the beginning or at the end of the MFF. We don't know in which size it will come for the future. I think what we need is an insurance scheme in which all Member States make sure that they pay in when catastrophes come, so that it is available all the time for all the region when it is needed. But bureaucracy will still be need to be reduced, and not just in the line of finances, but also in the rebuilding, meaning that we need to ensure that the regions at hand have it easier to access funding, have it easier to spend the money, and to get into building up and building up resistance instead of building up the same scheme over and over. Thank you for your question.

**Camilla Laureti (S&D)**. – Signora Presidente, abbiamo tutti ancora davanti agli occhi le immagini drammatiche dell'alluvione che ha devastato l'Emilia-Romagna e in parte le Marche e la Toscana. Immagini che non possono e non devono sfumare, ma la memoria di quello che è accaduto deve trasformarsi in pratica di sostegno verso le famiglie e le imprese e verso queste comunità ferite ma resilienti. Interi settori, a partire da quello dell'agricoltura, hanno bisogno del nostro aiuto, ora.

Quel «tin bota» risuona dalla Romagna fino a quest'Aula e a noi spetta il compito di lavorare affinché attraverso strumenti finanziari dell'Unione, come il Fondo di solidarietà, sia dato pieno sostegno a un'area così importante anche dal punto di vista produttivo. Superata l'emergenza, deve iniziare la ricostruzione. Qui si gioca la partita della nuova Europa, quella del NextGeneration e della solidarietà comune, ma anche quella del Green Deal e della sostenibilità ambientale, economica e sociale.

Non abbiamo a disposizione un secondo tempo, come purtroppo ci ricorda questa tragedia.

**Paolo De Castro (S&D)**. – Signora Presidente, signor Commissario, onorevoli colleghi, le alluvioni delle scorse settimane, che hanno causato quindici vittime e sommerso, solo in Emilia-Romagna, decine di migliaia di ettari, mettendo in ginocchio il 50 per cento delle aziende agricole della regione, sono solo l'ultima delle sempre più frequenti catastrofi climatiche che affliggono le nostre aree rurali e tutti i nostri cittadini.

In questa situazione l'Unione europea non può rimanere in attesa. Oltre all'attivazione immediata del Fondo di solidarietà europeo, occorre mettere in campo, caro Commissario, tutte le azioni che contribuiscono al ripristino del potenziale produttivo agricolo e zootecnico danneggiato, accompagnate da opportune risorse. In questo senso, va garantita quella flessibilità alla regione Emilia-Romagna, che deve modificare il proprio piano di sviluppo rurale, con misure straordinarie da finanziare tramite l'utilizzo della riserva di crisi della PAC, come Lei ha detto.

Servono dunque decisioni urgenti e ambiziose per dare risposte concrete agli oltre 40 000 operatori impegnati nella filiera agroalimentare emiliano-romagnola, pronti a rialzarsi ancora una volta, nonostante le enormi difficoltà che stanno affrontando.

#### *Spontane Wortmeldungen*

**Mick Wallace (The Left)**. – Madam President, how many debates this week has Parliament played a destructive role in? Both the Nature Restoration Law and the Corporate Sustainability Due Diligence Regulation are being attacked by the big groups in here so as to ensure that biodiversity is destroyed and fossil fuel companies continue to get a free hand to cause global warming.

Yes, we say we're concerned about the people and the farmers of Italia, because they're suffering from global warming and biodiversity loss. Last year, over 70% of the rice crop in Italy was destroyed because there wasn't enough rain. This year the crops will be destroyed because there's too much of it and the soil is not able to actually deal with the water because it has deteriorated so far from artificial chemical fertilizers and pesticides.

And yet the EPP walked out of the Nature Restoration Law negotiations today. They walked out! You say you care about the people and the farmers of Italia. Well, if you do, you can start by voting for the Nature Restoration Law.

**Jutta Paulus (Verts/ALE).** – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, lieber Herr Kommissar! Auch mein Mitgefühl gilt an allererster Stelle den Menschen in der Emilia-Romagna, die ihr Leben verloren haben, ihre Angehörigen verloren haben, ihr Hab und Gut verloren haben. Und ich weiß, wovon ich spreche, denn vor zwei Jahren hatten wir eine ähnliche Katastrophe in meiner Heimat in Rheinland-Pfalz im Ahrtal, wo auch über 100 Todesopfer zu beklagen waren.

Und, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, das wird nicht aufhören, das wird nicht weggehen. Wir werden eine Zunahme dieser Ereignisse sehen. Das ist das, was die Wissenschaft uns sagt. Und heute erst ist eine Studie vom *Stockholm Resilience Centre* rausgekommen, die zeigt, dass wir uns bei mehreren der planetaren Grenzen im unsicheren Raum bewegen.

Deswegen appelliere ich an alle, die es noch nicht mitbekommen haben: Die Natur ist unsere Alliierte, wenn es darum geht, den Klimawandel zu begrenzen und uns vor den Folgen des Klimawandels zu schützen. Mit der Renaturierung von Flüssen, von Feuchtgebieten können wir den *impact*, die Auswirkungen dieser Starkregenereignisse abmildern – aber dafür müssen wir auch was tun.

Bitte, liebe EVP, kommen Sie zurück an den Verhandlungstisch. Machen Sie mit bei den demokratischen Prozessen und hören Sie auf, nur zu blockieren, denn das wird den Menschen in Europa nicht helfen.

*(Ende der spontanen Wortmeldungen)*

**Janez Lenarčič, Member of the Commission.** – Madam President, honourable Members, thank you for your valuable contributions today. It is gratifying to hear all the support for Italy and for people in need across the Emilia-Romagna region. The situation is slowly improving thanks to both national and European efforts. In the town of Sabatina, Belgian, Slovakian and Slovenian teams have helped to clear the water and are fixing the damage that is left behind. And in Ravenna, where European aid, coordinated by our civil protection mechanism, stopped the flooding of the historic city centre, operations have already been completed.

But this disaster and its impact will affect Italy for a long time into the future, and Europe will be there to help supporting the country's recovery and building its resilience with the aid of multiple funds such as the EU Solidarity Fund, the European Regional Development Fund programme, the Agricultural Emergency reserve, but also funding, such as the Recovery and Resilience Plan of Italy and Cohesion Policy funds, will help to strengthen the country in the face of this and future crisis. Together, we will rebuild and together will strengthen and build Italy's resilience to natural disasters.

But I repeat, we must not lose sight of the wider picture and of the wider challenge ahead. The climate crisis means that extreme weather events are occurring with increased frequency and intensity around the world, and Europe is not spared. We must be ready to better face the challenges of this new, more dangerous reality. The Commission will do its part.

**Die Präsidentin.** – Die Aussprache ist damit geschlossen.

## **17. Geografische Angaben für Wein, Spirituosen und landwirtschaftliche Erzeugnisse (Aussprache)**

**Die Präsidentin.** – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Paolo De Castro im Namen des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung über geografische Angaben für Wein, Spirituosen und landwirtschaftliche Erzeugnisse (COM(2022)0134 - C9-0130/2022 - 2022/0089(COD)) (A9-0173/2023).

**Paolo De Castro, Relatore.** – Signora Presidente, Commissario, onorevoli colleghi, dopo oltre un anno di lavoro, ci accingiamo a esprimere la posizione del Parlamento sulla proposta di regolamento sulle indicazioni geografiche.

Una proposta, caro Commissario, che rappresenta uno dei pochi, se non l'unico atto legislativo discusso in questa legislatura a supporto di un settore agricolo e agroalimentare più competitivo, integrato e in grado di creare valore aggiunto a beneficio delle nostre aree rurali.

Voglio quindi ringraziare, innanzitutto, tutti i relatori ombra, i relatori dei pareri della commissione JURI e della commissione INTA e tutto il team negoziale del Parlamento per il lavoro svolto in questi mesi, che ha portato all'approvazione unanime del testo in commissione agricoltura.

Un risultato inatteso che dimostra come, quando si condividano obiettivi sostanziali, lasciando da parte istanze più superficiali e di parte, è possibile raggiungere compromessi ambiziosi, nel solo interesse dei nostri agricoltori e dei nostri produttori.

Venendo al testo, il nostro intento non è quello di rivoluzionare, ma di far evolvere un sistema senza eguali nel mondo, capace di generare valore senza bisogno di investire alcun fondo pubblico. Alcune modifiche sono quindi necessarie, già a partire dagli obiettivi di questa riforma, che dovranno garantire un reddito adeguato ai produttori di qualità, contribuendo al raggiungimento degli obiettivi dello sviluppo rurale.

Il lavoro del Parlamento si è poi incardinato su quattro pilastri: il rafforzamento del ruolo dei consorzi, la maggiore protezione, la semplificazione e il chiarimento del ruolo dell'EU IPO, la sostenibilità e la trasparenza.

In merito al primo punto, i consorzi, Commissario, rappresentano il motore dello sviluppo delle indicazioni geografiche e devono rimanere in mano solo ai produttori, con maggiori e migliori responsabilità, tra cui la lotta alle pratiche svalorizzanti e la promozione del «turismo a indicazione geografica», che riteniamo possa rivelarsi un vero volano per lo sviluppo dei nostri territori.

Passando all'obiettivo della protezione più efficace, chiediamo più coraggio riguardo alla protezione online, che potrà e dovrà, a nostro avviso, diventare ex-officio, e la protezione quando le indicazioni geografiche vengono utilizzate come ingredienti, rendendo obbligatoria l'autorizzazione da parte del consorzio.

Vogliamo poi eliminare tutte quelle falle del sistema che consentono a Stati membri o produttori di sfruttare indebitamente la reputazione delle indicazioni geografiche tramite norme tecniche nazionali o addirittura strumenti unionali, quali le menzioni tradizionali.

Per semplificare davvero il sistema di registrazione, abbiamo definito tempi certi per l'esame delle richieste e delle modifiche dei disciplinari di produzione da parte della Commissione. Allo stesso tempo chiediamo di ridurre ai soli casi strettamente necessari il doppio scrutinio – nazionale prima e della Commissione poi – che ad oggi rallenta significativamente ogni procedura di modifica.

Verranno quindi ridotti i dossier da analizzare a livello europeo, ed è per questo che si rende necessario un maggiore coinvolgimento, in particolare nella fase di scrutinio dei disciplinari, dell'Ufficio europeo della proprietà intellettuale.

EU IPO, invece, potrà dare un importante supporto consultivo su questioni tecniche, amministrative e contribuire alla tutela e alla promozione delle indicazioni geografiche, tramite lo sviluppo di un registro europeo.

Venendo al necessario obiettivo della sostenibilità, la natura stessa delle IG, la loro tradizione secolare, confermano come questi prodotti siano sostenibili di per sé. Ma per poter meglio comunicare ai consumatori l'impegno dei nostri produttori, chiediamo ai consorzi di elaborare un rapporto di sostenibilità che spieghi ciò che svolgono in termini di sostenibilità ambientale, economica e sociale e di rispetto del benessere animale.

Strettamente collegato al tema della sostenibilità è quello della trasparenza. Trasparenza verso il consumatore: per questo, chiediamo di indicare sull'etichetta di qualsiasi prodotto IG, il nome del produttore, e per prodotti IGP chiediamo che venga indicata l'origine della materia prima quando questa non è del paese membro dove è registrata.

Presidente, Commissario, onorevoli colleghi, non abbiamo più tempo da perdere perché i nostri agricoltori possano beneficiare al più presto delle opportunità derivanti da questo regolamento. Per questo, chiedo a tutti un mandato forte in vista dell'avvio dei triloghi che inizieremo già la prossima settimana con la Presidenza svedese.

**Janusz Wojciechowski**, *Member of the Commission*. – Madam President, honourable Members, I would like to thank Mr De Castro for his firm commitment in drafting this report, as well as Mr Vázquez Lázara, rapporteur for the Associated Committee on Legal Affairs. Thanks also to all shadow rapporteurs and honourable Members for their contributions and suggestions. It has been a year of intense and fruitful discussion.

I am glad to see you that you have supported the main objective of this review, which is to further strengthen the system of geographical indications, including the introduction of certain novelties that the Commission put forward in its proposal. I can assure you that we will carefully analyse all the amendments against this shared policy objective and will support the forthcoming institutional negotiations accordingly.

However, I would like to highlight three major elements of concern for the Commission. They concern the involvement of EU IPO, as well as changes introduced in relation to the wine sector and GI audits. Firstly, the amendments proposed by Parliament are considerably scaling down the proposed role of EU IPO by limiting it to certain supporting tasks that are of an administrative nature. In comparison to the current situation, this would negatively affect the efficiency of the registration process. I regret this choice. Our objective is to ensure that we can continue to effectively cooperate and join forces with EU IPO, including in areas such as further development of IT, tools and enforcement of our GIs. I would like to assure you that there is no aim to outsource the GI registration to EU IPO. This will stay with the Commission. What we seek is technical assistance of EU IPO during the scrutiny process, not more, not less.

A second major concern for the Commission are the amendments made in relation to the wine sector duplicating provisions in two pieces of legislation – The GI Regulation and the CMO regulation – which would lead to fragmentation and complexity. This would undermine the objective of the proposal to have one set of common rules on procedures and protection for all three sectors: wine, spirit drinks and agricultural products. Such an approach would also have an adverse effect on the international perception of our GI system.

Thirdly, and finally, let me also add a critical note on the reintroduction of the requirement for the Commission to perform audits on the GI system in place in the Member States, in failing to see how one audit in a time span of 20 years will bring any added value to the functioning of the GI control systems in place in the Member States, which is ultimately their responsibility.

Dear honourable Members, I look forward to a positive outcome today that will allow the start of discussions between the three institutions and to have the reviewed GI system as soon as possible.

**Daniilo Oscar Lancini**, *relatore per parere della commissione per il commercio internazionale*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, finalmente una notizia positiva per l'agricoltura, dopo che l'avete massacrata con norme assurde, come la revisione della direttiva emissioni industriali o la folle etichettatura del vino come nocivo, per non parlare dei tagli della PAC.

Con le regole IG diamo più tutela alle eccellenze dei territori, li mettiamo al riparo dalle ingiuste incursioni di operatori senza scrupolo e dalle contraffazioni. Le indicazioni geografiche in Europa sono sinonimo di qualità. Territori, piccole imprese, filiere che da decenni dedicano attenzione alla sostenibilità e nel contempo alla produzione di eccellenza.

Per questo il sistema IG deve essere adottato nel suo complesso all'interno degli accordi commerciali con i paesi extra-UE. È bene che, grazie ai nostri emendamenti, sia stato disciplinato il ruolo di EUIPO. Se alla Commissione rimangono in capo le competenze amministrative, EUIPO entra in gioco quando si tratta di assistere facoltativamente i produttori negli accordi di libero scambio.

Questo suggerimento, partito da INTA, è stato recepito in AGRI ed oggi contribuirà ad aumentare gli strumenti a disposizione delle nostre filiere produttive.

**Álvaro Amaro**, *em nome do Grupo PPE*. – Senhora Presidente, Caras e Caros Colegas, a proposta de regulamento que estamos hoje a discutir decorreu de negociações que apresentavam dificuldades face às especificidades e face aos legítimos interesses em causa, quer dos produtores dos agrupamentos, quer dos comercializadores, quer, naturalmente, dos pontos de vista aqui e ali diferentes dos vários Estados-Membros.

Mas é este relatório que, certamente, amanhã veremos aprovado e que o foi, por unanimidade, na Comissão da Agricultura. Isto diz bem como foi possível, e permitam-me dizer que, naturalmente, com o trabalho de todos, senão não teria havido essa unanimidade, sem falsa modéstia, com o meu contributo, do meu grupo político, do PPE, conseguimos conciliar estes pontos de vista diferentes, por exemplo no caso particular do vinho, que teve tanta discussão.

E, aqui, referindo-me ao trabalho que o meu grupo político fez, que eu próprio fiz enquanto relator-sombra, obviamente que não posso esquecer o trabalho que todos os meus colegas também fizeram e, naturalmente, na pessoa do relator, o nosso colega Paolo de Castro, que também soube perceber e acolher muitos dos pontos de vista que tínhamos.

É um bom exemplo – e espero que a Comissão Europeia esteja particularmente atenta – de como é possível produzir legislação que concilie os vários interesses em presença. A votação unânime que tivemos na Comissão da Agricultura é uma boa lição de como na política é sempre mais importante defender os interesses dos destinatários das políticas públicas do que única e exclusivamente a ideologia.

Em relação ao vinho: obviamente que, havendo pontos de vista diferentes, conseguimos que, de facto, a especificidade de um produto tão importante para a economia agrícola, e tão importante para vários Estados-Membros, permanecesse na Política Agrícola Comum na sua parte substancial. E é, por isso, com muita satisfação que vejo esta posição da Comissão da Agricultura e que espero que nas votações de amanhã a consigamos manter.

**Clara Aguilera**, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora presidenta, señor comisario, querido Paolo, quiero felicitar a nuestro colega, Paolo De Castro, por el trabajo que ha realizado, así como a los ponentes alternativos. Creo que se ha hecho un gran trabajo.

Es verdad que es un Reglamento muy importante. Aquí se unifica la mayor parte de la normativa relativa a las indicaciones geográficas —no todas, hay una parte del vino que permanece en la OCM única—. Pero yo creo que el acuerdo es bueno, sobre todo, porque estamos reforzando un sistema que no solo pretende reforzar una marca, no es una marca comercial, todos lo sabemos: es cultura, tradición, patrimonio, zonas rurales, nuestros pueblos. Esto es lo que significa este Reglamento; es muy, muy importante. Por tanto, yo me siento orgullosa del trabajo que se ha realizado por parte de todos.

Yo sé que el Comisario ha dicho que no le ha gustado el lugar de la EUIPO. Nosotros consideramos que la EUIPO puede ayudar, pero no tener un papel principal. Ese papel tiene que corresponder a la DG AGRI. Esa es la opinión de este Parlamento y yo creo que debemos felicitarlos todos.

Y, por último, quiero añadir que no solo hemos reforzado el sistema: esta es la base del sistema y la base de las zonas rurales. Por lo tanto, sigamos apoyando estas indicaciones geográficas que claramente son una marca de la calidad europea.

**Irène Tolleret**, *au nom du groupe Renew*. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, je voudrais tout d'abord féliciter le rapporteur, cher Paolo, te remercier et remercier tous les groupes politiques pour leur travail constructif sur ce dossier qui a reçu un vote à l'unanimité complète en Commission agriculture. Je vous invite donc, chers collègues, à soutenir ce texte dans sa version lors du vote de demain.

Je crois que ce rapport nous permettra d'aborder les trilogues en position de force. Je salue particulièrement le compromis que nous avons trouvé pour préserver la spécificité du vin, qui est un secteur-clé en terme d'indication géographique. Si je comprends ce qu'a dit Monsieur le Commissaire concernant la simplification administrative, nous devons nous demander à qui elle est destinée.

S'agit-il simplification administrative pour la Commission ou pour les organisations de producteurs? Pour moi, c'est clairement pour les producteurs.

Je me suis donc battue pour trouver une solution équilibrée qui tienne également compte de la nécessité de simplifier ces procédures. Et j'espère maintenant que le paquet «vin» contenu dans ce rapport sera bien accueilli par le Conseil. Le vin a toujours joué un rôle d'avant-garde dans l'amélioration du régime des IG et il serait dommage de le condamner à la stagnation.

Je me réjouis également que le Parlement se soit prononcé contre l'externalisation des tâches de gestion des IG, qui doivent rester entre les mains de la DG AGRI de la Commission. Le système de produits de qualité est un élément-clé de la PAC, le transfert des fonctions à l'EUIPO constituait un précédent dangereux. Merci à tous. Bon vote demain.

**Claude Gruffat**, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, chers collègues, moi aussi, je vais commencer par remercier le rapporteur Paolo. Quel succès ce soir! Et si tous les rapporteurs avaient un tel succès dans leurs dossiers pour tout le travail fait et toute la collaboration avec les rapporteurs fictifs autour du dossier, ce fut vraiment un plaisir de travailler sur ce dossier.

Les indications géographiques font partie de notre patrimoine commun européen et ce rapport vise à le protéger au maximum. Plusieurs points que je vais évoquer ici vont dans ce sens. Tout d'abord, la DG AGRI de la Commission préserve son rôle dans l'approbation ou l'opposition de l'octroi d'une IG. Nous avons en effet, et en bloc, refusé que l'EUIPO obtienne cette prérogative. Il était important que l'Europe reste maître du jeu sur la gestion d'un patrimoine aussi précieux que celui des IG.

Nous avons permis à des groupes de producteurs reconnus d'avoir un pouvoir de décision dans leur cahier des charges. Et cela nous paraissait aussi quelque chose d'important pour le vin. Par souci de cohérence, les IG du vin resteront dans l'OCM, on était assez d'accord là-dessus.

Et enfin, dernier point qui me tenait particulièrement à cœur, sur lequel nous n'avons malheureusement pas été assez loin: ce sont les engagements de durabilité qui se font sur la base du volontariat. Ce n'est pas une mauvaise chose, mais on n'est pas allés assez loin sur les sujets qui peuvent être objets de cette durabilité, climat, biodiversité, etc. Mais je fais confiance aux acteurs de la qualité pour faire entrer ces préoccupations rapidement dans leurs préoccupations. Et j'invite aussi à voter ce texte.

**Mazaly Aguilar**, *en nombre del Grupo ECR*. – Señora presidenta, señor comisario, yo sigo sin entender por qué la Comisión se empeña en proponer una reforma que añade más burocracia a un sistema de indicaciones geográficas que funciona perfectamente y que es muy importante para el sector agrícola. Y como algunos de mis colegas ya me han escuchado decir, yo siempre digo que, si algo funciona, no se toca.

El posible traspaso de la gestión de estos regímenes de la Unión Europea a la Oficina de Propiedad Intelectual de la Unión Europea, la famosa EUIPO, no es una buena idea. Tiene que ser y debe ser la DG AGRI, que conoce bien los productos y la realidad agrícola, quien debe seguir siendo el interlocutor válido para estas indicaciones geográficas.

A la Comisión se le llena la boca hablando de sostenibilidad, pero me gustaría recordarle que, sin rentabilidad, no puede existir esa sostenibilidad. Y eso no hace falta recordárselo a los productores, la mayoría de los cuales son pequeñas y medianas empresas, que saben muy bien lo que significa esto, porque, de no ser así, deberían cerrar.

El informe de mi colega Paolo De Castro ha recogido fielmente las preocupaciones de todos los miembros de este grupo de trabajo de la Comisión de Agricultura y Desarrollo Rural y corrige el documento de la Comisión que, como de costumbre, se aleja de la realidad del campo y de los agricultores. También quiero agradecer al resto de mis colegas su buena disposición y que hayan llegado a un punto en el que todos estamos de acuerdo.

**Elena Lizzi**, *a nome del gruppo ID*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, saluto il relatore ombra De Castro, il Commissario e i colleghi di questo dossier.

Da relatrice ombra e per conto della Lega-Salvini Premier, sottolineo che votiamo a favore, come del resto abbiamo già fatto in commissione, di questa proposta di revisione perché è fondamentale per il comparto, fondamentale per l'Italia, che detiene anche il maggior numero di prodotti agroalimentari riconosciuti dall'Unione.

I casi Prosecco e aceto balsamico non dovranno più ripetersi. Signor Commissario, io non voglio più sentire da alcune persone che lavorano nella DG AGRI che non si possono confondere questi vini perché uno si beve con gli alimenti e l'altro si beve con il dolce. Per questo motivo abbiamo inserito due emendamenti per difendere le nostre indicazioni geografiche. Come Lega lotteremo su tutti i tavoli europei.

Visto che poi Lei ha citato il ruolo dell'EUIPO, deve ricordare che il voto è stato unanime, che è un chiaro messaggio anche a Lei e alla Commissione in generale. Il nostro gruppo manterrà una posizione ferma riguardo al ruolo dell'EUIPO, volendo limitare il trasferimento di deleghe dalla DG AGRI. Non vogliamo che venga trasformata, diciamo, la competenza ed essendo politicamente sensibili sull'argomento, continueremo a lottare affinché le disposizioni del settore del vino più importanti restino all'interno della PAC per consentire revisioni più snelle e avere più protezione.

**Eugenia Rodríguez Palop**, *en nombre del Grupo The Left*. – Señora presidenta, señor comisario, las indicaciones geográficas son un instrumento de desarrollo rural enormemente útil. Generan valor añadido en los productos agrícolas, benefician a los productores primarios y contribuyen al sostenimiento del empleo. Permiten que nuestra sociedad comprenda que las cosas no solo valen por sí mismas, sino también por la forma en que se producen, por sus vínculos con el territorio, las mejores tradiciones y el saber común. Por eso, las indicaciones geográficas no se limitan a proteger un nombre, sino que son, sobre todo, un instrumento de política agraria.

El sistema que hemos tenido hasta ahora ha dado muy buenos resultados, pero este informe los mejora. Refuerza el papel de las agrupaciones de productores, mantiene al sector vitivinícola en el marco de la política agrícola común, adjudica a la EUIPO el papel adecuado y deja claro que, cuando hablamos de indicaciones geográficas, no hablamos solo de marcas en competencia, sino de las personas que hay detrás, las actividades que comparten y los recursos que sostienen, que no se trata solo de regular mercados o adjudicar precios, sino de proteger bienes inmateriales de valor incalculable.

Quizás hubiera faltado una apuesta más contundente en favor de la sostenibilidad, pero felicidades, señor De Castro, y felicidades a todos los ponentes. Ha sido un gran trabajo y votaremos a favor.

**Marc Tarabella (NI)**. – Madame la Présidente, les pratiques illégales relatives aux indications géographiques agricoles représentent 9 % de l'ensemble du secteur. Il était donc grand temps de réviser le système afin qu'il puisse profiter pleinement à l'économie rurale, et atteigne un niveau de protection plus élevé, en particulier pour le commerce en ligne. Je salue le rapporteur Paolo De Castro.

J'insisterais sur trois points: les avancées notoires dans le domaine, tels que l'interdiction d'utiliser une IG dans le nom d'un produit dont seulement un des ingrédients est une IG. Ensuite, la fermeture automatique des noms de domaine en ligne frauduleux utilisant des IG. Ou encore l'introduction de la durabilité dans les critères de qualité du produit.

C'est une réelle avancée pour les producteurs, les artisans et tous les consommateurs européens. Enfin, comme le suggère Eric Andrieu, mon ami et référent en matière de vitiviniculture, dont c'est la dernière plénière aujourd'hui, je voterai contre les amendements 264, 266 et 267 qui affaibliraient la réglementation IGP pour le secteur du vin.

**Herbert Dorfmann (PPE)**. – Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Lebensmittel mit geografischen Ursprungsbezeichnungen sind ein Kulturgut unserer Union, der Regionen und vor allem der Menschen, die sie erzeugen. Natürlich sind diese Lebensmittel auch aus wirtschaftlicher Sicht wichtig. Wir produzieren in der Europäischen Union jährlich Lebensmittel mit geografischen Herkunftsangaben im Wert von rund 75 Millionen Euro, Tendenz steigend. 15 % der Lebensmittel, die wir exportieren, tragen eine solche Bezeichnung.

Aber es geht um mehr: Welche Produkte aus Europa schätzen Menschen weltweit? Weine, Käse, Spirituosen, Wurstwaren mit Ursprungsbezeichnung oder irgendein Magermilchpulver oder ein No-Name-Schweinefleisch? Diese Produkte sind Speerspitzen unseres Exports, und deshalb haben wir dafür zu sorgen, dass unsere Bezeichnungen in Europa und weltweit vor Missbrauch und Nachahmungen geschützt werden. Diese Produkte prägen aber auch Regionen in ganz Europa: Stellen Sie sich mal die Champagne, Barolo, die Mosel ohne Weinberg vor, den Comté ohne Käse.

Wir stimmen morgen über eine ambitionierte Reform unserer Gesetzgebung ab. Mit dieser Reform werden wir einen noch besseren Schutz der Bezeichnungen in Europa und in der Welt haben. Und wir sollten dem so zustimmen, wie wir es bereits im Agrarausschuss getan haben.

**Isabel Carvalhais (S&D).** – Senhora Presidente, eu gostaria de começar por saudar o Deputado Paolo De Castro, o nosso relator, pelo seu empenho num dossiê particularmente importante e relevante para o nosso mundo rural, ou não tivessem as indicações geográficas uma profunda conexão com as nossas comunidades e com todo o património cultural das nossas zonas rurais. E, por isso, é tão importante garantir a sua coerência com as políticas agrícola e de desenvolvimento rural, e penso que tal será melhor assegurado se forem alvo de uma gestão conjunta como aquela que aqui é proposta.

A revisão do regulamento das indicações geográficas é uma oportunidade para reforçar a defesa deste instrumento tão valioso na promoção de uma produção agrícola diversificada, mais harmoniosa com o meio ambiente e de maior valorização económica para os nossos agricultores.

Em paralelo, é também uma oportunidade para responder a muitos dos novos desafios que se colocam, seja por via do comércio eletrónico ou pela utilização de produtos processados. Portanto, eu acredito que o relatório do Parlamento inclui elementos muito relevantes para nos ajudar a responder a estes desafios e que permitirá reforçar a proteção das nossas indicações geográficas.

**Nicola Procaccini (ECR).** – Signora Presidente, onorevoli colleghi, ciò che stiamo per approvare era atteso da tanti e da molto tempo.

La tutela delle indicazioni geografiche è una questione economica, ma è soprattutto una questione di rispetto per la storia, le tradizioni e la cultura agroalimentare delle nostre nazioni.

Per anni abbiamo assistito impotenti alla concorrenza sleale di prodotti come il Parmesan o il Prosecco, che richiama le nostre eccellenze. Oggi possiamo finalmente mettere la parola fine a questo mercato alternativo che vive sulle spalle dei produttori. La maggiore trasparenza sulle vendite online e il divieto di evocazione delle denominazioni protette porteranno ad una giusta tutela del settore.

Approviamo questo testo all'unanimità, come abbiamo già fatto in Commissione. Proteggiamo ciò che ci identifica nel tempo e nello spazio. Lo dobbiamo a chi ci ha preceduto e a chi verrà dopo di noi.

**Jean-Lin Lacapelle (ID).** – Madame la Présidente, chers collègues, en tant que Français, nous sommes, peut-être plus que tous, particulièrement attachés au principe des appellations contrôlées et protégées. La France est pionnière, vous le savez, sur cette question, en créant dès 1935 les appellations d'origine contrôlée. Les indications géographiques doivent être un rempart contre la domination des marques venues de l'étranger, et dont les accords de libre-échange de l'Union européenne favorisent la concurrence déloyale.

Permettez-moi d'être chauvin. Qui ne se sent pas français lorsqu'on évoque les vins de Bordeaux, le champagne, le cognac, l'armagnac, qui font de nos terroirs des lieux irremplaçables de civilisation. Les appellations viticoles seront donc conservées dans le cadre actuel, et c'est une bonne chose car nos viticulteurs ont failli connaître de nouveaux déboires après l'extension des affichages obligatoires sur les bouteilles. Méfiance cependant sur le règlement à venir, sur le recyclage des bouteilles qui sera impraticable pour les liqueurs et plusieurs formats de vins spécifiques.

Une fois n'est pas coutume, je félicite l'ensemble de nos collègues pour avoir pris en compte un certain nombre de nos recommandations qui vont dans le sens des intérêts de nos viticulteurs. Nous défendrons toujours nos terroirs parce que, comme le disait Frédéric le Grand: «Il en est des hommes comme des vignes qui se ressentent toujours du terroir où elles ont été plantées».

**Dino Giarrusso (NI).** – Signora Presidente, onorevoli colleghi, il sistema delle indicazioni geografiche ha fatto tanto per le eccellenze europee, risultando utile ai produttori, specie a quelli virtuosi e ai consumatori, europei e non solo. Per migliorarlo si potevano forse semplificare alcune procedure di riconoscimento degli enti, non altro.

La Commissione dovrebbe ricordare che gli operatori del sistema DOP e IGP in pochi anni hanno contribuito a creare un sistema alimentare di qualità riconosciuto in tutto il mondo, che vale oltre 75 miliardi di euro, e dobbiamo tutelarli, aiutarli, ancora e meglio.

La battaglia all'interno dell'Unione per primeggiare in un settore non deve essere accompagnata da regole che svantaggiano alcuni Stati membri favorendone altri. È per questo che i compromessi che abbiamo raggiunto in AGRI, anche grazie al lavoro fatto con il collega De Castro che ringrazio, ci rassicurano.

Abbiamo il dovere di preservare quelle buone pratiche, come il sistema DOP e IGP, che hanno portato alla ricchezza e allo sviluppo di interi settori e regioni e non permetteremo che, con la scusa di migliorarle, si affossi un sistema che in Europa ha funzionato e funziona.

**Tomislav Sokol (PPE).** – Poštovana potpredsjednice, povjereniče, kolegice i kolege, ovo je izvješće izuzetno problematično i ne mogu ga podržati u obliku u kojem je usvojeno na nadležnom odboru. Njime se očito želi onemogućiti zaštita hrvatskog prošek. Prošek je tradicionalno slatko desertno vino koje se bojom, mirisom, cijenom i načinom konzumacije u potpunosti razlikuje od talijanskog pjenušavog vina *prosecco*. Zbog toga je neprihvatljivo da se kroz pravila o homonimiji ovim izvješćem želi Hrvatskoj oduzeti legitimno pravo na zaštitu tradicionalnog naziva *prošek*.

Podsjećam, Europska komisija prethodno je zauzela stajalište da homonimija, odnosno sličnost u nazivu, sama po sebi nije dovoljan čimbenik za odbijanje zahtjeva za zaštitu tradicionalnog izraza te da dva slična naziva mogu koegzistirati. To je dijametralno suprotno od onoga što je sadržano u ovom izvješću. Pored navedenog, ovim izvješćem pokušava se stvoriti osnova za retroaktivno poništavanje odluke Europske komisije kojom bi se, u postupku koji je već u tijeku, Hrvatskoj priznala zaštita tradicionalnog naziva *prošek*. Ovdje bih naglasio da bi bilo posve nelogično kada bi *prosecco* uživao zaštitu po europskom pravu, samo zato što je Italija ranije od Hrvatske postala članicom Europske unije pa je utoliko ranije i ostvarila zaštitu naziva tog pjenušavog vina, a da se hrvatskom prošek takva zaštita uskрати.

Zato pozivam sve da sutra glasuju protiv štetnih amandmana o homonimiji i izvješća ovakvog sadržaja. Kolegice i kolege, prošek ima neprocjenjivo značenje u višestoljetnoj, povijesnoj i enološkoj tradiciji Hrvatske i ona ga ima svako pravo zaštititi kao svoj tradicionalni proizvod.

**Daniel Buda (PPE).** – Doamna președintă, în primul rând, dați-mi voie să-i felicit pe Paolo De Castro și pe raportorii din umbră pentru munca depusă. Indicațiile geografice reprezintă o garanție a calității produselor alimentare, indiferent de sectoarele despre care vorbim. Fermierii sau grupurile de producători își vor putea consolida poziția în lanțurile de aprovizionare, având la îndemână instrumentele necesare prin care să ofere consumatorilor produse cu o înaltă valoare adăugată și mai ales din regiuni bine definite. Mecanismele concepute în prezentul raport vor permite combaterea eficientă a concurenței neeloiale, aspect care va contribui la păstrarea patrimoniului cultural și gastronomic al regiunilor din Uniunea Europeană.

Atragem mai departe atenția, domnule comisar, asupra nevoii de simplificare a procedurilor pentru obținerea indicațiilor geografice. Comisia Europeană trebuie să intensifice acțiunile de promovare pentru a crește gradul de conștientizare a calității acestor produse în rândul consumatorilor, iar etichetarea trebuie să fie făcută de o manieră care să nu creeze confuzii. Indiferent că vorbim de Telemeaua de Ibănești ori de telemeaua de Sibiu sau Prosciutto di Parma, consumatorul trebuie să aibă garanția calității produselor pentru care oferă un ban în plus.

**Anne Sander (PPE).** – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, chers collègues, les appellations d'origine sont l'âme de nos territoires, et elles en sont le reflet. Nous voulons donc les protéger. Cette idée même qu'une région, qu'un climat ou des savoir-faire donnent leurs caractéristiques à des produits est tout-à-fait unique. Nos appellations ne sont pas reproductibles à l'envi. Elles ne sont pas déplaçables d'un endroit à un autre, elles sont bien liées à un terroir.

Je voudrais vraiment saluer le travail de l'équipe de négociation du Parlement qui a su redresser la barre, et changer le cap initial de la Commission qui voulait finalement les assimiler à des marques en confiant leur examen à l'Office européen des marques.

Je voudrais aussi rappeler qu'elles sont des outils puissants au profit de la vitalité économique des zones rurales, puisqu'elles pèsent 75 milliards d'euros chaque année.

Enfin, je voudrais rappeler leur fragilité et dire qu'à travers ce texte, nous pourrions améliorer leur protection, en particulier sur internet, et lutter ainsi plus efficacement contre la contrefaçon. C'est un bon texte, bravo Monsieur le rapporteur.

#### Spontane Wortmeldungen

**Juozas Olekas (S&D).** – Gerbiama Pirmininke, gerbiami pranešėjai, Komisijos nary. Iš tikrųjų sveikinu pasiektą rezultatą, kad mes galėsime labiau pažymėti mūsų gaminamus produktus geografinės kilmės ženklu. Tai suteikia ir ten gyvenantiems žmonėms galimybę turėti daugiau darbo vietų. Taip pat pagaminti ir pateikti sveikesnį produktą, nes kaip medikas galiu pasakyti, kad yra tas geografinis ryšys tarp ten augančios produkcijos, gaminamos produkcijos ir ten gyvenančių žmonių. Taip pat galėsime labiau išryškinti savo savitumą, nes mes turėtume didžiulius tuos, kad Europos Sąjungoje turime daug unikalių geografinių vietų, kur dirba žmonės, kur auginami produktai, kur pateikiami maisto produktai. Ir tai tarsi puokštė žiedų, kur kiekvienas jos elementas tą puokštę praturtina: ar tai būtų itališki vynai, ar tai būtų prancūziški sūriai, ar tai būtų lietuviškas medus. Ačiū Jums už pasiektą rezultatą.

**Valter Flego (Renew).** – Poštovana predsjedavajuća, prijedlog Komisije o oznakama zemljopisnog podrijetla možemo slobodno nazvati Prijedlog o tome kako da velike ribe pojedu male ili velike države male države. I nikako, nikako ga neću podržati. Zašto? Prije svega zbog toga što izvjestitelj, ali vidim, nažalost, i mnogi kolege iz Italije žele zabraniti registraciju novih proizvoda koji svojim imenom podsjećaju na poljoprivredne proizvode koji već imaju europsku zaštitu, npr. hrvatski prošek, talijanski *prosecco* – dva potpuno različita vino, ali sličnog imena. To možda, gospodo, ima veze s političkim bodovima u Italiji, ali nema s europskom tradicijom i pomoći malim, kvalitetnim poljoprivrednim proizvođačima.

Povjereniče, ja sam vama pisao, a sada ovdje i upozoravam da bi prihvaćanje ovakvog prijedloga na dijalogu moglo imati katastrofalne posljedice na zemlje koje imaju sličan jezik. Na zemlje zapadnog Balkana, na primjer, koje čekaju na proširenje, a imaju sličan jezik. Šta ćemo s ajvarom, pitam vas? Zato nemojte pod krinkom nacionalnih interesa, pod navodnicima, dozvoliti uništavanje sjajnih poljoprivrednih proizvoda i donositi takve sulude zakone.

**Ladislav Ilčić (ECR).** – Poštovana predsjedavajuća, poštovani kolege, apsolutno osuđujem postupke onih koji, kad kreiraju neki novi proizvod, daju mu neko ime koje je slično nekom kvalitetnom ili etabliranom drugom proizvodu, e ne bi li se okoristili sličnošću tih imena.

Međutim, pitanje sličnosti imena ne smije biti jedini kriterij. Primjerice, kao što smo čuli, u Hrvatskoj se proizvodi prošek, u Italiji *prosecco*. Hoćemo li gledati samo na sličnost imena ili ćemo uzimati u obzir i druge činjenice?

Prvo, proizvodnja prošeka se prvi put spominje već 1556. godine. Dakle, očito se ne radi o novom proizvodu. Drugo, prošek je, kao što smo čuli, slatko desertno vino, tamnije boje, dok je *prosecco* pjenušac. Dakle, radi se o dva potpuno različita proizvoda. I treće, prošek se proizvodi isključivo lokalno i to u izrazito malim količinama od 20 hektolitara godišnje i takva mikro proizvodnja nikako ne može ugroziti *prosecco*. Dakle, ovaj prijedlog nije dobro izbalansiran, mogao bi ići na štetu malih država i zato vas pozivam da glasujete protiv amandmana 272.

**Sandra Pereira (The Left).** – Senhora Presidente, em Portugal são vários os produtos que gozam de registo de denominação protegida ou indicação geográfica. Para além do vinho das diferentes regiões e outras bebidas espirituosas, na lista podemos encontrar outros produtos agrícolas, como batatas, arroz, azeitonas, bananas ou cerejas, vários tipos de enchidos e queijos, como o da Serra ou da Ilha, doçaria tradicional como o bolo negro de Loriga, entre tantos outros produtos de qualidade superior, de sabor extraordinário e que veiculam tradições locais.

É imperativo que sejam protegidas, de forma inequívoca, as produções com indicação geográfica e denominação de origem. Se, por um lado, a promoção destes produtos é fundamental, é igualmente essencial a simplificação do processo para o registo e para a obtenção do estatuto para novos produtos, ajudando técnica e financeiramente os produtores que o pretendam fazer.

Da mesma forma, não podemos esquecer o rendimento dos pequenos agricultores e produtores em toda a cadeia de produção e que contribuem para o produto final, evitando também sobrecarregá-los com despesas desnecessárias e injustificadas.

(Ende der spontanen Wortmeldungen)

**Janusz Wojciechowski**, *Member of the Commission*. – Madam President, honourable Members, I would like to thank you for this very interesting debate and reiterate that the Commission remains committed to work with both the European Parliament and the Council in the forthcoming interinstitutional negotiations to reach an agreement on a legislative proposal that strengthens the system of European agricultural quality schemes.

We aim at ensuring a uniform, high-level protection of all GIs, continuing to support and protect the diversity of the European agricultural sector and heritage.

**Paolo De Castro**, *Relatore*. – Signora Presidente grazie, grazie Commissario e un grazie sentito a tutti i colleghi e alle parole che hanno voluto usare per ringraziare il team negoziale. Un lavoro di squadra davvero importante di cui sono orgoglioso, e chissà che domani non avremo qualche minuto di soddisfazione vedendo tutto l'emiciclo sostenere questa importante relazione che ha visto la partecipazione di tutti.

Non si tratta solo di curiosità gastronomiche. Vorrei concludere questo dibattito ricordando che stiamo parlando di un pezzo molto rilevante dell'agroalimentare europeo. Ormai abbiamo superato gli 80 miliardi di euro. Un pezzo di storia, di origine, di tradizione, di cultura europea. Dobbiamo essere orgogliosi perché è stata l'Europa che ha costruito questo strumento delle indicazioni geografiche. Lo ha fatto nel 1992, creando questo legame tra prodotto e territorio.

Un'idea straordinaria che continua a crescere. Grazie di nuovo a tutti. Votiamo tutti a favore. È importante avere una forza dal Parlamento europeo per poter negoziare con la Commissione e con il Consiglio.

**Die Präsidentin**. – Die Aussprache ist damit geschlossen.

Die Abstimmung findet am Donnerstag, 1. Juni 2023, statt.

*Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)*

**Tonino Picula (S&D)**, *napisan*. – Podržavam potrebu za jasnim informacijama za potrošače i jačanjem njihove zaštite te pozdravljam ažuriranje postojeće regulative kao odgovora na izazove današnjice. Objedinjavanje regulativa i procedura, pojednostavljivanje administrativnih procedura te jasnija i koherentnija pravila mogu samo doprinijeti unaprjeđenju sustava zaštite i potrošača i proizvođača. Upravo stoga, oštro osuđujem pristup izvjestitelja koji je pokušao iskoristiti ovo važno izvješće za promoviranje partikularnih nacionalnih interesa na štetu odmjerenih i univerzalno primjenjivih pravila kao i neosnovano prejudiciranje rezultata zaštite tradicionalnog hrvatskog desertnog vina prošek.

Postojeća pravila usklađivanja sa zahtjevima geografskog podrijetla već su dovoljno čvrsta, univerzalno primjenjiva te dokazano štite proizvođače vrhunskih europskih proizvoda. U slučaju hrvatskog prošeka i talijanskog *prosecca*, postoje bitne razlike između dva proizvoda te se prosječni europski potrošač ne može zabuniti birajući između desertnog, tamno sirupastog i gustog prošeka u bočici od pola litre te aperitivnog pjenušavo-svijetlog *prosecca* u standardnoj vinskoj butelji. Zakonodavni proces EU, čega je izrada Izvješća ključan dio, ne bi smio biti temeljen na nacionalnoj isključivosti već pravičnosti i univerzalnoj primjenjivosti.

## 18. Sexuelle Belästigung in der EU und Bewertung von MeToo (Aussprache)

**Die Präsidentin**. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Michal Šimečka im Namen des Ausschusses für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter über sexuelle Belästigung in der EU und die Bewertung von MeToo (2022/2138(INI)) (A9-0178/2023).

**Michal Šimečka**, *rappporteur*. – Madam President, Mr Commissioner, dear colleagues, it is indeed a privilege for me to introduce to you this draft report on sexual harassment and MeToo evaluation in the EU, and not just in my capacity as rapporteur, but also as a father of a three year old daughter, and therefore someone who cares deeply about the kind of society and the kind of environment that she and girls across Europe will grow up and live in. Now, our draft presented to you focuses mainly on the situation in the European institutions or in the European Parliament, but it is important to bear in mind the wider context and culture where harassment is still prevalent in many of our societies. And the problem, of course, is quite clear if you look at the figures and, although sexual harassment and harassment as such affects all Europeans, 90% of victims are women. And 55% of women in the EU have been sexually harassed at least

once since the age of 15. And much has been spoken about and written about this issue especially, and thanks to the MeToo movement more than six years ago. But words, colleagues are not enough and we must do more to eliminate any and all forms of harassment. And we owe it to the victims, not just here in Parliament, but across the continent. And we owe it to the next generation of Europeans.

Now, I would, at this point, like to thank so much all the shadow rapporteurs, all the policy advisers, the assistants and the external experts, because this is a joint product and it is a product of a very constructive work both before and during the vote in committee. The draft report addresses all the core issues and indeed has carried a broad majority in the committee with no one voting against it. And I am especially glad that most of the groups and all the democratic groups have cooperated on this report and that we've been able to find a consensus that can bring us closer to an EU free of sexual harassment.

I should also add that this is not the first resolution of this kind in this mandate. And it is true that many of the commitments from previous resolutions, commitments we have made to the victims here in the European Parliament, and indeed to all Europeans, to combat all forms of gender-based violence, that many of the commitments are yet to be fulfilled. And with this report we hope to close that gap. We propose several clear and easy or quick to implement solutions first and foremost. We as Parliament should put in place zero-tolerance policies that reflect the pain suffered by those who are subject to harassment or abuse. And the draft contains also many other measures, recommendations on anti harassment measures to the European Parliament, to the institutions, but also to Member States governments.

I personally think that the crucial aspect and the crucial thing, at least here in Parliament, but more broadly, is to break the silence of the victims who need our complete protection and support. Because, as we all know, cases here in the European Parliament are still under-reported, which means that existing both formal and informal channels of reporting need to be strengthened because – and this is also why it is important that we focus on the European Parliament – the EU institutions must lead by example here.

I understand and I know that it is not always easy to implement systemic change. It seems difficult at the beginning, but I'm glad to see that many bodies and colleagues here in the European Parliament are working on this, the advisory committees, the Quaestors, the High Level Group on Equality, the EP's own Bureau, but also the working committee in AFCE are engaged in this work and are carrying it forward. And I really do hope that by endorsing this report with a strong majority, we can help end discrimination and gender-based violence here in Parliament and in Europe. Thank you so much.

**Johannes Hahn**, *Member of the Commission*. – Madam President, today's debate is a very timely one, as tomorrow the Council will finalise the EU accession process to the Istanbul Convention of the Council of Europe, which aims at preventing and combating violence against women and domestic violence. I take this occasion to congratulate this House for the essential role it played throughout the process.

The scope of the EU accession also covers the EU public administration. EU institutions, agencies and bodies will need to implement the gold standards of the convention. The finalisation of this process gives additional impetus to the ongoing review of the policy on preventing all forms of harassment, including sexual harassment in the Commission.

This review was identified as a key priority in the Commission's new HR strategy adopted last year in order to apply and further enforce a zero tolerance policy to harassment and ensure a trust-based, inclusive and respectful workplace in line with European values. The review is an opportunity for a large-scale listening exercise and has brought the topic to the fore.

In spring 2021, we polled staff to better understand their views on harassment, but also the experiences of the support services we offer. We have also spoken to stakeholders across the Commission that represent different groups of staff, including LGBTQI staff groups, representing staff from minority backgrounds, senior and middle management staff and trainees.

At the same time, we have engaged in official discussions on the Commission's proposals with staff representatives. Since the start of 2023, we have had detailed discussions with them. This has given us a better insight into particular concerns, including work on prevention as well as on the safeguards that are needed in any redress process.

This wide-ranging dialogue with staff has had two results. One has been to provide us with valuable insights and input into the different texts that make up the review. The second has been to help open up the debate around the subject. Today's debate is therefore important because it frames the issue in a broader political context.

The Commission has a clear position against harassment and is committed to a zero tolerance approach. We are clear in our support for victims of harassment and we are equally clear that those responsible must be held accountable for their actions.

Our focus has been to continue to work on support processes that are closer to victims through a victim-centred approach. We encourage and empower victims to come forward. Without reporting and creating safe spaces to do so, we cannot begin the process of ensuring that those responsible are held accountable.

We believe that staff should continue to be able to have a choice between pursuing both formal and informal means of redress. The formal process involves the appointing authority, where possible disciplinary measures and sanctions. The informal aims to pursue accountability by other means, such as dialogue and conciliation.

Whichever avenue is chosen, all processes must be fair, robust and equitable. Whatever the process, we will also be careful that it cannot be abused. Our aim must be to help staff make a choice about which method best suits their needs by explaining in plain language how the different redress mechanisms work, how they are organised and what result staff can expect.

We continue to believe that confidential counsellors are an important element of support to staff. We are encouraged by those voices that confirm this choice, including those from Parliament and from the European Ombudsman. Anti-harassment training must continue to be open to all staff and offer spaces that are safe and supportive. More vulnerable populations like trainees can benefit from specific training events.

While the different EU institutions have their own policies on fighting harassment, it is also important that we continue to exchange our experiences about the different ways of tackling this phenomenon and ensuring that the Istanbul Convention standards are met so we can build a unity of equality free from violence by starting here at home.

**Ewa Kopacz**, w imieniu grupy PPE. – Pani Przewodnicząca! Szczególnie chciałam podziękować panu posłowi przewodniczącemu Šimečce za takie bardzo rzetelne i kompleksowe przedstawienie sprawozdania. Pozwólcie Państwo, że dodam jeszcze kilka uwag.

Zmieniają się zwyczaje, ewoluje też nasza wrażliwość. Co więcej, zmieniają się też narzędzia służące opresorom do molestowania i naruszenia godności. Statystyki są przerażające. Co druga kobieta w Europie była ofiarą jakiejś formy molestowania, a jedną z głównych przyczyn prób samobójczych młodzieży jest hejt i molestowanie w mediach społecznościowych.

Jako Parlament Europejski mamy obowiązek, by odnieść się do zagrożeń dotyczących tak wielkiej grupy, przede wszystkim naszych wyborców, jak i tych, dla których Parlament Europejski jest miejscem pracy, przede wszystkim kobiet, ale przecież nie tylko. Molestowanie jest przecież formą przemocy i naruszenia godności o bardzo wielu twarzach. Jedna rzecz nie budzi wątpliwości, musimy być jako Parlament Europejski wzorem, zarówno gdy idzie o naszą wiedzę, przygotowanie, jak i skuteczność procedur.

Szanowni Państwo! Molestowanie to atak na godność człowieka. Molestowanie potrafi zaburzyć na lata poczucie bezpieczeństwa ofiary. Pozwólcie Państwo, że zarekomenduję przyjęcie tego sprawozdania, ale nie tylko. Proszę również o poważną refleksję nad tym, jak każdy z nas może się temu zjawisku przeciwstawić.

**Carina Ohlsson**, för S&D-gruppen. – Fru talman! Kommissionär! "If all women who have been sexually harassed or assaulted wrote 'Me too' as a status, we might give people a sense of the magnitude of the problem." #metoo.

Kvinnors mod och deras berättelser skakade om oss och tvingade oss att konfrontera verkligheten, och det med all rätt. Mycket har gjorts sedan dess, men långt ifrån tillräckligt. Det krävs en lagstiftning som på riktigt ger skydd och stöd till dem som drabbas av sexuella trakasserier samt ett tydligt arbetsgivaransvar som skyddar anställda från trakasserier.

Men låt oss vara tydliga med att ansvaret ligger på oss alla. Vi måste utmana och ifrågasätta de strukturer, attityder och normer som accepterar sexuella trakasserier. Vi måste vara medvetna om vår egen makt och använda den för att skapa en förändring.

Jag är stolt över betänkandet som vi nu arbetat fram. Nu gäller det att vi går från ord till handling, så att betänkandets innebörd också efterlevs i praktiken. Först då stärker vi kvinnors rätt till ett liv fritt från våld.

**Terry Reintke**, on behalf of the Verts/ALE Group. – Madam President, 2017: it has almost been six years since reports hit the European Parliament about sexual harassment. Colleagues, I don't know how you feel about it, but I think we have wasted enough time because the demands in this resolution are very similar to the ones that we already adopted six years ago. There are demands to reform and to fight against sexual harassment here in the European Parliament, like, for example, mandatory harassment training, where right now we have a situation where not even half of the members of this parliament have done these harassment trainings, external audits to improve the situation, with independent experts looking at what we can do for a zero-tolerance policy, and a reform of the obviously dysfunctional complaints structures that we have here in the European Parliament. If I'm being honest, I really start losing patience. We have to stop only talking and adopting resolutions and we have to start acting.

**Margarita de la Pisa Carrión**, en nombre del Grupo ECR. – Señora presidente, señorías, todos estamos de acuerdo en que se debe velar porque el acoso no tenga espacio en nuestras instituciones. No obstante, no confío en que cursillos obligatorios para adultos y sanciones para quien no los haga u otras medidas con perspectiva de género vayan a ser positivas, más bien, incluso, lo contrario.

La ideología de género promueve un ambiente enrarecido de desconfianza y confusión. Solo entiende el enfrentamiento, lo que no ayuda, para nada, a una convivencia armoniosa.

En este informe se defiende un comportamiento ejemplar dentro de las instituciones. Pero les invito a la reflexión sobre si la exclusión que existe en este Parlamento hacia determinados grupos políticos merece esta consideración. Lo he vivido en primera persona por defender la voz de mis votantes y llevar a cabo mi actividad de diputada. Todos somos responsables del ambiente de respeto que merece esta Cámara.

## IN THE CHAIR: MARC ANGEL

*Vice-President*

**Christine Anderson**, im Namen der ID-Fraktion. – Herr Präsident! Frauen vor sexueller Belästigung zu schützen – absolute Zustimmung. Dazu wird diese Initiative Plus keinen Beitrag leisten. Ganz im Sinne des fortgesetzten Massenimports einer bunten, toleranten, vielfältigen, vor allem aber frauenfeindlichen Multikulti-Kultur wird der Arbeitsplatz als Ort des Schreckens für Frauen ins Visier genommen.

Weit gefehlt! In den Freibädern, auf öffentlichen Straßen, Plätzen, in Bus und Bahn werden Frauen aufs Übelste sexuell belästigt, begrabscht, vergewaltigt und geschändet. Kein Wunder, denn das sind die Orte, an denen sich die schutzsuchenden Goldstücke den lieben langen Tag tummeln, um ihrem frauenverachtenden Tagesgeschäft nachzugehen.

Sie wollen Frauen schützen? Dann schließen Sie endlich die Grenzen, unterbinden Sie den Massenimport dieser brutalen und rohen sexuellen Gewalt an Frauen. Wenn das getan ist, dann können wir uns gerne mal darüber unterhalten, ob die Einladung zu einem Kaffee am Arbeitsplatz tatsächlich sexuelle Belästigung ist oder nicht einfach nur Höflichkeit unter Kollegen.

**Eugenia Rodríguez Palop**, *en nombre del Grupo The Left*. – Señor presidente, el acoso es una vulneración de derechos humanos que deteriora la salud física, psicológica y sexual de las personas, su autoestima y su entorno; impide que las víctimas accedan al mercado de trabajo, permanezcan en él o progresen profesionalmente, sobre todo si son mujeres.

Una vulneración de derechos que apenas se denuncia, entre otras cosas, porque está normalizada, porque se usan estereotipos que culpabilizan a las víctimas, por miedo a las represalias, a la revictimización o a la pérdida del trabajo. Una conducta que se sigue viendo hoy como un problema particular de quien la sufre.

El Parlamento Europeo no es un lugar seguro, y las medidas adoptadas hasta el momento son insuficientes. Llevamos años pidiendo formación obligatoria, auditorías externas, más datos y mayor transparencia, procedimientos más cortos, asesores confidenciales, mediadores externos, sanciones contundentes... y aquí seguimos.

Apenas conocemos nada de lo que pasa en nuestros pasillos y despachos porque demasiadas veces hay una estructura de poder anquilosada que se sostiene sobre el abuso, el silencio y la impunidad; pero no hay mal que cien años dure. Pueden estar seguros de que vamos a acabar con ella.

**Evelyn Regner (S&D)**. – Mr President, two years ago we were standing here and talking exactly about the same topic, talking about MeToo in the European Union institutions. Since then, we have launched two internal procedures in the European Parliament, thanks to the perseverance of a few people who I really would like to applaud for their efforts.

In fact, it was actually five years, and not only two, since MeToo was first debated in this chamber. So you see, the resistance is still big from some within this House, from some people who are in power positions and do not see a need for changing the rules. So let me say to all those blocking people, this is about respect. Anyone can be affected by harassment. We all should be protected in cases of harassment. But even more so, we should be able to work without such a violation of our human rights. We all have a right to a safe and healthy workplace. We, the European Parliament, should be an example for other institutions with our anti-harassment measures as well as gender action plans.

It's high time we really treat each other respectfully and it's high time we eradicate any form of harassment and have actions follow our often-repeated words.

**Johan Nissinen (ECR)**. – Herr talman! Jag vill börja med att tacka alla modiga kvinnor som trädde fram under metoo. Vi kan nu prata öppet om sexuella trakasserier och det är tack vare er. Sexuella trakasserier är betydligt vanligare i samhället och mer accepterat i samhället än vad många tror.

Jag hade hoppats på att det här betänkandet skulle lyfta det på en bredare front, men tyvärr blev det kidnappat av vänstern, och de har inte förstått någonting alls, som vanligt. Sexuella trakasserier handlar inte bara om män i maktställning som trakasserar kvinnor. Blir en man tagen på rumpen på arbetsplatsen eller taget på könet på ett uteställe av en kvinna, är det totalt socialt accepterat av samhället. Det anses som något löjligt om en man rapporterar det här. Precis som det var för kvinnor före metoo. Det är precis likadant inom hbtq-samhället, om inte ännu värre.

Sexuella trakasserier förekommer överallt, och det är fel oavsett vem som utför det. Därför är det viktigt att vi fokuserar på just det här och jobbar tillsammans över partigränserna för att skapa förändring på riktigt.

#### *Catch-the-eye procedure*

**Mónica Silvana González (S&D)**. – Señor presidente, el informe que hoy debatimos, además del acoso sexual, hace referencia al acoso laboral y al acoso psicológico: sobre ello creo que existe una línea roja que no debemos confundir entre el acoso sexual y moral, y esto debe quedar muy claro. Pero creo que es necesario humanizar esta institución, proporcionando tanto a los diputados como al personal oportunidades seguras e informales de ser escuchados mediante una asistencia confidencial, independiente e imparcial a través de medios informales como el *coaching*, la diplomacia, los debates facilitadores y los servicios de mediación que hoy no existen.

Son los APA y a veces los políticos, quienes juzgan sin formación específica. Quizás sea necesario dotarnos de un servicio de mediación como el que ya funciona en otras instituciones internacionales, las cuales disponen de un servicio con órganos independientes externos. Es urgente que este Parlamento proporcione estos servicios alternativos de resolución de conflictos para hallar puntos de encuentro. Este servicio debería facilitar la comunicación entre las partes de un conflicto. Si no lo hacemos, si seguimos aplicando la dirección de la Mesa del año 2018, de seis años atrás —hecha con prisas para responder al movimiento #MeToo—, muchas de las víctimas reales seguirán sufriendo los actos de sus victimarios impunes y el derecho de la legítima defensa seguirá ausente.

**Pierrette Herzberger-Fofana (Verts/ALE).** – Monsieur le Président, le mouvement MeToo fondé par Tarana Burke en 2006 pour soutenir et renforcer les jeunes femmes afro-américaines qui ont survécu à la violence sexuelle s'est répandu dans le monde entier. Ainsi, de nombreuses victimes ont pris la parole pour briser le silence en racontant leurs histoires de violences sexuelles. Ces témoignages ont conduit à de nouvelles politiques et législations pour prévenir et combattre toute forme de harcèlement sexuel, sans oublier le harcèlement sur le lieu de travail.

Les formations de prévention contre le harcèlement au sein du Parlement pour les députés et le personnel ont un caractère facultatif. Il faudrait les rendre obligatoires afin que la question du harcèlement soit prise au sérieux. Le harcèlement est un délit qui affecte la santé et met en jeu la sécurité des femmes qui en sont les principales cibles. C'est une violation de leur dignité.

Si certains États membres condamnent et punissent avec de lourdes peines le harcèlement, cette mesure devrait s'appliquer dans toute l'Union européenne. Une criminalisation du harcèlement à titre de violences sexuelles ou morales serait un premier pas vers une législation commune, conformément à la convention d'Istanbul qui va être ratifiée. La collecte de données intersectionnelles sur le harcèlement et la violence dans l'Union européenne pourrait contribuer à améliorer la prévention en cours et l'aide aux victimes. L'Union européenne et ses institutions doivent mettre en œuvre les recommandations de la résolution. Nous voulons atteindre une tolérance zéro au sein de notre Parlement.

**Ladislav Ilčić (ECR).** – Poštovani predsjedavajući, poštovane dame i gospodo, temeljni uzrok ovog groznog nasilja nad ženama je taj što mnogi muškarci kod žena gledaju samo tijelo, a ignoriraju osjećaje, stavove i druge aspekte osobnosti.

I umjesto da cijelo društvo provodi programe koji promoviraju cjelovitost ljudske osobe, cjelovitost žene, dostojanstvo žene, mnogi od vas koji podržavaju projekt *Me too* ustvari sprečavaju te dobre programe, a promoviraju čudne društvene koncepte poput rodne ideologije, koji upravo ugrožavaju tu cjelovitost žene jer odvajaju tijelo od ostalih aspekata osobnosti.

Vi na taj način, ustvari, povećavate mogućnost za nasilje nad ženama i to vam pokazuju loši rezultati Istanbulske konvencije. Dakle, osuda ovog strašnog nasilja nad ženama nam je zajednička, ali različiti su nam načini borbe protiv tog nasilja. Vaš način očito ne donosi rezultate. Preispitajte ga.

**Maria Grapini (S&D).** – Domnule președinte, sigur, cei care sunt mai vechi în Parlament știu că se discută de ani de zile: toleranță zero la hărțuire, la hărțuire sexuală. Problema nu este că o să votăm, pentru că sunt convinsă că se va vota această rezoluție, dar ce facem cu rezoluția? Câte rezoluții n-am mai votat noi și nu s-a întâmplat nimic? Nu s-a schimbat nimic. Aici avem nevoie să răspundem: cum identificăm hărțuitorii, ce se întâmplă cu ei, care sunt pedepsele? Să pornim de la definiție. Eu sunt convinsă că acum conceptul de hărțuire sexuală este înțeles diferit de multă lume de aici.

Cum facem să nu avem victime? Ce facem cu statisticile (care, să știți, sunt departe de realitate)? Pentru că, dacă o femeie nu recunoaște că este hărțuită, sigur că statistica arată jumătate din femei. Sunt convinsă că mai mult. Eu cred că trebuie să trecem la fapte și trebuie să vedem măsuri concrete. Pe de o parte, aici, în instituțiile europene, evident, după aceea să extindem problema pentru a avea odată diminuare. Eu nu sunt... eu sunt realistă. Nu cred că o vom elimina total, dar măcar să diminuăm hărțuirea, pentru că este acum o situație extrem de gravă.

*(End of catch-the-eye procedure)*

**Johannes Hahn**, *Member of the Commission*. – Mr President, I welcome the debate on this important aspect of our responsibilities as employers and the opportunity to listen to different viewpoints and perspectives.

The changes we have seen in the way we work post-COVID have brought with it new challenges. But the phenomenon of harassment has shown that it is able to adapt also to the digital environment. This will require employers to adapt and modernise our respective toolboxes to tackle the phenomenon of harassment.

**Michal Šimečka**, *rappporteur*. – Mr President, I'll be really brief, and I'd like to reiterate my thanks to the shadow rapporteurs and everyone who worked on this report, and also thanks to everyone who participated in this debate. I want to add one more thank you, which I forgot in the in the first intervention, and that is to the MeToo activists here in the European Parliament and beyond for keeping the issue on the agenda.

Now, also to speakers who voiced criticism and who might perhaps not vote in support of the draft report, I would say that it is perhaps better to think less in terms of ideological frameworks and more in terms of the victims and the pain and the suffering that they are going through, and what can we do in practical terms. The report has a lot of it. What can we do to minimise that pain and to minimise the number of victims, at least here in the European Parliament.

I share the frustration with many of you who've mentioned that we've been here before, we've had similar reports before and we've heard similar statements before. My only reply to that would be that the stronger the majority for this report and for the recommendation that it contains, the stronger the political pressure for those who can enact those changes to actually do so.

Finally, just remarking if people who are watching this debate and who might have been subject to sexual or psychological harassment, I would ask you to speak up and Parliament will stand by you.

**President**. – Thank you for your remarks. The debate is closed. The vote will be held tomorrow.

*Written statements (Rule 171)*

**Rosa Estaràs Ferragut (PPE)**, *por escrito*. – La igualdad de género es un valor fundamental de la Unión Europea y debe extenderse a todas nuestras políticas. Combatir la violencia contra las mujeres y la violencia de género es una prioridad absoluta de la Unión.

El acoso es una forma absoluta de violencia de género. Existen casos de acoso sexual en las instituciones europeas y por eso necesitamos combatirlo. Para ello es necesario lo siguiente: primero, un llamamiento a los Estados miembros para ratificar el Convenio de Estambul; segundo, la adopción de la Directiva sobre la violencia contra las mujeres, a fin de que el acoso se considere un eurodelito y se le dé una definición común y coordinada para poder luchar conjuntamente; y tercero, intensificar todas las medidas que hemos aprobado en el Parlamento en cuanto a la formación obligatoria, al refuerzo de los comités, a la red de asesores para poder prevenir y sensibilizar, para que el objetivo sea siempre romper el acoso normalizado, denunciar y castigar a los culpables, apoyar a las víctimas, agilizar los procedimientos de denuncia, evitar la estigmatización de las víctimas y aplicar sanciones más estrictas. Como legisladores y empleadores debemos dar ejemplo.

Gracias a #MeToo hemos avanzado, pero queda mucho camino por recorrer.

**Sylwia Spurek (Verts/ALE)**, *na piśmie*. – Mamy 2023 rok, a kobiety doświadczają molestowania seksualnego w miejscu pracy, w służbach mundurowych, w sklepach, na ulicy, na uczelniach, w codziennych sytuacjach. Wiele kobiet powiedziało i mówi: metoo. Ale jest wiele kobiet, które nadal boją się lub wstydzą się powiedzieć, nadal nigdzie nie zgłasza przemoc, jakiej doświadczyły. Pilnie potrzebujemy systemu, który pryncypialnie stoi po stronie ofiar, który daje im wsparcie i poczucie bezpieczeństwa, w którym ofiary nie boją się i nie wstydzą się zgłaszać przypadków molestowania. Pilnie potrzebujemy także takiego systemu, w którym aktywną rolę w zwalczaniu przemocy będą odgrywać mężczyźni. Bo przemoc ma płęć. Nie wszyscy mężczyźni molestują, ale większość sprawców to mężczyźni. W 82% przypadków molestowania seksualnego wobec kobiet sprawcą jest mężczyzna. Dlatego to do chłopców należy kierować działania edukacyjne, antydyskryminacyjne i antyprzemocowe od najmłodszych lat. Dlatego mężczyźni zamiast czuć się obrażeni czy zaatakowani „metoo”, powinni zrozumieć, że to nasza wspólna sprawa – i kobiet, i mężczyzn, i powinni wziąć odpowiedzialność za problem.

## 19. Stärkung des sozialen Dialogs (Aussprache)

**President.** – The next item is the debate on the oral questions to the Council and the Commission on strengthening social dialogue in the European Union, tabled by Dragoş Pişlaru, Agnes Jongerius, Stelios Kypouropoulos, Abir Al-Sahlani, Rosa D'Amato, Elżbieta Rafalska, Eugenia Rodríguez Palop, on behalf of the Committee on Employment and Social Affairs (O-000019/2023 - B9-0020/23) (O-000020/2023 - B9-0021/23) (2023/2536(RSP)).

**Dragoş Pişlaru, author.** – Mr President, indeed it is late in the evening. We don't have, unfortunately, someone from the Council side for a topic that is indeed a question for oral answer to the Council and the Commission. Indeed, it is late in the evening and that was the schedule. But the topic that we are discussing right now is a crucial topic.

Social dialogue is a fundamental part of the European social model. It is not necessarily fit to discuss it at the end of an agenda with a room that is not necessarily full of colleagues. And that's actually the problem, that despite the fact that the social driver is a key driver for economic and social resilience, competitiveness, fairness, sustainable growth – crucial for finding balanced responses to new and existing needs and challenges related to the labour market and working conditions – despite all that, we still have issues in implementing those values and social dialogue at EU level. Moreover, there is a worrisome trend because over the past 30 years, the share of workers covered by collective agreements has declined, with the estimated EU average falling from about 66% in 2000 to about 56% in 2018, with the Covid situation being very worrisome as well.

And indeed, we are witnessing right now a new ambition at EU level to increase and strengthen social dialogue. And apart from the benefits of social dialogue and workers involvement in the working conditions of EU citizens, another benefit of social dialogue is that countries with robust frameworks of social dialogue and a high coverage of collective bargaining have more competitive and resilient economies. So social dialogue works. We have this ambition to strengthen social dialogue. And at the same time, we often minimise the importance of this particular topic. Given this, the Employment Committee – indeed, I am not necessarily the author here, but I am representing my colleagues, and I would like to congratulate all the champions in the EMPL committee, in the Employment and Social Affairs Committee, for pursuing this particular topic in the agenda – and I in my role as the Chair of the Employment and Social Affairs Committee, would like to formalise this particular debate by asking officially the Council and the Commission a couple of questions.

So first, I would like to address the Council with an empty seat, unfortunately, and maybe they can actually see it online and answer in writing. The first question would be how the Council encourage Member States to ensure an enabling environment for bipartite and tripartite social dialogue and due respect for the social partners' autonomy. How is the council going to ensure that the proposed recommendation complements Article 4 of the Directive (EU) 2022/2041 on minimum wages in particular in terms of measures to increase national collective bargaining coverage? How will the Council ensure that Member States remove institutional or even legal barriers to social dialogue and strengthen the organisational capacity of the social partners, including through the allocation of adequate resources? A very important topic. How will the Council and the Commission support Member States in addressing anti-trade union practices, lack of representation, the more fragmented workforce and the increase in non-standard forms of work that may lead to precariousness? How will the Council ensure that Member States promote timely access to information for social partners and timely consultation with them, so that they can be meaningfully involved in designing and implementing employment and social policies or even wider programmes like the RRF? How will the Council encourage Member States to ratify and implement all ILO Core Conventions, in particular the recently designated Core Conventions 155 and 187 and Convention 190?

And to the Commission, how will the Commission, jointly with the Member States and the social partners, monitor the effective implementation of the proposed recommendation? And what concrete indicators and data will be used to measure progress towards greater collective bargaining coverage? How will the Commission support Member States in promoting the inclusion of more sectors in social dialogue, ensure the allocation of – again – adequate resources, particularly to the European Social Fund Plus? How will the Commission ensure that the assigned Social Dialogue coordinators will be involved in all employment related aspects of EU policy-making across all policy areas – so no silo policy? How will the Commission guarantee financing for European Sectoral Dialogue in the long term? And last but certainly not least, what steps will the Commission take to promote the role of social dialogue in addressing climate and digitalisation issues in the workplace and achieving a just transition? Thank you very much.

**Johannes Hahn**, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members, social dialogue is indeed essential to guarantee fairness and inclusion in the labour market. It is a core element of our social market economy, contributing to building a competitive and more resilient economy.

I am pleased that the Parliament has been calling more than once for a further reinforcing social dialogue at national and European Union level. The aim of the Commission's social dialogue initiative, prepared with the close involvement of social partners, is to give social dialogue a further boost in the Union.

It is important to recall that there is no one-size-fits-all solution when it comes to social dialogue. What works in a Member State might not work in another. Yet there are some common lines in well-functioning social dialogue systems that the Commission is recommending in its proposal for the Council recommendation.

The Commission proposes to regularly monitor the implementation of this recommendation jointly with Member States and social partners through tripartite meetings. The Commission also proposes to develop, jointly with the Employment Committee and social partners, commonly agreed indicators. I am grateful for the efforts of the Swedish Presidency to bring this recommendation forward for adoption at the June EPSCO Council.

There is obviously a link between the Council recommendation and the Minimum Wage Directive as far as both promote collective bargaining. The Directive contains provisions to promote collective bargaining in the context of adequate minimum wage. It asks Member States where collective bargaining coverage does not reach at least 80% of workers to put in place an enabling framework for collective bargaining and an action plan to promote it.

On the other hand, the proposed Council recommendation provides guidance to Member States to strengthen social dialogue more generally. The Commission will work constructively with Member States in view of avoiding duplication in this respect.

The proposed recommendation will support Member States in tackling existing legal and institutional barriers to social dialogue. It calls, for example, on Member States to ensure that the representative social partners are recognised for the purposes of social dialogue, but also to remove barriers to social dialogue covering new forms of work or atypical employment. The Commission will also continue to monitor social dialogue through the European Semester in cooperation with the Employment Committee.

Let me also underline that in a number of Member States social partners still lack the necessary capacities for effectively participating in social dialogue. I am therefore pleased to inform you that ESF+ funding for the capacity building of social partners has been programmed by 20 Member States. This support amounts to an over EUR 360 million contribution, and this represents over 0.4% of the total ESF+ amount.

Regarding EU social dialogue, the Commission proposes a set of measures to strengthen it, such as the establishment of social dialogue coordinators in all the relevant Commission services. I am confident that the coordinators will help in fostering a better understanding of social dialogue across the Commission and a more coherent approach to involving social partners. We also work together with social partners on a new approach for organising the meetings of the sectoral social dialogue committees.

To be clear, the Commission will continue to finance the organisation of sectoral social dialogue meetings. However, we need to explore the best way for ensuring the sustainability of these meetings. This is necessary in a situation where the Commission's administrative budget and its human resources are under pressure and where the Commission is committed to the greening of the Commission. We are in discussions with EU sectoral social partners on this question.

Finally, let me address your last question regarding the role of social dialogue in relation to the twin transition. Social partners play a central role in helping to anticipate and address the employment and social consequences of the transitions to a digital and climate neutral economy.

Social dialogue contributes to finding balanced solutions as well as supporting up- and reskilling and job transitions. This is also highlighted in last year's Council recommendation on ensuring a fair transition towards climate neutrality.

As you know, the cross-industry social partners are currently negotiating, with support from the Commission, a new social partners agreement on daily work and the right to disconnect. By doing so, social partners would demonstrate that EU social dialogue can deliver for the benefit of European workers and companies. So we look forward to the resolution on this topic to continue our joint cooperation on this important shared goal.

**Dennis Radtke**, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann Dragoş Pîslaru nur recht geben: Es ist schade, dass eine Debatte, die so wichtig ist für die Frage „Wie geht es weiter voran mit dem sozialen Europa?“ zu einer solchen Randzeit stattfindet. Aber das Wichtigste für mich ist erst einmal, dass diese Debatte stattfindet.

Der Kommissar hat gerade darauf hingewiesen: Wir als Parlament versuchen wirklich alles, um den sozialen Dialog auf der europäischen Ebene wieder in Gang zu setzen, weil die Entscheidung, wie wir beispielsweise mit der Frage „*right to disconnect*“ umgehen, die lag hier auf dem Tisch. Und ich weiß, dass es nicht wenige gab, auch bei den Sozialpartnern, die gesagt haben, am besten wäre es, Kommission und Parlament bringen da selber etwas auf den Weg.

Aber ich war immer einer derjenigen, die gesagt haben: Gerade bei einer solchen Frage müssen doch diejenigen, die näher dran sind an dem, was in den Betrieben stattfindet, die müssen doch die Lösung bringen. Und deswegen bin ich nach wie vor davon überzeugt, dass das richtig war. Und mittlerweile sehen das ja auch beide Sozialpartner so, aber diesen Prozess müssen wir fortsetzen.

Deswegen will ich ganz offen und ehrlich sagen, dass ich mich über manches ärgere, was jetzt in der Entschließung gelandet ist. Wir bringen mit Debatten über Telework beispielsweise, mit unserer Richtlinie zum europäischen Mindestlohn – das sind aktive Beiträge zur Stärkung von Sozialpartnerschaft, das ist das, was wir brauchen. Und dass wir dann in der Debatte jetzt eine Diskussion führen über das Verhältnis von Vorstandsgehältern zu Mitarbeitergehältern: Leute, das hat doch mit Sozialpartnerschaft nichts zu tun.

Lasst uns für mehr Tarifbindung, für mehr Sozialpartnerschaft kämpfen, dafür, dass die Leute eine anständige Vergütung haben. Dann sollen die Vorstände verdienen, was sie wollen, das sind Nebenkriegsschauplätze. Lasst uns uns bitte in Zukunft weiter auf das Wichtige fokussieren.

**Agnes Jongerius**, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, the eight-hour workday, holiday allowances, the weekends: we all owe a big thanks to trade unions for these rights.

We have to stand up for workers' rights to organise or the freedom to collective bargaining, as they are under attack. Even though we guaranteed the fundamental workers' rights in the directive on adequate minimum wages, the right-wing forces in this House still try to attack them, trying to harm the autonomy of social partners. And it's not only in this House; it's also in many workplaces: there is an increase of union busting led by companies such as Amazon and Starbucks. And therefore, we need to turn the tide.

Therefore, I call upon the Commission to show a little bit more commitment than just in the speech of Commissioner Hahn and invest in more financial, legal and technical support for the sectoral social dialogue to strengthen the social partners. We can only reach the aim of 80% collective bargaining coverage when we strengthen the social partnership and especially the trade unions.

In addition, I'm calling upon employers' organisations to come back to the table. Yes, they are at the table on the right to disconnect, but they are not at the table on many other topics. And you cannot have a social dialogue if you only say no. To have a true social dialogue, both sides of the table must invest and must show up. As they put it, it takes two to tango.

**Abir Al-Sahlani**, *för Renew-gruppen*. – Herr talman! Kära kollegor! Som svensk Europaparlamentariker står jag här, stolt, och representerar en stolt tradition och historia med den svenska arbetsmarknadsmodellen, där våra arbetsmarknadsparter har fått förtroendet av politikerna att få sköta den sociala dialogen. Där vi som politiker faktiskt tog ett steg tillbaka och lät de sociala parterna samarbeta och hitta lösningar.

Vi har turen att leva i en region av världen där vår ekonomi utvecklas, och det leder till ökat välbefinnande, ökad välfärd, men också där sociala parter gemensamt har kunnat hitta lösningar på en hela tiden förändrad arbetsmarknad. Det är bara genom dialogen mellan arbetstagar och arbetsgivare som lösningar på utmaningar har kunnat hittas. Det är genom den sociala dialogen mellan arbetstagar och arbetsgivare som både ekonomin och våra arbetstgares rättigheter har kunnat stärkas, och det är genom dialogen mellan arbetsgivare och arbetstagar som framtida utmaningar också kan lösas.

Det är därför vi som politiker måste också ta ett steg tillbaka och faktiskt låta sociala parter göra sitt jobb, nämligen att hitta de gemensamma lösningarna. Vi måste våga, som politiker, släppa taget ibland för att låta dem som kan, faktiskt, hitta de nödvändiga lösningarna.

**Rosa D'Amato**, *a nome del gruppo Verts/ALE*. – Signor Presidente, signor Commissario, onorevoli colleghi, si è appena concluso il Porto Social Forum, dove abbiamo discusso dello stato dei diritti sociali in Europa.

Governi come quello portoghese dimostrano volontà politica e leadership nel rispondere alla crisi sociale con misure concrete. Penso agli incentivi fiscali che hanno portato ad un aumento del tasso dei lavoratori coperti dalla contrattazione collettiva del 117 per cento. Ma questo non succede in tutti gli Stati membri.

Esattamente all'opposto di questo modello virtuoso, il governo di estrema destra italiano non è nemmeno venuto al Forum Sociale di Porto. Per fortuna, uno dei pochi governi assenti in questa grande occasione, in cui si discuteva dell'agenda sociale dell'Unione europea.

La risposta di questi governi, come quello italiano, alla crisi, è quella di tagliare misure di inclusione sociale, lasciare i lavoratori precari fuori dalla contrattazione collettiva. Sebbene un lavoratore su quattro guadagna meno del reddito di cittadinanza.

Le nostre democrazie non sono democrazie qualunque, nascono dall'inclusione dei cittadini nella gestione della cosa pubblica e dalla piena partecipazione dei più vulnerabili. Affamare la maggioranza, escludere i vulnerabili a vantaggio di pochi è un tradimento dei valori democratici.

**Elżbieta Rafalska**, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzy! Celem tej rezolucji jest dalsze wzmacnianie i upowszechnianie dialogu społecznego za pomocą konkretnych działań, zarówno na poziomie krajowym, jak i unijnym, poprzez konsultacje z partnerami społecznymi w sprawie opracowywania i wdrażania polityk gospodarczych, polityk zatrudnienia i społecznych.

Ma to zachęcić partnerów społecznych do przyjrzenia się nowym formom zatrudnienia i umożliwić zwiększenie potencjału organizacji pracowników i pracodawców. Dialog społeczny jest solą demokracji, ale wymaga też odwagi i odpowiedzialności wszystkich partnerów społecznych.

Negocjacje były dosyć burzliwe. Udało nam się uwzględnić szereg naszych propozycji, złagodzić niektóre brzmienia zapisów, np. celu wynoszącego 90% zasięgu rokowań zbiorowych. Na nasz wniosek w tekście uwzględniono zróżnicowane sytuacje partnerów społecznych w różnych państwach członkowskich oraz ich problemy. W tekście znajdują się kontrowersyjne zapisy, które zgłosiliśmy do odrębnego głosowania, i liczymy na poparcie propozycji ECR-u, naszych propozycji.

**Jordan Bardella**, *au nom du groupe ID*. – Monsieur le Président, nous voilà rassemblés pour évoquer une chimère, un fantasme qui n'existe que dans le cerveau des technocrates européens, une illusion de la Commission: l'Europe sociale. Depuis maintenant plusieurs décennies, l'Europe sociale est cet horizon que vous vendez aux peuples d'Europe et qui n'a cessé de s'éloigner à mesure des politiques que vous avez mis en œuvre. Cette Europe sociale que l'on devrait plutôt baptiser «l'Europe du saccage social», vous l'avez en fait rendue impossible, rendue impossible par des injonctions faites chaque année aux États où la course au moins-disant social l'emporte toujours.

C'est sur ces recommandations de la Commission, usant du chantage au versement des fonds du plan de relance, qu'Emmanuel Macron a imposé en France, brutalement, une réforme des retraites pourtant massivement rejetée par nos compatriotes. C'est sur ces recommandations de la Commission que nos États ont été contraints de réduire les dépenses et l'efficacité des services publics, à commencer par celle de l'hôpital et de la santé.

En vérité, l'Europe sociale n'existe pas. Elle n'existe pas puisque l'Union européenne a renoncé à protéger les peuples face à la mondialisation sauvage, aux ravages des délocalisations et aux pressions effectuées à la baisse sur les salaires. Pire encore, elle les a exposés au dumping social avec la directive «détachement des travailleurs», qui crée une concurrence insupportable entre les pays membres.

Face au mur de l'inflation, l'Union européenne a laissé seul les peuples d'Europe face aux prédateurs d'en haut en laissant la spéculation mondiale faire exploser les prix de l'énergie par le mécanisme tarifaire absurde du marché européen de l'électricité. Tant que l'Europe refusera d'être un bouclier qui protège les peuples européens face aux mauvais vents de la mondialisation, alors l'Europe sociale sera condamnée à n'être qu'une intenable promesse.

**Eugenia Rodríguez Palop**, *en nombre del Grupo The Left*. – Señor presidente, más allá de las buenas palabras, la eventual Recomendación que apruebe el Consejo tiene que servir para promover un diálogo social efectivo. Y eso solo se consigue incluyendo mecanismos de garantía, procedimientos de infracción, condena de conductas antisindicales y promoción de incentivos en la contratación pública. O promoviendo la negociación sectorial como ámbito de negociación prioritario para los trabajadores.

Hay que reconocer que, en su momento, fue un error apostar por la bajada de salarios y costes laborales. Un error que se sufrió en España con la reforma laboral del Partido Popular, alentada por la anterior Comisión. Por suerte, hoy sabemos que las cosas pueden ser de otra manera gracias a los numerosos acuerdos sociales que se han implementado en el marco de los ERTE, el trabajo de plataformas o la subida del salario mínimo. Y esta es la lección que no podemos olvidar.

El papel del diálogo social y la negociación colectiva está constitucionalizado en los Tratados. Pero, sin voluntad política y ambición en la Recomendación del Consejo, todo será papel mojado. Ya lo vimos en la sentencia Laval o en la reciente interpretación del artículo 155 del Tratado de Funcionamiento de la Unión Europea. Así pues, estamos avisados.

**Λευτέρης Νικολάου-Αλαβάνος (NI)**. – Κύριε Πρόεδρε, πριν δύο μέρες ένα εργοδοτικό έγκλημα στέρησε τη ζωή σε έναν ακόμα εργατή στη ναυπηγοεπισκευαστική ζώνη του Περάματος. Μεγαλοξενοδόχοι απειλούν με ρήτρα 5.000 ευρώ αν υπάλληλός τους παραιτηθεί από το κάτεργό τους. Έτσι αποκαλύπτονται τα γκέτο της καπιταλιστικής ανάπτυξης, που κόμματα και κυβερνήσεις του κεφαλαίου, φιλελεύθερες και σοσιαλδημοκρατικές, προωθούν.

Η σταθερότητα, η ανταγωνιστικότητα, η βιωσιμότητα που ευαγγελίζεται η έκθεση σημαίνουν σε πάνω από το 50% των κρατών μελών κατάργηση συλλογικών συμβάσεων εργασίας, καθορισμό του μισθού με υπουργική απόφαση, περιορισμό συνδικαλιστικής δράσης και δικαιώματος στην απεργία, που σημαδεύουν τη στρατηγική της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Σημαίνουν αποψίλωση επιθεωρήσεων εργασίας από ουσιαστικές αρμοδιότητες ελέγχου και επιβολής κυρώσεων, υποστελέχωση και εγκατάλειψη, όπως συνέβη στην Ελλάδα κατά τα πρότυπα της Ευρωπαϊκής Αρχής.

Οι εργαζόμενοι κόντρα στα ευρωενωσιακά κηρύγματα ταξικής συνεργασίας να βαδίσουν στον δρόμο της σύγκρουσης με το σάπιο σύστημα που βάζει τη ζωή τους στο ζύγι της κερδοφορίας των ομίλων. Να ενισχύσουν το ΚΚΕ, το δοκιμασμένο και σταθερό στήριγμά τους, στην πάλη για τα σύγχρονα δικαιώματα, για την κατάργηση όλων των αντεργατικών νόμων.

**Johannes Hahn**, *Member of the Commission*. – Mr President, I want to thank all honourable Members for their interventions and I am pleased that we all agree on the importance of further strengthening social dialogue at national and European Union level. The Commission will continue to work closely with EU social partners to reinforce EU social dialogue and to better harness its full potential. I am looking forward to the conclusions of the new social partner agreement on telework and the right to disconnect currently negotiated by cross-industry social partners.

I also hope that the negotiations on the Commission's proposal for a Council recommendation will lead to a good and solid outcome. The Council recommendation should help to improve the quality and effectiveness of social dialogue and collective bargaining in those Member States where we see a clear room and need for improvement.

**President.** – That concludes the debate. I have received one motion for a resolution<sup>1</sup> to wind up this debate.

The vote will be held tomorrow.

*Written statements (Rule 171)*

<sup>1</sup> See minutes.

**Dominique Bilde (ID), par écrit.** – L'Europe qui protège est un mythe auquel ne croient plus les peuples qui subissent en réalité la destruction de l'État et la disparition de leurs acquis sociaux ! Comment peut-on croire cette UE qui fait croire qu'elle pousse les nations, dont la France, vers le progrès social alors que concrètement, elle met la pression sur les gouvernements nationaux pour faire passer de gré ou de force une réforme des retraites ! Ce texte sur le renforcement du dialogue social ne fait que contribuer à la mascarade et aux mensonges proférés par une Commission qui ose décidément tout: dire une chose et faire exactement son contraire dans le dos des Français ! En voulant s'immiscer dans nos conventions collectives et en voulant s'occuper du rôle des syndicats nationaux, Bruxelles est en train de franchir toutes les lignes rouges. En effet, en souhaitant ériger un «modèle social européen» à l'insu de tous, elle est en train de mettre en péril les équilibres nationaux et les traditions sociales qui sont le fruit de décennies de négociations. Fausses promesses pour les peuples, mais vraie menace pour notre souveraineté, ce rapport sur le renforcement du dialogue social doit être combattu de toutes nos forces !

**Victor Negrescu (S&D), în scris.** – Dialogul social trebuie să fie o prioritate-cheie a Uniunii Europene dacă ne dorim un climat social care să asigure reziliența Europei în anii care urmează. Din păcate, schimbările pieței muncii, creșterea individualismului, politicile antisociale și noile forme de muncă ne arată discrepanțele existente între statele membre și necesitatea creșterii nivelului de implicare din partea Uniunii pe această componentă. Astfel, în calitate de responsabil al grupului social-democrat pentru bugetul european din ultimii doi ani, am solicitat și obținut creșterea alocațiilor financiare pentru dialogul social, arătând încă o dată că familia noastră politică se luptă pentru cei mulți. Partenerii sociali trebuie, în opinia mea, implicați direct în fundamentarea deciziilor pe zonele bugetare, planurile de redresare fiind un exemplu care demonstrează că putem avea această abordare participativă. Totodată, pentru a putea genera rezultate pozitive și un impact real la nivel european, dialogul social trebuie să fie parte a procesului decizional. Astfel, trebuie creat un mecanism integrat pentru dialog social la nivel european prin care vom putea avea o abordare unitară, instrumente comune și un impact în toate statele membre generat de soluțiile adoptate împreună cu partenerii sociali.

**Ádám Kósa (NI), írásban.** – Támogatom a munkavállalók érdekképviseleti részvételét, de azok nevében, akik éltünk abban a korszakban, amikor kötelező volt a szakszervezeti tagság, biztosan állíthatom, hogy nem kívánjuk vissza azt az időt. Nem kérdés, hogy az uniós joggal, valamint a nemzeti jogszabályokkal és gyakorlattal összhangban a munkavállalóknak és a munkaadóknak joguk van arra, hogy kollektív tárgyalásokat folytassanak és kollektív szerződéseket kössenek.

Ne feledjük el azonban, hogy az Emberi Jogok Európai Bíróságának joggyakorlatával összhangban figyelembe kell venni, hogy nemcsak ahhoz van mindenkinek joga, hogy egy szervezetbe belépjen, de ahhoz is, hogy ne lépjen be, és ahogy a tagság, úgy a távolmaradás ténye miatt sem érhet senkit hátrányos megkülönböztetés. Visszautasítom tehát azt a baloldali lázálmot, amely kötelezővé tenné a szakszervezeti tagságot. Ezt a kommunizmus éveit Kelet-Európában már átéljük, és ebből nem kérünk újra akkor sem, ha ez az eszme most Brüsszelből érkezik.

**Guido Reil (ID), schriftlich.** – Eine Stärkung des sozialen Dialogs ist sicherlich notwendig. Sowohl in Deutschland als in der gesamten EU gibt es einen deutlichen Trend zum Rückgang von Tarifbindungen. Hauptursachen sind der Strukturwandel und die Mitglieder- und Organisationsschwäche der Gewerkschaften. In Deutschland hat auch das Tarifautonomiegesetz (2014) diesen schleichenden Erosionsprozess nicht zum Halten gebracht. Jetzt hat die Ampelkoalition einen neuen Gesetzentwurf zur „Tariftreue“ vorgeschlagen. Die Politik behauptet, sie möchte den sozialen Dialog und die Tarifautonomie fördern. In Wirklichkeit greift der Staat zunehmend in die Kompetenzbereiche der Tarifvertragsparteien ein. Obwohl die Erhöhung des Mindestlohns grundsätzlich zu begrüßen ist, war die Art, wie sie beschlossen wurde, nicht in Ordnung. Den Mindestlohn ohne Einbezug der zuständigen Mindestlohnkommission zu erhöhen, schadet der Tarifautonomie in Deutschland. Durch diesen politischen Eingriff wird das System der Tarifvereinbarungen in der Sozial-

partnerschaft massiv geschwächt. Auch in dieser Entschließung zur Stärkung des sozialen Dialogs ist diese politische Steuerung zu erkennen, mit u. a. einem Plädoyer für einen EU-Fonds zur Stärkung des sozialen Dialogs. In Wirklichkeit sehen wir, dass die Europäische Kommission einen richtig funktionierenden Sozialdialog auf EU-Ebene verhindert. Meiner Meinung nach soll die Stärkung der Tarifbindung „von unten“ geschehen. Statt auf Zwang einzusetzen und in die Kompetenzen der Tarifparteien einzugreifen, muss die Attraktivität der Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft oder in einem Arbeitgeberverband erhöht werden.

**Sandra Pereira (The Left), por escrito.** – Este debate que aqui estamos a ter sobre o reforço do diálogo social faz tábua rasa das responsabilidades da UE e da sua ação declarada no ataque aos direitos dos trabalhadores e no enfraquecimento dos sistemas de negociação e contratação coletiva, que diz querer agora promover. Exemplo disso são as alterações à legislação laboral em Portugal, incentivadas pela própria UE, bem como os recorrentes ataques desta à subida de salários no nosso país. Não será, certamente, através do caminho defendido de promoção da contratação coletiva supranacional, fragilizando as organizações sindicais nacionais, que se vai promover a contratação coletiva ou que se irão conquistar mais direitos.

O que é necessário é acabar com as políticas antissociais promovidas pela UE e promover os direitos à organização, negociação e contratação coletivas. Importa igualmente repor o princípio do tratamento mais favorável ao trabalhar, revogar as normas da caducidade da contratação coletiva, eliminar as barreiras ao livre exercício da atividade sindical nas empresas e locais de trabalho.

## 20. Ausführungen von einer Minute zu Fragen von politischer Bedeutung

**President.** – The next item is the one-minute speeches under Rule 172.

**Romana Tomc (PPE).** – Hvala lepa. Spoštovani predsedujoči, 16. maja letos je slovenska vlada ukinila nacionalni dan spomina na žrtve komunizma. To je zavržno dejanje brez primere, je ponižanje nedolžnih žrtev ter zanikanje temeljnih civilizacijskih norm. Je v posmeh evropskim vrednotam in demokraciji. Slovenija nikoli ni sprejela resolucije Evropskega parlamenta o evropski zavesti in totalitarizmu. Komunisti in njihovi nasledniki so to preprečili. Oni še danes slavijo komunistične zločine, na drugi strani pa njihovim nedolžnim žrtvam, tudi otrokom, odrekajo pravico do groba in celo do spomina. Nevarno je, ko ima oblast politika, ki opeva komunistični režim in spodbuja ideološke boje. Danes v Sloveniji, jutri kje drugje. A kljub temu, da nas želijo utišati, nam grozijo s smrtjo, ne smemo biti tiho, saj je to velika nevarnost tudi za našo prihodnost v Evropski uniji. Pozivam zato Evropski parlament, da kot branik evropskih vrednot ostro obsodi obujanje komunizma in zanikanje grozot, ki jih je ta totalitarni režim povzročil. Hvala lepa.

**Łukasz Kohut (S&D).** – Panie Przewodniczący! Chciałbym tutaj, w świątyni europejskiej demokracji, zabrać głos w imieniu mieszkańców Palowic, Mikołowa i innych miejscowości na Śląsku. Budowa Centralnego Portu Komunikacyjnego w Baranowie to megalomańska kpina i próba napchania kieszeni swoim ludziom przez partię rządzącą. W Mikołowie w ostatnim zaproponowanym wariantcie trakcja kolejowa przecina miasto na pół. Łaziska Górne i Orzesze to szeroko zakrojone wywłaszczenie ludności. Palowice i Szczekowice to wsie na Pojezierzu Palowickim, zielone płuca Śląska.

Kolejny raz okazało się, że ze stolicy, z Warszawy, nie widać Śląska i jego problemów. Dlatego liczymy na Unię. To właśnie w województwie śląskim odsetek ludzi głosujących za przystąpieniem Polski do Wspólnoty był największy. To ostatni moment na reakcję. Wsparcie lokalnych społeczności i ochronę środowiska naturalnego na Śląsku.

Apeluję do Komisji Europejskiej o działanie w tej sprawie, póki nie jest za późno. Wysłałem szczegółowy list do przewodniczącej Komisji Ursuli von der Leyen i liczę na reakcję.

**Katalin Cseh (Renew).** – Mr President, Viktor Orban's oppressive regime has revealed its true colours yet another time: none of us can forget this image of a 17-year-old student in the suffocating ring of riot police being directly shot in the face with teargas. All he did was protest the unbearable crisis of public education.

Hungarians are taking to the streets because of the so-called revenge law designed to oppress and intimidate teachers – because teachers are fired for participating in strikes, their private communication can be monitored and they can be punished for criticising the government. They may even be ordered to work far away from their home, like members of the armed forces. Union leaders have called this slavery. Colleagues, Europe must stand in solidarity with them. And yes, public education is a national competence, but the deprivation of basic rights, access to education – these are democratic minimums.

Therefore, we plead to the Commission: compel the Orban Government to revoke this disgraceful law, stand with Hungarian teachers and Hungarian students. Take action, now.

**Grace O’Sullivan (Verts/ALE).** – Mr President, today I will talk about disabilities and travel. Last week, Carolyn Akintola travelled from Ireland to Brussels to campaign on behalf of people with disabilities. Despite pre-booking and notifying Ryanair of her needs, her wheelchair was taken from her. Carolyn was subjected to a degrading search, and when this caused a delay, the captain of the flight told over 100 passengers it was due to people in wheelchairs holding up the flight.

Ryanair CEO Michael O’Leary is here in Brussels today. He is asking the Commission for special treatment to circumvent striking workers. Well, first and foremost, the Commission must ensure the rights of people with disabilities. We must uphold the UN convention for their rights, and airlines must clean up their act in more ways than one.

**Ангел Джамбазки (ECR).** – Г-н Председател, в този момент, в този ден пропължават срещите на заместник министър-председател на държава, която дори нека не е кандидат за член на Европейския съюз, който обаче провежда лобистка политика, привиквайки европейски представители, снимайки се с тях, поставяйки ги, това е г-н Маричич от Република Северна Македония. И той се снима с хора от комисията по външни работи, наши колеги, публикува ги и им подсказва какво да направят в следващите няколко дни. Това страшно много прилича на скандали като Катар-гейт. Държава, която не е кандидат за член, използва европейски представители.

И затова Ви питам, господин Председател. Ще попитате ли колегите на снимките в какво качество те са били на тези срещи? Кой ги е изпратил там, каква отговорност носят? Защо те се снимат с човек, който представлява държава извън Европейския съюз? И има ли някакъв разговор, някаква договорка между тези хора. Защото много се говори за лобизъм и трябва да видим каква е цената на този лобизъм. Дължите ми отговори.

**Virginie Joron (ID).** – Monsieur le Président, chers collègues, la gauche, les Verts et les amis de Macron nous ont dit: «pourquoi vous voulez retirer les badges d’accès de Pfizer au Parlement», alors que le PDG de Pfizer refusait de nous accorder dix minutes pour répondre à nos questions sur le plus gros contrat de l’histoire européenne. Ces députés ont soutenu Pfizer.

Et depuis, c’est le festival Pfizer. D’un côté, Pfizer défend ses intérêts commerciaux: 2,4 milliards de doses à 19,50€ la dose, *business is business*. Et de l’autre côté de ce contrat, une Commission qui s’agenouille en déclarant que Pfizer perd de l’argent. Mais de qui se moque-t-on?

Moi, je suis choquée, comme des milliers d’Européens, choquée de voir que Pfizer demande aux députés de la commission Covid de justifier leurs questions sur la transparence et de laisser leur téléphone à l’extérieur de la salle. Je suis choquée de devoir signer un papier pour protéger les intérêts financiers de Pfizer, choquée que Pfizer nous empêche de nous exprimer. Et vous cautionnez tout cela. Ce mur du silence pour protéger le trésor de guerre de Pfizer est scandaleux. C’est votre bilan. Et pour rappel, sachez que nous ne sommes pas des employés de Pfizer.

**Chris MacManus (The Left).** – Mr President, according to new data compiled by the Newstalk radio station, there are substantially more short-term holiday lets available in Ireland than long-term lets. Galway has nearly 20 times more short-term lets than long-term, while Donegal, also my constituency, has 47 times more.

Fine Gael and Fianna Fáil governments are pushing our young people away from a future in Ireland. To paraphrase W.B. Yeats, ‘No country for young men ... women, or indeed any future generation!’

How can we turn the tide of our young people leaving our shores when we can't even provide them with a home of their own? When I see the abundance of holiday homes available, I ask myself, does our current government view the West of Ireland as anything other than a holiday destination for a weekend retreat, as an amenity for those with multiple homes whilst others go homeless?

It's time for action, not just words. Let's secure our youth's future!

**Victor Negrescu (S&D).** – Domnule președinte, în curând, Spania va prelua președinția Consiliului Uniunii Europene, într-un moment în care Europa are nevoie de soluții imediate de sprijin pentru populație și într-o situație complexă din punct de vedere electoral. Fac apel din plenul Parlamentului European la toate partidele politice din Spania să sprijine aderarea României la spațiul Schengen, mai ales că președinția sa la Consiliul UE reprezintă ultima posibilitate de a face acest lucru până la alegerile europene de anul viitor. Social-democrații din Spania au fost clar în susținerea României. Este timpul ca reprezentanții drepte și extremei drepte din Spania să facă la fel.

Solicit tuturor partidelor din România și colegilor mei eurodeputați să discute cu partenerii lor, așa cum am făcut-o noi, social-democrații. Fără jumătăți de măsură, fără declarații lipsite de conținut și fără surprize generate, așa cum s-a întâmplat cu dreapta în Austria. Avem obligația să luptăm pentru respectarea tratatelor europene, să nu renunțăm la acest obiectiv și să folosim activ relațiile politice externe în interesul României și al Uniunii Europene.

**Илхан Кючюк (Renew).** – Г-н Председател, „Пореден скандал в България: Урсула фон дер Лайен – можеше ли да го избегне?“ Това е заглавието от днес на авторитетното френско издание Льо Монд. Не, не можеше да го избегне, защото скандалът се случи между бившия министър-председател на България, Кирил Петков, настоящ лидер, един от лидерите на „Продължаваме промяната“, и Урсула фон дер Лайен. Нека само да ви зачета. Това не е някакъв сериал от Латинска Америка, а се случва в европейска България. Запис, който придоби популярност не само в България, за съжаление.

„Попитах я какви са шансовете ни да ни приемат“, казва Петков. Тя ми отговори: „За Шенген имате големи шансове. За еврозоната трябва да намерите начин как да заобиколите правилата, в смисъл да влезете в рамката.“ „Аз ѝ отговорих“, казва Петков, „Може ли да имаме инфлация, която да е минус ефекта на Украйна?“ Тя ми каза: „Не ме цитирайте. Ще се опитаме да ви помогнем.“

Това е разговор, който се води между Урсула фон дер Лайен и Кирил Петков в момент, в който трябва да се реши съдбата на България, след пет избора да имаме редовно правителство. А има и други неща, които със сигурност вече се знаят от повечето от вас. Как трябва да бъдат подслушвани хора? Как трябва да бъдат сменяни шефове на полицията, за да може да се осигури изборна победа? Но, както се казва, имам една минута.

**Ana Miranda (Verts/ALE).** – Senhor Presidente, votar para acabar com a extrema-direita foi o que fizemos na Galiza no passado domingo. O avanço da extrema-direita na Europa e no Estado espanhol é preocupante. Na Galiza tiveram apenas um representante. Que exemplo se o compararmos com o resto do Estado!

O Bloque, o meu partido, foi o antídoto no meu país para deter a direita e os seus amigos da extrema-direita, porque o Sr. Feijóo, que quer ser o presidente do Estado, tem amizades muito perigosas e quer conquistar com mentiras e notícias falsas. Nada é mais perigoso que branquear a extrema-direita, como faz o Sr. Feijóo, do Partido Popular.

Em julho temos que voltar a votar, votar novamente para dar o exemplo de como combater a extrema-direita e ter um grupo parlamentar no Congresso espanhol para combater o que é um dos maiores perigos para a democracia europeia.

**Cristian Terheș (ECR).** – Mr President, dear colleagues, if the boxer Mike Tyson starts pretending to be a woman, with or without wearing lipstick or a dress, can we call the society which would allow him to box in the female category a 'society'? I say no.

This simple example illustrates the absurdity of those who claim to defend the rights of women, but at the same time support the senseless claim that a man who pretends to be a woman should, in the eyes of the law, the social norms, be considered a woman.

There are increased threats and risks of violence against women and girls in female private spaces like restrooms or spas if a biological man who pretends to be a woman is allowed to enter such spaces, or even expose himself.

Such behaviour of male perverts against women and girls should be prosecuted at the fullest extent of the law, not promoted by the European institutions – even in schools, to children.

Society must not reward sexual predators for their illegal actions by sending them to serve time in female prisons just because they pretend to be women.

We have a natural and legal obligation to defend and protect women. The obligation starts by acknowledging the biological reality of sex.

**André Rougé (ID).** – Monsieur le Président, chers collègues, la multiplication des normes par l'Union européenne contraint les pêcheurs des RUP à la mise en conformité de leur flotte. Pour ce faire, ce sont 64 millions d'euros qui ont été octroyés par la Commission à cinq départements d'outre-mer. Nombreux sont les pêcheurs qui n'en ont pourtant pas vu la couleur. Impossible de savoir combien d'entre eux sont réellement concernés par la dotation de cette aide, faute de transparence du gouvernement français. Nouvelle preuve de l'incapacité du gouvernement Borne à répondre aux problématiques. Ce manque de transparence a amené la Commission à suspendre ses aides.

Une fois de plus, ce sont nos compatriotes d'outre-mer qui se voient abandonnés et marginalisés par la gestion hasardeuse du président Macron. Le Rassemblement National alertait déjà sur l'importance de cette subvention, et nous le faisons de nouveau dans cet hémicycle concernant l'absence de transparence de son usage. La Commission doit octroyer de nouveau cette aide et laisser à la France du temps pour construire son rapport. Quant au président Macron et à son gouvernement, ils se doivent de remplir leurs obligations pour favoriser la pérennisation de cette aide indispensable.

*(Le président retire la parole à l'orateur)*

**Younous Omarjee (The Left).** – Monsieur le Président, c'est toujours une souffrance que de pointer son propre pays devant notre Parlement européen. Mais le devoir m'oblige à vous dire la dérive autoritaire du pouvoir en France, l'affaiblissement de la séparation des pouvoirs entre le législatif et l'exécutif. Et cet après-midi, très gravement, à l'Assemblée nationale française, la mise en cause des droits constitutionnels de l'opposition parlementaire, parmi lesquels le droit premier d'amendement.

Aujourd'hui, en France, un danger nouveau guette la démocratie. De dérive en dérive, d'abus de pouvoir en abus de pouvoir, c'est tout un système illibéral qui se met en place en France. Nous sommes des parlementaires européens et cela doit nous inquiéter car quand l'état de droit recule en France, c'est toute l'Europe, c'est le modèle européen, qui est attaqué.

**Maria Grapini (S&D).** – Doamnă președinte, sunt în Parlamentul European din 2014 și tot de atunci pledez pentru echitate, pentru aplicarea tratatelor și a regulamentelor în mod egal în cele 27 de state, pentru a nu crea inechități și, până la urmă, discriminare. Mă bucur, doamnă comisar, că sunteți astăzi de serviciu, pentru că una din inechitățile și discriminările făcute pentru cetățenii din țara mea, care m-au trimis aici, este faptul că Austria, țara dumneavoastră, se opune intrării României în Schengen fără niciun argument. Sunt în Comisia pentru libertăți civile, cunosc regulamentul Schengen, nu încălcăm niciun articol de acolo.

A doua inechitate, doamnă comisar, și poate o transmiteți și doamnei Președinte, tot pentru românii din țara mea, este că românii nu pot să meargă în Statele Unite fără viză. De ce nu aplicați reciprocitatea? Și v-aș ruga să mă ascultați, doamnă comisar, pentru că pentru dumneavoastră vorbesc. Cred că trebuie să aveți puțin respect pentru membrii Parlamentului European. Trebuie să-mi dați în plus să repet acum, doamnă președinte.

Deci era vorba de a doua inechitate, doamnă comisar, legată de cetățenii din România cărora nu li se acceptă mersul în Statele Unite decât pe bază de viză. Aveți tratatul: aplicați reciprocitatea și rezolvați aceste inechități, pentru că în România este un euroscepticism... *(Președintele a întrerupt vorbitoarea)* Da, doamnă președinte, nu m-a ascultat domnul comisar. Eu nu stau până la ora 22.00 să vorbesc aici, la o sală goală și comisarul să nu asculte. Este absolut nepotrivit acest lucru... *(Președintele a retras cuvântul vorbitoarei)*

**Michiel Hoogeveen (ECR).** – Voorzitter, binnenkort komt Brussel met nieuwe Europese belastingen. Waarom? Omdat NextGenerationEU, het zogenaamde coronaherstelfonds, betaald moet worden. Waarom was dit fonds ook alweer nodig? Omdat de EU moet groeien. En waarom moet de EU groeien? Omdat de enorme budgetten voor bureaucratie, klimaat en de fondsen voor Zuid-Europa niet omlaag mogen. En waarom niet? Omdat de EU anders moet inkrimpen. En waarom mag dat niet? Omdat de EU dan macht verliest.

Maar door de hoge rente is het nog duurder geworden voor de EU om te lenen. Dus moet er nog meer geld naar Brussel toe. En raad eens bij wie dat wordt opgehaald? Bij de mensen thuis uiteraard. En daarom worden er nieuwe belastingen geïntroduceerd.

De miljarden van het NextGenerationEU zijn nog niet eens opgehaald, laat staan uitgegeven. Tijd om met het fonds te stoppen voordat het helemaal te laat is.

**Vlad-Marius Botoș (Renew).** – Domnule președinte, Uniunea Europeană evoluează. Noi, aici, în Parlamentul European, facem tot ce ține de noi să ne adaptăm schimbărilor și provocărilor. Îmbunătățim modul de lucru când e nevoie, schimbăm liniile politice pentru a răspunde crizelor succesive de sănătate, inflaționiste, de securitate, iar Comisia Europeană încearcă alături de noi să găsească soluții. Această adaptare ne duce înainte, însă ne lovim de un zid populist în multe aspecte atunci când vine vorba despre colaborarea cu Consiliul Uniunii Europene. Acest zid încă stă în calea liberei circulații a cetățenilor europeni, încă stă în calea implementării drepturilor legale ale tuturor cetățenilor, indiferent de statul membru de origine.

Dragi colegi, domnule comisar, trebuie să găsim soluții pentru ca în Consiliul Uniunii Europene să nu se mai considere normal ca din interese naționale să fie încălcate drepturile cetățenilor europeni. Libera circulație a românilor în statele europene trebuie să devină cât mai curând o realitate, iar pentru aceasta România și românii trebuie să fie membri ai spațiului Schengen.

**Gunnar Beck (ID).** – Herr Präsident! Dem bulgarischen Ex-Ministerpräsidenten Kiril Petkow versprach Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, Bulgarien bei der Umgehung der Regeln für den Eurobeitritt zu helfen. Nichts Neues, denn Mario Draghi, damals noch bei Goldman Sachs, bahnte gegen hohe Gebühren Griechenland mit Swapgeschäften den Weg in den Euro. Zehn Jahre später hatten wir die nimmer endende Eurokrise. Später wurde Draghi zum größten Rechtsbrecher seit dem Kriege.

Von der Leyen setzt sich genauso beliebig über Recht hinweg. Als Verteidigungsministerin vergab sie Beratungshonorare an US-Consultingfirmen, als Kommissionspräsidentin handelte sie Milliardenaufträge für COVID-Impfstoffe mit Pfizer per SMS aus. Auskunft über den Inhalt der Nachrichten und Gegenleistungen an ihre Familie verweigert sie. Doch nichts geschieht.

Die EU schiebt Rechtsstaatlichkeitsbedenken vor, um gegen unliebsame Mitgliedstaaten vorzugehen. Die EU bricht Recht, wenn und wie es ihr gefällt.

**Sandra Pereira (The Left).** – Senhor Presidente, a 1 de junho celebra-se o Dia Mundial da Criança, data em que em Portugal se assinala a defesa dos direitos das crianças. Nunca é demais renovar a força da quase secular proclamação que referia que todas as crianças têm direito a afeto, amor e compreensão, alimentação adequada, cuidados médicos, educação gratuita, proteção contra todas as formas de exploração e a crescer num clima de paz e fraternidade.

Compete aos Estados a formulação de políticas universais e estruturais que garantam esses princípios e assegurem o desenvolvimento integral das crianças, mobilizando os recursos e os instrumentos necessários à sua concretização. Reforçar os direitos das crianças significa reforçar os direitos dos seus pais, acabando com a precariedade laboral, a desregulação dos horários de trabalho, os baixos salários e os elevados custos de bens e serviços essenciais. Implica fazer cumprir e alargar os direitos de maternidade e paternidade.

As crianças têm direito a crescerem felizes e as suas famílias têm o direito de acompanhar o seu crescimento. As crianças precisam de brincar e de ser crianças. Essa ainda é uma luta de todos os dias.

**Clare Daly (The Left).** – Mr President, parity is supposed to be the most important right under Community law and an essential element of European citizenship. But for over 30 years, this right continues to be denied to *lettori*, foreign lecturers in Italian universities. This is the longest-running discrimination case on record, and it has to stop. It's happening in defiance of four clear court rulings by the European Court of Justice against Italy. Twice, rulings were won by the Commission in infringement and follow-on enforcement proceedings. But the injustice remains and the working and retired *lettori* continue to be robbed of their rightful earnings.

Now, the Commission told Italy to pay these workers in March. Yet, in May, the Italian Government brought in a decree-law to legislate for extra time. Extra time? Is 35 years not enough? This is a total sham. Everyone knows it's administratively very simple to right this wrong. So I echo the call of Italy's biggest trade unions for the Commission to immediately refer this matter to the Court of Justice. *Basta! Paga subito ai lettori.*

**Mick Wallace (The Left).** – Mr President, last June, the EU refused candidate status to Georgia, not because it didn't meet the criteria, but because they weren't anti-Russia enough. We've had MEPs calling for the release of Saakashvili as a condition of EU entry. This is a man who oversaw a reign of terror in Georgia. He was their Pinochet. Over 300 000 opponents were imprisoned. Many were tortured. Several were murdered.

Meanwhile, the West are funding NGOs that have sown division in Georgia. When the government tried to introduce a law to hold NGOs to account, the EU attacked them despite the fact that the US has had the same law for years, and the EU are about to bring in the same one themselves.

Georgia is not interested in war. Georgia wants peace. It wants to have good relationship with everyone, especially its neighbours. Must they abandon all sovereignty to gain entry to the EU? Do they have to promote war rather than peace? Give Georgia candidate status and let the people decide, without foreign interference, if they want to join the EU or not.

**João Pimenta Lopes (The Left).** – Senhor Presidente, quero expressar aqui no Parlamento Europeu a nossa total solidariedade com a justa luta dos trabalhadores da Easyjet em Portugal, que têm levado a cabo greves por estes dias. Uma justa luta por aumentos salariais e condições de trabalho idênticas a outros países europeus e contra a total desregulação de horários, sendo que, em comparação com trabalhadores de outros países da União Europeia, os portugueses são os que podem voar mais e descansar menos.

Importa assinalar que a diferença salarial chega a ser de 100 % entre Portugal e outros países europeus onde a companhia opera. Importa também recordar que a Comissão Europeia impôs a atribuição à Easyjet de 18 slots diários no aeroporto de Lisboa, retirados à TAP, contribuindo assim, objetivamente, para alargar o negócio e os lucros desta companhia e para prejudicar a TAP, caucionando as péssimas práticas laborais da Easyjet, sacudindo a água do capote, desresponsabilizando-se em lugar de as impedir, e favorecendo o seu crescimento neste setor.

**President.** – Thank you very much. I would like to thank all the interpreters for their great work today, the team assisting me here tonight and our ushers.

That concludes this item.

## 21. Tagesordnung der nächsten Sitzung

**President.** – The next sitting will be tomorrow, Thursday 1 June starting at 9.00. The agenda has been published and is available on the European Parliament website.

## 22. Schluss der Sitzung

*(The sitting closed at 22.40)*

—

*Legende der verwendeten Zeichen*

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

*Abkürzungen der Ausschüsse*

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung
FISC	Unterausschuss für Steuerfragen
SANT	Unterausschuss für öffentliche Gesundheit

*Abkürzungen der Fraktionen*

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ID	Fraktion Identität und Demokratie
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
The Left	Fraktion Die Linke im Europäischen Parlament – GUE/NGL
NI	Fraktionslos

C/2024/1296

9.2.2024

## AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 1. JUNI 2023

(C/2024/1296)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2023-2024

Sitzungen vom 31. Mai und 1. Juni 2023

BRÜSSEL

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung .....	3
2. Einflussnahme aus dem Ausland auf alle demokratischen Prozesse in der Europäischen Union, einschließlich Desinformation – Integrität der Wahlen und Aufbau von Widerstandsfähigkeit im Vorfeld der Europawahl 2024 (Aussprache) .....	3
3. Koordinierte Maßnahmen zur Bekämpfung antimikrobieller Resistenz (Aussprache) .....	21
4. Wiederaufnahme der Sitzung .....	26
5. Einstellung des Verfahrens in Bezug auf Anträge auf Aufhebung und auf Schutz der parlamentarischen Immunität von Mitgliedern .....	26
6. Abstimmungsstunde .....	27
6.1. Antrag auf Aufhebung der Immunität von Maria Spyraiki (A9-0201/2023 - Ilana Cicurel) (Abstimmung) .....	27
6.2. Antrag auf Aufhebung der Immunität von Alexis Georgoulis (A9-0202/2023 - Andrzej Halicki) (Abstimmung) .....	27
6.3. Förderung der Munitionsproduktion (C9-0161/2023) (Abstimmung) .....	27
6.4. Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit (A9-0184/2023 - Lara Wolters) (Abstimmung) .....	28
6.5. Geografische Angaben für Wein, Spirituosen und landwirtschaftliche Erzeugnisse (A9-0173/2023 - Paolo De Castro) (Abstimmung) .....	28
6.6. Vereinbarung mit der Republik Island zur Festlegung der Modalitäten ihrer Beteiligung am Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen (A9-0175/2023 - Jeroen Lenaers) (Abstimmung) .....	28

Inhalt	Seite
6.7. Vorgeschlagene Ernennung eines Mitglieds des Rechnungshofs – Ildikó Gáll-Pelcz (A9-0197/2023 - Ryszard Czarnecki) (Abstimmung) . . . . .	28
6.8. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung; Antrag EGF/2023/000 TA 2023 — Technische Hilfe auf Initiative der Kommission (A9-0195/2023 - Monika Vana) (Abstimmung) . . . . .	28
6.9. Vereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament und der EZB zur Strukturierung der Verfahren für die Zusammenarbeit im Bereich des Zentralbankwesens (A9-0158/2023 - Salvatore De Meo) (Abstimmung) . . . . .	28
6.10. EU-Strategie für nachhaltige und kreislauffähige Textilien (A9-0176/2023 - Delara Burkhardt) (Abstimmung) . . . . .	29
6.11. Missachtung der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte in Ungarn und eingefrorene EU-Gelder (B9-0257/2023) (Abstimmung) . . . . .	29
6.12. Sexuelle Belästigung in der EU und Bewertung von MeToo (A9-0178/2023 - Michal Šimečka) (Abstimmung) . . . . .	29
6.13. Stärkung des sozialen Dialogs (B9-0259/2023) (Abstimmung) . . . . .	29
6.14. Einflussnahme aus dem Ausland auf alle demokratischen Prozesse in der Europäischen Union, einschließlich Desinformation (A9-0187/2023 - Sandra Kalniete) (Abstimmung) . . . . .	29
6.15. Koordinierte Maßnahmen zur Bekämpfung antimikrobieller Resistenz (B9-0258/2023) (Abstimmung) . . . . .	29
7. Wiederaufnahme der Sitzung . . . . .	29
8. Erklärungen zur Abstimmung . . . . .	29
8.1. Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit (A9-0184/2023 - Lara Wolters) . . . . .	29
8.2. Geografische Angaben für Wein, Spirituosen und landwirtschaftliche Erzeugnisse (A9-0173/2023 - Paolo De Castro) . . . . .	31
8.3. Missachtung der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte in Ungarn und eingefrorene EU-Gelder (B9-0257/2023) . . . . .	31
8.4. Sexuelle Belästigung in der EU und Bewertung von MeToo (A9-0178/2023 - Michal Šimečka) . . . . .	32
8.5. Stärkung des sozialen Dialogs (B9-0259/2023) . . . . .	32
8.6. Einflussnahme aus dem Ausland auf alle demokratischen Prozesse in der Europäischen Union, einschließlich Desinformation (A9-0187/2023 - Sandra Kalniete) . . . . .	33
9. Genehmigung der Protokolle der laufenden Tagung und Übermittlung der angenommenen Texte . . . . .	34
10. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen . . . . .	34
11. Schluss der Sitzung . . . . .	34
12. Unterbrechung der Sitzungsperiode . . . . .	34

## AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 1. JUNI 2023

PRESIDENZA DELL'ON. PINA PICIERNO

*Vicepresidente*

### 1. Eröffnung der Sitzung

*(La seduta è aperta alle 9.00)*

### 2. Einflussnahme aus dem Ausland auf alle demokratischen Prozesse in der Europäischen Union, einschließlich Desinformation – Integrität der Wahlen und Aufbau von Widerstandsfähigkeit im Vorfeld der Europawahl 2024 (Aussprache)

**Presidente.** – L'ordine del giorno reca, in discussione congiunta,

— la relazione di Sandra Kalniete, a nome della commissione speciale sulle ingerenze straniere in tutti i processi democratici nell'Unione europea, inclusa la disinformazione, e sul rafforzamento dell'integrità, della trasparenza e della responsabilità al Parlamento europeo, sulle ingerenze straniere in tutti i processi democratici nell'Unione europea, inclusa la disinformazione (2022/2075(INI)) (A9-0187/2023), e

— l'interrogazione con richiesta di risposta orale alla Commissione su Integrità elettorale e resilienza in vista delle elezioni europee del 2024, presentata da Raphaël Glucksmann, a nome della commissione speciale sulle ingerenze straniere in tutti i processi democratici nell'Unione europea, inclusa la disinformazione, e sul rafforzamento dell'integrità, della trasparenza e della responsabilità al Parlamento europeo (O-00018/2023 - B9-0019/2023) (2023/2625(RSP)).

**Sandra Kalniete**, *rappporteur*. – Madam President, dear colleagues, today it is my great honour to present my second report on foreign interference in all democratic processes in the European Union, including disinformation.

I often hear that democracy around the world is in retreat. I would say that is an incorrect statement. Democracy is not simply in retreat; democracy is under attack. In today's intervention, I would like to especially focus on two overarching aims of the report.

First, link our work in the ING2 Committee with following up the implementation of the recommendations of the first report, which was approved last year.

Second, we must examine the issues under the mandate of our committee vis-a-vis Russia's ongoing brutal war against Ukraine and to build on the lessons learned.

Our assessment shows that we have significantly increased our situational awareness, and several necessary steps have been launched and progress has been attained (Digital Services Act, Democracy Defence package is on the way, growing expertise acquired).

However, in view of the upcoming EU elections in 2024, we still should urge for stronger measures and more coordination to protect our European democracy.

Allow me to outline some of the priorities from our report, which would make a significant difference in making our Union more resilient.

First of all, we need to move beyond a reactive approach centred on fact-checking, debunking, etc., and instead focus on resilience-building and 'vaccination' of our societies against disinformation.

Therefore, we need to establish a dedicated EU programme to invest in our democracy in a sustainable way. It will not give a solution tomorrow and it will be expensive, but it is certainly a worthwhile long-term investment.

Another important conclusion of our report is that in tackling disinformation, the EU is still suffering from a fragmented approach, without a clear coordination mechanism and goals. We simply cannot afford splintering our resources when our democracy is at stake.

Third, we should also greatly raise the costs for perpetrators. Therefore, I reiterate that the toolbox of the EU counter-measures should include a specific sanctions regime on foreign information manipulation and interference.

Russia's imperial war of aggression against Ukraine has clearly exposed the interconnection between hostile information warfare, weaponisation of energy, attacks on critical infrastructure, and threats to the EU, to our immediate neighbourhood, as well as to global security and stability.

Europe now understands that the Cold War logic of buffer states is over. Today, grey zones in European security only create instability, risk and opportunities for hostile interference. The EU must invest in closing these grey zones and supporting the resilience and integration of Ukraine, Moldova and Georgia into our European family and NATO.

To strengthen our resilience, we must learn both from our partners like Ukraine, in building resilience and tackling disinformation, but also from our own misjudgement allowing to fall into the trap of energy dependency and elite capture in the past. When I recall the state of affairs even three years ago, I am glad to say that, today, Europe is far less naive about Russia, China, and other adversaries.

A few words about structural priorities and the new challenges we are facing. For years, we have been following a country-agnostic approach that treats all foreign influence efforts in the same way, regardless of their source country and thus the aim, scale and the impact. We should not be afraid to call out those seeking intentionally and in a coordinated way to manipulate our democracy.

Therefore, we are suggesting moving towards a risk-based approach based on objective criteria. A similar approach already has been used in the EU legislation in money laundering and terrorist financing.

An immense challenge is presented by the rapid development of artificial intelligence tools. If so far we still are able to identify what is fake, artificial intelligence will make creating disinformation at scale much easier and cheaper, and much more difficult to recognise. We await the artificial intelligence act with great expectation.

Another challenge is the speed of decision-making process. We must face the fact that today's legislation concerning consequences of the digital revolution already addresses the problems of yesterday. This is not only the EU challenge. It is a global problem to be addressed together with like-minded partners.

Moreover, I am convinced that this House in the next legislation will need a dedicated, cross-sectoral committee dealing with foreign interference and information manipulation issues, including new technological challenges.

In conclusion, I would like to thank my shadow rapporteurs for the excellent cooperation through this entire process, and also the secretariat and our political advisors.

Working on the challenges of the INGE1 and INGE2 Committees has certainly been one of the most important missions throughout my time as a Member of the European Parliament.

I truly hope that all of you can support the report.

**Raphaël Glucksmann**, *auteur*. – Madame la Présidente, Madame la Vice-Présidente, chers collègues, il est des moments dans l'histoire où l'indolence devient coupable, et la légèreté criminelle. Nous vivons l'un de ces moments, et après bientôt trois ans de travail à la tête de la commission spéciale sur les ingérences étrangères, je veux aujourd'hui partager avec vous les conclusions vertigineuses auxquelles nous sommes parvenus.

Pendant 20 ans, les dirigeants européens ont fait preuve de naïveté et de complaisance. Pendant 20 ans, ils ont laissé des tyrans s'essuyer les pieds sur notre souveraineté, et nos démocraties européennes être la cible d'attaques extérieures coordonnées et sophistiquées. Pendant 20 ans, ils ont ouvert grand les portes de nos cités à leurs ennemis.

Chers collègues: financement de partis politiques anti-Union européenne, cyberattaques, campagnes de désinformation, corruption des élites. La guerre hybride que des régimes hostiles ont lancée contre nos démocraties et que nos dirigeants ont si longtemps refusé de voir, prend différentes formes. Elle arbore différents visages. Elle prend parfois dans nos téléphones, sur nos réseaux sociaux, le visage d'un troll ou d'un bot, élevé dans les fermes d'Evgueni Prigojine à Saint-Pétersbourg.

Le constat de notre commission est implacable. Les campagnes de manipulation de l'information sont une arme de destruction démocratique massive. Des acteurs privés, mus par l'appât du gain, comme la société israélienne Team Jorge, et des dictatures mues par la haine viscérale de nos démocraties, comme la Chine ou la Russie, visent à affecter le choix des électeurs, amplifier les polémiques, diviser, exploiter les vulnérabilités de nos sociétés ouvertes et encourager les discours de haine dans nos pays.

Tout ce qui polarise notre débat, entretient une atmosphère de confusion et de guerre civile sur nos réseaux, tout ce qui sape la confiance envers nos institutions répond à leur stratégie. Le chaos informationnel dans lequel nous évoluons désormais est une aubaine pour les tyrans, et un poison mortel pour les démocrates, comme l'est la corruption.

Chers collègues, la corruption des élites précipite toujours la chute des cités, et nous avons consenti à ce que le poison de la corruption se distille au sommet de nos États.

Comment avons-nous pu accepter pendant si longtemps que tant de chefs de gouvernement, de ministres, de hauts fonctionnaires aillent travailler pour les intérêts russes ou chinois? Comment la démocratie allemande, par exemple, a-t-elle pu tolérer que Gerhard Schröder parte travailler ainsi pour Gazprom, quelques semaines seulement après la fin d'une chancellerie marquée par des choix stratégiques dont son futur employeur serait le principal bénéficiaire? Comment les démocraties française, mais aussi autrichienne, belge et de tant d'autres pays européens qui se targuent d'avoir un système démocratique, ont-elles pu accepter que des ministres aillent travailler ainsi pour Gazprom ou pour d'autres entreprises qui font partie du système Poutine? Et comment acceptent-elles aujourd'hui que tant de ministres aillent travailler pour les intérêts chinois?

Nos classes dirigeantes ne doivent plus être les supermarchés dans lesquels les régimes autocratiques viennent tranquillement faire leurs courses. Il ne s'agit pas ici de morale, mais de sauvegarde de nos intérêts vitaux.

Chers collègues, la trahison de nos nations et de nos démocraties prend aussi le visage de démagogues d'extrême-droite prêts à se vendre à l'ennemi. Et des financements se transforment en asservissement quand il s'agit, pour des partis politiques européens, de répondre à une stratégie imposée de l'extérieur. C'est le cas notamment de Marine Le Pen qui, encore il y a peu à l'Assemblée nationale, a épousé la vision stratégique d'un régime auquel son parti doit aujourd'hui encore des millions d'euros.

Chers collègues, les élections se tiendront en 2024 dans un contexte de guerre en Europe et nous devons défendre leur intégrité. Nous comptons sur la Commission pour organiser dès maintenant cette défense. Je m'adresse donc à vous, Madame la Vice-Présidente: que prévoyez-vous concrètement pour lutter efficacement contre la manipulation de l'information pendant la campagne? Comment la Commission s'assurera-t-elle que les nouvelles initiatives, telles que le paquet de défense de la démocratie, seront opérantes dans les prochains mois et permettront d'assurer l'intégrité de la campagne électorale? Comment la Commission s'assurera-t-elle que les acteurs du numérique, et notamment les très grandes plateformes, obéissent enfin à nos exigences et à nos règles? Comment la Commission garantira-t-elle un niveau élevé de cybersécurité pour toutes les institutions concernées par les élections? Comment la Commission envisagera-t-elle de se coordonner avec les gouvernements des États membres pour garantir que ces élections sont protégées?

Ces élections feront suite à notre mandat ébranlé par les ingérences extérieures, qu'elles soient liées à la pandémie de COVID-19 ou au retour brutal de la guerre sur notre continent, ou même au Qatargate. L'enjeu est crucial. Nous devons montrer que démocratie ne rime plus avec faiblesse et qu'Europe ne rime plus avec impuissance. C'est tout le sens du travail que nous avons mené ensemble de manière transpartisane, avec la commission spéciale sur les ingérences étrangères depuis son instauration en septembre 2020.

Nous comptons sur vous, nous comptons sur la Commission, nous comptons sur les États membres, mais nous comptons aussi sur nous-mêmes pour protéger nos démocraties. C'est la mission la plus sacrée d'un parlementaire: protéger cette maison qui nous permet d'exprimer nos différences, la protéger contre des régimes qui suppriment chez eux les libertés et qui entendent les malmener chez nous.

Chers collègues, nous sommes forts et nous serons puissants si nous décidons de l'être. Le moment est venu de décider de l'être.

**Věra Jourová**, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, honourable Members, rapporteur, the topic of foreign interference is both timely and important. I would like to thank the European Parliament and the Committee on Foreign Interference in all Democratic Processes in the European Union, including disinformation, for its hard and relevant work.

The work of the INGE Committee and this House has been a real source of inspiration for the Commission. I want to congratulate the rapporteur, Sandra Kalniete, for bringing forward this work, which seems to command broad support across this House. That is testament to the importance of the report in analysing the phenomena of foreign interference and reflecting the need for a truly whole-of-society approach.

The report explores many dimensions. It looks at interference via elite capture, national diasporas, universities and cultural events. It includes valuable and concrete recommendations on sanctions against foreign interference.

In recent years, the Commission and the European External Action Service have stepped up their work to protect our democracies from foreign interference. This was a key strand of the European democracy action plan. For example, the Commission is working intensely with platforms and I am confident that the recently adopted Digital Services Act and the revised Code of Practice on disinformation will help limit the foreign information manipulation and interference online.

The Commission is very conscious of the danger of information manipulation and interference in the electoral processes. This is why my proposal on the transparency and targeting of political advertising will introduce common high standards of transparency for political advertising services for all media. It will also limit and frame the use of personal data in targeting and amplifying political ads.

The European External Action Service, in close cooperation with the Commission, has continued its work on foreign information, manipulation and interference. The progress made on a common analytical framework and methodology in conjunction with the work on the Information Sharing and Analysis Centre, will significantly increase our situational awareness and understanding of suspicious and malicious activities and cooperation in a whole-of-society approach.

In conclusion, the European democracy action plan allowed us to undertake unprecedented legal and other actions on strengthened resilience of elections, to promote independence of the media and address disinformation. But you are right, this is not enough. Our citizens are asking us to do more. We heard this also in the Conference on the Future of Europe.

As announced by President von der Leyen, the Commission is working on the defence of democracy package with a special focus on covert foreign interference through interest representation services. The package will include a communication, a directive on transparency of interest representation, a recommendation on elections in the EU, and a recommendation of promoting the engagement and effective participation of citizens and civil society organisations in public policymaking processes. Because, while we must protect ourselves from outside interference, we must also build democratic resilience from within by supporting Member States in engaging with citizens and civil society in their policy-making processes.

The idea is for the EU to be equipped with a new generation of transparency tools to shed light on foreign influence while staying committed to freedom of expression and association. In particular, the proposed directive on transparency of interest representation on behalf of third countries would aim to ensure that companies, organisations or persons carrying out activities for third country governments that seek to influence public decision-making in the EU do so in a transparent manner.

This law will help us to better understand the financial flows to the EU from third countries that may want to undermine or destabilise our political processes. And it will help citizens to understand who is behind what they read or listen to, and also what is behind the policymaking environment. It would not ban or criminalise any such activities – the EU remains open and democratic. But we cannot be naive, and actors that receive this type of funding, irrespective of what they are, should be transparent about it.

Let me also reassure you that the proposal will be very different from national foreign agents laws proposed elsewhere, such as the withdrawn NGO law in Georgia or the Russian foreign agent legislation. The approach is very different in terms of aim, scope, supervision and sanctions.

Together with the President, we decided to take more time to consult broadly and gather more information in order to address also the concerns we heard in this House. We will reinforce the analysis underlying the proposal and upgrade it into a full impact assessment. This is important legislation and I want to make sure it will be balanced, meaningful and effective.

Now, turning back to the next elections to your parliament, we would like to explain how we will continue our close cooperation with Member States. In its communication activities ahead of the European elections, the Commission will inform citizens about the EU and its policy actions so that they can make informed decisions and engage in the European democratic debate. We will also support Member States' cooperation on election-related matters in the framework of the European cooperation network on elections and the European External Action Service managed Rapid Alert System on disinformation.

Honourable Members, since the start of last year, the Commission has been working with Member States on a joint mechanism for electoral resilience to support the exchange of expertise in areas such as disinformation and cybersecurity. In October we will organise a high-level event on elections with Member States. Our objective is to exchange best practices on how to promote the exercise of electoral rights in the 2024 elections to the European Parliament. Thank you for your attention and I am sorry for being so long, but I had too much to say.

**Vladimír Bilčík**, za skupinu PPE. – Vážená pani predsedajúca, odkedy Rusko zákerne vojensky napadlo nášho suseda, o čosi viac verím, že nik súdny nedovolí podceňovať hrozby od zlovoľných krajín. Je mi len ľúto, že to muselo dospieť až takto ďaleko, aby sme úplne precitli. Pri hrozbe z tretích krajín z ďaleka nejde len o vojenské nebezpečenstvo, ale aj o dlhodobé, tiché, no sústredené akcie, ktorých cieľom je podryvať našu spoločnosť, našich ľudí a naše inštitúcie.

Musíme preto reagovať rýchlo a premyslene, nepodceňovať hrozby a čerpať z toho, že sme silné európske spoločenstvo. Som rád, že práve dnes schvaľujeme správu pod taktovkou spravodajkyne, kolegyne Sandry Kalniete a verím, že Európska komisia čoskoro príde s ďalšími krokmi na obranu demokracie. Potrebujeme ich ako soľ.

Platformy, na ktorých sa naši občania dozvedajú informácie a čítajú správy, musia rešpektovať naše európske pravidlá už teraz. Nesmie sa stávať to, čo sa, žiaľ, deje v niektorých štátoch, že máme doslova prekonšpirované prostredie a občania sa nevedia vyznať v tom, čo je a čo nie je pravda. Ak to podceníme, dámy a páni, môžeme byť veľmi nešťastní, pretože takéto prostredie plné lží má dôsledky pre výsledky volieb a áno, aj európske rozhodnutia. Potrebujeme zabezpečiť slobodné a férové voľby. Už v najbližších mesiacoch vo viacerých krajinách vrátane Slovenska a o rok sa európski občania vyberú k volebným urnám v celej Európskej únii. Musia tam ísť informovaní a nie zmätení, klamstvami a dezinformáciami. Voľby, dámy a páni, sa však nerozhodujú len v deň volieb. Dôležité je predovšetkým demokratické a slobodné prostredie, v ktorých sa odohrávajú, vrátane kampane. Členské štáty a európske inštitúcie sa musia navzájom inšpirovať, aby bola naša demokracia otvorená i odolná voči tým, ktorí si neprajú nič iné, len ju narušovať. Moje otázky na Komisiu, pani podpredsedníčka, sú dnes veľmi krátke. Kedy budú plánované návrhy súčasťou bežného života? A ako vieme európskej demokracii pomôcť už dnes?

**Andreas Schieder**, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Frau Vizepräsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Unsere Demokratie ist verwundbar. Und das europäische offene Gesellschaftsmodell ist bedroht – feindliche Einflussnahmen aus dem Ausland, Desinformationskampagnen, hybride Bedrohungen, Cyberangriffe und, und, und. Diese Bedrohungen nehmen zu und werden bis zur Europawahl im Juni 2024 noch viel, viel stärker werden. Und dagegen müssen wir uns schützen.

Der vorliegende Bericht will einerseits wachrütteln – endlich klarmachen: Wir müssen hier etwas tun! –, aber auch die Resilienz unserer offenen, lebendigen Demokratie mit einer Fülle von Maßnahmen stärken. Im Bericht findet sich eine lange Liste von vielfältigen Ansätzen: das Verbot von ausländischen Parteispenden, die gemeinsamen europäischen Regeln für politische Kampagnen, Wahlkämpfe und Parteienfinanzierung, die wir so dringend brauchen, *Elite Capturing* durch staatsnahe Unternehmen von Drittstaaten wie Russland, China, dem arabischen Raum, mehr Transparenz und Verantwortung aber auch von Internetplattformen – mehr Argumente, weniger *Fake News* ist hier das Grundprinzip.

Wir müssen aber auch unsere Kapazitäten hier im Europäischen Parlament stärken und rasch die Arbeit am Paket zur Verteidigung der Demokratie mit der Europäischen Kommission beginnen und die Umsetzung ganz, ganz rasch machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zeit der Naivität ist vorbei. Und das heißt auch hier im Haus, im Europäischen Parlament die richtigen Schlüsse zu ziehen aus Katar- und Marokko-Gate und mehr Transparenz, strengere Regeln und weniger Lobbyismus im Halbschatten, im Verborgenen hier im Haus zuzulassen.

Ich möchte zum Abschluss aber auch der Berichterstatterin Sandra Kalniete, den Schattenberichterstattern aus den verschiedenen Fraktionen und auch dem Vorsitzenden Raphaël Glucksmann für die gute Zusammenarbeit im Dienste unserer offenen, lebendigen Demokratie danken.

**Bart Groothuis**, *on behalf of the Renew Group*. – Madam President, Commissioner, colleagues, in the same week that this House rings the alarm bells on malign foreign interference, disinformation, growing hatred and the declining trust in our democracies, often enabled by social media, in that same week, the CEO of Twitter decides to abandon the EU's code of practice directed to counter disinformation and malign interference. And earlier, the CEO of Twitter had already fired the majority of his staff dealing with such problems.

Mr Elon Musk seems to think that he's in the American Wild West. Well he's not. He's operating in Europe, too, and there's a new sheriff in town here in Europe. From this August onwards, the Digital Services Act enables the European Commission to fine up to 6% of the yearly revenue of Twitter.

Dear Commissioner, I urge you to set an example and show how Europe deals with companies undermining our democracy, undermining our security. Because the report we vote on today shows how Russia, how China, how they vehemently continue to do so if we don't regulate or act.

**Viola von Cramon-Taubadel**, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, Commissioner, colleagues, first I would like to thank our rapporteur, Sandra Kalniete, for her overall very good cooperation. Over a year ago, I stood right here praising the report that should have become the EU blueprint for combating disinformation. The fact that we needed a second report to reiterate says everything.

Playing catch-up during a huge digital transformation risks rendering the EU irrelevant. We have countless examples of how modern wars are fought not only with guns but also with disinformation. If you are threatened by tanks, everyone knows what this means and why we need to protect our citizens. Hybrid threats are much more sophisticated. Democracy should never be taken for granted. It must be defended. Malign actors compromise our democracy by interfering in our elections, co-opting our officials – our Chair has mentioned that, acquiring our critical infrastructure, spreading disinformation. Russia and China choose these methods only because they have high payoffs and low punishment. This equation finally needs to change.

To prevail over foreign interference, we need three core qualities: unity, commitment to democratic principles and resilience. First, unity is our strength. Malign foreign actors have an interest to divide us, because together we are too strong. In this line our group regrets very much that some colleagues attempted to use this report for their own political agenda, which might lead to cracks in our unity.

Second, we must be aware of dangers of gazing into the abyss. Our democratic principles should be the guiding light. We should not compromise on freedom of expression, media, assembly or scientific research in this process. Let us win this fight without betraying our democratic DNA.

Lastly, resilience is our guarantee for prevailing. It is based on critical thinking, highly educated citizens, and on our resourcefulness. United, resilient and equipped with democratic principles we will triumph over those who wish harm to our democracy and to our societies.

**Beata Szydło**, *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Na wstępie dołączam się do podziękowań dla pani przewodniczącej, pani sprawozdawczyni Sandry Kalniete za przygotowanie tego sprawozdania i konstruktywne podejście do naszej współpracy.

Obce ingerencje w procesy demokratyczne są faktem. Szczególnie po rozpoczęciu brutalnej wojny przez Putina na Ukrainie i po aferze Qatargate mamy namacalne dowody na to, że nie możemy przechodzić obojętnie obok sygnałów, które pojawiają się na temat tych ingerencji. I dobrze, że to sprawozdanie powstało. To jest dobry punkt wyjścia do rozpoczęcia dalszych prac nad wzmocnieniem naszych procesów demokratycznych.

Żałuję, że w sprawozdaniu pojawiły się zapisy, które uderzają bezpośrednio w niektóre państwa członkowskie. Szczególnie chodzi mi o zapisy dotyczące dezinformacji na temat praw osób ze środowiska LGBTI. Zapisy, które nie mają podstaw do tego, ażeby tutaj się znaleźć.

Ale z drugiej strony dobrze, że pojawiły się takie zapisy, które dotyczą przeciwdziałania wpływom Rosji, Chin i Iranu, zapisy wspierania Ukrainy, Tajwanu. Zwrócono także uwagę na polityczne wpływy Rosji w niektórych państwach i przywoływane już tutaj przykłady współpracy polityków, na przykład niemieckich, na rzecz rosyjskich firm.

Szanowni Państwo, warto też wyciągnąć wnioski z tego wszystkiego. I apeluję także do Komisji, żeby Komisja Europejska również miała pewną refleksję, że nie zawsze trzeba tak schematycznie podchodzić do tego, jakie procesy zachodzą i co dzieje się w poszczególnych państwach członkowskich tylko dlatego, że opozycja z tego państwa aktualnie atakuje dany rząd. Wczoraj debatowaliśmy na temat powstania w Polsce podobnej komisji jak nasza komisja INGE, która to komisja chce zbadać rosyjskie wpływy w życiu społecznym, politycznym, gospodarczym Polski. Zupełnie niezrozumiała debata, zupełnie niezrozumiały atak. I mam nadzieję, że Komisja zrozumie, że chodzi właśnie o to, ażeby wyeliminować rosyjskie wpływy z życia politycznego w poszczególnych państwach członkowskich. W naszym przypadku chodzi tutaj o to, ażeby zbadać, jakie wpływy Putin miał na to, co działo się w Polsce.

**Anna Bonfrisco**, *a nome del gruppo ID*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, grazie alla relatrice Sandra Kalniete. Lo spirito di unità sul testo della collega dimostra che è interesse di tutti difendere le voci libere dei popoli europei da ogni forma di interferenza straniera, compresa la disinformazione.

È un impegno che comincia dalla lotta all'antisemitismo, ad esempio, la madre di tutte le sfide nella battaglia globale delle narrative dannose per la nostra democrazia. È così, infatti, che gli autoritarismi di questo mondo saranno più isolati. È così che gli Stati membri potranno coltivare radici culturali giudaico-cristiane più robuste. È così che i cittadini potranno attestare forti valori costituzionali, liberali, democratici e occidentali.

Da qui nasce il dovere dell'Unione europea di impegnarsi di più, signora Commissaria, con il resto del mondo, a partire, ad esempio, dal Mediterraneo allargato. Infatti, il grave ferimento dei soldati in Kosovo, di cui 14 italiani, è anche figlio delle interferenze straniere in quell'area. Ed è con lo stesso spirito che siamo impegnati a rendere il mondo un luogo di pace e di dialogo e dove affrontiamo tutte le minacce ibride ai nostri confini e quelle che entrano dentro di noi, a condizione che lo facciamo però nella ricerca della verità e non della strumentalizzazione politica.

**Clare Daly**, *on behalf of the The Left Group*. – Madam President, President Trump and Brexit should have been a wake-up call for neoliberals, but rather than accept their own responsibility and make amends, they chose to pretend that they hadn't really lost. They found a foreign scapegoat, ramped up the blame game, and so the myth of Russian interference was born. Does Russia meddle? Of course it does. But the Kremlin did not swing elections in 2016. That is a paranoid conspiracy theory and always has been. Every investigation – the Mueller report, the UK ICO report, the Durham report – showed the opposite. If Russia meddled, it had no effect; inconsequential, it is not an existential threat to our democracy. But the big lie is too useful to let go.

Russian interference is now the go-to slur for anything or anyone who disagrees. The anti-war movement? Kremlin stooges. Catalan independence? Putin puppets. Journalists, climate actions, trade unions – Russian agents. Every slander more cynical than the last. This is a sign of a deeply unhealthy political culture. We warned at the beginning that this would end in tears. Now we've NGOs in uproar over the foreign agents law, the Polish Government accusing the opposition of Russian collusion. I stand by our minority report. This report is a travesty to an open society. Some of its provisions likely breach EU fundamental rights law. If introduced, it will be abused. We need to put a stop to this madness now.

**Mislav Kolakušić (NI)**. – Poštovana predsjedavajuća, poštovani kolege, dragi građani – dezinformacije. Jedini koje sigurno neće zamijeniti umjetna inteligencija su *mainstream* kvazi novinari. Nijedna inteligencija, pa niti ona umjetna, ne može toliko lagati i izmišljati kao oni pa će njihova propagandna radna mjesta ostati sigurna. U Hrvatskoj i Europskoj uniji, što si veći lažljivac i potpuno amoralan lik, to je veća šansa da te proglašaju novinarom. Bez obzira jesi li završio neku školu ili nisi, ti možeš postati, u danu, znanstveni novinar. Danas su činjenice i istina najveći neprijatelj novovalne vakserske CO<sub>2</sub> demokracije. Međutim, svakim danom sve je više građana koji su svjesni lažnih informacija koje im se svakodnevno serviraju putem *mainstream* medija. Kako se boriti protiv njih? Treba ih jednostavno isključiti i ignorirati kao da ne postoje.

**Javier Zarzalejos (PPE)**. – Señora presidenta, señora vicepresidenta, la verdad es que el magnífico informe del que es autora nuestra colega Sandra Kalniete habla por sí mismo. Es un documento del que nos podemos sentir orgullosos quienes hemos participado en esta comisión porque, para empezar, es una contribución crucial a la toma de conciencia de lo que representan esta amenaza y este desafío. Y, en segundo lugar, porque creo que es un informe que cumple con la necesidad de objetividad a través de hechos probados, con recomendaciones y con iniciativas, y que realiza el seguimiento de la aplicación del primer informe que aprobó esta comisión.

Estamos ante un desafío que se desarrolla en las sombras y, frente a la oscuridad, lo mejor es arrojar luz. Este informe arroja luz sobre la dimensión del desafío y sobre quiénes son sus responsables. Por tanto, es importante que hablemos con nombres y apellidos de China, de Rusia, de Venezuela; que hablemos de estrategias de influencia maligna como Qatar y como Marruecos; que seamos conscientes de que allí donde exista una crisis habrá interesados en incendiarla. Y nosotros tenemos algunas experiencias: algunas experiencias, como la del proceso secesionista ilegal en Cataluña, que contó con el apoyo y con el acompañamiento de agentes rusos.

Dentro de un año se van a celebrar elecciones al Parlamento Europeo. Seamos conscientes de que, de nuevo, se intentará condicionar la decisión libre de nuestros sistemas democráticos.

**Gabriele Bischoff (S&D)**. – Frau Präsidentin, Frau Vizepräsidentin, Kolleginnen! Ich möchte als Allererstes den Kolleginnen und Kollegen danken, die hier eine so gute Arbeit geleistet haben, um den Schleier der Naivität, was ausländische Einflussnahme angeht, zu heben. Und das war beileibe keine einfache Arbeit.

Aber ich bin auch in Sorge – in Sorge, wenn ich höre, dass das Demokratiepaket immer weiter verschoben wird, wenn wir wissen, dass das Datum für die Europawahlen feststeht und wir bis dahin ein stärkeres Schutzschild gegen Einflussnahme brauchen. Aber ich möchte auch noch einmal unterstreichen, wie wichtig die Zivilgesellschaft – eine unabhängige Zivilgesellschaft – für eine stabile Demokratie ist.

Und deshalb bin ich sehr besorgt, dass einige auch diese Debatte nutzen wollen, um genau diese unabhängige Zivilgesellschaft zu diskreditieren. Wir müssen den Rahmen schaffen, damit auch die Zivilgesellschaft ihre Rolle spielen kann, damit die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit geschützt wird. Und deshalb bin ich froh, dass Frau Jourová noch einmal unterstrichen hat, dass unser Ansatz sich von anderen Autokratien unterscheidet, wie wir Desinformation und Einflussnahme bekämpfen.

**Nathalie Loiseau (Renew).** – Madame la Présidente, aujourd'hui à Chisinau, plus de 40 dirigeants européens viennent dire leur soutien à la Moldavie. Mais chaque jour, à Chisinau, la Russie mène une guerre hybride contre ce pays. Elle utilise tous les moyens en sa possession pour tenter d'affaiblir, de déstabiliser et de soumettre un pays souverain qui a fait le choix de la démocratie et de l'Europe. Désinformation, cyberattaques, achat de votes ou de manifestants, fausses alertes à la bombe, chantage à l'énergie, tentatives de coup d'État, tout est bon.

Aujourd'hui démarre en Moldavie une mission civile de l'Union européenne pour aider ce pays à lutter contre les menaces hybrides. C'est une mission d'un type entièrement nouveau. Je salue sa création, mais ne nous faisons pas d'illusions: ce que la Moldavie subit tous les jours, nous le subissons également. Les ingérences étrangères contre nos démocraties nous ciblent pour ce que nous sommes. Notre commission spéciale en a fait le constat accablant depuis deux ans.

Je dois dire devant vous que je ne suis pas encore certaine que notre Union soit passée du constat à l'action. Il y a bien ici et là des initiatives, mais pas encore de vision d'ensemble. J'attends avec impatience les propositions de la Commission pour protéger nos démocraties. J'espère qu'elles seront à la hauteur et suffisamment ambitieuses face au défi qui nous est lancé.

**Markéta Gregorová (Verts/ALE).** – Madam President, dear colleagues, Commissioner, six days ago, Twitter left the voluntary code of practice on disinformation; the voluntary code, by the way, which even Chinese spyware TikTok promised to follow.

Commissioner Breton promised Elon Musk that the Digital Services Act is coming anyway. I cannot emphasise enough how glad I am that there is at least one regulation. But will the DSA really protect our elections? The defence of democracy package is promising one directive on foreign funding and only recommendations to Member States on election integrity. The integrity of our electoral processes is being tested like never before in the midst of Russia's war of aggression against Ukraine and the global conflict between democracies and autocratic regimes. We need to bolster election integrity. And you said it yourself, Commissioner Jourová, There is not enough in the defence of democracy package. So why is there not a majority in the Commission to come up with more than recommendations again? It is a matter of political will and nothing else and we all know that.

**Ryszard Czarnecki (ECR).** – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Ważna debata o ważnym problemie. Szkoda, że niestety jest to przykład pewnej hipokryzji. Ja się bardzo cieszę, jako koordynator mojej grupy politycznej ECR w tej komisji, że my podejmujemy bardzo ważne wyzwania. Można w Parlamencie Europejskim – dobrze. Można, panie przewodniczący Glucksmann, w parlamencie francuskim – słusznie, dobrze. A dlaczego nie można w Polsce? Powołaliśmy taką komisję, jest ona pod bardzo silnym atakiem, a przecież chodzi o to samo, chodzi o zewnętrzne, obce wpływy, i to przez wiele lat.

W tym sprawozdaniu, jak już mówiła przed chwilą moja koleżanka, pani Beata Szydło, są rzeczy zupełnie niepotrzebne. Myśmy jednak głosowali za tym sprawozdaniem, ponieważ uznaliśmy, że w sumie są tam rzeczy ważne. Tak, Rosja, chociaż nie tylko Rosja, żeby było jasne, chce nam przeszkadzać. Rosja nas infiltruje – trzeba o tym mówić głośno. To sprawozdanie jest tego dowodem. Tylko nie zamykajcie usta tym, którzy chcą robić to samo we własnych krajach.

**PŘEDSEDNICTVÍ: DITA CHARANZOVÁ***místopředsedkyně*

**Gunnar Beck (ID).** – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Gehen Wahlen nicht so aus, wie es Brüssel wünscht, folgen sogleich Vorwürfe, Russland hätte manipuliert oder den Sieger finanziert. Dabei betreffen doch die beiden größten Fälle ausländischer Einmischung in unsere Politik hier die EU selbst.

Erstens: Im Katargate-Skandal wurden 1,5 Millionen Euro bei EU-Abgeordneten daheim oder in Koffern gefunden, plus 22 Millionen auf Konten in Panama – Zahlungen, mit denen sich Katar und andere Regierungen Stimmen in diesem Haus kauften.

Zweitens: Vor den italienischen Wahlen im September 2022 drohte Ursula von der Leyen den italienischen Wählern: Sollte es zur Bildung einer euroskeptischen Regierung kommen, würde die Kommission geeignete Maßnahmen ergreifen – bis hin zur Streichung üppiger Gelder aus Brüssel.

Beides, liebe Kollegen, sind eklatante Beispiele für ausländische Einmischung in den demokratischen Prozess. Russische Vermögen werden eingefroren auf bloßen Verdacht. Wieso aber beschlagnahmen sie nicht die Vermögen der Familie von der Leyen und setzen sie auf die Sanktionsliste? Denn hier liegen Amtsmissbrauch und Vorteilnahme auf der Hand.

**Ivan Vilibor Sinčić (NI).** – Poštovana predsjedavajuća, Izvješće o vanjskom upletanju u sve demokratske procese u Europskoj uniji. Naravno, autorima ovog dokumenta, nemojmo se zavaravati, ne smeta svako vanjsko uplitanje, nego samo nepodobno vanjsko uplitanje. Kao i uvijek, ideja ovog dokumenta je obračun s onim strankama i vladama koje ne misle kako im Bruxelles kaže da trebaju misliti i ne rade onako kako im Bruxelles kaže da trebaju raditi. Nije demokracija i nisu poštteni izbori ako birači ne izaberu miljenika Bruxellesa. Demokracija je samo ako naši pobijede.

Što se tiče vanjskih uplitanja, evo jedan primjer kako se to radi po Europi: procurili su podaci s online sastanka koji je održan nedavno u Bugarskoj u procesu formiranja koalicije i vlade. Među ostalim, moglo se čuti kako se kadrovira u institucijama, u demokraciji. Promijenit ćemo voditelje obavještajnih i istražnih službi. Sva imena već su sinkronizirana i odobrena od strane ambasade naših atlantskih partnera. Ovo nije usamljen primjer među europskim zemljama. Je li ostalo što osobne časti i nacionalne časti u europskoj politici ili je prevladalo sluganstvo i poslušništvo? Ambasade ne smiju kadrovirati, čije god jesu, jer je to smrt suvereniteta.

**Benoît Lutgen (PPE).** – Madame la Présidente, chers collègues, d'abord merci et bravo à la rapporteure pour la qualité du travail. Vous avez maintenant, au niveau de la Commission, un plan d'action assez complet pour protéger effectivement notre démocratie. En tout cas, je souhaite que la Commission présente rapidement des propositions pour mettre en œuvre les propositions émises par le Parlement.

Plus largement, s'il y a des formes d'ingérence en Europe, c'est aussi parce qu'il y a des Européens qui accueillent à bras ouverts toute une série de pays comme la Chine, la Russie hier ou le Qatar aujourd'hui, et peut-être encore demain, dans toute une série de domaines.

Protégeons aussi nos ports, nos aéroports, pour éviter qu'ils ne passent dans des mains chinoises, avec toutes les conséquences que cela peut avoir pour nos démocraties, la réalité de nos terres agricoles et forestières. Protégeons aussi même le sport – quand je vois que, dans certains pays, il y a effectivement un accueil très favorable à des investissements de pays tiers qui n'ont pas tout à fait les mêmes valeurs démocratiques que les nôtres et qui utilisent effectivement ces moyens-là dans des secteurs stratégiques aussi importants que l'énergie, que le numérique, que l'alimentation.

Dans ces secteurs stratégiques, l'autonomie de l'Europe, ce sera la porte fermée, la plus fermée possible à toute forme d'ingérence.

**Włodzimierz Cimoszewicz (S&D).** – Madam President, the content of the second INGE report shows that while the threat of foreign interference remains high and ever present, the methods and techniques of our adversaries are evolving. And now, on the day of adopting the updated report, we are already facing a new challenge: misinformation and disinformation fuelled by artificial intelligence, most famously the recent example of ChatGPT.

We cannot be naive: technology will keep evolving and we are already starting to witness AI-created fake photos and videos that are nearly indistinguishable from reality. As their creation and distribution becomes easier and cheaper, bad actors will become more sophisticated in their use, just like they had mastered the use of fake news before.

This time we cannot be just reactive. It is crucial that the defence of democracy package and the Artificial Intelligence Act not only cover existing and known issues, but also are forward-looking enough so that new laws and regulations will not become obsolete the day they are adopted. The health of our democracies depends on it.

**Morten Løkkegaard (Renew).** – Fru formand! Det europæiske fællesskab befinder sig midt i en hybrid krig, som vi ikke er godt nok forberedt på. Det er et faktum. Cyberangreb, spionage, systematiske desinformationskampagner og sabotage af kritisk infrastruktur – listen over hybride trusler er lang. Der er akut behov for at ruste EU til at tackle truslerne fra autokrater som Putin. Derfor er det en god dag i dag, hvor Europa-Parlamentet lancerer anden runde af vores anbefalinger til at bekæmpe den hybride krig og de trusler, der er der. Vi skal blandt andet kunne sanktionere lande, der kontinuerligt fører hybrid krig mod EU-lande, og vi skal også kunne retsforfølge individer i EU, som systematisk spreder desinformation på sociale medier. Der er en lang række gode forslag i den betænkning, som netop er vedtaget, og det er derfor glædeligt. Tillykke til vores ordførere, med at det er lykkedes at komme igennem med det her med et massivt flertal. Nu er det så op til Kommissionen at føre disse forslag ud i livet. Det ser jeg frem til.

**Gwendoline Delbos-Corfield (Verts/ALE).** – Madam President, foreign interference is not something that we can take lightly, especially when EU values and our democracies are called into question. In order to safeguard our democracies we all know that the most important is to improve transparency. This is crucial. This means not only for us as Members of this Parliament, but also for think tanks, foundations and the private companies that we work with.

However, we need to get the balance right. At times, this narrative of monitoring and legislating against foreign interference veers dangerously close to calling for the censorship and criminalisation of NGOs. But without defending a free and functioning civil society, we cannot claim to defend EU values. Civil society organisations are precisely the actors that have defended EU values, worked to prevent foreign Russian interference in the EU and in its neighbourhood countries, and put pressure on us to act to prevent further authoritarian backsliding. If we criminalise civil society, we run the risk of undermining the very values upon which this Union is built.

**Rob Rooken (ECR).** – Voorzitter, commissaris, collega's, het "Hoofddirectoraat voor de bescherming van staatsgeheimen in de pers", zo heette het in de Sovjet-Unie. "Het Centraal Propagandadepartement", zo heet het in China. En met het zogenaamde EU DisinfoLab hebben ook wij ons ministerie van Waarheid, dat bepaalt wat mensen mogen zeggen.

Hoe ver gaat de EU in haar kruistocht tegen dissidente meningen? Begin vorig jaar verbood de EU de Russische tv-zender Russia Today en nu ligt hier de buitenlandse beïnvloeding bij verkiezingen onder de loep. Ik ken nog wel een paar voorbeelden, zoals dat van een Nederlandse ICT-ondernemer die enkele jaren terug bij de Duitse verkiezingen meer dan 1 miljoen EUR doneerde aan de Grünen. Of dat van een Amerikaanse filantroop die 20 000 EUR aan Volt doneerde en meer dan 200 000 EUR aan de voorcampagne schonk bij het Oekraïnerferendum in Nederland.

Gaat de EU hier ook achteraan? Ik verwacht het niet. En dan is de conclusie: dit gaat niet echt over democratie, maar over het inperken van de vrijheid van meningsuiting. Dat is nog nooit een goed idee geweest en ook nu niet.

**Jaak Madison (ID).** – Madam President, first of all I think the foreign interference for the elections in the EU is not very important topic because we have just now 10 colleagues here in the room. So probably it's not the best question what you want to discuss.

Secondly I think it's really worrying how some countries in the world are trying to interfere in elections in Europe or in the US, but at the same time when we are criticising some countries, we have to be really careful about what we are doing ourselves about interference, because we are expecting that when we are criticising some other countries that we ourselves are absolutely perfect – we are following our democracy, our rule of law ideas and we are not interfering elections in some countries in the EU.

Just for one small example, in 2019 after elections in Estonia, parliamentary elections, we were forming the government with our Conservative Party together with the Centre Party from the Renew Group, and the Renew started investigation because they were forming a government with the conservatives, after elections in Estonia...

*(The President cut off the speaker)*

**Miroslav Radačovský (NI)**. – Vážená pani predsedajúca, keď som si prečítal túto správu, tak som dospel k záveru, že tí, čo ju spracovali, si zaslúžia Nobelovu cenu za dezinformácie a Sacharovovu cenu za vedenie hybridnej vojny. Len tak stručne článok 105. Európska únia je znepokojená Číňanmi, že zavliekajú svojich občanov cez nejaké nelegálne policajné stanice do Číny. No to už je na hospitalizáciu. No Čína má tak malý počet obyvateľov, že musí svojich Číňanov zavliekať domov. To skutočne niekomu Covid ohrozil mozog a nie pľúca. V článku 86 sa spomína Slovensko. Ja neviem, odkiaľ tieto informácie Európska únia dostala. Že vraj homofóbia, xenofóbia Slovákov je príčinou toho, že boli zavraždení dvaja mladí ľudia na Slovensku. No tých dvoch mladých ľudí predsa zabil človek, o ktorom ani nevieme, kto je, čo je, prečo ja a aký je. Ja som bol, slúžil som v armáde. Bolo tam tisíce chlapcov, bol som 30 rokov sudcom, mám aj svoj vek. Ja som nezažil to, aby na Slovensku existovali nejaké homofóbne alebo iné prejavy. To si nikto zo Slovákov takúto, takto urážať Slovákov nikto... *(predsedajúca prerušila rečníka)*... Toto je pamflet, ktorý netreba ani čítať ani sa k nemu... *(predsedajúca odobrala rečníkovi slovo)*

*(Rečník súhlasí so zodpovedaním otázky položenej zdvihnutím „modrej karty“)*

**Markéta Gregorová (Verts/ALE)**, otázka položená zvednutím modré karty – Paní predsedajúca, za prvé bych chtěla napravit tu dezinformaci, kterou tady pan Radačovský řekl ohledně čínských policejních stanic. Samozřejmě, že ten článek 105 je napsaný na základě toho, že ano, skutečně tady ty čínské policejní stanice byly a ty občany odváděly.

Nicméně to není otázka. Ta otázka je: Proč si tedy myslíte, že dva slovenští občané, mladí lidé, zemřeli střelbou nedávno v klubu Teplárna, pokud to nebylo kvůli homofobii na Slovensku? Nestydíte se za to?

**Miroslav Radačovský (NI)**, odpověď na otázku položenou zdvihnutím modré karty. – to kvůli tomu, že tam pani prezidentka si vodí návštěvy zahraničné a robí hanbu Slovensku? Za 30 rokov, čo som bol sudca, slúžil som v armáde, mám svoj vek som nezažil ... *(predsedajúca prerušila rečníka)*... ale to nie je dôvod, aj keby to tak bolo, my máme svojich, svoje lesby radi. To sú naše lesby, naši homosexuáli a nikto nám nebude zasahovať do toho tu a označovať ako za národ xenofóbov... *(predsedajúca odobrala rečníkovi slovo)*

**Salvatore De Meo (PPE)**. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissaria, le elezioni europee si svolgeranno nel 2024, sullo sfondo della guerra di aggressione russa contro l'Ucraina e con la pressione di regimi autoritari che cercano da anni di attaccare le democrazie in generale e quella europea, dove la libertà e la difesa dei diritti umani, i nostri valori, unitamente alla prosperità economica, sono elementi che fanno paura.

Il lavoro della commissione ING è stato solo il primo passo nel riconoscere e affrontare le ingerenze straniere che tentano di entrare nei nostri processi decisionali, utilizzando la manipolazione delle informazioni e altre tattiche per indebolire i nostri governi democratici. Oggi più che mai, in previsione delle prossime elezioni, dobbiamo respingere ogni tipo di intrusione che tenti di condizionare o compromettere l'integrità dei nostri processi elettorali.

Il nostro impegno deve proseguire con una strategia coordinata dell'Unione europea contro ogni forma di ingerenza, che tenga conto della complessità della natura multidimensionale delle minacce, rafforzando la nostra sicurezza informatica e la resilienza delle nostre comunità. I nostri cittadini ci hanno chiesto un'Europa più forte e più credibile che potremmo avere solo contrastando anche chi tenta di minare le nostre istituzioni.

**Mercedes Bresso (S&D).** – Signora Presidente, signora Commissaria, onorevoli colleghi, la nostra democrazia e i processi liberi e partecipati con cui la esprimiamo e la pratichiamo sono un bene preziosissimo, non dobbiamo darlo per scontato e dobbiamo difenderlo in tutti i modi.

La relazione della Commissione sulle interferenze straniere dimostra che siamo entrati nell'era della consapevolezza. Però non basta essere consapevoli. Dobbiamo con urgenza colmare le lacune che tuttora esistono nelle nostre legislazioni e che ci rendono permeabili alle strategie di interferenza di potenze straniere. Strategie che sono diverse ed articolate, così come devono essere le nostre risposte.

Nella relazione che voteremo ci sono proposte precise per rafforzare la resilienza delle istituzioni, proposte su cui ci aspettiamo una risposta pronta da parte della Commissione. Le prossime elezioni europee saranno un passaggio delicato per la nostra democrazia, per cui servirà grande attenzione. Viene tracciato un cammino al quale dovremo dare continuità, strutturando in maniera consolidata anche il nostro lavoro qui in Parlamento.

**Maite Pagazaurtundúa (Renew).** – Señora presidenta, señora comisaria, si el informe que vamos a votar hoy causa tanto escozor en los populistas de ultrazquierda y en los de ultraderecha, señora Kalniete, significa que usted ha hecho un gran trabajo.

El hecho es que la Unión Europea es un actor central en las democracias del mundo y que las autocracias la atacan muy intensamente porque somos sociedades abiertas y tenemos que seguir siéndolo. Pero lo que no podemos hacer es asistir a la impunidad de la injerencia y de la desinformación dañosa. Tenemos que gobernar bien, con transparencia, evitando todas las formas de corrupción, por supuesto, la corrupción electoral o la corrupción de la injerencia o la cooptación de líderes, sin trampas.

La semana pasada se revelaba una supuesta trama de venta de votos en Melilla (España) para interferir en las elecciones; se sospecha que ha habido injerencia directa de Marruecos. Nueve detenidos. Además, ya han ocurrido otros hechos anteriormente: esta es la cuestión, la injerencia marroquí no es una sorpresa para nadie en este Parlamento. Como también son conocidas las conexiones de Rusia con partidos políticos, con políticos o con la injerencia en las actividades contra la democracia europea en Cataluña.

Lo que está claro es que necesitamos normas, que las recomendaciones de esta Comisión que van a ser votadas tienen que ser consideradas por la Comisión Europea, y que tenemos que convertirlas en leyes y defendernos; porque el hecho es que nos van a atacar.

**Anders Vistisen (ID).** – Fru formand! Ethvert forsøg på at gå imod demokratiet og gå imod de demokratiske spilleregler er naturligvis problematisk, og derfor skal man heller ikke acceptere misinformation eller desinformation, men jeg har på fornemmelsen, når jeg hører debatten her i salen i dag, at det mest handler om den desinformation, der går flertallet imod. Det at man bevilliger enorme summer af skatteborgernes kroner til at propagandere for EU lige før et EU-valg, det har I jo allesammen været for. Det at taletiden her i parlamentet godt kan overskrides, hvis man siger noget pænt om unionen, men bliver afbrudt, hvis man siger noget mindre pænt, det har I jo ikke noget problem med. Det at give bøder til politiske modstandere for at bruge deres ytringsfrihed i Europa-Parlamentet, synes man, er en fin måde at opdrage de medlemmer, som vælgerne har valgt, men som I er uenige med. Så hvis man virkelig vil bekæmpe misinformation og desinformation, så skal man hylde ytringsfriheden. Under den kolde krig havde Rusland langt mere misinformation, end vi ser i dag. Alligevel smed vi ikke kommunister på universiteterne i fængsel i Danmark. Vi forhindrede ikke kommunistpartiet i at stille op. Vi brugte vores ytringsfrihed til at bekæmpe idiotien. Og det er ytringsfriheden, der er det bedste sollys, ikke jeres kontrol med dem, I er uenige med.

**Laura Ferrara (NI).** – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la minaccia delle ingerenze straniere, pur aumentando in occasione delle elezioni nazionali ed europee, si manifesta di fatto in molteplici forme e in maniera continua in tutta l'Unione europea.

Disinformazione e manipolazione delle informazioni sui media tradizionali e sui social, attacchi informatici mirati alle infrastrutture critiche, traffico di influenze, corruzione, finanziamenti occulti che coinvolgono soggetti politici e funzionari sono solo alcune delle ricorrenti pratiche per influenzare i processi democratici ed elettorali.

Il ruolo delle tecnologie in questo campo è sempre più forte, come dimostra la pubblicità basata sui dati personali e algoritmi opachi su cui si regge il modello commerciale delle piattaforme online, sfruttato sempre più massivamente per plasmare e polarizzare l'opinione pubblica.

E allora, oltre agli sforzi per migliorare la trasparenza e l'integrità delle nostre istituzioni, unitamente alle attese misure del Defense of democracy package, è fondamentale rafforzare la democrazia dall'interno e ciò si ottiene promuovendo una cultura civica di impegno democratico e partecipazione attiva dei cittadini.

**Sunčana Glavak (PPE).** – Poštovana predsjedavajuća, kolegice i kolege, čestitam kolegici Kalniete na odličnom izvješću, a osvrnut ću se samo na neke izazove kao što su izazovi koji prijete integritetu izbora, dezinformacije, digitalni napadi i politički pritisci. Oni su zapravo kontinuirani.

Integritet izbora je ključna komponenta demokracije i povjerenja građana u političke procese. Jedan od načina na koji možemo ojačati integritet izbora izgraditi otpornost jest unapređenje sigurnosti i transparentnosti izbornog procesa. To uključuje osiguranje kvalitetnih biračkih registara, pouzdane identifikacije birača, sigurnog prikupljanja i prebrojavanja glasova te stroge kontrole financiranja političkih kampanja. Važno je uložiti napore u obrazovanje građana jer obrazovani građani manje su podložni manipulacijama i dezinformacijama.

Kolegice i kolege, industrija dezinformacija uključuje ozbiljne igrače. Nemojmo se zavaravati: njihova prisutnost stalna je. To nije nikakva kratkoročna prijetnja i zato zahtijeva našu proaktivnost.

**Nacho Sánchez Amor (S&D).** – Señora presidenta, quiero agradecer a la señora Kalniete y a los negociadores que hayan vuelto a incluir un apartado específico sobre elecciones en el segundo Informe de la Comisión Especial sobre Injerencias Extranjeras.

Las elecciones son un objetivo porque son trascendentes políticamente, pero también porque son vulnerables. Hay mucha gente que solo se engancha a la información política cuando llegan las elecciones. Se produce una mayor tecnificación, una mayor digitalización. Las redes sociales crean un entorno en el que esas elecciones pueden ser muy vulnerables.

Además, por una investigación reciente de periodistas de investigación europeos, hemos descubierto que hay un mercado mundial de la interferencia electoral que ha afectado a varias elecciones en África. Tenemos que ser especialmente cuidadosos con las elecciones europeas. No solo porque afecten a un actor muy relevante, sino también porque las elecciones europeas —siendo unas solas elecciones— se celebran en veintisiete países, con veintisiete sistemas electorales e infraestructuras electorales diferentes. Por lo cual, basta con encontrar el eslabón débil de la cadena para provocar una interferencia que afectará no solo a ese país, sino a todas las elecciones europeas.

Por tanto, la seguridad y la integridad de las elecciones europeas tienen que estar muy arriba en nuestra agenda en esta última parte de la legislatura.

#### *Catch-the-eye procedure*

**Радан Кънев (PPE).** – Г-жо Председател, днес обсъждаме изключително важния въпрос за намесата в изборния процес в държавите от Европейския съюз. В моята родина България обаче се вижда следващата стъпка на враждебната намеса във вътрешните ни работи, и тя е намесата в следизборния процес, в самото формиране на държавно управление. Днес сме свидетели на абсолютно безпрецедентен опит за блокиране на създаването на общо управление между първите две политически сили в държавата. Опит, в който очевидно участват, от една страна, организираната престъпност, от друга страна, компрометираната прокуратура, която е призвана да се бори с нея.

От една страна, службите за сигурност, от друга страна, петата колона в българската политика, срещу която тези служби би трябвало да ни защитават. И всичко това се случва под егидата на българския президент и на ръководеното от него служебно правителство. Отправлям това послание към Вас и като призив за подкрепа, но и като много сериозно предупреждение накъде води разпадането на правовата държава.

**Juan Fernando López Aguilar (S&D).** – Señora presidenta, durante su mandato, esta comisión, que ha estudiado las interferencias extranjeras en los procesos democráticos, ha producido un documento de conclusiones muy relevante. Me interesan sobre todo sus conclusiones tercera y quinta porque son las que conectan las plataformas tecnológicas —y la necesidad de someterlas a un marco regulatorio europeo— con la defensa ante las injerencias extranjeras.

Porque las grandes empresas tecnológicas no tienen como objetivo producir una opinión pública libre a través de un debate pluralista, sino exclusivamente explotar algoritmos que radicalizan y confrontan a sus usuarios. Es por eso que la inteligencia artificial supone una vuelta de tuerca en una revolución tecnológica que amenaza con poder fabricar y difundir imágenes y voces falsas con apariencia de veracidad.

La Unión Europea tiene que estar a la vanguardia en la defensa de su idea de democracia, no solamente por ella misma, sino por la democracia en el mundo. Y a ello apunta el documento de conclusiones.

**Beata Mazurek (ECR).** – Pani Przewodnicząca! Unia Europejska jest wciąż podatna na obce ingerencje oraz dezinformację. Putin doskonale wiedział, kto będzie najsilniej wspierał Ukrainę podczas wojny. Dlatego przez ostatnie lata próbował zdyskredytować nas, mój kraj, Polskę na arenie międzynarodowej, podważając działania podejmowane przez demokratycznie wybrany polski rząd.

Niestety, wielu z Państwa powtarzało te niezwyfikowane frazesy. Tymczasem, o czym wspomina dzisiejsze sprawozdanie, to elity polityczne w Niemczech realizowały program Gazpromu i wyrażały stałe poparcie dla dostaw gazu z Rosji, uzależniając od nich całkowicie swój kraj, co dało Putinowi możliwość kształtowania europejskiej polityki przez zakręcanie kurka z gazem.

Nie zapominajmy także o skandalu korupcyjnym ujawnionym tu, w Parlamencie Europejskim, który wyraźnie pokazał brak odporności instytucji unijnych na nadużycia i ingerencję ze strony państw trzecich.

Zachęcam wszystkich Państwa do głębszej refleksji na temat funkcjonowania instytucji europejskich. Tylko wzmocnienie uczciwości, przejrzystości i odpowiedzialności może odbudować nadszarpnięty wspomnianą aferą wizerunek Unii w oczach wszystkich obywateli.

**Thierry Mariani (ID).** – Madame la Présidente, à quoi va servir ce rapport? Principalement à contrôler davantage le paysage médiatique en Europe. À l'article 33, vous voulez contrôler les experts qui interviennent sur les médias dits traditionnels. À l'article 35, vous voulez un comité européen des médias dont nous ne doutons pas qu'il diffuserait l'idéologie de la Commission européenne. Le ministère de la vérité n'est pas très loin. Vous voulez toujours davantage contrôler internet, et notamment la plateforme Twitter, dont l'attachement à la liberté d'expression hérisse le poil de la Commission.

Vous continuez à répandre l'idée que la Russie voulait influencer les prochaines élections européennes, sans apprendre des manipulations commises par les démocrates américains, dont les accusations viennent une nouvelle fois d'être balayées par deux rapports différents du département américain de la justice. Ces rapports affirment clairement qu'il n'y a aucune preuve d'une ingérence russe dans la campagne présidentielle américaine.

Quand on lit ce rapport, finalement, on est en droit d'être inquiets. Ceux qui ne partagent pas vos conceptions sont soit manipulés, complotistes, ou agents. Ils ont peut-être tout simplement une opinion différente. Garderont-ils ce droit encore longtemps?

**Mick Wallace (The Left).** – Madam President, we are exceptional in both our victimhood and in the righteousness of our actions. When the EU backs military and right-wing coups in Brazil, Peru, Bolivia and Sudan, this is not interference in democratic processes; it's a defence of democracy. When the Council imposes crushing sanctions on disobedient countries, killing tens of thousands of men, women and children and displacing more, somehow this isn't foreign interference, this is about protecting human rights. This is a lie. To quote High Representative Josep Borrell, our sanctions are a means of 'coercive capacity'.

The report highlights the need to turn this coercive capacity against people in the EU suspected of engaging in this new and vaguely defined crime of foreign interference. Who will judge if someone is guilty? The Council? They don't even adhere to basic standards of due process. They are an unaccountable political body who operate in secret. It's about time people started to look and see and focus on the growing threat to basic civil liberties coming from Brussels.

**Александър Александров Йорданов (PPE).** – Г-жо Председател, военната агресия на Русия стана възможна, защото руското общество от десетилетия съществува в условията на дезинформация. В основата на тази дезинформация е все още силната комунистическа интерпретация на историята. Но същото днес наблюдаваме и в някои държави от Западните Балкани, които са кандидати за членство. Например, дискриминационната политика на Скопие спрямо българите в тази страна и изобщо антибългарската политика на Северна Македония е резултат от десетилетна дезинформационна комунистическа пропаганда. Същевременно основна причина за политическата криза и дестабилизация в България през последните две години е руското проникване в българския политически, стопански и културен елит. В този момент българският президент се явява не обединител на нацията, а фактор за дестабилизация на България. Хибридна война на Русия срещу България и Европа продължава. Това е опасно.

**Maria Grapini (S&D).** – Doamnă președintă, sigur, dezbaterem un lucru foarte important, mai ales că este un an înainte de alegeri. Clar, dezinformarea duce la o alegere greșită, le induce cetățenilor un alt drum. Problema este: cum facem? Am definit foarte clar ce înseamnă ingerință străină, pentru că vedem, acum a apărut un conflict în Serbia și Kosovo, conflictul din Ucraina, primim informații greșite și cred că dezinformarea este cel mai grav lucru, care duce la alegeri greșite și la imixtiunea în actul democratic dintr-un stat membru.

Problema pe care eu o pun acum aici – și vreau să fiu înțeleasă corect – este că trebuie să vedem ingerințele străine din toate părțile, pentru că alegă domnul Soroș în toate statele membre și în țara mea și finanțează anumite ONG-uri, anumite persoane care, evident, dezinformează. Cum facem să oprim dezinformarea? Da, noi reglementăm aici, dar problema este de aplicare în statele membre și cred că și statele membre au o obligație extrem de mare, împreună cu Uniunea Europeană, să oprească odată dezinformarea și să nu mai fie ingerințe străine în actul democratic. Cetățenii să decidă.

**Liudas Mažylis (PPE).** – Pirmininke, vice Pirmininke, kolegos. Būtinybė stiprinti ES atsparumą – žodžiai, kurių pastaraisiais metais skirtinguose kontekstuose nesiliaujame vartoję. Realus karas, vykstantis dėl pasibaisėtinų Rusijos veiksmyų Ukrainoje, dar labiau sustiprino poreikį didinti mūsų atsparumą. Į tai įeina ir pasipriešinimas užsienio valstybių kišimuisi į demokratinį procesą ES. Dar labiau suintensyvėjęs piktavališkas elgesys tikėtinas 2024-aisiais, prieš būsimus Europos Parlamento rinkimus. Viliuosi, kad atsakingos institucijos ir ES valstybės narės rimtai pažvelgs į INGE ir INGE2 komitetų rezoliucijose pateiktas rekomendacijas ir jas kuo skubiau atsakingai įgyvendins. Kol mes tediskutuojame kaip reikėtų elgtis, priešiškos valstybės, tokios kaip Rusija, jau šiandien vykdo realius veiksmus Europoje, kenkiančius mūsų demokratijai. ES atsako, kuris atliktas iki dabar, akivaizdžiai nepakanka.

*(End of catch-the-eye procedure)*

**Věra Jourová, Vice-President of the Commission.** – Madam President, honourable Members, it's a tough task to use two minutes to react on such a broad and such an important debate. One year before elections, we discussed here about a crucial phenomenon which is foreign interference and endangering of our electoral processes.

I agree with many of you who said that we are strong, but we need to be stronger because we face many – some new, some older – new threats and really high pressure, especially in light of the Russian aggression in Ukraine, increase of abuse of technologies against our democracies and so on. And I agree with Ms Bischoff, who said that we should stop only analysing. We have to act. And we are acting: I don't have time to enumerate all the initiatives which have been already adopted and the plans we had. I just want to say that whatever we do, we have to do it in a European way. So to take decisive actions, to adopt legislation to invite the society, because everybody who wants to keep a democratic system and live in a democratic system has some task or some role, be it the politicians here – I have to comment also that I agree with those that who say that the foreign interference cannot be efficient without having internal proxies

in the EU. And I think that we also have to look at this.

So to react in a European way is to invite everybody to contribute, be it politicians, independent media, be it civil-society organisations, be it citizens. Because I believe that the main pillar of democratic system is a well-informed and engaged citizen.

So I think there is something for everyone and to do it in a European way means that by an efficient fight against foreign interference and endangering electoral processes we have to guarantee that the freedom of speech will be fully protected, the freedom of assembly, the freedom of entrepreneurs, and that we will strengthen these important principles which we definitely need in the time of crisis.

I sharply disagree with those who said that we are close to the Ministry of Truth. It's not true. Whatever we do, all our initiatives, on the contrary, are directed on stronger protection of the freedom of speech.

So this is from my side. I want to thank you for your report, for the very inspiring discussion. And I promise that the Commission will not only get inspired, but also take further actions in order to protect the EU against the foreign pressures and all the risks which we see now for our democratic system.

**Sandra Kalniete**, *rapporteur*. – Madam President, dear colleagues, Madam Commissioner, I want to thank you for this very detailed discussion we had here. But even during that discussion, it was so evident how the tentacles of disinformation are reaching the politicians from the far right and from the far left. This is very regrettable and that's why we are working, trying to find the ways to protect our democracy. What I would like to reiterate is that the EU must focus more on resilience-building and vaccination of our societies against disinformation to protect our democracy.

It has been a long journey for us all, but I am confident that our Parliament and our Union has come out stronger and more aware of the threats we face and the vulnerabilities we have.

So I am looking forward to the vote and hope that you all will be able to support the report, which is not only mine, but a collective endeavour.

**President**. – The joint debate is closed. The vote will be held today.

*Written statements (Rule 171)*

**Sara Cerdas (S&D)**, *por escrito*. – As próximas eleições europeias vão realizar-se entre 6 e 9 de junho de 2024, aproximadamente dentro de um ano. Em 2019, a abstenção atingiu recordes e, no caso de Portugal, as últimas eleições europeias tiveram uma taxa de abstenção de 69,3 %, a mais alta desde 1987.

A desinformação contribui para a falta de confiança nas instituições, destrói o discurso público e, em última análise, enfraquece as democracias, o que indiretamente contribui para o aumento da abstenção. Dada a importância de combater tanto a abstenção, como a desinformação, a Comissão Europeia deve adotar estratégias que combatam a manipulação da informação e a desinformação de forma eficaz e rápida. Uma maior cooperação com as plataformas digitais, a adoção de mecanismos de cibersegurança e prevenção contra ataques de hackers e uma maior coordenação com os Estados-Membros para garantir que as eleições europeias estão bem protegidas contra a interferência estrangeira, ameaças híbridas e desinformação, serão medidas necessárias para assegurar a integridade e a confiança pública nas próximas eleições europeias.

**Karol Karski (ECR)**, *na piśmie*. – Problem dezinformacji oraz wrogiej propagandy nie jest kwestią nową. Już w trakcie poprzedniej kadencji z inicjatywy mojej grupy, to jest Europejskich Konserwatystów i Reformatorów, Parlament Europejski przyjął dwa sprawozdania dotyczące początkowo rosyjskich działań w tym zakresie, a następnie szerzej samego zjawiska oraz tego, jak podatne są społeczeństwa demokratyczne na tego typu wpływy. Głosowane dzisiaj sprawozdanie posła Sandry Kalniete jest doskonałym przykładem, jak złożony i skomplikowany jest ten problem oraz jak wielu sfer życia dotyka. Od wojny hybrydowej, poprzez farmy trolli, stosowanie sztucznej inteligencji, ataki na krytyczną infrastrukturę, programy zbierające informację o użytkownikach ukryte w aplikacjach, których używamy na co dzień, aż po tzw. „deep fakes” oraz instrumentalne wykorzystanie platform społecznościowych – dezinformacja przybiera różne, czasami bardzo niebezpieczne, postacie. Jednocześnie to, jak bardzo kompleksowa jest ta sprawa, pozwala zrozumieć, że poszczególne państwa nigdy nie będą w stanie w pełni obronić się przed zagrożeniami i jak ważna jest koordynacja wysiłków na poziomie międzynarodowym. Doskonałym przykładem jest tu NATO, ale również w ramach UE mamy olbrzymie pole do działania, które powinniśmy w pełni wykorzystać.

**Urmas Paet (Renew), kirjalikult.** – Euroopal on vaja kooskõlastatud strateegiat välissekkumise ja teabega manipuleerimise vastu, et suurendada ELi vastupanuvõimet ja tagada Euroopa Parlamendi 2024. aasta valimiste puutumatus. Enne 6.–9. juunil 2024 toimuvaid Euroopa Parlamendi valimisi kasvab välissekkumise ja valeinfo oht ning sagedana võivad demokraatia õõnestamise püüded ja keerulised infohäired. Selle taustal on oluline käsitleda eelkõige võimalikku sekkumist veebiplatvormidel, kriitilise tähtsusega taristu ja strateegiliste sektorite kaitset, valimisprotsesside kindlust, poliitilise tegevuse varjatud välisrahastamist ja küberrünakute tõrjumist. Eriti tuleb keskenduda Venemaa ja Hiina murettekitavale sekkumise ohule ELis, ELiga ühineda soovivates riikides (nt Lääne-Balkanil) ja maailma lõunapoolsetes riikides. Hukkamõistu väärt on ohtlik nn ostetav desinformatsiooniteenus, mille puhul valitsused ja valitsusvälised osalejad tellivad valimisprotsesside vastaseid rünakuid näiteks pimeveebist. Selleks et kolmandate riikide keelatud rahastus ei pääseks ELi poliitilisse süsteemi, peab Euroopa Komisjoni lihtsustama annetuste jälgimist. Lisaks peaksid liikmesriigid ohjama kolmandate riikide annetusi riiklikele erakondadele. Tähelepanu tuleb ka pöörata majandusliku sõltuvuse, spionaaži ja sabotaaži ohule, mis kaasneb ELi elutähtsa taristu sattumisega välisettevõtete kontrolli alla. Ühtlasi tuleb kõigil riiklikel valitsustasanditel ja ELi institutsioonides keelustada rakendus TikTok ning ELi Nõukogu ja Euroopa Komisjoni peaksid keelama ohtlikumatest riikidest, eriti Hiinast ja Venemaalt pärit seadmed ja tarkvara (nt ByteDance Huawei, ZTE, Kaspersky, NtechLab või Nuctech).

**Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR), kirjallinen.** – On tärkeää tiedostaa, että ulkopuoliset vihamieliset tahot pyrkivät systemaattisesti sekaantumaan päätöksentekoon sekä kansallisella että EU:n tasolla. Ilmiö ei ole mitenkään uusi. Pidän hyvänä sitä, että asiasta on nyt herätty puhumaan laajemmin. Keinoja epäasiallisen vaikuttamisen torjuntaan löytyy paljon. Esimerkiksi poliittisten puolueiden, puolueyhdistysten ja ehdokkaiden saamat rahalahjoitukset toimintansa ja vaalikampanjojensa rahoittamiseen tulisi saada nykyistä selkeämmin päivänvaloon. Suuret vaalibudjetit ovat liian usein avainasemassa poliittisten kampanjoiden onnistumiselle. Rahalla voidaan ostaa vaikutusvaltaa, joten olisi äärimmäisen tärkeää saada kaikki poliittinen rahoitus ja erityisesti vaalirahoitus nykyistä avoimemmaksi. Tämä koskee niin puolueita kuin yksittäisiä ehdokkaita. Rahalla ostetaan laadukkaita mainoskampanjoita, näkyvyyttä, toistoja ja sitä kautta uskottavuutta. Ilman isoja satsauksia ehdokkaat on vaikea saada sanomaansa suuren yleisön tietoisuuteen. Ehdokkaille lahjoittamansa taloudellisen tuen avulla eri tahot pyrkivät ostamaan tukea omille näkökannoilleen ja intresseilleen. Vaalirahoituksella poliittikkoon luodaan riippuvuussuhde, mistä seuraa, että valituksi tultuaan edustaja ei välttämättä olekaan äänestäjän asialla vaan jää kiitollisuudenvelkaan rahoittajalleen, mitä sitten maksaa, kun äänestää rahoittajallensa tärkeistä lainsäädäntöhankkeista. Jos vihamieliset tahot onnistuvat vaikuttamaan päätöksentekoprosessiin, kansalaisten luottamus demokraattisiin instituutioihin ja vaaliprosesseihin horjuu, mikä heikentää entisestään koko järjestelmän uskottavuutta. Vaalirahoituksen sääntelyä ja valvontaa on yleisesti tiukennettava. Avoin ja läpinäkyvä vaalirahoitus, sen valvonta ja seuranta on välttämätöntä, jotta voidaan varmistaa, että poliittiset kampanjat eivät ole riippuvaisia epäilyttävistä ulkopuolisista lähteistä.

**Alfred Sant (S&D).** – The EU is right in seeking to monitor and suppress foreign interference in all democratic processes in the EU, including disinformation. Foreign interference in the internal affairs of nations did not start yesterday as the resolution implies. It has been done 'legally' and 'illegally' by the US, European powers, the former USSR, for donkey's years. Should we forget about this as we proclaim our attachment to the defence of democratic processes?

There are many ways by which interference in democratic processes can be run from outside. Some are clearly indefensible. Others are at the margin of being between ambiguous and less than transparent. As of now, the EU and Member States themselves apply the latter strategy quite openly. In the past, a Maltese Labour Party government argued against foreign interference in national politics and legislated against it. For this, it was ostracised.

What is now being attempted here lacks historical balance and carries a Eurocentric emphasis that rings false in third countries which have been, and still are, subject to Western meddling in their internal affairs. So though I agree that outside interference in the internal affairs of nation states and the EU should be monitored and rolled back, I disagree with the approach that is being proposed.

### 3. Koordinierte Maßnahmen zur Bekämpfung antimikrobieller Resistenz (Aussprache)

**President.** – The next item is the debate on the oral question to the Commission on coordinated action to address antimicrobial resistance by Pernille Weiss and Tiemo Wölken on behalf of the PPE and S&D groups (O-000027/2023 – B9-0022/2023).

**Tiemo Wölken, Verfasser.** – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Kommissarin, liebe Stella, schön, dass wir uns hier heute sehen zu einem wirklich sehr, sehr wichtigen Thema: Antimikrobielle Resistenzen.

Es ist eines der unterschätztesten Gesundheitsthemen. Schon seit 2017 gibt es ja einen Aktionsplan der Europäischen Kommission, und passiert ist relativ wenig. Deswegen ist es gut und notwendig, dass wir jetzt wieder über das Thema reden. Ich möchte mich zunächst bei der Kommission dafür bedanken, dass sie ihre Empfehlungen an die Mitgliedstaaten herausgegeben hat. Ich hoffe, dass die Mitgliedstaaten diese Empfehlungen dann auch annehmen werden.

Wir als Europäisches Parlament stehen sehr geschlossen hinter dem Vorschlag, und ich möchte mich bei allen Kolleginnen und Kollegen bedanken, die mit uns zusammen diese Anfrage zur mündlichen Beantwortung eingereicht haben. Es sind ja nicht nur wir, das ist auch die EVP, das ist Renew, das sind die Grünen, das sind die Linken – also wirklich eine ganz, ganz breite, geschlossene Mehrheit.

Ich finde, wir erwähnen wichtige Punkte: Das Konzept „Eine Gesundheit“ zu stärken, das dafür sorgt, dass wir Gesundheit als Gesamtpaket denken – von der Umwelt aus über die menschliche Gesundheit, aber auch die Tiergesundheit –, das ist von zentraler Bedeutung. Wir müssen den Antibiotikaeinsatz weiter reduzieren, sowohl in der menschlichen Verschreibung als auch in der Tiergesundheit – da, wo es geht, damit wir diese lebensrettenden Medikamente weiter behalten und sie nicht noch weiter ihre Schutzwirkung verlieren.

Wichtig ist auch, dass wir die Umweltmaßnahmen sehr viel stärker beobachten. Wir unterstreichen in unserer Entschließung auch noch einmal, dass wir insbesondere auch darauf achten müssen, dass wir Wasser untersuchen, um zu testen, ob es eine neue Antibiotikaresistenz gibt. Wir wollen, dass Menschen mehr Schnelldiagnostiktests benutzen, bevor Antibiotika verschrieben werden. Und wir wollen insbesondere auch nochmal das Gesundheitspersonal schulen, da, wo noch Verbesserungsbedarf ist.

Aber wir dürfen auch nicht die Augen davor verschließen, dass wir mit den bisherigen Antibiotika in eine Sackgasse laufen. Deswegen müssen wir auch alternative Behandlungsmethoden in den Fokus nehmen und vor allen Dingen dafür sorgen, dass Antibiotikaforschung wieder in der Europäischen Union passiert. Insofern, Frau Kommissarin, vielen Dank, dass Sie sich heute die Zeit nehmen und mit uns diskutieren. Ich glaube, es wird eine sehr spannende und eine sehr wichtige Debatte.

**Stella Kyriakides, Member of the Commission.** – Madam President, honourable Members, first of all, I want to thank you for the ongoing support of all our work on fighting AMR and for putting this question here today, which I think is extremely important.

Many of us have been calling antimicrobial resistance the silent pandemic, and we are all aware that we can no longer say that it is silent. The pandemic has further highlighted the challenges we are facing with antimicrobial resistance, and we know that over 35 000 EU citizens every year lose their lives from antibiotic-resistant infections. And this is a number that is rising, because bacterial resistance is also rising, so we need to give it the highest priority.

We need to take action that needs to be both ambitious and also urgent. We have proposed the reform of our pharmaceutical legislation and this came with a Council Recommendation on AMR to strengthen our response. And through the recommendation, we have asked Member States to ensure the prudent use of antimicrobials and that unused and expired antimicrobials are disposed of in a very safe way.

We have put forward measurable EU national targets on antimicrobial consumption and resistance to be achieved by 2030. More prudent use measures are proposed in the legislation. For example, we have adequate pack size, we have plans and reporting of resistance to microbes, we have prescription status. So there is a great deal we need to do. And I want to say here that what we are trying to achieve can only be achieved if we have a toolbox of measures that is in place in order to fight AMR.

On the veterinary side, the legislation on veterinary medicinal products and medicated feed will help to meet our farm to fork strategy targets of halving overall EU sales of antimicrobials used for farmed animals and agriculture by 2030. The recommendation invites Member States to implement infection prevention and control measures so that we curb the spread of antimicrobial resistant pathogens. And it calls particularly for stronger measures in healthcare settings and long-term care facilities. This is building on what we have learned during the pandemic of the situation that we saw in long-term care facilities and in healthcare settings.

With EU funding support, Member States are encouraged to take measures to improve the health and the welfare of food-producing animals in order to decrease the spread of infectious diseases. And if we manage to do this, we will reduce the use of antimicrobials. However, reducing the use of antimicrobials has an impact on sales volumes and on the return of investment for marketing authorisation holders. And this is responsible for the current market failure and the lack of new antimicrobials.

Let me just share with you that the last antimicrobials that came onto the market, the novel ones, were in the 1980s, so we clearly need to do something urgently to bring innovation in, to bring new antimicrobials into the market. And this is why we're using push incentives by research and innovation funding and pull incentives to reward successful development and secure access to effective antimicrobials.

And that is why we have proposed what is possibly a world pioneering measure: the transferable data exclusivity vouchers to develop new antimicrobials. To be clear, these will be granted under extremely strict conditions to minimise the cost to health systems and to ensure a fair return on investments to developers, often small SMEs.

We have also presented procurement mechanisms for access to new and existing antimicrobials, and this would guarantee revenue for marketing authorisation holders regardless of sales volumes. Other medical countermeasures such as alternative treatments, diagnostic tests and vaccines targeting antimicrobial resistance pathogens are also covered here.

At the global level, the proposed recommendation looks to the Member States and the Commission to support concrete actions on AMR in the pandemic agreement currently being negotiated at the G7 and G20. I would also want to say, in addition, on bacteriophages, which has often been discussed, the revised pharmaceutical legislation would make it possible to establish an adapted, tailor-made framework to take the specificities of these medicinal products into account. And really, as we have often said, we need a One Health approach to tackle AMR, and that is a priority for the EU's global health strategy. And that's why we have encouraged, at EU level, the Member States to exchange and cooperate via the AMR One Health network.

So I have really gone through a list of the measures that we are taking, the actions that we are putting into place to tackle AMR. But I want to close by saying that I believe that we all come from a common point and that is that we urgently need to address antimicrobial resistance. We cannot afford not to act. We need to have ambitious actions and we need to ensure that we combine bringing new, innovative antimicrobials onto the market, but at the same time having awareness of prudent use and of what we need to do to strengthen our health systems. So I look forward to hearing your views and look forward to working with you on this important topic.

**Tomislav Sokol**, u ime kluba PPE. – Poštovana predsjedavajuća, povjerenice, kolegice i kolege, bakterije otporne na antibiotike svake godine uzrokuju više od 670 tisuća infekcija, od čega umire otprilike 35 tisuća ljudi u Europskoj uniji. Antimikrobna otpornost problem je koji ni jedna država članica ne može sama riješiti te je zajednički europski odgovor nužan, kao što smo već danas čuli.

Ovdje treba posebno naglasiti važnost razmjene podataka kako bismo u stvarnom vremenu imali informacije o antimikrobnoj otpornosti i potrošnji antimikrobnih sredstava na svim razinama. Zbog toga je ključno da što prije dovršimo pregovore i uspostavimo europski prostor za zdravstvene podatke.

Dalje: posebno je važno stvoriti europski pravni okvir koji će jače poticati istraživanje i inovacije, budući da neuspjeh u razvoju i proizvodnji djelotvornih novih antibiotika pogoršava posljedice antimikrobne otpornosti. U tom smislu, smatram da prijedlog Komisije o reformi farmaceutskog zakonodavstva ide u dobrom smjeru, ali naravno, poboljšanja su uvijek moguća. Osim toga, bitno je na razini država članica osigurati odgovarajuće infrastrukturne i ljudske resurse za sprečavanje i kontrolu infekcija te za programe za poboljšanje usluga vodoopskrbe, odvodnje i higijene.

Na kraju, moramo dodatno uložiti u razboritu uporabu antimikrobnih sredstava, provedbu smjernica EU-a i osmišljavanje mjera za zdravstvene djelatnike, kako bi se zajamčilo da se pridržavaju smjernica o liječenju uobičajenih infekcija.

**Heléne Fritzon**, *för S&D-gruppen*. – Fru talman! Kommissionär! Jag vill börja med att tacka mina kollegor för det goda arbetet med resolutionen.

Antimikrobiell resistens är en ödesfråga för EU och världen. Ska vi lyckas motverka den måste vi samarbeta internationellt, och därför är det så viktigt att vi på EU-nivå tar kampen mot antibiotikaresistensen. Vi måste se till att budskapen från den här resolutionen också återspeglas i revideringen av EU:s läkemedelslagstiftning. Och vi behöver göra ännu mer.

En avgörande fråga är hur vi ska få fram ny antibiotika. Om vi blickar mot mitt hemland – Sverige – ser jag att det är möjligt. I Sverige har vi fått tillgång till flera nya läkemedel tidigare än andra länder i Europa, bland annat genom den ersättningsmodell för vissa antibiotika som ju liknar det voucher-system som kommissionen har föreslagit.

Jag ser fram emot att utveckla detta förslag i revideringen av läkemedelslagstiftningen. Det är dags för EU att på allvar kliva fram.

**Billy Kelleher**, *on behalf of the Renew Group*. – Madam President, I welcome the urgency with which this issue is now being dealt with, and I welcome the fact that it was part and parcel of the pharmaceutical strategy in terms of combating antimicrobial resistance and the 'one health' approach.

As referenced, it is a silent killer: 35 000 people approximately die every year in the European Union. That number is rising. There are 700 000 infections across Europe every year. So it's putting additional pressure on our health systems right across Europe as well, so we do have to address it very, very quickly. Overprescribing, Commissioner, is a clear issue that has to be addressed. We are becoming very dependent on antibiotics as the first line of defence in terms of dealing with illnesses and sickness. And certainly that is an area that we have to address.

The issue of innovation and research – I welcome the push pull factor that you referenced, but we do really have to ramp up the research and innovation into new antibiotics and into antimicrobial resistance as well, to support companies in the areas of research, so that we can bring forward new medicines that will be able to address the issue of antimicrobial resistance. So I commend this and hope that it will be pushed forward as quickly as possible.

**Tilly Metz**, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Madame la Présidente, chère Commissaire, chers collègues, je suis heureuse que le Parlement européen prenne une nouvelle fois position pour demander aux États membres d'être cohérents dans leur action contre l'antibiorésistance.

On parle de pandémie silencieuse, mais les conséquences sont criantes. Plus de 35 000 personnes meurent chaque année dans l'Union à cause d'une bactérie résistante aux antibiotiques, et cela ne fera qu'augmenter, dépassant le nombre de patients décédant du cancer. Sans parler des coûts sociétaux qui dépasseront ceux de la crise financière de 2008.

Le message central de cette résolution est qu'il est grand temps d'agir, et ce en amont. Nous savons que l'usage actuel abusif des antibiotiques pour la santé humaine et animale ne contribue en fait qu'à amplifier l'antibiorésistance, de même que le rejet des produits pharmaceutiques et agricoles dans l'environnement. Alors changeons nos pratiques et appliquons l'approche «One health» afin d'être cohérents. J'appelle aussi les États membres à mettre à disposition les ressources nécessaires pour mettre en place les plans nationaux de lutte contre l'antibiorésistance.

**Joanna Kopcińska**, *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca! Szanowna Pani Komisarz! Niewłaściwe stosowanie środków przeciwdrobnoustrojowych doprowadziło na przestrzeni czasu do narastającego problemu oporności na środki przeciwdrobnoustrojowe do tego stopnia, że zagrożenie to zostało uznane za jedno z dziesięciu największych globalnych wyzwań dla zdrowia publicznego. Dlatego kiedy w zeszłym roku adresowałam interpelacje do Komisji odnośnie do kryteriów wyznaczania środków przeciwdrobnoustrojowych, w otrzymanej odpowiedzi przewijało się pojęcie solidarnych i wspólnych wysiłków ekspertów z zakresu medycyny, weterynarii, z organów krajowych, agencji unijnych i środowisk akademickich, tak aby sprostać temu zagrożeniu dla zdrowia publicznego.

Dzisiaj podobnie jest z głosowaną rezolucją, która diagnozuje problem AMR właśnie jako wspólne wysiłki. I choć dobór niektórych środków może budzić kontrowersje, to niemniej jednak dla mnie, jako osoby związanej przede wszystkim z polityką zdrowia publicznego, właściwe jest przyjęcie takiej metodologii prac, która przed 2050 r. przyczyni się do zmniejszenia liczby ofiar śmiertelnych. W przeciwnym razie śmierć poniesie ponad 10 milionów osób rocznie, a to więcej niż przewidywana liczba łącznych zgonów z powodu nowotworów i cukrzycy.

**Kateřina Konečná**, za skupinu *The Left*. – Paní předsedající, asi všichni uznáváme nutnost bojovat s antimikrobiální rezistencí a moc děkuji za tu rezoluci, kterou tady dnes máme. I nový farmaceutický balíček je ústy Komise prezentován tak, že má pomoci s touto tikající bombou. Bohužel dopadlo to jako vždycky. S řešením antimikrobiální rezistence v novém balíčku se prostě nemohu ztotožnit. Asi největším zlem je samozřejmě navržená pobídka, která by odměnila vývojáře nových antibiotik takzvaným prodejním poukazem, tedy voucherelem, který by umožnil speciální neomezenou roční ochrannou exkluzivitu pro lék dle výběru dané společnosti. Jako by to nestačilo, tak s těmito vouchery bude dál následně možno také obchodovat. To je přece ale naprosto skandální!

Komise zde nejenom, že reálně neřeší problém antimikrobiální rezistence, ale navíc ještě vytváří sekundární spekulací trh s léky. Co se asi tak stane? Na které léky myslíte, že dané společnosti vouchery uplatní? No samozřejmě na ty nejdražší a nejvíce poptávané léky ze svého portfolia, aby na úkor například pacientů se vzácným onemocněním a našich veřejných systémů zdravotního pojištění maximalizovali své zisky. S tím se já ani má skupina prostě nemůžeme a nehodláme smířit.

**Peter Liese (PPE)**. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist wirklich dramatisch. Vor einigen Jahren starben 30 000 Menschen jährlich in der EU an Antibiotikaresistenzen. Jetzt sind wir schon bei 35 000 und es wird jedes Jahr schlimmer. Deswegen müssen wir endlich aufhören mit dem Schwarzer-Peter-Spiel.

Viele meiner Berufskollegen – Humanmediziner – sagen, in der Tiermedizin muss gehandelt werden. Die Tiermediziner sagen, in der Humanmedizin muss gehandelt werden. Die Grünen sagen, wir brauchen strengere Kontrollen. Liberale und wir Christdemokraten sagen zu Recht, wir brauchen Innovation, wir brauchen auch die Vouchers.

Meine Meinung ist: Wir brauchen dies alles. Wir müssen aufhören, die Vorschläge zu kritisieren und zu sagen, man müsste es irgendwie anders machen. Alle Vorschläge, die auf dem Tisch liegen, müssen umgesetzt werden. Und wer wie Kateřina Konečná rummäkelt an dem Voucher, der soll einen besseren Vorschlag machen. Es ist vorbei mit dem Schwarzer-Peter-Spiel, wir müssen dieses Problem endlich anpacken!

**Sara Cerdas (S&D)**. – Senhora Presidente, Senhora Comissária, Caros Colegas, há três grandes fatores responsáveis pelo aumento da esperança média de vida nos últimos 100 anos: o acesso à água potável e saneamento básico, a vacinação e os antibióticos. No entanto, nos últimos anos a resistência aos antimicrobianos aumentou por diversas razões já aqui mencionadas. Aliás, prevê-se que em 2050 venha a ter tantas repercussões económicas como teve a crise de 2008.

Precisamos, assim, de mudar. E é imoral também que, perante este problema, 8 % dos antibióticos para consumo humano ocorram sem prescrição e que 73 % de todos os antibióticos sejam utilizados em animais criados para consumo alimentar. Este é mais um grave problema à escala mundial e nenhum Estado-Membro conseguirá lidar com ele individualmente.

Precisamos, assim, de mais coordenação e cooperação entre os Estados-Membros e a Comissão Europeia, de planos de ação nacionais focados e consequentes, e de inovação científica para novos métodos terapêuticos e também de diagnóstico.

Os microrganismos não conhecem fronteiras e a saúde global está em risco. Assim, precisamos de atuar urgentemente.

**Véronique Trillet-Lenoir (Renew)**. – Madame la Présidente, vous avez raison, Madame la Commissaire, contrairement à ce qu'on entend, la résistance aux antimicrobiens n'est pas une pandémie silencieuse. 35 000 morts par an dans l'Union et chaque jour dans nos hôpitaux, des patients infectés par des bactéries multi-résistantes. Ce fléau illustre douloureusement le concept de «One Health» et il impose une réponse ambitieuse à tous les échelons de la gouvernance:

au niveau des États membres, sensibilisation des citoyens et formation des professionnels; au niveau européen, incitation à la recherche et au développement via les PIEC et grâce à HERA; au niveau international, dans le cadre du futur accord de l'OMS sur les pandémies.

Nous adressons ici un message uni à la Commission et au Conseil. Il faut des mesures législatives fortes. Le Parlement européen dispose avec la révision de la stratégie pharmaceutique d'un outil approprié dont il saura se servir.

**João Pimenta Lopes (The Left).** – Senhora Presidente, o aumento das resistências antimicrobianas e o uso generalizado de antibióticos são reconhecidos problemas de saúde pública que exigem ação e decisão política.

Importa rejear a instrumentalização desta questão por aqueles, como as multinacionais farmacêuticas, que privilegiam o lucro sobre o direito à saúde. Como rejear abordagens de responsabilização do indivíduo que mascaram o impacto da opção política da falta de investimento nos serviços públicos de saúde, no agravamento desta situação, dificultando quer a prevenção, quer a adequada gestão da resistência antimicrobiana.

Importa intervir também na alteração dos modos de produção agropecuária, combatendo a produção intensiva que emprega elevadas cargas de antibióticos ou práticas genómicas na produção de sementes geneticamente modificadas, e cujos marcadores contribuem para a resistência antimicrobiana.

Um verdadeiro combate a este problema exige mudança de políticas que promovam o investimento em serviços de saúde públicos de qualidade, promovendo uma maior prudência e vigilância e mais investigação pública neste domínio para o desenvolvimento de novas alternativas e de novos agentes antimicrobianos.

**Deirdre Clune (PPE).** – Madam President, AMR – antimicrobial resistance – is one of the biggest threats to public health today. The medicines that we use so widely and are so available, and that have had such an impact on our healthcare from minor to major illness, are becoming less effective as the bacteria that antibiotics are tackling are becoming increasingly resistant.

We need more innovation and new developments in this area and the World Health Organisation has been critical of the lack of worldwide action in developing new medicines. So it's significant and important, Commissioner, that the pharmaceutical legislation addresses this issue and aims to increase further development of antibiotics. But more and better medicines are not the only answer: they are part of a solution. We need a range of actions taking into account human health and welfare, animal health and production, and food and food safety.

Today, we are all aware of the effects that a worldwide pandemic can have on our health, our societies, our economies. We did not see COVID coming, but we can see AMR coming and we need action now, urgently.

#### *Catch-the-eye procedure*

**Maria Grapini (S&D).** – Doamnă președintă, mă bucur că discutăm acest subiect, pentru că eu cred că nimic nu este mai important decât sănătatea oamenilor și este foarte bine să punem accent pe cercetare și inovare, pentru că da, sigur, avem nevoie de noi antibiotice, de noi medicamente care să poată să pună capăt acestor cazuri. S-a spus aici: 35 de mii de decese pentru infecții microbiene. Problema pe care eu vreau să o ridic, doamnă comisar, este ca rezultatul cercetării să ajungă în toate statele membre.

Da, sănătatea este de competență națională, dar eu cred că libera circulație a cetățenilor face să fie nevoie să avem o politică de sănătate și să dăm rezultatul cercetării. Până la urmă, alocați niște bugete tuturor statelor membre și sper să nu se întâmple ca și cu Pfizer, să livrăm bani acolo pentru cercetare și să avem rezultate negative. Eu sper într-o politică de sănătate echitabilă pentru toți cetățenii, care trebuie să poată să-și cumpere aceste medicamente sau să li se asigure gratuit, în funcție de boala pe care o au.

**Juozas Olekas (S&D).** – Gerbiamas Pirmininke, gerbiama komisijos nare. Iš tikrųjų antimikrobinis atsparumas – tai dar viena pandemija, kuri žudo mūsų žmones. Trisdešimt penki tūkstančiai mirštančių žmonių yra didelė visų netektis. Viena iš priežasčių yra per daug platus antimikrobinų preparatų naudojimas, ypač antibiotikų, jų prieinamumas. Tiek gydant žmones, tiek veterinarijoje. Todėl manau, kad pateiktas dokumentas yra labai svarbus. Mums reikia bendresnių metodologijų, mums reikia vienodesnių gydymo schemų, mums reikia didesnio koordinavimo tarp šalių narių ir komisijų ir taip pat reikia mokslo naujovių įdiegimo. Todėl sveikinu pateiktą DEKO dokumentą ir kviečiu jį palaikyti, nes manau, kad įgyvendinus jo nuostatas, mes turėsime geresnę informaciją tiek medikų tarpe, tiek mūsų piliečių bendruo-

menėje, ir galėsime sureguliuoti antibiotikų naudojimą ir sumažinti antimikrobinį atsparumą ir mirtis nuo šios pandemijos.

*(End of catch-the-eye procedure)*

**Stella Kyriakides**, *Member of the Commission*. – Madam President, dear Members, first of all, I want to thank you for the very fruitful exchange that we had today. A great deal has already been said, and I must say that I think that it's one of the times that we agree on where we need to go. I think that we also need to agree on the fact that there can be no quick solutions to deal with a huge public health issue like antimicrobial resistance. It's there and what we need to do is find solutions that are going to be effective, and to be able to be effective through the One Health approach.

It was mentioned that we need to have a methodology to reduce the number of deaths from AMR, and that is exactly what the Commission has proposed. Through the proposals in the pharmaceutical reform and the recommendation to the Member States what we are doing is proposing a way forward for us all to work together to bring down the number of deaths with AMR.

The transferable exclusivity vouchers were used and I am aware that this is a rather innovative approach, but we need to have an ambitious way of dealing with this problem. When we were looking at this in the proposal, I just want to assure you that the way these vouchers will be used will be under very strict conditions only for very novel antimicrobials and for a very specific number and term. So we are looking for ways to inspire innovation and bring new antimicrobials into the market.

And lastly I want to just spend the last 20 seconds of the time I have to stress the importance of public awareness. And this is where each and every person in this room, each Member of the European Parliament who has the contact with citizens, can help us spread the message of this silent pandemic on AMR. We need to raise public awareness. EU citizens need to understand what is at stake so that they monitor and have more prudent use of antimicrobials.

Thank you so much. I look forward to working with you, and I count on your support on the coming negotiations on the pharmaceutical package.

**President**. – The debate is closed. I have received one motion for a resolution to wind up the debate.

The vote will be held today.

*(The sitting was suspended at 10.57)*

**VORSITZ: EVELYN REGNER**

*Vizepräsidentin*

#### **4. Wiederaufnahme der Sitzung**

*(Die Sitzung wird um 11.05 Uhr wieder aufgenommen.)*

#### **5. Einstellung des Verfahrens in Bezug auf Anträge auf Aufhebung und auf Schutz der parlamentarischen Immunität von Mitgliedern**

**Die Präsidentin**. – Der Rechtsausschuss hat der Präsidentin mitgeteilt, dass die Staatsanwaltschaft des Gerichts erster Instanz in Thessaloniki in Griechenland das Verfahren gegen Emmanouil Fragkos eingestellt hat, für das die Aufhebung der parlamentarischen Immunität von Emmanouil Fragkos beantragt worden war, wie im Plenum am 13. September 2021 angekündigt. Dieses Verfahren zur Aufhebung der Immunität ist somit abgeschlossen.

Der Rechtsausschuss hat der Präsidentin weiter mitgeteilt, dass der Ausschuss zu dem Schluss gekommen ist, dass Artikel 8 des Protokolls Nr. 7 über die Vorrechte und Befreiungen in der Europäischen Union nicht auf den in der Plenarsitzung vom 21. November 2022 angekündigten Antrag auf Schutz der Vorrechte und der Befreiungen von Nikos Androulakis anwendbar ist. In Folge des Rücktritts von Nikos Androulakis als Mitglied des Europäischen Parlaments mit Wirkung vom 3. Mai 2023 genießt er nicht mehr die Immunität nach Artikel 9 des Protokolls Nr. 7, die auf die Dauer des Mandats des Mitglieds des Europäischen Parlaments beschränkt ist. Daher wird das Verfahren bezüglich dieses Antrags auf Schutz seiner Vorrechte und Befreiungen eingestellt.

**Marie Toussaint (Verts/ALE).** – Madame la Présidente, chers collègues, l'Europe est face à un nouveau scandale. Nous apprenons ce matin que plusieurs fabricants de pesticides ont délibérément menti aux autorités européennes.

Pendant plusieurs années et à plusieurs reprises, Syngenta, mais aussi Bayer, auraient soustrait des analyses scientifiques démontrant la toxicité de leurs produits sur la santé humaine, et en particulier sur le développement du cerveau des enfants. Ces pesticides provoquent des troubles du neurodéveloppement, de l'autisme, et impactent le quotient intellectuel des enfants.

Depuis près de 20 ans, l'Agence européenne de sécurité des aliments a donc été délibérément empêchée de garantir la sécurité sanitaire des citoyennes et des citoyens. Les commissions Santé et Environnement doivent impérativement étudier et au plus vite, ce qui peut et doit être fait face à la toxicité de ces produits trop largement répandus. Mes chers collègues, il y a toutes les raisons de croire que nous sommes face à un PesticideGate ainsi que plusieurs collègues de différents groupes l'ont souligné.

Alors, au-delà de nos divergences politiques, au-delà de nos appartenances nationales, nous devons défendre l'intérêt général européen, qui commence par la transparence, la recherche de la vérité et la bonne administration de nos institutions. Voilà pourquoi nous devons mettre en place une commission pour veiller à ce que, plus jamais, nul ne bafoue la santé et la démocratie européennes. Mes chers collègues, mentir aux autorités européennes, nous mentir, ne peut rester sans réponse.

## 6. Abstimmungsstunde

**Die Präsidentin.** – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Abstimmung.

*(Abstimmungsergebnisse und sonstige Einzelheiten der Abstimmung: siehe Protokoll.)*

### 6.1. Antrag auf Aufhebung der Immunität von Maria Spyrali (A9-0201/2023 - Ilana Cicurel) (Abstimmung)

### 6.2. Antrag auf Aufhebung der Immunität von Alexis Georgoulis (A9-0202/2023 - Andrzej Halicki) (Abstimmung)

### 6.3. Förderung der Munitionsproduktion (C9-0161/2023) (Abstimmung)

— *Nach der Abstimmung über den Kommissionsvorschlag:*

**Cristian-Silviu Buşoi**, Chair ITRE. – Madam President, as Chair of the Committee on Industry, Research and Energy (ITRE), according to Rule 59(4) fourth subparagraph of the Rules of Procedure, I would like to request to refer the file back to the ITRE Committee for interinstitutional negotiations that we will try to conclude ASAP.

*(Das Parlament billigt den Antrag auf Rücküberweisung an den Ausschuss.)*

#### **6.4. Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit (A9-0184/2023 - Lara Wolters) (Abstimmung)**

— Vor der Abstimmung über den Kommissionsvorschlag:

**Lara Wolters**, *rapporteur*. – Madam President, I think that we had asked for a short technical break at this point, so if you will allow us that, we'll just take one minute to convene and then vote.

**Die Präsidentin**. – Beruhigen Sie sich im Raum! Um zügig vorzugehen, wird die Sitzung für ganz kurze Zeit – ein, zwei Minuten – unterbrochen.

— Nach der Abstimmung über den Kommissionsvorschlag:

**Lara Wolters**, *rapporteur*. – Madam President, I assume you gave me the floor. I couldn't hear in all the commotion of all those very happy colleagues here in the room, and I just want to take one moment to really warmly thank all of those who have worked so hard with me and with us on this, including those colleagues in EPP and in Renew who voted in favour today. So thank you so much to them. And now, under Rule 59(4), I would like to ask the chair for a referral back to the JURI Committee for interinstitutional negotiations due to start next week.

(Das Parlament billigt den Antrag auf Rücküberweisung an den Ausschuss.)

#### **6.5. Geografische Angaben für Wein, Spirituosen und landwirtschaftliche Erzeugnisse (A9-0173/2023 - Paolo De Castro) (Abstimmung)**

— Nach der Abstimmung über den Kommissionsvorschlag:

**Paolo De Castro**, *Rapporteur*. – Signora Presidente, innanzitutto chiedo il ritorno in Commissione in base all'articolo 59/4 per avviare subito i negoziati interistituzionali e approfitto davvero per ringraziare tutti i colleghi.

Un testo che ha avuto una così larga maggioranza, all'unanimità, approvato in commissione Agricoltura. Grazie davvero a tutti i colleghi.

(Das Parlament billigt den Antrag auf Rücküberweisung an den Ausschuss.)

#### **6.6. Vereinbarung mit der Republik Island zur Festlegung der Modalitäten ihrer Beteiligung am Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen (A9-0175/2023 - Jeroen Lenaers) (Abstimmung)**

#### **6.7. Vorgeschlagene Ernennung eines Mitglieds des Rechnungshofs – Ildikó Gáll-Pelcz (A9-0197/2023 - Ryszard Czarnecki) (Abstimmung)**

#### **6.8. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2023/000 TA 2023 — Technische Hilfe auf Initiative der Kommission (A9-0195/2023 - Monika Vana) (Abstimmung)**

#### **6.9. Vereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament und der EZB zur Strukturierung der Verfahren für die Zusammenarbeit im Bereich des Zentralbankwesens (A9-0158/2023 - Salvatore De Meo) (Abstimmung)**

— Vor der Abstimmung:

**Salvatore De Meo, Rapporteur.** – Signor Presidente, onorevoli colleghi, questo accordo, sotto forma di scambio di lettere tra il Parlamento europeo e la Banca centrale europea, è il frutto di un negoziato della commissione ECON, grazie al quale una serie di pratiche e di accordi informali tra la Banca centrale e la nostra Istituzione saranno formalmente definiti e strutturati, consentendo alla Banca centrale di adempiere ai propri obblighi di responsabilità e trasparenza nel rispetto dei trattati.

In questo contesto, il Parlamento funge da ponte tra la Banca centrale e i cittadini dell'Unione, esercitando un controllo democratico e trasparente, fornendo allo stesso tempo alla Banca centrale la possibilità di spiegare le sue politiche all'opinione pubblica. È importante sostenere questa proposta, così come già sostenuta all'unanimità dalla commissione AFCE.

**6.10. EU-Strategie für nachhaltige und kreislauffähige Textilien (A9-0176/2023 - Delara Burkhardt) (Abstimmung)**

**6.11. Missachtung der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte in Ungarn und eingefrorene EU-Gelder (B9-0257/2023) (Abstimmung)**

**6.12. Sexuelle Belästigung in der EU und Bewertung von MeToo (A9-0178/2023 - Michal Šimečka) (Abstimmung)**

**6.13. Stärkung des sozialen Dialogs (B9-0259/2023) (Abstimmung)**

**6.14. Einflussnahme aus dem Ausland auf alle demokratischen Prozesse in der Europäischen Union, einschließlich Desinformation (A9-0187/2023 - Sandra Kalniete) (Abstimmung)**

**6.15. Koordinierte Maßnahmen zur Bekämpfung antimikrobieller Resistenz (B9-0258/2023) (Abstimmung)**

**Der Präsident.** – Damit ist die Abstimmungsstunde geschlossen.

*(Die Sitzung wird für kurze Zeit unterbrochen.)*

**7. Wiederaufnahme der Sitzung**

*(The sitting resumed at 12.16)*

**8. Erklärungen zur Abstimmung**

**President.** – The next item is the explanations of vote.

**8.1. Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit (A9-0184/2023 - Lara Wolters)**

**Oral explanations of vote**

**Mick Wallace (The Left).** – Madam President, the directive has arrived decades late, after so much exploitation, environmental degradation and abuse by European companies has occurred with zero or inadequate consequences for those responsible.

The text agreed by the European Justice Ministers in December was watered down and toothless. Now we have a chance to make this important directive fit for purpose. And the same groups that are trying to crush the natural restoration law proposal are tabling a raft of amendments designed to protect company directors from the responsibility to implement the directive.

That being said, there are some improvements on the Council's approach and the Commission's proposals. If it passes in its current state, more companies will be subject to regulation. Yet that will still be less than 2% of EU companies. The financial sector is still getting off lightly and the fossil fuel companies are basically off the hook for being the main drivers of mass extinction.

How regressive is this place that MEPs are trying to weaken an already inadequate text?

**Jiří Pospíšil (PPE).** – Paní předsedající, nakonec jsem konečnou podobu návrhu nepodpořil, a to z toho důvodu, že na jedné straně samozřejmě hodnoty životního prostředí, hodnoty lidských práv ve třetím světě jsou klíčové a důležité hodnoty. Jsem ale přesvědčen, že ta cesta, která byla zvolena ve schváleném materiálu, není správná cesta a že nakonec povede k tomu, co autoři nezamýšleli. To znamená k poškození evropských firem a k tomu, že v globálním kontextu posílí firmy, které nejsou z Evropy a které taková pravidla a omezení nemusí naplňovat. Bohužel se obávám, že tady dobrý úmysl je cestou do pekel a že v důsledku tohoto dojde ke snížení konkurenceschopnosti evropských firem a pomůže to naopak čínským konkurentům.

**Marc Tarabella (NI).** – Madame la Présidente, aujourd'hui est un jour important. Aujourd'hui, c'est le jour où l'Europe prend une décision décisive pour les droits des travailleurs, l'éthique et la morale, le renforcement de la protection de l'environnement. Alors que l'on commémore les dix ans de la tragédie du Rana Plaza et que l'on rend hommage aux plus de 3 600 victimes de cette tragédie, nous devons nous souvenir que ce drame est aussi la responsabilité des entreprises européennes qui ont préféré fermer les yeux sur une forme d'esclavage dont elles étaient finalement complices. Mon vote en faveur du texte était donc une évidence, ayant notamment été le rapporteur pour avis de la commission du marché intérieur dans ce dossier.

**Chris MacManus (The Left).** – *A Uachtarán*, I was happy to vote in favor of the CSDDD. Today's vote was an important milestone towards improving the global landscape on business and human rights.

This is a crucial piece of legislation that will finally hold multinational companies to task for the myriad human rights and environmental abuses linked to their value chains. The position established today is not perfect, but I am pleased that efforts from the right to scupper the directive were almost all unsuccessful.

We are now one step closer to proper corporate accountability and access to justice for victims. We must continue to stand in solidarity with impacted communities and insist on a strong due diligence law during the trilogue negotiations.

**Clare Daly (The Left).** – Madam President, I too voted in favor of this report on corporate due diligence, and I would like to thank so many members of our society who lobbied so hard in order to get this past the line. I would absolutely like to share and echo their concerns about the inevitable watering down of this crucial directive by the Council.

It is very clear that we need a strong and robust directive that helps put an end to the appalling human rights and environmental abuses committed regularly by corporations. But let's be honest about it: even though we did withstand much of the regressive amendments here today, the text itself does try to give an illusion that these companies are going to police themselves.

The recent revelations in Total's archaic management of the waste generated by the oil extraction process in Yemen in the 2000 are a perfect example of how this is not so. We have had a succession of accidents on the sites, mercury levels well above the standards found in soil and water samples, an increase in cancer cases, particularly among children – join the dots! Total flee the country and left Yemenis under the shellfire with a ruined environment. The fight for justice goes on way past today's vote.

**Piernicola Pedicini (Verts/ALE).** – Signora Presidente, il diritto internazionale dice che l'invasione russa è illegale esattamente come le guerre della NATO in Iraq, in Serbia, in Libia e in Siria. Sono tutte guerre illegali volute da ricchi, combattute da poveri e pagate da cittadini ancora più poveri.

Perciò questa guerra in realtà è la solita guerra ai poveri. Non ci sono soldi, ma l'Europa ha salvato le banche nelle crisi bancarie. Non ci sono soldi, ma gli Stati membri hanno subito risposto alla richiesta della NATO per uno sforzo bellico fino al 2 per cento del PIL. E se si trovano i soldi per il Covid, la pesante burocrazia impedisce di assorbire quelle risorse nelle aree più povere del nostro continente.

In questo momento ci sono milioni di cittadini europei che non hanno la possibilità di mettere cibo a tavola. Però questa Unione europea ha il denaro per le banche, ha il denaro per la guerra, ma non ha il denaro per i suoi poveri cittadini. Per questo motivo ho votato «no» alla risoluzione Asap. Noi in Ucraina non dobbiamo inviare munizioni, dobbiamo inviare soluzioni. Non dobbiamo esportare democrazia, dobbiamo esportare diplomazia.

## 8.2. Geografische Angaben für Wein, Spirituosen und landwirtschaftliche Erzeugnisse (A9-0173/2023 - Paolo De Castro)

### Oral explanations of vote

**Jiří Pospíšil (PPE).** – Paní předsedající, tuto zprávu jsem s radostí podpořil. Považuji to za jasně pozitivní věc, na které asi je všeobecná shoda jak mezi pravici, tak i levici v tomto sále, protože touto právní úpravou, pokud bude úplně přijata, posílíme ochranu specifických zemědělských výrobků, vína a lihovin, které se vyrábějí v rámci EU a které jsou charakteristické a typické pro určitý region. Takže pro ochranu našich výrobců, zvláště těch menších a středních, ta úprava bude velkým přínosem. Mám radost, že tady dneska prošla a já ji podpořil.

**Ангел Джамбазки (ECR).** – Г-жо Председател, гласувах за доклада относно географските означения за вина, спиртни напитки и селскостопански продукти, защото смятам, че е от особено значение за нашите производители да могат да засилят добавената стойност на продуктите, които са произвеждани в отредени защитени територии. Добре е, че не бяха приети изменения, целящи да увеличат позволените с 15% продукти извън демаркираната защитена зона при вината. Към момента 15%-то ограничение се отнася само до гроздето, а измамата целеше то да се разшири до гроздовата мъст и вино. Това, че не минаха е добре и е полезно за винарите, лозарите и фермерите. Ето затова подкрепих и доклада, и нашите лозари и винари в този сектор.

## 8.3. Missachtung der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte in Ungarn und eingefrorene EU-Gelder (B9-0257/2023)

### Oral explanations of vote

**Mick Wallace (The Left).** – Madam President, the rule of law should be the rule of law and not a weapon to trouble countries when someone deems them to have stepped out of order.

The rule of law issue is only used when it suits the Commission. People like Orbán will get away with anything as long as he's doing the bidding of the EU, but then when it doesn't suit will have a go at him. His position on the war is not suiting everybody at the moment, so it is easy enough to throw stones at him.

In June last year we gave candidate status to Ukraine, but we didn't give it to Georgia. Now, if there's anyone in here thinks that the rule of law is better in Ukraine than it is in Georgia, then you're living in cuckoo land. The European Court of Auditors report just before the war wrote off Ukraine as one of the most corrupt countries in Europe, and the place was a basket case. And yet, because Georgia are not anti-Russian enough, we have an issue with the rule of law. The hypocrisy is desperate.

**Ангел Джамбазки (ECR).** – Г-жо Председател, убедено гласувах против тази резолюция, защото тя е поредна намеса във вътрешните работи на суверенна държава и е призив за лов на вещици. Тя цели пряка намеса на различни бюрократични нива в ЕС във вътрешните работи на суверенни държави. Такава намеса, каквато виждаме в записите на бившия български министър-председател, който съгласува с председателя на Европейската комисия, с шефовете на служби за сигурност нещо недопустимо, нарушавашо националния суверенитет. Това противоречи на идеята за съюз на суверенни държави.

Европейският съюз не е съюз на дъгичките, пропагандата, ЛГБТИ и прочие, и прочие, и прочие. Той трябва да бъде съюз на свободното движение, на икономическия просперитет, на свободата на придвижване и на икономическата свобода. Това, което се налага през такива фалшиви доклади, е тоталитаризъм, мракобесие, Оруел и подменя самата идея за Европейски съюз. Всяка една такава резолюция е насочена битка срещу демократично избрано правителство. Дали ще бъде на Полша, дали на Унгария, дали на Италия, на което и да било. Това е опит за смазване на здравия разум. Това е опит за налагане на Оруелска пропаганда и намеса във вътрешните работи.

**Clare Daly (The Left).** – Madam President, I voted for this report. Hungary is a rule of law basket case, but it's not the only one. We've Spain, where the UN Human Rights Committee has twice ruled that the treatment of the Catalan independence politicians by the Spanish state breaches their rights. In France, we have people's rights continuously and systematically violated under the guise of counter-terrorism, while protesters met with spectacular violence. Bulgaria is a catastrophe. Croatia kidnaps and tortures migrants knowingly and gets rewarded by the Commission with Schengen entry. Italy is rounding up and arresting humanitarian workers. The Greek Government is spying on journalists. The Irish Tánaiste is attacking the free press. Latvia is taking elderly people to take language tests or be expelled.

And what is Parliament's response to all of this? The usual cynical nonsense. Political groups blocking debates are only promoting them when they're a chance for you to have a go against your political rivals. But you reap what you sow in this stuff. If politics is prioritised over the rule of law, then the rule of law breaks down. It's time to cop on and realise the same rules have to apply to everyone.

#### **8.4. Sexuelle Belästigung in der EU und Bewertung von MeToo (A9-0178/2023 - Michal Šimečka)**

##### **Oral explanations of vote**

**Clare Daly (The Left).** – Madam President, I again voted for this report because I think the question is, are we up for the fight against sexual harassment? We know the figures: one in two women in the EU has been a victim of sexual harassment before the age of 15, more than one person in five has been the victim of violence and harassment – whether physical, psychological or sexual – in the workplace. And this could only be, maybe, the tip of the iceberg because we don't know the real statistics.

So ratifying the various international texts such as the International Labour Organization's Convention on Violence and Harassment and the Istanbul Convention are very important, but they are not enough. Until we address the deep misogyny at the heart of our societies, then this discrimination and harassment will continue.

James Connolly, the great Irish Socialist, said: 'There are none so fitted to break the chains as those who wear them.' Well, the victims of sexual harassment and violence are off their knees, they're not going to tolerate it and they are demanding that action be done.

#### **8.5. Stärkung des sozialen Dialogs (B9-0259/2023)**

##### **Oral explanations of vote**

**Leila Chaibi (The Left).** – Madame la Présidente, chers collègues, je voudrais ici, depuis l'hémicycle de notre Parlement européen, vous alerter sur la situation du dialogue social en France. Le gouvernement français a fait passer de façon autoritaire le recul de l'âge de départ à la retraite en ignorant toutes les demandes, toutes les propositions des partenaires sociaux, en refusant de négocier avec les syndicats, puis en ignorant et en bafouant la représentation parlementaire.

Vous l'avez bien compris, cette réforme qui va impacter considérablement la vie des Français a été adoptée sans vote, sans dialogue, que ce soit avec les partenaires sociaux ou avec la représentation nationale. Le pouvoir a encore franchi un cap, hier, en allant jusqu'à retirer le droit constitutionnel d'amendement aux députés de l'opposition. Manœuvres politiciennes, attaque contre le dialogue social, contre les syndicats, tout cela marque une dérive autoritaire dangereuse.

Chers collègues, en tant que parlementaires européens, cette manière de bafouer la démocratie sociale, cette manière d'attaquer les syndicats, cette manière d'attaquer la démocratie doit nous alerter au plus haut point.

**Chris MacManus (The Left).** – Madam President, I strongly welcome the committee's insistence and the need for workers to have the right to avail of collective bargaining. In Ireland, this right has long been denied.

The need for collective bargaining to be protected by legislation has never been greater. An ideology of neoliberalism with hugely damaging consequences for workers and family has reigned across Ireland and Europe for too long. The High-Level Group on Collective Bargaining and Industrial Relations has done some good work, but it must translate into strong legislation for workers' rights. We saw today how those from the right will try and dilute every bit of progress. They must not be allowed to win out.

Only by giving workers the tools to bargain for themselves can they have a chance of living decent and happy lives. Collective bargaining must not be impeded or delayed, but implemented as soon as possible.

## 8.6. Einflussnahme aus dem Ausland auf alle demokratischen Prozesse in der Europäischen Union, einschließlich Desinformation (A9-0187/2023 - Sandra Kalniete)

### Oral explanations of vote

**Mick Wallace (The Left).** – Madam President, we talk an awful lot about foreign interference in this place. But do you know something? How come we never talk about the actual influence of the US empire on the European Union? They have invested heavily in our media. They're invested heavily in our universities. They're trying to influence the curriculum in the universities. How can we say we have democracy when the Americans are actually buying our media and interfering in our educational system? Our idea that foreign interference only comes from the Russians is comic book stuff, and it's about time the people in here copped on to themselves.

**Jiří Pospíšil (PPE).** – Paní předsedající, tuto zprávu jsem podpořil. Opravdu se velmi obávám zahraničních vlivů z Ruska, to znamená z této oblasti. Vidím to jinak než můj předřečník a osobně si myslím, že v této věci musíme být ve střehu a musíme permanentně debatovat o tom, jakou kybernetickou válku proti nám Putinův režim vede. A sami vidíme v praxi, jak je jenom malý krok od těchto hybridních hrozeb a hybridních válek k reálnému útoku na suverénní stát. Rusko, nositel řekněme hybridních útoků a válek vůči demokraciím, dnes útočí na Ukrajinu, na suverénní nezávislý stát. A to má nás vést k tomu, že bychom opravdu tyto hrozby pro naše demokracie v hybridní podobě neměli podceňovat a měli bychom je vnímat opravdu jako jednu z forem současných válek vůči demokratickým státům. Takže jsem návrh podpořil a jsem rád, že byl diskutován a že Parlamentem prošel.

**Ангел Джамбазки (ECR).** – Г-жо Председател, гласувах убедено в подкрепа на този документ, защото наметата на трети враждебни страни във вътрешните работи на Съюза и на държавите членки е неприемлива и недопустима. Помним случая Катар-гейт, в който имаше взети финансови средства, за да бъдат променяни документи на Съюза от наши колеги, европейски представители.

В същото това време министър на външните работи и заместник министър-председател на Република Северна Македония се хвали, че убеждава наши колеги как да променят документи на Съюза, свързани с докладите за напредъка на Република Северна Македония. Хвали се в интервю, че дава предложения за поправки на наши колеги. Виждаме вчера, по време на среща, водена от докладчиците в сянка, как заместник министър-председател на Република Северна Македония тук, в Брюксел, събира тези наши колеги, за да се снима с тях и да координира тяхната дейност с цел и задача. Без да се крият, те казват, че целта и задачата е да бъдат изтрети от доклада всички престъпления от омраза срещу българите в Македония, защитата на българското културно историческо наследство, и изобило промяна от трета враждебна страна срещу интересите на гражданите на държава – членка на Европейския съюз. Това е неприемливо, недопустимо и трябва да му се сложи край. И този случай трябва да бъде разследван. Да се види тези колеги дали са се записали в някакви списъци, обявили са с кого се виждат и т.н.

**President.** – That concludes the explanations of vote.

## **9. Genehmigung der Protokolle der laufenden Tagung und Übermittlung der angenommenen Texte**

**President.** – The minutes of today's and yesterday's sittings will be submitted to Parliament for its approval at the beginning of the next sitting. If there are no objections, I shall forward forthwith the resolutions adopted at today's sitting to the persons and bodies named in the resolutions.

## **10. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen**

**President.** – The next part-session will take place from 12 to 15 June in Strasbourg.

## **11. Schluss der Sitzung**

*(The sitting closed at 12.37)*

## **12. Unterbrechung der Sitzungsperiode**

**President.** – I declare adjourned the session of the European Parliament.

—

*Legende der verwendeten Zeichen*

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

*Abkürzungen der Ausschüsse*

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung
FISC	Unterausschuss für Steuerfragen
SANT	Unterausschuss für öffentliche Gesundheit

*Abkürzungen der Fraktionen*

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ID	Fraktion Identität und Demokratie
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
The Left	Fraktion Die Linke im Europäischen Parlament – GUE/NGL
NI	Fraktionslos



C/2024/1355

9.2.2024

## **Bekanntmachung der Einleitung einer Überprüfung wegen des bevorstehenden Auslaufens der Antidumpingmaßnahmen gegenüber den Einfuhren von Biodiesel mit Ursprung in Argentinien**

(C/2024/1355)

Nach Veröffentlichung der Bekanntmachung des bevorstehenden Auslaufens der Antisubventionsmaßnahmen gegenüber den Einfuhren von Biodiesel mit Ursprung in Argentinien <sup>(1)</sup> (im Folgenden „betroffenes Land“) ging bei der Europäischen Kommission (im Folgenden „Kommission“) ein Antrag auf Einleitung einer Überprüfung nach Artikel 18 der Verordnung (EU) 2016/1037 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über den Schutz gegen subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Union gehörenden Ländern <sup>(2)</sup> (im Folgenden „Grundverordnung“) ein.

### **1. Überprüfungsantrag**

Der Antrag wurde am 10. November 2023 im Sinne des Artikels 10 Absatz 6 der Grundverordnung im Namen des Wirtschaftszweigs der Union für Biodiesel vom European Biodiesel Board (Europäischer Biodieselerverband, im Folgenden „Antragsteller“) gestellt.

Eine allgemein einsehbare Fassung des Antrags und die Analyse, inwieweit der Antrag von den Unionsherstellern unterstützt wird, sind in dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier verfügbar. Abschnitt 5.6 dieser Bekanntmachung enthält Informationen über den Zugang zum Dossier für interessierte Parteien.

### **2. Überprüfte Ware**

Die Überprüfung betrifft durch Synthese und/oder Hydrotreating gewonnenen Fettsäuremonoalkylestern und/oder paraffinischen Gasölen nichtfossilen Ursprungs, in Reinform oder als Mischung („überprüfte Ware“), die derzeit unter den KN-Codes ex 1516 20 98 (TARIC-Codes 1516 20 98 21, 1516 20 98 22, 1516 20 98 23, 1516 20 98 29, 1516 20 98 31, 1516 20 98 32 und 1516 20 98 39), ex 1518 00 91 (TARIC-Codes 1518 00 91 21, 1518 00 91 22, 1518 00 91 23, 1518 00 91 29, 1518 00 91 31, 1518 00 91 32 und 1518 00 91 39), ex 1518 00 95 (TARIC-Codes 1518 00 95 10, 1518 00 95 11 und 1518 00 95 19), ex 1518 00 99 (TARIC-Codes 1518 00 99 21, 1518 00 99 22, 1518 00 99 23, 1518 00 99 29, 1518 00 99 31, 1518 00 99 32 und 1518 00 99 39), ex 2710 19 43 (TARIC-Codes 2710 19 43 21, 2710 19 43 22, 2710 19 43 23, 2710 19 43 29, 2710 19 43 31, 2710 19 43 32 und 2710 19 43 39), ex 2710 19 46 (TARIC-Codes 2710 19 46 21, 2710 19 46 22, 2710 19 46 23, 2710 19 46 29, 2710 19 46 31, 2710 19 46 32 und 2710 19 46 39), ex 2710 19 47 (TARIC-Codes 2710 19 47 21, 2710 19 47 22, 2710 19 47 23, 2710 19 47 29, 2710 19 47 31, 2710 19 47 32 und 2710 19 47 39), 2710 20 11, 2710 20 16, ex 3824 99 92 (TARIC-Codes 3824 99 92 10, 3824 99 92 11, 3824 99 92 13, 3824 99 92 14, 3824 99 92 15, 3824 99 92 16 und 3824 99 92 19), 3826 00 10 und ex 3826 00 90 (TARIC-Codes 3826 00 90 11, 3826 00 90 12, 3826 00 90 13, 3826 00 90 19, 3826 00 90 31, 3826 00 90 32 und 3826 00 90 39) eingereiht werden. Die KN- und TARIC-Codes werden nur informationshalber angegeben, unbeschadet einer späteren Änderung der zolltariflichen Einreihung.

### **3. Geltende Maßnahmen**

Bei den derzeit geltenden Maßnahmen handelt es sich um endgültige Antisubventionszölle, die mit der Durchführungsverordnung (EU) 2019/244 der Kommission <sup>(3)</sup> eingeführt wurden.

### **4. Gründe für die Überprüfung**

Der Antrag wurde damit begründet, dass bei Auslaufen der Maßnahmen mit einem Anhalten der Subventionierung und einem erneuten Auftreten der Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union zu rechnen sei.

<sup>(1)</sup> ABl. C 183 vom 25.5.2023, S. 2.

<sup>(2)</sup> ABl. L 176 vom 30.6.2016, S. 55.

<sup>(3)</sup> Durchführungsverordnung (EU) 2019/244 der Kommission vom 11. Februar 2019 zur Einführung eines endgültigen Ausgleichszolls auf die Einfuhren von Biodiesel mit Ursprung in Argentinien (ABl. L 40 vom 12.2.2019, S. 1)

#### 4.1. *Behauptung der Wahrscheinlichkeit eines Anhaltens der Subventionierung*

Der Antragsteller hat hinreichende Beweise dafür vorgelegt, dass die meisten der in der Ausgangsuntersuchung angefochtenen Subventionsregelungen nach wie vor in Kraft sind und dass die Hersteller der zu überprüfenden Ware im betroffenen Land auf Landes- und auf Provinzebene Subventionen von der Regierung Argentiniens erhalten haben und weiterhin erhalten dürften.

Aus den im Antrag enthaltenen Beweisen geht hervor, dass die Höhe der Subventionierung nach wie vor erheblich ist.

Bei den mutmaßlichen Subventionierungspraktiken handelt es sich unter anderem um i) einen direkten Transfer von Geldern, ii) den Verzicht auf Einnahmen bzw. die Nichterhebung von Abgaben durch die Regierung, und iii) die Bereitstellung von Waren oder Dienstleistungen durch die Regierung zu einem geringeren als dem angemessenen Entgelt. Dazu gehören unter anderem die Bereitstellung von Sojabohnen, zu einem geringeren als dem angemessenen Entgelt, Steuerbefreiungen auf Provinz- und nationaler Ebene sowie Vorzugsdarlehen.

Der Antragsteller brachte vor, dass es sich bei den beschriebenen Maßnahmen um Subventionen handele, da sie eine finanzielle Beihilfe der Regierung des betroffenen Landes beinhalteten und den Herstellern der zu überprüfenden Ware einen Vorteil verschafften. Diese Subventionen seien spezifisch für ein Unternehmen oder einen Wirtschaftszweig, dessen Tätigkeit gefördert wird, und seien daher anfechtbar.

Vor dem Hintergrund des Artikels 18 Absatz 2 der Grundverordnung erstellte die Kommission einen Vermerk über die Hinlänglichkeit der Beweise mit einer Bewertung aller ihr vorliegenden Beweise; auf dieser Grundlage leitet die Kommission die jetzige Untersuchung ein. Dieses Memorandum kann dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier entnommen werden.

Die Kommission behält sich das Recht vor, andere relevante Subventionierungspraktiken zu untersuchen, die möglicherweise im Laufe der Untersuchung bekannt werden.

#### 4.2. *Behauptung der Wahrscheinlichkeit eines erneuten Auftretens der Schädigung*

Laut dem Antragsteller ist ein erneutes Auftreten der Schädigung durch Einfuhren aus dem betroffenen Land wahrscheinlich. In diesem Zusammenhang legte der Antragsteller hinreichende Beweise dafür vor, dass die Einfuhren der zu überprüfenden Ware aus dem betroffenen Land in die Union im Falle eines Außerkrafttretens der Maßnahmen angesichts beträchtlicher ungenutzter Kapazitäten im betroffenen Land, der durch verschiedene Handelsmaßnahmen bedingten fehlenden Möglichkeit, in Drittländermärkte zu verkaufen, und der Attraktivität des Unionsmarktes aufgrund des dort herrschenden Preisniveaus zunehmen dürften.

Außerdem geht aus den vom Antragsteller vorgelegten Beweise hervor, dass die Einfuhren der überprüften Ware aus dem betroffenen Land in die Union in absoluten Zahlen und gemessen am Marktanteil weiterhin beträchtlich sind.

Den vom Antragsteller vorgelegten Nachweisen zufolge würde schließlich bei einem weiteren beträchtlichen Anstieg der Einfuhren zu subventionierten Preisen aus dem betroffenen Land die Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union im Falle des Außerkrafttretens der Maßnahmen wahrscheinlich erneut auftreten.

### 5. **Verfahren**

Die Kommission kam nach Anhörung des nach Artikel 25 Absatz 1 der Grundverordnung eingesetzten Ausschusses zu dem Schluss, dass genügend Beweise für die Wahrscheinlichkeit von Subventionierung und Schädigung vorliegen, um die Einleitung einer Auslaufüberprüfung zu rechtfertigen; sie leitet daher eine Überprüfung nach Artikel 18 der Grundverordnung ein.

Bei der Auslaufüberprüfung wird untersucht, ob damit zu rechnen ist, dass bei einem Außerkrafttreten der Maßnahmen die Subventionierung in Bezug auf die überprüfte Ware mit Ursprung im betroffenen Land anhält oder erneut auftritt und der Wirtschaftszweig der Union weiter bzw. erneut geschädigt wird.

Der Regierung des betroffenen Landes wurden nach Artikel 10 Absatz 7 der Grundverordnung Konsultationen angeboten.

### 5.1. *Untersuchungszeitraum der Überprüfung und Bezugszeitraum*

Die Untersuchung bezüglich eines Anhaltens oder erneuten Auftretens der Subventionierung erstreckt sich auf den Zeitraum vom 1. Oktober 2022 bis zum 30. September 2023 (im Folgenden „Untersuchungszeitraum der Überprüfung“). Die Untersuchung der Entwicklungen, die für die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit eines Anhaltens oder erneuten Auftretens der Schädigung relevant sind, betrifft den Zeitraum vom 1. Januar 2020 bis zum Ende des Untersuchungszeitraums der Überprüfung (im Folgenden „Bezugszeitraum“).

### 5.2. *Stellungnahmen zum Antrag und zur Einleitung der Untersuchung*

Interessierte Parteien, die zum Antrag (zum Beispiel zu Angelegenheiten im Zusammenhang mit einem Anhalten oder erneuten Auftreten der Schädigung oder mit der Schadensursache) oder zu Aspekten im Zusammenhang mit der Einleitung der Untersuchung (zum Beispiel zu der Frage, inwieweit der Antrag unterstützt wird) Stellung nehmen möchten, müssen dies binnen 37 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Union* <sup>(4)</sup> tun.

Anträge auf Anhörung, die die Einleitung der Untersuchung betreffen, müssen binnen 15 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung gestellt werden.

### 5.3. *Verfahren zur Ermittlung der Wahrscheinlichkeit eines Anhaltens oder erneuten Auftretens der Subventionierung*

Bei einer Auslaufüberprüfung untersucht die Kommission Ausfuhren, die im Untersuchungszeitraum der Überprüfung in die Union getätigt wurden, und prüft, unabhängig von den Ausfuhren in die Union, ob die Lage der Unternehmen, die die überprüfte Ware im betroffenen Land herstellen und verkaufen, sich so darstellt, dass bei einem Außerkrafttreten der Maßnahmen die Ausfuhren zu subventionierten Preisen in die Union fortgesetzt oder erneut getätigt werden dürften.

Daher werden alle Hersteller <sup>(5)</sup> der überprüften Ware aus dem betroffenen Land gebeten, bei der Untersuchung der Kommission mitzuarbeiten; dies gilt auch für diejenigen, die nicht bei der Untersuchung mitgearbeitet haben, die zu den geltenden Maßnahmen führte.

#### 5.3.1. *Untersuchung der Hersteller im betroffenen Land*

Da im betroffenen Land möglicherweise eine Vielzahl von Herstellern von dieser Auslaufüberprüfung betroffen ist und da es gilt, die Untersuchung fristgerecht abzuschließen, kann die Kommission die Zahl der zu untersuchenden Hersteller auf ein vertretbares Maß beschränken, indem sie eine Stichprobe bildet (im Folgenden „Stichprobenverfahren“). Das Stichprobenverfahren wird nach Artikel 27 der Grundverordnung durchgeführt.

Damit die Kommission über die Notwendigkeit eines Stichprobenverfahrens entscheiden und gegebenenfalls eine Stichprobe bilden kann, werden alle Hersteller oder die in ihrem Namen handelnden Vertreter hiermit gebeten, mit der Kommission Kontakt aufzunehmen und der Kommission binnen 7 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung Angaben zu ihren Unternehmen vorzulegen; dies gilt auch für diejenigen, die nicht bei der Untersuchung mitgearbeitet haben, die zu den jetzt zur Überprüfung anstehenden Maßnahmen führte. Diese Angaben sind über TRON.tdi unter folgender Adresse zu übermitteln: [https://tron.trade.ec.europa.eu/tron/tdi/form/R812\\_SAMPLING\\_FORM\\_FOR\\_EXPORTING\\_PRODUCER](https://tron.trade.ec.europa.eu/tron/tdi/form/R812_SAMPLING_FORM_FOR_EXPORTING_PRODUCER).

Informationen zum Zugriff auf TRON enthalten die Abschnitte 5.6 und 5.9.

Die Kommission wird ferner mit den Behörden des betroffenen Landes sowie gegebenenfalls mit den ihr bekannten Herstellerverbänden im betroffenen Land Kontakt aufnehmen, um die Informationen einzuholen, die sie für die Auswahl der Herstellerstichprobe benötigt.

Ist die Bildung einer Stichprobe erforderlich, werden die Hersteller auf der Grundlage der größten repräsentativen Produktions-, Verkaufs- oder Ausfuhrmenge ausgewählt, die in der zur Verfügung stehenden Zeit in angemessener Weise untersucht werden kann. Alle der Kommission bekannten Hersteller im betroffenen Land, die Behörden des betroffenen Landes und die Herstellerverbände werden von der Kommission (gegebenenfalls über die Behörden des betroffenen Landes) darüber in Kenntnis gesetzt, welche Unternehmen für die Stichprobe ausgewählt wurden.

<sup>(4)</sup> Sofern nichts anderes bestimmt ist, sind alle Bezugnahmen auf die Veröffentlichung dieser Bekanntmachung Bezugnahmen auf die Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Union*.

<sup>(5)</sup> Ein Hersteller ist ein Unternehmen, in diesem Fall im betroffenen Land, das die überprüfte Ware herstellt, gegebenenfalls auch ein verbundenes Unternehmen, das an der Herstellung, den Inlandsverkäufen oder der Ausfuhr der überprüften Ware beteiligt ist.

Sobald die Kommission die erforderlichen Informationen erhalten hat, um eine Herstellerstichprobe zu bilden, teilt sie den betroffenen Parteien mit, ob sie in die Stichprobe einbezogen wurden. Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen die Hersteller, die für die Stichprobe ausgewählt wurden, binnen 30 Tagen nach Bekanntgabe der Entscheidung über ihre Einbeziehung in die Stichprobe einen ausgefüllten Fragebogen übermitteln.

Die Kommission nimmt in das zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmte Dossier einen Vermerk zur Stichprobenauswahl auf. Stellungnahmen zur Stichprobenauswahl müssen binnen 3 Tagen nach Bekanntgabe der Entscheidung über die Stichprobe eingehen.

Der Fragebogen für Hersteller im betroffenen Land steht in dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier und auf der Website der GD Handel (<https://tron.trade.ec.europa.eu/investigations/case-view?caseId=2714>) zur Verfügung.

Unbeschadet des Artikels 28 der Grundverordnung gelten Unternehmen, die ihrer möglichen Einbeziehung in die Stichprobe zugestimmt haben, jedoch hierfür nicht ausgewählt werden, als mitarbeitend.

### 5.3.2. Untersuchung der unabhängigen Einführer <sup>(6)</sup> <sup>(7)</sup>

Die unabhängigen Einführer, die die überprüfte Ware aus dem betroffenen Land in die Union einführen, werden gebeten, bei dieser Untersuchung mitzuarbeiten; dies gilt auch für diejenigen, die nicht bei der Untersuchung mitgearbeitet haben, die zu den geltenden Maßnahmen führte.

Da möglicherweise eine Vielzahl unabhängiger Einführer von dieser Auslaufüberprüfung betroffen ist und da es gilt, die Untersuchung fristgerecht abzuschließen, kann die Kommission die Zahl der zu untersuchenden unabhängigen Einführer auf ein vertretbares Maß beschränken, indem sie eine Stichprobe bildet (im Folgenden „Stichprobenverfahren“). Das Stichprobenverfahren wird nach Artikel 27 der Grundverordnung durchgeführt.

Damit die Kommission über die Notwendigkeit eines Stichprobenverfahrens entscheiden und gegebenenfalls eine Stichprobe bilden kann, werden alle unabhängigen Einführer oder die in ihrem Namen handelnden Vertreter hiermit gebeten, mit der Kommission Kontakt aufzunehmen; dies gilt auch für diejenigen, die nicht bei der Untersuchung mitgearbeitet haben, die zu den jetzt zur Überprüfung anstehenden Maßnahmen führte. Die Parteien müssen dies binnen 7 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung tun, indem sie der Kommission die im Anhang erbetenen Angaben zu ihren Unternehmen übermitteln.

Ferner kann die Kommission mit den ihr bekannten Einführerverbänden Kontakt aufnehmen, um die Informationen einzuholen, die sie für die Auswahl der Stichprobe der unabhängigen Einführer benötigt.

Ist die Bildung einer Stichprobe erforderlich, können die Einführer auf der Grundlage der größten repräsentativen Verkaufsmenge der überprüften Ware aus dem betroffenen Land in der Union ausgewählt werden, die in der zur Verfügung stehenden Zeit in angemessener Weise untersucht werden kann. Alle der Kommission bekannten unabhängigen Einführer und Einführerverbände werden von ihr davon in Kenntnis gesetzt, welche Unternehmen für die Stichprobe ausgewählt wurden.

Die Kommission nimmt in das zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmte Dossier auch einen Vermerk zur Stichprobenauswahl auf. Stellungnahmen zur Stichprobenauswahl müssen binnen 3 Tagen nach Bekanntgabe der Entscheidung über die Stichprobe eingehen.

<sup>(6)</sup> Es können ausschließlich Einführer, die nicht mit Herstellern im betroffenen Land verbunden sind, in die Stichprobe einbezogen werden. Einführer, die mit Herstellern verbunden sind, müssen Anhang I des Fragebogens für die betreffenden Hersteller ausfüllen. Nach Artikel 127 der Durchführungsverordnung (EU) 2015/2447 der Kommission vom 24. November 2015 mit Einzelheiten zur Umsetzung von Bestimmungen der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Union gelten zwei Personen als verbunden, wenn a) sie leitende Angestellte oder Direktoren im Unternehmen der anderen Person sind, b) sie Teilhaber oder Gesellschafter von Personengesellschaften sind, c) sie sich in einem Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Verhältnis zueinander befinden, d) eine dritte Person unmittelbar oder mittelbar 5 % oder mehr der im Umlauf befindlichen stimmberechtigten Anteile oder Aktien beider Personen besitzt, kontrolliert oder hält, e) eine von ihnen unmittelbar oder mittelbar die andere kontrolliert, f) beide von ihnen unmittelbar oder mittelbar von einer dritten Person kontrolliert werden, g) sie beide zusammen unmittelbar oder mittelbar eine dritte Person kontrollieren oder h) sie Mitglieder derselben Familie sind (ABl. L 343 vom 29.12.2015, S. 558). Nach Artikel 5 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Union ist eine „Person“ eine natürliche Person, eine juristische Person oder eine Personenvereinigung, die keine juristische Person ist, die jedoch nach Unionsrecht oder nach einzelstaatlichem Recht die Möglichkeit hat, im Rechtsverkehr wirksam aufzutreten (ABl. L 269 vom 10.10.2013, S. 1).

<sup>(7)</sup> Die von unabhängigen Einführern vorgelegten Daten können im Rahmen dieser Untersuchung auch zu anderen Zwecken als zur Ermittlung des Interesses der Union herangezogen werden.

Die Kommission wird den in die Stichprobe einbezogenen unabhängigen Einführern Fragebogen zur Verfügung stellen, um die für ihre Untersuchung benötigten Informationen einzuholen. Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen diese Parteien binnen 30 Tagen nach Bekanntgabe der Stichprobe einen ausgefüllten Fragebogen übermitteln.

Der Fragebogen für unabhängige Einführer steht in dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier und auf der Website der GD Handel (<https://tron.trade.ec.europa.eu/investigations/case-view?caseId=2714>) zur Verfügung.

#### **5.4. Verfahren zur Feststellung der Wahrscheinlichkeit eines Anhaltens oder erneuten Auftretens der Schädigung und zur Untersuchung der Unionshersteller**

Um festzustellen, ob ein Anhalten oder erneutes Auftreten der Schädigung des Wirtschaftszweigs der Union wahrscheinlich ist, werden die Unionshersteller der überprüften Ware darum ersucht, bei der Untersuchung der Kommission mitzuarbeiten.

Da eine Vielzahl von Unionsherstellern von dieser Auslaufüberprüfung betroffen ist und da es gilt, die Untersuchung fristgerecht abzuschließen, hat die Kommission beschlossen, die Zahl der zu untersuchenden Unionshersteller auf ein vertretbares Maß zu beschränken, indem sie eine Stichprobe bildet (im Folgenden „Stichprobenverfahren“). Das Stichprobenverfahren wird nach Artikel 27 der Grundverordnung durchgeführt.

Die Kommission hat eine vorläufige Stichprobe der Unionshersteller gebildet. Genauere Angaben dazu können dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier entnommen werden.

Die interessierten Parteien werden hiermit aufgefordert, zur vorläufigen Stichprobe Stellung zu nehmen. Außerdem müssen andere Unionshersteller oder die in ihrem Namen handelnden Vertreter, die der Auffassung sind, dass bestimmte Gründe für die Einbeziehung ihres Unternehmens in die Stichprobe sprechen, die Kommission binnen 7 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung kontaktieren. Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen alle Stellungnahmen zur vorläufigen Stichprobe binnen 7 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung bei der Kommission eingegangen sein.

Die Kommission wird alle ihr bekannten Unionshersteller und Verbände von Unionsherstellern darüber in Kenntnis setzen, welche Unternehmen in die endgültige Stichprobe einbezogen wurden.

Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen die Unionshersteller, die für die Stichprobe ausgewählt wurden, binnen 30 Tagen nach Bekanntgabe der Entscheidung über ihre Einbeziehung in die Stichprobe einen ausgefüllten Fragebogen übermitteln.

Der Fragebogen für Unionshersteller steht in dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier und auf der Website der GD Handel (<https://tron.trade.ec.europa.eu/investigations/case-view?caseId=2714>) zur Verfügung.

#### **5.5. Verfahren zur Prüfung des Unionsinteresses**

Sollte sich die Wahrscheinlichkeit eines Anhaltens oder erneuten Auftretens der Subventionierung und der Schädigung bestätigen, wird nach Artikel 31 der Grundverordnung geprüft, ob die Aufrechterhaltung der Ausgleichsmaßnahmen nicht etwa dem Unionsinteresse zuwiderliefe.

Die Unionshersteller, die Einführer und ihre repräsentativen Verbände, die Verwender und ihre repräsentativen Verbände, die Gewerkschaften sowie repräsentative Verbraucherorganisationen werden gebeten, der Kommission Informationen zum Unionsinteresse zu übermitteln.

Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen die Informationen zur Bewertung des Unionsinteresses binnen 37 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung übermittelt werden. Diese Angaben können entweder in einem frei gewählten Format oder in einem von der Kommission erstellten Fragebogen gemacht werden.

Die Fragebogen, darunter auch der Fragebogen für Verwender der überprüften Ware, stehen in dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier und auf der Website der GD Handel (<https://tron.trade.ec.europa.eu/investigations/case-view?caseId=2714>) zur Verfügung. Nach Artikel 31 der Grundverordnung übermittelte Informationen werden allerdings nur dann berücksichtigt, wenn sie zum Zeitpunkt ihrer Übermittlung durch Beweise belegt sind, die ihre Richtigkeit bestätigen.

### 5.6. *Interessierte Parteien*

Um bei der Untersuchung mitarbeiten zu können, müssen interessierte Parteien wie Hersteller im betroffenen Land, Unionshersteller, Einführer und ihre repräsentativen Verbände, Verwender und ihre repräsentativen Verbände, Gewerkschaften sowie repräsentative Verbraucherorganisationen zunächst nachweisen, dass ein objektiver Zusammenhang zwischen ihrer Tätigkeit und der überprüften Ware besteht.

Hersteller im betroffenen Land, Unionshersteller, Einführer und repräsentative Verbände, die Informationen nach den Verfahren der Abschnitte 5.3.1, 5.3.2 und 5.4 zur Verfügung gestellt haben, gelten als interessierte Parteien, wenn ein objektiver Zusammenhang zwischen ihrer Tätigkeit und der überprüften Ware besteht.

Andere Parteien können erst dann als interessierte Partei bei der Untersuchung mitarbeiten, wenn sie sich bei der Kommission gemeldet haben, und nur dann, wenn ein objektiver Zusammenhang zwischen ihrer Tätigkeit und der überprüften Ware besteht. Die Einstufung als interessierte Partei gilt unbeschadet der Anwendung des Artikels 28 der Grundverordnung.

Der Zugang zu dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier erfolgt über TRON.tdi unter folgender Adresse: <https://tron.trade.ec.europa.eu/tron/TDI>. Um Zugang zu erhalten, folgen Sie bitte den Anweisungen auf dieser Webseite <sup>(8)</sup>.

### 5.7. *Andere schriftliche Beiträge*

Vorbehaltlich der Bestimmungen dieser Bekanntmachung werden alle interessierten Parteien hiermit gebeten, ihren Standpunkt unter Vorlage von Informationen und sachdienlichen Nachweisen darzulegen. Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen diese Informationen und sachdienlichen Nachweise binnen 37 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung bei der Kommission eingehen.

### 5.8. *Möglichkeit der Anhörung durch die untersuchenden Kommissionsdienststellen*

Jede interessierte Partei kann eine Anhörung durch die untersuchenden Kommissionsdienststellen beantragen. Der entsprechende Antrag ist schriftlich zu stellen und zu begründen; er muss ferner eine Zusammenfassung der Punkte enthalten, die die interessierte Partei während der Anhörung erörtern möchte. Die Anhörung ist auf die von den interessierten Parteien im Voraus schriftlich dargelegten Punkte beschränkt.

Grundsätzlich können die Anhörungen nicht zur Darlegung von Sachinformationen genutzt werden, die noch nicht im Dossier enthalten sind. Im Interesse einer guten Verwaltung und um die Kommissionsdienststellen in die Lage zu versetzen, bei der Untersuchung voranzukommen, können die interessierten Parteien nach einer Anhörung jedoch aufgefordert werden, neue Sachinformationen vorzulegen.

### 5.9. *Schriftliche Beiträge, Übermittlung ausgefüllter Fragebogen und Schriftwechsel*

Der Kommission für die Zwecke von Handelsschutzuntersuchungen vorgelegte Angaben müssen frei von Urheberrechten sein. Bevor interessierte Parteien der Kommission Angaben oder Daten vorlegen, für die Urheberrechte Dritter gelten, müssen sie vom Urheberrechtinhaber eine spezifische Genehmigung einholen, die es a) der Kommission ausdrücklich gestattet, die Angaben und Daten für die Zwecke dieses Handelsschutzverfahrens zu verwenden, und b) den an dieser Untersuchung interessierten Parteien die Angaben und Daten so vorzulegen, dass sie ihre Verteidigungsrechte wahrnehmen können.

Alle von interessierten Parteien übermittelten schriftlichen Beiträge, die vertraulich behandelt werden sollen, müssen den Vermerk „Sensitive“ <sup>(9)</sup> (zur vertraulichen Behandlung) tragen; dies gilt auch für entsprechende mit dieser Bekanntmachung angeforderte Informationen, ausgefüllte Fragebogen und sonstige Schreiben. Parteien, die im Laufe der Untersuchung Informationen vorlegen, werden gebeten, ihren Antrag auf vertrauliche Behandlung zu begründen.

<sup>(8)</sup> Bei technischen Problemen wenden Sie sich bitte per E-Mail ([trade-service-desk@ec.europa.eu](mailto:trade-service-desk@ec.europa.eu)) oder telefonisch (Tel. +32 22979797) an den Trade Service Desk.

<sup>(9)</sup> Eine Unterlage mit dem Vermerk „Sensitive“ gilt als vertraulich im Sinne des Artikels 29 der Grundverordnung und des Artikels 12 des WTO-Übereinkommens über Subventionen und Ausgleichsmaßnahmen. Sie ist ferner nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates (Abl. L 145 vom 31.5.2001, S. 43) geschützt.

Parteien, die Informationen mit dem Vermerk „Sensitive“ übermitteln, müssen nach Artikel 29 Absatz 2 der Grundverordnung eine nichtvertrauliche Zusammenfassung vorlegen, die den Vermerk „For inspection by interested parties“ (zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien) trägt. Diese Zusammenfassung muss so ausführlich sein, dass sie ein angemessenes Verständnis des wesentlichen Inhalts der vertraulichen Informationen ermöglicht. Kann eine Partei, die vertrauliche Informationen vorlegt, ihren Antrag auf vertrauliche Behandlung nicht triftig begründen oder legt sie keine nichtvertrauliche Zusammenfassung der Informationen im vorgeschriebenen Format und in der vorgeschriebenen Qualität vor, so kann die Kommission solche Informationen unberücksichtigt lassen, sofern nicht anhand geeigneter Quellen in zufriedenstellender Weise nachgewiesen wird, dass die Informationen richtig sind.

Interessierte Parteien werden gebeten, alle Beiträge und Anträge, darunter auch gescannte Vollmachten und Bescheinigungen, über TRON.tdi (<https://tron.trade.ec.europa.eu/tron/TDI>) zu übermitteln. Mit der Verwendung von TRON.tdi oder E-Mail erklären sich die interessierten Parteien mit den Regeln für die elektronische Übermittlung von Unterlagen im Leitfaden zum „SCHRIFTWECHSEL MIT DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION BEI HANDELSCHUTZUNTERSUCHUNGEN“ einverstanden, der auf der Website der Generaldirektion Handel veröffentlicht ist: <https://europa.eu/7tHpY3>. Die interessierten Parteien müssen ihren Namen sowie ihre Anschrift, Telefonnummer und gültige E-Mail-Adresse angeben und sollten sicherstellen, dass es sich bei der genannten E-Mail-Adresse um eine aktive offizielle Mailbox handelt, die täglich eingesehen wird. Hat die Kommission die Kontaktdaten erhalten, so kommuniziert sie ausschließlich über TRON.tdi oder per E-Mail mit den interessierten Parteien, es sei denn, diese wünschen ausdrücklich, alle Unterlagen von der Kommission auf einem anderen Kommunikationsweg zu erhalten, oder die Art der Unterlage macht den Versand per Einschreiben erforderlich. Weitere Regeln und Informationen bezüglich des Schriftverkehrs mit der Kommission, einschließlich der Grundsätze für Übermittlungen über TRON.tdi oder per E-Mail, können dem genannten Leitfaden für interessierte Parteien entnommen werden.

Postanschrift der Kommission:

Europäische Kommission

Generaldirektion Handel

Direktion G

Büro: CHAR 04/039

Bruxelles/Brüssel

BELGIQUE/BELGIË

TRON.tdi: <https://tron.trade.ec.europa.eu/tron/tdi>

E-Mail:

Zu Subventionen: [TRADE-R812-BIODIESEL-SUBSIDY@ec.europa.eu](mailto:TRADE-R812-BIODIESEL-SUBSIDY@ec.europa.eu)

Zur Schädigung und zum Unionsinteresse: [TRADE-R812-BIODIESEL-INJURY@ec.europa.eu](mailto:TRADE-R812-BIODIESEL-INJURY@ec.europa.eu)

## 6. Zeitplan für die Untersuchung

Nach Artikel 22 Absatz 1 der Grundverordnung wird die Untersuchung in der Regel binnen 12 Monaten, spätestens jedoch 15 Monate nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung abgeschlossen.

## 7. Vorlage von Informationen

In der Regel können interessierte Parteien nur innerhalb der in Abschnitt 5 dieser Bekanntmachung angegebenen Fristen Informationen vorlegen.

Um die Untersuchung innerhalb der vorgeschriebenen Fristen abzuschließen, nimmt die Kommission nach Ablauf der Frist für Stellungnahmen zur endgültigen Unterrichtung bzw. gegebenenfalls nach Ablauf der Frist für Stellungnahmen zur weiteren Unterrichtung über die endgültigen Feststellungen keine Beiträge der interessierten Parteien mehr an.

## 8. Möglichkeit, zu den Beiträgen anderer Parteien Stellung zu nehmen

Zur Wahrung der Verteidigungsrechte sollten die interessierten Parteien die Möglichkeit haben, sich zu den von anderen interessierten Parteien vorgelegten Informationen zu äußern. Dabei dürfen die interessierten Parteien nur auf die in den Beiträgen der anderen interessierten Parteien vorgebrachten Punkte eingehen und keine neuen Punkte ansprechen.

Stellungnahmen zu Informationen, die von anderen interessierten Parteien auf die Unterrichtung über die endgültigen Feststellungen hin vorgelegt wurden, sollten, sofern nichts anderes bestimmt ist, binnen 5 Tagen nach Ablauf der Frist für Stellungnahmen zu den endgültigen Feststellungen abgegeben werden. Im Falle einer weiteren Unterrichtung über die endgültigen Feststellungen sollten Stellungnahmen zu Informationen, die von anderen interessierten Parteien auf diese weitere Unterrichtung hin vorgelegt wurden, spätestens am Tag nach Ablauf der Frist für Stellungnahmen zu dieser weiteren Unterrichtung abgegeben werden, sofern nichts anderes bestimmt ist.

Der genannte Zeitrahmen berührt nicht das Recht der Kommission, in hinreichend begründeten Fällen zusätzliche Informationen von den interessierten Parteien anzufordern.

#### 9. **Verlängerung der in dieser Bekanntmachung vorgesehenen Fristen**

Eine Verlängerung der in dieser Bekanntmachung vorgesehenen Fristen sollte nur in Ausnahmefällen beantragt werden und wird nur bei hinreichender Begründung gewährt. In jedem Fall sind Verlängerungen von Fristen für die Beantwortung der Fragebogen normalerweise auf 3 Tage begrenzt; grundsätzlich werden höchstens 7 Tage gewährt. In Bezug auf die Fristen für die Vorlage anderer Informationen nach dieser Bekanntmachung sind Verlängerungen auf 3 Tage begrenzt, sofern nicht nachgewiesen wird, dass außergewöhnliche Umstände vorliegen.

#### 10. **Mangelnde Bereitschaft zur Mitarbeit**

Verweigert eine interessierte Partei den Zugang zu den erforderlichen Informationen oder erteilt sie die Auskünfte nicht fristgerecht oder behindert sie die Untersuchung erheblich, so können nach Artikel 28 der Grundverordnung positive oder negative Feststellungen auf der Grundlage der verfügbaren Informationen getroffen werden.

Wird festgestellt, dass eine interessierte Partei unwahre oder irreführende Informationen vorgelegt hat, so können diese Informationen unberücksichtigt bleiben; stattdessen können die verfügbaren Informationen zugrunde gelegt werden.

Arbeitet eine interessierte Partei nicht oder nur eingeschränkt mit und stützen sich die Feststellungen daher nach Artikel 28 der Grundverordnung auf die verfügbaren Informationen, so kann dies zu einem Ergebnis führen, das für diese Partei ungünstiger ist, als wenn sie mitgearbeitet hätte.

Werden die Antworten nicht elektronisch übermittelt, so gilt dies nicht als mangelnde Bereitschaft zur Mitarbeit, sofern die interessierte Partei darlegt, dass die Übermittlung der Antwort in der gewünschten Form die interessierte Partei über Gebühr zusätzlich belasten würde oder mit unangemessenen zusätzlichen Kosten verbunden wäre. Die interessierte Partei sollte unverzüglich mit der Kommission Kontakt aufnehmen.

#### 11. **Anhørungsbeauftragte**

Interessierte Parteien können sich an die Anhørungsbeauftragte für Handelsverfahren wenden. Sie befasst sich mit Anträgen auf Zugang zum Dossier, Streitigkeiten über die Vertraulichkeit von Unterlagen, Anträgen auf Fristverlängerung und sonstigen Anträgen in Bezug auf die Verteidigungsrechte der interessierten Parteien oder von Dritten, die sich während des Verfahrens ergeben.

Die Anhørungsbeauftragte kann Anhørungen ansetzen und vermittelnd zwischen interessierten Parteien und den Dienststellen der Kommission tätig werden, um zu gewährleisten, dass die interessierten Parteien ihre Verteidigungsrechte umfassend wahrnehmen können. Eine Anhørung durch die Anhørungsbeauftragte ist schriftlich zu beantragen und zu begründen. Die Anhørungsbeauftragte prüft die Gründe, aus denen der jeweilige Antrag gestellt wird. Solche Anhørungen sollten nur stattfinden, wenn die Fragen nicht zeitnah mit den Dienststellen der Kommission geklärt wurden.

Alle Anträge sind frühzeitig zu stellen, um die geordnete Abwicklung des Verfahrens nicht zu gefährden. Zu diesem Zweck sollten interessierte Parteien die Anhørungsbeauftragte zum frühestmöglichen Zeitpunkt nach Eintritt des Ereignisses, das ein Tätigwerden ihrerseits rechtfertigt, um eine Intervention ersuchen. Bei nicht fristgerecht eingereichten Anträgen auf Anhørung prüft die Anhørungsbeauftragte auch die Gründe für die Verspätung, die Art der aufgeworfenen Probleme und die Auswirkungen dieser Probleme auf die Verteidigungsrechte, wobei den Interessen einer guten Verwaltung und dem fristgerechten Abschluss der Untersuchung gebührend Rechnung getragen wird.

Weiterführende Informationen und Kontaktdaten können interessierte Parteien den Webseiten der Anhørungsbeauftragten im Internet-Auftritt der GD Handel entnehmen: [https://policy.trade.ec.europa.eu/contacts/hearing-officer\\_en](https://policy.trade.ec.europa.eu/contacts/hearing-officer_en)

### 12. Möglichkeit der Beantragung einer Überprüfung nach Artikel 19 der Grundverordnung

Bei dieser Auslaufüberprüfung handelt es sich um eine Überprüfung nach Artikel 18 der Grundverordnung; daher werden die Untersuchungsergebnisse nicht etwa zu einer Änderung der geltenden Maßnahmen führen, sondern nach Artikel 22 Absatz 3 der Grundverordnung zur Aufhebung oder Aufrechterhaltung jener Maßnahmen.

Ist nach Auffassung einer interessierten Partei zu überprüfen, ob die Maßnahmen geändert werden sollten, so kann die Partei eine Überprüfung nach Artikel 19 der Grundverordnung beantragen.

Parteien, die eine solche, von der in dieser Bekanntmachung genannten Auslaufüberprüfung getrennt durchzuführende Überprüfung beantragen möchten, können unter der angegebenen Anschrift Kontakt mit der Kommission aufnehmen.

### 13. Verarbeitung personenbezogener Daten

Alle im Rahmen dieser Untersuchung erhobenen personenbezogenen Daten werden nach der Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates <sup>(10)</sup> verarbeitet.

Ein Vermerk zum Datenschutz, mit dem alle natürlichen Personen über die Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen der handelspolitischen Schutzmaßnahmen der Kommission unterrichtet werden, ist auf der Website der GD Handel abrufbar: <https://europa.eu/lvr4g9W>

—

---

<sup>(10)</sup> Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 und des Beschlusses Nr. 1247/2002/EG (ABl. L 295 vom 21.11.2018, S. 39).

## ANHANG

- |                                |                                                                                                 |
|--------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <input type="checkbox"/>       | „Sensitive“ version (zur vertraulichen Behandlung)                                              |
| <input type="checkbox"/>       | Version „For inspection by interested parties“ (zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien) |
| (Zutreffendes bitte ankreuzen) |                                                                                                 |

**ÜBERPRÜFUNG WEGEN DES BEVORSTEHENDEN AUSLAUFENS DER ANTISUBVENTIONS-  
MASSNAHMEN GEGENÜBER DEN EINFÜHREN VON BIODIESEL MIT URSPRUNG IN  
ARGENTINIEN**

INFORMATIONEN FÜR DIE AUSWAHL DER STICHPROBE DER UNABHÄNGIGEN EINFÜHRER

Dieses Formular soll unabhängigen Einführern dabei helfen, die unter Abschnitt 5.3.2 der Einleitungsbekanntmachung angeforderten Informationen zur Stichprobenauswahl bereitzustellen.

Beide Fassungen, die „Sensitive version“ (zur vertraulichen Behandlung) und die „Version for inspection by interested parties“ (zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien), sollten an die Kommission zurückgesandt werden. TRADE-R812-BIODIESEL-INJURY@ec.europa.eu.

**1. NAME UND KONTAKTDATEN**

Machen Sie bitte folgende Angaben zu Ihrem Unternehmen:

Name des Unternehmens	
Anschrift	
Umsatzsteuer-Identifikationsnummer	
Kontaktperson	
E-Mail:	
Telefon:	

**2. UMSATZ UND VERKAUFSMENGE**

Geben Sie für den Untersuchungszeitraum der Überprüfung bitte Folgendes an: den Gesamtumsatz des Unternehmens in EUR und – für die überprüfte Ware im Sinne der Einleitungsbekanntmachung – den Wert der Einfuhren und der Weiterverkäufe auf dem Unionsmarkt nach der Einfuhr aus Argentinien in EUR sowie die entsprechende Menge in Tonnen.

	Tonnen	Wert (in EUR)
Gesamtumsatz Ihres Unternehmens (in EUR)		
Einfuhren der überprüften Ware mit Ursprung in Argentinien		
Einfuhren der überprüften Ware (jeglichen Ursprungs)		
Weiterverkäufe der überprüften Ware auf dem Unionsmarkt nach der Einfuhr aus Argentinien		

**3. GESCHÄFTSTÄTIGKEITEN IHRES UNTERNEHMENS UND DER VERBUNDENEN UNTERNEHMEN <sup>(1)</sup>**

Bitte machen Sie Angaben zu den genauen Geschäftstätigkeiten des Unternehmens und aller verbundenen Unternehmen (bitte auflisten und Art der Verbindung mit Ihrem Unternehmen angeben), die an Herstellung oder Verkauf (im Inland oder zur Ausfuhr) der überprüften Ware beteiligt sind. Zu diesen Tätigkeiten könnten unter anderem der Einkauf der überprüften Ware, ihre Herstellung im Rahmen von Unterauftragsvereinbarungen, ihre Verarbeitung oder der Handel mit ihr gehören.

Name des Unternehmens, Umsatzsteuer-Identifikationsnummer, Standort	Geschäftstätigkeiten	Art der Verbindung

**4. SONSTIGE ANGABEN**

Machen Sie bitte sonstige sachdienliche Angaben, die der Kommission aus der Sicht des Unternehmens bei der Stichprobenbildung von Nutzen sein könnten.

**5. ERKLÄRUNG**

Mit der Übermittlung der genannten Angaben erklärt sich das Unternehmen mit seiner etwaigen Einbeziehung in die Stichprobe einverstanden. Wird das Unternehmen in die Stichprobe einbezogen, muss es einen Fragebogen ausfüllen und einem Besuch in seinen Betriebsstätten zustimmen, welcher der Überprüfung seiner Angaben dient. Lehnt ein Unternehmen eine Einbeziehung in die Stichprobe ab, wird es bei dieser Untersuchung als nicht mitarbeitendes Unternehmen geführt. Die Kommission trifft die Feststellungen in Bezug auf nicht mitarbeitende Einführer auf der Grundlage der verfügbaren Informationen; dies kann zu einem Ergebnis führen, das für das betreffende Unternehmen ungünstiger ist, als wenn es mitgearbeitet hätte.

Unterschrift des/der Bevollmächtigten:

Name und Funktion des/der Bevollmächtigten:

Datum:

\_\_\_\_\_

<sup>(1)</sup> Nach Artikel 127 der Durchführungsverordnung (EU) 2015/2447 der Kommission vom 24. November 2015 mit Einzelheiten zur Umsetzung von Bestimmungen der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Union gelten zwei Personen als verbunden, wenn a) sie leitende Angestellte oder Direktoren im Unternehmen der anderen Person sind, b) sie Teilhaber oder Gesellschafter von Personengesellschaften sind, c) sie sich in einem Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Verhältnis zueinander befinden, d) eine dritte Person unmittelbar oder mittelbar 5 % oder mehr der im Umlauf befindlichen stimmberechtigten Anteile oder Aktien beider Personen besitzt, kontrolliert oder hält, e) eine von ihnen unmittelbar oder mittelbar die andere kontrolliert, f) beide von ihnen unmittelbar oder mittelbar von einer dritten Person kontrolliert werden, g) sie beide zusammen unmittelbar oder mittelbar eine dritte Person kontrollieren oder h) sie Mitglieder derselben Familie sind (ABl. L 343 vom 29.12.2015, S. 558). Nach Artikel 5 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Union ist eine „Person“ eine natürliche Person, eine juristische Person oder eine Personenvereinigung, die keine juristische Person ist, die jedoch nach Unionsrecht oder nach einzelstaatlichem Recht die Möglichkeit hat, im Rechtsverkehr wirksam aufzutreten (ABl. L 269 vom 10.10.2013, S. 1).



C/2024/1356

9.2.2024

**Veröffentlichung einer Mitteilung über die Genehmigung einer Standardänderung der Produktspezifikation eines Namens im Weinsektor gemäß Artikel 17 Absätze 2 und 3 der Delegierten Verordnung (EU) 2019/33 der Kommission**

(C/2024/1356)

Diese Mitteilung wird gemäß Artikel 17 Absatz 5 der Delegierten Verordnung (EU) 2019/33 der Kommission <sup>(1)</sup> veröffentlicht.

MITTEILUNG DER GENEHMIGUNG EINER STANDARDÄNDERUNG

**„Schleswig-Holsteinischer Landwein“**

**PGI-DE-A1304-AM01**

**Datum der Mitteilung: 13.11.2023**

**BESCHREIBUNG UND BEGRÜNDUNG DER GENEHMIGTEN ÄNDERUNG**

**1. Beschreibung der Veränderung**

a) Beschreibung des Weines

Die Beschreibungen des Weines werden auf die wesentlichen Punkte reduziert.

Der natürliche Mindestalkoholgehalt von Schleswig-Holsteinischem Landwein wird in einer gesonderten Nummer aufgeführt. Durch die Bezugnahme auf geltendes Recht ergeben sich folgende inhaltliche Änderungen. Der zulässige Gesamtzuckergehalt wird um die Bereiche lieblich und süß erweitert. Die Anreicherungsobergrenze wird für Weißwein auf 12,5 % und bei Rotwein auf 13 % Gesamtalkoholgehalt angehoben.

b) Spezifische önologische Verfahren

Die bisher aufgeführten analytischen Werte entsprechen den Vorgaben nach EU und nationalem Recht. Ein genereller Verweis, „es gilt geltendes Recht“, wird vorgenommen.

c) Abgrenzung des Gebietes

Die Abgrenzung des Gebietes wird auf die landwirtschaftlichen Flächen des Bundeslandes Schleswig-Holstein ausgeweitet. Die Abgrenzung ergibt sich aus Karten, die unter [www.ble.de/eu-qualitaetskennzeichen-wein](http://www.ble.de/eu-qualitaetskennzeichen-wein) einsehbar sind.

d) Keltertraubensorte

Die Liste der weißen Keltertraubensorten werden um die im Anbau befindlichen Sorten Felicia, Grauer Burgunder, Hibernat, Muscaris, Riesel, Sauvitage, Seyval blanc, Sauvignier Gris und Weißer Burgunder erweitert. Die roten Keltertraubensorten werden um die Sorten Cabaret Noir, Cabernet Cantor, Leon Millot, Marechal Foch und Pinotin erweitert.

e) Geltende Anforderungen gemäß Unions- oder nationaler Rechtsvorschriften/Anforderungen von einer die g.g.A. verwaltenden Organisation

Die bisher hier aufgeführte Regelung, dass mindestens 85 % der zur Herstellung verwendeten Trauben aus dem geografischen Gebiet stammen müssen, entspricht den Vorgaben nach EU und nationalem Recht. Ein genereller Verweis, „es gilt geltendes Recht“, wird vorgenommen.

f) Kontrollbehörde

Die Angaben zur Kontrollbehörde werden aktualisiert.

g) Sonstiges

<sup>(1)</sup> ABl. L 9 vom 11.1.2019, S. 2.

Redaktionelle Änderungen gemäß EU-Vorgaben. Hierzu zählen alle Änderungen, die geltendes Recht abbilden. Dies kann durch einen Verweis auf geltendes Recht oder durch Streichung der entsprechenden Passage erfolgen. Der Zusammenhang mit dem Gebiet wird an wenigen Stellen präzisiert.

## 2. Begründung der Veränderung

### a) Beschreibung des Weines

Die bisherige Beschreibung des Weines und der organoleptischen Eigenschaften ist sehr umfangreich und enthält zum Teil Wiederholungen, die für das Verständnis nicht alle erforderlich sind. Sie können daher reduziert werden. Der natürliche Mindestalkoholgehalt wird in einer eigenen Nummer aufgeführt, um die Produktspezifikation übersichtlicher zu gestalten. Darüber hinaus werden die rechtlichen Möglichkeiten, einer erhöhten Anreicherung und einer Ausweitung des zulässigen Gesamtzuckergehaltes ausgeschöpft.

### b) Spezifische önologische Verfahren

Da keine über das geltende EU- oder nationale Recht hinausgehenden Festlegungen bestehen, stellt der Verweis auf das geltende Recht eine hinreichend genaue Regelung dar.

### c) Abgrenzung des Gebietes

Die Schleswig-Holsteinischen Landweine erhalten durch die in Schleswig-Holstein von der Weichsel-Eiszeit geprägten sandigen Schwemmböden mit variierenden Lehnteilen ihre charakteristischen Eigenschaften. Der maritime Einfluss begünstigt eine langsame physiologische Reife und trägt somit zu einer ausgeglichenen Fruchtigkeit der Weine bei. Die Klimaveränderung der letzten 10 Jahre begünstigt und verstärkt die Ausprägung dieses Wein Typs im gesamten Bundesland Schleswig-Holstein.

Das Erzeugungsgebiet liegt unter maritimen Einfluss und umfasst eine Vielzahl verschiedener Terroirs, die geprägt werden von überwiegend sandigen Schwemmböden, die mit unterschiedlich hohen Lehnteilen durchsetzt sind. Darüber hinaus wird die Typologie der Weine durch die kleinklimatischen Bedingungen und die charakteristische Zusammensetzung des Bodens bestimmt. Dieser Zusammenhang besteht für alle landwirtschaftlichen Flächen in Schleswig-Holstein.

Durch die Erweiterung des Gebietes auf alle landwirtschaftlichen Flächen des Landes Schleswig-Holstein bleibt der in der Produktspezifikation beschriebene Zusammenhang mit dem Gebiet erhalten. Der auf den neu hinzugekommenen Flächen hergestellte Wein entspricht den Vorgaben der Produktspezifikation.

### d) Keltertraubensorten

Die hier erstmals benannten Sorten befinden sich im Schleswig-Holsteinischen Anbaugebiet im Anbau und haben sich in Reife und Typizität bereits bewährt. Die aus den Rebsorten hergestellten Weine entsprechen den Vorgaben der Produktspezifikation, sind für die g.g.A. Schleswig-Holsteinischer Landwein typisch und runden die bestehende Eigenart der Schleswig-Holsteinischen Landweine ab.

### e) Geltende Anforderungen gemäß Unions- oder nationaler Rechtsvorschriften/Anforderungen von einer die g.g.A. verwaltenden Organisation

Da keine über das geltende EU- oder nationale Recht hinausgehenden Festlegungen bestehen, stellt der Verweis auf das geltende Recht eine hinreichend genaue Regelung dar.

### f) Kontrollbehörde

Die Bezeichnung und die Adresse der Kontrollbehörde hat sich geändert. Die nun zutreffenden Daten sind daher aufzunehmen und anzupassen.

### g) Sonstiges

An einigen Stellen tauchen Doppelungen und Wiederholungen auf. Diese sind ohne zusätzliche Aussagekraft und können gestrichen werden. Es müssen redaktionelle Änderungen vorgenommen werden, um den EU-Vorgaben gerecht zu werden.

Der Zusammenhang mit dem Gebiet wurde an wenigen Stellen präzisiert. Diese Änderungen gelten nach Artikel 14 der Delegierten Verordnung (EU) 2019/33 als Standardänderungen, da sie den Zusammenhang mit dem geografischen Gebiet nicht aufheben.

EINZIGES DOKUMENT

1. **Name(n)**

Schleswig-Holsteinischer Landwein

2. **Art der geografischen Angabe**

g.g.A. – Geschützte geografische Angabe

3. **Kategorien von Weinbauerzeugnissen**

1. Wein

4. **Beschreibung des Weins / der Weine**

1. Wein, weiß

KURZE TEXTBESCHREIBUNG

Der Schleswig-Holsteinische Landwein ist ein für Norddeutschland gebietstypischer Wein, der in Aussehen, Geruch und Geschmack frei von Fehlern ist. Wird eine Rebsorte und/oder ein Jahrgang in der Kennzeichnung verwendet, müssen die für die Rebsorte bzw. für den Jahrgang typischen sensorischen Merkmale erkennbar sein.

In Schleswig-Holstein werden insbesondere Weiß- und Rotweine, aber auch Roséweine erzeugt. Für Erzeugnisse aus Schleswig-Holstein sind fruchtbetonte leichte Weine mit einem markanten Säureindruck charakteristisch. Sie erhalten durch die spezifischen eiszeitlichen Böden, wie im Absatz „Angaben, aus denen sich der Zusammenhang mit dem Gebiet ergibt“ beschrieben, ihre charakteristischen Eigenschaften.

Die delikate Fruchtausprägung ist auf die vorherrschenden geologischen Gegebenheiten und den atlantischen Klimaeinfluss mit milden Temperaturen und geringen Tag/Nacht Schwankungen während des Reifeprozesses der Trauben zurückzuführen.

Weißer Schleswig-Holsteinischer Landwein hat eine Farbe, die von hellgrüne bis gelb reicht. Im Geruch zeigen sich, je nach Rebsorte oder Zusammenstellung einer Cuvée aus mehreren Rebsorten, vielfältige Fruchtaromen. Die Fruchtaromen sind breit gefächert und können an Pfirsich, Aprikose oder Banane erinnern. Die Säure des Schleswig-Holsteinischen Landweins ist deutlich wahrnehmbar, bei einem insgesamt leichten Körper.

Für Analysemerkmale ohne Zahlenangabe gilt geltendes Recht.

Allgemeine Analysemerkmale

Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	
Mindestgesamtsäure	
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

2. Wein, rosé

KURZE TEXTBESCHREIBUNG

Der Schleswig-Holsteinische Landwein ist ein für Norddeutschland gebietstypischer Wein, der in Aussehen, Geruch und Geschmack frei von Fehlern ist. Wird eine Rebsorte und/oder ein Jahrgang in der Kennzeichnung verwendet, müssen die für die Rebsorte bzw. für den Jahrgang typischen sensorischen Merkmale erkennbar sein.

In Schleswig-Holstein werden insbesondere Weiß- und Rotweine, aber auch Roséweine erzeugt. Für Erzeugnisse aus Schleswig-Holstein sind fruchtbetonte leichte Weine mit einem markanten Säureindruck charakteristisch. Sie erhalten durch die spezifischen eiszeitlichen Böden, wie im Absatz „Angaben, aus denen sich der Zusammenhang mit dem Gebiet ergibt“ beschrieben, ihre charakteristischen Eigenschaften.

Die delikate Fruchtausprägung ist auf die vorherrschenden geologischen Gegebenheiten und den atlantischen Klimaeinfluss mit milden Temperaturen und geringen Tag/Nacht Schwankungen während des Reifeprozesses der Trauben zurückzuführen.

Roséfarbener Schleswig-Holsteinischer Landwein wird ausschließlich aus roten Rebsorten hellgekeltert. Sein Farbspektrum reicht von heller zwiebelschalenfarben über pinkfarben bis zu blassroter Farbe. Im Geruch befinden sich sortentypische Fruchtaromen, die dezent an Aromen von Beerenfrüchten erinnern können. Roséweine haben eine frische, leichte Art und zeichnen sich durch einen geringen Tanningehalt aus.

Für Analysemerkmale ohne Zahlenangabe gilt geltendes Recht.

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	
Mindestgesamtsäure	
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

### 3. Wein, rot

#### KURZE TEXTBESCHREIBUNG

Der Schleswig-Holsteinische Landwein ist ein für Norddeutschland gebietstypischer Wein, der in Aussehen, Geruch und Geschmack frei von Fehlern ist. Wird eine Rebsorte und/oder ein Jahrgang in der Kennzeichnung verwendet, müssen die für die Rebsorte bzw. für den Jahrgang typischen sensorischen Merkmale erkennbar sein.

In Schleswig-Holstein werden insbesondere Weiß- und Rotweine, aber auch Roséweine erzeugt. Für Erzeugnisse aus Schleswig-Holstein sind fruchtbetonte leichte Weine mit einem markanten Säureindruck charakteristisch. Sie erhalten durch die spezifischen eiszeitlichen Böden, wie im Absatz „Angaben, aus denen sich der Zusammenhang mit dem Gebiet ergibt“ beschrieben, ihre charakteristischen Eigenschaften.

Die delikate Fruchtausprägung ist auf die vorherrschenden geologischen Gegebenheiten und den atlantischen Klimaeinfluss mit milden Temperaturen und geringen Tag/Nacht Schwankungen während des Reifeprozesses der Trauben zurückzuführen.

Je nach Rebsorte und Ausbaumethode hat roter Schleswig-Holsteinischer Landwein eine hellrote bis dunkelrote Farbe. Die eleganten Fruchtaromen, die insbesondere an die Aromen von Erdbeeren, Blaubeeren, Holunder und Kirsche erinnern können, sind in dezente fruchteigene Tannine eingebunden. Bei Ausbau und/oder Lagerung in Holzfässern verschiedener Größe kann es außerdem zu unterschiedlichen Ausprägungen von Vanille und Röstaromen kommen.

Für Analysemerkmale ohne Zahlenangabe gilt geltendes Recht.

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	
Mindestgesamtsäure	
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

5. **Weinbereitungsverfahren**

5.1. *Spezifische önologische Verfahren*

1. Spezifisches önologisches Verfahren

Es gilt geltendes Recht.

2. Einschlägige Einschränkungen bei der Weinbereitung

Weißweintruben und die aus ihnen hergestellten Maischen, Moste und Weine dürfen nicht mit Rotweintruben und den aus ihnen hergestellten Maischen, Mosten und Weinen verschnitten werden.

3. Anbauverfahren

Es gilt geltendes Recht.

5.2. *Höchstertträge*

90 Hektoliter je Hektar

6. **Abgegrenztes geografisches Gebiet**

Das Schleswig-Holsteinische Landweingebiet liegt zwischen zwei Meeren. Im Westen begrenzt durch die Nordsee, im Osten durch die Ostsee setzt es sich landschaftlich aus dem östlichen Hügelland, der Geest und der Marsch zusammen. Zur geschützten geografischen Angabe gehören die zulässigerweise mit Reben bepflanzten oder vorübergehend nicht bepflanzten Rebflächen der landwirtschaftlichen Flächen in Schleswig-Holstein. Die Abgrenzung ergibt sich aus Karten, die unter [www.ble.de/eu-qualitaetskennzeichen-wein](http://www.ble.de/eu-qualitaetskennzeichen-wein) einsehbar sind.

Die Herstellung von „Schleswig-Holsteinischem Landwein“ muss im Schleswig-Holsteinischen Landweingebiet oder in einem der folgenden angrenzenden Bundesländer erfolgen: Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen oder Hamburg.

7. **Keltertraubensorte(n)**

Cabaret Noir

Cabernet Cantor

Cabernet Cortis

Felicia

Helios

Hibernal

Johanniter

Léon Millot

Maréchal Foch - Marechal Foch

Merzling

Muscaris

Müller Thurgau - Rivaner

Ortega

Phoenix - Phönix

Pinotin

Reberger

Regent

Riesel

Rondo

Ruländer - Pinot Grigio, Grauburgunder, Grauer Burgunder, Pino Gris

Sauvitage

Seyval blanc

Solaris

Souvignier Gris

Weißer Burgunder - Pinot Bianco, Weißburgunder, Pinot Blanc

## 8. Beschreibung des Zusammenhangs bzw. der Zusammenhänge

Beschreibung des Zusammenhang bzw. der Zusammenhänge mit dem geografischen Gebiet

Die Schleswig-Holsteinischen Landweine erhalten durch die spezifischen von der Weichsel-Eiszeit geprägten Böden in Schleswig-Holstein ihre charakteristischen Eigenschaften. Die überwiegend sandigen Schwemmböden, die mit unterschiedlich hohen Lehnteilen durchsetzt sind, prägen den leichten Körper der Weine. Sortenauswahl und optimale Wahl des Lesezeitpunktes stabilisieren und fördern die Qualität des Lesegutes hinsichtlich des natürlichen Mindestmostgehaltes. Der maritime Einfluss begünstigt eine langsame physiologische Reife und trägt somit zu einer ausgeglichenen Fruchtigkeit der Weine bei. Darüber hinaus wird die Typologie der Weine durch die kleinklimatischen Bedingungen und die charakteristische Zusammensetzung des Bodens bestimmt.

Geografische Verhältnisse

Landschaft und Morphologie:

Das Schleswig-Holsteinische Landweingebiet liegt zwischen zwei Meeren im Bundesland Schleswig-Holstein. Im Westen begrenzt durch die Nordsee, im Osten durch die Ostsee setzt es sich landschaftlich aus dem östlichen Hügelland, der Geest und der Marsch zusammen. Die Oberfläche in diesem Landschaftsraum wurde maßgeblich durch die beiden letzten Eiszeiten und den Meereseinfluss geprägt.

Weinbau wird einerseits in ebenen Flächen, die auf Meeresspiegelniveau bis zu einer Höhe von 10 m über NN liegen, betrieben. Andererseits liegen im östlichen Hügelland Rebflächen zwischen 30 m und 80 m über NN in überwiegend flachen Hanglagen.

Geologie:

Das Schleswig-Holsteinische Landweingebiet liegt innerhalb der norddeutschen Tiefebene. Der westlich gelegene Teil des Landweingebiets auf den nordfriesischen Inseln wird geologisch einer Landschaft nacheiszeitlicher Küstenablagerungen, dem Küstenholozän, zugeordnet. Nacheiszeitliche Prozesse wie der Anstieg des Meeresspiegels, die Sedimentation von Gezeiten und Flüssen sowie von organischen Sedimenten prägen den vorherrschenden Bodentyp der Dwogmarsch und Knickmarsch. Weinbau wird hier auf Sand, (an)lehmigem Sand aber auch sandigem Lehmboden betrieben. Im Östlichen Hügelland, wo die Gletscher der Weichsel-Eiszeit lockeren Geschiebemergel und kalkhaltiges, lehmiges Lockergestein als Moränen hinterließen, haben sich beim Abschmelzen der Gletscher die durch gewaltige Schmelzwasserströme ausgeschwemmten Kiese und Sande flächenhaft abgesetzt. Parabraunerde und Braunerde-Podsol wurde ausgebildet. Die Reben gedeihen hier auf Sand und sandigen Lehmböden. Die gute Erwärmbarkeit, Belüftung und schnelle Nährstoffverfügbarkeit dieser Böden begünstigen die Entwicklung der Feinfruchtigkeit der Weine und bedingen eine filigrane Struktur der Weine.

Klima:

Das Klima in Schleswig-Holstein unterliegt dem maritimen Einfluss der umgebenden Meere. Kennzeichen sind milde, regenreiche Winter ohne nennenswerte Gefahr von Winter- oder Spätfrösten sowie mäßig warme Sommer mit günstiger Niederschlagsverteilung. Die Wetterdaten stellen sich im Jahresmittel mit 1 600 Sonnenscheinstunden und einer Jahresniederschlagsmenge von durchschnittlich 750 mm dar. Das jeweilige Kleinklima der einzelnen Rebparzellen bedingt durch Exposition, Einstrahlungsenergie, Bodenfeuchte und Windexposition hat einen wesentlichen Einfluss auf die Weinqualität. Der maritime Einfluss begünstigt die Ausprägung der fruchtigen Aromen der Weine.

## 9. Weitere wesentliche Bedingungen (Verpackung, Etikettierung, sonstige Anforderungen)

Rechtsrahmen:

Einzelstaatliches Recht

Art der sonstigen Bedingung:

Zusätzliche Kennzeichnungsvorschriften

Beschreibung der Bedingung:

Um die Bezeichnung „Schleswig-Holsteinischer Landwein“ auf dem Etikett verwenden zu dürfen, muss der Abfüller in das System der jährlichen Kontrollen zur Einhaltung der Produktspezifikation aufgenommen worden sein.

**Link zur Produktspezifikation**

[www.ble.de/eu-qualitaetskennzeichen-wein](http://www.ble.de/eu-qualitaetskennzeichen-wein)

---



C/2024/1361

9.2.2024

**Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die  
Arbeitsweise der Europäischen Union**

**Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden**

**SA.110511**

**(Text von Bedeutung für den EWR)**

(C/2024/1361)

Datum der Annahme der Entscheidung	18.12.2023
Nummer der Beihilfe	SA.110511
Mitgliedstaat	Italien
Region	
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	TCTF: RRF — Italy: Support for the development of hydrogen valleys (prolongation of SA.106007)
Rechtsgrundlage	— Decreto del Ministro della transizione ecologica (oggi Ministero dell'Ambiente e della Sicurezza Energetica) del 15 dicembre 2021 (Gazzetta Ufficiale Repubblica italiana n. 21 del 27 Gennaio 2022) — Decreto del Ministro della transizione ecologica (oggi Ministero dell'Ambiente e della Sicurezza Energetica) del 21 ottobre 2022 (Gazzetta Ufficiale Repubblica italiana n. 282 del 2 dicembre 2022) — Decreto del Direttore Generale incentivi energia del Ministero dell'Ambiente e della Sicurezza Energetica n. 427 del 23 dicembre 2022
Art der Beihilfe	Regelung
Ziel	Energie
Form der Beihilfe	Zuschuss
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 450 000 EUR
Beihilfehöchstintensität	
Laufzeit	3.4.2023 — 31.12.2025
Wirtschaftssektoren	Alle für Beihilfen in Frage kommende Wirtschaftszweige
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Ministero dell'Ambiente e della Sicurezza Energetica — Direzione Generale incentivi energia Via Cristoforo Colombo, 44 — 00147 Roma
Sonstige Angaben	

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2024/1433

9.2.2024

**Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die  
Arbeitsweise der Europäischen Union**

**Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden**

**SA.109042**

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/1433)

Datum der Annahme der Entscheidung	15.12.2023
Nummer der Beihilfe	SA.109042
Mitgliedstaat	Portugal
Region	
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	TCTF — Portugal: Centralized purchase of renewable hydrogen and biomethane
Rechtsgrundlage	Sistema de compra centralizada de biometano e hidrogénio produzido por eletrólise a partir da água, com recurso a eletricidade com origem em fontes de energia renovável
Art der Beihilfe	Regelung
Ziel	Energie, Erneuerbare Energien
Form der Beihilfe	Sonstiges (bitte angeben)
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 140 000 000 EUR Jährliche Mittel: 14 000 000 EUR
Beihilfemaximalintensität	
Laufzeit	bis zum 31.12.2025
Wirtschaftssektoren	Gasversorgung
Name und Anschrift der Bewilligungs- behörde	Ministério do Ambiente e da Ação Climática rua de O Século, 51
Sonstige Angaben	

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2024/1458

9.2.2024

**Veröffentlichung eines Antrags auf Eintragung eines Namens im Weinsektor gemäß Artikel 97  
Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates**

(C/2024/1458)

Diese Veröffentlichung eröffnet die Möglichkeit, gemäß Artikel 98 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates <sup>(1)</sup> innerhalb von drei Monaten ab dieser Veröffentlichung Einspruch gegen den Antrag zu erheben.

ANTRAG AUF EINEN NEUEN WEINNAMEN

„Twente“

PDO-NL-02873

Datum der Antragstellung: 27.10.2022

EINZIGES DOKUMENT

1. **Name(n)**

Twente

2. **Art der geografischen Angabe**

g. U. – geschützte Ursprungsbezeichnung

3. **Kategorien von Weinbauerzeugnissen**

1. Wein
3. Likörwein
5. Qualitätsschaumwein
9. Perlwein mit zugesetzter Kohlensäure
15. Wein aus eingetrockneten Trauben
16. Wein aus überreifen Trauben

4. **Beschreibung des Weines/der Weine**

1. WEINKATEGORIE 1: WEIN, Weintyp: Rotwein, trocken, sehr fruchtig

KURZBESCHREIBUNG

Die Weine können aus einer einzigen Rebsorte oder einem Verschnitt mehrerer Sorten hergestellt werden. Da die Zusammensetzung der Verschnitte von Jahr zu Jahr leicht variieren kann, können auch die unten beschriebenen typischen organoleptischen Merkmale (Farbe/Aroma/Geschmack) unterschiedlich ausfallen.

Rebsorten: die roten Sorten auf der Sortenliste

Farbe: rot

Aroma: rote/dunkle Früchte (schwarze Johannisbeeren und Heidelbeeren), leichte Gewürznoten

Geschmack: fruchtiger Charakter, vollmundig und weiche Tannine

Zuckergehalt: 0,5 bis 6 g je Liter

Die nachstehenden Merkmale, für die keine Werte angegeben sind, liegen innerhalb der in den EU-Verordnungen und niederländischen Ministerialverordnungen festgelegten Grenzwerte.

<sup>(1)</sup> ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 671.

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	11,5
Mindestgesamtsäure	63,84 Milliäquivalent pro Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

## 2. WEINKATEGORIE 1: WEIN, Weintyp: Rotwein, trocken, in Holzfässern gereift

### KURZBESCHREIBUNG

Die Weine können aus einer einzigen Rebsorte oder einem Verschnitt mehrerer Sorten hergestellt werden. Da die Zusammensetzung der Verschnitte von Jahr zu Jahr leicht variieren kann, können auch die unten beschriebenen typischen organoleptischen Merkmale (Farbe/Aroma/Geschmack) unterschiedlich ausfallen.

Rebsorten: die roten Sorten auf der Sortenliste

Farbe: dunkelrot

Aroma: intensive Aromen reifer dunkler Früchte, ergänzt durch die Würze von Pfeffer, Nelke, Lorbeer und Tabak

Geschmack: sehr fruchtige Aromen roter/dunkler Früchte (schwarze Johannisbeeren und Blaubeeren), volle tannine Struktur und Anklänge an Gewürze

Zuckergehalt: 0 bis 6 g je Liter

Die nachstehenden Merkmale, für die keine Werte angegeben sind, liegen innerhalb der in den EU-Verordnungen und niederländischen Ministerialverordnungen festgelegten Grenzwerte.

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	12
Mindestgesamtsäure	53,26 Milliäquivalent pro Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

## 3. WEINKATEGORIE 1: WEIN, Weintyp: Weißwein, trocken, fruchtig

### KURZBESCHREIBUNG

Die Weine können aus einer einzigen Rebsorte oder einem Verschnitt mehrerer Sorten hergestellt werden. Da die Zusammensetzung der Verschnitte von Jahr zu Jahr leicht variieren kann, können auch die unten beschriebenen typischen organoleptischen Merkmale (Farbe/Aroma/Geschmack) unterschiedlich ausfallen.

Rebsorten: die weißen Sorten auf der Sortenliste (und die roten Sorten bei Blanc de Noir)

Farbe: gelb (bei Blanc de Noir möglicherweise leicht rötlich)

Aroma: frische Früchte, Apfel, Zitrusfrüchte

Geschmack: sehr fruchtig mit frischer, körperreicher Struktur

Zuckergehalt: 1 bis 8 g je Liter

Die nachstehenden Merkmale, für die keine Werte angegeben sind, liegen innerhalb der in den EU-Verordnungen und niederländischen Ministerialverordnungen festgelegten Grenzwerte.

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	10,5
Mindestgesamtsäure	77,14 Milliäquivalent pro Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

4. WEINKATEGORIE 1: WEIN, Weintyp: Weißwein, trocken, in Holzfässern gereift

KURZBESCHREIBUNG

Die Weine können aus einer einzigen Rebsorte oder einem Verschnitt mehrerer Sorten hergestellt werden. Da die Zusammensetzung der Verschnitte von Jahr zu Jahr leicht variieren kann, können auch die unten beschriebenen typischen organoleptischen Merkmale (Farbe/Aroma/Geschmack) unterschiedlich ausfallen.

Rebsorten: die weißen Sorten auf der Sortenliste

Farbe: gelb bis orange

Aroma: tropische Früchte, blumig mit leichten Holznoten

Geschmack: sehr fruchtig, mit körperreicher, durch die Reifung im Fass cremiger Struktur, vollmundiger Abgang

Zuckergehalt: 1 bis 8 g je Liter

Die nachstehenden Merkmale, für die keine Werte angegeben sind, liegen innerhalb der in den EU-Verordnungen und niederländischen Ministerialverordnungen festgelegten Grenzwerte.

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	11,5
Mindestgesamtsäure	77,14 Milliäquivalent pro Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

5. WEINKATEGORIE 1: WEIN, Weintyp: Weißwein, lieblich, fruchtig

KURZBESCHREIBUNG

Die Weine können aus einer einzigen Rebsorte oder einem Verschnitt mehrerer Sorten hergestellt werden. Da die Zusammensetzung der Verschnitte von Jahr zu Jahr leicht variieren kann, können auch die unten beschriebenen typischen organoleptischen Merkmale (Farbe/Aroma/Geschmack) unterschiedlich ausfallen.

Rebsorten: die weißen Sorten auf der Sortenliste

Farbe: dunkelgelb

Aroma: sehr fruchtig, blumig

Geschmack: fruchtig mit vollmundigem Abgang

Zuckergehalt: 12 bis 45 g je Liter

Die nachstehenden Merkmale, für die keine Werte angegeben sind, liegen innerhalb der in den EU-Verordnungen und niederländischen Ministerialverordnungen festgelegten Grenzwerte.

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	10
Mindestgesamtsäure	79,89 Milliäquivalent pro Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

#### 6. WEINKATEGORIE 1: WEIN, Weintyp: Süßwein/fruchtig

##### KURZBESCHREIBUNG

Die Weine können aus einer einzigen Rebsorte oder einem Verschnitt mehrerer Sorten hergestellt werden. Da die Zusammensetzung der Verschnitte von Jahr zu Jahr leicht variieren kann, können auch die unten beschriebenen typischen organoleptischen Merkmale (Farbe/Aroma/Geschmack) unterschiedlich ausfallen.

Rebsorten: die weißen Sorten auf der Sortenliste

Farbe: dunkelgelb

Aroma: sehr fruchtig, blumig

Geschmack: fruchtig mit vollmundigem Abgang

Zuckergehalt: >°45 g je Liter

Die nachstehenden Merkmale, für die keine Werte angegeben sind, liegen innerhalb der in den EU-Verordnungen und niederländischen Ministerialverordnungen festgelegten Grenzwerte.

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	5
Mindestgesamtsäure	86,54 Milliäquivalent pro Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

#### 7. WEINKATEGORIE 1: WEIN, Weintyp: Rosé, trocken, sehr fruchtig

##### KURZBESCHREIBUNG

Die Weine können aus einer einzigen Rebsorte oder einem Verschnitt mehrerer Sorten hergestellt werden. Da die Zusammensetzung der Verschnitte von Jahr zu Jahr leicht variieren kann, können auch die unten beschriebenen typischen organoleptischen Merkmale (Farbe/Aroma/Geschmack) unterschiedlich ausfallen.

Rebsorten: die roten Sorten auf der Sortenliste

Farbe: hellrosa

Aroma: leichte Gewürznoten, rote Früchte

Geschmack: fruchtiger Charakter, doch mit vollmundigem Geschmack und weichen Tanninen

Zuckergehalt: 1 bis 8 g je Liter

Die nachstehenden Merkmale, für die keine Werte angegeben sind, liegen innerhalb der in den EU-Verordnungen und niederländischen Ministerialverordnungen festgelegten Grenzwerte.

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	10
Mindestgesamtsäure	63,84 Milliäquivalent pro Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

8. WEINKATEGORIE 3: LIKÖRWEIN

KURZBESCHREIBUNG

Die Weine können aus einer einzigen Rebsorte oder einem Verschnitt mehrerer Sorten hergestellt werden. Da die Zusammensetzung der Verschnitte von Jahr zu Jahr leicht variieren kann, können auch die unten beschriebenen typischen organoleptischen Merkmale (Farbe/Aroma/Geschmack) unterschiedlich ausfallen.

Rebsorten: die roten Sorten auf der Sortenliste

Farbe: rot

Aroma: süße rote/dunkle Früchte (schwarze Johannisbeeren und Heidelbeeren), leichte Gewürznoten

Geschmack: würziger Geschmack

Zuckergehalt: 50 bis 100 g je Liter

Die nachstehenden Merkmale, für die keine Werte angegeben sind, liegen innerhalb der in den EU-Verordnungen und niederländischen Ministerialverordnungen festgelegten Grenzwerte.

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	18
Mindestgesamtsäure	63,84 Milliäquivalent pro Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

9. WEINKATEGORIE 5: QUALITÄTSSCHAUMWEIN, Weintyp: weißer Schaumwein, fruchtig

KURZBESCHREIBUNG

Die Weine können aus einer einzigen Rebsorte oder einem Verschnitt mehrerer Sorten hergestellt werden. Da die Zusammensetzung der Verschnitte von Jahr zu Jahr leicht variieren kann, können auch die unten beschriebenen typischen organoleptischen Merkmale (Farbe/Aroma/Geschmack) unterschiedlich ausfallen.

Rebsorten: die weißen Sorten auf der Sortenliste

Farbe: hellgelb

Aroma: frische weiße/gelbe Früchte

Geschmack: fruchtig, frisch mit winzigen Bläschen, mit körperreicher Struktur

Zuckergehalt: 0 bis 12 g je Liter

Die nachstehenden Merkmale, für die keine Werte angegeben sind, liegen innerhalb der in den EU-Verordnungen und niederländischen Ministerialverordnungen festgelegten Grenzwerte.

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	10,5
Mindestgesamtsäure	79,89 Milliäquivalent pro Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

#### 10. WEINKATEGORIE 5: QUALITÄTSSCHAUMWEIN, Weintyp: Rosé-Schaumwein, fruchtig

##### KURZBESCHREIBUNG

Die Weine können aus einer einzigen Rebsorte oder einem Verschnitt mehrerer Sorten hergestellt werden. Da die Zusammensetzung der Verschnitte von Jahr zu Jahr leicht variieren kann, können auch die unten beschriebenen typischen organoleptischen Merkmale (Farbe/Aroma/Geschmack) unterschiedlich ausfallen.

Rebsorten: die roten Sorten auf der Sortenliste

Farbe: hellrosa

Aroma: reife rote Früchte

Geschmack: feiner Schaum, körperreiche Struktur mit Aromen frischer roter Früchte

Zuckergehalt: 0 bis 12 g je Liter

Die nachstehenden Merkmale, für die keine Werte angegeben sind, liegen innerhalb der in den EU-Verordnungen und niederländischen Ministerialverordnungen festgelegten Grenzwerte.

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	10,5
Mindestgesamtsäure	79,89 Milliäquivalent pro Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

11. WEINKATEGORIE 9: PERLWEIN MIT ZUGESETZTER KOHLENSÄURE, Weintyp: weißer Perlwein, fruchtig

KURZBESCHREIBUNG

Die Weine können aus einer einzigen Rebsorte oder einem Verschnitt mehrerer Sorten hergestellt werden. Da die Zusammensetzung der Verschnitte von Jahr zu Jahr leicht variieren kann, können auch die unten beschriebenen typischen organoleptischen Merkmale (Farbe/Aroma/Geschmack) unterschiedlich ausfallen.

Rebsorten: die weißen Sorten auf der Sortenliste

Farbe: hellgelb

Aroma: weiße Früchte, blumig

Geschmack: mittlerer Schaum, weiße Früchte und fruchtige Säure

Zuckergehalt: 5 bis 24 g je Liter

Die nachstehenden Merkmale, für die keine Werte angegeben sind, liegen innerhalb der in den EU-Verordnungen und niederländischen Ministerialverordnungen festgelegten Grenzwerte.

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	10
Mindestgesamtsäure	79,89 Milliäquivalent pro Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

12. WEINKATEGORIE 9: PERLWEIN MIT ZUGESETZTER KOHLENSÄURE, Weintyp: Rosé-Perlwein, fruchtig

KURZBESCHREIBUNG

Die Weine können aus einer einzigen Rebsorte oder einem Verschnitt mehrerer Sorten hergestellt werden. Da die Zusammensetzung der Verschnitte von Jahr zu Jahr leicht variieren kann, können auch die unten beschriebenen typischen organoleptischen Merkmale (Farbe/Aroma/Geschmack) unterschiedlich ausfallen.

Rebsorten: die roten Sorten auf der Sortenliste

Farbe: hellrosa

Aroma: rote Sommerfrüchte

Geschmack: mittlerer Schaum, rote Sommerfrüchte und frische Säure

Zuckergehalt: 5 bis 24 g je Liter

Die nachstehenden Merkmale, für die keine Werte angegeben sind, liegen innerhalb der in den EU-Verordnungen und niederländischen Ministerialverordnungen festgelegten Grenzwerte.

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	10
Mindestgesamtsäure	79,89 Milliäquivalent pro Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

## 13. WEINKATEGORIE 15: WEIN AUS EINGETROCKNETEN TRAUBEN, Weintyp: Süßwein

## KURZBESCHREIBUNG

Die Weine können aus einer einzigen Rebsorte oder einem Verschnitt mehrerer Sorten hergestellt werden. Da die Zusammensetzung der Verschnitte von Jahr zu Jahr leicht variieren kann, können auch die unten beschriebenen typischen organoleptischen Merkmale (Farbe/Aroma/Geschmack) unterschiedlich ausfallen.

Rebsorten: die weißen Sorten auf der Sortenliste

Farbe: goldgelb

Aroma: Früchte, Zitrusfrüchte

Geschmack: körperreiche Struktur, cremig, süß mit frischen, vollmundigen Noten

Zuckergehalt: 100 bis 220 g je Liter

Die nachstehenden Merkmale, für die keine Werte angegeben sind, liegen innerhalb der in den EU-Verordnungen und niederländischen Ministerialverordnungen festgelegten Grenzwerte.

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	9
Mindestgesamtsäure	79,8 Milliäquivalent pro Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

## 14. WEINKATEGORIE 16: WEIN AUS ÜBERREIFEN TRAUBEN, Weintyp: Süßwein

## KURZBESCHREIBUNG

Die Weine können aus einer einzigen Rebsorte oder einem Verschnitt mehrerer Sorten hergestellt werden. Da die Zusammensetzung der Verschnitte von Jahr zu Jahr leicht variieren kann, können auch die unten beschriebenen typischen organoleptischen Merkmale (Farbe/Aroma/Geschmack) unterschiedlich ausfallen.

Rebsorten: die weißen Sorten auf der Sortenliste

Farbe: goldgelb

Aroma: Früchte, Zitrusfrüchte

Geschmack: körperreiche Struktur, cremig, süß mit frischen, vollmundigen Noten

Zuckergehalt: 20 bis 80 g je Liter

Die nachstehenden Merkmale, für die keine Werte angegeben sind, liegen innerhalb der in den EU-Verordnungen und niederländischen Ministerialverordnungen festgelegten Grenzwerte.

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	12
Mindestgesamtsäure	73,15 Milliäquivalent pro Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

## 5. Weinbereitungsverfahren

### 5.1. Spezifische önologische Verfahren

1. WEINKATEGORIE 1: Wein, Weintyp: Rotwein, trocken, sehr fruchtig

Spezifisches önologisches Verfahren

- Maischegärung während mindestens vier Tagen
- Vollständige malolaktische Gärung

2. WEINKATEGORIE 1: Wein, Weintyp: Rotwein, trocken, in Holzfässern gereift

Spezifisches önologisches Verfahren

- Maischegärung während mindestens vier Tagen
- Vollständige malolaktische Gärung
- Ausbau in Holzfässern während mindestens acht Monaten

3. WEINKATEGORIE 1: Wein, Weintyp: Weißwein, trocken, fruchtig

Spezifisches önologisches Verfahren

- Kaltgärung bei weniger als 20 °C (Ausnahmen für eine höhere Temperatur bei Gärbeginn und bei schwer gärenden Weinen)

4. WEINKATEGORIE 1: Wein, Weintyp: Weißwein, trocken, in Holzfässern gereift

Spezifisches önologisches Verfahren

- Kaltgärung bei weniger als 20 °C (Ausnahmen für eine höhere Temperatur bei Gärbeginn und bei schwer gärenden Weinen)
- Mindestens 50 % der Menge reifen mindestens drei Monate lang in Holzfässern

5. WEINKATEGORIE 1: Wein, Weintyp: Weintyp: Weißwein, lieblich/süß, fruchtig

Spezifisches önologisches Verfahren

- Kaltgärung bei weniger als 20 °C (Ausnahmen für eine höhere Temperatur bei Gärbeginn und bei schwer gärenden Weinen)

6. WEINKATEGORIE 1: Wein, Weintyp: Weintyp: Rosé, trocken, sehr fruchtig

Spezifisches önologisches Verfahren

- Kaltgärung bei weniger als 20 °C (Ausnahmen für eine höhere Temperatur bei Gärbeginn und bei schwer gärenden Weinen)
- Die Roséfarbe wird durch Kaltmazeration oder die Saignée-Methode extrahiert.

7. WEINKATEGORIE 3: Likörwein

Spezifisches önologisches Verfahren

- Maischegärung während mindestens vier Tagen
- Ausbau in Holzfässern während mindestens zwei Jahren
- Zugabe von Weingeist

8. WEINKATEGORIE 5: Qualitätsschaumwein, Weintyp: weißer Schaumwein, fruchtig

Spezifisches önologisches Verfahren

- Kaltgärung bei weniger als 20 °C (Ausnahmen für eine höhere Temperatur bei Gärbeginn und bei schwer gärenden Weinen)
- Zweite Gärung in der Flasche nach dem traditionellen Verfahren

9. WEINKATEGORIE 5: Qualitätsschaumwein, Weintyp: Rosé-Schaumwein, fruchtig

Spezifisches önologisches Verfahren

- Kaltgärung bei weniger als 20 °C (Ausnahmen für eine höhere Temperatur bei Gärbeginn und bei schwer gärenden Weinen)
- Die Roséfarbe wird durch Kaltmazeration oder die Saignée-Methode extrahiert.
- Zweite Gärung in der Flasche nach dem traditionellen Verfahren

10. WEINKATEGORIE 9: Perlwein mit zugesetzter Kohlensäure, Weintyp: weißer Perlwein, fruchtig

Spezifisches önologisches Verfahren

- Kaltgärung bei weniger als 20 °C (Ausnahmen für eine höhere Temperatur bei Gärbeginn und bei schwer gärenden Weinen)
- CO<sub>2</sub>-Gehalt mit einem Druck von höchstens 2,5 bar in der Flasche

11. WEINKATEGORIE 9: Perlwein mit zugesetzter Kohlensäure, Weintyp: Rosé-Perlwein, fruchtig

Spezifisches önologisches Verfahren

- Kaltgärung bei weniger als 20 °C (Ausnahmen für eine höhere Temperatur bei Gärbeginn und bei schwer gärenden Weinen)
- Die Roséfarbe wird durch Kaltmazeration oder die Saignée-Methode extrahiert.
- CO<sub>2</sub>-Gehalt mit einem Druck von höchstens 2,5 bar in der Flasche

12. WEINKATEGORIE 15: Wein aus eingetrockneten Trauben, Weintyp: Süßwein

Spezifisches önologisches Verfahren

- In einem zusätzlichen Schritt werden die Trauben länger reifen gelassen, damit der Zucker und die Aromen konzentriert werden.
- Kaltgärung bei weniger als 20 °C (Ausnahmen für eine höhere Temperatur bei Gärbeginn und bei schwer gärenden Weinen)
- Der Wein wird aus Trauben gewonnen, die teilweise (durch Trocknen) dehydriert wurden. Infolgedessen weist der Most dieser Trauben ohne Anreicherung einen potenziellen Mindestalkoholgehalt von 16 % (oder mindestens 272 g Zucker je Liter) auf.

13. WEINKATEGORIE 16: Wein aus überreifen Trauben

Spezifisches önologisches Verfahren

- Spätlese mit hohem Zuckergehalt
- Kaltgärung bei weniger als 20 °C (Ausnahmen für eine höhere Temperatur bei Gärbeginn und bei schwer gärenden Weinen)

5.2. Höchsterträge

1. Wein

60 Hektoliter je Hektar

2. Likörwein

60 Hektoliter je Hektar

3. Qualitätsschaumwein

60 Hektoliter je Hektar

4. Perlwein mit zugesetzter Kohlensäure

60 Hektoliter je Hektar

5. Wein aus eingetrockneten Trauben

60 Hektoliter je Hektar

6. Wein aus überreifen Trauben

60 Hektoliter je Hektar

6. **Abgegrenztes geografisches Gebiet**

Twente ist eine Region im Osten der Niederlande, die den östlichen Teil der Provinz Overijssel umfasst. Im Westen und Norden grenzt sie an die Region Salland, die ebenfalls in der Provinz Overijssel liegt, wobei der Fluss Regge bei Nijverdal die Grenze bildet. Im Süden grenzt sie an die Region Achterhoek, die zur Provinz Gelderland gehört. Im Südosten grenzt sie an den deutschen Kreis Borken und im Osten und Norden an den Landkreis Grafschaft Bentheim, ebenfalls in Deutschland, wobei die Dinkel als natürliche Grenze gilt.

7. **Keltertraubensorte(n)**

Cabaret Noir N (VB-91-26-4)

Cabernet Blanc B (VB-91-26-1)

Cabernet Cortis

Cabertin N (VB-91-26-17)

Chardonnay B

Johanniter B

Pinot Gris G

Pinot Noir N

Pinotin N

Regent N

Riesling B

Rondo N

Solaris

Souvignier Gris

Zweigeltrebe N

8. **Beschreibung des Zusammenhangs bzw. der Zusammenhänge**

8.1. *Allgemeines*

Das Terroir – sämtliche Einflüsse auf die Rebstöcke auf den Rebflächen – wirkt sich wesentlich auf die Qualität der Weine aus. Innerhalb des abgegrenzten geografischen Gebiets Twente tragen alle Aspekte des Terroirs, d. h. Klima, Lage, Boden und Rebenbewirtschaftung sowie das Weinbereitungsverfahren, zur Qualität des Weins bei. Dies gilt für alle Weinkategorien.

8.2. *Boden*

Der Großteil der Böden in Twente besteht aus Lehmsand, anzutreffen ist aber auch Geschiebelehm. Die häufiger vorkommenden Plaggenböden, Podsole und Geschiebelehmböden sind die Bodenarten, die sich in Twente für den Weinbau eignen, da sie Lehm (ca. 15 % bis 30 %) und Humus (ca. 2 %) enthalten, die für einen ausgewogenen Wasserhaushalt sorgen.

8.3. *Klima*

Das Klima in der Zeit von April bis September (Wachstumsperiode der Trauben) wies zwischen 2016 und 2020 die folgenden Merkmale auf:

— Huglin-Index: 1 681

— Durchschnittstemperatur: 15,7 °C

— Durchschnittliche Tiefsttemperatur: 9,3 °C

- Durchschnittliche Höchsttemperatur: 21,5 °C
- Durchschnittliche relative Luftfeuchtigkeit: 73 %
- Durchschnittliche Niederschlagsmenge: 1,7 mm pro Tag (ca. 51 mm pro Monat)
- Durchschnittliche Sonnenscheindauer: 7,2 Stunden pro Tag
- Verdunstung: 28,3

Das gemäßigte Meeresklima trägt dazu bei, dass die Trauben den erforderlichen Reifegrad erreichen, der Wein jedoch eine gewisse Frische und Fruchtigkeit aufweist (da die Temperaturunterschiede zwischen Tag und Nacht größer und die Nachttemperaturen etwas niedriger – ca. 1 bis 1,5 °C niedriger – sind als in den meisten anderen Teilen der Niederlande). Dies ist ein wesentlicher Faktor, um die charakteristische frische Säure des Weins zu erhalten.

Die Temperaturen sind von April bis September günstig für den Weinbau, wie der Huglin-Index (über 1 650) zeigt, und für die angebauten Rebsorten (ausreichende Wärme).

Dies zeigt sich auch an der Zahl der Sonnenstunden, die mit ca. 7,2 Stunden pro Tag von April bis September seit 1996 um 23,9 % gestiegen ist.

Die durchschnittliche Tiefsttemperatur ist mehr oder weniger gleich geblieben und begünstigt die Reifung (d. h., die Trauben entwickeln genügend Säure für die Erzeugung von Weinen, die für kühlere Anbaugebiete typisch sind).

Diese deutlichen Klimaunterschiede sind auf die Moränen zurückzuführen, die Twente umgeben.

Die Niederschlagsmenge ist ausreichend, aber der Trend zu trockeneren Monaten von April bis Juli erfordert mitunter Aufmerksamkeit. Dieser Umstand wird auch durch eine höhere Verdunstung beeinflusst, die früher bei ca. 24,5 lag und heute bei ca. 28,3 liegt.

Oft können auch nach dem Austrieb noch Nachtfröste auftreten. In jüngster Zeit war dies in vier von fünf Jahren der Fall, und es sind gegebenenfalls Maßnahmen erforderlich, um Frostschäden zu vermeiden.

#### 8.4. Anbau- und Weinbereitungsverfahren

Der menschliche Beitrag – wie die Auswahl der Sorten, die angewandten Anbauverfahren (maximale Ausnutzung des Sonnenlichts, Ausdünnung der Rispen), Erntemanagement (Prüfung des Zucker-, Säure- und Aromengehalts) und Weinbereitungsverfahren (Kaltgärung, Ausbau in Holzfässern) – ist ein weiterer Aspekt, der in Verbindung mit dem Boden und dem Klima dazu beiträgt, dass die besonderen Qualitätsweine von Twente erzeugt werden können.

Die Trauben, die zur Erzeugung von Weinen mit der geschützten Ursprungsbezeichnung „Twente“ verwendet werden, müssen zur Gänze im Ursprungsgebiet Twente angebaut worden sein. In Twente werden folgende Anbauverfahren angewandt, um Qualitätsweine zu erzeugen:

- Auswahl der Rebsorten. Die ausgewählten Rebsorten haben die Eigenschaft, dass sie in dem kühleren, nördlichen Klima der Region Twente gut gedeihen und reifen. Einige Sorten begünstigen zudem einen nachhaltigen Weinbau, da sie resistent gegen Pilz- und andere Krankheiten sind. So können die Trauben bis in den Oktober hinein gesund reifen, um Qualitätsweine hervorzubringen.
- Die für die Erzeugung von Weinen mit der g. U. „Twente“ verwendeten Trauben müssen auf einer der folgenden Bodenarten in der Region Twente angebaut worden sein: Plaggenböden, Podsole und Geschiebelehmböden.
- Vegetation zwischen den Rebzeilen und Bodenstruktur. In der Region Twente wird durch die Sand-/Lehmböden eine gute Entwässerung und Durchlüftung des Bodens sichergestellt, was für die Erzeugung von Qualitätsweinen unerlässlich ist.
- Pflanzdichte. Der Abstand zwischen den Zeilen muss mindestens 2 m betragen, damit (unter Berücksichtigung des Winkels der Sonneneinstrahlung) ausreichend Sonnenlicht auf die Laubwand fallen kann. Die gewünschte Pflanzdichte kann auf der Grundlage der Wuchskraft der Rebsorte und des Wurzelstocks bestimmt werden. (Um übermäßigen Rebschnitt zu vermeiden, muss für kräftige Sorten/Wurzelstöcke mehr Platz eingeplant werden.) Je Hektar können zwischen 3 000 und 5 000 Rebstöcke gepflanzt werden.
- Art der Reberziehung. Mithilfe des Guyot- und Kordonschnitts wird eine Laubwand von bis zu 2,20 m Höhe geschaffen, die eine ausreichende Photosynthese gewährleistet.
- Laubarbeiten. Um eine ausreichende Photosynthese zu ermöglichen, wird oberhalb der Traubenzone eine Blattzone von mindestens 1 Meter aufrechterhalten. Das Abschneiden der Spitzen der Reben erfolgt (oberhalb des oberen Drahts) so spät wie möglich, um zu verhindern, dass sich (zu viele) Seitentriebe bilden und die Laubwand zu dicht wird. Ein offenes und luftiges Laubdach soll eine optimale Sonneneinstrahlung auf alle Blätter gewährleisten und dafür sorgen, dass nicht zu viel Feuchtigkeit im Blätterwerk verbleibt. Die Traubenzone wird entblättert, damit die Rispen nach feuchtem Wetter schnell abtrocknen können.

- Höchstertrag je Hektar. Der Ertrag je Hektar ist gering, damit jede Rispe ausreichend Nährstoffe für eine optimale Reifung erhält. Gegebenenfalls können die Rispen (vor der *Véraison*) ausgedünnt werden, um den Ertrag zu verringern. Die Höchsterträge für die einzelnen Rebsorten sind unter Punkt 5.2 aufgeführt.
- Erntezeitpunkt. Der optimale Erntezeitpunkt wird auf der Grundlage des Zuckergehalts, des Säuregehalts und vor allem der Aromen der Trauben bestimmt. Der Winzer überwacht die Reifung der Trauben genau und verkostet die Trauben in der Zeit um die Ernte täglich, um festzustellen, ob die Aromen reif sind. (Sie können nicht wie der Zucker- und Säuregehalt gemessen werden.)
- Weinlese. Die Trauben werden von Hand gelesen, damit sie noch auf den Rebflächen sortiert werden können. Alternativ kann dies auch maschinell mit sensorgesteuerten Sortiermaschinen erfolgen. Außerdem ist es für eine einwandfreie Verarbeitung (Hygiene, Verhinderung des Wachstums von Bakterien) wichtig, die Trauben unmittelbar nach der Lese schnell zu verarbeiten.

Die Qualität des Weins mit der g. U. „Twente“ wird durch den Boden und das Klima sowie die Anbau- und die Weinbereitungsverfahren bestimmt.

#### 8.5. Die Weine

Die oben genannten organoleptischen und analytischen Eigenschaften der erzeugten Weine, wie der charakteristische frische und fruchtige Geschmack der Weiß- und Roséweine und die weichen Tannine der Rotweine, sind auf das Zusammenwirken von Boden, Klima und menschlichen Faktoren zurückzuführen.

Neben Erzeugnissen der Kategorie „Wein“ werden auch Weinbauerzeugnisse aus anderen Kategorien hergestellt, nämlich Likörwein, Qualitätsschaumwein, Perlwein mit zugesetzter Kohlensäure, Wein aus eingetrockneten Weintrauben und Wein aus überreifen Weintrauben.

Likörwein besteht aus einem Grundwein mit denselben organoleptischen Eigenschaften (Ergebnis des Zusammenwirkens von Boden, Klima und menschlichen Faktoren) wie Erzeugnisse der Kategorie „Wein“, jedoch mit dem gewünschten Restzuckergehalt von Likörwein. Darüber hinaus reift Likörwein mindestens zwei Jahre im Fass (wodurch er weichere Tannine und Holznoten entwickeln kann), und ihm wird Weingeist zugesetzt, damit aus dem Wein Likör entsteht.

Qualitätsschaumwein wird aus einem Grundwein hergestellt, der dieselben organoleptischen Eigenschaften aufweist wie Erzeugnisse der Kategorie „Wein“ (also denselben frischen und fruchtigen Geschmack als Ergebnis des Zusammenwirkens von Boden, Klima und menschlichen Faktoren). Außerdem verfügt er über die Merkmale, die durch die Verarbeitung des Grundweins zu Schaumwein nach dem traditionellen Verfahren entstehen, wodurch der Wein seinen eleganten Schaum erhält.

Perlwein mit zugesetzter Kohlensäure wird aus einem geeigneten Grundwein hergestellt, der (mit zugesetztem CO<sub>2</sub>) als Perlwein in Flaschen abgefüllt wird. Dadurch wird er zu einem frischen, fruchtigen Wein mit Perlage, bei dem dank des Zusammenwirkens von Boden, Klima und menschlichen Faktoren das Aroma und der Geschmack von roten Früchten dominieren.

Durch den entscheidenden Schritt, die Trauben länger reifen und dann mindestens zwei Wochen trocknen zu lassen, erhält der Wein aus eingetrockneten Trauben seine hohe Zucker- und Aromenkonzentration. Durch Kaltgärung entsteht so ein Wein mit einem vorhandenen Alkoholgehalt von mindestens 9 %. Die Aromenkonzentration dieses fruchtigen Weins ist das Ergebnis des Zusammenwirkens von Boden, Klima und menschlichen Faktoren.

Durch den entscheidenden Schritt, die Trauben länger reifen zu lassen, erhält der Wein aus überreifen Trauben seine hohe Zuckerkonzentration. Durch Kaltgärung ohne Anreicherung entsteht so ein fruchtiger Wein mit einem vorhandenen Alkoholgehalt von mindestens 12 %. Dieser Wein, der aus einer optimal auf das Klima und den Boden abgestimmten Kulturpflanze gewonnen wird, ist stark durch den Faktor Mensch geprägt.

#### 9. Weitere wesentliche Bedingungen (Verpackung, Kennzeichnung, sonstige Anforderungen)

Rechtsrahmen

EU-Rechtsvorschriften

Art der weiteren Bedingung:

Zusätzliche Kennzeichnungsvorschriften

Beschreibung der Bedingung:

Der Name des Ursprungsgebiets „Twente“ kann um die Angabe „Esker-Langeveen“ ergänzt werden, um ein kleineres Herkunftsgebiet innerhalb des abgegrenzten Gebiets zu bezeichnen. In diesem Fall müssen mindestens 85 % der Trauben aus dem genannten Gebiet stammen.

**Link zur Produktspezifikation**

<https://www.rvo.nl/sites/default/files/2022-05/Productdossier-BOB-Twente.pdf>

---



C/2024/1460

9.2.2024

## Einleitungsbekanntmachung bezüglich der möglichen Verlängerung und der Überprüfung der Schutzmaßnahmen gegenüber den Einfuhren bestimmter Stahlerzeugnisse

(C/2024/1460)

Am 1. Februar 2019 führte die Europäische Kommission (im Folgenden „Kommission“) mit der Durchführungsverordnung (EU) 2019/159 der Kommission <sup>(1)</sup> eine endgültige Schutzmaßnahme gegenüber bestimmten Stahlerzeugnissen ein. Die derzeit geltende Maßnahme besteht aus einem Zollkontingent auf der Grundlage von Handelsströmen aus der Vergangenheit, das für in die Union getätigte Einfuhren der 26 Warenkategorien gilt, zu denen die betroffene Ware gehört. Ist das betreffende Zollkontingent ausgeschöpft, so wird ein zusätzlicher Zoll von 25 % erhoben.

Die Schutzmaßnahme wurde zunächst für einen Zeitraum von drei Jahren, d. h. bis zum 30. Juni 2021, eingeführt. Sie wurde nach einer im Hinblick auf eine Verlängerung durchgeführten Überprüfung (im Folgenden auch „Untersuchung“) bis zum 30. Juni 2024 verlängert. <sup>(2)</sup>

### 1. Antrag auf Verlängerung der Maßnahmen

Am 12. Januar 2024 ging bei der Kommission ein begründeter Antrag von 14 Mitgliedstaaten ein, gemäß Artikel 19 der Verordnung (EU) 2015/478 des Europäischen Parlaments und des Rates <sup>(3)</sup> und Artikel 16 der Verordnung (EU) 2015/755 des Europäischen Parlaments und des Rates <sup>(4)</sup> zu prüfen, ob die geltende Schutzmaßnahme verlängert werden sollte.

Der Antrag enthält ausreichende Beweise dafür, dass die Schutzmaßnahme weiterhin erforderlich ist, um einen ernsthaften Schaden zu verhindern oder zu beseitigen und dass die Unionshersteller Anpassungen vornehmen. Konkret enthält der Antrag Informationen zur negativen Entwicklung bestimmter wichtiger Schadensindikatoren und zum anhaltenden erheblichen Importdruck aus Drittländern. Der Antrag enthält ferner Elemente, die darauf hindeuten, dass die weltweiten Überkapazitäten nach wie vor sehr hoch sind, dass weiterhin eine beträchtliche Anzahl handelsbeschränkender Maßnahmen und handelspolitischer Schutzmaßnahmen von Drittländern erlassen wird und dass es keine Anhaltspunkte dafür gibt, dass die USA die Maßnahmen nach Abschnitt 232 betreffend Stahl aufheben werden. Somit besteht weiterhin die Gefahr einer Handelsumlenkung. Im Falle einer Aufhebung der Maßnahmen sähe sich der Wirtschaftszweig der Union einer Flut von Einfuhren gegenüber, die sich sehr negativ auf seine Wirtschaftsleistung auswirken würde. Darüber hinaus enthält der Antrag Beispiele für von den Unionsherstellern vorgenommene Anpassungen. Die Kommission war der Auffassung, dass die vorgelegten Informationen, einschließlich der Quellen und der entsprechenden Beweise, eine ausreichende Grundlage für die Einleitung einer Untersuchung darstellen.

### 2. Umfang und Ziel der Untersuchung

Gemäß Artikel 19 der Verordnung (EU) 2015/478 und Artikel 16 der Verordnung (EU) 2015/755 kann die Geltungsdauer einer Schutzmaßnahme verlängert werden. Um festzustellen, ob eine solche Verlängerung gerechtfertigt ist, sollte die Kommission eine Untersuchung nach Artikel 5 der Verordnung (EU) 2015/478 bzw. Artikel 3 der Verordnung (EU) 2015/755 durchführen.

Im Zuge der Untersuchung wird sich die Kommission in erster Linie darauf konzentrieren, ob die Schutzmaßnahme weiterhin erforderlich ist, um einen ernsthaften Schaden zu verhindern oder zu beseitigen, ob Beweise dafür vorliegen, dass die Unionshersteller Anpassungen vornehmen, und ob eine Verlängerung im Interesse der Union läge. Bei der Untersuchung wird auch die angemessene Dauer der Verlängerung (falls zutreffend) festgelegt.

Sollte die Kommission zu dem Schluss kommen, dass die Schutzmaßnahme verlängert werden sollte, wird im Rahmen der Untersuchung darüber hinaus geprüft, ob es erforderlich wäre, die Funktionsweise der Maßnahme technisch anzupassen.

<sup>(1)</sup> Durchführungsverordnung (EU) 2019/159 der Kommission vom 31. Januar 2019 zur Einführung endgültiger Schutzmaßnahmen gegenüber den Einfuhren bestimmter Stahlerzeugnisse (ABl. L 31 vom 1.2.2019, S. 27).

<sup>(2)</sup> Durchführungsverordnung (EU) 2021/1029 der Kommission vom 24. Juni 2021 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2019/159 der Kommission und zur Verlängerung der Schutzmaßnahme gegenüber den Einfuhren bestimmter Stahlerzeugnisse (ABl. L 225 I vom 25.6.2021, S. 1).

<sup>(3)</sup> Verordnung (EU) 2015/478 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2015 über eine gemeinsame Einfuhrregelung (ABl. L 83 vom 27.3.2015, S. 16).

<sup>(4)</sup> Verordnung (EU) 2015/755 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 über eine gemeinsame Regelung der Einfuhren aus bestimmten Drittländern (ABl. L 123 vom 19.5.2015, S. 33).

In Bezug auf diesen Aspekt der Untersuchung wird sich die Kommission – wie bereits in früheren Überprüfungen des Funktionierens – auf Folgendes konzentrieren:

#### A. Zuteilung und Verwaltung von Zollkontingenten

Die Kommission wird die Entwicklung und die Muster der Inanspruchnahme von Zollkontingenten sowie die diesbezüglichen Stellungnahmen der Parteien analysieren. Auf dieser Basis entscheidet sie, ob im Unionsinteresse eine Anpassung aufgrund geänderter Umstände vorgenommen werden sollte.

#### B. Verdrängung traditioneller Handelsströme

Die Kommission beabsichtigt, zu prüfen, ob aufgrund unangemessener Effekte einer Verdrängung traditioneller Handelsströme durch das Zollkontingent eine spezifische Anpassung erforderlich ist, auch, was die Regelung betreffend den Zugang zum Restkontingent im letzten Quartal eines Geltungszeitraums anbelangt.

#### C. Aktualisierung der Liste der Entwicklungsländer mit WTO-Mitgliedschaft, die auf der Grundlage ihres jüngsten Einfuhrvolumens vom Anwendungsbereich der Maßnahmen ausgeschlossen sind

Nach Artikel 18 der Verordnung (EU) 2015/478 <sup>(5)</sup> werden Schutzmaßnahmen nicht auf eine Ware mit Ursprung in einem Entwicklungsland-Mitglied der WTO angewandt, solange dessen Anteil an den Einfuhren der betreffenden Ware in die Union 3 % nicht übersteigt, vorausgesetzt, dass auf die Entwicklungsland-Mitglieder der WTO mit einem Einfuhranteil von weniger als 3 % zusammen nicht mehr als 9 % der Gesamteinfuhren der betreffenden Ware in die Union entfallen. Im Rahmen der Überprüfung wird die Kommission daher prüfen, ob die Einfuhren aus einem Entwicklungsland, das Mitglied der WTO ist, im relevanten Zeitraum (d. h. im Jahr 2023) <sup>(6)</sup> die Schwelle von 3 % überschritten haben, und gegebenenfalls die Liste der Entwicklungsländer, die Mitglieder in der WTO sind und in den Anwendungsbereich der Maßnahme aufgenommen oder aus diesem ausgeschlossen werden sollten, aktualisieren.

#### D. Liberalisierungsgrad

Die Kommission wird anhand der von den interessierten Parteien übermittelten Beweise prüfen, ob eine Anpassung des derzeit geltenden Liberalisierungsgrads (d. h. 4 %) gerechtfertigt ist.

#### E. Weitere Änderungen der Umstände, die eine Anpassung der Höhe oder Zuteilung der Zollkontingente erforderlich machen könnten

Die Kommission wird prüfen, ob es andere Aspekte gibt, die zu berücksichtigen sind. Interessierte Parteien können darüber hinaus weitere, nicht unter die Abschnitte A-D fallende Punkte vorbringen, sofern diese eine im Vergleich zu der während der Ausgangsuntersuchung herrschenden Situation dauerhafte Veränderung der Umstände betreffen, deren Auswirkungen womöglich einer Überprüfung bedürfen und die unter anderem eine Anpassung der Höhe oder der Zuteilung der Zollkontingente für spezifische Warenkategorien rechtfertigen könnte. Interessierte Parteien, die weitere Punkte vorbringen wollen, werden gebeten, zu deren Untermauerung ausreichende Nachweise sowie konkrete Vorschläge zur Berücksichtigung von Entwicklungen, die sich auf eine Warenkategorie auswirken, beizufügen.

### 3. Untersuchte Ware

Bei der untersuchten Ware handelt es sich um bestimmte Stahlerzeugnisse, die im Anhang dieser Bekanntmachung aufgeführt sind.

### 4. Verfahren

Nachdem die Kommission festgestellt hat, dass genügend Beweise vorliegen, leitet sie hiermit eine Untersuchung ein, um festzustellen, ob die Geltungsdauer der derzeitigen Schutzmaßnahme gegenüber bestimmten Stahlerzeugnissen verlängert werden soll, und ob im Falle einer Verlängerung bestimmte Anpassungen der Maßnahme gerechtfertigt wären.

<sup>(5)</sup> ABl. L 83 vom 27.3.2015, S. 16.

<sup>(6)</sup> Volles Kalenderjahr (die vollständigen Einfuhrdaten werden im Laufe der Untersuchung zur Verfügung stehen).

#### 4.1. Fragebogenantworten (nur Unionshersteller)

Um eine angemessene Bewertung der Notwendigkeit einer Verlängerung der Geltungsdauer der derzeitigen Schutzmaßnahme zur Verhinderung oder Beseitigung eines ernsthaften Schadens vornehmen zu können, hält es die Kommission für erforderlich, spezifische Daten beim Wirtschaftszweig der Union einzuholen. Diese Daten umfassen unter anderem die Entwicklung der wichtigsten Wirtschafts- und Finanzindikatoren für den Zeitraum 2022-2023 <sup>(7)</sup>.

Die Unionshersteller werden daher aufgefordert, die Fragebogen auszufüllen und über ihre Verbände auf Unionsebene zu übermitteln. Die Frist für die Übermittlung der ausgefüllten Fragebogen endet am **4. März 2024**. Ein Muster des entsprechenden Fragebogens ist abrufbar unter: <https://tron.trade.ec.europa.eu/investigations/case-view?caseId=2717>.

#### 4.2. Schriftliche Beiträge

Zwecks Erlangung aller für die Untersuchung als notwendig erachteten Informationen werden die interessierten Parteien – d. h. Parteien, bei denen ein objektiver Zusammenhang zwischen ihrer Tätigkeit und der untersuchten Ware besteht – gebeten, der Kommission ihren Standpunkt unter Vorlage von Informationen und sachdienlichen Nachweisen schriftlich darzulegen. Alle schriftlichen Beiträge sind über TRON.tdi (<https://tron.trade.ec.europa.eu/tron/TDI>) einzureichen. Die Frist für die Übermittlung schriftlicher Beiträge endet am **26. Februar 2024**. Weitere Einzelheiten sind Abschnitt 4.6 zu entnehmen.

Parteien, die Beiträge übermitteln, werden gebeten, in ihrem Schriftverkehr klar darzulegen, auf welche der unten angeführten Punkte sich ihr Beitrag bezieht, und ihre Argumente unter den folgenden Punkten darzulegen:

- a) Ob und weshalb weiterhin Maßnahmen erforderlich sind, um einen ernsthaften Schaden zu verhindern und zu beseitigen
- b) Erwägungen des Unionsinteresses
- c) Sonstiges

Im Hinblick auf mögliche Anpassungen der Funktionsweise der Maßnahme werden die interessierten Parteien gebeten, ihre Beiträge zu strukturieren und in ihrem Schriftverkehr anzugeben, i) auf welche der in Abschnitt 2 (A-E) aufgeführten Punkte und ii) auf welche Warenkategorien sich ihr Beitrag bezieht.

Im Interesse der Effizienz und wie in früheren Überprüfungen wird die Kommission den Status als interessierte Partei automatisch auf alle Interessenträger ausweiten, die diesen Status im Rahmen der derzeitigen Schutzmaßnahme innehaben. Diese Bestimmung gilt jedoch nicht für Vollmachten.

Für Unternehmen, Verbände oder Regierungen von Drittländern, die sich an dem durch die Veröffentlichung dieser Bekanntmachung ausgelösten Verfahren über externe rechtliche Vertreter beteiligen möchten, ist die Vorlage einer Vollmacht für dieses Verfahren erforderlich.

Parteien, die sich an dem Verfahren beteiligen möchten und die in dieser Sache derzeit noch nicht als interessierte Parteien registriert sind, werden gebeten, ihr Interesse und ihre Verbindungen zu dem Fall zu erläutern, wenn sie einen Beitrag über TRON einreichen.

#### 4.3. Möglichkeit, zu den Beiträgen anderer Parteien Stellung zu nehmen

Zur Wahrung der Verteidigungsrechte sollten die interessierten Parteien die Möglichkeit haben, sich zu den von anderen interessierten Parteien vorgelegten Informationen zu äußern. Dabei dürfen die interessierten Parteien nur auf die in den Beiträgen der anderen interessierten Parteien vorgebrachten Punkte eingehen und keine neuen Punkte ansprechen. In ihrer Gegenargumentation sollten interessierte Parteien genau angeben, auf die Stellungnahmen welcher Parteien sie eingehen, und der genannten Punktestruktur folgen.

Derartige Stellungnahmen müssen bei der Kommission **binnen 10 Tagen nach dem Zeitpunkt eingehen, zu dem die in Abschnitt 4.2 erwähnten Beiträge sowie die Antworten auf den Fragebogen von den Unionsherstellern den interessierten Parteien zur Einsichtnahme über TRON zur Verfügung gestellt wurden**. Die Kommission wird die interessierten Parteien über TRON ordnungsgemäß informieren, wenn diese zweite Phase des schriftlichen Verfahrens eingeleitet wird.

Der Zugang zu dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier erfolgt über TRON.tdi unter folgender Adresse: <https://tron.trade.ec.europa.eu/tron/TDI>. Um Zugang zu erhalten, folgen Sie bitte den Anweisungen auf dieser Webseite.

<sup>(7)</sup> Die Kommission wird auch die Leistung des Wirtschaftszweigs der Union in diesem Zeitraum anhand der Informationen bewerten, die in früheren Untersuchungen für die Vorjahre eingeholt wurden.

Der genannte Zeitrahmen berührt nicht das Recht der Kommission, in hinreichend begründeten Fällen zusätzliche Informationen von den interessierten Parteien anzufordern.

#### 4.4. Möglichkeit der Anhörung durch die untersuchenden Kommissionsdienststellen

Jede interessierte Partei kann eine Anhörung durch die untersuchenden Kommissionsdienststellen beantragen. Der entsprechende Antrag muss schriftlich innerhalb von 15 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im Amtsblatt gestellt werden und die besonderen Gründe für den Antrag sowie eine Zusammenfassung der Punkte enthalten, die die interessierte Partei während der Anhörung erörtern möchte.

Die interessierten Parteien werden jedoch davon in Kenntnis gesetzt, dass die Kommission – angesichts der Notwendigkeit, die Untersuchung abzuschließen und bis spätestens 30. Juni 2024 eine Entscheidung zu treffen (siehe Abschnitt 5 unten), angesichts der wahrscheinlich hohen Zahl interessierter Parteien und der Tatsache, dass diese interessierten Parteien die Möglichkeit erhalten, zu den Beiträgen der anderen Parteien Stellung zu nehmen, um sicherzustellen, dass sie ausreichend Gelegenheit zur Verteidigung und zur Darlegung ihres Standpunkts haben, – beabsichtigt, die Untersuchung schriftlich und ohne mündliche Anhörungen durchzuführen, es sei denn, die interessierten Parteien können nachweisen, dass eine besondere Notwendigkeit einer mündlichen Anhörung besteht.

#### 4.5. Vorlage von Informationen und Verlängerung der in dieser Bekanntmachung vorgesehenen Fristen

In der Regel können interessierte Parteien nur innerhalb der in dieser Bekanntmachung angegebenen Fristen Informationen vorlegen. Eine Verlängerung der in dieser Bekanntmachung vorgesehenen Fristen kann nur **in Ausnahmefällen** beantragt werden und wird nur bei hinreichender Begründung gewährt. Hinreichend begründete, ausnahmsweise gewährte Verlängerungen der Beitragsfrist sind in der Regel **auf höchstens drei zusätzliche Tage begrenzt**.

#### 4.6. Schriftliche Beiträge, Übermittlung ausgefüllter Fragebogen und Schriftwechsel

Der Kommission für die Zwecke von Handelsschutzverfahren vorgelegte Angaben müssen frei von Urheberrechten sein. Bevor interessierte Parteien der Kommission Angaben und/oder Daten vorlegen, für die Urheberrechte Dritter gelten, müssen sie vom Urheberrechtsinhaber eine spezifische Genehmigung einholen, die es der Kommission ausdrücklich gestattet, a) die Angaben und Daten für die Zwecke dieses Handelsschutzverfahrens zu verwenden und b) den an dieser Untersuchung interessierten Parteien die Angaben und/oder Daten so vorzulegen, dass sie ihre Verteidigungsrechte wahrnehmen können.

Alle von interessierten Parteien übermittelten schriftlichen Beiträge, die vertraulich behandelt werden sollen, müssen den Vermerk „Sensitive“ (zur vertraulichen Verwendung) <sup>(8)</sup> tragen. Parteien, die im Laufe der Untersuchung Informationen vorlegen, werden gebeten, ihren Antrag auf vertrauliche Behandlung zu begründen.

Parteien, die Informationen mit dem Vermerk „Sensitive“ übermitteln, müssen nach Artikel 8 der Verordnung (EU) 2015/478 <sup>(9)</sup> und Artikel 5 der Verordnung (EU) 2015/755 <sup>(10)</sup> eine nichtvertrauliche Zusammenfassung vorlegen, die den Vermerk „For inspection by interested parties“ (zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien) trägt. Diese Zusammenfassung sollte so ausführlich sein, dass sie ein angemessenes Verständnis des wesentlichen Inhalts der vertraulichen Informationen ermöglicht, und muss bei der Kommission zur selben Zeit wie die Informationen mit dem Vermerk „Sensitive“ eingehen.

Kann eine Partei, die vertrauliche Informationen vorlegt, ihren Antrag auf vertrauliche Behandlung nicht triftig begründen oder legt sie keine nichtvertrauliche Zusammenfassung der Informationen im vorgeschriebenen Format und in der vorgeschriebenen Qualität vor, kann die Kommission solche Informationen unberücksichtigt lassen, sofern nicht aus geeigneten Quellen in zufriedenstellender Weise nachgewiesen wird, dass die Informationen richtig sind.

Interessierte Parteien werden gebeten, alle Beiträge und Anträge, darunter auch gescannte Vollmachten, über TRON.tdi (<https://tron.trade.ec.europa.eu/tron/TDI>) zu übermitteln. Mit der Verwendung von TRON.tdi oder E-Mail erklären sich die interessierten Parteien mit den Regeln für die elektronische Übermittlung von Unterlagen im Leitfaden zum „**SCHRIFTWECHSEL MIT DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION BEI HANDELSCHUTZUNTERSUCHUNGEN**“ einverstanden, der auf der Website der Generaldirektion Handel veröffentlicht ist: <https://europa.eu/!7tHpY3>. Die interessierten Parteien müssen ihren Namen sowie ihre Anschrift, Telefonnummer und gültige E-Mail-Adresse angeben und sollten sicherstellen, dass es sich bei der genannten E-Mail-Adresse um eine aktive offizielle Mailbox handelt, die täglich

<sup>(8)</sup> Eine Unterlage mit dem Vermerk „Sensitive“ gilt als vertraulich im Sinne des Artikels 8 der Verordnung (EU) 2015/478, des Artikels 5 der Verordnung (EU) 2015/755 und des Artikels 3.2 des WTO-Übereinkommens über Schutzmaßnahmen. Sie ist ferner nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 145 vom 31.5.2001, S. 43) geschützt.

<sup>(9)</sup> ABl. L 83 vom 27.3.2015, S. 16.

<sup>(10)</sup> ABl. L 123 vom 19.5.2015, S. 33.

eingesehen wird. Hat die Kommission die Kontaktdaten erhalten, so kommuniziert sie ausschließlich über TRON.tdi oder per E-Mail mit den interessierten Parteien, es sei denn, diese wünschen ausdrücklich, alle Unterlagen von der Kommission auf einem anderen Kommunikationsweg zu erhalten, oder die Art der Unterlage macht den Versand per Einschreiben erforderlich. Weitere Regeln und Informationen bezüglich des Schriftverkehrs mit der Kommission, einschließlich der Grundsätze für Übermittlungen per TRON.tdi, können dem genannten Leitfaden für interessierte Parteien entnommen werden.

Postanschrift der Kommission:

Europäische Kommission  
Generaldirektion Handel  
Direktion G, Referat G5  
Büro: CHAR 03/66  
1049 Bruxelles/Brussel  
BELGIEN

TRON.tdi: <https://tron.trade.ec.europa.eu/tron/TDI>

E-Mail: [TRADE-SAFE009-REVIEW@ec.europa.eu](mailto:TRADE-SAFE009-REVIEW@ec.europa.eu)

## 5. **Zeitplan für die Untersuchung**

Die geltende Maßnahme läuft am 30. Juni 2024 aus, sofern keine Verlängerung beschlossen wird. Im Falle einer Verlängerung könnte die Funktionsweise der Maßnahme technisch angepasst werden. Daher sollte jede sich aus diesem Verfahren ergebende Entscheidung vor diesem Zeitpunkt erfolgen.

## 6. **Mangelnde Bereitschaft zur Mitarbeit**

Erteilt eine interessierte Partei die notwendigen Auskünfte nicht fristgerecht oder behindert sie die Untersuchung erheblich, so können nach Artikel 5 der Verordnung (EU) 2015/478 und Artikel 3 der Verordnung (EU) 2015/755 Feststellungen anhand der verfügbaren Angaben getroffen werden. Wird festgestellt, dass eine interessierte Partei unwahre oder irreführende Informationen vorgelegt hat, so können diese Informationen unberücksichtigt bleiben; stattdessen können die verfügbaren Informationen zugrunde gelegt werden.

## 7. **Anhörungsbeauftragte**

Die Anhörungsbeauftragte fungiert als Schnittstelle zwischen den interessierten Parteien und den untersuchenden Kommissionsdienststellen. Sie befasst sich mit Anträgen auf Zugang zum Dossier, Streitigkeiten über die Vertraulichkeit von Unterlagen, Anträgen auf Fristverlängerung und sonstigen Anträgen in Bezug auf die Verteidigungsrechte der interessierten Parteien oder von Dritten, die sich während des Verfahrens ergeben.

Interessierte Parteien können sich an die Anhörungsbeauftragte wenden. Grundsätzlich wird diese nur im Hinblick auf jene Fragen tätig, die im Zuge des gegenwärtigen Überprüfungsverfahrens aufgetreten sind.

Die Inanspruchnahme der Anhörungsbeauftragten ist schriftlich zu beantragen und zu begründen. Grundsätzlich gilt der jeweilige in den Abschnitten 4.1 und 4.2 dieser Bekanntmachung vorgesehene Zeitrahmen für die Übermittlung von Beiträgen an die Kommission sinngemäß auch für Anträge auf Inanspruchnahme der Anhörungsbeauftragten. Bei nicht fristgerecht eingereichten Anträgen kann die Anhörungsbeauftragte auch die Gründe für die Verspätung prüfen, wobei den Interessen einer guten Verwaltung und dem fristgerechten Abschluss der Untersuchung gebührend Rechnung getragen wird.

Weiterführende Informationen und Kontaktdaten können interessierte Parteien den Webseiten der Anhörungsbeauftragten im Internet-Auftritt der GD Handel entnehmen: [https://policy.trade.ec.europa.eu/contacts/hearing-officer\\_en](https://policy.trade.ec.europa.eu/contacts/hearing-officer_en).

#### 8. **Verarbeitung personenbezogener Daten**

Alle im Rahmen dieser Untersuchung erhobenen personenbezogenen Daten werden nach der Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates <sup>(1)</sup> verarbeitet.

Ein Vermerk zum Datenschutz, mit dem alle natürlichen Personen über die Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen der handelspolitischen Schutzmaßnahmen der Kommission unterrichtet werden, ist auf der Website der GD Handel abrufbar: <https://europa.eu/!vr4g9W>.

---

---

<sup>(1)</sup> Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 und des Beschlusses Nr. 1247/2002/EG (ABl. L 295 vom 21.11.2018, S. 39).

ANHANG

Warenkategorie – Nr.	Warenkategorie
1	Bleche und Bänder aus nicht legiertem Stahl oder anderem legiertem Stahl, warmgewalzt
2	Bleche aus nicht legiertem Stahl oder anderem legiertem Stahl, kaltgewalzt
3.A	Elektrobleche (andere als GOES)
3.B	
4.A	Bleche mit metallischem Überzug
4.B	
5	Bleche mit organischem Überzug
6	Weißblecherzeugnisse
7	Quartobleche aus nicht legiertem Stahl oder anderem legiertem Stahl
8	Bleche und Bänder aus nicht rostendem Stahl, warmgewalzt
9	Bleche und Bänder aus nicht rostendem Stahl, kaltgewalzt
10	Quartobleche aus nicht rostendem Stahl, warmgewalzt
12	Stäbe und Leichtprofile aus nicht legiertem Stahl oder anderem legiertem Stahl
13	Betonstabstahl
14	Stäbe und Leichtprofile aus nicht rostendem Stahl
15	Nicht rostender Walzdraht
16	Walzdraht aus nicht legiertem Stahl oder anderem legiertem Stahl
17	Profile aus Eisen oder nicht legiertem Stahl
18	Spundwandezeugnisse
19	Oberbaumaterial für Bahnen
20	Gasleitungen
21	Hohlprofile
22	Nahtlose Rohre aus nicht rostendem Stahl
24	Andere nahtlose Rohre
25.A	Große geschweißte Rohre
25.B	
26	Andere geschweißte Rohre
27	Stäbe aus nicht legiertem oder anderem legiertem Stahl, kaltfertiggestellt
28	Draht aus nicht legiertem Stahl



C/2024/1464

9.2.2024

**Veröffentlichung eines Antrags auf Eintragung eines Namens nach Artikel 50 Absatz 2 Buchstabe a  
der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über  
Qualitätsregelungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel**

(C/2024/1464)

Diese Veröffentlichung eröffnet die Möglichkeit, gemäß Artikel 51 der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates <sup>(1)</sup> innerhalb von drei Monaten ab dem Datum dieser Veröffentlichung Einspruch gegen den Antrag zu erheben.

EINZIGES DOKUMENT

**„Kayseri Pastirması“**

**PGI-TR-02910 – 5.4.2023**

**g. U. ( ) g. g. A. (X)**

**1. Name(n) [der g. U. oder der g. g. A.]**

„Kayseri Pastirması“

**2. Mitgliedstaat oder Drittland**

Türkei

**3. Beschreibung des Agrarerzeugnisses oder Lebensmittels**

**3.1 Art des Erzeugnisses**

Klasse 1.2. Fleischerzeugnisse (gekocht, gepökelt, geräuchert usw.)

**3.2 Beschreibung des Erzeugnisses, für das der unter Punkt 1 aufgeführte Name gilt**

Bei „Kayseri Pastirması“ handelt es sich um Rinderpastrami, das in dem unter Punkt 4 beschriebenen geografischen Gebiet aus Rindfleischstücken hergestellt wird. Es hat eine flache Form.

„Kayseri Pastirması“ ist in Verpackungen mit oder ohne Randwürzung erhältlich und kann entweder ganz oder in Scheiben geschnitten verkauft werden. Bei Verkauf im Ganzen ist es mit Gewürzen bedeckt, die ihm ein braunes Äußeres und innen eine rötliche Farbe verleihen. „Kayseri Pastirması“ wird in geschützten, mit Drahtgeflecht umschlossenen Außenbereichen der Erzeugungsbetriebe getrocknet. Bei ungünstigen Witterungsbedingungen werden in den Einrichtungen klimatisierte Räume mit einer Temperatur von 20–25 °C genutzt. Die Besonderheit von „Kayseri Pastirması“ ist der dominante würzige Geschmack von Kreuzkümmel und anderen Gewürzen.

Beim Aufschneiden hat das Pastrami ein marmoriertes Aussehen mit weißen Flecken, das auf die Farbschwankungen des fettigen Teils des Fleisches zurückzuführen ist. In Scheiben geschnittenes Pastrami hat eine flache Form, eine Breite von 3 bis 6 cm und eine Länge von 8 bis 15 cm.

Die Spezifikationen von „Kayseri Pastirması“ lauten wie folgt:

Spezifikation	Menge
Massenanteil an Feuchtigkeit (ohne Bockshornklee)	Max. 50 %
pH-Wert	Max. 6
Massenanteil an Salz (ohne Bockshornklee)	Max. 10 %
Massenanteil an trockenem Bockshornklee	Max. 10 %

<sup>(1)</sup> ABl. L 343 vom 14.12.2012, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2012/1151/oj>.

### 3.3 Futter (nur für Erzeugnisse tierischen Ursprungs) und Rohstoffe (nur für Verarbeitungserzeugnisse)

Für die Herstellung von „Kayseri Pastırması“ werden Fleischstücke aus Bug, Hesse und runden Teilen männlicher Tiere verwendet, die 2 bis 5 Jahre alt, gesund und mindestens 250 kg schwer sind.

Die Zusammensetzung des bei der Herstellung verwendeten Bockshornklees wird im Folgenden aufgeführt.

- 45 % Bockshornklee-Wicke-Weizen-Mischung: 30 % Bockshornkleeaschenmehl, 30 % Wicke und 40 % Weizen
- 5 % Gewürzmischung: 1,5 % Paprikapulver, 1,5 % Chilipulver, 2 % Kreuzkümmel
- 5 % Knoblauch
- 45 % Wasser

Die Menge an feuchtem Bockshornklee, die bei der Herstellung verwendet wird, beträgt 15 % des zu würzenden Fleisches, und dieser Anteil darf 10 % des getrockneten Pastrami nicht überschreiten. Aufgrund des Bockshornkleeanteils ist der Geschmack von Bockshornklee bei „Kayseri Pastırması“ dominant.

Haltbarmachungsverfahren von „Kayseri Pastırması“: Zur Herstellung von Nitritpökelsalz werden pro Kilogramm Salz 5 g Nitrit zugesetzt. Für 1 t Fleisch werden 60–80 kg Nitritpökelsalz verwendet.

### 3.4 Besondere Erzeugungsschritte, die in dem abgegrenzten geografischen Gebiet erfolgen müssen

Das Fleisch, das für die Herstellung, das Pökeln (Salzen), das Waschen, das Pressen, das Trocknen und das Trocknen nach dem Auftragen von Kreuzkümmel für die Herstellung von „Kayseri Pastırması“ verwendet werden soll, muss aus dem in Punkt 4 genannten abgegrenzten geografischen Gebiet stammen.

### 3.5 Besondere Vorschriften für Vorgänge wie Schneiden, Reiben, Verpacken usw. des Erzeugnisses mit dem eingetragenen Namen

—

### 3.6 Besondere Vorschriften für die Kennzeichnung des Erzeugnisses mit dem eingetragenen Namen

Das Logo „Kayseri Pastırması“ und das Emblem der türkischen geografischen Angabe werden auf dem Erzeugnis oder seiner Verpackung angebracht. Wenn sie nicht auf dem Erzeugnis oder der Verpackung angebracht werden können, werden sie im Unternehmen an einer sichtbaren Stelle angebracht.



## 4. Kurzbeschreibung der Abgrenzung des geografischen Gebiets

Das abgegrenzte geografische Gebiet umfasst alle Dörfer und Städte der Provinz Kayseri in Zentralanatolien (Türkei).

## 5. Zusammenhang mit dem geografischen gebiet

„Kayseri Pastırması“ wird seit Jahrhunderten traditionell in der Provinz Kayseri hergestellt. Der Zusammenhang zwischen „Kayseri Pastırması“ und dem geografischen Gebiet beruht auf dem Ansehen, das das Erzeugnis dank des Know-hows der Erzeuger bei der Auswahl und Zubereitung der Zutaten und der verschiedenen Phasen des Herstellungsprozesses genießt, die für den besonderen Geschmack und das Aroma des Erzeugnisses verantwortlich sind (einschließlich der Auswahl des Fleisches).

Die Provinz Kayseri liegt an der Seidenstraße, die in osmanischer Zeit die wichtigste Handelsroute für Gewürze war. Aufgrund dieses Vorteils konnten die Bewohner schon vor Jahrhunderten viele Gewürze wie rotes Paprikapulver, Kreuzkümmel und schwarzen Pfeffer leicht beschaffen. Daher spielen diese Gewürze auch eine wichtige Rolle bei der Herstellung von „Kayseri Pastırması“.

Kayseri ist nicht nur ein Handelszentrum, sondern auch eine Provinz, in der aufgrund der geografischen Lage und der klimatischen Verhältnisse seit der Antike Landwirtschaft und Viehzucht betrieben werden. Die Viehzucht ist seit Jahrhunderten eine der wichtigsten Lebensgrundlagen der lokalen Bevölkerung. Daher wird das für die Herstellung von „Kayseri Pastırması“ verwendete Fleisch speziell ausgewählt.

Das trockene Klima von Kayseri, insbesondere der herbstliche Fallwind vom Berg Erciyes, ermöglicht eine erfolgreiche Trocknung von „Kayseri Pastırması“.

Während dieser windigen Periode besteht eine erhebliche Temperaturdifferenz zwischen Tag und Nacht. Dieser Zeitraum wird als „Pastırma-Sommer“ bezeichnet. In dieser Zeit liegt die Temperatur tagsüber zwischen 25–30 °C und sinkt nachts auf 0–5 °C.

„Kayseri Pastırması“ wird tagsüber unter heißen Bedingungen fermentiert, und sein Aroma reift nachts unter kalten Bedingungen. So findet eine langsame, homogene Trocknung statt.

Daneben wurden industrielle Lösungen entwickelt, um die gleichen Trocknungsbedingungen in den Betrieben zu schaffen und der steigenden Nachfrage nach dem Erzeugnis gerecht werden zu können. Somit kann „Kayseri Pastırması“ das ganze Jahr über hergestellt werden.

Im In- und Ausland sind viele Veröffentlichungen über „Kayseri Pastırması“ erschienen. Eines der ältesten und wichtigsten Werke stammt aus dem 17. Jahrhundert und wurde von Evliya Çelebi verfasst, der als der größte türkische Reiseschriftsteller gilt und weltweit bekannt ist. In seinem mehrbändigen Werk „Seyahatname“ (Buch der Reisen) widmet er sich auch „Kayseri Pastırması“ und schreibt, dass es ein wertvolles Geschenk an die Provinz Istanbul ist.

Ein weiteres sehr altes Zeugnis ist das 1928 erschienene „Military Medical Veterinarian Magazine“, in dem auf den unverwechselbaren und köstlichen Geschmack von „Kayseri Pastırması“ hingewiesen wird.

„Kayseri Pastırması“ ist eines der beliebtesten Erzeugnisse bei in- und ausländischen Besuchern des geografischen Gebiets und spielt eine wichtige Rolle für die lokale Wirtschaft. Es wurde erstmals 1938 auf der 8. Internationalen Messe in İzmir vorgestellt.

Seither ist es regelmäßig auf zahlreichen internationalen, nationalen und lokalen Lebensmittelmesse, Gastronomie-Workshops usw. vertreten. Unter diesen Veranstaltungen zieht das „Sujuk, Pastrami and Bread Fest“ im Erciyes Ski Center von Kayseri besonders viele Besucher aus dem In- und Ausland an.

„Kayseri Pastırması“ wird in zahlreichen Zeitungsartikeln, Kolumnen, Fernsehsendungen, Kochbüchern usw. immer wieder erwähnt.

Im Kochbuch „Tokanadan Sofraya Kayseri Yemekleri“, herausgegeben von Hayrünissa Gül, der Ehefrau des 11. Präsidenten der Republik Türkei, Abdullah Gül, werden die Köstlichkeiten der Küche von Kayseri vorgestellt. Außerdem hat das Erzeugnis Eingang in das Buch „Geçmişten Geleceğe Kayseri Mutfağı“ gefunden, das der renommierte türkische Koch Yunus Emre Akkor 2019 geschrieben hat und das bei den Gourmand Cookbook Awards in der Kategorie „Lokale Küche“ ausgezeichnet wurde.

2023 fand das Erzeugnis Erwähnung in dem Buch „Gastronomi ve Mutfak Sanatları Temel Kavramlar“ von Assoc. Prof. Dr. Kadriye Alev Akmeşe, in dem es den Lesern als ein berühmtes türkisches Gericht vorgestellt wird. In einer Kolumne vom 29. November 2022, die in der „Hürriyet Gazetesi“ veröffentlicht wurde, bezeichnete der bekannte Journalist und Kolumnist Ahmet Hakan „Kayseri Pastırması“ als eines der wichtigsten Geschmackserlebnisse, die man in Kayseri erfahren muss.

Die türkische Lebensmittelexpertin und Schriftstellerin Sahrap Soysal („Hürriyet Gazetesi“, 2021), die renommierten Journalisten Mehmet Yaşın („Hürriyet Gazetesi“, 26. Februar 2018) und Ayşe Arman („Hürriyet Gazetesi“, 21. Dezember 2017) sowie die Gourmet-Autorin İdil Çimrin („Sabah Gazetesi“, 2019) haben sich in ihren Kolumnen begeistert über „Kayseri Pastırması“ geäußert. Der türkische Folkloreexperte Prof. Dr. Nebi Özdemir beschreibt „Kayseri Pastırması“ in seinem Buch „Kültür Yönetimi ve Ekonomi“ als eines der wichtigsten Kulturgüter in der Provinz Kayseri. 2022 erregte „Kayseri Pastırması“ während des von der Stadtverwaltung Istanbul organisierten Gastronomiefestivals „Memleket Günleri“ in Istanbul großes Interesse bei den Besuchern.

#### **Hinweis auf die Veröffentlichung der Produktspezifikation**

—

—————



C/2024/1465

9.2.2024

**Veröffentlichung eines Antrags auf Eintragung eines Namens nach Artikel 50 Absatz 2 Buchstabe a  
der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über  
Qualitätsregelungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel**

(C/2024/1465)

Diese Veröffentlichung eröffnet die Möglichkeit, gemäß Artikel 51 der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates <sup>(1)</sup> innerhalb von drei Monaten ab dieser Veröffentlichung Einspruch gegen den Antrag zu erheben.

EINZIGES DOKUMENT

**„Lappländsk Fjällröding“**

**EU-Nr.: PGI-SE-02630 — 7.9.2020**

**g. U. ( ) g. g. A. (X)**

**1. Name(n) [der g. g. A.]**

„Lappländsk Fjällröding“

**2. Mitgliedstaat oder Drittland**

Schweden

**3. Beschreibung des Agrarerzeugnisses oder Lebensmittels**

**3.1. Art des Erzeugnisses**

Klasse 1.7. Fisch, Muscheln und Schalentiere, frisch und Erzeugnisse daraus

**3.2. Beschreibung des Erzeugnisses, für das der unter Punkt 1 aufgeführte Name gilt**

Die geschützte Angabe „Lappländsk Fjällröding“ bezieht sich auf ganze oder filetierte Zuchtfische der Art Seesaibling (*Salvelinus alpinus*) aus der speziellen Population, die natürlicherweise im Hornavan-See vorkommt.

Die wichtigsten Merkmale von „Lappländsk Fjällröding“ sind folgende:

**Ganzer Fisch:**

**Körper:**

Kompakt und fest, leicht elastisch.

**Größe:**

0,2–2 kg

**Augen:**

Glänzend, lebhaft, hell, konvex mit transparenter Hornhaut, schwarzer Pupille und gelbem Augapfel.

**Kiemens:**

Rot und feucht, frei von Schleim, Schlamm oder Parasiten.

**Haut:**

Die Schuppen sind sehr klein und sitzen fest. Die Haut ist glänzend und schimmernd. Die kleinen Schuppen verleihen der Haut einen metallischen Glanz.

**Färbung:**

Während der Laichzeit:

Dunkles Silbergrau/Grün auf dem Rücken, das an den Seiten in hellere Töne übergeht, die auch rote/zartrosa/zartgelbe Flecken aufweisen. Der Bauch ist leuchtend rot. Die Bauch-, Brust- und Afterflossen sind rot und vorne weiß.

<sup>(1)</sup> ABl. L 343 vom 14.12.2012, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2012/1151/oj>

Während des übrigen Jahres:

Wie oben, aber mit blässeren Nuancen (helles Silbergrau/Grün mit einem blassen korallenroten/rosa Bauch).

*Hautschleim:*

Transparent und fest an der Haut anliegend, wahrnehmbar durch Berührung.

*Eingeweide:*

Glänzend und glatt mit perlmuttartigen Nuancen, elastisch und mit einem frischen Duft.

*Peritoneum:*

Durchscheinend, glänzend, geruchlos und am Fleisch anliegend.

Sowohl bei ganzem als auch bei filetiertem „Lappländsk Fjällröding“:

*Fischfleisch:*

*Textur:*

Elastisch und fest mit feinen Muskelfasern.

*Farbe:*

Orangerot (NCS[1] S2050-2060Y50R). Die Farbe hängt von der Jahreszeit ab und richtet sich auch danach, ob der Fisch gerade laicht oder nicht. Während der Laichzeit ist die Muskulatur blass orangerot. In der übrigen Zeit des Jahres ist die Muskulatur intensiv orangerot gefärbt.

*Geruch:*

Haut: schwacher Geruch von frischem Seewasser.

Fleisch: sehr schwaches Aroma von Mandeln und frischem Immergrün.

*Geschmack:*

Vollmundiger Geschmack nach Rogen und Umami. Leichte Süße. Die Intensität ist nach dem Garen etwas geringer.

*Konsistenz:*

Das Fleisch besitzt eine angenehme Festigkeit und bietet zugleich ein zartes, fast cremiges Mundgefühl.

*Mundgefühl:*

Feucht, aber nicht fettig. Das Mundgefühl wird durch die Textur und den Fettgehalt beeinflusst. „Lappländsk Fjällröding“ hat eine weniger grobe Textur und weniger Fett zwischen den Muskelgruppen als z. B. für Lachs typisch. Dies bedeutet, dass das Fleisch ein homogeneres und weniger fettiges Mundgefühl bietet als Lachsfleisch.

*Nährstoffgehalte:*

Fett: 7,5–8,5 %

Davon:

Gesättigte Fettsäuren: 1,4–1,6 %

Einfach ungesättigte Fettsäuren: 2,9–3,1 %

Mehrfach ungesättigte Fettsäuren: 2,4–2,6 %

Protein: 18–22%

Vitamin D: 5,6–6,0 µg/100 g Fisch

Folat: 22–28 µg/100 g Fisch

Eisen: 0,1–0,3 mg/100 g Fisch

Salz: 0,08–0,12 %

[1] Natürliches Farbsystem.

### 3.3. Futter (nur für Erzeugnisse tierischen Ursprungs) und Rohstoffe (nur für Verarbeitungserzeugnisse)

Das Fischfutter besteht aus einem handelsüblichen Futter, das an die Bedürfnisse der Art in den einzelnen Entwicklungsstadien angepasst ist. Es besteht zu mindestens 50 % aus pflanzlichem Material (vor allem Hülsenfrüchte, Weizen, Sonnenblumen, Raps) und zu etwa 40 % aus tierischem Material (vor allem Fischmehl, Fischöl). Das Futter enthält etwa 1 % Phosphor und etwa 6–8 % Stickstoff. Jede Futtermittelcharge ist rückverfolgbar.

Das Futtermittel wird überwiegend außerhalb des unter Punkt 4 beschriebenen abgegrenzten geografischen Gebiets erzeugt.

### 3.4. Besondere Erzeugungsschritte, die in dem abgegrenzten geografischen Gebiet erfolgen müssen

Die Erzeugung von „Lappländsk Fjällröding“ muss in dem unter Punkt 4 beschriebenen abgegrenzten Gebiet erfolgen und umfasst die folgenden Schritte: Rogen- und Milcherzeugung, Rogenbefruchtung, Schlüpfen, Aufzucht von Brut mit Dottersack, Aufzucht von Besatzfischen, Speisefischaufzucht, Ernten, Ausnehmen und Sortieren.

### 3.5. Besondere Vorschriften für Vorgänge wie Schneiden, Reiben, Verpacken usw. des Erzeugnisses mit dem eingetragenen Namen

—

### 3.6. Besondere Vorschriften für die Kennzeichnung des Erzeugnisses mit dem eingetragenen Namen

—

## 4. Kurzbeschreibung der Abgrenzung des geografischen Gebiets

Das Erzeugungsgebiet von „Lappländsk Fjällröding“ besteht aus den historischen Gerichtsbezirken Arjeplog, Arvidsjaur, Lycksele, Vilhelmina und Åsele sowie der Gemeinde Malå im schwedischen Teil Lapplands.

## 5. Zusammenhang mit dem geografischen Gebiet

Der Zusammenhang zwischen den Merkmalen von „Lappländsk Fjällröding“ und dem geografischen Gebiet beruht auf natürlichen und menschlichen Faktoren.

### Besonderheit des Erzeugnisses

„Lappländsk Fjällröding“ besitzt ein festes und elastisches Fleisch mit feinen Muskelfasern und angenehmem „Biss“. Der Geschmack ist vollmundig mit Noten von Rogen und Umami. Das nicht sehr ausgeprägte Aroma zeigt Noten von Mandeln und Immergrün.

„Lappländsk Fjällröding“ hat rote/zartrosa/zartgelbe Flecken auf dem Körper statt der schwarzen Flecken, die man bei der Gattung *Salmo* findet. Die Bauch-, Brust- und Afterflossen sind oft vorne weiß. Der Kopf ist relativ klein; die Schuppen sind klein und haften fest. „Lappländsk Fjällröding“ wächst schnell und erreicht die Geschlechtsreife erst spät.

„Lappländsk Fjällröding“ unterscheidet sich auch von der in Südschweden vorkommenden Saiblingsart (*Salvelinus lepechini*), unter anderem durch seine geringere Größe. „Lappländsk Fjällröding“ hat außerdem ein festeres Fleisch als *S. lepechini*, was bedeutet, dass es anders als das Fleisch von *S. lepechini* nicht zerfasert.

### Besonderheiten des Erzeugungsgebiets

Entsprechend der nördlichen Lage und der Höhenlage des Erzeugungsgebiets herrscht ein raues Klima (Temperaturen zwischen -10 °C und -17 °C im Januar und zwischen 0 °C und 15 °C im Juli). Ein großer Teil des jährlichen Niederschlags fällt in den Wintermonaten als Schnee. Der durchschnittliche Wasserdurchfluss in den vier großen Flüssen, die das Erzeugungsgebiet entwässern, liegt zwischen 165 und 500 Kubikmetern pro Sekunde. Aufgrund dieses hohen Wasserdurchflusses ist die Wasseraustauschrate in den Seen und Wasserläufen des Erzeugungsgebiets hoch, sodass das Wasser vergleichsweise nährstoffarm ist (der Stickstoffgehalt liegt zwischen 150 und 200 µg pro Liter, der Phosphorgehalt zwischen 3 und 10 µg pro Liter). Es besitzt eine sehr schwache Färbung mit Huminstoffen (optische Dichte F420/5: 0,025–0,045) und weist ganzjährig eine relativ niedrige Temperatur auf (die Sommertemperaturen liegen in der Regel zwischen 7 °C und 14 °C).

#### *Zusammenhang mit natürlichen Faktoren*

Der als „Lappländsk Fjällröding“ gezüchtete Fisch stammt von der großen, genetisch identifizierbaren Teilpopulation des Seesaiblings ab, die im Hornavan, einem See im historischen Gerichtsbezirk Arjeplog (Teil des Erzeugungsgebiets von „Lappländsk Fjällröding“) lebt. Der für die Erzeugung von „Lappländsk Fjällröding“ gezüchtete Seesaibling hat ein festes, elastisches Fleisch mit feinen Muskelfasern, erreicht die Geschlechtsreife erst spät und wächst relativ schnell. Er ist evolutionär an das Leben in kalten, klaren, nährstoffarmen Gewässern angepasst.

„Lappländsk Fjällröding“ wird daher in den unter Punkt 4 beschriebenen Seen und Wasserläufen innerhalb des Erzeugungsgebiets gezüchtet, die kaltes, klares, nährstoffarmes Wasser mit hoher Wasseraustauschrate aufweisen. Die Zuchtmethode ist so angepasst, dass für den „Lappländsk Fjällröding“ die Eigenschaften (Konsistenz, Geschmack und Aroma des Fischfleischs) und die Verhaltensweisen des wild lebenden Seesaiblings aus dem Hornavan-See weitestgehend erhalten bleiben.

#### *Zusammenhang mit menschlichen Faktoren*

Die besonderen und für „Lappländsk Fjällröding“ typischen Eigenschaften sind auch auf die Erfahrung und das Fachwissen des für die Zucht verantwortlichen Personals zurückzuführen, von der Auswahl der Rogen- und Milchspender bis hin zum fertigen Enderzeugnis.

Die Erzeugung von „Lappländsk Fjällröding“ beginnt mit der Auswahl geeigneter Laichfische. Anhand der Morphologie und des Verhaltens des Fisches kann ein erfahrener Fischzüchter die Wachstumsfähigkeit und das Vorhandensein genetischer Defekte, die zu Missbildungen bei den Nachkommen führen könnten, abschätzen. Bei sachkundiger und sorgfältiger Behandlung der Laichfische können dieselben Laichfische 5 oder 6 Jahre lang für die Erzeugung von Rogen/Milch verwendet werden.

Nach dem Vermischen von Rogen und Milch wird die überschüssige Milch abgespült und der Rogen in die Brutanlage gebracht. Die Entwicklung des Rogens wird von erfahrenem Personal sorgfältig überwacht, das feststellen kann, ob der Rogen befruchtet ist oder nicht, und das tote und unbefruchtete Eier manuell entfernt.

Die Schlupfgeschwindigkeit ist von der Zeit und der Wassertemperatur (Gradtage) abhängig. Um zu vermeiden, dass die gesamte Brut gleichzeitig schlüpft, passt der Züchter den Zeitpunkt des Schlüpfens an, indem er dafür sorgt, dass sich die Eier bei unterschiedlichen Wassertemperaturen entwickeln. Nach dem Schlüpfen werden die Entwicklung, das Verhalten und der Gesundheitszustand der Brut mit Dottersack kontinuierlich überwacht, damit die Brut zum richtigen Zeitpunkt in die Aufzuchttröge mit Fließwasser umgesetzt und mit (eiweißreichem) Starterfutter gefüttert werden kann.

Wenn die Fischbrut das richtige Gewicht von 25 Gramm erreicht hat, wird sie in einen Speisefischbetrieb in einem der Wassersysteme des Erzeugungsgebiets gebracht. Während der Aufzucht von „Lappländsk Fjällröding“ beobachtet der Züchter sorgfältig das Verhalten des Fisches, um seinen Gesundheitszustand beurteilen zu können. Die Aufzucht erfolgt in reinem, kaltem Fließwasser im Erzeugungsgebiet unter Bedingungen, unter denen der Seesaibling sein natürliches Verhalten so lange wie möglich beibehalten kann. Die Arbeit erfordert vom Züchter fundierte Kenntnisse über das natürliche Verhalten und die Lebensbedingungen des Seesaiblings.

#### **Hinweis auf die Veröffentlichung der Produktspezifikation**

[https://www.livsmedelsverket.se/globalassets/foretag-regler-kontroll/livsmedelsinformation-markning-halsopastaenden/skyddade-beteckningar/ansokan\\_lapplandsk\\_fjallroding-2023\\_04\\_20.pdf](https://www.livsmedelsverket.se/globalassets/foretag-regler-kontroll/livsmedelsinformation-markning-halsopastaenden/skyddade-beteckningar/ansokan_lapplandsk_fjallroding-2023_04_20.pdf)